Krisis der Weltwirtschaft – Übervölkerung Westeuropas – Steuerüberwälzung

Herausgegeben von
Franz Boese

☆

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien,
23.–25. September 1926.
Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben.
(Schriften des Vereins für Sozialpolitik 172)

Duncker & Humblot *reprints*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stenographischer Bericht
der
Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik
in Wien 1926.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften

des

Vereins für Sozialpolitik.

---

172. Band.

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 23.—25. September 1926.

Auf Grund
der stenographischen Niederschrift
herausgegeben von

Dr. Franz Boese.

Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1926.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhandlungen
des Vereins für Sozialpolitik
in Wien 1926.

Krisis der Weltwirtschaft. Übervölkerung Westeuropas. Steuerüberwälzung.

Auf Grund
der stenographischen Niederschrift
herausgegeben von

Dr. Franz Boese.

Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1926.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alle Rechte vorbehalten.

Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg, Thür.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis.

Erster Verhandlungstag.

Seite

Eröffnung und Begrüßung 1
Rede des Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch 7
Referat von Bernhard Harms:
Strukturwandlungen der Weltwirtschaft 28
Referat von Franz Eulenburg:
Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit 65
Allgemeine Aussprache 87

Zweiter Verhandlungstag.

Referat von Friedrich Aereboe:
Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft 123
Referat von Paul Mombert:
Übervölkerungserscheinungen in Westeuropa 161
Referat von Wilhelm Winkler:
Die Bevölkerungsfrage auf deutschem Volksboden 179
Allgemeine Aussprache 214

Dritter Verhandlungstag.

Referat von Fritz Karl Mann:
Wesen und allgemeiner Verlauf der Steuerüberwälzung . . . 275
Referat von Hans Mayer-Wien: 301
Referat von Julius Bunzel-Wien:
Die Praxis der Steuerüberwälzung 315
Allgemeine Aussprache 325
Schlußwort des Vorsitzenden 352

Anhang.

I. Nachwort von Julius Bunzel-Wien 353
II. Beitrag von Julius Wolf:
Die Übervölkerung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit . . . 357
Geschäftliche Verhandlungen und Beschlüsse 362
Verzeichnis der Redner 363

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 23. September 1926, vormittags 9 1/2 Uhr.

Eröffnung und Begrüßung.

Vorsitzender des Ausschusses Geheimer Regierungrat Professor Dr. Herkner (Berlin):

Hochgeehrter Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren!

Als Vorsitzender des Ausschusses darf ich unsere Generalversammlung eröffnen und Sie in diesem historisch und künstlerisch bedeutsamen, herrlichen Saale willkommen heißen. Welch ausgezeichnete Vorbereitungsarbeiten der Wiener Ortsausschuß unter der Führung der Herren Exzellenz Minister a. D. Wittek und Hofrat Bunzel geleistet hat, das haben namentlich die von auswärts kommenden Mitglieder schon dankbar empfunden. Das größte seiner Verdienste möchte ich aber darin erblicken, daß er uns die Pforten der Akademie der Wissenschaften erschlossen hat. So findet die Tagung auf einem wirtschaftlich und sozial durchaus neutralen Boden statt, wie es der Eigenart unseres Vereins am besten entspricht. Unser Verein hat ja, da die alten großen Akademien der Wissenschaften im Reiche von der Existenz der Sozialwissenschaften nicht oder nur selten Notiz nehmen, für uns eine die wissenschaftliche Arbeit organisierende und fördernde Akademie zu ersetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie Ihre Blicke empor zur Decke schweifen lassen, entdecken Sie drei Inschriften: Causarum investigatio, Justi atque injusti scientia, Ars tuendae et reparandae valetudinis. Zu ihnen kommen die Ideen unserer Wirksamkeit vortrefflich zum Ausdruck. Diese Stimmen von oben schweben über die Versammlung wie eine Taube des Grals, dessen Gaben uns in den Verhandlungen stärken und erheben sollen! Die Anwesenheit des Oberhauptes der Bundesrepublik Österreich und zahlreichen hoher Bundes- und Landesbehörden empfinden wir dankbar als besondere Auszeichnung. Und nicht minder empfänglich sind wir dafür, daß auch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reichsdeutsche Behörden, ich nenne vor allem den Herrn Gesandten des Reiches in Wien und Herrn Geheimrat Dr. Weigert als Vertreter der Reichsregierung, an unserer Tagung teilnehmen.

Der Herr Bundespräsident ist uns jahrzehntelang ein hingebungsvoller Mitarbeiter und stets opferbereiter Gönner gewesen. Sein hohes Amt hat diese engen Beziehungen selbstverständlich unterbrochen. Um so herzlicher ist die Freude, ihm hier wieder persönlich nähertreten zu dürfen. Die Rücksicht auf diese Möglichkeiten hat bei dem Beschlusse, nach Wien zu gehen, den Ausschlag gegeben.

Während der ersten Zeiten seines Bestandes hat der Verein zunächst in Eisenach, dann in Frankfurt getagt. Dieser Brauch wurde erstmals gebrochen, als wir 1894 Wien aufsuchten. Seitdem hat der Tagungsort jedesmal gewechselt. Wir sind aber in keiner Stadt des Reiches mehr als einmal gewesen. Nach Wien dagegen kommen wir nun zum dritten Male!

Aus dieser Tatsache und weiter noch aus dem Umstande, daß allein seit dem Kriegsausbruche bis zur Gegenwart etwa 2400 Seiten unserer Vereinsschriften österreichischen Verhältnissen oder österreichisch-deutschen Beziehungen gewidmet worden sind, tritt klar zutage, daß Österreich und das Reich, wenigstens auf dem Gebiete der staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen, schon längst eine vollkommene Einheit bedeuten, eine Einheit, in der dem österreichischen Stamme nur deshalb eine Sonderstellung gebührt, weil er weit mehr, als seiner ziffernmäßigen Stärke entspricht, geleistet hat und noch leistet.

Dieser innigen und bewährten Arbeitsgemeinschaft entspricht es, daß österreichische Verluste als deutsche und deutsche als österreichische empfunden werden. Leider sind es sehr zahlreiche und schwere Verluste, die wir seit unserer letzten Tagung zu verzeichnen hatten: Martin Behrend, Staatsminister a. D. Freiherr von Berlepsch, Ludo Hartmann, Georg Friedrich Knapp, Julius Pierstorff, Minister a. D. Friedrich Wieser und Robert Zuckerkandl.

Unsere Tagesordnung ist bereits so stark besetzt, daß es nicht angeht hier in vollem Umfange darzulegen, was diese ausgezeichneten Männer unserem Verein gewesen sind.

Immerhin darf nicht unerwähnt bleiben, wie sehr sich Behrend bei unseren Beratungen über die Ausbildung der praktischen Volkswirte (Magdeburg 1907) und dadurch verdient gemacht hat, daß er als überwiegend auf praktische Betätigung eingestellte und um die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Pflege des nationalökonomischen Unterrichts auf den Handelshochschulen bemühte Persönlichkeit eifrig an unserer Vereinsarbeit überhaupt teilnahm.

Exzellenz von Berlepsch hat als Minister in hartem Kampfe mit einem Bismarck die der deutschen Arbeiterversicherung ebenbürtige Ausbildung des Arbeiterschutzes durchgesetzt. Und als er von den Gegnern seiner Sozialpolitik gestürzt worden war, suchte er 1897 eine Tagung unseres Vereins auf, um in ostentativer Weise zu erklären, er werde auch weiterhin, als Privatmann, für die Verwirklichung seines sozialpolitischen Programmes — nationaler und internationaler Arbeiterschutz sowie praktische Anerkennung der Koalitionsfreiheit — seine ganze Persönlichkeit einsetzen. Das war eine tapfere Tat, denn sie widersprach ganz und gar der preußischen Tradition, nach der entlassene oder gestürzte Minister keine Politik mehr treiben sollten.

Freiherr von Berlepsch hat für die Förderung seiner sozialpolitischen Bestrebungen, besonders auf internationalem Boden, noch eine Art Tochtergesellschaft des Vereins für Sozialpolitik, die Gesellschaft für soziale Reform, ins Leben gerufen. Dadurch wurde es unserem Vereine erst möglich gemacht, sich besser auf die ihm gemäßere Aufgabe, die wissenschaftliche Aufklärung der sozialen Probleme, zu konzentrieren.

Manche von Ihnen, sehr verehrte Anwesende, werden noch in guter Erinnerung behalten haben, in welch glänzender Weise Exzellenz von Berlepsch unsere zweite Wiener Tagung (1909) geleitet, und wie vortrefflich er sich mit dem damaligen Oberhaupte der Reichshauptstadt, Dr. Lueger, verstanden hat.

Ludo Hartmann hat in seiner reich gesegneten Lebensarbeit den deutschen und den sozialen Gedanken in idealer Weise zu verschmelzen gewußt. In die Tiefe gehende nationale Empfindungen können sich in der Arbeiterklasse — das war sein Leitmotiv — nur ausbilden, wenn ihr auch eine bessere Bekanntschaft mit den höheren Gütern des nationalen Geisteslebens ermöglicht wird. So sind unter seiner Führung in Wien jene mustergültigen Volksbildungseinrichtungen entstanden, das „Volksheim" auf dem „Ludo-Hartmann-Platz", das „Haus mit den hundert Fenstern", wie es ein Arbeiterdichter genannt hat, um auszudrücken, daß es auch geistig ein „Haus der Sonne" sei. Wenn er, der Historiker, auch unserem Vereine seine Kräfte gewidmet hat, so mögen ebensowohl soziale wie nationale Beweggründe maßgebend gewesen sein. Jede Veranstaltung, welche im Sinne seiner

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

großdeutschen Ideale die Gemeinschaftsarbeit zwischen österreichischen und reichsdeutschen Gelehrten fördern konnte, war seiner Unterstützung von vornherein gewiß.

Was G. F. Knapp als Lehrer, Forscher, „analysierender Theoretiker" und Schriftsteller geleistet hat, das ist von der großen Zahl seiner hervorragenden Schüler bereits so feinsinnig, zutreffend und erschöpfend dargelegt worden[1], daß mir kaum noch etwas zu sagen übrig bleibt. Aber vielleicht liegt gerade in dieser Feststellung auch eine Kennzeichnung des einzigartigen Zaubers, der von diesem mit einer Künstlerseele erfüllten Gelehrten ausstrahlte. „Die Feinheit und Anmut seiner Darstellung waren der ungesuchte Lohn, den die Musen dem erteilen, der mit höchstem Ernste den Inhalt seiner Gedanken zum einfachsten Ausdrucke bringt. In diesem Sinne war er ein Künstler"[2]. Diese Worte, welche Knapp zur Kennzeichnung seines Onkels Justus von Liebig geprägt hat, können auch für seine eigene Arbeitsweise in vollem Umfang gelten. Knapp fühlte sich innerlich fest an Österreich geknüpft. Das haben die Österreicher unter seinen Schülern stets rasch und dankbar empfunden. Er gab den Anstoß dazu, daß ein Ruhmesblatt der österreichischen Verwaltungsgeschichte, die Bauernpolitik der großen Kaiserin und ihres nicht minder großen Sohnes, geschrieben wurde. Und die österreichische Geldverfassung hat Knapp zu seiner „Staatlichen Theorie des Geldes" geführt. Wenn unser Verein den Schwerpunkt seiner Wirksamkeit mehr und mehr in der wissenschaftlichen Forschungsarbeit gesucht und gefunden hat, so ist damit ein Programm verwirklicht worden, das ihm Knapp schon bei der Gründung im Gegensatze zu ganz anders gerichteten Bestrebungen vorgezeichnet hatte[3]. Nur auf diesem Wege konnte sich der Verein, als ein Treffpunkt für die Sozialökonomen aller Richtungen, über den Wechsel der Zeiten hinaus Tatkraft und Jugendfrische bewahren.

Julius Pierstorff hat unsere Arbeiten auf dem Gebiete der Handwerkerpolitik unterstützt und oft anregend in die Debatten eingegriffen.

---

[1] Zuletzt im Sonderheft des „Wirtschaftsdienst", März 1922, anläßlich seines achtzigsten Geburtstages.

[2] G. F. Knapp, Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie, 1925, S. 389.

[3] Vgl. meine Ausführungen auf der Eisenacher Generalversammlung (1922). 163. Band der Schriften, S. 88.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Den schmerzlichsten, weil uns alle unmittelbar berührenden Verlust haben wir durch den plötzlichen Tod Friedrich Wiesers erlitten. Wie viele von uns hatten sich innig gewünscht, ihm hier zu begegnen. Was diesem edlen, schlicht-vornehmen Manne und großen Gelehrten die bewundernde Verehrung der wissenschaftlichen Nationalökonomen aller Länder erworben hat, das ist die bis zum letzten Atemzuge zu stolzer Höhe aufsteigende Linie seiner Entwicklung gewesen; der Reichtum und die Tiefe seiner Gedanken, die sprachliche Kraft der Darstellung und die Universalität seiner Wirksamkeit. Schon in verhältnismäßig jungen Jahren war es ihm geglückt, seinen werttheoretischen Gedanken Formen zu geben, in denen sie einen Siegeszug durch die internationale Wissenschaft angetreten haben. Sein Prager Lehramt führte ihn zu gründlichen Studien auf den Gebieten der national-, staats-, währungs- und steuerpolitischen Fragen. Er gewann ein Verständnis für die Lage des Sudeten-Deutschtums, wie es in den Altwiener Kreisen, denen er entstammte, nur selten zu finden war. Dabei fand er aber auch noch Zeit und Kraft, wie unsere zweite Wiener Tagung zeigte, sich tiefgründigen Geldwertuntersuchungen zu widmen und seine „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft" voll auszubauen. Im Gegensatz zu sonst ihm sehr nahestehenden Vertretern der Grenznutzenlehre nahm er ein stetig wachsendes Interesse an der soziologischen Forschung. Mit welch überraschendem Erfolge, das ließ schon die kleine Schrift „Recht und Macht" (1910) erkennen, die bei Gustav von Schmoller sofort eine überaus anerkennende Aufnahme fand[1]. Nun liegt auch sein „Gesetz der Macht" vor uns, ein monumentales Werk, das die hochgespannten Erwartungen, die ihm entgegengebracht wurden, weit hinter sich läßt.

Robert Zuckerkandl hat schon 1896, also in einem Zeitpunkte, in dem hier und da noch die Vorstellung herrschte, der Verein für Sozialpolitik sei eine ausschließlich im Dienste der „historischen Schule" wirkende Stelle und deshalb von Männern der theoretischen Arbeit zu meiden, an den Untersuchungen des Vereins über die Zustände des Handwerkes, später auch an denen über Hausindustrie und Wirtschaftskrisen hervorragend mitgewirkt. Das wird dieser feinen und stillen Persönlichkeit unvergessen bleiben.

[1] Vgl. dessen ausführliche Besprechung in seinem Jahrbuch. 34. Band S. 1351.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Meine sehr verehrten Anwesenden! Es war mehr als eine dekorative Phrase, wenn ich mir bereits gestattete, die österreichische und reichsdeutsche Sozialwissenschaft als eine Einheit, und zwar als eine innere und äußere Einheit zu bezeichnen. Es ist erhebend und, angesichts der oft beklagten Zersplitterung unserer Wissenschaft in allzu viele Richtungen, trostreich für uns, daß unsere großen Meister sich schließlich um so näher gekommen sind, je höher sie zu steigen vermochten. Der Verein ist stolz darauf, daß er diese Männer zu den Seinen rechnen und vielleicht auch ein wenig zur Förderung ihrer persönlichen Beziehungen beitragen durfte. Ich bitte Sie, sich zu Ehren unserer Toten zu erheben.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Ich danke und darf nunmehr zu dem ersten Geschäfte, das uns obliegt, übergehen, nämlich zur Konstituierung. Sie ist nach unseren Satzungen Sache der Generalversammlung. Es ist aber üblich, daß der Ausschuß ihr Vorschläge unterbreitet. Namens des Ausschusses habe ich die Ehre, für den Vorsitz die Herren Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Christian Eckert (Köln), Prof. Dr. L. Mises (Wien) und Exzellenz Minister a. D. Dr. Spitzmüller (Wien), als Schriftführer die Herren Dr. Boese (Berlin), Prof. Dr. von Dietze (Rostock), Ministerialrat Dr. Forchheimer (Wien) und Prof. Dr. Mann (Köln) vorzuschlagen.

Da sich kein Widerspruch erhebt, sind die genannten Herren als gewählt anzusehen. Ich bitte Herrn Geheimrat Eckert die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen.

Vorsitzender: Geh. Regierungsrat Professor Dr. Eckert: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit herzlichem Dank nehme ich die Wahl an. Zum dritten Male habe ich die Freude, als Tagungspräsident bei der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik mitzuwirken. Nach meiner Mitarbeit bei der Tagung in Kiel und bei der Jubiläumsversammlung in Eisenach gereicht es mir zur besonderen Genugtuung, hier in Wien den Vorsitz übernehmen zu können. Führt doch eine Fülle von Verbindungslinien aus Wien zu meiner rheinischen Heimat Mainz und zu meiner Wirkungsstätte an der Universität Köln. Noch vor wenigen Monaten war es ein österreichischer Historiker, der auf der „Österreichischen Woche in Köln" betont hat, daß eine tausendjährige Gemeinsamkeit sich zwischen Donau und Rhein im politischen Denken, in Behandlung kultureller Probleme, in vielen weltanschau-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Fragen herausgebildet habe. Doch sind nicht nur die westlichen und die süddeutschen Gaue untereinander verbunden, sondern das ganze Deutsche Reich und Österreich sind in vielhundertjährigem Werdegang, in Kultur und Sprache unlöslich miteinander verknüpft worden. Geheimrat Herkner hat bereits auf das Gemeinsame in der nationalökonomischen Forschung und auf die wechselseitige wissenschaftliche Befruchtung beider Staaten hingewiesen. Ich glaube hinzusetzen zu dürfen: Wohl niemals in aller Vergangenheit ist bei zwei Staaten mit eigener politischer Formung, deren Getrenntsein in internationalen Verträgen festgelegt ist und international überwacht wird, eine solche Fülle an Gemeinsamkeit ihres Geisteslebens und ihrer ganzen Entwicklung in die Erscheinung getreten, wie zwischen den beiden deutschen Republiken, zwischen Österreich und dem Deutschen Reich. So ist es mir eine besondere Freude, als erste Pflicht meines Amtes, den Herrn Bundespräsidenten Dr. Hainisch zu begrüßen und ihm das Wort zu erteilen.

(Großer, allgemeiner Beifall.)

Bundespräsident Dr. Michael Hainisch (Wien):

Sehr gerne erfülle ich die Pflicht, Sie heute hier im Namen der Republik Österreich auf das herzlichste zu begrüßen und Ihnen zu versichern, daß die Volkswirte und Sozialpolitiker Österreichs Ihren Beratungen das allergrößte Interesse entgegenbringen.

Nun erlauben Sie mir, daß ich damit den offiziellen Teil meiner Rede beende und nicht als Staatsoberhaupt, sondern als ein Mann, der die Ehre hatte, über ein Vierteljahrhundert dem Ausschusse als Mitglied anzugehören, meiner Freude über Ihr Erscheinen Ausdruck verleihe. Viele unvergeßlich schöne Stunden verdanke ich der Zugehörigkeit zum Verein und immer werde ich mich mit Genugtuung der Fahrten erinnern, die ich mit meinen Landsleuten zu den Versammlungen und Sitzungen des Ausschusses unternahm.

Es ist das drittemal, daß die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Wien stattfindet. Der heutigen Versammlung sind die der Jahre 1894 und 1909 vorangegangen. Während sich aber diese beiden Versammlungen, sowohl was die Besucher, als auch was die äußeren Verhältnisse betrifft, nur wenig voneinander unterschieden, befindet sich zwischen diesen und der heurigen Versammlung ein tiefer Einschnitt. Zunächst fehlen die Gründer des Vereines vollständig. Aber der unerbittliche Tod hat auch Jüngere hinweggerafft wie Francke,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Philippovich, Rathgen und Max Weber. Sodann liegt zwischen der zweiten und der heurigen Tagung das ungeheure Ereignis des Weltkrieges. Ich will über seine Auswirkungen auf Deutschland und Österreich nicht sprechen; ich müßte ja allgemein Bekanntes wiederholen. Indes auch abgesehen von uns ist das Weltbild vielfach anders geworden. Die Weissagungen von Friedrich Engels, daß auf die Katastrophe des Weltkrieges die Herrschaft des Sozialismus folgen werde, hat sich als unrichtig erwiesen. Zwar hat das Proletariat der Welt an Kraftbewußtsein ungeheuer gewonnen, und diesem Anwachsen des Kraftbewußtseins ist es wohl zuzuschreiben, daß von den Nationaleinkommen der meisten Völker eine größere Quote auf die Arbeiterschaft fällt als vor dem Kriege. Die Entwicklung zum Sozialismus ist aber — wenn man von Rußland absieht, in dem sich die Verhältnisse im Flusse befinden — ausgeblieben. Bei uns in Österreich sind die Sozialisierungsbestrebungen gescheitert. Das konnte auch gar nicht anders sein, da Sozialismus die vollständige Beherrschung des Konsums voraussetzt. Die Tatsache, daß Marx die kaufmännische Funktion des Unternehmers vollkommen übersehen hat, ist Österreich sehr teuer zu stehen gekommen. Der Sieger im Weltkrieg war also, trotz des hippokratischen Zuges, der ihm anhaftet und über den noch gesprochen werden soll, der Kapitalismus. Sind doch die Vereinigten Staaten, die den Krieg entschieden und die politisch und wirtschaftlich am besten abgeschnitten haben, das kapitalistischste Gemeinwesen der Welt. Aber auch in Deutschland und Österreich hat der Kapitalismus insofern einen Erfolg erzielt, als Machtfaktoren wie die Krone mit ihrem militärischen und bürokratischen Apparat, die die Alleinherrschaft des Kapitals beschränkte, hinweggefallen sind.

Es wirft sich nun auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik zwingend die Frage auf: welche Zukunft hat die Sozialpolitik unter den völlig veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen? Da erinnere ich mich nun, daß zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts von zwei damals jungen Männern, die erfreulicherweise noch unter uns weilen, zwei Bücher über Sozialpolitik erschienen sind, die damals Aufsehen erregten. Das erste stammt von Heinrich Herkner, unserem verehrten Vorsitzenden, das zweite von Gerhart von Schulze-Gaevernitz. Herkner hatte seinem Buch den Titel: „Die Sozialreform als Gebot wirtschaftlichen Fortschritts" gegeben. Der Inhalt des Buches entspricht dem programmatisch zu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gespitzten Titel nicht ganz. Herkner vermeidet große Einseitigkeiten, aber immerhin vertritt er den Standpunkt, daß wir im Interesse unserer Wirtschaft Sozialpolitik treiben müßten. Im Gegensatze hierzu schildert Schulze-Gaevernitz den Aufstieg, den die Arbeiter der englischen Baumwollindustrie genommen haben. Auch ohne direkten Eingriff der Gesellschaft übe das Gedeihen einer technisch auf der Höhe stehenden Industrie einen Einfluß auf die Lage der unteren Klassen. Ich muß es mir selbstverständlich versagen, auf die beiden Werke näher einzugehen, mich interessiert nur die Antithese: Sozialpolitik als Hebel wirtschaftlichen Fortschritts oder wirtschaftlicher Fortschritt als Voraussetzung des Aufstieges, zum mindesten aber des Wohlbefindens der Volksmassen. Ich glaube mich für die letztere Ansicht entscheiden zu sollen, denn wenn auch zweifellos Sozialpolitik vorteilhaft auf das wirtschaftliche Gedeihen wirkt, so zeigen sich diese Wirkungen nicht unmittelbar. Und zudem besteht die Gefahr, daß der Wirtschaft unter Umständen mehr zugemutet wird, als sie zu tragen vermag. Dann sind für alle Teile sehr schmerzvolle Rückschläge nicht zu vermeiden. Wir werden also der Lage und den Aussichten unserer Volkswirtschaft die größte Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Der großen Masse der Österreicher scheint die Ursache der materiellen Not, unter der sie so leidet, ziemlich nahe zu liegen. Sie findet sie in der Zerschlagung des alten Wirtschaftsgebietes. Die alte österreichisch-ungarische Monarchie bildete ein geographisch ziemlich abgerundetes Ganzes, das sich wirtschaftlich in hohem Maße selbst genügte. Innerhalb dieses Wirtschaftsgebietes hatte sich eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Gliedern herausgebildet. Der Friedensvertrag hat Österreich-Ungarn ganz rücksichtslos zerschlagen; kein Wunder, daß diese Gewalttat die schädlichsten Wirkungen ausüben mußte. Von meinem Fenster aus sehe ich die Berge der kleinen Karpathen, die einige Kilometer weit hinter der tschechoslowakischen Grenze liegen. Eine solche Grenzziehung hat schwer zu ertragende Zustände geschaffen, zumal die Sukzessionsstaaten Einfuhrverbote erließen und sich in der Folgezeit mit hohen Zollmauern umgaben. Gewiß hat bei diesem Vorgehen der angehäufte nationale Groll als Motiv mitgewirkt. Man würde aber doch fehlgreifen, auf dieses Moment zuviel Wert zu legen, denn auch die Ungarn, die sich doch wahrlich nicht über Unterdrückung in der alten Monarchie zu beklagen hatten, und mit denen wir Schulter an Schulter den Weltkrieg geführt haben, sperren sich von uns ab. Nicht aus Ab-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neigung, sondern weil sie nun erfolgreicher als vor dem Kriege eine eigene Industrie aufbauen zu können hoffen. Wir begegnen auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie dem Streben vorwiegend agrarischer Gebiete, sich industriell zu entwickeln, einem Streben, das überall in der Welt deutlich sichtbar ist. Die Lage Österreichs ist gewiß ungünstig, sie unterscheidet sich aber nur dem Grad nach von der Lage der europäischen Industriestaaten. Alle diese leiden, sofern sie nicht vorübergehend Exportprämien durch die Entwertung ihrer Währung genießen, unter der Unterbindung des Verkehrs und unter der Arbeitslosigkeit; hat doch der Siegerstaat Großbritannien perzentuell nicht viel weniger Arbeitslose als unser kleines, armes Österreich. Es darf unter solchen Umständen nicht wundernehmen, daß die Freihandelsbewegung wieder anschwillt, was auch darauf zurückzuführen ist, daß die Freihandelslehre wegen ihrer verblüffenden Einfachheit etwas außerordentlich Bestechendes hat. Zu dem kommt ein Faktor psychologischer Natur. Nach dem Hasse, den der Krieg überall entfachen mußte, geht eine Sehnsucht nach Frieden durch die Welt. Die Freihandelslehre entspricht diesem Bedürfnisse; sie ist die Theorie des wirtschaftlichen Optimismus.

Optimismus und Pessimismus sind uralt, so alt wie die Reflexion der Menschen über ihre Lage. Die Menschen sind optimistisch oder pessimistisch, je nach ihrer Anlage, ihren Gesundheitsverhältnissen und ihrer Lebenserfahrung. Es gibt aber auch ganze Zeiträume, die teils von Optimismus und teils von Pessimismus erfüllt sind, so wie es einzelne pessimistische Religionen gibt. Über Optimismus und Pessimismus läßt sich nicht streiten, weil es sich bei ihnen um rein subjektive Wertungen handelt. Wer der Meinung ist, daß alles, was besteht, wert sei, daß es zugrundegeht, den wird man durch Hinweis auf die Schönheiten der Welt nicht bekehren, so wenig wie Schopenhauer, nach dem alle Größen nur negative Vorzeichen haben. Anders steht die Sache, wo es sich um Tatsachen handelt und wo das Gebiet des subjektiven Schätzens endet. Hier müssen Optimismus und Pessimismus ihre Berechtigung erweisen, hier herrscht die ruhige Überlegung und die unerbittlich strenge logische Schlußfolgerung. Vor der Logik hält nun die Freihandelslehre nicht stand.

Die Freihandelslehre geht von dem Bild des primitiven Tauschverkehrs aus. Der Weber A tauscht von dem Bauer B Getreide gegen Leinwand ein. Beide Teile gewinnen bei diesem Tausche an Gebrauchswert, da jeder der Produzenten dadurch, daß er sich ausschließlich mit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer bestimmten Arbeit beschäftigt, leistungsfähiger ist, als wenn er beständig die Arbeit wechseln müßte. Die Freihändler sehen nun in dem internationalen Verkehre nichts als die Arbeitsteilung, die wir in dem oben angeführten Beispiele kennengelernt haben. Dabei beachten sie nicht, daß der Begriff der Arbeitsteilung der Technik entlehnt ist und mit der Wirtschaft unmittelbar nichts zu tun hat; läßt sie sich doch auch auf Gebieten durchführen, die mit Wirtschaft nicht zusammenhängen. So können sich Universitätslehrer verabreden, statt konkurrierender ergänzende Vorlesungen zu halten, so kann von zwei Priestern einer Pfarre der eine die Seelsorge, der andere den Jugendunterricht übernehmen. In der Wirtschaft selbst steht aber die Arbeitsteilung jenseits der Wirtschaftsorganisation, d. h. sie läßt sich bei jeder denkbaren Organisation durchführen. Selbst ein Einzelner kann, worauf Herbert Spencer aufmerksam gemacht hat, durch eine zweckmäßige Arbeitsteilung den Erfolg seiner Arbeit steigern. Der Umstand, daß in den verschiedensten Formen volkswirtschaftlicher Organisation Arbeitsteilung Platz greift, darf uns nicht veranlassen, über die Unterschiede in der Organisationsform hinwegzusehen. Zwischen der primitiven Tauschwirtschaft und der modernen kapitalistischen Wirtschaft klafft ein Abgrund. Den Teilnehmern am primitiven Tauschverkehr schwebt eine bessere Befriedigung ihrer Bedürfnisse vor als sie ohne Tausch erzielen könnten, für die leitenden Wirtschaftssubjekte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung tritt die Rücksicht auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse in den Hintergrund. Maßgebend für den Unternehmer ist die Erzielung eines möglichst großen Kapitalgewinns, von dem nur ein Teil für seine Bedürfnisbefriedigung in Frage kommt. Je größer und erfolgreicher der Unternehmer ist, eine um so geringere Rolle spielt, wie Sombart nachgewiesen hat, der Wunsch, infolge seiner Arbeit mehr zu genießen. Das Gewinnstreben des Unternehmers richtet sich nach rein objektiven Momenten und ist grenzenlos. Dasselbe gilt von den privaten Kapitalisten, sie mögen groß oder klein sein, hinsichtlich ihrer Ersparnisse. Auch dem Wunsche, durch Sparsamkeit ein Vermögen zusammenzubringen, ist keinerlei Schranke gezogen. Je größer das Kapital wird, desto mehr freut sich der Sparer.

Daß durch die völlig veränderte psychologische Einstellung der Produzenten das schöne Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion, das wir in dem Tauschakte Leinwand und Getreide kennen lernten, verlorengehen kann, ist leicht begreiflich. Die Produktion eilt, wie dies

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sismondi fast genau vor hundert Jahren in genialer Weise nachgewiesen hat, der Konsumtion voraus. Dabei braucht es nicht einmal, wie Sismondi annimmt, von Zeit zu Zeit zu einer Krise zu kommen, die das ganze Wirtschaftsleben erschüttert und zahlreiche Existenzen vernichtet. Nein, tagtäglich äußert sich dieses Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch in der Konkurrenz der Produzenten. Es ist außerordentlich merkwürdig, daß meines Wissens noch kein Volkswirt das Wesen der Konkurrenz zu ergründen versucht hat, so oft auch das Wort Konkurrenz gebraucht wird. Die Freihändler, die so entschieden für die freie Konkurrenz eintreten, sehen nicht, daß sich Konkurrenz mit dem von ihnen konstruierten Schulfall des restlosen Austausches von Genußgütern gar nicht vereinbaren läßt. Entweder muß jedes Produkt gegen ein anderes vertauscht werden, wobei nach der Lehre der Engländer nicht die absoluten, sondern die relativen Produktionskosten maßgebend sind, dann gibt es naturgemäß keine Konkurrenz. Oder aber es gibt Konkurrenz, dann muß es nicht verkäufliche Produkte geben; restloser Produktenaustausch und Konkurrenz schließen einander aus. In Wirklichkeit müssen aber die Unternehmer auf dem Warenmarkte einen Kampf ums Dasein ausfechten. Sie bedienen sich loyaler Mittel wie der Reklame, oder unerlaubter Mittel wie der Herabsetzung der Produkte des andern. Jedenfalls braucht nicht jeder Produzent den Absatz seiner Ware ebenso sicher zu finden wie der Besitzer einer Theaterkarte seinen Sitz.

Ich glaube somit, Adolf Held voll und ganz zustimmen zu müssen, wenn er an der klassischen Nationalökonomie tadelt, daß sie die selbständige Bedeutung einer befriedigenden Organisation des Absatzes unterschätzt habe und die Behauptung aufstellt, daß die Organisation des Absatzes die Volkswirtschaft bestimme. Dieses letztere an der Hand der Geschichte der Volkswirtschaft nachzuweisen, würde nicht schwer fallen, dürfte aber überflüssig sein. Das Zunftwesen ist lange verschwunden. Aber heute noch suchen in den Marktflecken und Kleinstädten, ja selbst in den Vororten Wiens die Gewerbetreibenden sich gegenseitig den Absatz zu garantieren, indem sie Geschäft auf Gegengeschäft aufbauen. Durch die Errichtung einer Fabrik kommt in einen solchen Marktflecken ein Fremdkörper. Der Fabrikant versorgt sich auswärts, die Arbeiter gründen einen Konsumverein oder kaufen bei Konfektionären und Ratenhändlern. Es entsteht neben dem alten Güterverkehr ein neuer, der sich von dem alten sondert wie Öl vom Wasser.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die kapitalistische Wirtschaft steht also unter dem Zeichen des Kampfes um den Absatz, der mit Waffen geführt wird, die aus der Rüstkammer der Handelspolitik geholt werden, unter Umständen aber auch mit Maschinengewehren und Panzerschiffen. Wirtschaftlich mächtige Industrien und Länder sind freihändlerisch, wirtschaftlich schwache hingegen schutzzöllnerisch orientiert. Unter allen Umständen bestehen zwischen den Exportindustriestaaten scharfe Gegensätze. Von freihändlerischer Seite wird demgegenüber wohl auf die Tatsache hingewiesen, daß sich auch zwischen sehr entwickelten Industriestaaten ein sehr großer Handelsverkehr abspiele. Ich glaube indes, daß die Gepflogenheit, die Größe des Handels in Geldwerten zu messen, zu Fehlschlüssen verleitet. Wir haben im Kriege den Schleier, den der Ausdruck in Geld über die Güter breitet, zu heben gelernt. Wir haben die Bedeutung jedes Nahrungsmittels nicht nach seinem Geldwert, sondern nach seinem Gehalt an Kalorien bemessen. So hat auch das Schweizer Bauernsekretariat die Leistungen der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen nach der Menge der Kalorien zu bestimmen versucht, die sie auf den Markt bringen. Ich glaube deshalb auch, daß Pohle recht hat, wenn er meint, man müsse im internationalen Handelsverkehre die Art der Waren berücksichtigen. Es kommt darauf an, wieviel Arbeit, insbesondere hochqualifizierte Arbeit, in den Produkten der Aus- und Einfuhr enthalten ist. Wenn es richtig ist, was Engländer ausgerechnet haben, daß im Jahre 1923 von der englischen Ausfuhr nach Deutschland nur 40%, von der nach Australien aber 93,3% auf Fabrikate entfielen, so hatte die Ausfuhr nach dem letzteren Land für England eine viel größere Bedeutung als die nach Deutschland. Das Streben nach Absatz für die Industrieprodukte zwingt zur Kolonialpolitik und zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit agrarischen, industriell wenig entwickelten Ländern, ein Vorgang, der vom freihändlerischen Standpunkt aus ganz unverständlich ist. In der Regel sind diese weniger entwickelten Länder außerstande, die Einfuhr von Industrieartikeln zu zahlen; man hilft sich daher dadurch, daß man ihnen Kredit gibt. So ist die Ausfuhr von Industrieartikeln eng mit der von Kapital verknüpft, wie dies erst jüngst Hobson in der von Layton herausgegebenen Sammlung von Aufsätzen in so lichtvoller Weise ausgeführt hat. Aber die Ausfuhr nach industriell weniger entwickelten Ländern ist keine reine Freude. Denn stets besteht die Gefahr, daß diese Länder eine eigene Industrie zu schaffen suchen. Das abschreckendste Beispiel dieser Art bieten die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vereinigten Staaten, die aus einer englischen Ackerbaukolonie der größte Industriestaat der Welt geworden sind.

Ich betrachte es nun als die katastrophale Wirkung des Weltkrieges, daß sich die Entwicklung vieler Agrarstaaten zu Industriestaaten, die sich sonst ganz allmählich im Laufe von Jahrzehnten vollzogen hätte, vollkommen überstürzt hat. Ich freue mich, diesen Gedanken auch im Balfour-Berichte zu finden; nur steht er dort nicht in der Weise im Mittelpunkte der Ausführungen, wie er es verdient. Dieser Bericht ist überhaupt optimistischer gehalten, als es den Verhältnissen entspricht.

Recht lehrreich ist es, die Entwicklung der Baumwollspinnerei zu verfolgen, da man an der Zahl der Spindeln ein ziemlich exaktes Maß für die Produktionsfähigkeit der Industrie besitzt. Herr Dr. Lederer, Generalsekretär des Vereines der Baumwollspinner und Weber Österreichs, hatte die Güte, mir einige Tabellen zur Verfügung zu stellen. Ihnen ist zu entnehmen, daß in den Jahren 1913—1926 die Zahl der Baumwollspindeln in Europa um 2,3, in Asien um 7,4 und in Amerika um 7,5 Millionen gewachsen ist. Weit bedenklicher als diese Vermehrung der Spindelzahl in außereuropäischen Ländern ist die Verschiebung, die im Verbrauche der Rohbaumwolle eingetreten ist. In Asien ist dieser um 73%, in Amerika um 12% gestiegen, hingegen hat er in Europa um 15% abgenommen. Hier mußte in vielen Fabriken Kurzarbeit eingeführt werden, wenn sie nicht ganz stillgelegt werden sollten. Selbstverständlich leidet Großbritannien, das mehr als die Hälfte der Spindeln Europas besitzt, unter der geschilderten Entwicklung in besonders hohem Maße. Es ist daher begreiflich, daß der Balfour-Bericht sich eingehend mit der Frage des Verlustes der Absatzgebiete befaßt. Was Indien betrifft, so stellt der Bericht fest, daß die englische Ausfuhr von Baumwollwaren dahin um 57% gesunken ist. Ein Viertel des Verlustes sei auf die Entwicklung der indischen Baumwollindustrie, ein Siebentel auf die fremde Konkurrenz zurückzuführen. Sonst sei der Rückgang des englischen Exportes dem Sinken der Kaufkraft zuzuschreiben. Es ist aber sehr fraglich, ob sich der Absatz der englischen Baumwollwaren nach Hebung der indischen Kaufkraft wieder einstellen wird, da sich die indische Industrie, wie wir gesehen haben, rasch entwickelt und Japan den Engländern Konkurrenz in den feinen Garnnummern zu machen beginnt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Großbritannien besitzt wohl in den allermeisten Dominions Präferenzzölle, die die Konkurrenz Fremder erschweren. Das Unglück will es aber, daß nun die englische Industrie in diesen Dominions der Konkurrenz der Industrie anderer Dominions begegnet. In Europa hingegen suchen die Agrarländer sich durch Einfuhrverbote und Zölle eine Industrie zu schaffen.

Oldenberg hat bekanntlich das Bild gebraucht, ein Staat, der sich auf den Export verlasse, gleiche einem Mann, der einen Stützpfeiler seines Hauses auf fremden Boden stellt. Nun ist Europa in der Gefahr, diesen Stützpfeiler zu verlieren. Wie jede Gefahr, gibt uns auch diese den Anlaß zur Selbstbesinnung. Und da müssen wir, glaube ich, zur Einsicht kommen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung nur eine Episode in der Geschichte sein kann, die dann zu Ende ist, wenn durch die Industrialisierung rückständiger Länder die Absatzgebiete verloren gehen. Nur in den Äquatorialgegenden, insbesondere in denen Afrikas, wird sich dieser Prozeß kaum vollziehen. Darum müßte Deutschland, wenn es ein Kolonialmandat bekommen sollte, sich ein Land wählen, in dem die Sonnenenergie so groß ist, daß sie das Wachsen tropischer Pflanzen fördert und die industrielle Tätigkeit hemmt. Es entspräche dies dem Gedankengang, den Friedrich List mit so großem Nachdrucke entwickelt hat.

Der episodenhafte Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geht auch aus der Zunahme der Bevölkerung hervor. In etwas mehr als hundert Jahren hat sich die Bevölkerung von England und Wales von 10 Millionen Menschen auf 40 Millionen vermehrt. Es wird kaum jemand annehmen wollen, daß in den erwähnten Ländern in 250 Jahren für 640 Millionen Menschen Platz sein werde. Die Zunahme der Bevölkerung ist hier wie in Deutschland erfolgt, weil die Sterblichkeit infolge der Fortschritte der Hygiene außerordentlich gesunken ist. Es hat aber auch der Kapitalismus selbst die Volksvermehrung befördert, indem er die Zahl der unverheirateten Gesellen und Dienstboten vermindert hat. Die eigene Volksvermehrung genügte indes dem Kapitalismus nicht; wurde doch vor dem Kriege in Deutschland mehr als eine Million fremder Arbeiter beschäftigt.

Es verdient alle Beachtung, daß in Großbritannien die Ansicht immer mehr zum Durchbruche gelangt, daß sich die Volkswirtschaft an einem Wendepunkt befinde und daß es sehr schwer fallen werde, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Es wird deshalb auch von Layton

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit Befriedigung festgestellt, daß infolge des Sinkens der Geburten und der Zunahme der Auswanderung die Zahl der Industriearbeiter sinken wird. Ein Wortführer der genannten Richtung ist bekanntlich Keynes, dessen Vorschläge mir allerdings keine Lösung des Problems zu bringen scheinen. Besonders symptomatisch ist es, daß der Landwirtschaft in Großbritannien großes Interesse entgegengebracht wird. Der Krieg hat dem englischen Volke vor Augen geführt, wie groß die Gefahr ist, in der es sich infolge der Vernachlässigung der Landwirtschaft befindet. Nun will man die ländliche Bevölkerung vermehren, nicht nur aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus sozialen Gründen, was ohne Schaffung einer befriedigenden wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung unmöglich ist. Unter der Herrschaft des Freihandels war die Landwirtschaft verfallen. Der Getreidebau wurde immer mehr eingeschränkt und nur in geringem Maße wurde dieser durch intensiven Gartenbau ersetzt. Die Landwirtschaft reagierte auf den Preisdruck, der durch die Einfuhr fremder Produkte ausgeübt wurde, durch Übergang zu einer extensiveren Form der Bewirtschaftung, was nicht bloß aus der Zunahme der Weiden, sondern auch aus dem Sinken der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen hervorgeht. Auch die Menge des Viehs hat seit dem Jahre 1873 abgenommen. Die englischen Landwirte haben also den Rat der Freihändler, vom Getreidebau zur Viehwirtschaft überzugehen, nicht befolgt. Man macht allerdings die Größe der englischen landwirtschaftlichen Betriebe dafür verantwortlich — mit Unrecht. Die Rentabilität der Viehzucht im Kleinbetrieb gehört in das Reich der Fabel. Wenn man in England Kleinbetriebe mit starker Viehhaltung schaffen wollte, so genügte es nicht, kleine Pachtungen einzurichten, man müßte erst Leute finden, die wie unsere Kleinbauern 13 Stunden mit Frau und Kindern hart arbeiten, um ein Einkommen zu erzielen, das kleiner ist als das eines Industriearbeiters. Ich glaube Hall zustimmen zu müssen, wenn er die Behauptung aufstellt, daß in England hierzu nicht viele Leute zu haben sein würden. Welche Bedeutung man aber in England dem Wiederaufbau der Landwirtschaft beimißt, kann man daraus ersehen, daß die liberale Partei die Einführung von hohen Agrarzöllen für vollkommen berechtigt hält und sie nur deshalb nicht in ihr Programm aufgenommen hat, weil sich solche Zölle bei der überwältigenden Mehrheit der städtischen Bevölkerung nicht durchsetzen lassen würden. Ich glaube, eine glänzendere Rechtfertigung konnte Adolph Wagner, Oldenberg, Pohle und allen an-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deren, die sich für den Schutz der heimischen Landwirtschaft einsetzen, nicht zuteil werden.

Ich habe die Überzeugung, daß die Zukunft einer stationären, oder, wie man heute sagt, statischen Wirtschaft gehört. Das hat kein Geringerer als J. St. Mill, der führende englische Volkswirt in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, vorhergeahnt. Diese Wirtschaft müßte nach dem Grundsatze der Autarkie aufgebaut werden, was allerdings zur Voraussetzung hätte, daß sich größere Wirtschaftsgebiete zusammenschließen. Eine solche Wirtschaftsorganisation ist gewiß nicht von heute auf morgen zu schaffen, wenn auch einzelnes ganz von selbst nach dieser Richtung zu drängen scheint. So zielen die großen internationalen Kartelle, von deren Bildung so viel gesprochen wird, im wesentlichen darauf ab, jeder nationalen Industrie ihr Absatzgebiet zu sichern. Einstweilen müssen wir den Konkurrenzkampf führen und zwar Deutschland um so hartnäckiger, als es ja Reparationspflichten zu erfüllen hat. Deutschland befindet sich in einer ähnlichen Lage wie im Weltkriege, der, nachdem er einmal ausgebrochen war, ausgefochten werden mußte, so ungünstig auch die Aussichten von vornherein waren. Daß die Lage, in der wir uns befinden, für die Sozialpolitik nicht günstig ist, braucht, um zu dem Ausgangspunkte zurückzukehren, nicht besonders hervorgehoben zu werden. Layton führt in seinem Sammelwerke aus, daß die englischen Arbeiter das Äußerste leisten, und alle Schichten, insbesondere die höheren, sich eine einfache Lebensweise angewöhnen müßten, wenn England über die Schwierigkeiten hinwegkommen sollte. Das Gleiche gilt mindestens mit demselben Rechte für Deutschland und Österreich. Wir werden also trachten müssen, uns im Konkurrenzkampfe zu behaupten. Stets werden wir aber daneben im Auge behalten müssen, daß es unsere Aufgabe ist, alles, was in der Richtung der Autarkie liegt, zu erhalten und zu entwickeln.

Das gilt in erster Reihe von unserer Landwirtschaft. Wir sind in der glücklichen Lage, eine bodenständigere und zahlreichere Landbevölkerung zu besitzen als Großbritannien. Sie müssen wir erhalten und zwar insbesondere auch dadurch, daß wir ihr Preise garantieren, bei denen sie bestehen kann. Das läßt sich ohne allzu große Belastung der Konsumenten auf dem Wege der Monopolisierung erzielen. Als ich zum erstenmal vor 25 Jahren und dann wieder vor 10 Jahren für die Monopolisierung des Getreides eintrat, wurde mir entgegengehalten, daß mein Vorschlag technisch undurchführbar sei. Inzwischen hat die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schweiz in der Nachkriegszeit den Versuch unternommen, das Getreidemonopol einzuführen. Die ganze Monopolverwaltung wurde von 61 Beamten und Arbeitern im Hauptamte und 2 Beamten im Nebenamte geleistet, wobei 15 Rappen auf 100 kg als Verwaltungskosten aufliefen. Dabei konnte die Schweizer Getreideverwaltung in der Zeit vom 1. Juli 1924 bis Ende Juli 1925 den Weizen unter dem Weltmarktpreise an die Konsumenten abgeben, obgleich sie Schweizer Weizen mit 5 Franks über dem Weltmarktpreise kaufte. Das war nur möglich, weil die Schweizer Getreideverwaltung den Weizen auf dem Weltmarkte viel billiger erstand als es private Händler zu tun vermochten. Natürlich schädigte die Einführung des Getreidemonopols private Interessen. Die verletzten Interessenten liefen nun gegen das Monopol Sturm und wußten sich die Gefolgschaft weiter Kreise, insbesondere dadurch zu sichern, daß sie die Einführung des Monopols als Beginn der Sozialisierung bezeichneten. Aber die Stimmung schlug um, da sich auch ehemalige Gegner des Monopols, wie Bundesrat Schultheß, davon überzeugten, daß es kein billigeres Mittel, den heimischen Getreidebau zu schützen, gibt, als das Monopol. Nationalrat und Ständerat haben die Wiedereinführung des Monopols beschlossen; die Entscheidung wird die Volksabstimmung bringen, die im nächsten Winter stattfinden soll.

Auch auf einem weiteren Gebiete läßt sich der Gedanke der Autarkie durchführen: auf dem des Ausbaues der Wasserkräfte. Zu den wertvollsten Schätzen Österreichs gehören bekanntlich die Wasserkräfte. Wir sind an den Ausbau einer Reihe dieser Kräfte mit der Wirkung geschritten, daß weite Gebiete Österreichs bis in die entlegensten Winkel über elektrische Kraft verfügen und daß die Einfuhr von Steinkohle beträchtlich abgenommen hat, was zu einer Verbilligung derselben für Eisenbahn, Industrie und Hausbrand führte. Nun erfordert der Ausbau der Kraftwerke große Kosten, die wir meist nur durch Aufnahme auswärtiger, hochverzinslicher Anleihen decken können. Es wurde deshalb die Frage aufgeworfen, ob denn die Elektrifizierung unserer Bahnen am Platze sei oder nicht. Die beiden Sachverständigen des Völkerbundes, die zur Prüfung der Lage unserer Bundesbahnen entsandt wurden, sind zu dem Ergebnisse gelangt, daß sich die Kosten des elektrischen Betriebes einerseits und des Betriebes mit Kohlenfeuerung andererseits annähernd die Wage halten. Seither hat die Wärmetechnik weitere Fortschritte gemacht, so daß sich die in der Kohle

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vorhandenen Energien vollständiger ausnützen lassen, als es bisher der Fall war. Dadurch hat sich die Frage der Rentabilität für jene Wasserwerke, deren Ausbau größere Kosten verursacht, verschoben. Wenn ich nun der Meinung bin, daß wir trotz alledem mit der Elektrifizierung fortfahren sollen, so leitet mich der Gedanke, daß wir die Wasserkräfte im Inland haben, die Kohle aber einführen müssen. Zum Glücke sprechen auch andere Momente für die Elektrifizierung der Bahnen, so die geringere Feuersgefahr und die Verhinderung der Rauch- und Gasschäden, die in unseren Alpentälern sehr groß sind.

Ich weiß sehr gut, daß die Aussicht, in einer stationären Wirtschaft zu landen, für viele nichts Verlockendes hat. Man wird die Befürchtung aussprechen, daß der technische Fortschritt zum Stillstand kommen müsse, wenn einmal mit dem Prinzip der ungehemmten Konkurrenz die Selbstverantwortlichkeit hinweggefallen sein würde. Ich glaube, man wird bei Beurteilung der Möglichkeiten des technischen Fortschrittes wohl zwischen dem Erfinder und demjenigen, der die Erfindung in die Wirtschaft einführt, zu unterscheiden haben. Es ist nicht anzunehmen, daß die Genialität der Erfinder durch irgendeine Änderung der Gesellschaftsordnung beeinträchtigt würde. Der Genius erfindet wie der Vogel singt. Anders verhält es sich allerdings mit der Einführung von Erfindungen in die wirtschaftliche Praxis. Diese dürfte durch die Hemmung der Tätigkeit des nur sich selbst verantwortlichen Unternehmers nicht gefördert werden. Wenn man demgegenüber, wie es Rathenau tut, auf die Aktiengesellschaften hinweist, in denen Beamte, die nur geringes wirtschaftliches Interesse an dem Gedeihen der Unternehmung besitzen, Träger des technischen Fortschrittes seien, so müßte doch erst der Beweis erbracht werden, daß, was den technischen Fortschritt betrifft, die Aktiengesellschaften den privaten Unternehmungen gleichkommen. Ich halte es deshalb auch für vollständig falsch, wenn Rosa Luxemburg in ihrem übrigens sonst sehr lesenswerten Buche, das die Ideen von Sismondi mit denen von Marx verbinden soll, die Behauptung aufstellt, daß der Kapitalismus nach dem Verluste des Exports die Produktivkräfte nicht mehr werde entwickeln können und daß daher der Übergang zum Sozialismus naturnotwendig sei. Ich glaube, daß der Sozialismus dem Kapitalismus, was die Entwicklung der Produktivkräfte betrifft, gewiß nicht überlegen sein würde. Damit will ich keineswegs behaupten, daß sozialistische Ideen keine Aussicht auf Verwirklichung hätten. Im Gegenteil, in einer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stationären, autarken Wirtschaft wird es möglich sein, einzelne Zweige der Volkswirtschaft sozialistisch zu organisieren. Welche Zweige dies sein werden, wird Gegenstand von Erwägungen der Zweckmäßigkeit sein. Eines läßt sich aber mit Sicherheit vorhersagen, daß die Lage der Massen der Bevölkerung dadurch keine wesentliche Besserung erfahren wird. Sie werden sich bei einer größeren Sicherheit der Existenz mit einer bescheidenen Lebenshaltung begnügen müssen. Wenn die Sozialdemokratie hierüber anderer Meinung ist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sich selbst Marx von dem in den Sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts herrschenden Optimismus nicht freimachen konnte. Es bleibt also die Gefahr, daß der technische Fortschritt sich nur unter Hemmungen und daher langsam vollziehen wird, bestehen. Aber wir haben keine Wahl, wir müssen uns einfach fügen. Je klarer wir sehen, desto mehr wird es uns gelingen, den Übergang zur stationären Wirtschaft zu vollziehen. Dabei mögen uns zwei Gedanken trösten: zunächst der, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß früher oder später auf ein oder dem anderen Gebiete die technischen Möglichkeiten ausgeschöpft sein werden. Sodann aber auch der zweite Gedanke, daß wir die Bedeutung der materiellen Güter nicht überschätzen dürfen, denn die höchste Blüte der Kultur erfolgte stets zu Zeiten einfacher, bescheidener Lebenshaltung.

Einen Vorzug wird die Neugestaltung der Wirtschaft mit sich bringen: die Sicherung des Weltfriedens. Unter den vielen, die sich mit der Frage des Friedens beschäftigen, scheint mir Fichte den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben. Er betrachtet den Frieden als Postulat des Naturrechts. Die Voraussetzung der Verwirklichung dieses Postulats sieht er aber in der Schaffung möglichst autarker Staaten, die mit anderen Staaten nur in geringem Grade in wirtschaftlichen Verkehr treten.

Ich bin auf den Vorwurf gefaßt, ich hätte Ihnen in diesen längeren Ausführungen nicht viel Neues gesagt. Was ich Ihnen auseinandersetzte, haben in der Tat im wesentlichen schon andere vor langer Zeit ausgesprochen. Ja ich selbst habe mich in den mehr als 40 Jahren, seitdem ich Sismondi gelesen habe, wiederholt in Wort und Schrift in ähnlicher Weise geäußert wie heute. Wenn ich es jetzt wieder getan habe und, wie ich betonen will, wieder als Mann der Wissenschaft, der nur der Wahrheit verantwortlich ist, so geschieht es deshalb, weil ich der Meinung bin, daß wir heute ganz besonderen Anlaß haben,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

über unsere wirtschaftliche Lage nachzudenken und uns ein Bild davon zu machen, wohin die Entwicklung führt. Wir können nicht gegen den Strom schiffen. Wir müssen aber stromabwärts so steuern, daß unser Fahrzeug nicht den geringsten Schaden nimmt. Die Zeit ist ernst, bitter ernst und die Zukunftsaussichten sind nicht sehr verlockend. Die Zeit verliert aber nichts von diesem Ernste, wenn man sich durch Optimismus täuschen läßt.

(Allgemeiner, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Meine sehr verehrten Damen und Herren! In unser aller Namen darf ich wohl dem Herrn Bundespräsidenten Dr. Hainisch für die Ausführungen danken, die er uns gegeben hat. Er hat sich nicht darauf beschränkt, als Oberhaupt des Staates uns willkommen zu heißen, er hat zu uns in seiner Eigenschaft als Gelehrter gesprochen. Er ist von einer Illustrierung des Wortes ausgegangen, das jüngst in Genf geformt worden ist: nach dem Kriege gäbe es unglückliche Besiegte, aber keine glücklichen Sieger. Er hat auf die überstürzte Industrialisierung der Welt hingewiesen und die Not gekennzeichnet, die aus solcher Entwicklung erwächst. Er hat aus diesen Prämissen Folgerungen gezogen, die uns alle nachdenklich stimmen dürfen und die ein Vorklang sind zu der Behandlung des Themas: Die Krisis in der Weltwirtschaft, das uns heute beschäftigen wird. Unser herzlicher Dank für seine Ausführungen darf ihm gewiß sein.

Ehe wir nun, meine verehrten Damen und Herren, dazu übergehen, unser eigentliches Thema weiterzubehandeln, darf ich noch einer Reihe von Vertretern hoher Behörden zu kurzen Ansprachen das Wort geben.

Ich bitte zunächst Herrn Vizekanzler Dr. Waber, das Wort zu nehmen.

Vizekanzler Dr. Waber (Wien): Hochgeehrter Herr Bundespräsident! Hochverehrte Herren! Es freut mich außerordentlich, Sie namens der Bundesregierung und insbesondere namens des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Ministers für soziale Verwaltung begrüßen zu können. Im Besonderen, meine verehrten Herren, begrüße ich die Gäste aus dem Deutschen Reiche, die sich hier zu gemeinsamer Arbeit mit unseren Herren zusammengefunden haben. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß diese Beratung dazu beitragen möge, unsere wirtschaftliche Not zu mildern und unseren sozialen Nöten zu steuern.

Es ist ganz selbstverständlich, meine verehrten Herren, daß die Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hältnisse bei uns in Österreich erheblich schwieriger sind als im Deutschen Reiche. Nicht nur der Zusammenbruch, die Zerreißung des alten Wirtschaftsgebietes, sondern insbesondere die Folgen, die sich daraus ergaben, die Beengtheit des Wirtschaftsgebietes, müssen es mit sich bringen, daß sich die Lebensverhältnisse schwer gestalten.

Aber, meine sehr verehrten Herren, Sie sehen schon aus der bisherigen Entwicklung, daß Österreich bemüht ist, über alle diese Schwierigkeiten hinweg soziale Reformen zu schaffen und darüber hinaus sich wirtschaftlich zu entwickeln, um auf diese Weise sich würdig als kleinerer Staat neben das große Deutsche Reich zu stellen.

Meine sehr verehrten Herren! Sie haben bereits den Zusammenschluß in Ihrer Arbeit vollzogen. Wir können nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch ein wirtschaftlicher und staatsrechtlicher Zusammenschluß uns zu weiterer Entfaltung bringen möge. Ich kann den Herren nur noch wünschen, daß Sie sich bei der Arbeit, die Sie hier leisten, wohlbefinden mögen und mit den besten Eindrücken aus Österreich nach Deutschland zurückkehren.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat nun der Dirigent im Reichsarbeitsministerium Geheimrat Dr. Weigert.

Geh. Regierungsrat Dr. **Weigert** (Berlin): Hochverehrter Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, den Verein für Sozialpolitik im Namen der hier vertretenen Reichsressorts des Deutschen Reiches, im Namen des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums zu begrüßen. Meine Damen und Herren! Die sozialpolitische Praxis und die sozialpolitische Wissenschaft sind nicht immer miteinander zufrieden. Das ist ja auch ganz natürlich. Die Praxis sieht sich nicht selten vor Aufgaben gestellt, mit denen sich die Wissenschaft noch nicht beschäftigen konnte. Denn die Wissenschaft muß ihren eigenen Entwicklungsgesetzen folgen. Die Forderungen des Tages warten aber nicht, sie wollen erfüllt sein, und die Praxis sieht sich dann zu Lösungen gedrängt, die wieder der Wissenschaft nicht immer gefallen. Um so größer ist die Genugtuung, wenn die Wissenschaft aus ihrer eigenen Entwicklung heraus an Aufgaben herantritt, die gleichzeitig für die sozialpolitische Praxis von größtem und brennendstem Interesse sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das gilt für die Themen dieser Tagung. Ich darf Ihnen versichern, meine verehrten Damen und Herren, daß die Ministerien des Deutschen Reiches, die an den Fragen beteiligt sind, die hier verhandelt werden, dem Gang ihrer Verhandlungen mit dem größten Interesse gegenüberstehen, und darf Ihnen das Beste für einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Verhandlungen wünschen.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Vizebürgermeister der Bundeshauptstadt Wien Emmerling.

Vizebürgermeister Emmerling (Wien): Hochverehrter Bundespräsident! Meine verehrten Damen und Herren! Mit besonderer Freude und Genugtuung begrüßen wir es, daß Sie Ihre Tagung nach Wien verlegt haben, und wir entbieten Ihnen einen herzlichen Willkommengruß. Es ist das nicht ein Akt der Höflichkeit, sondern ein Ausdruck der besonderen Sympathie, die wir Ihren Beratungen, Ihren Bestrebungen entgegenbringen.

Die Welt ist mit sozialen Fragen erfüllt, mit Problemen aller Art. Nachdem Menschen und Güter im Kriege zerstört worden sind, sind die Staaten, die Länder, die Gemeinden im Aufbau begriffen und verpflichtet, diesen Aufbau vorzubereiten. Von der Besetzung eines Forstgebietes durch Kolonisten, die sich eine neue Existenz schaffen wollen, bis zur Stillegung eines Betriebes, der tausende Existenzen wieder vernichtet, von den hunderttausenden Menschen, die monatelang in Streik stehen, um eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen, bis zu den Millionen Arbeitslosen, die durch Jahre hindurch nur von Unterstützungen leben, zieht sich eine Fülle sozialer Probleme, deren wissenschaftliche Ergründung und Betrachtung Ihre Aufgabe ist. Die Gemeinden, die öffentlichen Körperschaften überhaupt, sie haben einen großen Teil ihrer Arbeit nunmehr diesen Fragen zuzuwenden. Wir bringen daher Ihren Beratungen das denkbar größte Interesse entgegen. Wenn Sie, trotz der ernsten Arbeit, die Sie haben, noch einige Zeit finden, sich in dieser Stadt zu erholen, dann soll es uns freuen. Wir wünschen Ihnen den besten Erfolg.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Präsident der Akademie der Wissenschaften Herr Hofrat Professor Oswald Redlich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hofrat Professor Dr. Oswald Redlich (Wien): Hochgeehrter Herr Bundespräsident! Hochansehnliche Versammlung! Wenn ich die Ehre habe, heute an dieser Stelle das Wort zu ergreifen, so geschieht es, um gewissermaßen als Hausherr im Namen der Wiener Akademie der Wissenschaften Sie herzlich willkommen zu heißen. Die Akademie ist hoch erfreut, daß sie in der Lage ist, dem Verein für Sozialpolitik, diesem hoch angesehenen Verein, der sich im Laufe seiner halbhundertjährigen Tätigkeit so bedeutsame Verdienste erworben hat, würdige Räume für seine Beratungen zu bieten.

Ich gedenke in diesem Augenblick der Tatsache, die uns mit Stolz erfüllt, daß zwei der Begründer des Vereins für Sozialpolitik als hochgeschätzte Mitglieder unserer Akademie angehört haben, Gustav Schmoller und Adolph Wagner, und es darf die Akademie mit einiger Genugtuung sagen, daß alle bedeutenden österreichischen Nationalökonomen und Volkswirtschaftslehrer Mitglieder unserer Akademie gewesen sind, vor allem anderen die großen Schöpfer der österreichischen Schule der Nationalökonomie, deren letzter, Professor Wieser, uns leider vor kurzem entrissen worden ist.

So werden Sie, verehrte Anwesende und verehrte Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, sich in diesen Räumen nicht fremd fühlen und eine gewisse Sympathie mitbringen. Ich wünsche Ihren Beratungen, die Sie nun beginnen werden, den besten Erfolg und heiße Sie nochmals in den Räumen unserer Wiener Akademie auf das Herzlichste willkommen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat der Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Professor Dr. Graf Gleispach.

Professor Dr. Gleispach (Wien): Herr Bundespräsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Seine Magnifizenz der Rektor der Universität Wien und die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien haben mich beauftragt, dem Verein für Sozialpolitik zu seiner diesjährigen Generalversammlung die besten Grüße zu überbringen. Es gereicht mir zur besonderen Ehre und Auszeichnung, der Überbringer dieser Grüße zu sein und der Freude Ausdruck geben zu dürfen, daß Sie durch die Wahl des Tagungsortes der Kultureinheit Deutschlands und Österreichs neuerlich Ausdruck verliehen haben. Es liegt im Wesen der universitas

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

literarum, daß es kaum einen wissenschaftlichen Verein oder Kongreß gibt, zu dem wir nicht Beziehungen haben und uns hingezogen fühlen. Ganz besonders gilt jedoch das von dem Verein für Sozialpolitik und seiner Tagung. Gehört es doch zu den besten Überlieferungen unserer Universität, Sozialpolitik zu pflegen, und es genügt wohl zum Beweise dafür, die Namen zweier Männer zu nennen, den Namen Eugen Philippovich und den Namen eines Mannes, dessen hochragende Gestalt mit dem fein geformten Kopf und dem edlen durchgeistigten Antlitz hier wieder zu sehen uns alle gefreut hatte und dessen Fehlen wir nun doppelt schmerzlich als jüngste und schwerste Lücke in unserem Kreis empfinden, dessen wissenschaftliche Verdienste hier schon von berufenem Munde gefeiert worden sind, Friedrich Wiesers.

Wenn man heute von Politik spricht, meine verehrten Damen und Herren, wenn man zu Gebildeten wenigstens davon spricht, so begegnet man überwiegend einer Einstellung, die Ablehnung, wenn nicht Schlimmeres bedeutet. Ganz anders ist es aber, wenn wir von irgendeinem Gebiete der Fachpolitik, der Gewerbepolitik, der Kulturpolitik, der Kriminalpolitik oder gar, wenn wir von der Sozialpolitik sprechen, die alle diese Zweige befruchtet und gleichsam die Krone des großen Baumes darstellt, dann tritt an die Stelle von Abneigung direkte Zuneigung, an die Stelle von Verdrossenheit, um nicht mehr zu sagen, tritt dann eine frohe Zuversicht.

Diese Tatsache und die Gründe für ihre Erklärung, die, glaube ich, nicht schwer aufzufinden sind, enthalten einen Fingerzeig für den Weg, der uns nur mit großen Mühen aus den politischen Wirrsalen unserer Zeit in eine bessere Zukunft hinausführen könnte. Zugleich enthalten sie wohl auch eine ernste Mahnung für jeden, der sich einem Gebiete der Fachpolitik widmet, auch für alle Sozialpolitiker, dieses große Gut des allgemeinen Vertrauens zu mehren und zu hüten, eine Mahnung freilich, deren gerade der Verein für Sozialpolitik nicht erst bedarf, denn immer hat er sachverständige Arbeit geleistet, hat die sachlichen Gesichtspunkte allein bedacht, hat nach streng wissenschaftlichen Methoden gearbeitet.

Hier liegt die Wurzel seiner Kraft, seines Ansehens, dessen er sich erfreut, der Bedeutung, die seiner Tagung zukommt.

So ist es nicht nur einer der freundlichen Wünsche, die man sonst am Beginne von Kongressen auszusprechen pflegt, sondern eine in den stolzen Überlieferungen des Vereines festbegründete Zuversicht, wenn

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich sage, es möge die edle Schönheit dieses Saales, es möge der reine Zusammenklang seiner Formen und Farben das Symbol abgeben, das Leitmotiv für den Verlauf Ihrer Beratungen, für Ihre ganze Tagung und die Ergebnisse, zu denen Sie gelangen werden.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Hofrat Dr. Palla.

Erster Sekretär der Arbeiterkammer Hofrat Dr. Palla (Wien): Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten Österreichs, in deren Namen ich hier zu sprechen die Ehre habe, begrüßt die Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik auf das herzlichste.

Wir haben es nicht vergessen, daß die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Deutsche Verein für Sozialpolitik lange Zeit hindurch zu den wenigen Stellen gehörten, die für den sozialen Fortschritt eintraten, und die wertvollen wissenschaftlichen Arbeiten des Vereins über das Wohnungswesen, über die Konsumgenossenschaftsbewegung, über die Lage der Heimarbeiter, der Landarbeiter und der geistigen Arbeiter, über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft, über das Auswanderungsproblem und viele andere mehr haben sicherlich wesentlich dazu beigetragen, den Weg für die soziale Erkenntnis unserer Zeit vorzubereiten.

In der neueren Zeit haben die Arbeiterschutzgesetze eine weitgehende Ausgestaltung erfahren, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft am wirtschaftlichen und sozialen Leben vermag sich immer mehr durchzusetzen. In der Auffassung über Ziele und Zwecke der Sozialpolitik hat sich allmählich ein vollkommener Wandel vollzogen. Die Leistungen auf diesem Gebiete haben den Charakter von Fürsorgemaßnahmen verloren, die von der Güte und Einsicht der Regierung und der fortschrittlichen Gesinnung hervorragender Männer der Wissenschaft und Praxis abhängig waren und beeinflußt wurden.

Die Arbeiterschaft hat mit Hilfe ihrer an Stärke stets zunehmenden Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und gestützt auf die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand genommen. An Stelle von mehr oder weniger charitativen Maßnahmen sind gesetzliche Ansprüche getreten,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und das Arbeitsrecht bildet einen immer stärker hervortretenden Bestandteil der gesamten öffentlichen Rechtsordnung.

Wenn wir die letzten Tagungen des Vereins für Sozialpolitik verfolgen, so haben wir die Empfindung, als ob dem Vereine das früher so sorgfältig gepflegte Kind etwas zu groß, zu selbständig, vielleicht auch etwas zu ungebärdig geworden ist. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß die Sozialpolitik im engeren Sinne in der letzten Zeit weniger Berücksichtigung gefunden hat, obwohl gerade hier viele Probleme im Mittelpunkte des Interesses aller Industriestaaten stehen.

Wenn ich bei der heutigen Begrüßung einen Wunsch aussprechen darf, so ist es der, den innerlichen Zusammenhang zwischen den Pflegestätten wissenschaftlicher Forschung und arbeitender Bevölkerung auf dem Gebiete der Sozialpolitik im Interesse der gegenseitigen Förderung und Befruchtung wieder inniger zu gestalten.

Im Zeitalter der Demokratie soll der sozialpolitische Fortschritt von der gesamten öffentlichen Meinung, von dem Verständnis und Willen des ganzen Volkes getragen werden, er soll als Gemeingut angesehen und empfunden werden, so daß seine Beeinträchtigung nicht nur von der Arbeiterschaft als Eingriff in ihre Rechte, sondern von der gesamten Bevölkerung als Schädigung der kulturellen Entwicklung abgelehnt wird. Von diesen Erwägungen ausgehend, wünsche ich den Beratungen der Tagung den besten Erfolg.

(Beifall.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Die Reihe der Begrüßungsansprachen ist zu Ende. Wie wir dem verehrten Oberhaupt des österreichischen Staates, dem Herrn Bundespräsidenten, verbunden sind, nicht nur für den Gruß, den er uns entboten hat, sondern auch für die fachlichen Ausführungen mit weiten Perspektiven, die er uns gegeben hat, so danken wir in gleicher Weise den Vertretern der Behörden und wissenschaftlichen Institutionen für die Ansprachen, mit denen sie uns beehrt haben.

Ich leite damit über zum eigentlichen Thema des heutigen Tages, zur Frage der „Krisis in der Weltwirtschaft", die der Herr Bundespräsident bereits seinerseits berührt hat. Manche von Ihnen werden sich noch erinnern, wie im Jahre 1909 Gustav Schmoller, der Unvergessene, darauf hingewiesen hat, daß die meisten der Gründer des Vereins bereits heimgegangen seien, daß aber die Gründe, die für

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Verein und seine Einrichtung gesprochen hätten, in unveränderter Stärke weiterbestünden. Er hat damals die Aufmerksamkeit auf die schnellen Wandlungen in der Volkswirtschaft, wie sie sich vollzogen, gelenkt, auf die Umformung der Unternehmungen, auf die neuen Klassenschichtungen, auf die Zusammenhänge und die Gegensätze, die sich daraus entwickelten. Er legte dar: Eine wissenschaftlich orientierte Vereinigung wie unser Verein für Sozialpolitik muß darauf achten, das Gesamtinteresse immer im Auge zu behalten. Nur dann kann sie die sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen unbefangen beobachten, um Richtlinien zu geben für deren Beeinflussung. Was Gustav Schmoller damals ausgeführt hat, das gilt heute in unveränderter Weise, wenn wir statt Volkswirtschaft „Weltwirtschaft" sagen. Kaum jemals sind im Laufe weniger Jahre so tiefgreifende Wandlungen in der Weltwirtschaft vor sich gegangen wie seit den Schüssen auf dem Balkan, die die militärische Katastrophe Mitteleuropas eingeleitet haben. Kaum jemals aber auch in aller Vergangenheit ist der enge Zusammenhang nationalwirtschaftlichen Gedeihens und weltwirtschaftlicher Möglichkeiten gleich deutlich vor unsere Augen getreten.

Wir glauben, das Problem der Krisis in der Weltwirtschaft Ihnen zunächst in der Weise nahezubringen, daß Geheimrat Prof. Dr. Harms sprechen wird über Strukturwandlungen, die sich in der Weltwirtschaft während der jüngsten Jahre vollzogen haben. Ich bitte Geheimrat Harms, das Wort zu ergreifen.

Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Harms:

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft[1].

Herr Bundespräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Hauptthema der heutigen Verhandlungen ist die „Krisis der Weltwirtschaft". Wenn ich innerhalb dieses Rahmens die „Strukturwandlungen der Weltwirtschaft" zum Sonderthema gestalte, so entspricht dies meiner Auffassung, daß gerade sie den Charakter jener Krisis entscheidend bestimmen. Zugleich kommt darin zum Ausdruck, daß ich „Krisis" hier nicht in dem engeren konjunkturtheoretischen Sinne

[1] Der Vortrag hat mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit gekürzt werden müssen. An etlichen Stellen ist der ursprüngliche Text — vornehmlich im Tatsächlichen — schon hier wieder hergestellt worden. Ungekürzt wird der Vortrag im Januarheft des „Weltwirtschaftlichen Archivs" erscheinen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deute, sondern den Begriff so auslege, daß er alle diejenigen tiefgreifenden Proportionsverschiebungen und Neubildungen im internationalen Wirtschaftsgefüge umfaßt, denen zufolge früher aufeinander eingespielte Kräfte sich im Widerspruch befinden. Selbstverständlich bin ich nicht der Meinung, daß die so verstandene Krisis der Weltwirtschaft allein auf Strukturwandlungen zurückzuführen ist, doch behaupte ich, daß diese vornehmlich als Ursache wirksam wird, während ich die dem Kreislauf des Wirtschaftslebens immanenten periodischen Konjunkturschwankungen für die heutige Lage der Weltwirtschaft als minder bedeutungsvoll ansehe. Ob daneben noch einer dritten Reihe von umgestaltenden Faktoren Rechnung getragen werden muß, möge als Frage zunächst offen bleiben, wie überhaupt die hier angedeutete Problematik erst gegen Schluß meiner Darlegungen in das sie vielleicht aufhellende Licht gerückt werden kann.

I.

Angesichts der Bedeutung, die ich den Strukturwandlungen für die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft beimesse, halte ich es für notwendig, über das Verhältnis von Struktur und Weltwirtschaft, wie ich es begreife, einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Aus Zeitgründen müssen sie kurz sein, wie denn überhaupt mein ganzer Vortrag, obwohl er es teilweise mit Neuland zu tun hat, über Andeutungen kaum hinauskommen wird.

Allgemein ist unter Struktur die Art und Weise zu verstehen, wie verschiedenartige Teile zu einem Ganzen verbunden sind. Struktur ist gleichbedeutend mit dem inneren Aufbau eines Gegenstandes, wie er durch Verbindung und Beziehung zwischen den Teilen unter sich und mit dem Ganzen bedingt ist. Strukturwandlungen äußern sich in Relationsverschiebungen; sie sind der Ausdruck veränderter Verhältnisse in der Ordnung und Funktion der Teile und wirken zugleich auf die Umbildung der Formgesetzlichkeit des Ganzen ein. Die Frage, wodurch sich Strukturwandlungen von Konjunkturschwankungen unterscheiden, soll erst später erörtert werden.

Inwieweit es möglich ist, den allgemeinen Strukturbegriff auf die Weltwirtschaft anzuwenden und ihn für spezielle Erkenntniszwecke auszuwerten, wird zu untersuchen sein[1]. Voraussetzung für die Übertragung

[1] Im nachfolgenden wird dem Abschluß von Untersuchungen vorgegriffen, die ich im Jahrgang 1926 des „Weltwirtschaftlichen Archivs" begonnen habe und im kommenden Jahre an gleicher Stelle zu Ende führen werde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Strukturbegriffs auf einen Gegenstand ist, daß sich in ihm ein irgendwie geordneter Zusammenhang nachweisen läßt. Einen solchen Zusammenhang oder, anders ausgedrückt, Einheitscharakter muß auch die Weltwirtschaft aufweisen, wenn der Strukturbegriff für ihre wissenschaftliche Erklärung Bedeutung gewinnen soll. Von den Möglichkeiten, daß es sich entweder um eine lebendige, durch einen Sinngehalt bestimmte Einheit oder um eine, auf Grund einer Fiktion oder Ordnungsvorstellung nur logisch zusammengesehene Mannigfaltigkeit von Beziehungen handelt, entfällt die zweite. Geschichtliche Entwicklung und Erfahrung zwingen heute zu der Erkenntnis, daß für die Idee der Weltwirtschaft die lebendige sinnvolle Einheit im Gegensatz zu einer bloß logischen bestimmend ist. Dem entspricht die Bezeichnung der Weltwirtschaft als „Sozialwirtschaftsgebilde", wobei unter „Gebilde" zur Einheit gestaltete Mannigfaltigkeit verstanden wird. So gesehen, umschließt Weltwirtschaft Ordnungs- und Sinnzusammenhang in der Deutung, daß sich die Beschaffenheit der Teile aus Art und Sinn des Ganzen erklärt und die Beschaffenheit des Ganzen aus der Eigenart, Lage und Verbindung der Teile. Konkret betrachtet, stellt sich die Weltwirtschaft als eine Einheit dar, in der die Einzelwirtschaften und Volkswirtschaften der Erde mit lebenswichtigen Belangen in gewährleisteter Rechtssicherheit wechselwirksam untereinander verbunden sind. Hierbei ist als wichtig für die weiteren Darlegungen zu beachten, daß Einzelwirtschaft als Individualwirtschaft, Volks- und Weltwirtschaft hingegen als Raumwirtschaften begriffen werden. Volkswirtschaft: Sonderraum, Weltwirtschaft: Gesamtraum.

Die Bezeichnung der Weltwirtschaft als Gebilde deutet auf Einheit und Mannigfaltigkeit zugleich. Je nach der Problemlage kann die erstere oder die letztere Ausgangs- und Mittelpunkt sozialökonomischer Betrachtung und Untersuchung sein. Dies gilt, wie ich nebenher bitte ausführen zu dürfen, obwohl sich darin ein methodologisches Programm ankündigt, für alles, was wir unter „Wirtschaft" begreifen. Wirtschaft kann entweder betrachtet werden als gestaltete Einheit oder als bloßer Inbegriff von Mannigfaltigkeit. Im ersteren Falle erscheint sie als Sozialwirtschaftsgebilde, im zweiten Falle als Sozialwirtschaftsgefüge. Demgemäß scheidet sich auch sozialökonomische Theorie in Gebildetheorie und Gefügetheorie. Für die Gebildetheorie ist Erkenntnisobjekt das Gebilde als solches, seine strukturelle

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gestaltung im ganzen wie im einzelnen unter dem Einfluß von Ideen und Zwecksetzungen, die auf die Ganzheit Bezug haben. Von dieser Seite wird Wirtschaft in dem lebendigen Zusammenhang mit der Gesellschaft, in ihren fundamentalen Beziehungen zum Staat und zu staatlichen Verbindungen, zum staatlichen und internationalen Recht gesehen. Die Gefügetheorie dagegen läßt den Umstand, daß eine Vielheit von marktwirtschaftlichen Tauschbeziehungen in einem lebendigen Zusammenhang aufgehoben ist, außer Betracht. Sie macht nur die marktwirtschaftlichen Tauschbeziehungen als solche zu ihrem Erkenntnisobjekt. Als mechanistisch-quantitative Theorie ist Gefügetheorie im wesentlichen an isolierende Methode gebunden, während sie in Anwendung auf konkretes Sein empirischen Charakter annimmt.

Untersuchungen der weltwirtschaftlichen Struktur und ihrer Wandlungen, die nicht an Symptomen haften bleiben wollen, sondern auf Ursachenforschung gerichtet sind, bedürfen ebensowohl der gefüge- wie der gebildetheoretischen Einstellung, d. h. sie müssen gleicherweise unter dem Gesichtswinkel ihrer individualistisch-marktwirtschaftlichen wie universalistisch-raumwirtschaftlichen Bedingtheit durchgeführt werden. Denn auf die Motivation hin betrachtet, sind weltwirtschaftliche Strukturwandlungen entweder die gewollte Auswirkung wirtschaftspolitischer Ideen und Zwecksetzungen oder die unbeabsichtigte Folge individualistischen Erwerbsstrebens. Daß daneben auch andere, zufällige Ursachen, wie Krieg und elementare Ereignisse, zu Strukturwandlungen führen können, sei zunächst außer Betracht gelassen.

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, bedingt von seiten des Marktes und des Raumes! Für wissenschaftliche Erkenntnis ein fundamentaler Unterschied. Die Markteinstellung orientiert sich am Gefüge, sieht Standort, Produktion, Zirkulation, Ware, Angebot und Nachfrage, Hausse und Baisse, Geld und Kredit, läßt rein auf das Rationale eingestellte Menschen in Eisen, Kupfer, Baumwolle, Getreide, Gefrierfleisch, Leder und Holz oder in Fertigerzeugnissen denken. Für sie stehen im Vordergrunde Wanderungen von Menschen und Kapital, agrare und industrielle Standortsverschiebungen, Umwälzungen in den Produktionsprozessen, das Absterben alter und das Aufkommen neuer Produktionszweige, Veränderungen in den Verkehrswegen und der Verkehrsintensität, Wandlungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Organisationsformen usw. Die raumwirtschaftliche Einstellung aber geht vom Ganzen aus, orientiert sich am Gebilde:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sonderraumwirtschaftlich unter dem Gesichtspunkt der Volkswirtschaft und des Staates, gesamtraumwirtschaftlich im Sinne der weltwirtschaftlichen Interessenverbundenheit der Sonderraumwirtschaften.

Es entspräche im Grunde der Aufgabe und hätte großen Reiz, den Strukturwandlungen der Weltwirtschaft in der so gekennzeichneten zweifachen Bedingtheit streng systematisch nachzugehen. Daß dies schwierig ist, weil die gleichen Erscheinungen und ihre Umwandlungen häufig individualistisch-marktwirtschaftlichem und raumwirtschaftlichem Zielstreben zugleich unterliegen, ist an sich kein Grund, von diesem Verfahren abzusehen, wohl aber gebietet es die einem Vortrage gesetzte Zeit. Somit bleibt nichts anderes übrig, als das, was gemeint ist, an bloßen Beispielen anschaulich zu machen. Die Zweiteilung soll dabei jedoch grundsätzlich festgehalten werden.

Im Hinblick auf die Auswahl der Beispiele sei das folgende bemerkt. Wandlungen ihrer Struktur weist die Weltwirtschaft auf, seitdem sie besteht; sie erfolgen teils in kurzwelliger, überwiegend in langwelliger Entwicklung, zuweilen aber auch mit großer Plötzlichkeit. Die Geschichte der Weltwirtschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Strukturwandlungen muß noch geschrieben werden. Mein Vortrag will dazu nicht einmal einen Beitrag liefern. Die Beispiele, die er anführt, beleuchten nicht die Entwicklungsgeschichte der Weltwirtschaft, sondern beziehen sich ausnahmslos auf die jüngste Vergangenheit. Daraus darf jedoch nicht auf „Vor- und Nachkriegszeit" geschlossen werden, denn bedeutsame Strukturwandlungen, die sich in ihren Wirkungen heute geltend machen, gehen in der Wurzel erheblich weiter zurück. Allerdings ist es richtig, daß der Krieg ihr Tempo beschleunigt hat und daß er außerdem Ursache völlig neuer Strukturwandlungen gewesen ist.

II.

Mit dem genannten Vorbehalt sei die Aufmerksamkeit nunmehr zunächst auf diejenigen weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen gerichtet, welche vornehmlich individualistisch-marktwirtschaftlich bedingt sind. Vorauszuschicken ist da ein Wort über die Triebkraft, die hier wirksam ist. Sie wurzelt im kapitalistischen Geiste, dessen Kennzeichen die Herrschaft des Erwerbsprinzips und des ökonomischen Rationalismus ist. „... ein Geist mit ungeheurer Kraft zur Zerstörung alter Naturgebilde, alter Gebundenheiten, alter Schranken, aber auch stark zum Wiederaufbau neuer Lebensformen, kunstvoller und künstlicher

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweckgebilde" (Sombart). Oft genug ist dieser Geist geschildert worden. Für die Vergangenheit steht er unwandelbar im Gedächtnis. Niemand bestreitet, daß er es gewesen ist, der den großen Zug ins Internationale moderner Wirtschaft bewirkt, das Abtasten der Erdoberfläche und ihres erreichbaren Inneren unter der Losung Geld — Ware — mehr Geld in die Wege geleitet und die Weltwirtschaft in ihrem heutigen Aufbau gestaltet hat. Kapitalismus ist im Wesen weltumspannend, welterobernd, kennt keine Grenzen des Gebiets und des Raumes.

Nur für die Gegenwart läßt man diesen kapitalistischen Geist reinster Prägung nicht mehr gelten, sondern behauptet, daß er im Wandel der Zeit überwunden worden sei oder gar sich selbst überwunden habe. Das ist ein grundlegender Irrtum. Zwar gibt es zahlreiche Länder im alten Europa, in denen der Auswirkung kapitalistischen Geistes über die Verhütung von Entartung weit hinausgehende, lähmende Schranken gesetzt sind oder er aus sich heraus dekadent geworden ist. In der übrigen Welt aber lebt dieser Geist und seine Taten zeugen von ihm. Romantische Köpfe vertreten zuweilen den Standpunkt, daß der Hochkapitalismus in den Augusttagen des Jahres 1914 zu Grabe getragen sei und die Welt künftig — „hier stock ich schon", denn welche Wirtschaftsweise künftig in der Welt nun eigentlich herrschen soll, lassen diese spekulativen Geister zumeist offen. Sie reden von weißem, neuerdings auch von gelbem und blauem Sozialismus oder erblicken gar im Wirtschaftssystem des Bolschewismus das eigentliche Ziel. Es bedarf jedoch des Grübelns nicht, denn im Ganzen gesehen, gibt es in diesem entscheidenden Punkt nichts, was von der Wirklichkeit aus gesehen problematisch wäre. Am kapitalistischen Ordnungsprinzip der Weltwirtschaft hat sich nicht nur nichts geändert, sondern es sprechen im Gegenteil alle Gründe dafür, daß wir dem eigentlichen Zeitalter des Hochkapitalismus — Meister Sombart möge diese Ketzerei verzeihen — erst entgegengehen, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß er die alten Ausdrucksformen beibehalten wird. Auch Kapitalismus und kapitalistischer Geist sind in einem Wandel begriffen, der jedoch, statt ihr Wesen zu verändern, es eher noch prägnanter zum Ausdruck bringt. Darauf wird zurückzukommen sein. In anderem Sinne hat sich eine Wandlung allerdings schon heute vollzogen, die vielleicht als die wichtigste Strukturwandlung der Weltwirtschaft überhaupt angesprochen werden darf: das Herz des Weltkapitalismus schlägt nicht mehr in Europa, sondern in den Vereinigten Staaten von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Amerika, denen im bevorstehenden Zeitalter des Hochkapitalismus die Führung zufallen wird, und von wo aus potenzierter kapitalistischer Geist seinen Siegeszug durch die jugendstarken wirtschaftlichen Neuländer nehmen wird, denen gegenüber Europa an das alternde Rom erinnert, das angesichts wachsender sozialer Schwierigkeiten in der Brotverteilung an die Massen den Ausweg erblickte. Zweifellos liegt darin eine Tragik, deren Bedeutung bisher nicht ausreichend beachtet worden ist. Westeuropa glaubt im Begriff zu sein, die „Bestie" Kapitalismus zu überwinden und einem Zeitalter gemeinwirtschaftlicher Denkweise entgegenzugehen. In großen Teilen der übrigen Welt aber steht der Kapitalismus in noch jugendlichem Alter und macht sich anheischig, das weltwirtschaftliche Schwergewicht der Erde aus der alten in die neue Welt zu verlegen, „neue Welt" nicht nur im Sinne von Nordamerika verstanden. Daß dies gelingen wird, wenn Europa keine Renaissance seines kapitalistischen Geistes erlebt, steht für mich außer Zweifel. Kapitalistischer Geist wird entweder auf der ganzen Linie ausgerottet oder aber diejenigen Völker, welche ihm vorzeitig entsagen, sind zum Abstieg verurteilt, ein Prozeß, der sich zunächst auf dem Rücken des Proletariats vollzieht. Die westeuropäische Arbeiterschaft ist deshalb vor allem berufen, von den Unternehmern zu fordern, daß, solange dieses kapitalistische System überhaupt besteht, *sie sich den kapitalistischen Geist bewahren*, denn andernfalls ist das Ganze eine Farce. Privatwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft ohne kapitalistischen Geist ist Widerspruch in sich selbst.

Daß kapitalistischer Geist „naturgemäß" zur Kampfstellung gegen die Lohnarbeiter führen müsse, ist in der Gegenwart eine groteske Vorstellung, denn wenn unter den heutigen Verhältnissen Herrschaft über Kapital der Einsicht enträt, daß zu den zahlreichen Voraussetzungen für höchstmögliche Verwertung des Kapitals Vermeidung von Konflikten und darüber hinaus Bekundung von Interessensolidarität mit der Lohnarbeiterschaft gehört, so *ermangelt* sie des kapitalistischen Geistes! *Der* Kapitalismus, meine Herren, der heute im Begriff ist, die Weltwirtschaft aus ihren Angeln zu heben, *hat* diese Wandlung seines Geistes schon vollzogen und nicht zuletzt dadurch die Kraft des Handelns um das Vielfache gesteigert. Vielleicht darf ich sagen, daß er es gewesen ist, der innerhalb des Gefüges das Gebilde, ich meine das Gebilde der Unternehmung, mit allem was in ihm lebt und wirkt, *verstandesmäßig* zuerst erkannt hat. Daß so gearteter Kapitalismus,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der mit „Mehrwerterpressung" im Sinne marxistischer Doktrin nichts gemein hat, sich auch in Europa ausbreite, ist nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern ebensowohl aus sozialen Gründen das Gebot der Stunde. Ob Unternehmer und Arbeiter dies erkennen, ist nicht zuletzt für Deutschland schicksalbestimmend ...

Wollte ich für die These vom lebendigen Kapitalismus den Beweis antreten und seinem Wirken in allen Teilen dieser Welt nachgehen, so müßte ich nicht den Bruchteil eines Vortrages, sondern die vierstündige Vorlesung eines Wintersemesters zur Verfügung haben. Immerhin sei in diesem entscheidenden Punkt etwas mehr gesagt, als es im weiteren Verlauf des Vortrages möglich ist.

Die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten von Amerika in Zentral- und Südamerika beliefen sich im Jahre 1914 auf 3, im Jahre 1924 auf 18 Milld. Mark. In Ostasien ist das Verhältnis 0,6 zu 3,7 Milld. Mark, in den britischen Kolonien 2,2 zu 11,4 und in Europa (ohne die noch nicht regulierten politischen Guthaben) 0,2 zu 57,2 Milld. Mark. Bei dem europäischen Guthaben der Vereinigten Staaten handelt es sich zu dreiviertel um sog. politische Guthaben, und der Rest sagt nichts im Sinne der weiteren Welterschließung. Wohl aber weisen die übrigen Kapitalanlagen auf diese Spur. Weitaus der größte Teil der 15 Milld. Goldmark, die in den zehn Jahren 1914 bis 1924 in Zentral- und Südamerika angelegt worden sind, haben der weiteren wirtschaftlichen Erschließung dieser Länder gedient. Das gleiche gilt für Ostasien und die englischen Kolonien, wo im genannten Jahrzehnt von den Vereinigten Staaten mehr als 12 Milld. Mark neu investiert worden sind. Vergleicht man mit diesen Zahlen das Wachsen ausländischer, insbesondere überseeischer Kapitalanlagen Europas in der Vorkriegszeit, so fällt der Unterschied in die Augen. England brauchte ein Jahrhundert, um ein Nettoguthaben von 60 Milld. Goldmark, Deutschland anderthalb Menschenalter, um 30 Milld. und Frankreich zwei Menschenalter, um 50 Milld. Mark Auslandsguthaben zu erwerben. Die Vereinigten Staaten hingegen verwandelten in der Zeit von noch nicht zehn Jahren Europa gegenüber ihr Minus von 16 Milld. in ein Plus von fast 60 Milld. Mark und vermehrten darüber hinaus ihre Kapitalanlagen in der übrigen Welt um annähernd 30 Milld. Mark. Gegenüber solcher Entwicklung erscheint einem das, was sich im 19. Jahrhundert ereignete, geradezu als Frühkapitalismus. Vom engeren bolschewistischen Herrschaftsbereich abge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sehen (zu dessen Bedauern), gibt es keinen wirtschaftlich aussichtsvollen Raum auf dieser Erde, in welchem sich amerikanisches Kapital nicht eingenistet hätte. Selbst in den alten Gebieten des englischen, holländischen und belgischen Kolonial-Kapitalismus macht es sich breit. Engländer, Holländer und Belgier sind es aber auch, die von Europa aus den Prozeß weiterhin beeinflussen. Für England ist es ein wahres Glück, daß die City sich durch parteipolitische und soziale Erschütterungen, die um sie vorgehen, nicht bestimmen läßt, sondern unbeirrt an jenem kapitalistischen Geiste festhält, der auch die ältere Generation in Downing Street soziale und parlamentarische Kämpfe als eine „innere Angelegenheit" werten ließ. Mit Einschränkung gilt das gleiche für Holland und Belgien, deren kapitalistische Oberschicht sich trotz allem, was die innere Politik bewegt, den auf wirtschaftliche Expansion gerichteten kapitalistischen Geist bewahrt hat. —

Nunmehr zu einigen konkreten Beispielen aus dem Wirtschaftsbereich des Weltkapitalismus, die andeuten mögen, was an Strukturwandlungen großen Stils in der jüngsten Vergangenheit auf ihn zurückzuführen ist.

Die Welt steht zur Zeit in einer Kohlenkrisis, die sich zunächst allerdings im wesentlichen auf Europa beschränkt. Die Ursachen dieser Krisis (die infolge des englischen Bergarbeiterstreiks vorübergehend ein anderes Gesicht erhalten hat) sind mannigfacher Art, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann. Im Kern ist die Krisis auf Strukturwandlungen zurückzuführen, die sich innerhalb der gesamten Energiewirtschaft vollzogen haben und vornehmlich die Folge technischer Umwälzungen sind, deren Ausnutzung sich der Weltkapitalismus mit Hingabe angelegen sein ließ. In Betracht kommt da vor allem die gewaltige Steigerung der Mineralölproduktion von 52 Mill. t im Jahre 1913 auf 150 Mill. t im Jahre 1925, ein Ereignis, das trotz des Rückganges der Produktion in Galizien und ihrer Stagnation in Rumänien, durch größere Ergiebigkeit in Persien und die Neuerschließung von Lagerstätten in Mittel- und Südamerika sowie in Kalifornien erzielt worden ist. Der künftige Geschichtsschreiber wird das erste Viertel des 20. Jahrhunderts mutmaßlich als ein Zeitalter des Kampfes um die Ölfelder der Erde bezeichnen mit entscheidendem Eingreifen der politischen Mächte. Bekannt ist, daß die Konferenz von Genua hinter den Kulissen eine politische Auseinander-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

setzung über Ölinteressen war. — Mineralöl verdrängt als Antriebskraft zunehmend die Kohle. Aus den 150 Mill. t Erdöl, die im Jahre 1925 gehoben worden sind, wurden etwa 70 Mill. t Heizöl gewonnen, die als unmittelbare Konkurrenz der Kohle in Betracht kommen. Sie entsprechen dem Heizwert nach etwa 120 Mill. t Kohle. Das Heizstoffplus durch vermehrte Rohölgewinnung kann somit gegen 1913 auf etwa 80 Mill. t Kohlen-Äquivalente geschätzt werden. Dazu kommt der Ausbau der Wasserkräfte. Man hat berechnet, daß das aus der Vermehrung der Wasserkraftanlagen gegenüber 1913 gewonnene Energieplus etwa 30 Mill. t Kohle beträgt. Von nicht minderer Bedeutung ist, daß die Fortschritte der Wärmetechnik eine bessere Ausnutzung der Kohle ermöglichen. Gemessen an der Vorkriegszeit bewegen sich die Berechnungen des Ersparniseffektes zwischen 60 bis 120 Mill. t Kohle. Welche Bedeutung die hier genannten Faktoren für die Kohlenproduktion haben, mag durch die Tatsache illustriert werden, daß etwa die Hälfte des Rückganges der englischen Kohlenausfuhr (1913 bis 1925: 25 Mill. t) auf sie zurückgeführt wird.

Ist also nicht damit zu rechnen, daß die durch Strukturwandlung bedingte Kohlenkrisis durch einen etwaigen allgemeinen Konjunkturumschwung behoben wird, so bahnt sich andererseits doch vielleicht schon eine Entwicklung an, die der Kohle mit einem Schlage ihre frühere dominierende Stellung wiedergeben könnte. Wenn es nämlich gelingt, die technisch schon geglückte Verflüssigung der Kohle wirtschaftlich nutzbar zu machen, — ein Ziel, an dessen Verwirklichung in Deutschland mit der größten Energie gearbeitet wird (von einem Konzern, der sich kapitalistischen Geist gleichfalls bewahrt hat) —, so würde sich damit die bedeutendste Strukturwandlung in der Weltwirtschaft vollziehen, die diese bisher überhaupt gesehen hat, denn alle Kohleländer könnten auf die Einfuhr von Mineralöl verzichten und diesem möglicherweise auch auf dem Weltmarkt Konkurrenz machen. Der Kohlestandort erhielte seine alte Bedeutung zurück. Es ist begreiflich, daß die Ölinteressenten der Welt, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika, diesem Prozeß nervöse Aufmerksamkeit widmen. Analoge Fälle, aus denen sich auf die zu erwartende Folgewirkung schließen läßt, gibt es zur Genüge. Erinnert sei an die verheerenden Begleiterscheinungen der Erfindung des künstlichen Indigo für die Indigowirtschaft in der Präsidentschaft Madras.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bedeutsame Strukturwandlungen haben sich auch in der Eisenindustrie vollzogen. Die besonderen Verhältnisse in Westeuropa darf ich hier als bekannt voraussetzen, desgleichen die allgemeinen raumwirtschaftlichen Verschiebungen in der Roheisen- und Stahlproduktion der Welt, die England aus seiner führenden Stellung absolut verdrängt und die Vereinigten Staaten von Amerika an die Spitze gebracht haben. Nur auf gewisse andere Umbildungen sei hingewiesen. Neu eingetreten in die Roheisenproduktion der Welt ist Indien, das vor zwanzig Jahren überhaupt kein Roheisen erzeugte, im Jahre 1924 aber 900000 t hervorbrachte, wovon ein Drittel ausgeführt wurde. Indien ist damit unter den roheisenerzeugenden Ländern an die dritte Stelle gerückt. Hauptabnehmer des exportierten indischen Roheisens sind die Vereinigten Staaten und Japan. Insgesamt handelt es sich hier um eine Entwicklungstendenz, von der anzunehmen ist, daß sie sich in Zukunft wesentlich schärfer ausprägen wird. Noch größere Bedeutung hat Indien in der Welteisenindustrie dadurch erreicht, daß es Erzeuger von Manganerzen geworden ist. Sir Josiah Stamp hat kürzlich darauf hingewiesen, daß die Natur außerordentlich launisch und wunderlich in der Verteilung der von ihr hervorgebrachten Erzeugnisse gewesen sei. Die an Kohle und Eisen reichsten Gebiete verfügen kaum über irgendwelche ergänzenden Produkte, die für die Stahlerzeugung erforderlich sind. Diejenigen aber, die diese wichtigen Hilfsstoffe liefern, verfügen selbst wieder über wenig oder gar keine Kohle und Eisen. Als Beweis führt er die Vereinigten Staaten von Amerika an, deren Manganerzeugung äußerst gering sei, und die infolgedessen in den letzten Jahren reichlich 200000 t Manganerze und 100000 t Ferromangan eingeführt hätten. Für Indien trifft das Gesagte nicht zu, denn dies Land verfügt neben den übrigen Grundstoffen für die Stahlfabrikation über gewaltige Lager von Manganerzen, die inzwischen erschlossen worden sind. Um die Jahrhundertwende hatte bekanntlich Rußland das absolute Übergewicht, indem es an der Weltproduktion von 1,35 Mill. t mit 752000 t beteiligt war, während Indien die Gewinnung eben erst aufgenommen hatte. Im Jahre 1924 hingegen erreichte seine Produktion, unter der Leitung von englischem und amerikanischem Kapital, 800000 t. Daneben hat während des Krieges auch Brasilien größere Bedeutung für die Manganerzgewinnung erhalten, so daß der Gesamtmarkt für eines der wichtigsten Zusatzmaterialien der Stahlfabrikation eine beträchtliche Erweiterung erfahren hat. Es ist bezeichnend, daß das amerikanische Kapital es in-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwischen verstanden hat, sich die Kontrolle über die Manganerzfelder im Kaukasus zu sichern. Die Vereinigten Staaten sind übrigens auch im Hinblick auf andere wichtige Ausgangsmaterialien für ihre Metallindustrie auf das Ausland angewiesen. In Rhodesien und Neu-Kaledonien ringen sie mit anderen Interessenten um Chrom-Eisenstein, in Kanada um Nickelerze, in China um Tungstein.

Bedeutsame Strukturwandlungen in der Eisenwirtschaft, die von China auszugehen schienen, sind einstweilen ins Stocken geraten. Es ist aber durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß dereinst im mittleren Tal des Yangtse-Flusses, dessen Zentrum Hankou schon früher als das künftige Chicago des Ostens bezeichnet wurde, sich eine Eisenindustrie großen Stils entwickeln wird, denn die natürlichen Voraussetzungen dafür sind wahrhaft verschwenderisch gegeben. Amerikanischer Kapitalismus sieht hier sein künftiges eigentliches Tätigkeitsfeld und hat darum in Anbetracht seines eigenen Zieles den europäischen Aufteilungsplänen schon um die Jahrhundertwende einen Riegel vorgeschoben. Hinter der Losung der amerikanischen Politik: „Offene Tür in China" steht vorwärtsdrängend das amerikanische Kapital.

Beträchtliche Verschiebungen haben sich in der Produktion der farbigen Metalle herausgebildet, die vor allem im Wachsen des verhältnismäßigen Anteils Amerikas an der Produktion zum Ausdruck kommen. Der prozentuale Anteil Europas an der Weltproduktion ist auf der ganzen Linie zurückgegangen. Das gleiche gilt für den Verbrauch der farbigen Metalle. Wer den Spuren des Hochkapitalismus folgen und Verständnis dafür gewinnen will, daß der Kapitalismus im 19. Jahrhundert Vorübung, Vorbereitung, bedächtiges Tun des kapitalistischen Bourgeois war, der beobachte die Märkte, auf denen Kupfer, Blei, Zink, Zinn und Aluminium gehandelt werden, und wem an einem noch vollständigeren Bilde liegt, nehme die Märkte für Chrom-Eisenstein, Tungstein und Vanadium hinzu! Diese Verhältnisse zu schildern und die durch sie bedingten weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen zu kennzeichnen, würde allein eine Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Anspruch nehmen.

Das zuletzt Gesagte kann in gleicher Weise für jene Strukturwandlungen geltend gemacht werden, die sich im letzten Jahrzehnt in der Kautschukproduktion vollzogen haben. Man mache sich das Folgende klar: Vor fünfundzwanzig Jahren hatte Brasilien mit seinem wilden Kautschuk eine fast absolute Monopolstellung, während im Jahre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1925 der Plantagenkautschuk an der Gesamtproduktion von etwa 470000 t mit 440000 t beteiligt war. Abgesehen von anderem, ist hierdurch ein wichtiger raumwirtschaftlicher Bedeutungswandel herbeigeführt worden. Ceylon, Niederländisch-Indien und die Federated Malay States haben als Rohstofflieferanten für etliche der wichtigsten Industrien in der alten und neuen Welt dominierende Geltung erhalten. Diese Entwicklung war ausgesprochen kapitalistisch. Sie stand und steht unter der Führung Englands, doch spielt auch das niederländische Kapital in ihr eine beträchtliche Rolle, während die Vereinigten Staaten von Amerika nur unbedeutend beteiligt sind und erst neuerdings versuchen, ihren Einfluß auf die Kautschukwirtschaft der Welt zu verstärken.

Fundamentale Umwälzungen haben ferner im letzten Jahrzehnt auf dem Gebiet der Seidenproduktion stattgefunden. Ich meine den Siegeslauf der Kunstseide, die um die Jahrhundertwende marktmäßig überhaupt nicht vorhanden war und im Jahre 1913 erst ein Drittel der Produktion von Naturseide ausmachte. Im Jahre 1925 hingegen wurden in den Welthandel gebracht (den Eigenverbrauch Ostasiens nicht mitgerechnet) etwa 40000 t Naturseide und annähernd 80000 t Kunstseide. Die Führung hatte in der Vorkriegszeit Deutschland, während die Vereinigten Staaten erst an sechster Stelle standen. Heute sind diese auch hier führend geworden. Von der Weltproduktion an Kunstseide entfallen auf die Vereinigten Staaten etwa 28%, auf England 16%, auf Deutschland 15%, auf Frankreich 14,5%. Verbraucht wird die gesamte Weltproduktion mehr als zur Hälfte von den Vereinigten Staaten. Welch eine Fülle von weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen verbirgt sich hinter diesen nüchternen Zahlen! Nur auf etliche unter ihnen sei hier aufmerksam gemacht.

Gelegentlich ist die Frage aufgeworfen worden, ob diese Entwicklung eine nicht wieder zurückpendelnde Strukturwandlung oder eine bloße Konjunkturerscheinung sei, mit anderen Worten, ob die gewaltige Vermehrung des Seidenkonsums im letzten Jahrzehnt als Folge einer vorübergehenden Mode angesehen werden müsse oder ob sie Bestand haben werde. Ich will dies schwierige Problem hier nicht entscheiden, obwohl es grundsätzliche Bedeutung hat und in die gesamte Textilwirtschaft der Welt übergreift. Wenn etwa demnächst die Frauenwelt auf dem Erdenrund wieder dazu übergehen sollte, den früher obligaten „Anstandsunterrock" oder, entgegen der neuesten Gepflogenheit, den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unterrock überhaupt wieder anzuziehen und die Kleider bis auf die Knöchel fallen oder gar zur Schleppe auswachsen zu lassen, vielleicht auch die Schürze wieder hervorholte und darüber hinaus die vom Strumpf umhüllten Extremitäten als etwas ansähe, was besser nicht jedermann gezeigt wird, so stünde gewiß zu erwarten, daß die Folgewirkungen auf Produktion und Verbrauch weltwirtschaftlich wichtiger Faserstoffe nicht ausbleiben und beträchtliche raumwirtschaftliche Bedeutungswandlungen sich vollziehen würden. Das Wahrscheinliche oder Unwahrscheinliche solcher Entwicklung abzuwägen, kann einem Professor nicht zugemutet werden; er muß dies der „Fachpresse" überlassen, die sich damit denn auch schon seit Jahr und Tag beschäftigt. Immerhin fällt es in seinen Aufgabenkreis, auf die weltwirtschaftliche Problematik, die sich hier zeigt, aufmerksam zu machen. Persönlich bin ich der Meinung, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen Modenwechsel und Trachtenwandel. Wenn ich recht sehe, steht das weibliche Geschlecht — auch das kurz geschnittene Haar ist ein Zeugnis dafür — in einer Zeit des Trachtenwandels, wie sie vor annähernd einem Jahrhundert unter dem Einfluß Englands im männlichen Exterieur erlebt wurde. Die tiefere Ursache dafür erblicke ich in der veränderten Stellung der Frau im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben, wie ja auch farbiger Zylinder, bunter Rock und gekräuselter Spitzenkragen nicht mehr verträglich erschienen mit dem rationellen Zuge der neuen Zeit, nachdem Perücke und Zopf ihr schon vorher zum Opfer gefallen waren. Gewisse Wandlungen in der Lebensauffassung und Lebensäußerung der Frau finden eben in der Tracht ihren Ausdruck; auch in früheren Zeiten war dies so. Ist das alles richtig, so sind die durch den Trachtenwandel bedingten Veränderungen in der einschlägigen Bedarfsgestaltung in ihrer Auswirkung auf die Produktionsrichtung nicht konjunkturellen, sondern strukturellen Charakters.

Im Zusammenhang hiermit sei auf das Folgende hingewiesen. Um die Jahrhundertwende hat Japan den Zopf abgeschnitten und ging zugleich zur europäischen Tracht über, ein Wandel, der sich zunächst auf die Oberschichten beschränkte[1]. Erst neuerdings ist das japanische Volk

[1] Unmittelbar nach dem Vortrag wurde ich von zahlreichen „Japankennern" darauf aufmerksam gemacht (es war offenbar das wichtigste aus meinem ganzen Vortrag), daß die Japaner einen Zopf überhaupt nicht getragen hätten. Das haben sie in der Tat nicht. Dennoch war es eine Zopfzeit, in der die Samurai lebten. Überdies war der Übergang von der gewellten Haartracht zum

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

allgemeiner zur europäischen Tracht übergegangen. Die Wirkung auf den internationalen Markt ist erstaunlich: australische Wolle geht heute zu erheblich größerem Teile als in der Vorkriegszeit nach Japan. Die Ausfuhr von Kammgarn aus Deutschland nach Japan ist niemals so groß gewesen wie in den letzten Jahren. Der vermehrte Bezug Japans von Wolle und Kammgarn wird mit gesteigerter Seidenausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika bezahlt, wobei Japan bilanzmäßig einen beträchtlichen Gewinn macht. In den Vereinigten Staaten hat sich auch insofern ein Trachtenwandel vollzogen, als die Frauenwelt dort radikaler denn in anderen Ländern zum Seidenstoff übergegangen ist. Man müßte nun annehmen, daß sich dies in dem Verbrauch von Baumwolle in Amerika äußerte. In Wirklichkeit ist das natürlich auch der Fall, doch kommt es ohne weiteres nicht zum Ausdruck. Der Anteil des Eigenverbrauchs an der erzeugten Baumwolle betrug in den Jahren 1910/15: 40%, in den Jahren 1920/24: 54%. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß die Zugewanderten sich nicht sofort in Seide einhüllen können. Der Hauptgrund aber liegt darin, daß ein ständig wachsender Anteil der amerikanischen Baumwollproduktion in der Automobilreifenindustrie Verwendung findet. Man hat ausgerechnet — mutmaßlich ein wenig übertrieben —, daß diesen Zwecken heute schon (je nach der Konjunktur) 5 bis 10% der gesamten Baumwollproduktion Amerikas dienen. Übrigens steht der folgenschwerste Trachtenwandel in der Welt noch bevor. Wenn demnächst — es ist dies, nachdem der Anfang bereits gemacht ist, nur eine Frage der Zeit — die vierhundert Millionen Chinesen dazu übergehen, ihre blauen Leinen- oder Baumwollkittel (und die Oberschicht die seidenen Gewänder) auszuziehen und europäische Kleidung anzulegen, so würde dies von überhaupt nicht abzusehender Rückwirkung sein: einerseits auf die Textilindustrie, andererseits auf die Industrie künstlichen Indigos, die ihr Hauptabsatzgebiet in Ostasien hat. Dabei würde es für die weltwirtschaftliche Auswirkung von nur sekundärer Bedeutung sein, ob die Chinesen die neue Tracht im eigenen Lande herstellten oder aus dem Auslande bezögen.

---

kurzgeschnittenen Haar in europäischem Stil für das Problem der Kopfbedeckung (eben darauf kommt es in diesem Zusammenhang an) von grundlegender Bedeutung, denn auf die neue männliche Haarfrisur paßte nur der europäische Hut!

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu weitreichenden neuen weltwirtschaftlichen Verflechtungen käme es unter allen Umständen.

Der Hinweis auf Indigo lenkt den Blick auf Strukturwandlungen, die sich in der Produktion künstlicher Farben vollzogen haben. Den Antrieb dazu gaben ursprünglich raumwirtschaftspolitische Momente, die aber längst ins rein Kapitalistische umgeschlagen sind. Das wichtigste Ergebnis ist bekanntlich, daß Deutschland sein früheres Monopol verloren hat. Zahlreiche Länder, darunter vor allem England und die Vereinigten Staaten von Amerika sind zur Eigenproduktion übergegangen. Es wird behauptet, daß die englischen Farbenfabriken schon heute den gesamten Inlandbedarf zu decken vermögen. Für die Vereinigten Staaten steht dies, von Spezialitäten abgesehen, außer Zweifel. Die amerikanische Konkurrenz macht sich sogar schon auf dem Weltmarkte geltend. Während Deutschland im Jahre 1913: 64000 t Anilinfarbstoffe und 11000 t Alizarinfarbstoff ausführte, waren es 1925 nur noch 17000 und 2000 t. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß die heutige Ausfuhr Deutschlands zu einem erheblichen Teil in hochwertigen Spezialitäten besteht, so daß das veränderte Mengenverhältnis mit dem Wandel im Werte der Ausfuhr nicht korrespondiert. Es ändert dies jedoch nichts an der Tatsache, daß als eine der bedeutsamen jüngsten Strukturwandlungen des Weltmarktes die Beseitigung des deutschen Monopols in der Herstellung von künstlichen Farben anzusehen ist.

In diesem Zusammenhang sei des synthetischen Stickstoffes gedacht, der den Chile-Salpeter aus seiner Monopolstellung verdrängt hat, wenngleich hier vielfach falsche Vorstellungen unterlaufen. Auf dem Weltmarkt ist der natürliche Salpeter an sich durchaus konkurrenzfähig; seine Position wird nur dadurch erschwert, daß Chile im Interesse seiner Staatsfinanzen genötigt ist, ihn mit hohen Ausfuhrzöllen zu belegen. Fielen diese gänzlich fort (ihre Ermäßigung hat bereits stattgefunden), so würde der synthetische Stickstoff vielleicht sogar in Abwehrstellung gedrängt werden. Trotzdem bleibt der durch die Entwicklung der europäischen, insbesondere deutschen Stickstoffindustrie bedingten Veränderungen in der Bereitstellung von Düngemitteln und ihrer Preisbildung weltwirtschaftlich ein Ereignis ganz großen Stils. Inwieweit es uns zwingen wird, unsere Ansichten über landwirtschaftliche Ertragssteigerungen grundlegend zu ändern, ohne uns an utopischen Prophezeiungen zu berauschen, wird allerdings erst die Zukunft lehren. Man tut auch hier gut, das technisch-naturwissenschaftlich Mög-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche nicht ohne weiteres mit seiner wirtschaftlichen Auswirkungsfähigkeit zu verwechseln. Daß das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrage vom Standpunkt der Praxis nicht unter eine naturwissenschaftliche, sondern eine ökonomische Kategorie fällt, wird zuweilen vergessen.

Es läge nahe, nunmehr der bedeutsamen weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen zu gedenken, die sich gegenüber der Vorkriegszeit in der Landwirtschaft vollzogen haben, die freilich ebensowohl auf raumwirtschaftliches Zielstreben zurückzuführen sind wie auf einzelwirtschaftliches, das auch nur zum Teil kapitalistisch bestimmt ist. In zahlreichen europäischen Ländern sind landwirtschaftliche Strukturwandlungen, die sich positiv oder negativ international auswirken, geradezu auf den Mangel an kapitalistischem Geist zurückzuführen. Die amerikanischen Farmer sind im Begriff, daraus die Konsequenz zu ziehen. Wann es durchgreifend in Mittel- und Westeuropa, nicht zuletzt in Deutschland geschehen wird, bleibe dahingestellt. Es haben jedoch auch agrarische Strukturwandlungen mit eminent kapitalistischem Einschlag stattgefunden. Dahin rechne ich die agrarische Industrialisierung Paraguays und Uruguays, die sich auf dem internationalen Gefrierfleischmarkt schon in den nächsten Jahren empfindlich geltend machen wird. Vor allem aber gehört dahin der für absehbare Zeit wirksame Sieg des Rohrzuckers über den Rübenzucker, nachdem amerikanisches Kapital die Rohrzuckerwirtschaft in Cuba völlig neu aufgebaut und die dortige Produktion von 2,1 Mill. t im Jahre 1913 auf 5,3 Mill. t im Jahre 1925 vermehrt hat. Zugleich hat damit Indisch-Asien die Führung auf dem Rohrzuckermarkt verloren. Im übrigen kann ich auf das Gebiet der internationalen agraren Strukturwandlungen hier nicht eingehen, es sind ja auch gerade diese Begebenheiten in den letzten Jahren häufig erörtert worden (erinnert sei an die Schriften von Beckmann und Sering).

Die Beispiele ließen sich in gleicher Anschaulichkeit auf dem Gebiet des Verkehrswesens, insbesondere der Seeschiffahrt, des Kraftwagenverkehrs und vor allem der Luftschiffahrt in fast endloser Folge fortführen. Interessant wäre nicht zuletzt eine Analyse der veränderten Verkehrsrichtungen und Verkehrsintensität, wie die Statistik des Suez- und Panamakanals sie ergeben. Nicht minder reizvoll wäre eine Schilderung jener Strukturwandlungen, die durch den Panamakanal begünstigt, als Folge individualistisch-kapitalistischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erwerbsstrebens an der Westküste des amerikanischen Kontinents, sowohl nördlich wie südlich im Anzuge sind. Im „fernen Westen" der Vereinigten Staaten bereitet sich ein Strukturwandel großen Stils vor. Es muß damit gerechnet werden, daß in diesem vor einem Jahrzehnt noch rein agrarischen Wirtschaftsraum im Laufe des nächsten Menschenalters, nicht zuletzt auf Basis der kalifornischen Ölfelder und der indischen Roheisenerzeugung, begünstigt auch durch den verhältnismäßig großen Holzreichtum des Westens, eine umfassende Industrialisierung Platz greifen wird, deren unmittelbare weltwirtschaftliche Auswirkung sich im westlichen Kanada, in Alaska, in Zentralamerika und in Ostasien geltend machen dürfte. Hier winken dem amerikanischen Kapital gewaltige Zukunftsaufgaben! Auf das alles und vieles andere kann nicht eingegangen werden. Ich hoffe jedoch, die Ergebnisse der auf alle wichtigeren Strukturwandlungen gerichteten Untersuchungen demnächst laufend im „Weltwirtschaftlichen Archiv" mitteilen zu können.

Am meisten aber bedaure ich, daß es mir nicht möglich ist, den Wandlungen im internationalen kapitalistischen Organisationswesen nachzugehen. Ein Beispiel: der Abbau von Kupfererzen der Welt müßte vom Standpunkt der reinen Markttheorie heute hauptsächlich in Katanga, Chile (und Peru) vor sich gehen, während in den Vereinigten Staaten nur die Gruben mit besonders hohem Kupfergehalt in Betrieb sein dürften. Daß dem nicht so ist, hat seinen Grund in bestimmten kapitalistischen Maßnahmen. Die bisher rivalisierenden hauptsächlichen Kupferkonzerne in den Vereinigten Staaten haben sich in diesem Punkt zusammengefunden und mit Katanga Verabredungen getroffen, die den Belgiern eine beträchtliche, durch die unterschiedlichen Produktionskosten bedingte Differenzialrente sichern. In Chile (und Peru) aber reicht der Einfluß des amerikanischen Kapitals aus, um die dortige Produktion zu „regulieren". Auf die gesamte Gestaltung des Kupfermarktes wird dieser Trust schon in allernächster Zeit grundlegenden Einfluß üben und nicht zuletzt in die überkommene Handelsorganisation Europas eingreifen.

Dem Kupfertrust verwandte Trusts oder trustähnliche Gebilde im Sinne der Marktbeherrschung haben sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit verhältnismäßig zahlreich herausgebildet oder neu befestigt, wenn sie auch nicht in jedem Falle so weitgehend Einfluß üben. Dahin gehören die Standard-Oil-Company, der wiederaufgebaute Sprengstofftrust, der Europäische Verband der Flaschenfabriken und der Owens-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konzern, der Schwedische Zündholztrust, das Diamantensyndikat, der Glühlampentrust und der Europäische Emailleverband. Auch die Monopolbildung in der Bananenwirtschaft ist hier zu erwähnen, zumal die United Fruit Company vielleicht die interessanteste organisatorische Neubildung in der Weltwirtschaft überhaupt ist. Dieser Trust hat sich nämlich, über seine ursprünglichen Absichten hinausgreifend, nichts weniger zur Aufgabe gesetzt als die Erschließung Zentralamerikas, sowohl im Hinblick auf die Entwicklung von tropischen Kulturen als auf die kommerzielle Auswertung von organischen und anorganischen Rohstoffen.

Die Monopolisierungstendenzen in der Weltwirtschaft haben in gewissem Sinne auch ihren Charakter geändert. Ich meine den Einfluß, den der *Staat* auf die Monopolisierung des *Rohstoffmarktes* ausübt. Diese Erscheinung ist von fundamentaler Bedeutung für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft, doch gehört sie ihrer Natur nach in das Kapitel über raumwirtschaftliche Betrachtungen, weil sie aufs engste mit der Volkswirtschaftspolitik verknüpft ist. Ihre Heraushebung und Würdigung wird deshalb erst später erfolgen.

III.

Die Untersuchungen seien nunmehr in die andere, die *raumwirtschaftliche Betrachtungsweise* übergeleitet. Es handelt sich, wie erinnerlich, um solche Bestrebungen und Maßnahmen, die auf die Gestaltung des volkswirtschaftlichen Eigenlebens gerichtet sind und so mittelbar oder unmittelbar den raumwirtschaftlichen Aufbau der Welt mit der Wirkung beeinflussen, daß sich Bedeutungswandlungen im Verhältnis der staatlich bestimmten Wirtschaftsgebiete zueinander vollziehen. Ihre Darstellung möge sich an die „Ideen" anlehnen, in deren Bannkreis sie stehen. Ihre Zahl ist Legion. Denn auch das ist ein Zug in der modernen Menschheits- und Wirtschaftsentwicklung, daß Ideen nicht „entstehen", sondern im Dienst von Zwecken „gemacht" werden, und jedem, wie immer gearteten Ziele der Mantel einer „Idee" umgehängt wird. Ich will mich jedoch darauf beschränken, *das* herauszuheben, was im Sinnbezug auf die Gestaltung der Volkswirtschaft wirklich als Idee angesprochen werden darf. An die Spitze gestellt sei die *Wohlstandsidee*. Sie ist die älteste unter den raumwirtschaftspolitischen Ideen überhaupt. In der mittelalterlichen Stadt war sie „Idee

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Nahrung", während sie in der Sprache der Merkantilisten die Metamorphose zum „Reichtum" vollzog und in dieser Gestalt — obwohl anders gedeutet — überwiegend auch von den Klassikern, insbesondere deren Epigonen, aufgenommen wurde. Die spätere Terminologie bevorzugte den „Wohlstand", während das jüngste Zeitalter von „Wohlfahrt" spricht, um so zum Ausdruck zu bringen, daß es nicht auf Reichtum oder Wohlstand an sich, sondern vielmehr auf Ausgleich ankomme. Die Geschichte der Wohlstandsideee ist zugleich ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der Sozialökonomik und die Geschichte der Wirtschaftspolitik schlechthin. Je nach der Vorstellung, die man von den Ursachen des Reichtums der Nationen hatte, hat sich Raumwirtschaftspolitik in Bezug auf das Verhältnis der verschiedenen Volkswirtschaften zueinander systaltisch oder diastaltisch ausgewirkt. Dies hier im einzelnen darzulegen, würde Zeitverschwendung sein. Es darf auch unterstellt werden, daß sich die Wohlstandsidee im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wirtschaftspolitisch in den meisten europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika in dem Sinne durchgesetzt hat, daß das wahre Interesse der Volkswirtschaft in ihrer Entwicklung zur höchstmöglichen Selbstgenügsamkeit erblickt wurde. Die hierauf hinzielende „nationale Wirtschaftspolitik" hatte schon gegen Ende der Friedenszeit einen gewissen Höhepunkt erreicht, ist jedoch erst in der Kriegs- und Nachkriegszeit auf die Spitze getrieben worden. Sie stand und steht, wie wohl in keiner Zeit vorher, unter dem Zeichen der „Entfaltung aller nationalen Produktivkräfte". Nicht zuletzt galt und gilt dies für die Förderung der industriellen Entwicklung, in der alle Völker offenbar den Weg zur größten Glückseligkeit erblicken. Es ist freilich schon hier darauf hinzuweisen, daß gerade dieses Zielstreben nicht allein aus wirtschaftlicher Erwägung erwächst, sondern in bestimmtem Sinne mit der Staatsidee verknüpft ist. Die nationale Wirtschaftspolitik, wie sie heute zumeist begriffen wird, erinnert an die Wirtschaftsauffassung im Mittelalter: alles was in der Stadt hergestellt werden kann, soll darin hergestellt werden. Dieser Grundsatz enthält heute allerdings einen Widerspruch in sich — der zugleich die Grenzen seiner Auswirkung zeigt —, insofern nämlich, als ihm stillschweigend der nicht minder ernst genommene Satz zur Seite steht: alles was exportiert werden kann, soll exportiert werden. Es gehört zum Wesen dieser „nationalen Wirtschaftspolitik", daß sie Verbinde-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr gleicherweise als lebenswichtig für die Nation ansieht und sich so in die Quadratur des Zirkels verstrickt.

Die auf den Bedeutungswandel im raumwirtschaftlichen Aufbau der Welt einwirkende nationale Wirtschaftspolitik hat aber, wie schon angedeutet, ihre Wurzeln nicht nur in der Wohlstandsidee, sondern wird in dem Grad ihrer Auswirkung recht eigentlich erst durch andere sonderraumwirtschaftliche Ideen bestimmt. Diese Ideen hier im einzelnen zu erläutern, ist wiederum nicht nötig. Ich begnüge mich damit, auf sie hinzuweisen, um gewisse Vorstellungen wachzurufen, auf die es mir ankommt. Zwar glaube ich, ihnen aus meiner besonderen Einstellung heraus gewisse, noch weniger beachtete Gesichtspunkte abgewinnen zu können, doch verzichte ich auch darauf, weil ich annehme, daß mein verehrter Freund und Kollege Franz Eulenburg sich mit dieser Ideenwelt, die ja auch die Handelspolitik beherrscht, ausführlich auseinandersetzen wird. So beschränke ich mich darauf, die auf Raumwirtschaftsgestaltung einwirkenden weiteren Ideen hier lediglich aufzuzählen. Es sind: die Staatsidee, die Sozialidee, die Finanzidee, die Sicherheitsidee, die Machtidee (deren Ausfluß die imperialistische Idee ist) und die Nationalitätsidee. Die überragende Bedeutung der Nationalitätsidee, um auf sie wenigstens kurz einzugehen, weist auf einen geschichtlich ohne Beispiel dastehenden Wandel hin, den im wesentlichen der Ausgang des Krieges herbeigeführt hat. Die Nationalitätsidee war schließlich das Losungswort der Entente geworden, das in den Friedensschlüssen eigenartig genug befolgt wurde. Die Donau-Monarchie fiel in Trümmer, die Türkei wurde aus Europa verdrängt, Deutschland und Rußland mußten schwere Gebietsverluste hinnehmen; im Osten Europas entstand im Zeichen des Sieges der „Nationalitätsidee" eine Kette von neuen Staaten, die zum Teil Zwerggebilde sind. Dabei weisen viele der neuen Staaten beträchtliche nationale Minderheiten auf, wofür das krasseste Beispiel die Tschechoslowakei ist. Angeblich war diese inkonsequente Lösung nötig, um den neuen Staaten die wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen. Gegenüber den alten Staaten, die zertrümmert, verkleinert, zum Teil auch zerrissen wurden, schien diese Rücksicht nicht geboten, so daß das Gleichgewicht ihres Wirtschaftslebens aufs schwerste bedroht wurde. Es läßt sich schlechthin keine staatliche Neugliederung eines Erdteiles in der Geschichte aufweisen, die von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so entscheidender Wirkung auf raumwirtschaftlichen Bedeutungswandel gewesen ist, wie die durch die Friedensschlüsse herbeigeführte Änderung der politischen Landkarte Europas, die zu vierzehn neuen Staaten führte! Die durch die Zerreißung von überwiegend in sich geschlossenen, historisch überkommenen wirtschaftlichen Einheiten bewirkte willkürliche und künstliche Gliederung des europäischen Wirtschaftsraumes ist wahrscheinlich die Grundlage für die verhängnisvollsten und am nachhaltigsten wirkenden Strukturwandlungen der europäischen Wirtschaft überhaupt. Daß die dadurch bewirkten Funktionsstörungen sich zugleich auf die Weltwirtschaft insgesamt übertragen haben, bedarf keiner Begründung.

Im Hinblick auf jene Ideenwelt mit ihrem Einfluß auf die Gestaltung volkswirtschaftlichen Eigenlebens, müßte ich nun eigentlich durch die Länder dieser Welt einen Rundgang antreten, um den Grad der gegenüber der Vorkriegszeit gesteigerten Intensität und Mannigfaltigkeit des nationalen Wirtschaftslebens zu messen, die Mittel zu inventarisieren, deren sich die nationale Wirtschaftspolitik jeweils bedient, und die so bedingten sonderraumwirtschaftlichen Strukturwandlungen mit ihrer gesamtraumwirtschaftlichen Auswirkung festzustellen. Darauf will ich jedoch verzichten, denn in ihren Grundzügen sind diese Dinge hinlänglich bekannt, während unser Wissen über die Einzelheiten noch zu dürftig ist, um sie abschließend beurteilen zu können. Auch was der Balfour-Bericht darüber sagt, befriedigt nicht, zu schweigen von dem, was in den letzten Bänden der Vereinsschriften über den Gegenstand verlautet. Vielleicht ist die Zeit, die es gestattet, diese Entwicklung auch nur vorläufig abschließend zu beurteilen, noch nicht gekommen. Ich selbst will mich jedenfalls darauf beschränken, ihr gewisse Gesichtspunkte abzugewinnen, die mit dem hier zur Untersuchung stehenden Problem des Bedeutungswandels im raumwirtschaftlichen Aufbau der Welt zusammenhängen.

Ich beginne mit einigen Bemerkungen über die durch die angedeutete Entwicklung bedingten Wandlungen in der internationalen Arbeitsteilung. Mich mit dem Begriff als solchem auseinanderzusetzen, muß ich allerdings ablehnen. Wenn man daran festhält, daß logisch Teilung Auflösung von Einheit bedeutet, so hängt der Begriff in der Luft. Immerhin haben wir von ihm eine bestimmte Vorstellung im Sinne von raumwirtschaftlicher Produktionsdifferenzierung,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bei der es zunächst sein Bewenden haben mag. Zwei Faktoren sind es, die in ihrem gegenseitigen Verhältnis den jeweiligen Stand der internationalen Arbeitsteilung bestimmen: ich nenne sie die räumlich-gebundenen und die räumlich-beweglichen Produktionsfaktoren. Das Verhältnis zwischen beiden ist in fortwährendem Fluß begriffen. Was gestern noch räumlich-gebunden erschien, ist heute schon beweglich geworden. Das eigentliche Problem liegt somit darin, ob diesem Prozeß Grenzen gesetzt sind und wo sie gegebenenfalls liegen. Innerhalb dieser Grenzen wird die internationale Arbeitsteilung sodann in der Ruhelage verharren. Friedrich List stellt schlechthin tropische und gemäßigte Zone einander gegenüber. Nur innerhalb dieser beiden grundsätzlich unterschiedlichen Erdräume hält er die durch deren Charakter bedingten Produktionsfaktoren für beweglich, während es ein Hinüber- und Herüberwechseln in die gegenseitigen Jagdreviere nicht gibt. Internationale Arbeitsteilung begreift List demgemäß in diesem naturbedingten Sinne. An sich war das richtig gesehen, doch hat die seitherige Entwicklung die dem „Naturbedingten" nach ihrem damaligen Stande angeblich für ewige Zeiten innewohnende Starrheit in großem Ausmaße überwunden. Zwar hat sich an der räumlich-bedingten Gebundenheit der Erzeugung von bestimmten Rohstoffen, Nahrungs- und Genußmitteln grundsätzlich nichts geändert, und als ebenso sicher darf angenommen werden, daß in gewissen klimatischen Zonen die industrielle Entwicklung ausgeschlossen bleibt. Zahlreiche Gebiete aber, von denen List annahm, daß sie für immer Rohstoff- und Nahrungsmittelproduzenten bleiben würden, sind inzwischen trotz aller Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, den Weg der Industrialisierung gegangen. Den Antrieb dazu gab die gekennzeichnete raumwirtschaftspolitische Zielsetzung oder kapitalistisches Gewinnstreben. Nicht selten wirken auch beide gemeinsam. Möglich wurde die Industrialisierung, weil erstens die „natürlichen Widerstände" sich weniger stark zeigten als früher angenommen war, und weil zweitens jene Rohstoff- und Nahrungsmittelländer sich die sogenannten kultürlichen Produktionsbedingungen: auf dem Hintergrunde wissenschaftlicher Erkenntnis entwickelte Technik, qualifizierte Arbeiter, Kapital, kaufmännische Fähigkeit, Organisationsformen, gewisse Rechtsinstitute usw., von denen List gleichfalls annahm, daß sie an die gemäßigte Zone gebunden seien, anzueignen vermochten. Dieser letztere Vorgang vollzog sich zudem auch in solchen Ländern,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denen zwar die klimatischen Vorbedingungen für die Stoffverarbeitung nicht fehlten, von denen man früher jedoch glaubte, daß sie aus anderen Gründen — etwa mangels geeigneter „Veranlagung" — die kultürlichen Industrialisierungsbedingungen nicht zu erwerben vermöchten.

Eingesetzt hat diese Entwicklung, wie schon angedeutet, vor dem Kriege, doch hat dieser ihr Tempo beschleunigt und sie in manchen Ländern sogar erst hervorgerufen. Daß inzwischen ein gewisser Rückschlag eingetreten ist und zahlreiche Knospen nicht zur Blüte gelangten, weil die „natürlichen" Widerstände unterschätzt und auch die Erwerbung der kultürlichen Vorbedingungen als zu leicht angesehen wurde, tut grundsätzlich nichts zur Sache — so gern gerade dies in der Literatur hervorgehoben wird. Als Ergebnis bleibt, daß die internationale Arbeitsteilung je länger desto weniger der Vorstellung entspricht, die sich landläufig von ihr herausgebildet hat. Was sie unter den heutigen Verhältnissen überhaupt begreift, ist schwer zu sagen. Am besten tun wir wahrscheinlich, den ganzen Begriff fallen zu lassen und unter Kennzeichnung der Entwicklungstendenzen internationaler Produktionsdifferenzierung und der auf sie einwirkenden markt- und raumwirtschaftlichen Faktoren eine der Wirklichkeit entsprechende Terminologie aufzubauen.

Diese Notwendigkeit erweist sich bei der Betrachtung einer anderen Problematik als noch dringlicher. Gewinnwirtschaftliches, der Industrialisierung zugewandtes Zielstreben ist standortsbedingt. Raumwirtschaftliche Zielsetzung kann sich zwar innerhalb gewisser Grenzen darüber hinwegsetzen, ist grundsätzlich aber gleichfalls an Standortsgesetze gebunden. Tatsächlich liegen die Verhältnisse nun so, daß heute, vom Standpunkt des Raumganzen der Weltwirtschaft, ein beträchtlicher Teil der gewerblichen Produktion gegen die Standortsgesetze verstößt. Eben darin liegt der Spielraum, der kapitalistischer und raumwirtschaftspolitischer, auf Industrialisierung bedachter Zielsetzung noch auf unabsehbare Zeit verbleibt. Es lohnt sich, dies wenigstens mit einigen Worten zu erläutern.

Jahrtausende hindurch war gewerbliche Tätigkeit im wesentlichen rohstofforientiert. Erst mit dem Fortschreiten des Verkehrswesens wird die Emanzipation von der Rohstoffbasis möglich, gewinnen die kultürlichen Produktionsbedingungen an Bedeutung, werden die Rohstoffe Tausende von Meilen von ihrem Gestehungsort entfernt ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

arbeitet, um in Form von Fertigerzeugnissen dorthin zurückzukehren, von wo sie gekommen sind. Die geringe durch den Transport verursachte Kostendifferenz fällt gegenüber den kulturlichen Vorzügen nicht ins Gewicht. Karl Knies hat diese Wandlung schon im Jahre 1852 gekennzeichnet: „Bei näherer Erwägung stellt sich heraus, daß die mit dem Fortschritt der Kultur herbeigeführte Erleichterung des Transports doch auch die Erträgnisse der reichlicheren und wohlfeileren Rohproduktion eines von der Natur bevorzugten Landes für andere Nationen leichter zugänglich macht, und soweithin kann man den allgemeinen Satz aufstellen, daß durch die Fortschritte in der Kommunikation der Vorteil, welchen die Völker durch ihre Territorien rücksichtlich der Roh- und Hilfsstoffe für die Fabrikation besitzen, gemindert wird, dagegen andererseits aus demselben Grunde die Wirkungskraft der Vorzüge, welche einem Volke in der menschlichen Arbeitskraft und in den vorrätigen Resultaten der Produktion in früheren Zeiten (in dem Kapitale) gegeben sind, erhöht wird". Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Entwicklung schließlich zu ihrem ursprünglichen Ausgangspunkt zurückstrebt. Praktisch geschah dies zunächst innerhalb der alten Industrieländer Europas und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Prozeß, der unter dem Zeichen der „Umorientierung nach der Rohstoffbasis" gerade in neuerer Zeit wieder lebhaft in Fluß gekommen ist. Zahllose Beispiele dafür könnten aus fast allen Volkswirtschaften mühelos aufgeführt werden. Verhältnismäßig früh wurde diese Entwicklung auch international von Bedeutung. Nur um zu zeigen, was gemeint ist, sei auf die Rohjute Bengalens hingewiesen. Sie wurde ursprünglich bis zur letzten Faser nach England und dem europäischen Festlande gebracht, um von dort zu erheblichem Teile in Form von Kaffeesäcken nach Brasilien oder als Packleinen für Baumwolle wieder nach Indien zu gehen. Später entstanden jedoch in Kalkutta Jutefabriken, von denen nunmehr Brasilien seine Säcke und der indische Baumwollpflanzer sein Packleinen unmittelbar bezieht. Auf gleicher Ebene liegt das Emporkommen der Baumwollindustrie in Bombay und, erheblich früher, in den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch die Entstehung von Ölmühlen in den Tropen, von Reismühlen in Birma, Siam und Indo-China, von Weizenmühlen in den Vereinigten Staaten und Kanada, von Raffinerien in den Erdölländern, von Verhüttungsanlagen in Australien, ist so zu erklären. Unschwer ließen sich in fast endloser Folge weitere Beispiele anführen. Diese Entwicklung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

steht in den wirtschaftlichen Neuländern, den klassischen Rohstoffgebieten, noch im Anfang und hat dort bisher überwiegend nur die ersten Stadien der Verarbeitung erfaßt; sie ist jedoch unaufhaltsam, weil sie auf dem Wege der vom Kapitalismus heilig gesprochenen Rationalisierung liegt. Treffend hat dies wiederum Karl Knies vorausgesehen: „Indem der Verkehr alles gleichmacht, was gleichgemacht werden kann, muß die Wirkung dessen, was ungleich verbleibt, um so stärker hervortreten". Das Ungleiche aber ist letztlich die Differenzierung in den Rohstoffpreisen. Je mehr die Rohstoffländer die kulturlichen Produktionsbedingungen erwerben, desto wirksamer wird ihre Rohstoffüberlegenheit. Daß sie auf diesem Wege voranschreiten, dafür sorgt einerseits der europäische und amerikanische Kapitalismus, der diese Gewinnchancen ausnutzt. Es ist immerhin lehrreich, daß die Industrialisierung Indiens, mit Ausnahme der Baumwollindustrie in Bombay, die vornehmlich durch die Parsen bewirkt wurde, von englischen Kapitalisten in die Wege geleitet worden ist. Andererseits hat hier die Raumwirtschaftspolitik ein zunächst überhaupt nicht abgrenzbares Betätigungsfeld. Deshalb muß unter allen Umständen damit gerechnet werden, daß innerhalb der Grenzen, die schließlich die Natur setzt, über die Endgültiges heute noch nicht gesagt werden kann — ist es abwegig, daran zu denken, daß künftig die Sonnenenergie industrielle Antriebskraft wird und dann beispielsweise Nordafrika „natürlicher" industrieller Standort würde? Mussolini hat den italienischen Gelehrten die Lösung dieses Problems, an der vor Jahrzehnten schon die Carl-Zeiß-Werke in Jena gearbeitet haben, eindringlich nahegelegt, — daß also innerhalb der Grenzen, die die Natur gebietet, die Vorzüge, die die unmittelbare Verfügung über Rohstoffe einschließen, in der internationalen Produktionsdifferenzierung zur Geltung kommen werden.

Ein weiterer Tatsachen- und Problemkreis, der für die Umgestaltung der überkommenen Vorstellung von der sogenannten internationalen Arbeitsteilung von Bedeutung ist und letzten Endes auf die Wohlstandsidee zurückgeht, ist die Rückbildung der raumwirtschaftlichen Angelerzeugung. Ich bin nicht ganz sicher, ob ohne weiteres klar ist, was ich damit sagen will. Rückständige Terminologie pflegt von Monokultur zu reden, obwohl dieser Begriff demjenigen der Angelerzeugung untergeordnet ist. In aller Kürze sei deshalb das Folgende gesagt. Es gibt zwei Begriffe, ohne die die Sozialökonomik nicht mehr

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auskommt: Schlüsselerzeugung und Angelerzeugung. Unter ersterer sind bekanntlich solche Gewerbe zu begreifen, die an sich verhältnismäßig klein, aber dennoch von lebenswichtiger Bedeutung sind, weil von ihrem Vorhandensein die Existenz anderer und größerer Gewerbezweige abhängig ist. Als Schlüsselindustrie wird in England unter anderem die Farbenindustrie angesehen, deren Produktions-, besser Einfuhrwert in der Vorkriegszeit ziemlich genau 1 % des Produktionswertes der die Farben verwendenden Textil- und Papierindustrie ausmachte. Die Schlüsselindustrie stand also, um ein Wort Jastrows zu gebrauchen, der Größe nach etwa in dem Verhältnisse eines Schlüssels zu der Tür, die er öffnet. Das Wort „Angel" hingegen deutet auf die Achse, die die Tür trägt, um die als Mittelpunkt sich alle übrigen Teile der Türe drehen. Auf die Volkswirtschaft übertragen reden wir von Angelerzeugung dann, wenn das gesamte raumwirtschaftliche Leben durch eine Produktion oder wenige Produktionen bedingt und bestimmt ist. Angelerzeugung ist diejenige Erzeugung, auf welche eine Volkswirtschaft unter Vernachlässigung anderer Erzeugungen so weitgehend eingestellt ist, daß ein ungünstiger Ausfall des Ertrages dieser Erzeugung die ganze Volkswirtschaft erschüttert, sie in eine Angelerzeugungskrisis stürzt. Es liegt in der Natur der Sache, daß Angelerzeugung stets Ausfuhrerzeugung ist, deren Äquivalente eben das wirtschaftliche Leben im Ausfuhrlande gewährleisten[1].

Es gibt noch heute zahlreiche Volkswirtschaften, die durch Angelerzeugung auf Gedeih und Verderb mit der Weltwirtschaft verbunden sind. Brasilien: Kaffee und Kautschuk, Chile: Salpeter und Kupfer, Argentinien: Weizen und Gefrierfleisch, Niederländisch-Indien: Tabak, Tee, Zucker und Kautschuk, Birma und Siam: Reis und Teakholz, Vereinigte Malayenstaaten: Zinn und Kautschuk, Australien: Erze, Weizen, Wolle und Gefrierfleisch, Ägypten: Baumwolle, und so in langer Reihe fort, nicht zu vergessen die europäischen Kolonien in Afrika. Die meisten dieser Länder sind aber bestrebt, überwiegend auch mit Erfolg, das Risiko so einseitiger Entwicklung ihrer Volkswirtschaft durch größere Differenzierung in der Produktion zu verringern. In gewissen Erdräumen sind dem zwar enge Grenzen gezogen, und in weiten Tropengebieten ist ein Spielraum überhaupt

[1] Ausführlicher in der demnächst erscheinenden Kieler Dissertation von Mühlig-Hofmann: Die Angelerzeugung, Untersuchung eines Strukturtypus der Volkswirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht gegeben, aber die Auffassung, daß alle heutigen Gebiete mit Angelerzeugung durch die Natur dazu verurteilt seien, es ewig zu bleiben, bedarf, wie schon dargelegt, einer gründlichen Revision. Man braucht nur auf Argentinien, Brasilien und Kanada hinzuweisen, um sich davon zu überzeugen. Man tut auch gut, sich darauf zu besinnen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika dereinst durch die europäische Brille auch als Angelerzeugungsgebiet angesehen wurden.

Ein weiterer, durch raumwirtschaftspolitische Zielsetzung bedingter Grundzug im Gestaltwandel der weltwirtschaftlichen Raumgliederung ist die Fortbildung raumwirtschaftlicher Schlüsselerzeugung. Hier haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die sich zunächst in den fortgeschrittenen Industrieländern geltend machte und erst jetzt allgemein um sich greift. Aus mannigfachen Gründen vollzog sich in zahlreichen Industrieländern die gewerbliche Produktion so, daß entweder gewisse Stadien der Produktion überhaupt in das Ausland gelegt wurden (passiver Veredelungsverkehr), oder aber ihre Meisterung an den Bezug ausländischer Fertigerzeugnisse geknüpft blieb. Das bekannteste Beispiel dafür war in der Vorkriegszeit die bereits erwähnte Abhängigkeit der Textilindustrie der ganzen Welt von deutschen Farben. Bei der „Schlüsselerzeugung", über deren Begriff das Nötige gesagt worden ist, handelt es sich nicht schlechthin um alles, was die Ausbildung einer „autarken" Industrie erfordert, denn andernfalls würde in der englischen Textilindustrie auch die Baumwolle dazu gehören, sondern gemeint sind gewisse, verhältnismäßig kleine Fertigproduktionen, auf die größere Industriezweige angewiesen sind, ohne daß sie im Lande existieren und obwohl sie dort zur Entfaltung gelangen können. Fast überall ist die Volkswirtschaftspolitik auf Abstellung dieses als Mißstand empfundenen Zustandes bedacht. Neuerdings gilt dies auch für zahlreiche überseeische Gebiete, die, wie in anderem Zusammenhang schon angedeutet, zunächst die Voraussetzungen für die erste Verarbeitung ihrer Landeserzeugnisse, die früher völlig unbearbeitet ausgeführt wurde, zu verwirklichen suchen. Argentinien z. B. ist bemüht, die aus seiner Viehzucht anfallenden Häute nicht nur selbst zu gerben, sondern auch den Gerbstoff im Lande herzustellen, den es früher aus Europa bezog, obwohl er dort, von synthetischer Produktion abgesehen, aus argentinischem Quebrachoholz hergestellt wurde. Australien sucht eine chemische Industrie in der Richtung zu ent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wickeln, daß sie die „unabhängige" Verhüttung seiner Erze gestattet. Unschwer ließen sich auch hier die Beispiele häufen.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, daß raumwirtschaftliches Zielstreben nicht zuletzt die Gebiete der offenen Tür, in denen der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts Triumphe feierte, bis auf gewisse Reste zum Schwinden gebracht hat und auch die Kolonien mehr und mehr als Annexe der Volkswirtschaften angesehen werden, nachdem der ökonomische Liberalismus sie während eines Menschenalters von merkantilistischen Bewirtschaftungsprinzipien befreit hatte....

Ein wichtiger Bestandteil der Raumwirtschaftspolitik ist der in anderem Zusammenhang schon erwähnte Einfluß, den der Staat auf die Monopolisierung gewisser Rohstoffmärkte ausübt. Im ganzen handelt es sich hierbei weniger um die Sicherung von Rohstoffen für den eigenen Bedarf, obwohl auch dieser Gesichtspunkt gelegentlich Bedeutung hat, sondern um die höchstmögliche finanzielle Ausnutzung eines Rohstoffes, auf den die übrige Welt angewiesen ist. Bei Licht betrachtet liegt hier allerdings kombinierte Motivation vor, indem der Antrieb zu solchen Maßnahmen in der Regel vom Kapital ausgeht, der Staat es jedoch für nützlich hält, sie mittelbar oder gar unmittelbar auf dem Wege der Gesetzgebung zu unterstützen. Ein drastisches Beispiel dafür ist bekanntlich die „Rubber Restriction" in den Vereinigten Malayen-Staaten, den „schamlosesten Raubzug gegen die Kautschukverbraucher der Welt", wie die Amerikaner sie zu bezeichnen pflegen. Die Maßnahme hat die Hochhaltung der Gummipreise zum Zweck. Sie knüpft in ihrer Durchführung an den Ausfuhrzoll an, der auch vorher für Gummi erhoben wurde. Dies ist ja überhaupt der Weg, die rohstoffverarbeitenden Länder dem Monopolland tributpflichtig zu machen. England hat im Jahre 1922 ein Gesetz erlassen, demzufolge jede Kautschukpflanzung in seinen Gebieten ein Kontingent zugewiesen erhält, das zu dem normalen Ausfuhrzoll exportiert werden kann. Die darüber hinausgehenden Mengen werden mit Prohibitivzöllen belegt, und außerdem von etwaigen Vorratsmengen im Inneren Abgaben erhoben. Bei steigenden Weltmarktpreisen wird das Kontingent erhöht, bei sinkenden herabgesetzt. Wir sehen hier eine gleitende Zollskala in anderem Sinne als sie sonst begriffen wird, d. h. nicht für die Einfuhr, sondern für die Ausfuhr. Der Zweck, die Preise zu stabilisieren, ist jedoch der gleiche. Zurzeit wird ein Preis von 21 Pence

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für notwendig gehalten. Die Urteile über die Kautschukrestriktion gehen erheblich auseinander. Was die Hauptverbraucher sagen, ist schon angedeutet worden. Es gibt in Amerika Stimmen, die den Kupfer-Trust als Kampfmittel gegen die englische Kautschukpolitik ansprechen. In England selbst wird betont, daß es sich um eine Notstandsmaßnahme in zwölfter Stunde gehandelt habe, weil das gesamte in den Kautschukplantagen angelegte Kapital unmittelbar vor dem Zusammenbruch gestanden hätte. Man habe sich dabei große Mäßigung auferlegt. Es kann in der Tat nicht behauptet werden, daß ein Gummipreis von 21 Pence übertrieben hoch sei; er hält sich im Gegenteil noch unter der allgemeinen Preissteigerung. Andererseits darf wohl behauptet werden, daß die „Mäßigung" nicht ganz freiwillig erfolgte, denn seit der Restriktion hat die Erzeugung in Niederländisch-Indien beträchtlich zugenommen. Insgesamt stehen heute schon etwa 30% des plantagemäßig gewonnenen Gummis außerhalb des englischen Einflusses. Dazu kommt, daß bei einem Preis von 2 bis 3 Schilling auch Brasilien mit seinem Rubber wieder stärker konkurrenzfähig wird. Stünde die gesamte Produktion von Plantagengummi unter englischem Einfluß, so würde die in England gelegentlich ausgesprochene Absicht, aus dem Gummimonopol einen Teil der Kriegskosten zu decken, wohl rigoroser durchgeführt worden sein.

Die Kautschuk-Restriktion ist an sich nichts grundsätzlich Neues. Die Kaffeevalorisationen Brasiliens liegen auf derselben Ebene, d. h. sie wurden gleichfalls unter staatlicher Autorität durchgeführt. Aber von dieser rein marktmäßigen Manipulation bis zur gesetzlichen Regelung der Produktion war es doch ein beträchtlicher Schritt. Es darf angenommen werden, daß diese Entwicklung symptomatisch ist und in Zukunft noch stärker in die Erscheinung treten wird. Mehr oder weniger durchgesetzt hat sie sich, außer für die genannten Güter, bis heute schon für Sisalhanf, Chilesalpeter, Kali, Zinn, Quinine, Queckſilber und Quebracho. Ein Beispiel für diese Entwicklung sind ja auch die westeuropäischen Eisenpaktverhandlungen, bei denen die beteiligten Staaten zum mindesten Pate stehen. In der Schiffahrt bahnen sich ebenfalls internationale Abreden unter staatlicher Mitwirkung an. Im Grunde liegt hierin freilich schon der Anfang einer neuen Entwicklung, indem nicht ein Staat sonderraumwirtschaftliche Preis- und Kontingentierungspolitik betreibt, sondern mehrere Staaten sich zu gleichem Zwecke zusammenfinden. Der Franzose Loucheur sieht in der konsequenten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Weiterführung dieser Entwicklung bekanntlich die Hauptaufgabe der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz.

Ein besonderes Kapitel raumwirtschaftlicher Rohstoffpolitik liefern die Ereignisse im Sudan. England, Abessinien und Italien führen einen erbitterten Kampf um das Nilwasser, das jedes dieser Länder zur Befruchtung großer neuer Baumwollfelder zu benötigen erklärt. Die Dinge liegen heute so, daß einerseits für Ägypten die Gefahr besteht, daß ihm durch die Stauanlagen im Sudan das Wasser abgegraben wird und andererseits die Staubecken im englischen Sudangebiet leer bleiben, weil das Wasser größtenteils bereits in Abessinien und in italienischen Gebieten über die Felder geleitet wird. In früheren Zeiten würde es darüber mutmaßlich schon längst zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen sein. Heute hat England den Plan, die Schwierigkeiten durch ein Schiedsgerichtsverfahren über das Nilwasser-Recht zu überwinden. Diese Verhältnisse sind nur ein kleiner Ausschnitt aus den Entwicklungsmöglichkeiten und Interessenkollisionen im „dunklen Erdteil", der die große Reserve der Weltwirtschaft und des Kapitalismus ist, was gemeinhin viel zu wenig beachtet wird.

Endlich sei darauf hingewiesen, daß Raumwirtschaftspolitik neuerdings auch entscheidende Strukturwandlungen in der internationalen Wanderbewegung herbeigeführt hat. Das klassische Land der Einwanderung bis in die Kriegszeit hinein waren die Vereinigten Staaten von Amerika. Raumwirtschaftspolitische Gesichtspunkte mannigfaltiger Art, auf die hier nicht mehr eingegangen werden kann, haben dies Ventil im wesentlichen verschlossen. Die Folge ist, daß einerseits die Abwanderung aus Europa, die seit Menschenaltern als „natürlich" angesehen wurde, ins Stocken geraten ist, andererseits gewisse Richtungswandlungen Platz gegriffen haben. Dazu gehört vor allem die italienische Invasion in Frankreich und die planmäßige Leitung des Auswandererstromes nach Tunis. Ein Problem für sich! Nicht minder aber ist die italienische Auswanderung nach den südamerikanischen Staaten, die dringenden Bedarf an Arbeitern haben, wieder stärker in Fluß gekommen. Es muß damit gerechnet werden, daß die Bevölkerung der südamerikanischen Staaten künftig viel ausgeprägteren italienischen Einschlag erhalten wird, als es heute schon der Fall ist. Daß dies auf weite Sicht zum mindesten wirtschaftliche Konsequenzen hat, ist wahrscheinlich und liegt durchaus im Sinne der Expansionspolitik Musso-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

linis. Im übrigen darf ich wohl annehmen, daß alle diese Probleme in der morgigen Verhandlung ausführlich erörtert werden.

Damit sei auch dieser Faden abgerissen[1].

IV.

Schlußfolgerungen zu ziehen, ist nunmehr die Aufgabe. Zu Beginn des Vortrages habe ich den Begriff der Krisis in Beziehung auf die heutige Lage der Weltwirtschaft so gedeutet, daß darunter diejenigen tiefgreifenden Proportionsverschiebungen und Neubildungen im internationalen Wirtschaftsgefüge zu verstehen sind, denen zufolge bisher aufeinander eingespielte Kräfte sich in Widerspruch befinden. Daß solche tiefgreifenden Verschiebungen und Neubildungen stattgefunden haben und ein Widerstreit ehemals, zwar nicht im Gleichgewicht gelegener aber aufeinander eingespielter Kräfte Platz gegriffen hat — dafür ist mein Vortrag ein einziger Beweis gewesen, so daß die Schürzung dieser Fäden zum Knoten sich erübrigt. Wohl aber sind zwei Aufgaben noch zu erledigen. Erstens muß eine Antwort gegeben werden auf die Frage, in welchem Ausmaß die hier gekennzeichneten Strukturwandlungen die Gesamtweltwirtschaftskrisis qualitativ und quantitativ beeinflußt haben. Daran knüpft sich die Unterfrage, ob jene Strukturwandlungen dank der im weltwirtschaftlichen Verkehr wirkenden Kräfte den Krisenzustand überwinden und zu einem neuen annäherungsweisen Gleichgewichtszustand der Weltwirtschaft führen. Hier tritt auch das Problem der weltwirtschaftlichen Konjunkturgestaltung und Konjunkturforschung in unseren Gesichtskreis und die Frage nach der Eigenart und Nachhaltigkeit der in Konjunkturschwankungen und Strukturwandlungen wirksamen Kräfte. Ich hatte mir vorgenommen, gerade diese Fragen mit der ihnen gebührenden Gründlichkeit und Ausführlichkeit zu behandeln. Leider nötigt mich die vorgeschrittene Zeit, im Augenblick darauf zu verzichten. Ich hoffe jedoch, daß sich mir während der Debatte oder spätestens im Schlußwort Gelegenheit bietet, diesen Problemkreis in das Licht zu rücken, das schon heute auf ihn geworfen werden kann.

[1] Daß die Veränderungen im Geldwesen und in der Preisbildung unter den Strukturwandlungen nicht erwähnt sind, hat seinen Grund u. a. darin, daß ihre Analyse (z. B. ob dauernd oder vorübergehend?) den Rahmen des Vortrages gesprengt haben würde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Absoluter Erkenntnis ist er einstweilen, wie zu zeigen sein wird, noch verschlossen[1].

Die andere noch zu erfüllende Aufgabe verlangt, jenen Faden aufzunehmen und dem Gewebe einzufügen, der bis jetzt am Boden liegen blieb. Es handelt sich um das Verhältnis zwischen Sonderraum und Gesamtraum. Die bisherigen Untersuchungen haben dies Verhältnis fast ausschließlich vom Standpunkt des Willens zum Eigenleben der Sonderräume betrachtet. Hierdurch sind die Differenzierungstendenzen stärker in den Vordergrund getreten als es der Sachlage entspricht. Wie schon gelegentlich angedeutet, sind der Entwicklung zur „autarken" Wirtschaft in allen Ländern, sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika, Grenzen gesetzt, jenseits deren der internationale Güteraustausch naturbedingt ist und bleibt. Es wäre somit, eingehender als es im zweiten Teile meines Vortrages geschehen ist, zu untersuchen, wo diese Grenzen liegen und wie sie im einzelnen wirksam werden, mit anderen Worten, in welcher Intensität sich neben den systaltischen die diastaltischen Entwicklungstendenzen im Wirtschaftsleben der Erde durchsetzen. Diese Aufgabe zu meistern hat Herr Kollege Eulenburg übernommen, der das Verhältnis von Volkswirtschaft und Weltwirtschaft in den Mittelpunkt seiner Darlegungen rücken wird. Es sind deshalb in diesem entscheidenden Punkte die Ausführungen des Herrn Korreferenten integrierender Bestandteil meiner eigenen Darlegungen. Indem ich dies ausdrücklich hervorhebe, sei mir gestattet, abschließend die folgenden Betrachtungen anzustellen.

Individualistisch-marktwirtschaftliches und universalistisch-raumwirtschaftliches Zielstreben stehen im dauernden Widerstreit, der sowohl unter volkswirtschaftlichem wie unter weltwirtschaftlichem Gesichtswinkel zu unersetzlichen Reibungsverlusten führt. Vermieden werden könnte dieser nur dann, wenn sonderraumwirtschaftliches und marktwirtschaftliches Zielstreben zur Synthese geführt würden, die sich grundsätzlich im Gesamtraum, im Gebilde der Weltwirtschaft darbietet. Im eigentlichen Sinne des Wortes kann dies nach menschlichem Ermessen niemals geschehen, denn Raumwirtschaft gleich Volkswirtschaft ist an den Staat gebunden, der um seiner selbst willen nicht darauf verzichten kann, die Wirtschaft des Staatsgebietes der Idee und den Zwecken

[1] Auf das „Schlußwort" sei in diesem Zusammenhange ausdrücklich hingewiesen, denn es füllt wenigstens teilweise die Lücke aus, die hier geblieben ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Staates als solchen anzugestalten. So liegt es im Wesen der Dinge, daß politisch bestimmte Raumwirtschaften in Ewigkeit sind. Das Problem, das bleibt, sieht dann so aus: wenn einerseits der Sonderraum auf Eigenleben bedacht und er andererseits um des Lebens willen auf Beziehungspflege zu anderen Wirtschaftsräumen angewiesen ist, *wie regelt sich das Verhältnis und welche Bedeutung hat in diesem Sinne das Raumganze?*

Nur aphoristisch sei die Antwort gegeben, und ihr Ausgangspunkt sei die Analogie. Raumwirtschaftliches Gegeneinander und raumwirtschaftliche Bedeutungswandlungen sehen wir bekanntlich nicht nur vom weltwirtschaftlichen Standpunkt, im Verhältnis der einzelnen Volkswirtschaften untereinander, sondern markt- und raumwirtschaftliches Zielstreben ruft auch Wandlungen in der vergleichsweisen Bedeutung von Wirtschaftsräumen *innerhalb* der Volkswirtschaften hervor. Hingewiesen sei auf die einschlägige Politik der Gemeinden, Bezirke und Provinzen, die auf die Strukturgestaltung einer Volkswirtschaft tiefgreifenden Einfluß auszuüben pflegt.

Nicht selten erfordert auch das *Staatsinteresse* die eigengeartete wirtschaftliche Entwicklung eines Sonderraumes. Fast alle Kontinentalstaaten z. B. sind neuerdings bestrebt, wichtige Rüstungsindustrien trotz ungünstiger Standortsbedingungen in das Zentrum ihres Gebietes zu legen, damit sie im Falle eines Krieges vor Gefährdung durch den Gegner möglichst geschützt sind. Auch der Bau von strategischen Bahnen führt nicht selten zu raumwirtschaftlichen Umbildungen.

Wandlungen in der raumwirtschaftlichen Gliederung eines Landes sind zumeist mit empfindlichen Funktionsstörungen verbunden. Die Volkswirtschaftspolitik ist jedoch bestrebt, die Rückwirkungen auf die negativ Beteiligten zu mildern und die Umlagerung der wirtschaftlichen Kräfte sich allmählich und mit dem geringsten Reibungsverlust vollziehen zu lassen. Unter Umständen wird im Interesse anderer Wirtschaftsräume der Bedeutungswandel überhaupt verhindert. Das jüngste Beispiel dafür ist in Deutschland die Politik Preußens gegen die Industrialisierungsbestrebungen Groß-Hamburgs. Für die Vereinigten Staaten von Amerika kann auf die Bemühungen hingewiesen werden, das Abwandern der Textilindustrie aus den Neuengland-Staaten in die Südstaaten der Union zum mindesten zu verlangsamen.

Anders steht es um den Bedeutungswandel im raumwirtschaftlichen Aufbau der *Weltwirtschaft*. In gewissem Sinne liegt allerdings

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

höchstens ein gradueller Unterschied vor. Der Sonderraum selbst vertritt auch in der Volkswirtschaft überwiegend nur das Eigeninteresse. Die Kommunalpolitik in fast allen Ländern ist dafür nicht minder Zeugnis, wie die Wirtschaftspolitik der Einzelstaaten in Bundesstaaten. Stärker ausgeprägt ist ein anderer, allerdings auch nur gradueller Unterschied. Die raumwirtschaftlichen Neugliederungen, die sich während des letzten Menschenalters in der Weltwirtschaft durchgesetzt haben, sind ungleich durchgreifender und mit erheblich tieferen und nachhaltigeren Funktionsstörungen verbunden gewesen als diejenigen in den Volkswirtschaften. Der eigentlich grundsätzliche Unterschied kommt erst darin zum Ausdruck, daß einerseits der absolute Interessenausgleich zwischen den staatlich bedingten Wirtschaftsräumen aus den schon dargelegten Gründen überhaupt nicht möglich erscheint und daß andererseits die Weltwirtschaftspolitik nicht weit genug entwickelt ist, um den an sich möglichen und im Grunde auch vom Standpunkt der Sonderräume erwünschten Interessenausgleich im Sinne der Ganzheitsidee herbeiführen zu können.

Das ist der springende Punkt. Im Kampfe zwischen volkswirtschaftlichen Sonderräumen der Interessenausgleich durch den Staat — im Kampfe zwischen weltwirtschaftlichen Sonderräumen Sieg oder Niederlage, Hammer oder Amboß: so etwa stellt sich das Problem heute den meisten Menschen dar. Hier der Ausgleich durch die Macht des Ganzen, dort der Austrag durch das Machtverhältnis der Teile. Letzthin: Kanonen und Maschinengewehre, Gas und elektrische Bestrahlung. Man kann sich zwar baß darüber wundern. Denn was hat der letzte Krieg den Mächten, die im August 1914 zum Schwerte griffen, eingebracht? Von Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei nicht zu reden, denn das Vae victis ist uralt. Wie aber steht's um die Sieger? In England gibt es heute keinen verständigen Menschen, der nicht den Wunsch hätte, daß das Rad der Weltgeschichte auf den Stand vom 1. August 1914 zurückgedreht werden könnte. Frankreich hat Elsaß-Lothringen erhalten, an dem es gewiß keine Freude erleben wird — der Nation aber, wie deutlich steht dies vor Augen, wird das Schicksal beschieden sein, den Kelch des Sieges bis auf die Neige leeren zu müssen. Und Rußland? Wenn Volkswohl das Glück der Nationen bestimmt, so laßt uns schweigen. Bleibt von den Großmächten Italien. Sunt verba et voces — Worte ja gibt's und Töne. Sieger sind somit in Europa die neuen Staaten. Sicherlich ist nicht entscheidend, ob die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sonne Gelegenheit hat, in ihnen unterzugehen, wohl aber ist wichtig, was sie während ihres Laufes in ihnen zu sehen bekommt! Mithin wendet sich der Blick in die außereuropäische Welt. Dort ist in der Tat Sieg. Aber nur in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nirgend anders auf dieser Erde. Politisch gesehen ist das der Ausgang des Weltkrieges. Wirtschaftlich gesehen liegt es im Augenblick nicht anders. Einen Träumer aber möge man mich nennen, wenn sich als falsch herausstellen sollte, was ich wissenschaftlich sich vorbereiten sehe: daß schon in absehbarer Zeit auch die Vereinigten Staaten von Amerika in der wirtschaftlichen Interessensolidarität der Völker und Staaten den Ausweg aus ihrer Lage erblicken werden.

Internationale Interessensolidarität! Fort mit dem Wort, soweit es auf Gemütswerte schließen läßt. Nicht weil ich es wünschte, sondern weil die Menschen es so wollen. Nackt sei der Sinn begriffen. Will ich leben, so mußt auch du leben! Dies haben, allerdings in höherem Sinne, schon die Klassiker begriffen — bis hin zu dem von der Vernunft eingegebenen Satz David Humes: Je reicher unsere Nachbarn, desto besser für uns. Wie unendlich weit haben wir uns von dieser Auffassung heute entfernt. Und doch ist sie im Kern richtig. Mit Menschen, die nicht zahlungsfähig sind, lohnt kein Handel. Die Nutzanwendung auf die Weltwirtschaft ergibt sich von selbst. Die These vom Kampf aller gegen alle würde nur dann richtig sein, wenn der Nahrungsspielraum auf dieser Erde für die Menschen, die sie trägt, zu klein wäre und ein Volk wirklich nur auf Kosten des anderen zu höheren Daseinsformen gelangen könnte. Kein Irrtum ist größer als dieser. „Anbau, Abbau, Ausbau", um mit Werner Sombart zu reden, haben nicht etwa, wie häufig angenommen wird, und wohl auch Sombart wähnt, um die Wende des 19. Jahrhunderts schon ihren Höhepunkt erreicht, sondern stehen in wirklich großem Ausmaße erst noch bevor. Es gilt dies gleicherweise für Nahrungsmittel wie für Rohstoffe. Daß es, weltwirtschaftlich betrachtet, innerhalb einer Zeit, mit der die heutige Menschheit zu rechnen hat (und über die hinaus, den Urenkeln das Lächeln ob der Sorge ihrer Vorfahren überlassen bleiben möge) an Nahrungsmitteln oder Rohstoffen fehlen könne, ist eine unsinnige Vorstellung. Entscheidend ist hingegen, ob die Menschheit es verstehen wird, über vermeintliche sonderraumwirtschaftliche Gegensätze hinweg die wirtschaftlichen Möglichkeiten auf dieser Erde planmäßig und in gemeinsamer Arbeit auszunutzen. Unerläßliche Voraussetzung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dafür ist die Erkenntnis, daß es sich hier nicht um ein Verteilungsproblem vom Standpunkte dessen handelt, was heute gegeben ist, sondern um Anbau, Abbau und Ausbau in einem Umfange, wie er der Welt bisher unbekannt war. Diese Erkenntnis kann nicht aus Krämergeist hervorgehen, der ängstlich die Kunden zählt, die zur Konkurrenz gehen, sondern muß ihre Wurzeln in der Überzeugung finden, daß Leben und Gedeihen der Teile bedingt ist durch deren wechselwirksame Verbundenheit untereinander und mit dem Ganzen: im Sinne der verstandesmäßigen Erfassung weltwirtschaftlicher Interessensolidarität. Ich persönlich habe den Glauben, daß es dazu kommen wird — trotz allem was in Europa und in der übrigen Welt vor sich geht. Ja, gerade deswegen. Wohin die Handelseifersucht führt, lehrt ein Blick in die Wirtschaft Europas. Sind nicht aber auch Symptome dafür vorhanden, daß jene Erkenntnis, von welcher ich sprach, sich durchzusetzen begonnen hat? Ich behaupte es. Man denke doch: Vor zehn Jahren stand die Welt in Flammen. Heute steht sie im Zeichen des Völkerbundes. Man mag diesen beurteilen wie immer: daß er im Völkerleben ein Faktor geworden ist, wird niemand bestreiten wollen. Ist es nicht auch ein Symptom, daß eben dieser Völkerbund zur Weltwirtschaftskonferenz aufruft? Gemeinhin pflegt das alles minder gewürdigt zu werden, weil die ethische Triebkraft vermißt wird. Wo aber ist diese, so frage ich, im wirtschaftlichen Kampf der Sonderräume innerhalb der Volkswirtschaft? Folglich suche man sie erst recht nicht dort, wo Wirklichkeitssinn sie nicht einmal vermuten kann. Einstweilen handelt es sich um nichts anderes als um Interessenausgleich, den in der Volkswirtschaft der Staat erzwingt, der in der Weltwirtschaft auf dem Vertragswege herbeigeführt werden muß. Jeder Handelsvertrag ist dazu ein Ansatz. Hat schon jemand Handelsverträge deshalb geringer gewertet, weil sie unter dem Gesichtspunkt des Interessenausgleichs abgeschlossen werden? Und ist es utopisch, für möglich zu halten, daß an Stelle von zwei Interessenten sich alle Interessenten über den modus vivendi ihres wechselwirksamen Verkehrs verständigen? Müßte man nicht im Gegenteil von Wahnsinn reden, wenn es unterbliebe? Soll der Sonderraum verkümmern, weil die lebenswichtigen Beziehungen zum Gesamtraum, deren Pflege naturbedingt ist, dauernd gestört werden? Die Frage stellen, heißt die Antwort bereit haben. Früher lautete sie: Krieg. Heute haben wir Verständnis dafür gewonnen, daß im Waffengang um Wirtschaft die Opfer stets größer sind als die Erfolge. Mithin ist die Wahrnehmung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von sonderraumwirtschaftlichen Interessen, wie seit langem in der Volkswirtschaft, künftig auch in der Weltwirtschaft vornehmlich an den Verstand gebunden. Staatsmännern und Politikern, die ihn nicht besitzen, mag dies eine unliebsame Feststellung sein — am Tatbestand wird dadurch nichts geändert. Ob über nüchterne Interessenverständigung hinaus jemals ein Zeitalter innerer Völkerharmonie zu erwarten ist — wer will es sagen! Anzeichen dafür vermag ich nicht zu erkennen. Aber liegt nicht schon ein tiefer Sinn darin, daß die Menschheit, sie möge wollen oder nicht, schicksalsmäßig gezwungen ist, die Idee der weltwirtschaftlichen Interessensolidarität im Verstande zu erfassen? Ist das nicht schließlich der Strukturwandel auf den es ankommt, wenn jenen anderen Strukturwandlungen das Krisenhafte genommen und sie der wirtschaftlichen Fortentwicklung des Ganzen wie der Teile dienstbar gemacht werden sollen? Ich selbst, wenn Sie es wissen wollen, bin dieser Meinung. Und eben darauf gründet sich meine Hoffnung — wie bescheiden und nüchtern ist sie —, daß die Zeit, die vor uns liegt, eine Epoche der wiedererwachenden weltwirtschaftspolitischen Vernunft sein möge. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Meine verehrten Damen und Herren! Ihr lebhafter Beifall zeigt schon, wie sehr Sie sich durch die Ausführungen gefesselt gefühlt haben, die Kollege Harms uns gegeben hat. In der bei ihm gewohnten meisterhaften Form hat er uns in die Weite blicken lassen, hat er mit seinen Ausführungen zum guten Teile wissenschaftliches Neuland betreten. Wir alle dürfen ihm dankbar sein für die Mühe, der er sich unterzogen hat, für die Darlegungen, die er uns soeben gegeben hat.

Ich gebe nunmehr das Wort dem zweiten Referenten, der über die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit sprechen wird, Herrn Prof. Dr. Eulenburg.

Professor Dr. Eulenburg (Berlin):

Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, meine Damen und Herren!

Wenn nach einer alten Gepflogenheit des Vereins ich als Herausgeber der „Schriften" hier wiederum das Wort zu einem Bericht erhalte, so dürfte es wohl am zweckmäßigsten sein, mich über die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit zu verbreiten. Ich möchte versuchen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleichsam den Sinn der mannigfaltigen Maßnahmen und Richtungen zu erfassen, die sich in der äußeren Handelspolitik der Völker kund tun. Dabei versteht es sich von selbst, daß wir Handel hier im weiteren Sinne, etwa wie das englische „trade", d. h. als gesamten zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr, zu begreifen haben. Was aber sind die Ideen?

Bei den sehr vielfachen Anwendungen des Begriffes möchte ich absehen von der *subjektiven* Seite, den persönlichen Meinungen und Wünschen, auch von den Idealen, die die Menschen erfüllen. Für uns sollen „Ideen" den Inbegriff der Bestrebungen einer Zeit, also der Betätigungen des *Willens*, und damit den Inbegriff der Handlungen bestimmter Art bedeuten. Es ist also ein Gedankenbild, mit dem wir unserseits die verschiedenen Kräfte, die am Werke sind, zusammenfassen. Es sind *objektive* Ideen: das will besagen, daß sie keineswegs immer als bewußte Ideale aufzutreten brauchen, wenn sie es auch sehr wohl können. Sie müssen „wirksam", d. h. realisiert sein, dadurch, daß solche Handlungen selbst vorliegen, nicht bloß Reden oder literarische Äußerungen. Dazu ist aber nötig, daß diese Ideen getragen sind von bestimmten Kräften des Willens wie von der Organisation einer Macht. Nur dadurch können sie in der Wirklichkeit auftreten, daß lebende Interessen dahinter stehen. Wir verstehen also das darunter, was etwa *Ranke* in seinen bekannten Vorträgen über die Epochen der neueren Geschichte als die „Tendenzen der Zeit" bezeichnet hat. Die Tathandlungen der Menschen selbst, auf ihren Sinn zurückgeführt, das sind für uns die Ideen.

Es leuchtet ein, daß die Ideen der Handelspolitik einer Zeit durchaus nicht für sich bestehen. Vielmehr sind sie eingebettet in die allgemeinen geistigen Strömungen, die überhaupt die Politik dieser Zeit beeinflussen. Die Handelspolitik wird in einer Ära liberaler Strömungen liberal, in einer Zeit autoritativer Wirtschaftspolitik ebenfalls autoritär sein. Strukturwandlungen der Gesellschaft, Machtverschiebungen beeinflussen immer auch die geistigen Strömungen der Zeit und damit die politischen Ideen als solche. Deutlich, daß sich auch die Handelspolitik der Nachkriegszeit dem nicht entziehen kann. Gewiß sind diese Ideen nicht neu, sondern bereits vordem mannigfach vorhanden gewesen. Aber sie erhalten doch in der Nachkriegszeit ihr besonderes Gepräge und ihr besonderes Gesicht und beeinflussen dadurch den Willen zur Tat. Meine Aufgabe ist danach im Grunde vorgeschrieben: *einmal*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist der Zusammenhang der handelspolitischen Ideen mit den allgemeinen politischen Strömungen aufzuzeigen. Sodann sind die Mittel und Wege, die eingeschlagen wurden, um gleichsam die Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen, in einigen Schemata zusammenzufassen. Weiter liegt mir ob, die Wirkungen, die diese Maßnahmen auf die weltwirtschaftliche Struktur ausgeübt haben, auf ihren Wirkungsgrad zu untersuchen. Um endlich die Richtung der zukünftigen Handelspolitik, ihre „Vernunft" sozusagen, anzudeuten. Dabei versteht es sich von selbst, daß hier nicht Vorschläge gemacht werden, was nicht Sache wissenschaftlicher Arbeit sein kann. Auch Theorie ist nicht zu treiben: ob also diese Maßnahmen richtig oder falsch sind. Sondern es bleibt nur zu zeigen, wie weit sie „wirksam" in der Nachkriegszeit gewesen sind.

2. Wenn ich recht sehe, sind es zwei große politische Strömungen, die die Gegenwart erfüllen und ihrerseits wieder in tieferen Lebensgefühlen verankert sind. Wir können sie zweckmäßig einander als Idee der Nationalität und Idee der Solidarität der Völker gegenüberstellen.

Der stärkste Drang geht heute wohl allenthalben von dem Erstarken der nationalen Idee aus. Dabei verstehen wir unter Nation das „Bewußtwerden des Volkes als seiner Einheit in Sprache und Kultur". Dieses Nationalbewußtsein ist nicht nur bei den kriegführenden Völkern erstarkt. Es findet sich ebenso bei den kleinen neutralen Staaten, findet sich in großen überseeischen Gebieten, wie Indien und China, findet sich bei den englischen Kolonien, wie sie am stärksten in den Loslösungsbestrebungen der Völker der Türkei zutage getreten ist. Dabei sind die Formen der politischen Verfassung unwesentlich: ob Absolutismus oder Demokratie oder Kommunismus bleibt sich gleich. Für uns bedeutsam ist, daß das nationale Prinzip die sozialen Gegensätze überbrückt; auch die Klasseninteressen treten hinter dieser herrschenden Idee zurück, wie das Verhalten der Arbeiterschaften aller Länder deutlich beweist. Nicht minder bedeutsam ist, daß sie sich vor allem auch nach der wirtschaftlichen Seite auswirkt. Die eigenen Volksgenossen werden bevorzugt, die fremden zurückgesetzt. Die eigene Wirtschaft erhält eine Sonderstellung selbst auf Kosten wirtschaftlicher Rationalität. Endlich wirkt die nationale Idee aufs stärkste staatenbildend: ja, wir können sie als die eigentlich staatenbildende Kraft der Gegenwart bezeichnen. Der Gedanke des Nationalitätenstaates, auf dem etwa noch Naumanns

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gedanke von Mitteleuropa aufgebaut war, hat sich nicht durchgesetzt. Vielmehr das Gegenteil. Das Problem des Greater Britain, das eine Zusammenfassung verschiedener Völker und Nationalitäten enthielt, besteht gerade in der Schwierigkeit, daß die einzelnen Teile heute eigene Nationen bilden wollen und das Imperium zu sprengen drohen.

Verstärkt wird die Tragweite dieser Idee durch die Verschiebung der sozialen Machtverhältnisse innerhalb der Völker. Es ist das Andrängen der unteren Schichten, die Anteil haben wollen und auch Anteil erhalten an Regierung und Verwaltung. Es ist das Vordringen der Demokratie, die sich allenthalben durchsetzt und damit auch den nationalen Gedanken im ganzen Volke stärker verankern hilft. Bedeutsam die neue Bauernbefreiung in den Oststaaten Europas, in Polen, der Tschechoslowakei, in Rumänien, die naturgemäß zu einer Demokratisierung führt. Das bedeutet eine Umgestaltung der Staatsauffassung von innen heraus. Die zur Anteilnahme an der Herrschaft gelangenden Schichten suchen ihren Willen und ihre Interessen im Staate zu verwirklichen. Der Staat ist damit wirklich die „große Assoziation der überwiegenden Mehrzahl des Volkes" geworden, von der Lassalle einst sprach. Dadurch ruht die Nationalität auf weit breiterer Grundlage als ehedem, wo vor allem die Oberschicht diese Idee vertrat.

Damit hat sich notwendig auch die Idee des Staates verändert. Seine Aufgaben haben sich wesentlich erweitert: man kann sehr wohl von einem „Gesetz der zunehmenden Staatstätigkeit" (Wagner) sprechen. Sie äußert sich auf allen Gebieten; und wenn Keynes das „Ende des laisses faire" verkündete, so sagt er uns damit nichts Neues. Diese zunehmende Staatstätigkeit äußert sich auf allen Gebieten und in allen Ländern: nicht nur auf dem der Sozialpolitik, wo neue Einrichtungen mannigfacher Art geschaffen sind, sondern auch in der Kraftwirtschaft, wo man staatlicherseits die Elektrizitätsversorgung in die Hand nimmt. Sie zeigt sich in der Kreditpolitik wie in der Manipulierung der Währung. Deutlich besteht ein Zusammenhang zwischen dieser zunehmenden Staatstätigkeit und der Idee der Nation. Denn der Staat kann sich nur innerhalb der nationalen Einheit auswirken, selbst wenn die Ideologie der Machthaber wie etwa in Rußland international gerichtet ist. Dadurch gewinnt von innen heraus das Prinzip der Nation heute seine besondere Färbung und seinen besonderen Nachdruck.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aber die eine Bewegung ruft mit Notwendigkeit auch die Gegenbewegung hervor. So entwickelt sich nach dem Kriege von neuem das Prinzip der Solidarität der Völker. Wenn auch in verschiedenem Ausmaß, so doch deutlich erkennbar. Es ist einmal die Ausdehnung des Staates über die nationalen Grenzen hinaus, indem man versucht Sprache und Kultur hinauszutragen, anderseits die immer erneuten Versuche von Angliederung fremder Gebiete. Es ist sodann die Besinnung auf die größere Kulturgemeinschaft etwa der romanischen und germanischen Völker, die durch die Erbschaft des Altertums wie durch die christliche Religion miteinander verbunden sind. Diese Solidarität gibt sich weit weniger repräsentativ als die erste Tendenz, weil sie nicht so stark auf Machtmittel sich aufbauen kann. Aber sie äußert sich in den zahlreichen politischen Bündnissen, in den internationalen Beziehungen und Bestrebungen der Wissenschaft, in der schulmäßigen Pflege der fremden Sprachen, die solche Solidarität zur Voraussetzung hat. Auch hinter diesen Bestrebungen stecken starke Interessen, vor allem Interessen des internationalen Kapitals, die die nationalen Fesseln sprengen.

Gestärkt wird dieser Gedanke der Solidarität durch das Bewußtsein der Abhängigkeit von anderen Völkern, durch die Erkenntnis der Angewiesenheit auf fremde Bodenerzeugnisse und der Notwendigkeit, den Nahrungsspielraum zu erweitern, um die eigene Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Das führt immer von neuem zu internationalen Anknüpfungen und Verhandlungen. Endlich wird die Solidarität dauernd gestärkt durch die Idee des „technischen Fortschrittes", der die Völker ergriffen hat. Auch hier eine bewußte Pflege des Gedankens durch die stärkere Betonung der Technik bereits auf den Schulen. Die technischen Errungenschaften äußern sich in doppelter Gestalt, um die Solidarität zu fördern. Zunächst wirkt sie durch die dauernde Verkürzung der Entfernungen: durch Verbesserung des Motors, durch Flugzeug und Funkspruch wird die Zeit räumlicher Entfernungen überbrückt. Wenn die Schranken, die die Wirtschaftspolitik errichtet, die Länder abzuschließen drohen, so reißt jede Verbesserung der Technik mit Notwendigkeit diese Schranken wieder nieder. Anderseits gleicht sie die Völker einander an. Sie zwingt zur Nachahmung der Methoden und zur Befolgung gleicher Grundsätze bei Ausführung der Arbeit. Die nationalen Sonderungen werden dadurch rückgängig gemacht, daß die Technik ähnliche Verfahrungsweisen allenthalben ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

langt und dem alle Länder nachzukommen versuchen. Also deutliche Gegentendenzen, die auf Annäherung und Verbindung hinauskommen.

Diese beiden politischen Prinzipien stehen einander gegenüber. Die nationale Idee positiv im Innern, die Länder isolierend und abschließend nach außen, das staatliche Moment unterstreichend, getragen von dem starken Willen der mündig gewordenen Völker. Anders die Idee der Solidarität, negativ nach außen, die Länder zusammenschließend, die Schranken beseitigend; freiheitlich und unstaatlich, aber ebenfalls getragen von mächtigen Kräften des Willens, die nach Geltung verlangen.

3. Die Frage ist, wie verschaffen sich diese beiden Tendenzen, die antinomisch einander gegenüber stehen, nun auf dem Gebiete der äußeren Handelspolitik Geltung? Dabei können wir absehen von all jenen Maßnahmen der Not, die in der ersten Nachkriegszeit bis etwa 1923 von allen Staaten ergriffen sind. Sie erscheinen mir nicht charakteristisch, da sie reine Verlegenheitsmaßnahmen darstellen, die für die eigentlichen Ideen unwesentlich sind. Erst seit der Stabilisierung der deutschen Währung sind die Verhältnisse besser zu überschauen, wenn auch noch einige Länder zu einer Politik der Verlegenheit gezwungen sind. Anderseits sind für die Wesenheit dieses Geistes gerade außereuropäische Staaten und die Neutralen charakteristischer als die unmittelbar am Kriege beteiligten Länder. Wir werden deswegen aus jenen vorwiegend Beispiele entnehmen.

Dabei können wir zwei Reihen von politischen Maßnahmen, die in der Richtung der nationalen Idee liegen, auseinander halten. Die erste und, wie mir scheint, bei weitem stärkere Reihe wird durch das gebildet, was man den administrativen Protektionismus nennen kann. Es sind die Dinge, die man nicht sieht und die doch Wirksamkeit erlangen, um ein Wort von Frédéric Bastiat anzuwenden, das gerade heute wieder sehr zeitgemäß ist. Es ist nicht das erste Mal, daß ein Krieg solche Tendenzen fördert. Nach den napoleonischen Kriegen war es nicht viel anders gewesen, daß die Staaten zu einer ausgesprochenen Förderung und Unterstützung der industriellen Entwicklung schritten.

Zu diesem administrativen Protektionismus sind eine Reihe von Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik zu rechnen. Da ist zunächst die Bevölkerungspolitik. Es ist im Grunde eine ganz neue Erscheinung, daß die Völker eine bewußte Bevölkerungspolitik

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Sinne der Abhaltung fremder und der Förderung eigener Volksgenossen treiben. Und zwar sind es gerade die demokratischen Staaten, bei denen das zutrifft: Kontingentierung der amerikanischen Einwanderung, fremdenfeindliche Abwehrpolitik Australiens selbst gegen das Mutterland, Erschwerung der Niederlassung etwa in der Schweiz und des Erwerbes von Grundbesitz in Japan und anderwärts; das sind die Mittel, um den eigenen Volksgenossen die Erwerbsmöglichkeiten zu sichern und unbequeme Konkurrenz abzuhalten. Freihandel setzt auch den freien Austausch von Arbeitskräften als selbstverständlich voraus. Es sind nicht zum wenigsten die Arbeiterklassen, die eine Drückung des Lohnes durch das Einströmen billiger Arbeitskräfte fürchten und darum diese Gegenmaßnahmen fördern. Dahin gehört ferner die ganze Tarifpolitik im Verkehrswesen, mag es Eisenbahn, mag es Schiffahrt sein. Sie war gewiß bereits vor dem Kriege stark protektionistisch; diese Tendenz hat indessen allenthalben zugenommen: Bevorzugung der heimischen Produktion und Benachteiligung fremder Einfuhr haben weites Ausmaß erlangt. England, das für dergleichen Maßnahmen besonders empfindlich ist, hat im Balfourbericht eine Menge von solchen Praktiken fremder Länder zusammengestellt.

Weiter gehört dahin die Methode der direkten Subventionen. Sie geschieht in der Form der Schiffahrtsprämien, der Kohlensubvention in Frankreich wie auch in England, der Kreditbewilligung zur Förderung der Ausfuhr, wie jetzt in Deutschland bezüglich des russischen Exportes. Es geschieht in der Form der Valorisationen etwa des Kaffees in Brasilien, des Kautschucks in England, oder der Bevorschussung der Ernte, zu der sogar die Vereinigten Staaten geschritten sind. Das System der direkten Unterstützungen hat allenthalben große Dimensionen angenommen und wird mit einer Art Selbstverständlichkeit von der Bevölkerung verlangt. Stärker vielleicht wirkt noch die Handhabung des Lieferungswesens. Keineswegs wird hier mehr so vorgegangen, daß der billigste Anbieter bevorzugt wird, sondern es erscheint selbstverständlich, daß die heimische Industrie den Zuschlag erhält. Man spricht in England mit Recht von „Sheltered industries", den geschützten Gewerben; sie sind es, auch ohne daß Zölle vorhanden sind. Dahin zählen vor allem die Rüstungsindustrien. Ich habe berechnet, daß in den fünf Großstaaten außer Deutschland die Ausgaben für Heer und Marine von 5,8 Milliarden vor dem Kriege auf 7,4 Milliarden in den letzten Jahren gestiegen sind —

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sehr erhebliche Aufträge also, die ganz zum besten der heimischen Produktion verwendet werden. Neuerdings haben auch die Aufträge für den Eisenbahnbau allenthalben zugenommen und geben der heimischen Wirtschaft starke Beschäftigung. In Indien ist ein eigenes Departement für Lokomotiv- und Eisenbahnbau errichtet worden, das nur heimische Produkte abnimmt.

Ein großes Ausmaß hat sodann die Schaffung und Förderung von nationalen Industrien erreicht. Die Ausnutzung der Wasserkräfte durch Übergang zur Elektrizitätswirtschaft wird in vielen Ländern vom Staate unternommen. Erzeugungsprämien für Eisen in Südafrika und Brasilien, Prämien auch in Japan für alle möglichen Industrien, Heranziehung fremden Kapitals in Indien und anderwärts sind Beispiele dafür. Ein großes protektionistisches Programm hat Spanien aufgestellt, um durch solche merkantilistischen Maßnahmen die Industrien zu fördern.

Endlich finden wir allenthalben eine ausgesprochene Devisen- und Kreditpolitik, die auf eine Manipulierung der Währung zur künstlichen Aufrechterhaltung des Wechselkurses hinausläuft und als selbstverständlich gilt. Selbst dort, wo man sonst staatliche Maßnahmen nicht wünscht, sind wenigstens diese Mittel ins Auge gefaßt. Den Beschluß dieser Politik bildet das Mittel der Konzessionierung im Auslande für die heimischen Erzeugnisse, bildet die Methode zur Zollverpfändung, die nicht mehr zu den Ausnahmen gehört. — Die Gesamtheit aller dieser Maßnahmen, die bisher von der Wissenschaft kaum voll erfaßt sind, ist bei weitem größer als man sich im allgemeinen vorstellt. Sie wirken unmittelbar und stark und entziehen sich jeglicher Beeinflussung durch internationale Abmachungen.

Welche sind die Gründe, die alle Länder, ganz gleich, welcher politischen Verfassung sie unterstehen, mehr oder weniger auf diese Bahn gedrängt hat? Drei Momente sind dafür ausschlaggebend. Einmal die Bevölkerungsfrage, das ist die Notwendigkeit für eine wachsende Menge Menschen Sorge zu tragen. Es ist das Problem für Italien und Polen, für Griechenland und Spanien, für Japan und Indien und nicht zuletzt für Deutschland. Ein höchst ernstes Problem, das fast mit Notwendigkeit zu dem Versuche einer Industrieschaffung drängt. Sodann aber sind es finanzielle Gründe; Steigerung der Steuerquellen setzt Steigerung des Reichtums voraus; dies ist wiederum erst durch die Entfaltung der Industrie möglich, wie schon

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Friedrich List gewußt hat. Endlich aber spielt offensichtlich die Manipulierung der Handelsbilanz und die Aufrechterhaltung der intervalutarischen Kurse eine Rolle. Gleich wie theoretisch eine solche Manipulierung zu beurteilen ist, es liegt zu nahe, die Einfuhr zurückzudrängen, als daß man nicht den Versuch machen sollte. So kommt man auf ganz verschiedenen Wegen und aus verschiedenen Gründen zu demselben Ziele des administrativen Protektionismus in allen Ländern.

4. Weit mehr fällt in die Augen und weit mehr besprochen wird in der Öffentlichkeit natürlich die Zollpolitik. Sie gilt als Weg des geringsten Widerstandes, um den auswärtigen Handel zu beeinflussen. Dabei braucht über die Mittel der Einfuhrbeschränkungen und Einfuhrverbote, der Kontingentierungen wie der Ausfuhrverbote hier nicht besonders gesprochen zu werden, da sie in der Hauptsache nur Verlegenheitsmaßnahmen der Übergangszeit darstellen. Sie sind zum guten Teil als Wirkung der Inflation und deren Rückdrängung zu betrachten und werden mit dieser wieder verschwinden. Wichtig vor allem aber ist die Gestaltung der Industriezölle; sie werden sehr leicht in den Dienst eines Schutzes der nationalen Arbeit eingestellt. Dabei können wir offensichtlich einen Funktionswechsel und eine Funktionshäufung der Zölle wahrnehmen, die in dieser Weise vordem nicht vorhanden waren.

Stark in den Vordergrund getreten ist bei den Zöllen der finanzielle Zweck. Ein großer Teil der Staaten befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten, die Einnahmen um jeden Preis nötig machen. Dafür gelten nun die Zölle als ein sehr bequemes Auskunftmittel. Ich habe mir nach dem Memorandum des Völkerbundes die Einnahmen aus den Zöllen für eine Reihe von Staaten zusammengestellt. Sie betrugen in den letzten Jahren für Deutschland und Frankreich je 8%, für die Vereinigten Staaten 13, Dänemark und Schweden 15 bzw. 18, Südafrikanische Union 21, für die Schweiz 30, für Finnland gar 35%. Es spielen aus diesem Grunde auch die reinen Luxuszölle eine nicht geringe Rolle, die gar nicht Schutzcharakter tragen. Es handelt sich nicht um eine theoretische Rechtfertigung der Politik, die gewiß höchst zweifelhaft ist, sondern um die Erklärung der Motive. Und hier ist eben der finanzielle Zweck, der sich auch in der verschiedenen Abmessung der Zollhöhe zeigt, sehr wesentlich. Daß dadurch die Kaufkraft der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konsumenten zugunsten der Staatskasse geschmälert wird, leuchtet ein, ebenso daß die Aufnahmefähigkeit der Länder leidet.

Nicht minder hat aber der Erhaltungszweck eine ungeahnte Bedeutung erlangt. Es besteht allgemein der Zusammenhang zwischen Depression und Schutzzollbewegung. Man empfindet in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, wo die Kaufkraft geschwächt ist, eine fremde Einfuhr, die sonst glatt aufgenommen wird, als besonders lästig und sucht sie abzuwehren. In der Deflationskrise tritt das bedeutsamst hervor. Hand in Hand damit hat dieser Erhaltungszoll noch die besondere Färbung eines Kapitalschutzes angenommen. Gerade die Industrien mit hohem festen Kapital brauchen eine volle Ausnutzung der Apparatur, weil sie keineswegs so leicht umgestellt werden kann, wie das die klassische Theorie annahm. Charakteristisch dafür erscheint die englische „Safeguarding of Industries Act" gegen „ruinösen" Auslandswettbewerb, „ruinös" nämlich gegenüber dem Kapital. Die teilweise Abkehr Englands vom Freihandel wird damit begründet. Der Zusammenhang zwischen Zollpolitik und Kartellwesen springt deutlich in die Augen. Der Zoll soll eine Art Risikoversicherung darstellen und ähnelt darin den Kartellen. Eins scheint mir dabei besonders bedeutsam: die Arbeiterschaften der Industriestaaten bekämpfen gerade diesen Schutz nicht, sondern billigen ihn, wie in den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Australien.

Eine neue Wendung hat auch der Erziehungszweck der Zölle erfahren. Dazu ist der Listsche Gedanke allenthalben aufgegriffen. Wir wollen jedoch festhalten, daß List nur gewisse Völker für geistig und qualitativ geeignet zur Industrieschaffung hielt. Nun versuchen jedoch sämtliche Staaten, wenn irgend möglich, eine Erziehung zur Industrie durchzuführen. Es kommt ihnen dabei die moderne Technik nicht wenig entgegen. Denn die Bodenständigkeit eines Gewerbes ist gerade durch die moderne Krafttechnik weniger gebunden als früher. Wasserkräfte und Erdöle machen von dem Kohlevorkommen unabhängig. Anderseits wird die Ausnutzung der heimischen Bodenschätze für die Mehrzahl der Länder aus den oben gegebenen bevölkerungspolitischen und finanziellen Gründen eine Notwendigkeit. So sucht in den Balkanstaaten wie vor allem in den englischen Kolonien, sucht in Südamerika wie Ostasien der Wille der Staatsmänner die eigene Produktivkraft zu erschließen. Ob es gelingen kann, hängt freilich nicht von dem bloßen Willen der Staatsmänner, sondern entscheidend von anderen Faktoren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ab. Aber Gelingen und Mißlingen läßt sich keineswegs mit Sicherheit im voraus bestimmen.

Endlich der Zweck des Ausgleiches von Kostendifferenzen. Also jene Theorie, die Richard Schüller in einer geistvollen Jugendarbeit, an der er vielleicht auch heute noch festhält, zu begründen unternahm. Der Gedanke des Ausgleiches hat in der Gegenwart wiederum besondere Formen angenommen. Da ist einmal der allbeliebte Vorwand des Dumpings, mag es auf der Valuta, mag es auf der Politik privater Organisationen beruhen. Vor allem ersteres spielt in der Begründung eine außerordentlich große Rolle. Wiederum interessiert uns nicht, ob denn diese Begründung haltbar ist: sie erscheint mindestens sehr plausibel, um einen Ausgleichzoll durchzusetzen. Sodann gewinnt der Gedanke der Vorbelastung durch Steuern und soziale Aufwendungen an Wichtigkeit. Es ist dabei das Eigentümliche, daß jedes Land sich als „vorbelastet" und als höchst besteuert betrachtet. An sich schwer zu rechtfertigen, da man oft genug ein schlechtes Steuersystem durch ein nicht minder schlechtes Zollsystem wett machen will. Denn die Ursachen der Kostendifferenzen bleiben so schwer feststellbar, daß sie nicht durch eine einfache Formel lösbar sind. Endlich das Moment des Lohndruckes gegen ausländische billige Arbeitslöhne. Dieses Argument ist beispielsweise für die Vereinigten Staaten von ausschlaggebender Bedeutung; aber es verfängt auch anderwärts. Es scheint mir bedeutsam, daß die Arbeiterschaften der Industriestaaten häufig hinter diesen Maßnahmen stehen, die sie gerade als einen „Schutz der nationalen Arbeitskraft" auffassen.

Aus dieser ganzen Zollpolitik ergibt sich die gegenseitige Abschließung der Länder voneinander, es ergibt sich auch die Schwierigkeit, größere Wirtschaftsgebiete zu schaffen, wie das englische Imperium oder gar die europäische Zollunion.

5. Gegenüber dieser starken Phalanx von abschließenden Tendenzen erhebt sich fast mit einer inneren Notwendigkeit die Gegentendenz, die wiederum auf einen freieren Verkehr und damit auf eine Solidarität der Völker hinauskommt. Wir können dabei zweckmäßig zwei Reihen unterscheiden: einmal die privaten Interessen, die ganz von Gewinnabsichten geleitet sind und sich doch, wenn wir uns so ausdrücken wollen, in den Dienst der höheren Idee stellen. Sodann aber die zwischenstaatliche Politik, die wir als „administrativen Liberalismus"

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bezeichnen können. Wir verfolgen zunächst die erste Reihe von Vorgängen.

Da sind grundlegend zunächst die internationalen Kapitalverflechtungen. Harms hat auf dieses Moment bereits hingewiesen und Angaben gemacht. Ich möchte ein paar Ergänzungen hinzufügen. Ich schätze die Kapitalanlagen der europäischen Gläubigerländer vor dem Kriege auf 150 Milliarden, die zumeist in Übersee angelegt waren und sich jährlich um etwa 10 Milliarden vermehrten. Ungefähr ein Sechstel des internationalen Handels beruhte direkt auf Zinsbezahlung, die Europa zugute kamen. Aber die Bedeutung der Kapitalsänderungen ging doch viel weiter. Denn die Anlage neuer Kulturen der extensiven Landwirtschaft konnte nur durch Kapitalinvestierung erfolgen; ebenso die Aufnahmefähigkeit fremder Staaten, die ohne Kapitalaufnahme gar nicht Nachfrage nach europäischen Waren hätten entfalten können, auch die Ausdehnung des Verkehrswesens. Gewiß ist hier wie überall eine starke Unterbrechung eingetreten; das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner hat sich, wie Harms hier ausgeführt hat, vollständig umgedreht. Einen Teil der Weltwirtschaftskrise führe ich auf die mangelnde Kapitalbildung zurück. Statt der 10 Milliarden, die vor dem Kriege jährlich neu investiert werden konnten, waren es 1920 bis 1922 jährlich nur 5, 1923 bis 1925 jährlich nur 7 Milliarden. Immerhin veranschlage ich die langfristigen Kapitalwanderungen der letzten drei Jahre, die allein von England und den Vereinigten Staaten getragen wurden, auf etwa 17 Milliarden Reichsmark.

Mindestens ebenso groß, wenn nicht größer, sind die kurzfristigen Kredite, die von den Vereinigten Staaten, aber auch von England und Holland eingeräumt werden. Nicht nur Kreditierung von Rohstoffen an industrielle Unternehmungen sowie Bevorschussung von Einfuhren, sondern auch Modernisierung der Bodenkultur und gewerblicher Anlagen geschieht in weit größerem Umfange, als ehedem auf diese Weise. Nun ist es ohne weiteres deutlich, daß diese internationalen Kapital- und Kreditverflechtungen die aufgerichteten Schranken sprengen müssen. Man kann nicht fremde Gelder in Anspruch nehmen und sich gleichzeitig auf die nationale Wirtschaft beschränken. Das konnte Rußland so wenig vor dem Kriege, wie es jetzt die kreditsuchenden Länder vermögen. Das sind aber die allermeisten. Wer einmal vom Finanzkapitalismus gefressen hat, der ist unrettbar auf Gedeih und Verderb

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Verflechtung mit den anderen Ländern verfallen. Aus dieser Umklammerung gibt es keinen Ausweg. Autokratismus wie Nationalismus und gleichzeitig Inanspruchnahme fremden Kapitals sind eine unvereinbare Antinomie.

Nach anderer Richtung wirken die internationalen Verbände. Sie waren schon vor dem Kriege zahlreich vorhanden und haben jetzt Erneuerung erfahren. Das für uns Wesentliche ist das Bewußtwerden von Weltwirtschaftsvorgängen, die sich nicht mehr national behandeln lassen. Denn während alle Handelsverträge notwendigerweise nur zwischen zwei Ländern abgeschlossen werden, beziehen sich diese internationalen Verbände immer auf mehrere Staaten. Wir werden gewiß die Bedeutung im einzelnen, so weit es Fertigfabrikate betrifft, nicht überschätzen dürfen, da sie doch im Verhältnis zur Gesamtheit nur wenige Dinge betreffen. Bedeutsamer können die Verbände der Halbfabrikate werden, wie der neue Eisenpakt, der eine Produktionskontingentierung vorsieht und dadurch die einzelnen Wirtschaften international beeinflussen wird. Bedeutsam bleibt auf jeden Fall das Prinzip der Sprengung der nationalen Fesseln und des Versuches internationaler Abreden.

Wichtiger noch als diese sind vielleicht die internationalen Vorgänge auf dem Rohstoffmarkt. Es bilden sich internationale Rohstoffmonopole, wie Harms das für Kautschuk und Erdöl ausgeführt hat. Die Zahl der Waren, die monopolistisch beherrscht sind, wird immer größer und ist heute schon eine stattliche. Auch hier ergibt sich die Notwendigkeit internationalen Verkehrs von beiden Seiten. Einmal die Beteiligung internationaler Finanzgruppen an der Ausbeutung dieser Monopole, mit der immerhin ein nicht geringes Risiko verbunden ist. Anderseits gerade die Notwendigkeit des internationalen Absatzes auf breiterer Grundlage. Hinzutreten würden als internationale Vorgänge, die eine liberalere Richtung kennzeichnen, die Wanderungen und Bevölkerungsvorgänge. Aber wir sahen, daß diese einstweilen ausscheiden und ganz in die nationale Politik eingeordnet sind. Jedoch auch ohne dies sehen wir die privaten Interessen mit Macht am Werke, um neue und starke internationale Verflechtungen herbeizuführen: ihre Tragweite kann nicht leicht unterschätzt werden.

6. Wir dürfen indessen auch die politische Einstellung, die wir als „administrativen Liberalismus" bezeichneten, nicht aus den Augen lassen. Da würden zuerst jene Maßnahmen in Betracht kommen, die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man gern als „Zwischenlösung" bezeichnet, also die Schaffung großer zwischenstaatlicher Freihandelsgebiete. Das englische Imperium, der panamerikanische Kontinent und neuerdings die viel erörterte europäische Zollunion. Sie sollten den Anfang einer ganz freiheitlichen Handelspolitik darstellen, indem sie im Innern dieser großen Gebiete der Zölle niederlegt. So stellt man sich gern auch den Zusammenschluß der „Europäischen Zollunion" vor[1]. Aber gerade diese sogenannten Zwischenlösungen haben in der Gegenwart kaum Aussicht auf Verwirklichung. Dazu sind die nationalen Bestrebungen, wie wir ausführten, viel zu stark; sie sprengen im Gegenteil die angeblich drohenden Wirtschaftsimperien. Schon als Friedrich Naumann die Diagnose nach dieser Richtung stellte, waren sie eine Velleität, das ist sehr richtig übersetzt, „kraftloses Wollen". Heute vollends erscheinen sie als ein Anachronismus; ich vermag sie darum nicht unter die „Ideen", wie ich sie anfangs formuliert habe, zu rechnen, so viel sie auch rein literarisch von sich reden machen. Der Zusammenschluß aber Deutschlands und Österreichs wird ein solcher politischen Wollens und nicht der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit sein. Ist jener stark genug, so müßte es auch dann erfolgen, wenn wirtschaftliche Bedenken vorhanden wären.

Bedeutsamer erscheint schon die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Völker, die in den zahlreichen Abmachungen über Verkehrswesen, über Rechtsfragen, über Paßerleichterungen, Annäherung der Zollschemata und anderes getroffen werden. Hierhin zählt auch der Gedanke des Kollektivvertrages, den Riedl in die Debatte geworfen hat, ohne daß schon seine Vorschläge mir technisch durchführbar erscheinen. Kein Zweifel, daß hierin eine Wiederaufnahme weitgehender Verständigungen, die vor dem Kriege vorhanden waren, liegt. Sie bewegen sich ganz im Sinne der Annäherung und einer liberaleren Wirtschaftspolitik. Der administrative Liberalismus kann gewiß nicht Wunder schaffen. Er fördert aber doch die internationale Solidarität wesentlich, und befindet sich von neuem allenthalben in Zunahme.

Stärker als diese Maßnahmen wirkt die Meistbegünstigung. Sie hat dadurch ein neues Gesicht erhalten, daß die Vereinigten Staaten gewiß aus innerer Notwendigkeit zum ersten Male von ihrem alten

[1] Über den Gedanken habe ich mich ausgesprochen 1) Pan-Europa in „Werden der Weltwirtschaft", Berlin 1926, S. 227 ff.; 2) Gegen die Idee einer Europ. Zollunion in dem Sammelwerke von Heimann, Berlin 1926, S. 113 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Prinzipe der Reziprozität abgewichen und zur Meistbegünstigung übergegangen sind. Das scheint mir bahnbrechend und ausschlaggebend und wird zwangsläufig die übrigen Länder, die an die Weltwirtschaft angeschlossen sind, zur Nachahmung zwingen. Ich kenne die Einwände, die man gegen die Meistbegünstigung vor allem auch in Österreich erhebt. Aber sie wiegen nicht schwer genug, um nicht ihre Durchführung als einen Weg zur internationalen Verständigung zu begrüßen. Der Haupteinwand, den die Gegner erheben, ist doch der, daß sie Sonderabmachungen zwischen zwei Ländern verhindert. Aber solche Sonderabmachungen sind bei der internationalen Verflechtung eben nicht mehr möglich, da sich die Beziehungen nicht isolieren lassen; hier führt die Meistbegünstigung direkt zu einer Annäherung der Völker. Übrigens muß der dauernd wiederholten Behauptung entgegengetreten werden, als wenn die Balkanisierung Europas der Hochschutzzollbewegung günstig wäre. Das ist eine ganz hinfällige Behauptung. Kleine Länder können sich den Luxus der Abschließung und des Autarkismus nur in sehr geringem Maße leisten. Es sind immer nur die großen Staaten, die versuchen, möglichst unabhängig vom Auslande zu werden, was die kleineren, wie Holland, Belgien, Schweiz und Dänemark schon wegen des Durchgangsverkehrs gar nicht vermögen. Es ist reichlich gedankenlos, zu glauben, daß die neuen Oststaaten etwa höhere Zölle sich leisten könnten wie die beiden verflossenen Kaiserreiche. Das Gegenteil ist der Fall.

Schließlich wirkt noch eine Maßnahme stark nach der Richtung einer Annäherung der Wirtschaften; das ist der Übergang zur Goldwährung. Der Protektionismus ist teilweise als eine Folge der Inflation und des Valutadumpings zu betrachten. Von einem wirklichen internationalen Verkehr kann erst bei stabilen Währungen die Rede sein. Der Übergang zur Goldwährung, den alle Länder erstreben, bedeutet demnach stärkste internationale Annäherung. Denn er schafft Ausgleich der Preise und Annäherung der Preisniveaus und ermöglicht einen vereinfachten Mechanismus des Zahlungsausgleiches. Erst die Goldwährung ist die Bedingung eines reibungslosen Funktionierens der Weltwirtschaft. Die Bestrebungen, die allenthalben dahin gemacht werden, sind unbewußt, vielleicht sogar gegen die Absicht der Urheber ein Weg zu diesem Ziele der wirtschaftlichen Solidarität. — Diese Vorgänge und Maßnahmen, die ich kurz aufzuzeichnen versuchte, sind gewiß nicht so repräsentativ und in die Augen fallend, wie die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nationalstaatlichen Maßnahmen der entgegenstehenden Tendenz. Sie sind darum nicht minder wirksam und schaffen Brücken und Verbindungen, die unauflöslich die Völker wirtschaftlich miteinander verbinden.

7. Nachdem wir so den Schematismus der Maßnahmen kennengelernt, erhebt sich für uns natürlich die entscheidende Frage: welches denn die Wirkung auf die Wirtschaftsstruktur der Völker, und was uns im besonderen interessiert, auf den internationalen Warenaustausch eigentlich ist. Die Beantwortung der Frage, die im Mittelpunkt unserer Erörterung stehen muß, stößt auf nicht geringe Schwierigkeiten. Ich sehe davon ab, auf die Meinung der Politiker, für die Freihandel oder Schutzzoll ein Glaubensbekenntnis ist, näher einzugehen. Sie pflegen ihre Thesen zu deduzieren, ohne auf die Komplikation der Verhältnisse einzugehen. Ebenso wenig kann uns das Urteil der Praktiker nützen, die selbstverständlich nur die nächstliegenden Dinge sehen und sie auf gewisse politische Maßnahmen zurückführen, ohne über die Zusammenhänge sich Rechenschaft zu geben. Auch die Methode, nur in einzelnen Gewerbezweigen die Wirkungen demonstrieren zu wollen, ist ohne Bedeutung. Es kommt volkswirtschaftlich nicht auf den einen oder anderen Industriezweig, sondern gerade auf die Gesamtheit der Wirkungen an. Es kann sehr wohl hier ein Schaden auftreten, der auf der anderen Seite durch Vorteile mehr als aufgehoben wird. Zu Worte kommen aber natürlich stets nur die Geschädigten, während die weltwirtschaftliche Umstellung gerade andere Gewerbe oft in die Höhe bringt. Als Maßstab der Wirksamkeit (efficiency) dieser ganzen Politik scheint mir das „Handelsvolumen" der Weltwirtschaft am geeignetsten zu sein.

Wenn wir nach den Berechnungen des Völkerbundes wie den Nachprüfungen des Reichsstatistischen Amtes das gesamte Handelsvolumen der Vorkriegszeit mit dem der beiden letzten drei Jahre vergleichen, so ergibt sich ein dreifaches: einmal hat äußerlich der Umfang des Handelsvolumens die alte Höhe fast wieder erreicht. Das bedeutet, wenn wir sie auf Vorkriegswerte zurückführen, daß das Handelsvolumen um etwa den dritten Teil zurückgegangen ist. Endlich bemerken wir deutlich einen Rückgang des Anteils Europas auf Kosten des Wachsens Amerikas und Ostasiens. Die wichtige Frage bleibt also, auf welche Momente ist das zurückzuführen?

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Um den Einfluß einzelner Faktoren beurteilen zu können, erscheint es nötig, sich vorher klar zu werden, wovon denn überhaupt die äußeren Handelsbeziehungen der Länder abhängen. Wir können dabei aktive und repressive Faktoren gegenüberstellen, die Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit der Länder bedingten. Wesentlich sind natürlich die aktiven Faktoren. Das sind: Größe und Wachstum der Bevölkerung, die zunächst entscheidend den Einfuhrbedarf beeinflussen. Sodann der Reichtum des Landes, das ist die Kaufkraft der Bevölkerung. Sie hängt selbst wiederum von mehreren inneren Momenten ab, unter denen der Ernteausfall nicht gering zu veranschlagen ist. Sie zeigt, warum ein Land von der Größe Indiens trotzdem nur sehr geringe Aufnahmefähigkeit für fremde Erzeugnisse hat. Höchst bedeutsam ferner ist die Verfügung oder das Fehlen von Bodenprodukten, mögen es Nahrungsmittel oder Rohstoffe sein. Ein Land, das beides hat, wird weniger fremde Waren bedürfen als ein solches, wo sie fehlen, oder wo eine Verknappung an bestimmten Bodenproduktion eintritt. Wesentlich ist aber weiter der Grad der industriellen Entwicklung. Denn zugleich mit dieser entfaltet sich der Reichtum und damit ein gesteigerter Bedarf nach fremden Erzeugnissen. Es ist die Ursache, warum gerade industriell fortgeschrittene Länder auch gewisse Fabrikate einführen, die Agrarländer gar nicht benötigen. Sodann kommt die Kapitalbildung bezüglich die Kreditfähigkeit eines Landes stark in Betracht. Dort, wo diese Kapitalbildung reichlich von statten geht, oder wo anderseits Kredit vorhanden ist, wird die Einfuhr zunehmend bestimmte Richtungen einschlagen, während sie anderwärts fehlt. Endlich sind es die übrigen Momente der Forderungsbilanz, die eine Einfuhr ermöglichen oder erschweren und anderseits die Ausfuhr bestimmen. Mögen die Forderungen aus Vermittlergewinn, aus Kolonialtributen, aus Frachtenverdienst entspringen.

Diesen aktiven Faktoren, denen elementare Bedeutung zukommt, stehen die „repressiven", wie ich sie nennen möchte, entgegen. Diese vermögen eventuell die Einfuhr zu verkleinern oder sie können jene aktiven Faktoren ihrerseits beeinflussen. Aber es würde verhängnisvoll sein, wie es so leicht geschieht, lediglich diese letzteren allein zu betrachten, und dabei die eigentlichen treibenden Kräfte zu übersehen. Man ist so leicht geneigt, alle möglichen Wirkungen auf die Zollpolitik

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu schieben, die sie nach unseren Ausführungen doch nur im kleinsten Maße haben können.

Ein Urteil darüber, wie weit die Einschränkung des Handelsvolumens auf die repressiven Faktoren der Handelspolitik zurückzuführen ist, läßt sich nur schwer gewinnen. Rein deduktiv kann man die Behauptung wegen der Komplexität der Vorgänge und der Interdependenz der Preise nicht beweisen. Man darf es um so weniger, weil die bloßen Zollsätze nur dann überhaupt Bedeutung erlangen, wenn man sie in Beziehung setzt zu den Preisen der Waren. Wenn also die Zollsätze der Nachkriegszeit allenthalben eine Erhöhung erfahren haben, so fragt es sich, ob sie stärker gewachsen sind als die Preiserhöhung. Nur dann würden sie spezifisch eine Verursachung für die Abnahme des Handelsvolumens darstellen. So weit ich sehe, liegt bisher nur eine wirkliche Untersuchung dieser Art vor, das ist der englische Balfourbericht; dessen Ergebnis ist nun höchst wichtig. Es zeigt sich bei einer genauen Untersuchung, daß die Zollbelastung der englischen Ausfuhr in fremde Länder gegenüber der Vorkriegszeit nicht größer, sondern kleiner geworden ist: im Durchschnitt trägt die Zollbelastung der englischen Ausfuhr 17 anstatt 23% vor dem Kriege! Das bezieht sich auf den Durchschnitt. Es schließt natürlich ein, daß in einzelnen Ländern tatsächlich die Belastung größer geworden, daß anderseits auch einzelne Warengruppen stärker betroffen werden. Dieses Ergebnis ist mit allem Nachdruck hervorzuheben, weil hier zum ersten Male eine wirkliche Untersuchung und nicht gut gemeintes „Sentiment" vorliegt.

Mit sehr unzureichenden Mitteln und, wie ich mir bewußt bin, noch in unzureichendem Maße, habe ich selbst versucht, was die deutsche Ausfuhr anbetrifft, ähnliche Ermittlungen anzustellen. Das Ergebnis ist, daß die deutsche Ausfuhr unterschiedlich belastet wird. Einzelne Industriezweige, wie etwa die chemische Industrie sind tatsächlich von der Erhöhung der Zölle betroffen. Aber im ganzen komme einstweilen auch ich zu dem Ergebnis, daß die Zollpolitik nicht für das Einschrumpfen des Handelsvolumens im ganzen verantwortlich gemacht werden kann. Bestätigt wird dieses Ergebnis noch durch einen anderen Umstand. Wenn nämlich die amerikanische Ausfuhr auf Kosten der europäischen gewachsen ist, so zeigt das deutlich, daß die Zunahme der ersteren durch die Zollpolitik jedenfalls nicht gehindert worden ist. Das erscheint schlagend. Der Rückgang der europäischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausfuhr erfolgt zwangsläufig aus der Verminderung der Aufnahmefähigkeit Europas. Diese selbst ist zum guten Teil auf die mangelnde Kapitalbildung und die geschwundene Auswanderung europäischer Kapitalien zurückzuführen. Es trägt also die Verschlechterung der aktiven Faktoren, wie ich sie nannte, die Schuld an dem Rückgang des Außenhandels der Welt. Auch die Balkanisierung Europas, das führten wir schon aus, kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Vielmehr ist es der Rückgang der realen Kaufkraft, verbunden mit einer Steigerung der Produktionskosten, die Stockung und Verknappung der Kapitalbildung, der Ausfall Osteuropas, wie die Währungszerrüttung in europäischen Staaten, die das herbeigeführt haben. Das Ergebnis erscheint wichtig genug.

8. Aber hat denn nun nicht die Neuindustrialisierung der Erde, die gerade als Folge des administrativen Protektionismus sich darstellt, zu einer allgemeinen Verdrängung der Ausfuhr und Erniedrigung der Einfuhr geführt? Hat nicht also doch der nationale Wille zur Verselbständigung der Wirtschaften es vermocht, die weltwirtschaftlichen Beziehungen zu verringern und damit den Außenhandel zurückzudrängen? Ist das „Sinn und Vernunft" der Handelspolitik gewesen? Es bleibt die letzte Frage, die uns noch zu beschäftigen hat.

Ökonomisch gesprochen ist dies die Frage nach dem Verhältnis vom Innenmarkt und Außenhandel. Wir können sagen, daß zwei Ideen um den Einfluß darauf ringen. Einerseits die Idee der nationalen Wirtschaft. Sie drängt dahin, die Produktivkräfte zur höchsten Entfaltung zu bringen. Die Rationalisierung der Wirtschaft, die in der Gegenwart Trumpf scheint, kommt dem in weitem Maße entgegen. Die Manipulierung des Außenhandels scheint ganz auf dieser Linie zu liegen. Kein Zweifel, daß dadurch die nationalen Energien aufs stärkste entfaltet und mächtig angeregt werden. Das gilt besonders von den jungen und unentwickelten Ländern; doch aber, wie wir sahen, aus notwendigen Gründen auch von den älteren, die gewisse Zweige der Industrie fördern. Es ist zuzugeben, daß die „natürliche Arbeitsteilung", von der die Klassiker gern sprachen, nur zum kleinen Teile in Wirklichkeit besteht. Sie träfe nur auf einen statischen Zustand zu; es handelt sich aber um ein Problem der Dynamik. Ein großer Teil der früheren Industrieentwicklung war nur auf einer sehr künstlichen Grundlage aufrecht zu erhalten. Sie ruhte keineswegs auf einer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„natürlichen“ Arbeitsteilung, sondern höchstens auf einer historischen Überlegenheit. Wenn aber ältere Staaten ohne große Bodenständigkeit trotzdem zur Entfaltung ihrer Industrien gelangt sind, so läßt sich ein ähnlicher Vorgang bei anderen Ländern nicht von vornherein als abwegig von der Hand weisen.

Es kann gar kein Zweifel sein, daß nicht wenige dieser nationalwirtschaftlichen Bestrebungen in die Irre gehen; viele Versuche müssen wieder aufgegeben werden. Denn nicht allein der nationale Wille entscheidet, sondern Fähigkeiten der Bevölkerung, Vorhandensein oder Gewährung von Kapitalien und vor allem auch hinreichende Zeit zur Entwicklung. Trotzdem ist ohne weiteres zuzugeben: nach der Seite der Ausbildung lokaler Gewerbe des Alltagsbedarfes, sowie der Ausnutzung spezifischer Kräfte und Bodenvorkommen werden die nationalwirtschaftlichen Bestrebungen oft genug von Erfolg begleitet sein. Das läßt sich bereits bisher übersehen und ist noch mehr für die Zukunft zu erwarten.

Also scheint es doch möglich, einzelne Volkswirtschaften durch den bewußten Willen der Idee, entscheidend von der Verflechtung in die Weltwirtschaft abtreiben zu können? Wie aus allen bisherigen Darlegungen hervorgeht, wäre das ein völliger Irrtum: das Gegenteil suchte ich aufzuzeigen. Denn es besteht das, was wir das „Gesetz der Kapazität“ nennen können. Jedes Land verfügt nur über eine begrenzte Menge von Produktionsmöglichkeiten, und sei es auch das reichste. Das heißt, einer der Produktionsfaktoren wird im Verhältnis zu der Entwicklungsmöglichkeit immer relativ knapp sein. Das gilt in der Gegenwart sogar von den Vereinigten Staaten. Es scheint mir geflissentlich übersehen zu werden, daß ihre Einfuhr seit der Vorkriegszeit noch einmal so viel wie ihre Ausfuhr gestiegen ist, weil auch dieses gesegnete Land gewisse Materialien nicht in ausreichendem Maße besitzt. Die Folge ist, daß schon aus diesem Grunde sich die Solidarität der weltwirtschaftlichen Interessen mit Notwendigkeit durchsetzen muß. Gerade wenn die Länder sich weiter industrialisieren, steigt der Bedarf an nicht vorhandenen Materialien der einen oder anderen Art. Mithin Zunahme der internationalen Verflechtungen gerade durch die Verbreiterung der nationalen Grundlagen.

Die Neuindustrialisierung der Erde schafft damit gerade für die älteren Staaten neue Möglichkeiten des Absatzes und der Ausfuhrentfaltung. Die jungen Länder beschränken sich auf grobe Massen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

waren; ihr erstarkender Reichtum schafft in steigendem Maße Bedürfnisse nach Qualitätswaren, die von den älteren Industriestaaten allein befriedigt werden können. Sodann bleibt jedoch durch die Entfaltung einzelner Gewerbe eine steigende Nachfrage nach Ausrüstungswerken und Produktionsmitteln im Werden, die nicht schon von den jungen Industriestaaten erfüllt werden können. So erweist sich eine neue Arbeitsteilung auf erweiterter Stufenleiter als notwendig. Sie ist ein dynamisches Problem: das kann niemals absolut gelöst werden, da es stets unter neuen Bedingungen auftritt. Vielmehr bleibt es eine dauernde Aufgabe, sich den veränderten Bedürfnissen anzupassen und eine Umstellung vorzunehmen.

Die Entfaltung der nationalen Wirtschaften wird so nur möglich durch gleichzeitige und stärkere Beteiligung an der Weltwirtschaft. Es ist die Tragik des nationalen Willens, daß er ohne die Solidarität der Weltwirtschaft die produktiven Kräfte gar nicht zur Entfaltung bringen kann. Die Weltwirtschaft umgekehrt hat zur Voraussetzung ihres Wachsens, daß die nationalen Wirtschaften zur vollen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Energien gelangen. Nicht die Zurückhaltung, sondern die Entfaltung der produktiven Kräfte der Nationen erhöht die weltwirtschaftliche Kapazität. Es ist die historische Aufgabe des Kapitalismus, die Entfaltung aller noch unausgelösten Kräfte zugleich mit und durch die Internationalität zu bewirken. Darüber mögen noch Generationen vergehen, da große Kontinente den Anschluß an die Weltwirtschaft erst zu vollziehen haben. Erst wenn diese Aufgabe des Kapitalismus erfüllt ist, mag er sich zu seinen Vätern versammeln und einem anderen Wirtschaftssystem Platz machen.

Die Aufgabe der europäischen Staatsmänner ist darum in der Zukunft eine besonders schwierige. Sie haben in dem Kampfe der Interessen notwendigerweise die Gegenwartsaufgaben zu erfüllen und sie zu lösen, vor allem dann, wenn das parlamentarische System dauernd die Wahrnehmung dieser Interessen verlangt. Gleichzeitig aber muß er die Wirtschaft auf die Umstellung der neuen Bedingungen fähig machen. Die kapitalistische Wirtschaft hat bisher in einer Art Selbststeuerung die Anpassung an die neuen Strukturbedingungen der Weltwirtschaft, wenn auch unter Zuckungen und Schmerzen, vollzogen. Diese Umstellung kann durch die Politik gefördert und gehemmt werden. Sie kann eine richtige, und sie kann eine falsche Weichenstellung geben, um die notwendigen Anpassungen zu vollziehen. Wenn ich ein Bild,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Harms vorher angedeutet hat, fortführen soll, so möchte ich sagen: in dem großen Konzerte der Weltwirtschaft hat jedes Volk sein eigenes Instrument zu spielen, damit es zur Geltung seiner Eigenart gelangt. Aber es hält nun außerordentlich schwer, daß die Instrumente richtig aufeinander abgestimmt werden, damit ein Zusammenklang zustande kommt, da eben der Kapellmeister für diese Weltwirtschaft fehlt und fehlen muß.

So sind Nationalität und Solidarität tatsächlich die beiden Pole, um die sich die handelspolitischen Probleme der Nachkriegszeit drehen. In diesem gegenseitigen Sichbedingen und Bedrängen liegt das, was ich zusammenfassend die „Vernunft in der Handelspolitik" nennen möchte: höchste Entfaltung der nationalen Energien kann nur geschehen durch das dauernde Abhängigerwerden von den weltwirtschaftlichen Beziehungen. Beide Tendenzen bedingen einander und sind ohne das andere gar nicht zu denken. Es sind die beiden Pole, die in den Worten Friedrich Lists zusammengefaßt sind, die er als Motto seinem nationalen System vorangesetzt hat:

Sowohl das Vaterland als auch die Menschheit.

(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wieder glaube ich in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich Herrn Professor Eulenburg unseren herzlichsten Dank für seine Ausführungen sage, die er uns in sprühender Lebendigkeit vorgetragen hat. Wie zwei tragende Pfeiler eines Gedankenbaues von seltenem Reichtum erscheinen uns die beiden Referate, die wir heute gehört haben. Wenn wir ursprünglich daran dachten, die Diskussion noch am Vormittag beginnen zu können, so glaube ich, daß unserer geistigen Leistungsfähigkeit durch die Ausführungen, die wir jetzt gehört haben, bereits das Größte zugemutet worden ist. Wir wollen daher jetzt die Pause eintreten lassen. Ich darf bitten, um 3¼ Uhr wieder möglichst zahlreich zu erscheinen.

Schluß der Vormittagssitzung: 1½ Uhr nachmittags.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erster Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender: Ich eröffne von neuem die Sitzung. Wir wollen in die Diskussion eintreten.

Ich darf zunächst das Wort geben Herrn Sektionschef Professor Dr. Schüller.

Sektionschef Professor Dr. Schüller: Meine Damen und Herren! Die beiden Referate, die wir heute Vormittag gehört haben, waren so blendend vielseitig und so temperamentvoll, daß ich das Bedürfnis empfinde, nüchtern zu versuchen, was ich, aus diesen beiden Referaten zusammenfassend, für die Beurteilung der herrschenden Wirtschaftskrise entnehmen kann. Professor Harms hat ein prachtvolles Bild der Möglichkeiten, ja der Wahrscheinlichkeiten der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und des Welthandels entworfen und mit Recht hinzugefügt, das Schicksal Europas hänge eben davon ab, ob Europa an dieser künftigen Entwicklung seinen Anteil hat. Eulenburg hat ausgeführt, daß gegenwärtig der Welthandel seinem Volumen nach ungefähr um ein Drittel geringer sei als vor dem Kriege. Ich glaube, er hat sich da geirrt; aber das ändert an der Richtigkeit seiner Konklusionen nichts. Nach den Statistiken des Völkerbundes über den Welthandel ist derselbe vom Jahre 1913 auf 1924 dem Werte nach von 37 auf 52 Milld. Mark gestiegen. Wenn man mit einer 40 % igen Preissteigerung rechnet, dann wäre der Welthandel ungefähr so groß, wie vor dem Kriege. Es ist so, daß durch den Krieg ein Rückgang des Welthandels eingetreten ist, und man hat dann zehn Jahre gebraucht, um wieder dort zu sein, wo man vor dem Kriege war. Das Volumen ist also ungefähr dasselbe; der Anteil Europas aber ist nicht unwesentlich verringert.

Über die Handelspolitik hat Eulenburg mit Recht gesagt, daß die Episoden nach dem Krieg, der Rückfall in den Merkantilismus, vorüber sind; damit braucht man sich wissenschaftlich nicht weiter zu befassen. Die Staaten sind ungefähr zu den Methoden der Vorkriegszeit zurück-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gekehrt. Nun heißt diese Rückkehr aber durchaus nicht etwas Gutes. Die Rückkehr zur Vorkriegshandelspolitik heißt zwar Meistbegünstigung, sie heißt aber auch Rückkehr zum Protektionismus, der schon 50 Jahre vor dem Kriege stetig gewachsen ist und seit dem Kriege in noch stärkerem Ansteigen begriffen ist. Wenn man diese Politik des Protektionismus und Nationalismus als volkswirtschaftlich schädlich ansieht — hierüber müßte man einen besonderen Vortrag halten —, dann ist ihre verstärkte Anwendung auf den durch den Krieg geschwächten Körper Europas eine ernste Gefahr. Aber beide Vorträge haben gemeint, daß der Protektionismus nicht der Grund der herrschenden Wirtschaftskrise ist. Daß in den Inflationsländern die Wirtschaftskrise nicht durch den Rückgang des Außenhandels erklärt werden kann, geht daraus hervor, daß dieser dem Volumen nach gestiegen ist. In den Ländern, die ihre Währung stabilisiert haben, sieht es auf den ersten Blick aus, als wäre Arbeitslosigkeit und Verringerung des Exports in einer Relation. England hat einen um drei Milliarden Mark, Deutschland einen um fünf Milliarden Mark geringeren Export als vor dem Kriege, in Vorkriegswerten gerechnet, also die Preissteigerung berücksichtigt. Diesem Rückgang der Ausfuhr entspricht ungefähr die Zahl der Arbeitslosen. In Österreich haben wir keine Vorkriegszahlen. Es ist aber auch bei uns die Überzeugung, daß mit dem verringerten Export infolge der Zerreißung des Wirtschaftskörpers die Zahl der Arbeitslosen in einem direkten Zusammenhang stehe. Nun suche ich in den beiden Vorträgen die Erklärung für diese speziellen Formen der Wirtschaftskrise, die wir erleben. Herr Professor Eulenburg hat ausgeführt, die Erklärung liege eigentlich in der Verringerung der positiven wirtschaftlichen Kräfte, der positiven Faktoren, von denen er acht aufgezählt hat.

Diese Schwächung der wirtschaftlichen Faktoren erklärt ein tieferes Niveau der europäischen Wirtschaft. Es wird mir aber etwas schwer, mir die Krise, wie wir sie in England, in Deutschland, in Österreich nach der Stabilisierung der Währungen erlebt haben, im Gegensatze zu den Verhältnissen, wie wir sie in anderen Staaten sehen, die gleichfalls dieselbe Schwächung dieser positiven Kräfte mitmachen, zu erklären. Es ist ein tieferes Niveau der Wirtschaft etwas anderes und etwas anderes eine Krise, die sich in jahrelang andauernder Arbeitslosigkeit von Millionen von Menschen auswirkt. Die Erklärung — ich bleibe bei diesem Punkte, weil ich glaube, daß er uns eine tiefere Einsicht in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das vom Verein für Sozialpolitik gestellte Problem ermöglicht — die Erklärung dieser besonderen Art von Krisen wurde in den beiden Vorträgen nicht zu geben versucht, doch habe ich eine Reihe von Andeutungen in ihnen gefunden, zwischen denen ich versuchen will, einen Zusammenhang herzustellen.

Währungskrise, Dumping, internationale Kartelle, Verschiebung der internationalen Verschuldung — wie daraus der Charakter der Wirtschaftskrise zu erklären ist, möchte ich nur in einer bestimmten einseitigen Art und in einigen Strichen aus den beiden Vorträgen teils entnehmen, teils ergänzend zu erklären versuchen. Wir haben schwere Preisstörungen als Folge der Verhältnisse des Krieges und der Nachkriegszeit vor uns, die in den Ländern, die ihre Währung stabilisiert haben, darin ihren Ausdruck finden, daß die Preise und die Gestehungskosten auch nach der Stabilisierung noch gestiegen und in England während der Wiederherstellung des Paristandes des Geldes nicht niedriger geworden sind. In der Inflationszeit waren diese Preissteigerungen ganz natürlich, sie haben nicht augenblicklich aufgehört, sondern wurden eine Zeitlang nach der Stabilisierung des Geldes noch fortgesetzt. Sie haben sich auch nicht rückgebildet, und das ist jetzt volkswirtschaftlich und auch vom theoretischen Standpunkte aus etwas sehr Bedeutsames; denn in einer Krise war es doch natürlich, daß die Preise und die Gestehungskosten entsprechend, ja über das Maß der Krise hinaus, gefallen sind und dadurch die Krise sich allmählich in sich aufgelöst hat.

Das ist diesmal nicht eingetreten. Warum ist es diesmal nicht eingetreten? Ich glaube, die Erklärung ist darin zu suchen, daß die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Kartelle, aber auch alle anderen Formen der wirtschaftlichen Organisation wie die Arbeitslosenunterstützung, Tarifverträge usw., sich der Herabsetzung der Preise und der Anpassung der Preise an die krisenhaften Verhältnisse entgegenstellten.

Wir haben also eine Krise, die, statt sich, wie es sonst der Fall war, in Herabsetzung der Preise, der Löhne und der Gestehungskosten auszudrücken, zur Einschränkung der Produktion und zur Arbeitslosigkeit geführt hat. Die Unterstützung der Arbeitslosen verhindert, daß das gesamte Lohnniveau heruntergeht, und das ist ja mit ihr Zweck. Kartelle und Gewerkschaften verringern die Elastizität der Preise und verlangsamen die Anpassung an die ungünstige Konjunktur.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich glaube, daß uns diese Erklärung einen Faden in die Hand gibt, der uns durch viele Erscheinungen unserer Zeit in einem ganz natürlichen Zusammenhang hindurchführt. Dieses Halten der Preise, diese Verschiedenheit der Preisniveaus, die man jetzt in den verschiedenen Staaten beobachten kann, ist möglich, soweit es sich um den inländischen Markt handelt, in dem entweder durch ihre Natur geschützte Produktionszweige oder durch Zölle geschützte Produktionszweige ein höheres Preisniveau halten können. Es ist aber nicht möglich im Export, wo die Anpassung an die konkurrierenden ausländischen Preise stattfinden muß. Und da halten wir bei der Erklärung eines zweiten wiederholt hingeworfenen Wortes, des „Dumping". Es ist dies die Methode, aus dem hohen inländischen Preisniveau einen Fond zu bilden, durch den man die Preise im Export herabzusetzen imstande ist, was jetzt in einem großen Umfange geschieht. Das geschah übrigens auch schon vor dem Kriege in bestimmten Fällen. Ich erinnere nur an die Zuckerrübenindustrie und an die deutsche Stahlindustrie vor dem Kriege. Aber jetzt ist das Dumping in einem weit größerem Umfang aus tieferliegenden Gründen eingetreten. Dieses Dumping begegnet sich mit dem Dumping der Inflationsstaaten, welches einen ganz anderen Charakter hat, und es macht so den Eindruck, daß Dumping der allgemeine Zustand des Außenhandels ist. Soweit dieses Dumping eine Folge der Inflation ist, wird es mit der Regelung der Währungen in den betreffenden Staaten vorübergehen, so wie es in den Staaten, die ihre Währung schon stabilisiert haben, schon geschehen ist. Soweit dieses Dumping aber auf der Notwendigkeit, ein wesentlich tieferes Preisniveau im Export als im Inland zu halten, zurückzuführen ist, würde dieses Dumping, wie das seinerzeit beim Zucker der Fall war, zum Schlusse zur Folge haben, daß alle Industrien, die dumpen, dabei ihr Geld verlieren. Natürlich wird das Dumping des einen durch das Dumping des anderen aufgehoben, und es kommt darauf hinaus, daß die inländische Bevölkerung belastet wird, um die Preise im Ausland herunterzudrücken. Das führt zur Bildung der internationalen Kartelle, und weil diese Ursache so allgemein ist, werden wir diese Kartelle in einem weiteren Umfang entstehen sehen, als dies Eulenburg vorsieht. Das sind Dinge, von denen man gewöhnlich erst spät hört und die sich nicht gerade in der Öffentlichkeit vollziehen. Aber soviel auch ohne besondere Informationen bekannt ist, ist es jetzt so, daß die größten und stärksten europäischen Produktionszweige in solchen Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

handlungen begriffen sind. Es ist nicht nur das Glühlampen- und Schienenkartell und die Rohstahlgemeinschaft, es finden auch in der Kohlenindustrie und in der chemischen Industrie Verhandlungen statt, und es ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, weil es sich darum handelt zu verhindern, daß alle diese großen Industrien in dem für sie so wichtigen Export dauernd Geld verlieren, daß die Entwicklung der internationalen Vereinbarungen eine außerordentliche werden wird. Das stellt die Handelspolitik vor ganz neue Probleme, denn natürlich hat ein Zoll einen ganz anderen Sinn, wenn die betreffende Industrie, die im Inlande geschützt werden soll, mit ihren ausländischen Konkurrenten in einem Kartellverhältnis steht. Man könnte daraus schließen, das ist der Weg zum Freihandel in diesen Zweigen. Denn wozu braucht man einen Zollschutz, wenn der inländische Markt kontingentiert ist und der Export nach Quoten aufgeteilt wird? In der Praxis ist das nicht so einfach. Nicht nur daß die betreffenden Kartelle ihre Zölle wünschen, weil ihnen das eine günstige Preisgestaltung auf dem inländischen Markt ermöglicht, sondern sie haben das Argument, dem sich die Regierungen nicht entziehen können, daß nämlich ihre Position in den internationalen Vereinbarungen davon abhängt, daß sie auf ihrem Markt so geschützt werden, wie der Konkurrent auf seinem, weil er sonst hereinschießen kann, sie aber nicht hinausschießen, und derjenige, der keinen Zoll hat, den Kürzeren ziehen muß. Die Erfahrung zeigt schon jetzt, daß die Regierungen dem sich nicht verschließen können, und man gezwungen ist, aus diesem Grunde einen Zollschutz zu gewähren, den man eigentlich sonst nicht brauchen würde.

Daran schließt sich auch etwas handelspolitisch ganz Neues, nämlich die Gewährung von Zöllen unter gleichzeitiger Vereinbarung der Preise mit den Regierungen oder mit den Verbrauchern, eine handelspolitisch ganz neue Erscheinung, die aber zum Beispiel in Österreich bereits wiederholt angewendet worden ist. Wir haben einen Superphosphatzoll gemacht, einen Eisenzoll, einen Milchzoll, einen Mehlzoll und alle diese Zölle unter diesen Bedingungen gemacht, und diese Bedingungen sind von den Interessenten auch eingehalten worden.

Also die Handelspolitik bekommt, wie Professor Harms gesagt hat — ich kann es auch nur andeuten —, ein ganz neues Gesicht. Diese internationalen, zunächst einmal individuellen Vereinbarungen werden um so entwicklungsfähiger sein, als hinter ihnen, was heute in den Vorträgen so oft und so stark betont wurde, die Organisation der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Banken und der Finanz steht. Diese Organisation hat vielleicht die größten Fortschritte gemacht, darin stimme ich Herrn Geheimrat Harms und Professor Eulenburg zu. Da hat durch den Krieg und die Nachkriegszeit eine Entwicklung stattgefunden, die stärker war als je zuvor. Das erklärt sich daraus, weil nicht nur die Organisation überhaupt die Tendenz hat, zu wachsen, sondern weil die internationale Finanz, und insbesondere die englisch-amerikanische Finanz, bei der Regelung der Währungen, bei der Ordnung der zerrütteten Währungen, bei der Aufrechterhaltung dieser Ordnung, bei der Regelung der internationalen Schulden, bei der Gewährung neuer Kredite eine ganz entscheidende Rolle spielte, weshalb ihre Macht enorm gewachsen ist.

Ich kann da nur noch einmal das unterstreichen, was die beiden Herren Vorredner in ihren Referaten gesagt haben — sie haben allerdings nur, wenn ich nicht irre, von Amerika gesprochen. Nach unseren praktischen Erfahrungen spielen die Engländer da gerade noch eine genügende Rolle. Diese Verschiebung des Schwerpunktes, wie er unzweifelhaft aus Europa nach Amerika, aber auch nach England erfolgt ist, beruht darauf, daß die Verbindungen zwischen diesen Finanzzentren und das Vertrauen und die Folgeleistung der Finanzzentren in den anderen Staaten einen Machtfaktor von der größten Bedeutung darstellen, vorläufig ohne verfassungsmäßige Inartikulierung und ohne staatsrechtliche und öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit.

Diese Finanzorganisation hat nun das größte Interesse daran, daß die dauernden Geschäftsverluste im Welthandel aufhören, daß die internationalen Organisationen zustande kommen. Aber selbst bei den Rohstahlgemeinschaften, wo weder England noch Amerika noch Italien drinnen sind, kann man sich darauf verlassen, daß eine Art Zusammenwirken auch dieser Industrien durch die Finanzkräfte herbeigeführt werden wird.

Übersehen wir diesen von mir kurz entwickelten Gedankengang, so ergibt sich vielleicht ungefähr folgendes:

Die Wirtschaftskrise hat zum Teil vorübergehende Ursachen, nämlich Währungszerrüttungen, Deflation, den Merkantilismus der Nachkriegszeit usw. Das dauernde Moment, welches die Krisen dieser Zeit charakterisiert und nicht nur die Krisen, sondern auch den Verlauf, bildet die wirtschaftliche Organisation. In all dem, was ich gesagt habe, von den Preisbildungen, gewerkschaftlichen Organisationen, den Kartellen, dem Dumping, den internationalen Kartellen und Finanz-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mächten sehen wir die wirtschaftlichen Organisationen wirken. Wir haben Jahrzehnte hindurch gesehen, wie die Organisation des Wirtschaftslebens fortschreitet und sich entwickelt. Wir haben sie beobachtet in ihren Wirkungen auf den Lebensstand der Arbeiter und auf die Produktionsverhältnisse. Wir sehen sie jetzt nach dem Kriege zum erstenmal sozusagen in einer zusammenhängenden, zusammenfassenden Wirkung. Wir sehen, daß sie den Krisen den Charakter gibt und die Mittel zu ihrer Überwindung bestimmt, daß sie die Durchführung dieser Maßnahmen ermöglicht und daß sie, wenn man von den augenblicklichen Momenten absieht, der wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Zeit den Charakter gibt.

(Großer, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Nach der dankenswerten Einleitung der Aussprache, die Herr Professor Schüller uns gegeben hat, möchte ich eine Anregung geben. Ich nehme an, daß wir nach 2½ stündigem weiterem aufmerksamen Zuhören einigermaßen in unserer geistigen Aufnahmefähigkeit erschöpft sein werden. Da ich eine lange Rednerliste vor mir habe, und da wir alle bei den früheren Tagungen unter dem Mißstand litten, daß die ersten Diskussionsredner zu lange sprachen und die Debatte dann schließlich auf je fünf Minuten für einen Redner zusammengedrängt werden mußte, möchte ich an die Herren von vornherein die Bitte richten, Selbstbescheidung zu üben. Ich glaube, daß fünfzehn Minuten das Äußerste ist, was wir den Diskussionsrednern zugestehen können. Ich nehme an, daß in dieser Zeit das Wesentlichste zu sagen ist, was der Einzelne vorbringen will. Ich gebe das Wort dem Herrn Ministerialdirektor v. Schoenebeck.

Ministerialdirektor Dr. v. Schoenebeck: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich trotz des eben gehörten Appells seitens des verehrten Herrn Präsidenten nach möglichster Beschränkung der Redner und der Redezeit das Wort ergreife, so geschieht es deshalb, weil ich glaube, daß es vielleicht für die Versammlung von Interesse ist, zu den hier doch im wesentlichen mehr vom theoretischen Standpunkt erörterten Fragen auch die Ansicht eines Mannes zu hören, der sich mit Zoll-, Handels- und Wirtschaftspolitik annähernd dreißig Jahre praktisch als Beamter befaßt hat.

In der Diskussion der verschiedenen Probleme scheint mir heute eines etwas zu kurz gekommen zu sein, und das ist die Bedeutung,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die meines Erachtens auch in der Zukunft unserer Zollpolitik zukommen wird. Gewiß zeigt sich in der Bildung der internationalen Kartelle ein Fortschritt. Ich glaube aber, daß das Gebiet ihrer Anwendung ein sehr beschränktes bleiben wird, nicht in bezug auf den Gesamtumfang der wirtschaftlichen Interessen, die in Frage kommen, sondern beschränkt in bezug auf die Zahl der Gewerbezweige, die eines Kartells fähig sind. Ich denke dabei vor allem an die Textilindustrie; auf diesem Gebiete bilden sich schon einheimische Kartelle schwer, internationale noch viel schwerer.

Professor Eulenburg hat in den Kräften, die um die wirtschaftspolitische Zielsetzung in der Weltwirtschaft ringen, zwei Strömungen erkannt: den Nationalismus und die Solidarität der Völker. In der wirtschaftspolitischen Zielsetzung für das einzelne Land entsprechen diesen Strömungen: die Forderung auf Kräftigung des Binnenmarktes einerseits und auf Förderung des Exportes andererseits. Ich glaube, mit dieser kurzen Bezeichnung trifft man die Hauptsache und zugleich den Gegensatz. In der Weltwirtschaft ist die Lösung des Konfliktes nach Professor Eulenburg dadurch möglich, daß die beiden Ideenströme sich ausgleichen. Für die einzelne Volkswirtschaft aber kann hierauf nicht gerechnet oder gewartet werden, sondern hier bedarf es der praktischen Lösung, nach den speziellen Bedürfnissen der jeweiligen Volkswirtschaft. Auch wir haben in unserer Wirtschaft diesen Gegensatz zwischen Kräftigung des Binnenmarktes und Förderung des Exportes schon vor dem Kriege gehabt, wie wir ihn auch jetzt noch haben. Bei unserer im starken Maße in die Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaft kann die Lösung nicht dahin gehen, daß ausschließlich die Hebung der Kaufkraft des Binnenmarktes oder ausschließlich die Förderung des Exports anzustreben seien. Wir müssen vielmehr der doppelten Strukturlinie unserer Volkswirtschaft, dem Exportbedürfnis und dem im gewissen Umfange gleichzeitig herrschenden Schutzbedürfnis, Rechnung tragen. Wir haben das vor dem Kriege durch unsere Zoll- und Handelspolitik getan, die gleichzeitig, gleichmäßig und mit denselben Mitteln, nämlich den Zöllen, betrieben wurde. Gerade der Zolltarif erwies sich als ein geeignetes Mittel, um gleichermaßen den Schutz nach innen und die Ausdehnung des Exportes auf dem Wege handelsvertraglicher Abmachungen zu erreichen. Damit ist für die Vorkriegszeit die Zollpolitik allerdings ein wesentliches Mittel auf dem wirtschaftspolitischen Gebiete für Deutschland gewesen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie die Herren wissen, haben wir in der Nachkriegszeit bisher denselben handelspolitischen Weg beschritten, und die Frage ist, ob wir auch in Zukunft dabei verbleiben oder von dem derzeitigen Wege abgehen sollen.

Es sind nun hier, insbesondere von Herrn Professor Eulenburg, eine Anzahl wirtschaftspolitischer Mittel benannt worden, die heute als Ersatz für die Zollpolitik in Frage kommen sollen, so die Frachttarifpolitik, die Subventionspolitik, die Kreditpolitik, eventuell auch die Schaffung neuer Industrien u. a. m. Ich möchte nicht glauben — und hierin unterscheide ich mich von Professor Eulenburg —, daß diese von ihm genannten Mittel imstande sind, heute die Zollpolitik zu ersetzen. Dazu ist auch heute noch der Einfluß der Zollpolitik auf unsere Wirtschaft ein zu großer, und zwar besonders deshalb, weil die Zollpolitik auf ein vornehmlich wichtiges Teilgebiet unserer Wirtschaft einwirkt, für das uns andere Mittel zur Beeinflussung heute kaum zur Verfügung stehen, nämlich den Außenhandel. Der Außenhandel ist besonders geeignet, eine empfangene Beeinflussung auf andere Wirtschaftsgebiete auszustrahlen. Um auf den Außenhandel einzuwirken, steht uns aber heute fast nur noch die Zollpolitik als Mittel zu, nachdem die früher vom Merkantilismus und auch wieder in der ersten Nachkriegszeit angewandten Verkehrsverbote wegen ihrer bedenklichen Nebenwirkungen aufgegeben werden mußten; ihre Anwendung ist ja übrigens auch auf Grund der Handelsverträge so gut wie ausgeschlossen.

Wir werden also doch wohl nicht anders können, als weiter Zollpolitik zu treiben und ihr die Wertschätzung einzuräumen, die sie früher gehabt hat. Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit, und wenn sie heute hier nicht so klar zum Ausdruck gekommen ist, so dürfte der Grund hierfür in einem gewissen Reste der Einstellung in bezug auf Zollpolitik und Wirksamkeit der Zölle liegen, wie sie in der Stuttgarter Versammlung des Vereins für Sozialpolitik sich gezeigt hat und wie sie später auch in der Literatur vorherrschend geworden ist, nämlich in einer gewissen Einseitigkeit der Betrachtung der Zollwirkungen in Rücksicht auf das Preisgebiet. Wenn freilich der Zoll keine andere Wirkung hat als die Preise der entsprechenden Inlandprodukte zu erhöhen und damit diese einzelnen Produzentschichten zu begünstigen, dann bewirkt er allerdings nur eine Verschiebung innerhalb der inländischen Einkommensverteilung, und das ist sicher unter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den heutigen Verhältnissen keine ausreichende Wirksamkeit, um die Zollpolitik noch als daseinsberechtigt gelten zu lassen. Daraus würde sich dann die weitere Konsequenz ergeben, daß auf dem wichtigen Gebiet des Außenhandels unsere Wirtschaftspolitik des wirksamsten Mittels, nämlich der Zölle, entbehren müßte. Lediglich um Einkommensverschiebungen herbeizuführen, ist aber der Zoll überhaupt nicht da; dafür ist die Steuerpolitik das richtige Mittel. Das gilt heute mehr als je. Heute muß die Zollpolitik wie jede wirtschaftspolitische Betätigung ausgeübt werden zum Zwecke der Steigerung der Produktivität unserer Wirtschaft, also, wie Professor Eulenburg es plastisch ausgedrückt hat, zur Verbesserung der „ökonomischen Koeffizienten", d. h. des Verhältnisses unserer Gesamtproduktion zu dem dazu nötigen Aufwand. Nur eine Zollpolitik, die diesem wirtschaftspolitischen Zweck dient, kann heute für uns gerechtfertigt sein. Es muß also die Zollpolitik daraufhin untersucht werden, inwieweit die Preiswirkung geht, und ob nicht neben ihr auch Zollwirkungen sich ergeben, die auf Steigerung der Produktivität oder wenigstens auf Verhinderung ihres Absinkens gehen.

Solche Untersuchungen sind, wenigstens so viel mir bekannt ist, bisher nicht genügend vorgenommen worden. Sie sind erfolgt auf dem Gebiete der Landwirtschaft, aber nur ganz selten auf dem der Industrie. Ich möchte deshalb die Anregung geben, daß der Verein für Sozialpolitik sich gerade diesem Studium mehr als bisher widmet. Spezialuntersuchungen sind allerdings erforderlich, und zwar getrennt für die wichtigsten Industriegebiete. Ich habe, so weit ich konnte, das Gebiet der Textilindustrie in dieser Richtung durchforscht und bin dabei zu der überraschenden Feststellung gekommen, daß in der Zeit vor dem Kriege der Zoll in der Regel den Preis der betreffenden Textilware nicht verteuert hat. Meine Untersuchungen erstreckten sich auf Wolle und Baumwolle, und zwar auf Garne, Gewebe, Kleider usw. Mit „in der Regel" verstehe ich die große Massenproduktion, wie sie dem Konsum der ärmeren Bevölkerung, der Handwerker, Landwirte, Industriearbeiter, kleinen Beamten usw. dient. Hier hat vor dem Kriege eine Einflußnahme des Zolles auf das inländische Preisniveau nicht stattgehabt. Der Zoll war für den Preis irrelevant. Das ist auch jetzt wieder der Fall; wo Preiserhöhungen auf diesem Gebiete noch vorliegen sollten, werden sie bald verschwinden. Keineswegs ist die etwaige Preiserhöhung eine Folge des Zolles; sie ist vielmehr eine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Folge der Vorbelastung unserer Industrie, und diese hat allerdings eine weit größere Bedeutung, als das hier anscheinend angenommen wurde.

Mir ist vor einigen Tagen die Bilanz eines mittleren Betriebes über das vor kurzem abgelaufene letzte Geschäftsjahr zugegangen. Darin finden sich Zahlungen von Steuern, und zwar solchen, die früher überhaupt nicht erhoben wurden, in Höhe von 30000 bis 40000 Mark. Der Zinsaufwand dieses Betriebes ist gegenüber der Vorkriegszeit auf das Zehnfache gestiegen. Darin liegt doch sicher eine Vorbelastung, welche die ausländische Industrie in diesem Umfange keineswegs zu tragen hat und die auch für uns nicht mehr erträglich ist. — In all den Fällen, wo der Zoll die Inlandware tatsächlich nicht verteuert und sonach für den Inlandpreis irrelevant ist, ist die Möglichkeit gegeben, ihn restlos für produktionsfördernde Zwecke oder wenigstens mit dem Ziel der Verhinderung des Absinkens der Produktivität auszunutzen. Diese Zwecke des Zolles aber sind: Sicherung des Marktes gegen Dumping- und dergleichen -Einfuhr und Schutz unserer Produktion in ihrem Bestande, womit Hand in Hand die Gewährleistung dauernder Arbeitsgelegenheit und dauernden Lohnes für unsere Arbeiter geht. Auch vom Standpunkte des Arbeitnehmers kann wahrlich kein Bedenken gegen einen Zoll vorliegen, der die Kaufkraft seines Lohnes nicht schwächt, wohl aber seine weitere Beschäftigung sichert.

Wie ist aber die Sachlage in den Fällen, wo der Zoll tatsächlich eine preisverteuernde Wirkung hat, weil wir zur Deckung des Inlandbedarfes auf Einfuhr angewiesen sind? Da muß — ich kann mich hier nur kurz ausdrücken und muß auf mein Buch verweisen — in jedem einzelnen Falle untersucht werden, ob das Übel der Preissteigerung nicht kompensiert wird durch die Erhaltung und, bei dem Erziehungszoll, durch die Förderung der Produktivität infolge des Zolles. Das ist auch wieder eine Frage, die man theoretisch und allgemein nicht lösen kann. Es genügt ein Blick auf das große Heer unserer Erwerbslosen, um zu erkennen, daß heute möglichst jede Arbeit, die in Deutschland vorgenommen werden kann, auch in unserer Heimat vorzunehmen ist. In jeder Importware stecken ja nicht nur Rohstoffe, sondern auch ein Quantum von Arbeit, die draußen geleistet worden ist, und die wir vielleicht selbst hätten leisten können. Es kann also sein, daß durch den Import unsere Produktivität unmittelbar geschwächt wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aber auch das Gegenteil ist möglich, daß nämlich unsere Produktion an Produktivität verlöre, wenn der Import unterbliebe; dies kann namentlich dann der Fall sein, wenn wir die Einfuhrware nötig haben, um aus oder mit ihr Exportwaren herzustellen. Die Trennung zwischen „Waren von Qualitätsarbeit" und solchen, denen dieser Charakter weniger zukommt, sollte, wenigstens was die Bewertung der einzelnen Waren für unsere Ausfuhr betrifft, nach dem Gehalt an inländischer Arbeit getroffen werden, den die einzelne Ware aufweist, nicht aber nach Halb- und Fertigfabrikaten. Gerade auch in den Halbfabrikaten steckt sehr häufig ein großes Quantum von Qualitätsarbeit sowohl im eigentlichen Sinne des Wortes, wie in bezug auf die Bewertung vom Standpunkte des Exports.

Noch eine weitere Bemerkung in diesem Zusammenhang. Wenn es richtig ist, daß der Zoll in sehr vielen Fällen den Inlandpreis nicht erhöht — und durch die Fortführung der Spezialuntersuchungen muß sich das ergeben —, dann gewinnt unsere Zollpolitik auch vom innerwirtschaftlichen Standpunkte aus eine große Entlastung. Denn in allen diesen Fällen ist es für die Frage der Zollfestsetzung unnötig, zwischen Halb- und Fertigfabrikat zu unterscheiden, da ja die Weiterverarbeitung der Halbfabrikate durch einen Zoll, der sie nicht verteuert, nicht behindert wird. Gleichzeitig erfährt auch durch diese Erkenntnis die Bedeutung der Zölle für Verhandlungszwecke eine wesentliche Steigerung; denn wir können, wo der Zoll für den Preis irrelevant ist, die Verhandlungszölle so ausreichend bemessen, daß wir mit ihnen auch wirklich belangvolle Zugeständnisse erreichen können. Es ist keineswegs richtig, was häufig angenommen wird, daß es für Verhandlungszwecke hauptsächlich auf die Fertigfabrikatzölle ankomme. Nach meinen Erfahrungen stehen gerade auch für Verhandlungszwecke die Halbfabrikatzölle mit im Vordergrunde; denn das Ausland ist keineswegs immer geneigt, uns ohne weiteres Fertigfabrikate abzunehmen. Es wünscht im Gegenteil seine Fertigfabrikate zu uns hereinzubringen. Deshalb muß draußen um die Halbfabrikatzölle gekämpft werden, wie auch wir ja unsere Halbfabrikatzölle nicht ohne Gegenzugeständnisse preisgeben werden. Gerade die Garnzölle z. B. haben bei allen Handelsvertragsverhandlungen eine besonders große Rolle gespielt. Sonach muß die zollmäßige Behandlung der Halbfabrikatzölle, selbstverständlich aber auch diejenige der Fertigfabrikatzölle, in allen den Fällen eine wesentliche Erleichterung erfahren, in denen die Preiswirkungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

frage ausscheidet, d. h., wenn es sich um Artikel handelt, die in Deutschland in solchen Mengen hergestellt werden, daß der Inlandbedarf dadurch gedeckt ist, und daß in ihnen eine ständige und regelmäßige Ausfuhr seitens unserer Exportfirmen stattfindet. Soweit dies der Fall ist, liegt eben, freier Wettbewerb im Inlande vorausgesetzt, keine Preisverteuerung durch die Zölle vor.

Ich muß mich auf diese kurzen Ausführungen beschränken. Zweck derselben war, die Zollpolitik in ein besseres Licht zu rücken als sie es, wenigstens meiner Empfindung nach, durch die bisherigen Ausführungen erhalten hatte. Ich glaube, daß, wenn auch zweifellos eine ganze Reihe international wirkender Momente bei der gegenwärtigen Krise mitsprechen und wenn auch durch Weiterführung der internationalen Kartellierungen und anderer internationaler Vereinbarungen eine Besserung der Krise erzielt werden kann, die große Grundlage unserer Handelspolitik doch auch in Zukunft die sein wird, die sie bisher gewesen ist: eine gleichzeitige, gleichmäßige und mit denselben Mitteln, namentlich mit den Mitteln des Zolles und der Handelsverträge, betriebene wirtschaftspolitische Betätigung.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Präsident Kuffler. (Nach einer Pause.) Herr Präsident Kuffler ist nicht anwesend. Das Wort hat Herr Hofrat Hertz. (Nach einer Pause.) Ist gleichfalls nicht anwesend. Herr Hofrat Pistor (Nach einer Pause.) Herr Regierungsrat Conrad. (Nach einer Pause.) Gleichfalls nicht da. (Heiterkeit.) Die glänzenden Referate des Vormittags scheinen die Wirkung zu haben, daß einige Herren, die sich schon sehr früh, sogar schriftlich zur Diskussion gemeldet haben, nachmittags ausbleiben. Andere haben ihre Meldung zur Diskussion inzwischen zurückgezogen, so daß ich den Rednern jetzt wieder mehr Zeit geben kann. Dr. Weiß — ist ebenfalls nicht da. Professor Lederer! (Nach einer Pause.) Ist gleichfalls nicht da. Also, meine Herren, meldet sich jemand zum Wort? (Stürmische Heiterkeit.) Wenn nicht, dann gebe ich unseren beiden Referenten das Schlußwort, zunächst Professor Eulenburg.

Prof. Dr. Eulenburg (Berlin): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Überraschung für die Versammlung wie für mich wurde nicht mehr Opposition gemacht, und haben sich nicht mehr Redner zum Worte gemeldet, trotzdem ich gewünscht hätte, daß zu einer Reihe von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Punkten auch andere Meinungen zum Worte gekommen wären. Es haben sich nur zwei Herren gemeldet, und zwar Sektionschef Dr. Schüller und Herr von Schoenebeck, und beide Herren haben zum Teil Bemerkungen gemacht, die sich gegen Ausführungen von mir richteten.

Herr Sektionschef Schüller hat vor allem gesagt, daß die zukünftige Entwicklung in starker Weise nach der Seite der internationalen Verbände gehen wird, und daß diese Verbände auch bisher schon in der Wirtschaft eine sehr große Bedeutung gehabt haben. Er hat ausgeführt, daß ein wesentliches Moment dafür, daß die gegenwärtige Krise nicht überwunden ist, darin liege, weil eine Anpassung zwischen den Kosten der Produktion und der Kaufkraft des Geldes nicht herbeigeführt wird, und daß dies zum guten Teil künstlich geschehen sei durch die Politik der Verbände überhaupt, sowohl der Arbeiter, als der Organisation der Kartelle und anderer Verbände.

Ich möchte rein politisch es vielleicht für möglich halten, daß das so der Fall wäre; nur würde damit Herr Sektionschef Schüller die theoretische Meinung der Österreicher — ich erinnere an Böhm-Bawerk „Macht oder ökonomisches Gesetz" und die entsprechenden Ausführungen von Wieser — tatsächlich für widerlegt halten. Ich möchte nicht ohne weiteres für die Theorie dieser beiden prominenten Persönlichkeiten eintreten; aber ich kann mich doch der Tatsache nicht verschließen, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle weder die Macht der Kartelle noch der gewerkschaftlichen Verbände, die den Lohn wie die Preise hochzuhalten versuchen, so groß ist, wie der Herr Sektionschef anzunehmen scheint.

Ich kann also nicht der Meinung sein, daß die Hochhaltung der Preise und der Produktionskosten wesentlich von diesen beiden Teilen ausgeht, sondern die Sache verhält sich wohl folgendermaßen: auf der einen Seite haben sich gewisse Rohstoffe tatsächlich durch eine Monopolisierung starker Finanzgruppen so verteuert, daß darin ein wesentliches Moment der Preissteigerung gelegen ist. Auf der anderen Seite fallen gewisse Produktionsfaktoren, die unabhängig von der Macht der Verbände sind, stark ins Gewicht: namentlich hat das Moment, das wir als das Moment der „toten Produktionskosten" bezeichnen können, die in der ganzen Wirtschaft sich bemerkbar machen, in erheblich stärkerem Maße das Nichtheruntergehen des Preisniveaus herbeigeführt hat, als es irgendwie Kartelle imstande wären.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn wir die Preiskurve der kartellierten Waren auf der einen und der unkartellierten Waren auf der anderen Seite, also die Preiskurve auch dort verfolgen, wo Kartelle nicht vorhanden sind, z. B. bei der englischen Kohle, dann finden wir nicht, daß durch die Kartellpolitik die Preise in der Richtung einer Erhöhung wesentlich beeinflußt wurden. Ich glaube, daß der Preis auch dort, wo nicht die Kartelle die Macht haben, doch aus bestimmten Gründen gestiegen ist, so daß es nicht an der Organisation gelegen haben kann, das Preisniveau künstlich zu halten. Es ist nicht dieses Moment, das zu einer Verteuerung der Preise geführt und den Ausgleich der Preise im Verhältnis zur Kaufkraft sowie die Überwindung der Krise gehindert hat, sondern es liegt bei schärferem Zusehen an anderen Momenten, von denen ich eines schon hervorgehoben habe — nämlich die Zunahme der toten Produktionskosten. Es kommt aber ein anderes hinzu. Das ist vor allem das, was, wie ich immer wieder betone, in unserer kapitalistischen Wirtschaft das A und O ist: die Frage des Kapitals und der Kapitalbildung. Wenn der Preis für das Kapital sich mehr als verdoppelt hat, so ist damit ein so starkes preissteigerndes Moment eingetreten, das kein Kartell und keine Gewerkschaft imstande ist wettzumachen. Da die Kredite, die wir vom Auslande bekommen, sich im Preise mindestens verdoppeln, so haben wir damit schon ein Moment von außerordentlicher Verteuerung.

Ein weiteres Moment der Verteuerung liegt darin, daß die Kaders der Produktion nicht ausgefüllt werden. Es ist selbstverständlich, wenn der Kohlenbergbau nur die Hälfte von dem erzeugt, was er produzieren kann, dann muß der Preis hoch sein, weil eine Vollausnützung nicht stattfindet. Sobald eine solche wieder stattfindet, dann kommt automatisch eine Preissenkung. So aber müßten die Werke entweder zugrunde gehen, oder es müssen die Preise unter allen Umständen gehalten werden, weil eben eine Vollausnützung der Betriebe nicht stattfinden kann. Also nicht wegen der Verbände oder anderer Organisationen erfolgt ein Nichtanpassen der Preise, sondern die Gründe sind: einmal die Verknappung gewisser Rohstoffe, zweitens die Verteuerung des Zinsfußes und damit eine wesentliche Erhöhung der Produktionskosten, drittens die Nichtausübung des Produktionsapparates, was automatisch dazu führt, die Kosten zu erhöhen, und endlich das Mitschleppen der „faux frais“.

Wenn ich mithin die Diagnose anders stelle als Professor Schüller,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so möchte ich auch die Prognose anders stellen. Ich glaube nicht, daß die internationalen Kartelle in Zukunft die Bedeutung erlangen werden, wie es Professor Schüller annimmt, wie ich auch nicht mit ihm darüber übereinstimme, daß sie gegenwärtig eine so große Bedeutung haben. Sie sehen schon das kommende Farbenkartell, Sie sehen bereits das Kalikartell und noch eine Reihe anderer Kartelle. Ich habe bereits gesagt: soweit es sich um Fertigfabrikate handelt, scheint mir die Möglichkeit einer internationalen Kartellierung sehr gering. Aber ich halte auch die Abmachung internationaler Verbände in bezug auf Halbstoffe und Rohstoffe keineswegs für so weitreichend und durchführbar wie Professor Schüller. Einmal wegen der inneren Schwierigkeiten und zweitens, weil notwendigerweise das Moment der Verteuerung und der Nichtausnützung des Produktionsapparates im Inlande sich vergrößern wird, wenn internationale Kartelle vorliegen. Es kommt hinzu, daß so viele Outsider vorhanden sind, daß hier von neuem ein Preiswurf eintreten wird. Diese Momente, die sich zum Teil widersprechen, scheinen mir die Wirkung herabzusetzen, ja zum Teil aufzuheben.

Ich bin auch nicht der Meinung des Herrn Dr. Schüller, daß das Dumping der ausschlaggebende Grund gewesen ist, der zur Zollpolitik geführt hat. Dies ist deswegen nicht der Fall, weil die Wirkung des Valutadumpings ganz außerordentlich überschätzt wird. Das Valutadumping wirkt nur auf sehr kurze Zeit. Wenn es eine kurze Zeit wirksam gewesen ist, sinkt die Kaufkraft des Landes, das ausführt, und dann hört das Valutadumping auf. Mir scheint immer das Valutadumping ein Schreckschuß zu sein, der von gewissen Interessenten abgegeben wird, daß die Wirkung aber keine umfassende ist. Ich würde also an der Ansicht festhalten, daß die Momente, die Professor Schüller angeführt hat, gewiß modifizierend wirken und würde zugeben, daß in einzelnen Industriezweigen durch einzelne Verbände eine künstliche Aufrechterhaltung der Preise möglich ist. Aber Sie sehen aus meiner Einschränkung, daß ich sie nur für sehr bedingt halte. In der Hauptsache liegt die Kaufkraftverminderung in anderen Momenten, im Rückgang der Kapitalbildung und damit zusammen in der Heraufsetzung der Produktionskosten durch Nichtausnützung des vollen Produktionsapparates. Erst, wenn die Sparkraft zunimmt, die Kapitalbildung wieder größer wird, als es in den Industrieländern der Fall ist, können wir zu einer Überwindung der Krise kommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich habe wiederholt betont, daß wir trotz der starken Kapitalbildung in den Vereinigten Staaten nicht bereits zur Lösung des Problemes gekommen sind. Es ist richtig, daß eine Reihe von Industrien neu finanziert wurden; aber es ist bei weitem nicht gelungen, die Rohstoffkulturen bereits in der Weise zu finanzieren, als es notwendig wäre. Ich meine also, daß diese positiven Faktoren, wie Sektionschef Schüller sie nennt — ich nannte sie aktive Faktoren —, doch im letzten Grunde den Ausschlag geben und die politischen Maßnahmen nur modifizierend hinzukämen. —

Ich bedauere nun außerordentlich, daß über das nicht gesprochen wurde, was ich mit Absicht nur ganz kurz berührt hatte, weil ich glaubte, daß die Versammlung hierauf das Hauptgewicht legen würde: nämlich über die Frage der Zollunion, über die Frage der Wirtschaftsvereinigung, über die Frage der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und all die Dinge, die damit zusammenhängen. Ich hatte sie mit Absicht nur gestreift und mit Absicht im Sinne der Versammlung einige Ketzereien dazu gesagt, indem ich sie als einen Anachronismus bezeichnete, die keine Zukunft hätte, weil ich annahm, daß gerade für diese Idee sehr viel Interessenten und sehr viel leidenschaftliche Überzeugung vorhanden wäre. Ich hoffte, es werde all dies gut begründet werden, um mich dann mit den guten Argumenten auseinanderzusetzen. Aber ich kann mir natürlich nicht irgendwelche Argumente selbst konstruieren, um sie hier zu widerlegen.

Ich komme nun zu den Einwendungen des Herrn von Schoenebeck. Ich kenne seine Anschauungen über die Textilindustrie, in der er besondere Untersuchungen vorgenommen hat. Ich kenne auch seine Anschauung — das ist etwas schwer zu sagen — über die Wirkung und gleichzeitige Nichtwirkung der Zölle. Ich habe vergeblich eine Verbindung zu finden versucht; aber das liegt wohl an mir. Da ich jedoch das Wort habe, so bitte ich um Entschuldigung, wenn ich nicht verstanden habe, wie auf der einen Seite die Zölle keine Wirkung und dann wider doch eine Wirkung auf die Preise haben sollen. Wenn die Zölle einen Sinn haben, so müssen sie auf den Preis einwirken; freilich ist es ein kompliziertes Problem.

Sehr viel einfacher liegt die Frage bei Getreidezöllen, wo wir ungefähr wissen, wie sie wirken, während wir schon bei den Vieh- und Fleischzöllen den Zusammenhang nicht so genau erkennen vermögen. Wenn Herr von Schoenebeck aber erklärt, die Zölle wirken

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht preisverteuernd, im Gegenteil, sie sind für Massenartikel verbilligend, dann können wir uns den ganzen Luxus schenken; dann haben sie keinen Zweck. Es ist unmöglich, auf der einen Seite zu erklären, man könne die Zölle ruhig erhöhen, denn sie haben auf der anderen Seite ohnehin keine Wirkung. Herr von Schoenebeck hat dann erklärt — er hat wohl diesen Ausdruck nicht gebraucht, aber es geht so ungefähr aus seinen Ausführungen hervor —, daß die Zölle „Fallschirme der Krise" seien und die Krise verhinderten. In Wirklichkeit aber tun sie das gar nicht: sie erweisen sich gar nicht als solche Fallschirme; vielmehr ist die Krise in den Ländern mit Zöllen und ohne Zölle vorhanden. Wir haben eine Krise stärkster Weise in England, wir haben eine starke Krise in Deutschland. Wir haben die Krise mit und ohne Zölle gerade für die Textilindustrie, wir haben eine solche auch in der Schweiz und Tschechoslowakei, aber in allen Ländern trotz Zöllen. Es genügt aber, wenn die Zölle die Wirkung hätten, einen sonst eingetretenen Preisrückgang zu hindern und damit den Absatz der Produkte zu verkürzen. Wir müssen also sagen, diese Wirkung können sie nur sehr bedingt ausüben. Ich habe in meinem Vortrage jede Stellungnahme für oder gegen den Zoll vermieden, das war nicht meine Aufgabe. Ich hatte nur die historisch wirksamen Kräfte zu schildern und zu untersuchen, welche Kräfte in Zukunft wirksam sein werden. Da war ich zum Ergebnis gekommen, daß die Zölle nicht die Wirkung gehabt haben, die einzelnen Länder vor der Krise zu bewahren, aber auch diese nicht hervorzurufen, sondern daß ganz andere Faktoren die Ursachen der Krisenerscheinungen sind. Wenn diese anderen Faktoren durch die Zölle verschärft würden, namentlich in der Form der Verringerung der Kaufkraft oder der Erhaltung leistungsunfähiger Betriebe, dann wären die Zölle im allgemeinen nicht zu halten.

Aber wie dem auch sei, das Moment, daß die Zölle für die Gestaltung des Außenhandels nicht den Ausschlag geben, diesen Nachweis glaube ich geführt zu haben. Es ist nicht richtig, wenn Herr von Schönebeck gesagt hat, der Zoll sei eine Hauptsache für Unterstützung der Industrie. Auf dem Gebiete der Textilindustrie mag es sich so verhalten, weil es wenig direkte staatliche Aufträge gibt. Aber ich erinnere daran, daß die Rüstungspolitik vor dem Kriege auch der Textilindustrie bedeutende Aufträge gegeben hat. Diese protektionistischen Maßnahmen, habe ich gesagt, sind viel stärker als bloße Zölle. Ich habe nicht gesagt, baut die Zölle ab, was Herr von Schönebeck anzunehmen scheint.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sondern es war meine Aufgabe, zu zeigen, wie die einzelnen Faktoren auf die Gesamtheit der Markterscheinungen wirken. Da glaubte ich feststellen zu müssen, daß eine starke Überschätzung der einen, nämlich der Zölle, und eine starke Unterschätzung der anderen Momente vorliege. Diese Grundauffassung ist nicht widerlegt worden: aber ich gebe zu, es muß eine ganze Reihe Untersuchungen konkreter Art vorgenommen werden. Ich habe nur dasjenige, was von englischen Untersuchungen vorlag und was ich persönlich gemacht habe, mitzuteilen gehabt.

Den Grundgedanken meiner Ausführungen aber, daß die beiden großen Kräfte, die miteinander ringen, die nationale Verselbständigung auf der einen Seite und die weltwirtschaftliche Solidarität auf der anderen Seite, zusammengehören, haben auch die beiden Diskussionsredner gelten lassen. Meine Überzeugung ist, daß die weltwirtschaftliche Um- und Einstellung vor allem für die Industrie eine absolute Notwendigkeit ist, und daß unsere Industrie, wie in England, unter sehr starken Schmerzen diese Umstellung wird vornehmen müssen. Die chemische Industrie wie die Textilindustrie in Deutschland, der Kohlenbergbau in England werden diese Anpassung zu vollziehen haben. Der Balfourbericht schließt mit einem Fragezeichen: Werden die englischen Kaufleute und Industriellen die Fähigkeit haben, die notwendige Umstellung, die der Bericht sehr sachlich und objektiv festgestellt hat, vorzunehmen? Ich aber möchte von Deutschland die Zuversicht hegen, daß, was die deutsche Industrie, die deutsche Landwirtschaft und den deutschen Handel anbelangt, die Frage bejaht werden kann: daß wir unter Schmerzen zwar und langer Arbeitslosigkeit die Umstellung auf die Weltwirtschaft, die Umstellung auf Qualitätsware durchführen werden, und daß wir uns auf die Produktionsarten und Produktionsmittel, die in der Weltwirtschaft gebraucht werden, einstellen werden. Wenn das der Fall ist, dann kann jenes Konzert der Völker, von dem ich sprach, sich durchsetzen und auf einer höheren Stufe eine internationale Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft von neuem eintreten.

(Beifall.)

Vorsitzender: Eulenburgs impulsives Schlußwort hat die Nachwirkung, daß unsere Rednerliste sich wieder aufgefüllt hat.

(Heiterkeit.)

Ich eröffne also die Aussprache von neuem und werde zunächst das Wort Herrn Sektionschef Schüller geben, der als dritter Referent

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gilt; dann ist jetzt auch Professor Lederer wieder im Saale — ich darf ihn bitten, nach Sektionschef Schüller zu sprechen; nach ihm kommt Herr Minister Dr. Hilferding. Das letzte Wort hat Professor Harms. Die Rednerliste ist damit geschlossen.

Zunächst bitte ich Herrn Sektionschef Prof. Dr. Schüller.

Sektionschef Prof. Dr. Schüller (Wien): Nur einige wenige Worte, verehrte Damen und Herren! Was Professor Eulenburg mir geantwortet hat, scheint mir so interessant, daß es doch gut ist, wenn man es ein bißchen klarstellt. Er hat mich so verstanden, daß ich gesagt habe, die Gewerkschaften und sonstigen Organisationen sind die Ursache der hohen Preise. So habe ich es nicht gemeint. Die Ursachen wurden ja von ihm selber in seinem ganzen Vortrage angeführt, selbstverständlich sind die Verarmung an Gütern und der Kapitalmangel wichtige Ursachen. Was ich gesucht habe und wie ich das Thema des Vereins für Sozialpolitik aufgefaßt habe, bezieht sich darauf, welches — wissenschaftlich gesprochen — die besonders charakteristischen Momente der Wirtschaftskrisen sind, die wir jetzt durchmachen. Darauf sagt Professor Eulenburg: ganz gut, was ich gesagt habe, ist auch ein Moment. (Professor Eulenburg: Ein modifizierendes Moment!) Ganz richtig, es ist auch nicht mehr, aber es liegt doch in diesem modifizierenden Moment noch eine Menge drinnen, was Professor Eulenburg auf anderes zurückführt.

Professor Eulenburg sagt: Wenn man mit so großen toten Kosten arbeitet, wenn die Betriebe nur unvollständig beschäftigt sind, dann müssen sie die Preise hochhalten. Das ist gerade die Frage, Herr Professor Eulenburg! Warum werden in dieser Krise nicht die Preise und die Produktionskosten heruntergerissen? Sonst gingen doch bei einer Krise, wenn man nur 20 % absetzen konnte, die Preise um 50 % zurück. So haben wir es doch in der Schule gelernt! Warum sieht es diesmal anders aus, warum wirkt es sich diesmal in einer Einschränkung der Produktion aus? Wir waren gewohnt, daß auf Krisen ein Sinken der Löhne folgt. Warum ist es diesmal so, daß wir statt dessen Millionen von Arbeitslosen haben, die wir unterstützen müssen? Ich habe bei dem Begriffe der Organisation nicht gerade an die Gewerkschaften und an die Kartelle gedacht. Was ich behauptet habe — und ich habe geglaubt, ich sage etwas sehr Einfaches — ist, daß der Charakter der Krise, nämlich Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit statt Preissenkung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Lohnsenkung, auf die sehr verstärkte Organisation des Wirtschaftslebens im weitesten Sinne zurückzuführen ist. Herr Professor Eulenburg! Sie haben auf den englischen Kohlenstreik verwiesen und gemeint, die englischen Kohlenwerke sind ja gar nicht kartelliert. Aber die Kohlenarbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. In England sind zur Zeit, als das Pfund gehoben wurde, die Löhne gestiegen, wie wir aus den Verhandlungen immer hören, statt daß man annehmen konnte, bei Steigerung des Pfundes und herrschender Kohlenkrise müssen die Löhne zurückgehen. Sie haben sich aber trotz der Krise und der Steigerung des Pfundes auf dem gleichen Niveau gehalten, so daß die englischen Kohlenbesitzer sagen, wir müssen zu den Löhnen zurückkommen, wie sie in den Jahren vor 1922 bestanden haben, weil wir sonst die Preise nicht herabsetzen können. Dieses Beispiel, Herr Professor Eulenburg, spricht nicht für Sie, sondern ganz entschieden für mich, daß es wirklich so ist, daß heute infolge der Organisation die Krise anders verläuft, als sie eben in früherer Zeit verlaufen ist.

Und wenn Sie sich andere konkrete Beispiele anschauen, sagen wir die Stahlindustrie: wir sehen, daß das Dumping von Frankreich und Belgien nicht wirkungslos ist. Weltwirtschaftlich spielt das vielleicht keine so große Rolle. Aber die betroffenen Industrien in den Konkurrenzstaaten erwarten mit großer Ungeduld, daß das endlich aufhört. Aber davon abgesehen — Valutadumping von der einen Seite — Versuch, unter Ausnützung von Zöllen durch Dumpingpreise aus Staaten mit stabiler Währung, diesem Dumping zu begegnen: doch offenbar ein Versuch, welcher auf Organisation in dem Sinne beruht, von dem ich gesprochen habe. Und jetzt zwischen diesem Valutadumping und dem alten Dumping eine Organisation in einer Rohstahlgemeinschaft, die ein internationales Kartell darstellt und die in einer anderen Form uns die Organisation als ein Mittel zeigt, um diese Krise zu überwinden, und dann dahinter die finanzielle Organisation — wenn Sie das alles zusammenfassen, so ist das, was ich Organisation genannt habe, das charakteristische Moment dieser Krisen. Es gibt vorübergehende Momente, die Inflation und die Deflation, und es gibt ein dauerndes Moment, und das ist die Organisation des Wirtschaftslebens.

(Lebhafter, allgemeiner Beifall.)

Professor Dr. Lederer (Heidelberg): Meine Damen und Herren! Nur einige Überlegungen über die interessanten Referate, die wir ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hört haben, namentlich im Anschluß daran, was Herr Professor Schüller zuletzt gesagt hat. Als wir das Programm unserer Tagung bekamen, lasen wir in fettem Druck: Krise der Weltwirtschaft. Wir haben heute davon direkt weniger gehört, als man nach dem Titel annehmen würde, aber indirekt steckt darin eine ganz bestimmte Anschauung über die Krise, und es mag mir gestattet sein, die Gesichtspunkte und Tatsachen, welche wir gehört haben, auf einen bestimmten Punkt zu konzentrieren. Ich meine die Frage, ob wir etwas wie eine Abendröte des europäischen Kapitalismus vor uns sehen, wie das Professor Harms angedeutet hat, eine Frage, die darauf hinausgeht, ob wir uns in einer Dauerkrise des kapitalistischen Systems befinden, oder ob alle diese Momente nur vorübergehende Störungen sind. Man kann diese Frage auch so zuspitzen, ob es sich um Momente handelt, welche vermöge der Elastizität des Wirtschaftsprozesses überwunden werden können, oder ob es sich letzten Endes um entscheidende und durch den normalen Prozeß der Selbstheilung nicht aufzuhebende Störungen des Wirtschaftsprozesses handelt. Ich glaube nun, daß sämtliche Momente, welche Herr Harms angeführt hat, im Wesen Disproportionalitäten, durch die Elastizität des Wirtschaftskampfes aufgehoben werden können, also keine tötlichen Wunden sind, welche der Zirkulationsprozeß des kapitalistischen Wirtschaftssystems erfährt. Es ist nun die Frage, ob nicht doch bestimmte Erscheinungen vorliegen, welche von grundsätzlich anderer Art sind, so daß sie durch die Elastizität der Volkswirtschaft nicht aufgehoben werden können. Ich glaube, daß das wichtigste Moment in dieser Hinsicht von Professor Schüller hervorgehoben wurde, nämlich die Tatsache, daß der Organisations- und der Konzentrationsprozeß sich über das Gesamte der Volkswirtschaft ausbreitet. Diese Tatsache schafft eine grundsätzlich andere Situation. Die Kartelle hatten in der Vorkriegszeit in ihrer Einwirkung auf die Konjunktur derart operiert, daß sie die Wirkungen ihrer Preispolitik auf die Felder der freien Konkurrenz abgewälzt haben.

Wenn es solche Felder freier Konkurrenz nicht mehr gibt, oder wenn diese sehr eingeengt werden, so entsteht grundsätzlich ein anderes Wirtschaftssystem, und es kann schon sein, daß eine solche Aufhebung der Konkurrenz letzten Endes einen anderen Zirkulationsprozeß, nämlich große Arbeitslosenziffern und daraus folgende Störungen der Weltwirtschaft resultieren läßt, insbesondere bei der Tendenz, die Preise hochzuhalten bei eingeschränkter Produktion.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hingegen kann ich das Moment, welches Professor Eulenburg vorgebracht hat, nämlich Verminderung der Kaufkraft, nicht ganz fassen. Ich kann es in der Begründung, die er vorgebracht hat, nicht ganz fassen, weil er nämlich sagte, daß infolge steigender Produktionskosten die Produkte im Preise gestiegen seien und demgemäß die Märkte nicht imstande gewesen wären, diese Produkte zu den hohen Preisen zu kaufen. Es drängt sich ja dabei sofort das Gegenargument auf, daß jede Produktion zu steigenden Kosten doch zugleich auch steigende Nachfrage, Kaufkraft bedeutet, daß die Kaufkraft auf den Märkten zunimmt. Ferner ist der Zusammenhang zwischen steigenden Produktionskosten und steigenden Preisen kein so zwingender, daß wir ihn ohne weiteres annehmen dürfen, sondern wir müssen das Moment der Ausschaltung der Konkurrenz noch anfügen, um die Stockung zu verstehen.

Es ist also die Frage, ob das kapitalistische Wirtschaftssystem, in welchem die großen Gruppen der Produktion monopolistisch organisiert sind, nicht einen anderen Zirkulationsprozeß hat, und ob es die Krise infolge dieser Organisation und bei der Tendenz zu hoher Preise bei eingeschränkter Produktion nicht viel schwerer überwindet als bei freier Konkurrenz. Diese Frage ist in der Tat eine entscheidende Frage, auch der ökonomischen Theorie. Wenn man sich mit dieser Frage beschäftigt, wie ich es zufällig vor kurzem tun mußte, so kommt man in der Tat zur Auffassung, daß hier eine entscheidende Wendung in der Struktur des Zirkulationsprozesses vorliegt. Es gibt aber noch andere Momente. Ich glaube auch, daß die Hineinziehung anderer Arbeitsmärkte in den Kapitalismus ein solches wichtiges Moment ist, an welchem die normale Elastizität des amerikanisch-europäischen Wirtschaftsprozesses eine Schranke findet — ich meine die Hereinziehung des indischen und besonders des chinesischen Arbeitsmarktes in den kapitalistischen Prozeß. Ich lege diesem Umstand eine so große Bedeutung bei, weil sicher der chinesische Arbeiter auf absehbare Zeit unter ganz anderen Reproduktionsbedingungen seiner Arbeitskraft steht als der europäische Arbeiter.

Können die Störungen, welche wir heute vorfinden, durch die normale Elastizität, durch die normalen Kompensationserscheinungen des kapitalistischen Prozesses ausgeglichen werden oder nicht? Dies ist die Frage, welche sich aufdrängt, wenn man die heutige Krise in ihrer Eigenart zu erkennen sucht, und welche ich in der Diskussion aufwerfen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wollte, weil sich aus ihr eine Gliederung, eine Beurteilung der verschiedenen heute vorgebrachten Krisen hervorrufenden Momente ergibt.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Als letztem Diskussionsredner gebe ich das Wort Herrn Min. Dr. Hilferding (Berlin).

Min. a. D. Dr. Hilferding (Berlin): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, in die Diskussion einzugreifen, weil ich mich bis zu einem gewissen Grade als Outsider dieser Diskussion fühle. Das Interessante heute Vormittag war doch die geistige Situation, die sich in der Kontradiktion zwischen der Rede des Herrn Bundespräsidenten ergeben hat, die eigentlich schon eine Rede zum sachlichen Thema gewesen ist, und zwischen den darauffolgenden Ausführungen.

Als ich die Rede des Herrn Bundespräsidenten hörte, erinnerte ich mich der großen Reihe von konservativen Kritikern des kapitalistischen Systems, die vielleicht ihren Höhepunkt in Sismondi erreicht haben, den am Schlusse seiner Rede der Herr Bundespräsident selbst zitierte; es ist jene Auffassung, die immer wieder in der Geschichte der nationalökonomischen Theorie wiederkehrt oder von der man sogar sagen kann, daß sie mit dem Beginn der wissenschaftlichen Nationalökonomie überhaupt uns entgegentritt.

Ich erinnere mich, daß uns bei Thomas Mun, dem Vater des englischen Merkantilismus, in seinem Werk über Englands Reichtum durch den Außenhandel, das mehr als 100 Jahre vor dem Buch Adam Smiths geschrieben wurde, Gedankengänge entgegentreten, die dann bei Sismondi systematisch entwickelt werden. Sismondi erklärt, der Industriekapitalismus sei am Ende, wir brauchen eine stationäre Wirtschaft. Er vertritt diese Auffassung in einer Periode kapitalistischer Entwicklung, die insofern eine starke Analogie zur jetzigen Entwicklung hat, als sie ebenfalls kennzeichnend ist für den Abschluß der großen Napoleonischen Kriege, die zugleich eine ungeheure weltwirtschaftliche Strukturwandlung bedeutet haben. Ebenso sagt zu Beginn des Kapitalismus Thomas Mun, dessen Buch 1630, acht Jahre nach Vernichtung der spanischen Armada verfaßt, wenn es auch erst nach seinem Tode, im Jahre 1664 veröffentlicht wurde, England müsse umkehren, es dürfe auf keine Weise den Weg der Industrialisierung weiter verfolgen, die anderen Ländern (die Niederlande) begännen sich zu industrialisieren,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

England habe keine Exportmöglichkeiten mehr, und die einzige Rettung sei daher Rückkehr zur Landwirtschaft, also Rückkehr zu einer stationären Wirtschaft. Heute, wieder am Ausgang einer Kriegsperiode, begegnen wir wieder dieser Stimmung, die Harms als eine romantische Stimmung bezeichnet hat, da sie die Rückkehr zu dem Ideal der sich selbst genügenden, in sich selbst ruhenden Volkswirtschaft fordet. Im stärksten Gegensatz dazu stehen die Gegner der „Zusammenbruchstheorie", die Gegner der stationären Wirtschaft, die Lobpreiser des kapitalistischen Geistes. Wir sehen jetzt in Deutschland trotz aller Hemmnisse den Wiederaufstieg der Volkswirtschaft, und das erklärt vielleicht diese Stimmung des sieghaften kapitalistischen Geistes, die selbstverständlich aufs schärfste jene Stimmung der Resignation, jene Romantik ablehnt, die uns in den ersten Nachkriegsjahren viel stärker entgegengetreten ist als heute. Das Interessante ist, daß dabei die Gegner des Kapitalismus von links ganz außerhalb der Diskussion bleiben. Denn wir können natürlich weder jene romantische Stimmung teilen, noch können wir einstimmen in jene absolute Verherrlichung des kapitalistischen Geistes, die uns heute früh im Referat von Harms entgegengetreten ist.

Ich möchte dazu zunächst bemerken, daß wir gegenüber der Auffassung von dem sieghaften Vordringen des kapitalistischen Geistes fragen müssen, um welchen Geist es sich hier handelt. Um schlagwortartig meine Ansicht anzudeuten, möchte ich sagen, daß „kapitalistischer Geist" doch etwas sehr Verschiedenes sein kann. Wir haben seinerzeit, als wir die Gründe für das Zurückbleiben Englands in der modernen kapitalistischen Organisation, in der Kartellierung, Vertrustung usw. untersucht haben, häufig gehört, es sei der kapitalistische Geist der englischen Bourgeoisie, es sei der Individualismus des englischen Kapitalisten, der verhindere, daß es in England zu jenen Organisationen komme, wie sie sich in Amerika und Deutschland entwickelt haben. Wir sehen also, daß derselbe Geist des Kapitalismus in dem einen Land unter Umständen sich gegen kapitalistische Organisationen wendet, während er in anderen Ländern gerade in der höchsten Ausbildung dieser kapitalistischen Organisationen seine Spitzenleistung erblickt. Professor Schüller hat auf diese entscheidende Wandlung des kapitalistischen Geistes bereits hingewiesen, die doch zugleich objektiv uns konkret in der grundlegenden Wandlung unserer Wirtschaft entgegentritt, die aus einer Produktion der freien Konkurrenz, aus einer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktion, wo sich, nach unseren heutigen Größenauffassungen, kleine Kapitalisten unabhängig gegenübergestanden haben, eine hierarchisch organisierte, aber vor allem eine organisierte Wirtschaft bildet, in der große Konzerne die ganzen Wirtschaftszweige umfassen, über die einzelnen Volkswirtschaften hinausgreifen und nunmehr die Produktion leiten. Das ist die entscheidende Wandlung, die durch den Krieg außerordentlich gefördert worden ist. Es ist diese Wandlung in den objektiven Verhältnissen, die sich subjektiv in den Wandlungen des kapitalistischen Geistes widerspiegelt.

Damit lassen Sie mich zu einem anderen Probleme kommen; bedeutet nun diese Krise des Kapitalismus, diese Nachkriegskrise, tatsächlich, wie so viele sagen, ein Ende der normalen kapitalistischen Entwicklung, oder bedeutet sie, wie Professor Harms gemeint hat, den Neuaufstieg des Kapitalismus. Professor Harms hat uns diesen Neuaufstieg eigentlich schon demonstriert, denn wenn man sich nicht auf irgendwelche nationale Betrachtungsweise beschränkt, so sind all die Tatsachen, die er aufgezählt hat, im Grunde genommen nichts anderes, als der Wiederaufstieg eines räumlich sehr erweiterten Weltkapitalismus.

Warum vollzieht sich aber der Wiederaufstieg in dieser Krisenform? Wenn wir diese Frage beantworten wollen, so ist uns dafür ebenfalls ein Fingerzeig in dem gegeben, was wir heute früh gehört haben. Schon Thomas Mun hat zu Beginn der kapitalistischen Ära die Sorge gehabt — immer sitzt hinter dem kapitalistischen Reiter die schwarze Sorge —, daß die kapitalistische Entwicklung, die ja eine ununterbrochen fortschreitende Industrialisierung der Welt bedeutet, sich eben dadurch selbst ein Ende macht. In jeder Phase hören wir immer wieder den Ruf: Nun ist's aber wirklich zu Ende. Was die jetzige Entwicklung unterscheidet, das ist, daß Krieg und Inflation bewirkt haben, daß das, was sich sonst evolutionär, langsam entwickelt, nämlich die trotz aller Zölle, trotz aller staatlichen Einflußnahme auf die Wirtschaft vorhandene, immer erneut sich vollziehende Arbeitsteilung nun auf eine verhältnismäßig ganz kurze Spanne Zeit zusammengedrängt worden ist.

Wenn sich früher die Textilindustrie in Indien unter der Konkurrenz der englischen Textilindustrie entwickelt hat, so ging das außerordentlich langsam, und diese langsame Entwicklung machte es der englischen Volkswirtschaft möglich, sich in dieser Zwischenzeit — sagen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wir — vom Export von englischem Kattun auf den Export von englischen Textilmaschinen nach Indien umzustellen, um dort die Textilindustrie aufbauen zu helfen.

Das setzt aber eben eine Allmählichkeit, eine Langsamkeit der Entwicklung voraus. Der Krieg, die Nachkriegspolitik, die Absperrung durch die Inflation, durch Hochschutzzölle, durch Ein- und Ausfuhrverbote haben bewirkt, daß tatsächlich dieser Zusammenhang des Weltmarktes für eine lange Dauer unterbrochen war und infolgedessen sich jene notwendige Umstellung innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften auf die geänderte Weltwirtschaft gar nicht vollziehen konnte. Ich meine, es ist diese Unterbrechung des ökonomischen Prozesses der Anpassung an die fortschreitende Industrialisierung, aber nicht die Industrialisierung selbst, die eine der Ursachen dieser Krise bildet.

Diese Unterbrechung hat jene außerordentlich große Disproportionalität der Produktionszweige bewirkt, die in den europäischen Ländern die große Krise bedeutet. Alle die Vorgänge, die wir jetzt beobachten, seitdem der Krieg hinter uns liegt, seitdem die Kriegsfolgen und vor allem die Inflation tatsächlich immer wieder die Weltmarktzusammenhänge gestört haben, haben immer wieder in den einzelnen nationalen Volkswirtschaften zu Fehlleitungen in der Akkumulation, in der Verteilung der Produktionsmittel geführt. Seitdem wir wieder zu normalen Verhältnissen in dieser Beziehung kommen, seitdem die Verhältnisse wiederum dahin tendieren, die einzelnen Volkswirtschaften zu einer Weltwirtschaft zu verbinden, durch Abbau der Handelsverbote, durch Einfügung in die Weltwirtschaft vermittels der Handelsverträge, seitdem erzwingt die kapitalistische Konkurrenz wieder die Herstellung jener Proportionalität des Weltmarktes, jener Proportionalität der Produktionszweige untereinander, die schließlich die Heilung der Krise bedingt. Man wird, wenn man das so auffaßt, gerade von links her die Auffassung zurückweisen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus ein mechanischer sei, weil keine vorkapitalistischen Märkte mehr vorhanden seien. Ich glaube, ich finde mich mit dieser Auffassung in vollständiger Übereinstimmung mit den Lehren Karl Marx, dem man fälschlich immer eine Zusammenbruchtheorie zuschreibt. Gerade der zweite Band des „Kapitals" zeigt, wie innerhalb des kapitalistischen Systems die Produktion auf immer erweiteter Stufenleiter möglich ist. Ich habe mir oft gedacht, es ist nicht so schlimm, daß dieser zweite Band so wenig gelesen wird, denn es könnte

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter Umständen ein Hohelied des Kapitalismus aus ihm herausgelesen werden. (Lebhafte Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!) Von dieser Auffassung ausgehend, glaube ich, daß die Probleme, die von Professor Schüller aufgeworfen worden sind, so interessant sie sind, doch nicht Kernprobleme sind. Die Frage des Preisniveaus: ich gestehe, daß ich heute noch kein endgültiges Urteil darüber habe, ob die Behauptung, daß wir ein so hohes Preisniveau in Deutschland haben, überhaupt richtig ist. Es ist eine Frage, die in einer kurzen Darlegung überhaupt nicht erörtert werden kann, ob die Preisniveaus, die sich tatsächlich unmittelbar nach den verschiedenen Stabilisierungszeitpunkten sicher rein national gebildet haben, verschieden in England, verschieden in Amerika und verschieden in Deutschland sich nicht gegenwärtig erst in dem Prozeß der Anpassung aneinander befinden. Ich vermute, daß erst seit 1924 und noch später, seitdem wiederum der Welthandel bedeutsamer geworden ist und durch die Handelsverträge stabile Austauschmöglichkeiten vorhanden sind, diese nationalen Preisniveaus sich angleichen, so daß hier langsam ein Prozeß des Ausgleiches dieser verschiedenen zunächst nationalwirtschaftlich gebildeten Preisniveaus zu einem Weltmarktsniveau ergibt. Ich habe die Empfindung, daß die Preisniveaus von Goldvalutaländern, also sagen wir das Preisniveau von Holland, von England und ganz bestimmt das amerikanische Preisniveau, ziemlich bedeutend höher liegen als z. B. das deutsche Preisniveau. Ich möchte nur in diesem Zusammenhange einschalten: wenn man die Verhinderung der Herabsetzung der Preise als eine, noch dazu dauernde Krisenursache auffassen wollte, wie erklärt es sich, daß, während das amerikanische Preisniveau unter den Goldvalutaländern das höchste ist, dort eine ununterbrochene Prosperität auf einer verhältnismäßig sehr hohen Basis des Preisniveaus herrscht?

Noch ein Moment muß hervorgehoben werden. Die ganze Frage des Preisniveaus steht überhaupt prinzipiell noch in einem anderen Zusammenhange: in dem Zusammenhange des Verhältnisses des Goldwertes zum Warenpreise. Diese Frage ist ebenfalls theoretisch noch nicht geklärt; es müßte noch untersucht werden, ob wir nicht überhaupt eine Wiederherstellung des Goldwertes auf das Vorkriegsniveau erwarten müssen oder mit einer dauernden Veränderung des Austauschverhältnisses zwischen Gold und Ware rechnen müssen. Denn erst von der Beantwortung dieser Frage der Änderung der Warenpreise

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von der Goldseite her wird es abhängen, ob die jetzige Preishöhe auf ein Niveau zurückgeführt werden wird, das dem Vorkriegsniveau näher liegt.

Das sind aber alles Fragen von großer theoretischer Wichtigkeit, die für den Ablauf der Krise sehr interessant sind, weil tatsächlich, wenn im Verhältnis von Ware und Gold eine solche sinkende Tendenz zu konstatieren wäre, die Krise wahrscheinlich einen längeren und langsamen Ablauf nehmen würde, als es sonst der Fall wäre. Aber auch das sind nicht die zuletzt entscheidenden Fragen.

Die entscheidende Frage ist die, die heute vormittag der Herr Bundespräsident in aller Schärfe gestellt und Herr Professor Harms in aller Schärfe beantwortet hat: Ist, was jetzt sich vollzieht, der Untergang des abendländischen Kapitalismus oder die Vorstufe zu seinem Neuaufbau? Herr Professor Harms hat gesagt, die Vorstufe zu einem neuen Aufbau. Von meinem Standpunkte aus beantworte ich die Frage gegenüber den Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten ganz ähnlich wie Professor Harms, nur daß sich daran erst die Diskussion zwischen mir und Professor Harms anschließen könnte, wohin schließlich die Wirkungen des „kapitalistischen Geistes" führen. Ich sehe sie in der Herstellung der organisierten Wirtschaft. Daraus ergibt sich für mich das Problem, wie nun diese, ohnedies schon organisierte Wirtschaft aus ihrer hierarchischen Form in eine andere, in die demokratische Form, überzuführen ist. Für diese Aufgabe brauchen wir einen kraftvollen und keinen verarmten, dekadenten Kapitalismus, denn für den Erben ist es sehr angenehm, wenn sein Erbe möglichst reich ist.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir wollen nun das Schlußwort von Geheimrat Professor Harms hören.

Professor Harms: Ich möchte anknüpfen an eine Äußerung des ersten Diskussionsredners, des Herrn Sektionschefs Dr. Schüller, die mir nahe gegangen ist. Er sagte nämlich mit Recht, daß eigentlich aus den beiden Referaten nicht klar hervorgegangen sei, worin die Beziehungen zwischen ihnen und dem Hauptthema, der „Krisis der Weltwirtschaft", bestanden hätten. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich das aus Zeitgründen Versäumte nunmehr wenigstens teilweise nachhole.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu Beginn des Vortrages habe ich den Begriff der Krisis in Beziehung auf die heutige Lage der Weltwirtschaft so gedeutet, daß darunter alle tiefgreifenden Proportionsverschiebungen und Neubildungen im internationalen Wirtschaftsgefüge verstanden werden, denen zufolge bisher aufeinander eingespielte Kräfte sich im Widerspruch befinden. Hinzugefügt wurde, daß auf die Problematik, welcher Anteil an den Ursachen solcher Veränderungen den typischen Konjunkturschwankungen einerseits und den Strukturwandlungen andererseits beizumessen sei, zurückgegriffen werden solle. Dies möge nunmehr zunächst geschehen.

Vorweg sei darauf hingewiesen, daß Konjunkturschwankungen und Strukturwandlungen nur ausnahmsweise identisch sind. Konjunkturschwankungen haben zwar Erschütterungen des Wirtschaftsgefüges zur Folge, verändern aber in der Regel nicht dessen Charakter. Je nach dem Grade, in welchem sie auftreten, können sie zeitweilig zu empfindlichen Funktionsstörungen führen, doch lassen sie die ursprüngliche Kräftelagerung überwiegend unberührt oder verhindern wenigstens nicht ihre Wiederherstellung. Nur wenn Konjunkturschwankungen ausnehmend heftig sind (wobei dann immer noch zu untersuchen bleibt, ob sie wirklich ausschließlich kreislaufmäßig bedingt sind), führen sie zu Strukturwandlungen — wie periodisch auftretendes Beben der Erde, das in weitaus den meisten Fällen zu dauernd morphologischen Veränderungen der Erdoberfläche nicht führt, gelegentlich aber Teile ihres Antlitzes von Grund auf umgestaltet. Dieser Vergleich ist auch insofern zutreffend, als Erdbeben und zyklische Krisen früher in größerem Ausmaße strukturverändernd gewirkt haben, als es heute der Fall ist. Wie dem aber auch sein möge: so viel steht fest, daß die großen Strukturwandlungen, die heute in der Weltwirtschaft vor sich gehen und deren „Krisis" bewirkten, mit Konjunkturschwankungen im Sinne der Konjunkturtheorie überhaupt nichts zu tun haben.

Dies führt zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen, denen ich wünsche, daß sie den Auftakt zu einer ausgiebigen Debatte bilden möchten. Die Sozialökonomie fast aller Länder steht seit etlichen Jahren im Zeichen der Konjunkturforschung. Dies ist an sich zu begrüßen. Es muß jedoch mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen werden, daß mittels der Methoden, deren man sich dabei bisher bedient hat, das weltwirtschaftliche Krisenphänomen überhaupt nicht geklärt werden kann. Konjunkturtheorie ist nach ihrem heutigen Stande

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so gut wie ausschließlich territorial orientiert. Immer sind es bestimmte Volkswirtschaften, in denen Grad und Ablauf der Konjunkturen beobachtet werden. Das heiße Bemühen ist darauf gerichtet, die Gesetzmäßigkeit im Kreislauf der Konjunkturphasen zu ergründen. Leitender Gesichtspunkt ist dabei, daß es das Schicksal jeder Phase sei, im eigenen Schoß die nachfolgende Phase nicht nur an sich, sondern auch in prädestinierter Gestalt gebären zu müssen. Strittig bleibt nur, welcher unter den in Betracht kommenden determinierten Zeugungsakten den Schoß letzthin befruchtet. Ist es das Geld oder sind es die Güter, und im letzten Falle, deren Hervorbringung oder Verzehr? Quantitätstheorie und Disproportionalitätstheorie, letztere auf Überproduktion oder Unterkonsumtion bezogen, stehen sich einstweilen noch unversöhnlich gegenüber. Nichts liegt mir ferner, als diese Art der Erforschung des Gesetzmäßigen im Konjunkturablauf zu verwerfen. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß sie von unschätzbarem Wert ist und dringend der weiteren Ausbildung, nicht zuletzt im Sinne der empirischen Fundierung bedarf. Wohl aber wehre ich mich dagegen, daß solcherweise eine wirtschaftliche Gesamtsituation erklärt oder eine Konjunktur prognostiziert werden könnte. Denn das, was der Konjunkturtheoretiker etwas verächtlich „zufällige Ursachen" nennt, spielt heute im Wirtschaftsleben eine so durchschlagende Rolle, daß man eher zu sagen geneigt ist, es dürfe daneben auch der Kreislauf und das ihm Immanente nicht unbeachtet bleiben. Zwangsläufig im Sinne des typischen Wechsellagenzyklus vollzieht sich Konjunkturablauf und -wechsel nur unter der Voraussetzung, daß auf die Gestaltung des Marktes lediglich quantitativ-mechanistische Tauschbeziehungen einwirken. Davon aber kann in einer Zeit, in der Kartelle und Trusts die Preisbildung bewußt in die Hand nehmen, in der Monopolisierung das Angebot regelt und die nationale Wirtschaftspolitik Orgien feiert, keine Rede sein, abgesehen davon, daß schon die Konjunkturpolitik den Kampf mit der sog. Gesetzmäßigkeit vorbeugend aufnimmt. Was aber die Hauptsache ist: Konjunkturschwankungen können in der Regel schon um deswillen nicht typisch im Sinne der Theorie ablaufen, weil in sie langwellige Strukturwandlungen hineinwirken, die fast an jeder Phasengestaltung ihren bestimmten Anteil haben. Nehmen wir als Beispiel die englische Textilindustrie. Das Konjunkturbarometer lautet auf Krisis im Rahmen der Gesamtkrisis des englischen Wirtschaftslebens. Prognose: zu irgend-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer Zeit wird der Aufschwung kommen, weil die englische Wirtschaftskrisis im Wechsellagenzyklus nach dreimaliger Reinkarnation in den Zustand der Hochkonjunktur schließlich wieder einmünden muß, von der dann auch die Textilindustrie ergriffen werden wird. Darin steckt ein richtiger Kern: Inwieweit jedoch die Lage der englischen Textilindustrie durch Strukturwandlungen in dem Sinne herbeigeführt worden ist, daß bisherige Absatzgebiete zur Eigenproduktion übergegangen und für Großbritannien endgültig verloren sind, steht auf einem besonderen Blatt. Es ist wahrscheinlich, daß sogar in einem Zustande allgemeiner Hochkonjunktur Englands die Textilindustrie zwar eine Belebung erfahren, aber dennoch in der Krisis verharren wird, und daß angesichts der Bedeutung, die die Textilindustrie für das englische Wirtschaftsleben besitzt, von hier aus auch der Dauer einer typischen Hochkonjunktur enge Grenzen gezogen sind. Für solches Hineinwirken von langwelligen Strukturwandlungen in typische Konjunkturabläufe ließen sich, wie mein Vortrag gezeigt haben dürfte, unzählige Beispiele anführen. Meine Beobachtungen des Konjunkturablaufs im letzten Jahrzehnt haben mich zu der Überzeugung geführt, daß „Krisen" fast niemals kreislaufmäßig bedingt, sondern ganz überwiegend „exogen" bestimmt waren. Unter den exogenen Ursachen aber spielen Strukturwandlungen eine entscheidende Rolle. Ist dies schon vom Standpunkt wissenschaftlicher Erkenntnis wichtig, so hat vom Standpunkt der Prophylaxe und Therapie das sichere Urteil darüber, ob eine Krisis konjunkturell oder strukturell bedingt ist, schlechthin fundamentale Bedeutung. Ein Beispiel wird dies erhärten. Wäre die Krisis der englischen Textilindustrie lediglich konjunkturell bestimmt, so käme es für die Politik im wesentlichen darauf an, die Beteiligten, insbesondere die Arbeitslosen, vor den vorübergehenden Folgen nach Möglichkeit zu schützen; ist sie aber zum Teil auch strukturell bedingt, so sind Maßnahmen auf lange Sicht erforderlich, die eine Anpassung an den Strukturwandel zum Ziel haben. Erst recht gilt das Gesagte natürlich dann, wenn eine Krisis *nur* strukturell bedingt ist. Würde beispielsweise unter diesem Gesichtspunkt die heutige Lage der deutschen Volkswirtschaft einer Analyse mit dem Erfolge unterzogen, daß erkannt wird, inwieweit Funktionsstörungen ihres Gefüges strukturell oder konjunkturell bedingt sind, so wäre dies von grundlegender Bedeutung, denn erst mittels so gewonnener Erkenntnis kann die Wirtschaftspolitik folgerichtig und planmäßig gestaltet werden. Bekanntlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat die deutsche Wirtschaftsenquete sich gerade diese Aufgabe gesetzt. Doch zum Ausgangspunkt zurück: isolierende Konjunkturtheorie, so unentbehrlich sie ist, darf schon vom raumwirtschaftlichen Standpunkt nur als *eines* der Mittel angesehen werden, das Wirtschaftsleben in seinem Ablauf zu erfassen und zu ergründen. Wer sich dem verschließt und gar den Mut hat, aus der Enge seines Gesichtsfeldes Konjunkturprognose zu betreiben und der praktischen Geschäftswelt den Eindruck zu vermitteln, daß er über das Wetter in der nächsten Zeit mehr sagen könne, als daß es sich ändern oder so bleiben werde, der sei auch an dieser Stelle bewundert und angestaunt. Ich persönlich bin einerseits bescheidener, andererseits anspruchsvoller. Konjunkturen erforschen heißt für mich die *gesamte Dynamik* des Wirtschaftslebens und die *Mannigfaltigkeit* ihrer Verursachung zu ergründen.

Diese Auffassung erhält vom Standpunkt weltwirtschaftlicher Konjunkturforschung ihre besondere Stütze. Hier ist mit der Theorie vom Wechsellagenzyklus überhaupt nichts anzufangen, denn was kann sie über die heutige Lage der Weltwirtschaft aussagen?! Man stelle sich vor: Mitteleuropa und England im Zustand der Krisis, Frankreich im Übergang von inflationistisch-bedingter Hochkonjunktur zur Deflationskrisis, Italien in der Phase des Aufschwungs, Rußland im „Idealzustande" der konjunkturlosen Wirtschaft, die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeichen der Hochkonjunktur mit gewissen Anzeichen des Umschwungs, Indien im Zustand der Depression, China im Chaos, Japan in der Depressionsphase, die südamerikanische A.B.C.-Länder im Übergang von der Depression zum Aufschwung! Wie sollte es möglich sein, von den Konjunkturbarometern dieser Länder die „Weltkonjunktur" abzulesen und sie in eine der vier Phasen, mit welchen die Theorie zu arbeiten pflegt, einzugliedern! Schon der Gedanke ist absurd! So ist es zu erklären, daß, von programmatischen Ansätzen aus aller jüngster Zeit abgesehen, die Konjunkturtheoretiker und Konjunkturinstitute auf dieser Erde nicht einmal den Versuch gemacht haben, die Lehre von der „gesetzmäßigen Aufeinanderfolge der einzelnen Marktlagen" auf die Weltwirtschaft oder auch nur den Weltmarkt anzuwenden, sondern sich damit begnügen, über die „andern" Länder Situationsberichte zu veröffentlichen. Selbst dort, wo Produktion und Preise von Grundstoffen unter universellem Gesichtspunkt erfaßt werden, ist es stets unterblieben, über das Wesen einer Kon-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

junktur der Weltwirtschaft irgend etwas zu sagen, geschweige denn typische Grundzüge in der Aufeinanderfolge jeweiliger Konjunkturlagen zu erforschen. Solches Vorhaben würde mittels der bisherigen Methoden auch von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sein; denn die „Konjunktur der Weltwirtschaft" ist weder das arithmetische Mittel aus den Konjunkturen der Volkswirtschaften, noch wird sie durch das Auf und Ab zufällig erfaßbarer Rohstoffe bestimmt, obwohl der Rohstoffmarkt an sich ein wichtiges Bestimmungselement ist.

Das Problem der „weltwirtschaftlichen Konjunktur" wird auch nicht dadurch gelöst, daß man es von vornherein als unlösbar bezeichnet. Mit derlei Ignoranz mich auseinanderzusetzen, lehne ich selbstverständlich ab. Die Schwierigkeiten hingegen sehe ich durchaus. Ich meine jedoch, daß es eine der *wichtigsten* Aufgaben der Sozialökonomik ist, ihrer Herr zu werden. Dem, was wir die Krisis der Weltwirtschaft nennen, ist planmäßig nur dann beizukommen, wenn wir es in seinem Wesen zu erkennen versuchen. Der Weg dahin öffnet sich, wenn alle Elemente der *zwischenvolkswirtschaftlichen Beziehungen* — auf diese kommt es an! — ebensowohl statistisch erfaßt (und dafür die Unterlagen, etwa durch die Weltwirtschaftskonferenz beschafft) als auf ihren Symptomcharakter hin kausal erforscht werden. Dies ist zunächst eine gefügetheoretische Aufgabe, deren Lösung aber nicht allein Ermittlung von konkreten Tatsachen und Tatsachenzusammenhängen, sondern auch wesentliche methodologische Klarstellung zur Voraussetzung hat. Es sei daran erinnert, daß wir bis heute noch nicht einmal eine begrifflich-einheitliche Vorstellung von dem haben, was wir stündlich und täglich „Weltmarkt" nennen.

Die Aufgabe hat aber nicht nur ihre gefügetheoretische Seite, sondern weltwirtschaftliche Konjunkturforschung muß zugleich gebildetheoretisch eingestellt sein. Was jenseits des isoliert Marktmäßigen an „Zufälligem" auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen einwirkt, gilt es zu erfassen. Das „Zufällige" ist aber nicht nur durch mechanistische Änderungen im Gefüge bedingt, sondern wird darüber hinaus einerseits durch sonderraumwirtschaftliche Bestrebungen und Maßnahmen, andererseits durch das Gebilde der Weltwirtschaft als solches bewirkt. *In der Synthese von Gefüge- und Gebildetheorie liegt die eigentliche Problematik der Konjunkturforschung, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß in sie der gesamte sozialökonomische Methodenstreit einmünden muß.*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Endlich ein Wort zur Rede des Herrn Reichsministers Dr. Hilferding, das schon um der Vermeidung von Mißverständnissen willen angebracht ist. Herr Dr. Hilferding hat gemeint, daß ich das Hohelied des Kapitalismus gesungen hätte. Die Dinge liegen so. Gemäß der ganzen Einstellung meines Vortrages bin ich bestrebt gewesen, das darzustellen, was ist. Folglich mußte ich darauf hinweisen, daß zwischen den Zuständen in Europa und jenen in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Unterschied vorhanden ist. Während wir in Europa glauben, die „Bestie" Kapitalismus überwunden zu haben, steht eben dieser Kapitalismus in der übrigen Welt in noch jugendlichem Alter. Daraus folgerte ich, daß diejenigen Völker, welche dem Kapitalismus vorzeitig entsagen, zum Abstieg verurteilt sind, und hinzugefügt habe ich, daß solcher Abstiegsprozeß sich zunächst auf dem Rücken des Proletariats vollziehe. Die westeuropäischen Lohnarbeiter seien es somit, die von den Unternehmern fordern müßten, daß sie sich, solange das kapitalistische System überhaupt besteht, den kapitalistischen Geist bewahren, weil andernfalls das Ganze eine Farce sei. Eindringlich legte ich in diesem Zusammenhang sodann dar, daß der Kapitalismus, der sich anheischig mache, die Weltwirtschaft aus ihren Angeln zu heben, insofern einen entscheidenden „Strukturwandel" seines Geistes zu vollziehen im Begriffe stehe, als er seine Interessensolidarität mit der Lohnarbeiterschaft erkannt habe. Daß dies auch in Europa erreicht werden möge, stand im Hintergrunde aller meiner Gedanken, die ich über den Kapitalismus äußerte.

Schließen lassen Sie mich mit einem Wort, das unser verstorbener Philippovich am Schluß der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Magdeburg sprach: Die Debatte ist tot, es lebe die Debatte!

(Stürmischer anhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wir stehen am Schlusse des ersten Tages unserer Verhandlungen. Es ist gute Sitte unseres Vereins geworden, daß der Vorsitzende nicht versuchen soll, ein Fazit der Verhandlungen zu ziehen. Wir sind dazu gekommen aus der Überzeugung heraus, daß strengste Unparteilichkeit der Geschäftsführung notwendig ist. So erübrigt sich für mich, nur ganz kurze Dankesworte zu sprechen. Lassen Sie mich diese Worte dreifach gliedern.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unser Dank gilt in erster Linie den beiden Hauptreferenten des heutigen Tages. Mögen einzelne von uns an Einzelheiten Anstoß genommen haben, mögen sie Fragezeichen machen und mögen sich neue Fragestellungen auftun: in einem waren wir alle einig. Wir standen vollkommen im Banne der glänzenden Darlegungen der beiden Redner, die an suggestiver Kraft kaum übertroffen werden können. Unser Dank gilt in zweiter Linie auch allen denen, die sich an der Diskussion beteiligten. Sie haben die vorgezeichneten Linien teils nachgezogen, teils unterstrichen, teils abschattiert. Lassen Sie mich schließlich auch herzlichsten Dank sagen den Männern, die in mühevoller und entsagungsreicher Arbeit die heutigen Verhandlungen vorbereitet haben. Zuletzt, aber nicht in letzter Linie, gilt unser besonderer Dank daher unserem hochverehrten Vorsitzenden Geheimrat Dr. Herkner und seinem treuen Adlatus Dr. Boese.

(Großer, allgemeiner Beifall und Händeklatschen.)

Ich schließe die heutige Sitzung.

Schluß der Sitzung: ½6 Uhr abends.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 24. September 1926.

Vorsitzender Professor Dr. Mises: Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, die heutige Sitzung zu eröffnen.

Ich erlaube mir, Herrn Professor Aereboe, der heute zum erstenmal in dem Verein als Referent auftritt, auf das herzlichste zu begrüßen und ihn zu bitten, mit seinem Referat zu beginnen.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Aereboe (Berlin):

Die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft.

Hochgeehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bevölkerungskapazität, welche ein bestimmter Bodenraum, ein gegebener Volksboden besitzt, kommt in erster Linie zum Ausdruck in den Gelegenheiten oder Möglichkeiten, die er seinen Bewohnern für Arbeit und Einkommensgewinnung von Natur aus nach Maßgabe von Bodenbeschaffenheit und Klima darbietet. In zweiter Linie hängt die Bevölkerungskapazität dieses Bodenraums von dem mehr oder weniger großen Geschick seiner Bewohner ab, diese Gelegenheiten auszunutzen, und in dritter Reihe kommen dabei alle Einrichtungen und Hilfsmittel in Betracht, welche diese Bevölkerung sich für die Bodenausnutzung im Laufe der Generationen bereits geschaffen und zu erhalten gewußt hat.

Es ist also nicht allein die Produktivität der Landwirtschaft, welche die Bevölkerungskapazität eines Landes bestimmt. Ja, auch der Nahrungsspielraum, den die Landwirtschaft nach Maßgabe ihres Umfanges und ihres Standes gewährt, deckt sich nicht ganz mit der von ihr getragenen Bevölkerungskapazität, weil dabei auch die Verteilung der Agrarprodukte auf die Gesamtbevölkerung und deren Ansprüche mitsprechen. Trotzdem spielt der durch die Produktivität der Landwirtschaft bedingte Nahrungsspielraum eine entscheidende Rolle für die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevölkerungskapazität. Das gilt einmal für die nationale Landwirtschaft, welche einen großen Teil der seitens der Volkswirtschaft benötigten Agrarprodukte zu liefern und zu sichern hat, zum anderen auch für die Landwirtschaft der Tauschländer, welche diesen Teil zu ergänzen hat. — In letzter Linie bleibt die Landwirtschaft selbst in hochentwickelten Industriestaaten die eigentliche Nährmutter der Menschen.

Es ist daher auch durchaus sachgemäß, daß der Vorstand des Vereins für Sozialpolitik, sofern er die Behandlung der Bevölkerungsprobleme überhaupt auf die Tagesordnung setzen wollte, dabei einen Vortrag über die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft vorangestellt hat.

Ich werde bei Erörterung dieses Themas die Möglichkeiten der Steigerung der Bodenproduktion und deren Grenzen einseitig in den Vordergrund rücken und dabei mehr die weltwirtschaftlichen als die nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkte betonen, weil ich glaube, daß man so am leichtesten zu einer grundsätzlichen Klärung der vielfach strittigen großen Zusammenhänge der Dinge beitragen kann.

Unter gegebenen natürlichen Verhältnissen hängt die Produktivität der Landwirtschaft und damit der durch sie gewährte Nahrungsspielraum ab

1. vom Stande der landwirtschaftlichen und der die Landwirtschaft befruchtenden Technik;
2. von den Preisrelationen der landwirtschaftlichen Produkte und käuflichen Produktionsmittel sowie von dem der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Kapital;
3. von der Höhe der Löhne der Landarbeiter und der mit dieser in Verbindung stehenden Besitzverteilung;
4. vom Wissen und Können aller in der Landwirtschaft und für die Landwirtschaft tätigen Menschen;
5. vom internationalen Austausch und dessen Sicherung durch internationalen Frieden.

I. Die Abhängigkeit der Produktivität der Landwirtschaft vom Stande der landwirtschaftlichen und der industriellen Technik.

Ich habe mich über die Abhängigkeit des Nahrungsspielraums der Völker und der Menschheit vom jeweiligen Stande der landwirtschaftlichen und der industriellen Technik bereits im vorigen Jahre in einer Abhandlung im Weltwirtschaftlichen Archiv von Herrn Geheimrat

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Harms ausgelassen[1], muß hier heute aber das Wesentliche daraus wiederholen:

Der Nahrungsspielraum, den ein gegebener Volksboden einem Volke und die Erde der Menschheit gewährt, ist in erster Linie abhängig von den technischen Hilfsmitteln, welche bei der Bodenwirtschaft zur Verfügung stehen. Obenan stehen dabei die Kulturpflanzen und die sich in der Gefangenschaft fortpflanzenden Kulturtiere oder Haustiere, sowie alle Hilfsmittel, die bei deren Zucht verwandt werden. Jede einzelne Getreideart, welche der Mensch kennen und nutzen lernte, hat vielen Millionen von Menschen das Leben ermöglicht. Zuerst waren es Hirse und Reis, welche Kulturvölker, besonders in den Flußniederungen entstehen ließen. Ihnen folgten Weizen und Gerste, welche auch auf den trockneren Höhen gebaut werden konnten. Hafer und Roggen schufen dem Getreidebau auch in den kälteren Zonen einen neuen breiten Erdgürtel. Kartoffel und Zuckerrübe sind erst in den letzten hundert Jahren zu wichtigen Trägern der Bodenkultur und damit der menschlichen Kultur und des Völkerlebens geworden. Was würde morgen aus der Landwirtschaft Deutschlands und aus dem deutschen Volke werden, wenn der Koloradokäfer den Kartoffelbau unmöglich machen würde? Was würde aus der Bekleidung der Menschheit, wenn es dem Menschen nicht mehr gelänge, sich der Schädlinge der Baumwollenpflanzen zu erwehren? Die Kulturpflanzen und Kulturtiere sind das wichtigste internationale Kulturgut der Menschheit, mit dem der größte Teil derselben steht und fällt. Dieses Kulturgut wird dauernd vermehrt, und damit werden immer neue Bodenflächen gewonnen und die alten Kulturflächen in ihren Erträgen gesteigert. In der neuesten Zeit macht z. B. die Sojabohne einen ähnlichen Siegeszug durch die wärmeren Breiten, wie es die Kartoffel im letzten Jahrhundert durch die gemäßigten Zonen getan hat. Die Pflanzenzüchtung aber sorgt in steigendem Maße dafür, daß die alten Kulturpflanzen immer höhere Erträge bringen, in immer ungünstigeren Klimazonen und auf immer ärmeren Böden angebaut werden können. Wie sehr wir hier noch im Anfange stehen, das zeigen am besten die fast fabelhaften Erfolge, die

[1] Vgl. Aereboe: Das Ernährungsproblem der Völker und die Produktionssteigerung der Landwirtschaft. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 21, Heft 2. Ferner Aereboe: Die Erschließung des Erdballs durch die fortschreitende Vervollkommnung der Hilfsmittel des Landbaus, Heft 4 der betriebswirtschaftlichen Vorträge aus dem Gebiete der Landwirtschaft. Berlin 1921, Paul Parey.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der kürzlich verstorbene „Zauberer von Santa rosa" in Kalifornien, Luther Burbank, in der Pflanzenzucht erzielt hat.

Ähnlich so sieht es auf dem Gebiete der Tierzucht aus. Erst die Weidetiere haben die Ausnutzung der Steppen, Prärien und Hochalmen ermöglicht, und erst die Arbeitstiere haben die Pflanzenkultur aus dem Garten bzw. aus dem gartenähnlichen Handhackbaulande auf das Ackerland hinausgetragen. Das Renntier ermöglicht im hohen Norden dem Menschen noch ein Dasein, wo der Ackerbau längst aufgehört hat. Rind und Ziege sind die Hauptträger der Kinderernährung bei allen Kulturvölkern geworden. Der Kartoffelbau hat seinen Siegeszug zum großen Teil der gleichzeitigen Ausdehnung der Schweinehaltung zu verdanken. Daß wir auch auf dem Gebiete der Tierzucht noch längst nicht am Ende der Entwicklung stehen, beweisen die ungeheuren Erfolge, welche man neuerdings z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bei der Rindviehzucht erzielt hat, wo es z. B. Kühe gibt, die bis zu 16000 Liter Milch in einem Jahre gegeben haben. Auch die Milchleistungen der im Besitze des Bundespräsidenten von Österreich, Herrn Dr. Hainisch, befindlichen Montafonerkuh „Bella" können hier genannt werden.

Nicht minder wichtig für die Steigerung der Bodenkultur und der Bodenerträge sind die Fortschritte auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Maschinenwesens und der Elektrifizierung der Landwirtschaft. — Steine, die früher jede Ackerkultur unmöglich machten, werden heute mit Leichtigkeit gesprengt und beseitigt; Wälder werden mit großen Rodemaschinen gerodet. Wasserlöcher mit Hilfe von Feldbahnen leicht ausgefüllt, gute, tiefer gelegene Bodenschichten werden mit Dampfpflügen an die Oberfläche gebracht und tote Schichten werden dafür begraben. Die Handarbeit des Menschen wird durch Maschinenarbeit ebenso eingeengt, wie die Spannarbeit der Zugtiere, so daß sich die freigewordenen Arbeitskräfte anderen Aufgaben der Bodenkultur zuwenden können. Das alles aber bedeutet Neuland der Bodenkultur im weitesten Sinne des Wortes. Ganz unabsehbar erscheint dieses Neuland aber, wenn man das Gebiet der Pflanzenernährung und Düngung in den Kreis der Betrachtung zieht. Was hat ein Justus Liebig der Menschheit an Brot geschaffen? Mehr, als wenn ein neuer Erdteil mit fruchtbarstem Boden plötzlich aus dem Saragossameere aufsteigen würde. Ähnliches gilt auch für Haber und Bosch, welche aus gelehrt haben, den freien Stickstoff der Luft zur Herstellung billiger

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stickstoffdünger zu benutzen. Die Stickstoffwerke in Leuna und Oppau wiegen für unsere Nahrungsmittelproduktion heute mehr als alles Land, welches Deutschland im Weltkriege verloren hat. Die Möglichkeiten der Ausdehnung der Nahrungsmittelproduktion des Erdballs durch Vermehrung der Stickstoffdüngerfabriken sind völlig unabsehbar. Diese Vermehrung ist auch auf die Dauer nicht an die Kohle gebunden, weil sie auch mit Hilfe der Wasserkräfte möglich ist. Vorläufig ist nur die Benutzung der Kohle in den meisten Fällen billiger. — Ebenso unabsehbar sind die Möglichkeiten der Ausdehnung der Nahrungsmittelproduktion auf dem Gebiete der Ent- und Bewässerungswirtschaft. Wem bekannt ist, welche Ertragssteigerung die Röhrendrainage im ganzen europäischen Westen gerade auf den fruchtbarsten Böden ausgelöst hat, der kann sich eine Vorstellung davon machen, was sich aus den größtenteils undrainierten ungeheuren fruchtbaren Bodenflächen von Kongreßpolen machen läßt. Ähnlich so liegen die Dinge in großen Teilen von Weißrußland und in anderen Ländern. Viel aussichtsreicher als die Entwässerung ist jedoch die Ausdehnung der Bewässerungswirtschaft auf dem Erdballe. Die Entwässerung der Böden spielt die Hauptrolle in den kälteren Gegenden der Erde, die Bewässerung dagegen in den wärmeren Zonen. Wo aber Feuchtigkeit und Wärme zusammenwirken, da schüttet die Natur ihre Gaben mit unendlicher Freigiebigkeit aus. Heute rinnt das meiste Wasser der Berge ungenutzt zu Tal. Nur in China, Japan, Indien und in Ägypten wird es von altersher und im Westen der Vereinigten Staaten und in Italien neuerdings in umfassenderem Maße ausgenutzt. Welche Möglichkeiten hier aber noch gegeben sind, das zeigen schon die Ruinen der ehemaligen Bewässerungsstaaten in Mittelamerika, Südamerika, Kleinasien, Persien und Zentralasien, die im Laufe der Geschichte mit ihrer Bevölkerung durch die Kriegsfurie vernichtet und teils aus Kapitalmangel, teils wegen der drohenden neuerlichen Vernichtung, teils wegen völligen Verschwindens der sachkundigen Menschen nicht wieder aufgebaut wurden.

Die Menschheit würde auch in Nahrungsmitteln und anderen Agrarerzeugnissen bald ersticken, wenn die Ausnutzung der Gebirgsgewässer zur Bewässerungswirtschaft auf der Erde schnell fortschreiten würde. Es gibt eben auch ohnedies noch Neuland genug, das in steigendem Maße und mit geringerem Kapitalaufwande herangezogen werden kann. Dazu gehört unter anderem auch die Umstellung der alten mit allem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inventar bereits ausgerüsteten landwirtschaftlichen Betriebe auf ertragbringendere Organisationsformen. Namentlich die fortschreitende Umwandlung von Weideland in ertragbringenderes Ackerland, der Ersatz des Brachlandes durch Hackfruchtbau und Futterbau spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch der Wald wird bei fortschreitender Kultur vom guten Boden immer mehr in die künstlich aufgeforsteten Heiden verlegt und durch Ackerbau, Wiesen und Weidenkultur ersetzt. Man braucht ferner den Wald immer weniger, weil das Bauholz durch Steine und Eisen und das Brennholz durch Kohle ersetzt werden, die aus dem Erdinneren stammen. Dabei werden große Bodenflächen für die Nahrungsmittelgewinnung frei. Gleiches wird auch dadurch erreicht, daß man die Arzneipflanzen und Färbepflanzen durch Chemikalien ersetzt, welche aus Steinkohlen, Braunkohlen und anderen aus dem Erdinneren entnommenen Mineralien gewonnen werden. Die Landwirtschaft wird also immer ausschließlicher auf Nahrungsmittelproduktion eingestellt und dabei zugleich von anderen Aufgaben entlastet. Namentlich die Herstellung von Kunststraßen und Eisenbahnen, das Aufkommen der Automobile, von Post und Telegraph hat sie von den verschiedensten Transportarbeiten in steigendem Maße befreit, so daß statt des Hafers für die Transportpferde immer mehr Brotgetreide gebaut werden konnte und man das Pferdeheu in steigendem Maße einer erweiterten Milchviehhaltung zuweisen konnte. In gleicher Richtung wirkt auch der steigende Ersatz der Pferde und Zugochsen auf dem Ackerlande durch Dampfpflug und Motorpflug. Auch die Ausnutzung aller in der Landwirtschaft gewonnenen Nahrungsmittel wird mit der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse und mit der Verbesserung der Konservierungsmethoden immer vollkommener.

Ein immer größerer Teil aller Arbeitsprozesse der Volkswirtschaft stützt sich dabei auf die dem Erdinneren entnommenen Rohstoffe. Die aus diesen hergestellten Erzeugnisse decken nicht nur einen steigenden Anteil des menschlichen Konsums, sondern sie dienen auch in wachsendem Maße dazu, die immer einseitiger auf Nahrungsmittelproduktion eingestellte Benutzung der Erdoberfläche immer ausgiebiger zu gestalten. Das Ende dieser Entwicklung kann aber heute noch niemand absehen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

II. Die Abhängigkeit der Produktivität der Landwirtschaft von den Preisverhältnissen und von der Kapitalbildung.

Eine Steigerung der Bodenproduktion kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden und wird durch eine Reihe verschiedener Faktoren herbeigeführt.

Obenan steht hier eine Rationalisierung des Betriebes. Wenn ein Landwirt bei der Kunstdüngeranwendung bisher im Verhältnis zum Stickstoffaufwande zu viel Phosphorsäure aufgewandt hat und schränkt letzteren auf ein zweckmäßigeres Maß ein, so rationalisiert er seinen Betrieb. Das Gleiche erreicht er, wenn er seine Arbeitsmethoden vervollkommnet, das Futter der Milchkühe besser nach der Leistungsfähigkeit der Einzeltiere auf diese verteilt als es bisher geschah u. a. m. In allen diesen Fällen wird der gleiche Rohertrag mit geringerem Aufwande gewonnen.

Wird nun ein Teil der gemachten Ersparnisse dazu benutzt, um solche Betriebsverbesserungen durchzuführen, welche Geld kosten, so haben wir es mit steigenden Roherträgen bei sinkenden Kosten zu tun. Werden sämtliche erzielten Ersparnisse zu solchen Betriebsverbesserungen verwandt, so haben wir es mit steigenden Roherträgen bei gleichbleibenden Kosten zu tun. Rationalisierung und Intensivierung, d. h. Steigerung des Aufwandes, gehen hier also Hand in Hand miteinander, ja die Rationalisierung ist der eigentliche Hebel der Intensivierung. Aus dem Gesagten geht auch bereits klar hervor, daß bei dieser Intensivierung das Wesen der Sache die Steigerung des Naturalaufwandes und nicht etwa die des Geldaufwandes ist. Es kann ja, wie gezeigt, Steigerung des Naturalaufwandes mit sinkendem Geldaufwande Hand in Hand gehen, sofern nur ein Teil der durch Rationalisierung erzielten Ersparnisse zu Betriebsverbesserungen verausgabt wird. In der Mehrzahl der Fälle des praktischen Lebens gehen Rationalisierung und Intensivierung allerdings derart miteinander Hand in Hand, daß Betriebsverbesserungen, die relativ wenig kosten, zu einer großen Rohertragssteigerung führen, wie es z. B. für die Einführung neuer Kulturpflanzen, neuer ertragreicherer Rassen der bisher angebauten Kulturpflanzen, leistungsfähigerer Haustiere u. a. m. zutrifft. Es sinken dann zwar nicht die gesamten Betriebskosten, wohl aber die für die Einheit der Erntemenge aufgewandten sogenannten Stückkosten, auf die ja alles ankommt. Eine solche Herabsetzung der Stückkosten der Erntemassen und der Erträge der Haustiere durch Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

besserung der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden und der zur Anwendung kommenden Kulturpflanzen, Pflanzenrassen, Kulturtiere, Viehrassen und vieles andere ist der erste große Hebel zur Produktionssteigerung der Landwirtschaft.

Zu betonen ist dabei, daß eine solche Intensivierung in Kombination mit Rationalisierung ceteris paribus nicht zu einer Verteuerung, sondern zu einer Verbilligung der Einheit der Ernteerzeugnisse führt, soweit von derselben ein verständiger Gebrauch gemacht wird.

Das zweite bedeutsame Mittel der Produktionssteigerung der Landwirtschaft aber ist die Verbilligung und Verbesserung aller in der Landwirtschaft zur Verwendung kommenden Erzeugnisse von Industrie und Handel. Die fortschreitende industrielle Arbeitsteilung und die damit in Zusammenhang stehende Steigerung der Massenproduktion führen bekanntlich zu einer Verbilligung des einzelnen Stückes am Orte seiner Herstellung. Pflug, Egge, Walze gleicher Konstruktion sind im Lauf der Zeiten nicht nur in Roggen, Weizen, Milch oder Fleisch gemessen, sondern auch absolut betrachtet loco Markt immer billiger geworden. Sie wurden damit immer mehr zu ideellen Trägern der Vorteile der industriellen Arbeitsteilung und zu Überträgern dieser Vorteile auf die Landwirtschaft. Damit wurden sie immer mehr „zu einem Kapital", dessen man sich in der Landwirtschaft bedienen „muß", um konkurrenzfähig produzieren zu können. Mit ihrer Hilfe konnte und kann man eben die Stückkosten der Ernteerzeugnisse um so mehr herabdrücken, je mehr die Preise dieser industriell gefertigten Hilfsmittel der Landwirtschaft sinken.

Grundsätzlich gleich kommt aber einer solchen Verbilligung der käuflichen Hilfsmittel des Landwirts jede Verbesserung derselben, d. h. jede Leistungssteigerung derselben, welche nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten erkauft zu werden braucht. Eine Drillmaschine, welche gegenüber einer Breitsäemaschine außerordentlich an Saatgut zu sparen gestattet und zudem die Unkrautvertilgung infolge der Reihensaat viel leichter und vollkommener zuläßt, kann fünfmal so viel kosten wie eine Breitsäemaschine und ist doch noch billiger, weil man mit ihrer Hilfe die Stückkosten des Ernteertrags trotz der höheren Anschaffungskosten der Maschine herabdrücken kann.

In noch viel höherem Maße gilt das Gesagte für die Anwendung von Kunstdüngemitteln, deren Einführung die Naturalroherträge der Landwirtschaft aller höher entwickelten Länder, in denen diese Natural-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

roherträge auch einen relativ höheren Preis hatten, so gesteigert hat, daß die Stückkosten der Erntemasse, bei nicht zu hohen Preisen der Kunstdüngemittel selbst, innerhalb bestimmter durch die Bedürfnisse der Pflanzen gesteckten Grenzen mehr oder weniger weitgehend herabgedrückt wurden.

In allen diesen Fällen stiegen und steigen die Ernten und sonstigen Erträge der Landwirtschaft bei sinkenden Stückkosten der Erntemassen und der Roherträge der Viehhaltung. Das Befruchtende ist hier aber wiederum die Rationalisierung der Arbeitsprozesse zufolge neuer Erfindungen, welche die Leistungsfähigkeit der käuflichen Produktionsmittel des Landwirtes heben, und zufolge steigender Massenherstellung derselben, welche ihre Preise zum Sinken bringen. Nur handelt es sich hier nicht um Fortschritte, welche die Landwirtschaft selbst zeitigt, sondern um industrielle Fortschritte, welche in der Regel den Einfluß der landwirtschaftlichen Fortschritte stark zurücktreten lassen. Oft gehen beide auch Hand in Hand miteinander, wie es z. B. die Steigerung der Zuckerausbeute aus den Rüben zeigt.

Jede Verbilligung und Leistungssteigerung der industriellen Hilfsmittel der Landwirtschaft ermöglicht aber wieder innerhalb bestimmter Grenzen eine Intensitätssteigerung des Aufwandes bei sinkenden Stückkosten des Ernteertrags. Zwar ist diese Verbilligung nach dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags (Bodengesetz) um so kleiner, je mehr sich der Aufwand der zulässigen Höchstgrenze nähert. Das ist aber nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist vielmehr, daß sich mit Hilfe der Verbesserung und Verbilligung aller Hilfsmittel des Landbaus die Nahrungsmittelproduktion außerordentlich steigern und zugleich noch verbilligen läßt. Solange also die Verbesserungen und die Verbilligung aller in der Landwirtschaft selbst geschaffenen und aller die Landwirtschaft befruchtenden industriell gefertigten Hilfsmittel des Landbaus fortschreiten, kann also trotz Volksvermehrung der Nahrungsspielraum der Menschen fortschreitend reicher und billiger werden.

Es kommen aber noch andere nach derselben Richtung und in gleicher Stärke wirkende Momente in Betracht. Obenan steht dabei die Entwicklung der Verkehrsmittel. Sie steigert bekanntlich — gleichbleibende Marktpreise der Agrarprodukte vorausgesetzt — die loco Landgut für die Produkte erzielbaren Preise, und zwar ist diese Preissteigerung um so größer, je weiter die Güter wirtschaftlich abliegen und je weniger

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

transportfähig die in Betracht kommenden Agrarerzeugnisse sind. Ohne die geringste Steigerung der Marktpreise kann sich also infolge einer raschen Entwicklung der Verkehrsmittel mit Transportverbilligung eine gewaltige Steigerung der in einem Lande durchschnittlich loco Landgut erzielten Preise der Agrarprodukte vollziehen. Hand in Hand mit dieser Preissteigerung der Agrarprodukte muß durch diese Transportverbilligung auch eine Verbilligung aller vom Markte zu beziehenden Hilfsmittel des Landwirts gehen, ohne daß darum der Preis dieser Hilfsmittel loco Herstellungsort zurückzugehen braucht. Diese wachsende Gunst der Preisspannungen zwischen den Agrarprodukten einerseits und den industriell gefertigten Hilfsstoffen für den größten Teil der Landwirte eines Landes andererseits muß naheliegenderweise wieder zu einer ungeheuren Ertragssteigerung der Landwirtschaft führen, ohne daß an den Märkten die Preise der Agrarprodukte zu steigen oder die Preise der Industrieprodukte zu fallen brauchen, womit ja eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse in den Städten verbunden sein würde. In der Regel ist vielmehr bei rasch fortschreitender Verkehrsentwicklung zunächst das Gegenteil der Fall. Die Intensitätssteigerung der Landwirtschaft großer plötzlich den wirtschaftlichen Zentren nahegerückter Anbaugebiete führt dort zu einem Rückgang der Preise, insbesondere bei allen Agrarprodukten mit höherer Transportfähigkeit, wie z. B. der Getreidekörner, von Gefrierfleisch, Kühlfleisch u. a. m. Zugleich wird die Nachfrage nach industriell gefertigten Intensivierungsmitteln so groß, daß deren Preise zeitweilig anziehen. Erst allmählich bringt der Massenverbrauch und die erleichterte Beschaffung aller aus der Landwirtschaft bezogenen Rohstoffe und Unterhaltsmittel für Industrie und Industriebevölkerung die Preise der industriell gefertigten Hilfsstoffe des Landwirts loco Herstellungsort wieder zum Sinken, und zwar zu einem Herabsinken unter das Niveau, welches sie vor Einsetzen der plötzlichen Verkehrsentwicklung hatten. Auch die Marktpreise der Agrarprodukte ziehen dann langsam wieder an, ohne in der Regel das alte Niveau auf die Dauer wieder zu erreichen.

Um einigermaßen vollständig zu sein, müßte ich hier auch zeigen, wie die Verkehrsentwicklung die Preise der verschieden transportfähigen Agrarerzeugnisse in den verschiedenen Entfernungen von den Märkten ganz verschieden beeinflußt, also zu einem Wechsel des gegenseitigen Preisverhältnisses dieser Agrarprodukte führt, welche starke

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Umstellungen in der Landwirtschaft der einzelnen Zonen hervorruft. Weiter müßte ich zeigen, wie sich mit der Verkehrsentwicklung auch das gegenseitige Preisverhältnis der käuflichen Produktionsmittel ändert und die gleiche Wirkung hat. Das würde aber hier viel zu weit führen. Es genügt hier für unsere Betrachtungen über den Nahrungsspielraum auch der Hinweis, daß es gerade die ertragreichsten Kulturen, nämlich die Hackfrüchte sind, welche bei der Verkehrsentwicklung zufolge ihrer geringen Transportfähigkeit begünstigt werden, so daß auch aus diesem Grunde der Nahrungsspielraum der Menschen durch die Transportentwicklung ohne Verteuerung, ja meist begleitet von einer Verbilligung der Agrarerzeugnisse eine unabsehbare Steigerung erfahren kann. Weiter muß hier aber betont werden, daß selbst eine Intensitätssteigerung der Landwirtschaft, welche mit einer Verteuerung der Agrarprodukte verbunden wäre, innerhalb bestimmter Grenzen durchaus noch nicht unbedingt zu einer Verelendung der Menschen führen müßte. Der Lebensaufwand der Menschen besteht nicht allein in Agrarprodukten, sondern in steigendem Maße in Industrieerzeugnissen, deren Rohstoffe aus dem Erdinneren genommen werden, und in tausend Kulturgütern, die entweder überhaupt keine oder ganz verschwindende Mengen sachlicher Rohstoffe als Grundlage ihrer Gewinnung aufweisen. Außerdem ist zur Menschheit auch die Landbevölkerung zu rechnen, deren materieller Lebensaufwand durch die steigende Verbilligung und Vervollkommnung aller Industrie- und sonstigen Erzeugnisse der Städte eine rasch fortschreitende Bereicherung erfährt.

Tatsächlich ist aber bis in nicht absehbare Fernen kein Grund für eine dauernde Steigerung der Preise der Agrarprodukte zu erkennen. Schon eine geringe vorübergehende derartige Steigerung regt außerordentlich zu neuen Fortschritten, und besonders zu einer erweiterten Anwendung alter Errungenschaften durch die breite Masse der Landbevölkerung an. Außerdem kommen aber noch andere Momente in Betracht, welche gewaltige Gegengewichte gegen eine solche Preissteigerung bedeuten.

Wir haben bisher immer nur von der Intensitätssteigerung der Landwirtschaft als Mittel der Steigerung der Bodenproduktion gesprochen, also der Ertragssteigerung bereits bestehender, eingerichteter Betriebe. Tatsächlich kommen aber neben derselben zwei andere bedeutsame Wege in Betracht, nämlich einmal die Erweiterung gegebener Betriebe auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

noch vorhandenen Landreserven, zum anderen die Neugründung von Betrieben auf vorhandenem oder erst zu gewinnendem Neulande.

In der Regel aber denkt kein Landwirt an Betriebserweiterungen, solange eine Intensivierung infolge fortschreitender Technik und infolge von Verbilligung der käuflichen Produktionsmittel oder infolge einer Steigerung der Lokohofpreise als Folge einer Verbesserung der Verkehrsmittel ihm noch rentabel erscheint.

Wenn z. B. ein Heidebauer in der Lüneburger Heide noch große Reserven kulturwürdigen Heidelandes besitzt, so wird er an deren Urbarmachung doch erst dann herantreten, wenn er seinen bisherigen Betrieb allseitig in Ordnung hat, also nach seinen Vorstellungen genügend rationalisiert und intensidiert hat. Erst wenn dies geschehen ist, wird er neues Land umbrechen und das nun erforderliche Mehr an Gebäuden und Inventar beschaffen.

Genau so wird es ein anderer Landwirt machen, der noch Wald auf gutem Weizenboden stehen hat, oder noch Sumpfland besitzt, das sich relativ leicht entwässern läßt. Dabei ist besonders zu beachten, daß diese Betriebserweiterungen den Ertrag der Betriebe durchaus proportional der stattgehabten Erweiterungen steigern können. Ja, in der Regel werden solche Erweiterungen zu einer Verminderung der pro Hektar entfallenden Betriebsunkosten führen, so daß die Produktionssteigerung wiederum mit einer Verbilligung der Einheit der Erntemasse Hand in Hand geht.

Dies wird nur dann nicht zutreffen, wenn das bei der Betriebserweiterung herangezogene Neuland unverhältnismäßig hohe Meliorationskosten erfordert oder viel geringere Roherträge bringt als das bisherige Kulturland.

Man darf dabei aber nicht vergessen, daß Lückenbüßerarbeiten, die in arbeitsflauen Zeiten ausgeführt werden, in der Landwirtschaft außerordentlich wenig kosten. Wenn ein Landwirt z. B. mit Hilfe solcher Lückenbüßerarbeit stückweise ein Moor mit Gräben versieht und besandet, um auf diese Weise erstklassiges Wiesenland zu gewinnen, so hat er dabei viel geringere Unkosten als ein anderer Landwirt, der auf gleichem Boden einen neuen Betrieb einrichten wollte. Wenn ein anderer Landwirt, welcher in seinem bisherigen Betriebe nur Lehmboden in Bewirtschaftung hatte, auch noch Sandboden besitzt, der bisher nur als kärgliche Schafhutung diente, so kann er davon ein Stück auch dann mit Vorteil in Ackerkultur nehmen, wenn die auf ihm er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zielbaren Roherträge geringer ausfallen, als auf dem bislang kultivierten Lehmboden. Da er nämlich auf dem Sandboden auch nach jedem Regen arbeiten kann, wo der Lehmboden dies tagelang verbietet, da die Getreideernte auf dem Sandboden in eine Zeit fällt, wo das übrige Getreide noch nicht reif ist u. a. m., so sind die Unkosten, welche der Betrieb nach Inkulturnahme des Sandbodens erfordert, nur wenig höher als früher, so daß diesem geringen Mehr an Unkosten ein verhältnismäßig großes Mehr an Rohertrag gegenübersteht. Weiter ist zu beachten, daß der Mehraufwand an Kapital, welcher zu einer solchen Betriebserweiterung erforderlich ist, pro Einheit des Mehrs beim Rohertrag ganz gering sein kann, so daß die Kapitalverzinsung dann besonders hoch ausfällt.

Natürlich kann eine scharfe Grenze zwischen Intensivierung und Erweiterung und Neueinrichtung eines landwirtschaftlichen Betriebs nicht gezogen werden. Wenn ein Landwirt auf entlegenen Weideländereien ein Vorwerk einrichtet, dazu also dort Gebäude aufführt, Maschinen, Vieh, Arbeiter beschafft, das Weideland umbricht und in Ackerland umwandelt, so ist das eine Erweiterung seines bisherigen Betriebs, die bereits an die Grenzen einer völligen Neueinrichtung eines Gutsbetriebs herankommt. Ähnlich so liegen die Dinge, wenn Waldland gerodet wird, um auf diesem Vorwerke oder Landarbeiterstellen zu errichten, welche Eigentum des Gutsbesitzers bleiben. Im weiteren Sinne des Worts kann man aber doch auch hier noch von einer Intensivierung sprechen, weil alles eine Aufwandssteigerung auf Bodenflächen umfaßt, welche bisher zwar sehr extensiv aber doch überhaupt schon genutzt wurden.

Der springende Punkt dabei ist aber, daß die Art einer solchen Aufwandssteigerung vornehmlich von den verfügbaren Kapitalvorräten abhängt, und daß mit einer Zunahme des Kapitalreichtums weitgehende Möglichkeiten zu Betriebserweiterungen gegeben sind, ohne daß die Wirkungen des Bodengesetzes zu einer sinkenden Kapitalverzinsung zu führen brauchen. Das erste auf gleichem Waldboden errichtete Vorwerk verspricht durchaus dieselbe Verzinsung wie das zweite. Die ersten zehn Hektar besandeten Moorbodens versprechen durchaus dieselbe Verzinsung wie die folgenden zehn Hektar, sofern es sich um die gleiche natürliche Beschaffenheit handelt. Die ersten zehn Hektar Weideland, die in Acker umgewandelt werden, versprechen innerhalb gewisser Grenzen dieselbe Ertragssteigerung wie weitere Flächen, mit denen gleiches geschieht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bis zu einer bestimmten durch die Arbeitsverteilung im Betriebe gezogenen Grenze trifft das Gesagte innerhalb einer Rotation auch beim Ersatz des Getreidebaus durch den viel ertragreicheren Hackfruchtbau zu. Ob alle diese Mittel und Wege zur Ertragssteigerung und in welchem Ausmaße sie benutzt werden können und sollen, sind in erster Linie Kapitalfragen und nicht Bodenqualitätsfragen. Und ganz besonders gilt dies auch für die Frage der Neulandsiedlungen.

Ist das Kapital knapp, so wird dasselbe vornehmlich dazu benutzt, um die vorhandenen Betriebseinrichtungen, insbesondere die vorhandenen Gebäude und Viehbestände zu möglichst hoher Ausnutzung zu bringen; ist es reichlich vorhanden, so baut man neue Gebäude, vermehrt die Viehbestände, erweitert die Anbauflächen der besonders ertragreichen Kulturen u. a. m.

Intensivierung im engeren Sinne, also die Ausnutzungssteigerung der vorhandenen Betriebseinrichtungen, Betriebserweiterungen und Betriebsneugründungen konkurrieren demnach um das verfügbare Kapital.

In Zeiten erheblicher technischer Fortschritte wendet dieses Kapital sich in erster Linie der Intensivierung zu, und erst wenn über die hierfür erforderlichen Kapitalmengen hinaus noch weitere Mengen verfügbar bleiben, werden diese zur Betriebserweiterung und zur Neugründung von Betrieben verwandt.

Große technische Fortschritte, welche im Pflanzenbau, in der Tierzucht oder auf dem Gebiete der die Landwirtschaft befruchtenden Maschinenindustrie, Kunstdüngerindustrie, des Verkehrswesens usw. gemacht werden, steigern die Erträge der alten Kulturflächen auch bei unverändertem Anbauverhältnis der Kulturpflanzen derart, daß auch einem wachsenden Bedarfe der Menschen an Agrarprodukten genügt werden kann, ohne daß Betriebserweiterungen oder Neulandsiedlungen erforderlich sind. Erst wenn die Bedarfssteigerung eine sehr große und die Intensitätssteigerung der Landwirtschaft zufolge Verlangsamung der technischen Fortschritte sich den durch das Bodengesetz gesteckten Grenzen nähert, setzen Betriebserweiterungen ein, um dem erhöhten Bedarfe Rechnung zu tragen; das Kapital findet bei ihnen nun zeitweilig die bessere Anlage.

Besonders wichtig ist dabei aber die Tatsache, daß die erzielbare Kapitalverzinsung, die pro Kapitaleinheit erzielte Erntemasse darum keineswegs geringer zu sein braucht, als dies bei den bisherigen Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

trieben oder den Betrieben in bisherigem Umfange zutraf. Das ist begrenzt noch richtig, wenn für die Neusiedlungen Böden herangezogen werden, deren Rohertragsfähigkeit verhältnismäßig gering ist. Wenn z. B. ein polnischer Bauer, dem nur ein kleines Kapital zur Verfügung steht, sich auf Sandboden ansiedelt, so braucht er dort nicht zu drainieren und kann mit kleinen Pferdchen und billigen Ackerinstrumenten arbeiten. Er ist auf dem leichten Boden also imstande, auch mit dem geringen ihm zur Verfügung stehenden Kapital einen ganzen landwirtschaftlichen Betrieb zu organisieren, weil auf den einzelnen Hektar Landes berechnet nur ein geringer Kapitalbedarf entfällt. Würde er sich auf einem schwereren Boden ansiedeln, so würde er bei der Betriebseinrichtung auf halbem Wege stecken bleiben oder zu einer Gärtnerei gelangen.

Darum ist aber noch keineswegs gesagt, daß das von ihm aufgewandte kleine Kapital sich schlechter verzinst, als das viel größere erforderliche Kapital eines Bauern, der sich auf dem schweren Boden ansiedelt.

Die Besiedlung eines Landes geht gar nicht derart vor sich, daß bestimmte Böden zuerst in Kultur genommen werden, wie es Ricardo meinte, sondern sie erfolgt derart, daß Böden ganz verschiedener natürlicher Beschaffenheit gleichzeitig aber mit ganz verschiedenem Kapitalaufwande in Kultur genommen werden, und zwar derart, daß eine gleiche Kapitalverzinsung angestrebt wird. Die Lehre Ricardos von der Differentialbodenrente muß daher durch eine Lehre von der Differentialkapitalrente ersetzt werden.

Nicht nur im einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe, sondern auch in der einzelnen Nationalwirtschaft und in der ganzen Weltwirtschaft sind es die Kapitalvorräte, welche Art und Umfang der Erweiterung der Agrikultur bestimmen. Mit dem Umfang dieser Kapitalbildung allein kann sich die Agrikultur ausdehnen, und sie bestimmt auch die Neulandkulturen, welche in Angriff genommen werden können.

Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große konnten Oderbruch, Warthebruch, Netzebruch, Havelländisches Luch, Rienluch usw. entwässern und in blühende Landstriche verwandeln, die Holländer große Eindeichungen ausführen, die Amerikaner Eisenbahnen in zunächst menschenleere Prärien hineinbauen, die Engländer neuerdings zwischen blauem und weißem Nil ungeheure Stauwerke zwecks Gewinnung von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vielen Tausenden Hektar neuen Baumwollandes durchführen, doch bloß, weil ihnen allen die erforderlichen Kapitalmengen zur Verfügung standen. Kann bei all diesen Anlagen aber etwa von einer Abnahme der Kapitalverzinsung oder von abnehmenden Bodenerträgen infolge von Wirkungen des Bodengesetzes die Rede sein oder sind etwa die Möglichkeiten gleich günstiger Anlagen auf der Erde erschöpft? Nein, nicht diese Möglichkeiten sind erschöpft, sondern die für solche Anlagen erforderlichen weiteren Kapitalien fehlen, weil das vorhandene Kapital in Handel, Industrie und bei der Intensivierung der alteingerichteten landwirtschaftlichen Betriebe eine günstigere Anlage findet, und weil der Bedarf an Agrarprodukten auf der Welt vorläufig mehr als gedeckt ist.

Warum geht z. B. die Wiederherstellung der im Laufe der Geschichte zerstörten Kulturflächen der antiken Bewässerungswirtschaften so langsam vor sich? Es hat das seinen Grund doch vornehmlich in dem Umstande, daß die Agrikultur der gemäßigten Zonen so riesige Fortschritte gemacht hat und durch Übertragung aller Errungenschaften auf die breiten Schichten der Landwirte noch machen kann, daß es vorteilhafter ist, Kapitalien zunächst zur weiteren Intensivierung und Erweiterung des Landbaus dieser Zonen zu verwenden.

Ist es wirklich so verwunderlich, daß ein Mann wie Carey, der die ungeheuren Wirkungen der Erschließung riesiger Landstriche durch die Eisenbahnen, durch Kanalbauten, Ent- und Bewässerung in den Vereinigten Staaten vor Augen hatte und die weiteren derartigen Möglichkeiten auf der Erde erkannte, sich vor den Wirkungen des Bodengesetzes nicht fürchtete, den Pessimismus der Malthusianer nicht teilte? Er wäre auch mit seinen Lehren ganz anders durchgedrungen, wenn er seine richtigen Gedanken nicht so stark unter laienhafte, breite Auseinandersetzungen verschüttet hätte.

Neben der Kapitalbildung innerhalb der Volkswirtschaft spielt bei der Ausdehnung der Bodenkultur auch die Frage der Kapitalassoziation und der Kapitalbeherrschung eine Rolle. Auf die Frage der letzteren kann ich hier heute nicht näher eingehen. Erwähnen will ich nur, daß die Hauptsache ist, daß der Geist, der Erfindungen und sonstige Fortschritte zeitigt, dabei nicht behindert wird. Bezüglich der Kapitalassoziation muß ich aber bemerken, daß sie es ist, welche oftmals die Art und Größe der in Angriff zu nehmenden Neulandkulturen in hohem Maße mit bestimmt. Das zeigen schon die oben erwähnten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beispiele der großen in der Neuzeit durchgeführten Landeskulturprojekte. Als weiteres Beispiel seien hier die Moorkulturen genannt. Für die Mehrzahl derselben ist der Großbetrieb die Vorstufe des Mittel- und Kleinbetriebs, weil nur im Großbetriebsverbande eine einheitliche gründliche Entwässerung durchgeführt werden kann, die erforderlichen Wege geschaffen werden können, man mit Motorwalzen arbeiten kann u. a. m.

Wichtiger noch als bei der Durchführung der Bodenmeliorationen ist diese Kapitalassoziation bei der die Landwirtschaft befruchtenden Industrie.

Henry Fords Automobile sind das beste Beispiel dafür. Auch die der Badischen Anilin- und Sodawerke gehörenden großen Stickstoffdüngerfabriken in Leuna und Oppau kommen als instruktives Beispiel in Betracht. Gerade an dem Beispiel der durch die Leuna- und Oppauwerke erreichten Verbilligung und in ihrer Wirksamkeit gesteigerten Stickstoffdüngemittel kann man sich auch vorzüglich klar machen, wie stark eine Erfindung das Verhältnis der Intensitätssteigerung in den alten Betrieben zu den Betriebserweiterungen und besonders zu den Urbarmachungen von Neuland sowie die Beteiligung der einzelnen Länder an der Steigerung der agrarischen Weltproduktion verschiebt. Ich will das hier kurz versuchen.

Zieht man die Landwirtschaft des ganzen Erdballes in Betracht, so ist die Verwendung von Kunstdüngemitteln bislang außerordentlich gering und kann das trotz aller Möglichkeiten der Aufwandssteigerung in einzelnen Ländern und vielen Betrieben derselben doch im großen ganzen betrachtet auch nur sein. Stehen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse niedrig, die der Kunstdüngemittel absolut, und besonders im Verhältnis zu erstgenannten Preisen hoch, wie es für alle dünnbevölkerten Agrarländer zutrifft, dann lohnt sich die Kunstdüngerverwendung noch nicht. Es ist dann lohnender sich auf die Ausbeute der Nährstoffvorräte der weiten und billigen Bodenflächen und auf die Verwendung von Viehdung und eventuell auch Gründung zu beschränken. Gegebenenfalls müssen auch Umlage des Ackerlandes im Weideland und Brachhaltung dabei helfen und können das auch, weil der Boden billig ist. Erst dort, wo die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erheblich gestiegen sind, die landwirtschaftliche Produktion auch durch bessere Geräte, Maschinen, besseres Saatgut und viele andere Dinge gefördert ist, und die Löhne eine gewisse Höhe erreicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haben, fällt der Kunstdüngerverwendung ein steigendes Bereich zu. Weil mit Hilfe der Kunstdüngemittel die Erteerträge mehr oder weniger stark gesteigert werden, so mindert ihre Anwendung die sonstigen auf die Einheit der Erntemasse entfallenden Kosten, also den Anteil, welcher auf Löhne, Inventarzins, Bodenzins usw. entfällt. Solange diese Verminderung der genannten Stückkosten noch größer ist als es die Kosten der Kunstdüngung selbst sind, ist letztere rentabel. Genau so günstig, wie ceteris paribus steigende Preise auf das Verwendungsbereich der Kunstdüngemittel einwirken, müssen das naheliegenderweise unter sonst gleichen Verhältnissen auch sinkende Kunstdüngerpreise tun. Auch eine Erhöhung der Wirkung der Kunstdüngemittel zufolge technischer Verbesserungen muß dasselbe Ergebnis zeitigen.

Nun stehen wir augenblicklich tatsächlich sowohl vor einer relativen Verbilligung des wichtigsten Kunstdüngemittels, nämlich des Stickstoffdüngers, als auch vor einer ganz erheblichen Steigerung der Wirkung der künstlichen Düngemittel auf die Ernteerträge.

Bislang wurden die einzelnen Pflanzennährstoffe größtenteils in besonderen Düngesalzen getrennt in den Handel gebracht. Neben den Nährstoffen enthielten diese Düngesalze teils wertlose, teils auf die Dauer im Boden recht unangenehm wirkende Nebenbestandteile, welche zum mindesten die Fracht auf größere Entfernungen ungemein verteuerten. Neuerdings ist es nun der Badischen Anilin- und Sodafabrik in den Leunawerken und in Oppau gelungen, die einzelnen Pflanzennährstoffe der verschiedenen Düngemittel in hochkonzentrierten Salzen chemisch zu vereinen. Dadurch werden zunächst die Frachten bis auf 25% der bisherigen Höhe, ja, teilweise noch stärker herabgedrückt; dann aber werden zugleich alle schädlichen Wirkungen der früheren Nebensalze ausgeschaltet. Es ist nun besonders interessant, die Frage zu beantworten, wie diese revolutionierende Neuerung auf die landwirtschaftliche Produktion der Erde einwirken wird. Zunächst ist klar, daß diese Produktion, im ganzen betrachtet, die Tendenz haben muß, zu steigen. Wenn dieser Steigerung aber zunächst kein Mehrbedarf, keine steigende Kaufkraft der dem Weltmarkte angeschlossenen Menschheit gegenübersteht, dann muß eine Verbilligung der Weltproduktion die Folge sein. Der verbilligte Kunstdünger führt also zu einer Verbilligung der Produktion und zu einem Sinken der Produktionspreise, bis als Folge dieser Preissenkung oder aus anderen Gründen der Konsum wieder anzieht. Interessanter als diese allgemeinen Wirkungen ist für uns

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aber die Frage, wie sich diese Wirkungen in den einzelnen Ländern, insbesondere bei uns und in unseren wichtigsten agrarischen Konkurrenzländern gestalten werden. Würde die Verbilligung der Kunstdüngemittel überall die gleiche sein, so würde sie sich in den einzelnen Ländern und Gegenden um so stärker auswirken, je höher die Preise der Agrarprodukte dort stehen. Westeuropa würde dann den größten Nutzen, die größte Ertragssteigerung durch dieselbe erfahren, während andere Länder in der Produktion entsprechend zurückgeworfen werden würden. Da nun aber die Verbilligung vornehmlich in einer Frachtersparnis zufolge der erhöhten Konzentration liegt, so muß die Aufwandssteigerung besonders in den frachtlich bislang ungünstiger liegenden Länder mit bereits ziemlich hohen Preisen der Agrarprodukte erfolgen. Wenn z. B. die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich in Zukunft nicht mehr durch hohe Einfuhrzölle gegen die Einfuhr der Kunstdüngemittel aus Deutschland sperren würden, so müßte dort die Steigerung der agrarischen Produktion gerade zufolge der neuesten Herstellung konzentriertester Düngemittel bald eine gewaltige sein.

Sehr interessant ist auch die Frage, wie die Landwirtschaft der einzelnen Gegenden und Böden der U.S.A. dabei betroffen würde.

Bekanntlich ist in Amerika der Boden billig, die Arbeitslöhne hingegen sind im Vergleich dazu und im Vergleich zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte sehr hoch. Es kommt demzufolge hier besonders darauf an, die Stückkosten der Arbeit herabzumindern. Das muß besonders wichtig sein, wo das erforderliche Mindestmaß an Arbeit bei der Produktion ein hohes ist, wie es z. B. für den Hackfruchtbau und den Gemüsebau zutrifft. Diese würden also in erster Linie einen neuen Impuls bekommen. Weiter würde sich die Kunstdüngerverwendung vornehmlich auf den amerikanischen Osten erstrecken, weil hier die höchsten Produktenpreise gegeben sind. Schließlich würde sich die Kunstdüngerverwendung hier vornehmlich auf die physikalisch besten Böden konzentrieren, weil hier die erzielbare Rohertragssteigerung relativ groß ist, der Anteil der Arbeitskosten, der in der Einheit des Produktes steckt, hier also die stärkste Reduktion erfährt. Zufolge der starken Produktionssteigerung auf den physikalisch besten Böden in den günstigsten wirtschaftlichen Lagen würde auf diese daher die Deckung eines relativ großen Anteils des Bedarfes der U.S.A. entfallen. Das aber müßte dann einen zeitweiligen Stillstand der Kolonisation des amerikanischen Westens und Ausschaltung der geringsten Böden aus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Ackerkultur daselbst bedeuten. Die ganze nordamerikanische Landwirtschaft würde also erhöhte Intensitätsspitzen erhalten.

Ganz anders müssen die Wirkungen einer erheblichen Verbilligung der Kunstdüngemittel in Ländern mit hohen Bodenpreisen, aber relativ niedrigen Arbeitslöhnen, wie sie Deutschland aufweist, ausfallen. Hier wird sich die Kunstdüngerverwendung gerade nach den ärmeren Böden hinziehen, weil diese noch relativ billig sind, der Bodenzins hier also noch eine Ergänzung durch relativ hohe Kunstdüngerkosten vertragen kann, wenn nur mit Hilfe des Kunstdüngers eine gute Ernte erzielt wird. Hier werden also die Intensitätsniederungen im Vergleich zu den Spitzen gehoben.

Sehr interessant ist auch die Frage, wie wohl die neueste Entwicklung der Kunstdüngerindustrie auf die chinesische Landwirtschaft wirkt, ob sie dort zu einer großen Produktionssteigerung führen wird. Bekanntlich sind in China die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ziemlich und die Bodenpreise außerordentlich hoch. Die Arbeitslöhne hingegen stehen außerordentlich niedrig. Ich glaube nicht, daß das Anwendungsbereich des Kunstdüngers sich trotz seiner gerade in China starken Verbilligung rasch heben kann. Der niedrige Arbeitslohn macht die Herstellung von Komposdünger und Fäkaljauche zurzeit noch so billig und deren Ausnutzung durch Lochdüngung und Begießen der Einzelpflanzen so vollkommen, daß die Kunstdüngerverwendung mit diesen Düngungsmethoden vorläufig nur schwer konkurrieren kann. Wenigstens soweit wie die Bedingungen für die Kompostbereitung günstig liegen, was vornehmlich für die ausgedehnten Bewässerungsgebiete zutrifft, dürfte das Gesagte richtig sein. Bei den Trockenkulturen liegen die Dinge für die Kunstdüngeranwendung bereits heute günstiger.

Einen ungeheuren Aufschwung wird die Kunstdüngerverwendung in China aber nehmen, wenn die heutigen Anfänge der Entstehung einer chinesischen Industrie, gestützt durch die unvergleichlich großen und verschiedenartigen Bodenschätze, sich rasch weiter entwickeln sollten. Dann werden die Arbeitslöhne anziehen, und die Industrie wird einen steigenden Teil der Landbevölkerung an sich ziehen. Der Kunstdünger aber wird dafür sorgen, daß das chinesische Volk sich immer mehr anderen Kulturaufgaben als der Düngerbereitung zuwenden kann. Zugleich aber wird die chinesische Industrie mit ihren immerhin auch dann noch vergleichsweise niederen Löhnen die Industrie Europas und Amerikas

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

um so mehr erzittern lassen, je mehr und je schneller es der chinesischen Landwirtschaft gelingt, von den Kunstdüngemitteln Gebrauch zu machen.

In Japan und Indien, wo die industrielle Entwicklung durch den Weltkrieg gewaltige Impulse bekommen hat, werden ähnliche Wirkungen vielleicht schon eher einsetzen. Kunstdüngeranwendung bedeutet eben nicht nur Steigerung der Bodenproduktion, sondern auch Freimachung von ländlichen Arbeitskräften für andere Berufe, und zwar um so mehr, je dichter die Landbevölkerung und je rückständiger die industrielle Entwicklung ist.

Wie eine wesentliche Verbilligung der Kunstdüngemittel, insbesondere der Stickstoffdüngemittel, auf die tropische Plantagenwirtschaft einwirken kann, das hat bereits Herr Professor Dr. h. c. Warmbold in seiner Schrift „Voraussetzungen und Ziele der Stickstoffdüngung", Berlin 1926, auseinandergesetzt. Die tropische Bodenkultur hat es vornehmlich mit Dauerkulturen zu tun, d. h. sie baut hauptsächlich Sträucher und baumartige Pflanzen an, welche eine Reihe oder viele Jahre ausdauern und erst von einem gewissen Alter ab Frucht tragen. Die Anzucht dieser Pflanzen verursacht bei der großen Unkrautwüchsigkeit des Klimas erhebliche Arbeitskosten und das Abwarten der ersten Ernten beträchtliche Kapitalzinsen. Beide können nun durch Beschleunigung des Wachstums der Kulturpflanzen mittels Stickstoffdünger stark, oft auf die Hälfte und darunter, reduziert werden. Dort, wo über den Kulturpflanzen auch noch Schattenbäume angebaut werden, wie das für die mittelamerikanischen Kaffeeplantagen zutrifft, kann man durch Stickstoffdüngung auch deren Wachstum entsprechend beschleunigen.

Die Gründe aber, warum sich das Kapital der tropischen Agrikultur, welche doch, was das Pflanzenwachstum anbetrifft, so große Möglichkeiten bietet, bislang so wenig zugewandt hat, liegen bekanntlich vornehmlich auf intellektuellem und sanitärem Gebiete. Der schwarzen Bevölkerung, welche das tropische Klima verträgt, fehlt es an Sparsinn und Unternehmungsgeist. Der weiße Mann aber widersteht dem Klima nur schwer und nicht auf die Dauer. Ebenso werden in weiten Landstrecken die Haustiere durch Tripanosomenkrankheit und anderen Seuchen regelmäßig dahingerafft. Gerade von den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft hat aber die Kulturwelt noch die Eroberung besonders fruchtbarer Landstriche zu erwarten, vielleicht zu befürchten. Werden erst die Länder zwischen dem Sambesi

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und dem Sudan, wo nur spärliche Trägerkolonnen das Land durchziehen, weil die Haustiere regelmäßig den Krankheiten bald erliegen, und die Gegenden des tropischen Regenwaldes am Orinoko und am Amazonenstrom, wo heute die Menschen vom Fieber dezimiert werden, durch die Fortschritte der medizinischen Wissenschaft erschlossen, dann sind unabsehbare Möglichkeiten für die Steigerung der Bodenproduktion gegeben, dann nimmt der Neger vielleicht einmal auf dem Wirtschaftsgebiete Rache für Sklavenketten und Nilpferdpeitsche, mit denen man seine Vorfahren traktiert hat.

Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion hinter der Vermehrung der Menschen aus Bodenmangel, zufolge der Wirkungen des Bodengesetzes, zurückbleibt. Viel eher ist eine zeitweilige Beschränkung der Bodenproduktion aus Kapitalmangel denkbar. Die europäische Landwirtschaft befindet sich ja heute in hohem Maße in diesem Zustande, weil der Krieg eine ungeheure Kapitalzerstörung verursacht hat, das noch vorhandene Kapital daher nur zu stark erhöhten Zinssätzen zu haben ist. Allerdings ist dieser Kapitalmangel nicht die einzige Ursache der heutigen Nöte der europäischen Landwirtschaft. Mindestens ebenso stark wirkt die Notlage der Industrien mit, welche sich in einer gesunkenen Kaufkraft der Industriebevölkerung und Arbeitslosigkeit äußert. Diese aber hat ihren Grund in einem gestörten Austauschverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie, herbeigeführt durch die Errichtung neuer Zollgrenzen und die veränderten Frachtsätze. Das Verhältnis von Österreich zu Ungarn ist dafür typisch. Österreich, dessen Industrie früher in hohem Maße die ungarische Landwirtschaft befruchtete, leidet heute an zu geringen Absatzmöglichkeiten für seine Industrieerzeugnisse. Ungarn kann sich dagegen die ihm fehlenden Industrieerzeugnisse durch Erweiterung seiner eigenen Industrien aus Mangel an Kapital und an geschulten Menschen unmöglich schnell schaffen. Seine landwirtschaftliche Produktion ist demzufolge zurückgegangen, und trotzdem leidet es an Absatzschwierigkeiten für seine Agrarprodukte. Auf beiden Seiten der neuen Grenzen haben wir es demzufolge mit einer unvollkommenen Ausnutzung der Arbeitskräfte, mit unvollkommenen Einkommensverhältnissen zu tun, die sich in einer gesunkenen Kaufkraft äußern. Eine solche temporäre Übervölkerung ist also die Folge eines gestörten Tauschverkehrs der Völker. Mehr oder weniger befindet sich ganz Europa heute in diesem Zustand. Überall auf der einen Seite Absatzschwierig-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

keiten für Industrieerzeugnisse, auf der anderen solche für Agrarprodukte, überall gesunkene Kaufkraft und Arbeitslosigkeit als Folgen. Überall daher auch verstärkte Anstrengungen, den Absatz zu heben. Mit den Wirkungen des Bodengesetzes aber haben alle diese Erscheinungen temporärer Übervölkerung nichts zu tun.

Nicht die Sorgen um einen Mangel an Nahrungsmitteln beherrschen das Wirtschaftsleben vornehmlich, sondern die Sorgen um Absatz für den Überfluß. Wie schon gestern der Herr Bundespräsident Dr. Hainisch hier in seinem interessanten Vortrage ausgeführt hat, eilt die Produktion dem Verbrauche regelmäßig voran. Durch sinkende Preise werden ihr dann regelmäßig die Flügel wieder beschnitten.

III. Die Abhängigkeit der Produktivität der Landwirtschaft von der Besitzverteilung und von der Lohnhöhe der Landarbeiter.

Wie wir im vorigen Abschnitte gesehen haben, wird die Ertragssteigerung in der Landwirtschaft im Laufe der Entwicklung vornehmlich durch eine steigende Befruchtung derselben durch die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik herbeigeführt. Der landwirtschaftlich genutzte Boden wird immer mehr zu einer Anwendungsgelegenheit dieser Errungenschaften. Wissenschaft und Technik hingegen, welche auf niederer Entwicklungsstufe mit ihrem Bezug an Rohstoffen fast ganz von der Landwirtschaft abhängen, machen sich im Laufe der Entwicklung von dieser immer unabhängiger, weil ein immer größer werdender Teil dieser Rohstoffe dem Erdinnern entnommen wird, also nicht mehr aus der Landwirtschaft stammt. Die Bedeutung der Landwirtschaft als Lieferant von industriellen Rohstoffen sinkt also immer mehr. Dafür steigt ihre Bedeutung als Lieferant von Nahrungsmitteln für die anwachsende industrielle Bevölkerung und mehr noch ihre Bedeutung als Abnehmer von Erzeugnissen des städtischen Gewerbefleißes. Die volkswirtschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft bestehen also durchaus nicht nur oder vornehmlich in der Lieferung großer und billiger Massen von Agrarprodukten, sondern ebensosehr in der Entwicklung einer hohen Aufnahmefähigkeit, einer hohen Kaufkraft für Industrieerzeugnisse und für sonstige Leistungen des von der Landwirtschaft losgelösten in den Städten wohnenden Bevölkerungsteiles. Die Bevölkerungskapazität eines Landes ist also ebenso sehr von der Kaufkraft der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Landwirtschaft wie von deren Erträgen an Agrarprodukten abhängig.

Sinkende Kaufkraft der Landbevölkerung bedeutet Arbeitslosigkeit in den Städten und damit Absatzstockungen für die Agrarerzeugnisse. Steigende Kaufkraft der Landbevölkerung hingegen bedeutet steigende Möglichkeiten des Absatzes für Industrieerzeugnisse.

Die Kaufkraft der Landbevölkerung betätigt sich aber wiederum nach zwei Richtungen. Einmal braucht das Land Industrieerzeugnisse für die Gewinnung und Steigerung der Bodenerträge, zum anderen aber für Deckung des Haushaltverbrauches der auf dem Lande wohnenden Menschen. Nur wenn die Kaufkraft der Landbevölkerung und der Stadtbevölkerung sich gleichmäßig entwickeln, haben wir es mit gesunden volkswirtschaftlichen Zuständen zu tun. Ein Zurückbleiben der Kaufkraft der Landbevölkerung zwingt die Inlandsindustrie auch bei hohen Bodenerträgen ihren Absatz in steigendem Maße im Auslande zu suchen. Damit verliert diese Industrie ihren heimischen Boden immer mehr und erhält auch eine Richtung, welche großenteils durch die Möglichkeiten des Auslandsabsatzes bestimmt wird. Die Kaufkraft der Landbevölkerung hängt nun aber in erster Linie von ihrer Dichtigkeit, in zweiter Linie von ihrer Wohlhabenheit ab. Die Dichtigkeit der Landbevölkerung ergibt sich aber wiederum vornehmlich aus der Besitzverteilung, und auch die Wohlhabenheit der einzelnen Menschen steht mit dieser in Zusammenhang. Eine dichte Bauernbevölkerung hat zunächst einen relativ hohen Bedarf an Wirtschaftsgebäuden, beschäftigt also die verschiedenen Bauhandwerke in hohem Maße. Die auf tausend Hektar entfallenden Viehbestände sind im Bauernstande viel höher als im Großbetriebe. Ja, selbst das Geräte- und Maschinenkapital übertrifft, pro Hektar betrachtet, oft das im Großbetriebe vorhandene. Weit überlegener ist die Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung aber im Vergleich zum landwirtschaftlichen Großbetriebe auf der gleichen Fläche Landes, wenn man den Verbrauch an Haushaltungsgegenständen, wie Kleidungsstücken, Schuhwerk, Hausgeräten, Spielwaren, Genußmitteln und vielen anderen Dingen in Betracht zieht. Großbetriebe, die mit meist anspruchslosen Landarbeiterkolonnen arbeiten, bringen auf die gleiche Bodenfläche nicht annähernd die Kaufkraft auf wie eine dichte Bauernbevölkerung.

In einem Lande mit vorherrschendem Großgrundbesitze kann sich demnach eine umfangreiche Industrie nur dann entwickeln, wenn sie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich vornehmlich auf Auslandabsatz einstellt. Fehlt eine solche Industrie, so muß der Bevölkerungszuwachs unter großen Verlusten der Volkswirtschaft an materiellen Gütern und an Erziehungskapital auswandern. Wird zudem eine gesunde, der volkswirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Steigerung der Löhne der Landarbeiter durch Zulassung ausländischer Wanderarbeiter hintangehalten oder ganz verhindert, so muß entweder die Abhängigkeit der Industrie vom Auslandsabsatz steigen oder aber die Auswanderung zunehmen. Der Industrie kann dann auch eine gewisse Unabhängigkeit ihrer Versorgung mit Nahrungsmitteln durch die inländischen Großbetriebe wenig nützen. Außerdem ist das Maß dieser Unabhängigkeit im Vergleiche zu einem Lande, in dem Groß-, Mittel- und Kleinbauern einseitig vorherrschen, kaum größer.

Eine fortschreitende Industrialisierung der Volkswirtschaft liegt auf der Linie der Menschheitsentwicklung überhaupt und der Kulturentwicklung der fortgeschrittenen Völker im besonderen. Diese bringt es auch mit sich, daß die Stadtbevölkerung schneller wächst als die Landbevölkerung. Eine gesunde derartige Entwicklung setzt aber voraus, daß die Landbevölkerung zwar hinter der Stadtbevölkerung zurückbleibt, dabei aber keinesfalls ins Stagnieren kommt oder absolut betrachtet gar abnimmt. Eine solche Volkswirtschaft muß als krank bezeichnet werden. Alle großen Länder Mitteleuropas, oder doch große Gebiete derselben, zeigten vor dem Weltkriege diese pathologische Signatur. Ihre Landbevölkerung stagnierte trotz starker Volksvermehrung oder ging wie in Deutschland sogar absolut betrachtet zurück, weil die Besitzverteilung sich den veränderten Bevölkerungsverhältnissen nicht oder viel zu langsam anpaßte. —

Weil aber die fortlaufende Anpassung der Besitzverteilung an die veränderten volkswirtschaftlichen Verhältnisse fehlte, so wurde Mitteleuropa immer mehr zu einem überheizten Dampfkessel. Auch Rußland bekam diesen Charakter mehr und mehr, wenn es dort auch vornehmlich die Mirverfassung war, welche einen Aufstieg der breiten Masse der Landbevölkerung hinderte. Der Weltkrieg ist teils durch diese Verhältnisse ausgelöst worden (mit Landversprechungen hat man den russischen Bauern vornehmlich in Marsch gesetzt), teils bot er eine günstige Gelegenheit, um dem Landhunger Luft zu machen, den Kampf gegen die Reste der Feudalverfassung zu eröffnen. Die in fast allen Ländern Mitteleuropas eingeleiteten Agrarreformen sind Äußerungen oder Er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gebnisse dieses Kampfes. Sie sind der Versuch das nachzuholen, was während eines Jahrhunderts versäumt worden war.

Verhängnisvoll dabei ist nur der Irrtum geworden, daß dies in kurzer Zeit möglich sei. Dieser Irrtum aber stützt sich wieder auf den irrigen Glauben, daß es sich dabei vornehmlich um eine Bodenfrage handele.

Wie im vorigen Abschnitte klargelegt, handelt es sich dabei vornehmlich um eine Kapitalfrage. Zur Herstellung von bäuerlichen Siedelungen braucht man in erster Linie Gebäude, Vieh, Maschinen, Hausgeräte, Brunnen, Wege, Saatgut, Kunstdünger und Vorräte, um bis zur ersten Ernte die Arbeit leisten oder bezahlen und sein Leben fristen zu können. Die Bodenfrage tritt dabei ganz zurück. Arm gewordene Völker können daher nur langsam siedeln, und um so langsamer, je anspruchsvoller das dabei in Frage kommende Menschenmaterial geworden ist. Mit Doktor-Eisenbart-Kuren ist hier der Schaden nur zu vergrößern. Es läßt sich eine Änderung der ländlichen Besitzverteilung nur langsam im Anschlusse an die bestehende Verteilung und nach Maßgabe der Kapitalbildung der ganzen Volkswirtschaft durchführen und so auch die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft nur allmählich steigern. —

Weiter ist von der größten Wichtigkeit dabei, daß man sich klarmacht, daß eine bäuerliche Siedelung an sich wenig nützt, wenn nicht auch die Lebensmöglichkeiten für die Siedler günstig gestaltet werden. Wirtschaftlich oder intellektuell kranke Siedelungen werden vom Großgrundbesitz sehr schnell wieder aufgesogen.

Obenan ist es dabei notwendig, daß man sich Klarheit darüber verschafft, daß die ganze Frage der Besitzverteilung in erster Linie eine Lohnfrage ist. Man macht sich das am einfachsten an den Verhältnissen der Landwirtschaft in Nordamerika klar.

Bekanntlich gibt es in den U.S.A. keinen mit Arbeitskolonnen arbeitenden landwirtschaftlichen Großbetrieb, ausgenommen nur die mit Negern arbeitenden Baumwollpflanzungen der Südstaaten.

Der mit wenigen entlohnten Arbeits- und Hausgenossen arbeitende Familienbetrieb stellt den eigentlichen Typ der nordamerikanischen Landwirtschaft vor und das in einem Lande, wo noch Riesenreserven anbaufähigen Wald- und Weidelandes vorhanden sind. Landwirtschaftliche Großbetriebe können sich einfach nicht ausbilden, weil die Löhne

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Landarbeiter zu hoch sind. Derjenige Landwirt, welcher noch nicht die Mittel besitzt, um schon selbständiger Farmer werden zu können, geht auf Lohnarbeit nur dorthin, wo er neben hohem Lohne völlige soziale Gleichstellung findet und auch dies nur solange, bis er selbst eine Farm gründen oder Teilpächter werden kann. Das Angebot von Landarbeitskräften deckt den Bedarf der Farmen an solchen Arbeits- und Hausgenossen kaum, so daß darüber hinaus Leute für Großbetriebe nicht mehr vorhanden sind. Nur ausnahmsweise können sich solche Großbetriebe dort ausbilden, wo infolge Produktion irgendwelcher besonders teurer Spezialerzeugnisse außergewöhnlich hohe Löhne gezahlt werden können. Das trifft für einige Saatzuchtwirtschaften und Musterfarmen der Tierzucht zu.

Der landwirtschaftliche Großbetrieb hat eben überall billige Arbeiterkolonnen zur Voraussetzung, entweder in Form von Sklaven, Leibeigenen oder von niedrig bezahlten Lohnarbeitern. Wo solche fehlen, da kann er mit dem familienmäßig zugeschnittenen, bäuerlichem Betriebe nicht konkurrieren. Dabei kommt es bei Messung der Betriebsgröße lediglich auf die Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Menschen und deren soziale Stellung an. An Bodenfläche kann ein solcher familienmäßig zugeschnittener bäuerlicher Betrieb trotzdem ziemlich viel aufweisen, wie es die nordamerikanischen Getreidefarmen ohne weiteres demonstrieren. Auch die Überschußbildung für den Markt kann dabei groß sein, wie diese Farmen ebenfalls beweisen. Das ganze nordamerikanische Getreide ist bäuerlichen Ursprungs.

Niedrige Arbeitslöhne sind also die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit des Großbetriebes. Zugleich bedeuten dieselben geringe Aufstiegmöglichkeiten für den Landarbeiterstand und damit Erhaltung der wirtschaftlichen Abhängigkeit dieses Standes, sofern keine Möglichkeiten zur Abwanderung oder Auswanderung gegeben sind.

Eine gesunde Steigerung der Löhne der Landarbeiter ist also die erste Voraussetzung einer gesunden Besitzverteilung. Sie bedeutet eine allmähliche Ausmerzung der schlecht bewirtschafteten Großbetriebe und zwingt auch die Besitzer der übrigen Großbetriebe zur Anspannung ihrer Kräfte, und führt damit zugleich zu einer Ertragsteigerung der gesamten Landwirtschaft. Vor allen Dingen aber verhindert sie das Auskaufen der bäuerlichen Betriebe durch die Großgrundbesitzer und fördert die umgekehrte Bewegung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daß im Zusammenhange hiermit auch die Forderung der Beseitigung jeder fideikommissarischen oder sonstigen rechtlichen Bindung der großen Besitzungen steht, liegt auf der Hand. Die Teilbarkeit der großen Besitzungen ist Voraussetzung dafür, daß sich die Grundbesitzverteilung einer wachsenden Volksziffer anpassen und ein zurückgebliebener Bauernstand sich ausdehnen kann. Wer den Glanz seiner Familie erhalten will, soll seine Kinder zu tüchtigen Menschen erziehen. Wer aber einen großen Familienbesitz im freien Konkurrenzkampf erhalten kann, dem soll das auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft unbenommen und gegönnt sein.

Zur Erleichterung der Bodenteilung ist auch eine Änderung der Hypothekenordnung notwendig. Die Schwierigkeiten, Teilgrundstücke eines Besitzes aus der Solidarhaft für die Hypotheken frei zu bekommen, sind heute in den meisten Ländern fast unüberwindliche.

Besonders ist es aber nötig, auf den Gebieten der Zollpolitik und der Steuerpolitik den Bauernstand an Stelle des Standes der Großgrundbesitzer zu fördern.

Einseitige Getreidezölle mit fehlenden oder unzulänglichen Zöllen für die Erzeugnisse der Viehzucht und des Gartenbaus bedeuten einseitige Förderung des Großbetriebes und des Großgrundbesitzes und damit zugleich Minderung der Erträge des gesamten Volksbodens. Soll der Bauernstand gefördert werden, so muß man es eine Zeitlang umgekehrt machen[1]. Was hilft alle Bauernansiedlung, wenn die Verhältnisse der relativen Rentabilität der einzelnen Größenklassen der Besitzungen so liegen, daß der Großgrundbesitz die Bauernhöfe fortlaufend in großer Zahl wieder aufkaufen kann. Unter solchen Verhältnissen kann höchstens eine Ansiedelung von Landarbeitern auf die Dauer glücken. Werden aber, wie es in Deutschland nach dem Abgange Bismarcks geschehen ist, billige ausländische Wanderarbeiter zu Hunderttausenden ins Land gelassen, welche jede gesunde Lohnsteigerung der heimischen Landarbeiter verhindern, dann kann auch die Landarbeiteransiedlung im großen nicht gelingen, dann tritt die Schnitterkaserne immer mehr an die Stelle der Arbeiterwohnung, dann wird die Volkswirtschaft nicht nur bezüglich ihres Absatzes für Industrieprodukte, sondern auch bezüglich der für Aufrechterhaltung

[1] Vgl. Aereboe: Zur Frage der Agrarzölle. Heft 8 der betriebswirtschaftlichen Vorträge aus dem Gebiete der Landwirtschaft. Berlin 1925, Paul Parey.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihrer landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Arbeitskräfte vom Auslande immer mehr abhängig. Daß diese Produktion dann in Zeiten einer Katastrophe, wie sie der Weltkrieg war, nicht aufrecht zu erhalten ist, und trotz aller Rationierung und opferbereiten Einschränkungen des größten Teiles des Volkes zur Katastrophe führen muß, ist selbstverständlich.

Unter den Steuern ist es besonders die Grundsteuer, welche zur Förderung des Bauernstandes und zur Gesundung der ganzen Volkswirtschaft umgestaltet und ausgestaltet werden muß. Soweit sie auf den arbeitsfreien, durch die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung bewirkten Wertzuwachs des Bodens gelegt wird, ist sie die gerechteste, tragbarste und in allen aufstrebenden Volkswirtschaften auch die einträglichste aller Steuern. Wird dieselbe aber ähnlich, wie es in den Anfängen in Österreich, Anhalt und anderwärts bereits geschehen ist, derart progressiv gestaltet, daß sie mit dem Umfange gleich fruchtbarer Besitzungen ansteigt, so kann dieselbe zu einem der friedlichsten aber zugleich sehr wirksamen Mittel für die Erreichung einer gesunden Besitzverteilung ausgestaltet werden. An sich ist eine solche Progression der Grundsteuer durchaus gerecht. Von einem gleich fruchtbaren Boden braucht der Landwirt für den Unterhalt seiner Familie um so weniger, je mehr er davon besitzt. Es kann daher auch an Grundsteuer ein steigender Anteil des Betriebsreinertrages gezahlt werden. Ist dieser Anteil nur nicht zu groß, so wird er auch die Privatinitiative nicht hindern. Wohl aber wird er den Landwirt dazu zwingen, gut zu wirtschaften oder den steuerlich relativ hoch belasteten Anteil seines Besitzes zu verkaufen. Dieser Zwang muß aber um so größer sein, je größer die Besitzungen bei gleicher Fruchtbarkeit sind und je schlechter dieselben bewirtschaftet werden. In Gegenden, wo der Großgrundbesitz stark vorherrscht, und zudem zum Teil unzulänglich bewirtschaftet wird, muß auf diese Weise das Bodenangebot bald relativ groß werden; die Bodenpreise müssen hier relativ niedrig zu stehen kommen. Die Bauernansiedlung muß demnach hier, wo sie am nötigsten ist, auch am schnellsten fortschreiten. Selbstredend darf man in einem kapitalarmen Lande mit einem solchen Druck auf die Besitzverteilung nur langsam vorgehen. — Werden so einerseits alle Erschwernisse der Bodenaufteilung beseitigt und wird andererseits für eine gesunde Relation zwischen Bodenpreis und Ertragsmöglichkeiten gesorgt, so kann der Bauernstand sich so schnell ausdehnen wie seine Vermehrung und seine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kapitalbildung vorwärts schreiten. Liegen zudem auch die Verdienstmöglichkeiten des Landarbeiterstandes günstig, so erhält der Stand des Kleinbauern auch von dieser Seite Zuzug, und zwar in dem Maße, wie der Bedarf an Landarbeitern geringer wird.

Wird aber der Zuwachs an Landbevölkerung erst zum größten Teile auf dem Lande festgehalten, so braucht man auch um ein weiteres krankhaftes Wachstum der Großstädte nicht mehr besorgt zu sein. Dasselbe wird dann ganz von selbst unterbunden.

Auch die Sorgen um eine zu weitgehende Bodenzersplitterung werden auf diesem Wege weit ins Feld hinausgeschoben. Eine solche setzt ja immer in erster Linie dort ein, wo ein sich stark vermehrender Kleinbauernstand einem ausgedehnten Großgrundbesitze unvermittelt, also ohne einen erheblichen Mittel- und Großbauernstand gegenübersteht, wie es z. B. für große Teile des früher zu Österreich gehörenden Kleinpolens und des früher zu Rußland gehörenden Kongreßpolens zutrifft.

Es wird weiter bei dem Kampfe gegen die Aufteilung des Grundbesitzes nur zu leicht vergessen, daß man bei der geschlossenen Vererbung der Höfe den Bevölkerungszuwachs zwingt, entweder in die Städte abzuwandern oder auszuwandern. Aus Furcht vor einem ländlichen Proletariat schafft man dann im erstgenannten Falle ein städtisches Proletariat oder schwächt im letztgenannten Falle die Volkskraft und das Volksvermögen, um andere Volkswirtschaften gewöhnlich mit den tüchtigsten Elementen des eigenen Landvolkes zu kräftigen. Richtig ist nur, daß die Volksvermehrung durch das System der geschlossenen Vererbung stark herabgedrückt wird, teils durch Verlumpung der für den Arbeiterstand meist zu anspruchsvoll erzogenen nachgeborenen Kinder, teils durch Verminderung der Kinderzahl bei den Anerben, bei denen sich der Hang zum Wohlleben infolge ihrer günstigen Lage nur zu leicht einstellt.

Auch was von den wirtschaftlichen Verlusten erzählt wird, welche mit der Teilung der Höfe verbunden sein sollen, ist größtenteils graue Theorie. Wo sind z. B. in den Landstrichen und Ländern, in denen seit Jahrhunderten Naturalteilung der Bauernhöfe üblich ist, die leerstehenden Gebäude, von denen geredet wird?

Solche sind im Gegenteil nur dort zu finden, wo mehrere Höfe zusammengelegt wurden oder Bauernhöfe von den großen Gütern aufgekauft worden sind. Ganz regelmäßig geht ja mit solchen Zusammen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

legungen eine Extensivierung des Betriebes Hand in Hand. Man braucht ja nur die in den verschiedenen Betriebsgrößen auf 100 ha entfallenden Bestände an Gebäuden und an beweglichem Inventar miteinander zu vergleichen, um den Beweis hierfür zu erhalten. Bodenteilung oder Verminderung der zu einem Betriebe gehörenden Bodenfläche bedeutet dagegen Zwang zur Intensivierung des Betriebes und damit den wirksamsten Hebel des Fortschrittes.

In den Zeiten der großen Rodungen und der Kolonisation Ostelbiens sind technische Fortschritte in der Landwirtschaft der deutschen Stammlande überhaupt nicht gemacht worden. Es wurde immer nur dasselbe Schema kopiert. In den Gegenden, wo geschlossene Vererbung der Höfe herrscht, oder wo diese durch das Zweikindersystem praktisch erreicht ist, ist es mit dem Fortschritt der Landwirtschaft immer am schlechtesten bestellt gewesen, haben sich Rentnergeist und Wohlleben immer am meisten breit gemacht.

Volksvermehrung und Bodenteilung hingegen geben den Druck ab, welcher die Menschen zwingt, unter Anspannung aller Kräfte die Flächenerträge des Bodens durch Aneignung der technischen Fortschritte und organisatorische Änderungen zu steigern.

Zugleich aber steigt mit beiden nicht nur der Bedarf an Nahrungsmitteln, sondern auch an allen Erzeugnissen des Gewerbefleißes und mit demselben die Unabhängigkeit aller Industrien vom Auslande. Wieweit aber eine solche Entwicklung gehen kann, ohne daß eine Verelendung der Menschen eintritt, das ist für uns heute ganz unabsehbar. *Gefährlich ist nicht eine Bodenteilung an sich, sondern eine solche, welcher die Kapitalbildung und die Menschenerziehung und Menschenbildung nicht folgen oder vorangehen.* Von schlimmen Folgen ist es auch, wenn die Existenz kleiner Bodenbesitzer sich zum größten oder zum großen Teil auf industriellen Haupt- oder Nebenerwerb stützt und diese Industrien dann aus irgendwelchen Ursachen zugrunde gehen. Man darf dann aber nicht von einer krankhaften agrarischen Bodenzersplitterung reden, sondern muß von einer krankhaften Lage der Industrien sprechen. Jeder Industriearbeiter mit Eigenbesitz ist solchen Gefahren ausgesetzt. Man darf darum aber noch nicht einem solchen Eigenbesitz des Industriearbeiters überhaupt verpönen. Im Gegenmittel ist dafür zu sorgen, daß die industrielle Entwicklung eines Landes im Vergleiche zur agrarischen nicht einseitig

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überwuchert. Das Mittel hierzu ist aber die Förderung des Bauernstandes.

Auch die Notlage, in welcher sich die kleinen Winzer in Deutschland zurzeit befinden, wird häufig gegen die Naturalteilung des Grundbesitzes angeführt. Es handelt sich beim Weinbau aber gar nicht um Nahrungsmittelproduktion, sondern um Herstellung eines Genußmittels, das in Notzeiten relativ leicht entbehrt werden kann, dessen einseitige Produktion also auf alle Fälle ein großes Risiko in sich schließt, einerlei ob es sich dabei um Großbetrieb oder Kleinbetrieb handelt. Auch die großen Weinbauern sind heute in derselben schlechten Lage wie die kleinen, hervorgerufen teils durch die gesunkene Kaufkraft der Völker, teils durch die Trockenlegung großer Staaten.

Richtig ist nur, daß die Bodenteilung einmal ihre Grenzen findet. Diese Grenzen aber werden durch die Entwicklungs- und Vermehrungsmöglichkeiten der Völker auf ihrem Volksboden überhaupt gesteckt. Solange man eine Volksvermehrung will und für zweckmäßig erachtet, solange muß man auch eine Bodenteilung wollen. Hält man diese nicht mehr für zulässig, so muß man für einen Abfluß des Bevölkerungszuwachses ins Ausland sorgen und die damit verbundenen Verluste tragen wie es z. B. die Schweiz unter Laurs Führung zielbewußt tut und sich entsprechende Erbgesetze geschaffen hat. Der Weg eines Überwucherns der einseitig auf Auslandsabsatz angewiesenen Industrie ist jedenfalls der gefährlichste.

Wie weit aber diese äußersten zulässigen Grenzen der Bodenteilung in den weitaus meisten Kulturstaaten, geschweige denn in den Agrarstaaten, noch entfernt liegen, das erkennt man am besten, wenn man den Bildungsgrad der Landbevölkerung und das verschwindend geringe Maß der Anwendung aller durch Wissenschaft und Technik erzielten Errungenschaften in der landwirtschaftlichen Praxis einerseits und die Besitzverteilung in diesen Ländern andererseits in Betracht zieht.

Ein chinesisches Sprichwort lautet: „Der Boden trägt so viel, wie der Mensch taugt, der ihn bebaut." Je mehr die Menschen taugen, desto kleiner sind demnach auch die Bodenflächen, welche der gleichen Volkszahl ausreichend Nahrung gewähren können.

Welch eine Steigerung der Ausnutzung erheblicher Bodenflächen würde z. B. in Deutschland relativ leicht dadurch zu erreichen sein, daß jeder Industriearbeiter einen größeren Schrebergarten als Pachtland mit Anwartschaft auf eigentümlichen Erwerb zugewiesen erhielte!

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Man müßte dies durch Anlage von besonderen Radfahrwegen erleichtern, wie es Lübeck, Kopenhagen und andere Städte, besonders in Skandinavien, bereits getan haben, um die Wege zur und von der Arbeitsstelle zu erleichtern. Eine solche Verländlichung der Städte würde auch helfen, aus den Städten wieder Menschen zu gewinnen, die etwas von Bodenkultur verstehen und so die Kleinbauernsiedlung zu fördern, die immer nur nach Maßgabe der in der Bodenkultur geschulten Menschen fortschreiten kann. Damit sind wir bereits bei dem Gegenstande unseres vierten Abschnittes angelangt.

IV. Die Abhängigkeit der Produktivität der Landwirtschaft von Volkserziehung und Volksbildung.

Schon durch unsere ganzen bisherigen Betrachtungen zieht sich wie ein roter Faden die Tatsache, daß der Bodenertrag und mit ihm der Nahrungsspielraum, den der Boden den Menschen gewährt, sich vornehmlich auf die Leistungen der Menschen gründet. Dabei kommt es einerseits auf die körperliche Kraft, das körperliche Geschick und die Energie seiner Bebauer an, andererseits hängt der Bodenertrag von der ganzen geistigen Kultur, von den Fachkenntnissen aller in der Landwirtschaft tätigen und aller sich für die Landwirtschaft betätigenden Menschen ab. Auf keinem Gebiete ist aber noch soviel Neuland urbar und fruchtbar zu machen, als auf dem Gebiete der körperlichen und besonders der geistigen Ertüchtigung der Menschen im allgemeinen und der Landbevölkerung im besonderen. Das meiste Neuland befindet sich eben in den Köpfen der Menschen. Könnte man die Bodenerträge, welche die Pioniere unter den großen und kleinen Landwirten bereits erreicht haben, schnell verallgemeinern, dann würde in jedem Lande noch für viele Millionen Menschen Raum, Nahrung und lohnende Arbeit vorhanden sein. Die Bedingungen für eine gesunde Volkserziehung und kulturelle Volksbildung werden aber auf keine Weise so gefördert, als durch eine Verbesserung der Besitzverteilung und Besitzmischung unter Ausschaltung der über den Rahmen eines selbständigen Großbetriebes hinausgehenden Latifundien. Denn wo sich Latifundium an Latifundium reiht, da läuft alles Streben der Machthaber auf Niederhaltung der niederen Volksschichten hinaus. Zudem wird in den oberen Schichten die Erziehung statt auf wirtschaftliche Tüchtigkeit und kulturellen Fortschritt nur zu leicht auf gesellschaftlichen Formalismus und unpraktische Vielwisserei eingestellt, mit denen der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mensch nichts anfangen kann, sobald er vom Schicksal auf eigene Füße gestellt wird. Bei einem sich gesund vermehrenden Bauernstande hingegen wird eine zweckmäßige Jugenderziehung bereits von Natur durch die Mitarbeit im Betriebe erleichtert. Findet dieselbe zudem durch eine gute Fachbildung und die richtige Persönlichkeitskultur weitgehende Unterstützung, so ist das wahre Bevölkerungspolitik.

Wir stehen mit diesen Bestrebungen der Ertüchtigung des Bauernstandes noch sehr am Anfange der Entwicklung. Was mit einer solchen an Erweiterung des Nahrungsspielraumes noch zu erreichen ist, erkennt man am besten, wenn man die einzelnen Dörfer, Gegenden und Länder miteinander vergleicht. Was gehört z. B. noch dazu, bis man die ganze Bauernschaft in Deutschland und Deutschösterreich auf den durchschnittlichen Stand der fachlichen Bildung und der wirtschaftlichen Energie der Bauern in der Schweiz oder in Dänemark gebracht hat! Welche Ertragssteigerung der Bodenkultur würde es bedeuten, wenn das bald gelänge, und welche Kulturarbeit würde dabei zugleich geleistet werden!

Was aber für den Bauern gilt, gilt im großen ganzen auch für den Landarbeiter. Mit ungebildeten, unwilligen Arbeitern kann man hohe Leistungen in der Landwirtschaft nicht erzielen. Die Erträge sind daher besonders im Großbetriebe vom Bildungsstande und vom Interesse des Arbeiterstandes an der Arbeit in hohem Grade abhängig. Neuseeland hat sich z. B. während des Krieges trotz seiner dünnen Bevölkerung und dem sprichwörtlichen Arbeitermangel doch in außerordentlich kurzer Zeit von einem Lande, das vornehmlich Fleisch, Felle und Wolle verkaufte, zu einem bedeutenden Exportlande für Molkereiprodukte entwickelt, nur weil die intelligente Landbevölkerung in kürzester Frist die saubere Anwendung der Melkmaschine erlernte. Im Milchversorgungsgebiete von Neuyork sind nicht weniger als 30000 Melkmaschinen im Betriebe. Bei uns aber können sich die Melkmaschinen nur sehr langsam einbürgern, vornehmlich weil weder die Melker noch die Bauern sich an die nötige Sorgfalt und Sauberkeit ihrer Handhabung gewöhnen wollen.

Das ganze dänische Volk ist von einem Genossenschaftsgeist durchdrungen, der die Genossenschaften auf allen Gebieten des Bezuges von Produktionsmitteln, der Produktion, des Absatzes und der Marktbeeinflussung zu hoher Blüte gebracht hat. In anderen Ländern dienen die Genossenschaften vornehmlich dazu, um günstige Gelegenheit zum

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Trinken zu finden. Ich könnte noch viele solche Beispiele als Beweis dafür anführen, daß der Nahrungsspielraum, den der Volksboden einem Volke gewährt, in erster Linie eine Funktion der intellektuellen und sittlichen Kräfte desselben ist.

V. Die Abhängigkeit der Produktivität der Landwirtschaft vom internationalen Austausch und vom internationalen Frieden.

In der geschlossenen, autarkischen Naturalwirtschaft findet überhaupt kaum eine Befruchtung des landwirtschaftlichen Betriebes von außen her statt. Höchstens die Kenntnis neuer Kulturpflanzen und neuer domestizierter Kulturtiere dringt von außen in die Einzelwirtschaft ein. So fand z. B. bereits Livingstone den aus der neuen Welt stammenden Mais bei den einsamsten Negerstämmen als gewöhnliche Kulturpflanze verbreitet. Eine wesentliche Ertragssteigerung der Landwirtschaft wird aber herbeigeführt, wenn zuerst die arbeitsteiligen Gewerbe der Stadtwirtschaften die Landwirtschaft mit verbesserten Geräten und Maschinen, Baumethoden usw. befruchten, und besonders durch Verkauf von Kleidungsstücken und anderen Verbrauchsgegenständen von deren Selbstherstellung befreien und entlasten. In der Nationalwirtschaft nimmt dieser Einfluß von Handel und Industrie noch gewaltig zu und wird in steigendem Maße auch durch die aufkommende Wissenschaft ergänzt. Die fortschreitende industrielle Arbeitsteilung ermöglicht es, immer billigere und immer vollkommenere Hilfsmittel und Hilfsstoffe an die Landwirtschaft zu liefern und ihr deren Erzeugnisse im Vergleiche zu den Preisen dieser Hilfsmittel zu immer höheren Preisen abzunehmen.

Nicht minder groß ist dann schließlich aber die Ertragssteigerung der Landwirtschaft, welche durch die internationale Arbeitsteilung und den internationalen Austausch von Erzeugungsmitteln und Erzeugnissen in den Tauschländern ausgelöst werden kann. Dieser Tausch ermöglicht zunächst ein Zusammentragen ganz verschiedener und ganz verschieden auf die einzelnen Länder verteilten Bodenschätze. Nicht nur, daß das eine Land Platin, ein zweites Kupfer, ein drittes Zinn, ein viertes Kohle oder Petroleum zur Herstellung und zum Betriebe einer einzigen Maschine liefert, sondern das eine Land liefert Phosphate für die Herstellung von Phosphorsäuredünger, das zweite liefert Kalisalze, ein drittes Chilesalpeter oder es stellt billigen synthetischen Stickstoffdünger her, die höchste Ertragssteigerungen nur in ihrer Zusammen-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirkung auslösen können, daher in allen einzelnen Anwendungsländern zusammengetragen werden müssen.

Je mehr aber ein solcher oder auch ein anders gearteter Austausch von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, je größer also der Anteil der Gesamtproduktion wird, der sich auf diesen Austausch gründet, desto größer wird auch der Anteil der Bevölkerung der Tauschländer, der ohne diesen Tausch auf die Dauer seinen Konsum nicht aufrecht erhalten oder gar sein Leben nicht fristen kann.

Auch der wachsende internationale Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen steigert den Anteil der landwirtschaftlichen Produktion, welcher mit Fortfall dieses Austausches verschwinden muß. Jedes Land bringt vornehmlich diejenigen Agrarprodukte hervor, für welche Boden, Klima und Arbeitsbedingungen bei ihm am günstigsten liegen. Sie sind daher in ihm auch regelmäßig verhältnismäßig billig. — So sind Deutschland, Polen, Großrußland ausgesprochene Roggenländer; der Roggen ist hier daher vergleichsweise billig. Für Zuckerrübenkultur liegen außerdem in Deutschland und Polen auch die Arbeitsbedingungen sehr günstig. Die Folge ist, daß auch der Rübenzucker unversteuert relativ billig ist. In den Vereinigten Staaten liegen dagegen die Produktionsbedingungen für Weizen und Mais, in Nordafrika für Gerste, in Sizilien für Bohnen und Orangen besonders günstig, so daß alle diese Erzeugnisse in den genannten Ländern verhältnismäßig billig sind. Der internationale Austausch erlaubt nun allen diesen Ländern eine einseitige Bevorzugung der Produktion derjenigen Erzeugnisse, für welche die Produktionsbedingungen bei ihnen besonders günstig liegen und damit eine außerordentliche Steigerung der Gesamtproduktion.

Je weiter diese Steigerung der Arbeitsteilung des landwirtschaftlichen Fruchtbaues in die Tauschländer geht, desto größer muß wiederum der Anteil der Bevölkerung dieser Länder werden, dessen Leben von der Aufrechterhaltung dieses Tausches abhängt.

Gehemmt wird die Entwicklung dieser internationalen Produktionssteigerung aber durch jede Art von Zollschranken, also gefördert durch Zollfreiheit.

Zollfreiheit bedeutet eben freie Orientierung aller Produktionszweige nach den günstigsten Produktionsstandorten und Zwang zum Austausch der auf diesen günstigsten Standorten hergestellten Erzeugnisse.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Zollfreiheit großer Produktionsgebiete hat aber noch eine andere Seite. Sie fördert nämlich in hohem Maße die Ausbildung rationellster Produktionsmethoden der Industrie, weil sie irgendeinem Erzeugnis ein großes Absatzgebiet sichert, sofern dasselbe nur besonders billig und gut hergestellt wird.

Henry Fords Automobilfabriken sind entstanden, weil die U.S.A., das Gebiet einer Bevölkerung von 110 Millionen, ohne innere Zollschranken und ohne die Möglichkeit der Errichtung solcher Schranken, umfassen. Seine mit dem laufenden Bande arbeitenden Fabriken umfassen ein Riesenkapital, das nur in einem so großen Lande ohne jede Zollschranke auf einen Spezialartikel eingestellt werden kann.

Darum ist auch die Frage der Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Industrie mit der nordamerikanischen in erster Linie eine Frage der Beseitigung der inneren Zollschranken in Westeuropa. Gelingt diese Beseitigung, dann hat Europa vor Nordamerika den großen Vorsprung viel niedrigerer Arbeitslöhne. Es kommt hinzu, daß in den U.S.A. der ganze Verbrauch immer mehr auf Standardwaren eingestellt worden ist. Nur diese im rationellsten Großbetriebe hergestellten Standardwaren können bei den hohen Löhnen billig sein. Einem wirklich individualisierten Geschmack kann bei deren Herstellung nicht Rechnung getragen werden. Darum auch der Hang zur Uniformierung des ganzen amerikanischen Lebens. Man hat dabei eben aus der Not eine Tugend gemacht. Je mehr sich aber die Wohlhabenheit breiterer Volksschichten entwickelt, desto stärker muß in denselben wieder das natürliche Streben der Menschen nach Differenzierung zum Durchbruche kommen. Das aber bedeutet Absatz für spezialisierte europäische Industriewaren und Kunstgegenstände, deren Produktionsmöglichkeiten durch das amerikanische Wirtschaftsleben systematisch erstickt worden sind.

Um aber zu einer solchen verständigen Arbeitsteilung mit Amerika kommen zu können, ist erst einmal eine Arbeitsgemeinschaft unter den großen europäischen Kulturnationen nötig. Der interkontinentalen Zollunion muß die innenkontinentale vorangehen. Wie der Fortfall aller Zölle innerhalb des Gebietes des deutschen Zollvereins derzeit Deutschland groß gemacht hat, so muß ein europäischer Zollverein Europa groß machen. Welche Hemmungen des Wirtschaftslebens dagegen in allen Bestrebungen zur nationalen Autarkie liegen, dafür liefern die zollpolitischen Anstrengungen Norwegens, sein Brotgetreide

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

möglichst selbst zu bauen, ein klassisches Zeugnis. Diese Bestrebungen, die in das 7. und 8. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts fallen, haben zu einem ungeheuren Rückgang der ganzen norwegischen Landwirtschaft und zu einer Verarmung der norwegischen Volkswirtschaft geführt, und erst die Umkehr von diesem System brachte neuen Aufschwung.

Heute befindet sich Österreich als Folge des Verlustes seines agrarischen Hinterlandes in einer ähnlichen Situation wie damals Norwegen. Auch bei ihm überwiegt heute das natürliche Grünland bei weitem. Auch in Österreich hört man heute Stimmen, welche verlangen, daß es seinen Getreidebau möglichst ausdehnt, um einen möglichst großen Anteil seines Brotgetreides selbst zu produzieren. Das ist kurzsichtig und eine Einstellung, die damit rechnet, daß Österreich zum isolierten Staate erhoben würde. Wenn das geschähe, würde ein großer Teil seiner Bevölkerung so wie so verhungern müssen. Nein, die Parole darf nur sein, daß Österreich seine Bodenflächen nach ihren natürlichen Ertragsmöglichkeiten weitgehendst auszunutzen strebt, um möglichst viel aus dem Boden herauszuholen, um dann im Tauschverkehr mit seinen Nachbarn das Fehlende auszutauschen, das nicht Benötigte abgeben zu können. Obenan muß ein solcher Austausch mit dem Deutschen Reiche angestrebt und durch Beseitigung aller Zollschranken gefördert werden. Gelingt dieser wirtschaftliche Anschluß, dann ist die Frage des politischen Anschlusses völlig Nebensache.

Ich kann hier leider auf die Vorteile des Zusammenarbeitens der österreichischen und der reichsdeutschen Landwirtschaft nicht näher eingehen, weil ich dabei zu sehr in landwirtschaftliche Einzelheiten hineingeraten würde, die den Hörer- und Leserkreis hier nicht allgemein interessieren. Das Gesagte wird auch genügen, um die Vorteile der wirtschaftlichen Zusammenfassung großer Wirtschaftsgebiete klarzulegen. Allerdings ist eine solche nur soweit zulässig, wie die Völker gegenseitigen Friedenswillen und Friedensgarantien besitzen. Umgekehrt muß aber auch betont werden, daß gerade ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten der Völker die weitgehendsten Friedensgarantien in sich schließt. Absonderung der Völker führt zur Entfremdung, zu Mißtrauen, Bewaffnung, Krieg und Verarmung an materiellen und mehr noch an geistigen Kulturgütern. Wirtschaftliche Zusammenarbeit hingegen führt zu gegenseitigem Verstehen, zur Interessengemeinschaft, Friede und Bereicherung an materiellen, und besonders an geistigem Besitze der Völker.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit brauchen die Völker eine rasche Zunahme ihrer Bevölkerungsziffer nicht zu fürchten, am wenigsten dann, wenn sie ihre Pflicht der Volkserziehung und Volksbildung und damit der Ertüchtigung aller Staatsbürger voll erfüllen. Hier einen Vorsprung zu gewinnen, ist das legalste und wirksamste Mittel im Wettstreite der Völker. Viel eher muß ein Volk ein Nachlassen seiner Bevölkerungszunahme fürchten, denn ein solches bedeutet nicht nur ein Zurückbleiben im Range der Völker, sondern Anwachsen des Rentnergeistes, der Genußsucht und des sittlichen Zerfalls. Eine gesunde Volksvermehrung ist dagegen die Quelle alles gesunden Strebens der Menschen.

Allerdings ist Bevölkerungszuwachs nicht Selbstzweck. Nicht die Masse der Menschen kann in erster Linie Ziel der Volkswirtschaft sein, sondern Qualität, d. h. deren Kultur und sittliche Reife. Diese wird aber nicht gefördert durch Menschen, welche ohne Verantwortungsgefühl eine große Zahl von Kindern in die Welt setzen, die sie weder ordentlich ernähren oder erziehen können. Eine solche Volksvermehrung ist schon deshalb ein Unglück, weil sie negative Selektion bedeutet. Ein Glück ist Volksvermehrung nur soweit, wie das Erziehungskapital proportinal dieser Vermehrung oder schneller wächst. Die Sorge um diese Kapitalvermehrung ist es aber, welche den berufenen Vertreter der Volkswirtschaft in erster Linie beseelen muß und nicht eine Sorge um die Menge der Nahrungsmittel, welche der Volksboden hervorbringen kann. Die Mutter Erde hat Raum und Brot noch für ungezählte Millionen ihrer Kinder. Je mehr dieser Kinder aber auf ihr leben sollen, desto besser müssen dieselben sich vertragen, desto besser müssen sie erzogen werden, desto mehr wird der Jugenderzieher zum wichtigsten Bevölkerungspolitiker.

(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Wir wollen in den Verhandlungen fortfahren.

Das Wort hat Herr Professor Dr. Mombert (Gießen).

Professor Dr. Mombert (Gießen):

Übervölkerungserscheinungen in Westeuropa[1].

Wenn man die Frage aufwirft, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt und unter bestimmten Verhältnissen in einem Lande von einer Über-

[1] Die folgenden Anmerkungen sind für die Drucklegung hinzugefügt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

völkerung gesprochen werden kann, so hängt die Antwort in hohem Maße auch davon ab, was man unter Übervölkerung verstehen will. In allen Fällen hat man es hierbei immer mit einem Relationsbegriff zu tun, damit daß die Bevölkerung einer anderen Größe gegenüber, dem Nahrungsspielraum oder der Bevölkerungskapazität eines Landes, zu groß ist. Wenn man früher von Übervölkerung oder von der Gefahr einer solchen sprach, so hatte man dabei in der Regel eine Volkswirtschaft im Auge, bei der die Volkszahl stärker als der Nahrungsspielraum stieg, so daß sich damit als Wirkung des Volkswachstums gewisse wirtschaftliche und soziale Spannungsverhältnisse ergeben mußten. In einem solchen Falle liegt die treibende Kraft also auf seiten des Volkswachstums.

Genau das gleiche Spannungsverhältnis kann jedoch eintreten, wenn bei stagnierender Volkszahl der Nahrungsspielraum zurückgeht oder wenn bei sinkender Volkszahl derselbe eine noch stärkere Abnahme erfährt. Das ist der Fall, der für eine Reihe westeuropäischer Staaten vielleicht zurzeit in Frage kommt. Darf man auch unter solchen Umständen von Übervölkerung sprechen? Man hat diese Frage schon verneint, weil in einem solchen Falle das zuviel an Menschen nicht auf einer stattgefundenen Volkszunahme beruht, und man wollte deshalb einen solchen Zustand nur als Übervölkerung im uneigentlichen Sinne bezeichnen. Es liegt aber meines Erachtens keine Veranlassung vor, hier einen grundsätzlichen Unterschied zu machen. Das Wesentliche bei der Erscheinung der Übervölkerung liegt doch darin, daß sich Größenänderungen in dem Verhältnis zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum vollzogen haben, wobei recht wohl das eine Mal die Ursache in Wandlungen auf der einen, das andere Mal in Wandlungen auf der anderen Seite liegen kann. Ob das eine oder das andere der Fall ist, macht ja auch für die Symptome und Folgen dieser Erscheinung keinen Unterschied.

Welche Maßstäbe muß man nun anlegen, um das Vorhandensein einer Übervölkerung zu erkennen? An wie vielerlei Symptome man hier denken kann, hat Bortkiewicz in der Festgabe für Schmoller gezeigt[1]. Wir können uns heute nicht mehr auf den Standpunkt von Malthus stellen, der nur dort von einer Übervölkerung sprechen wollte, wo bereits seine positiven Hemmnisse in Wirksamkeit treten, die ja

[1] Die Bevölkerungslehre. Leipzig 1908.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Aufgabe haben, die Volkszahl immer wieder der Menge der Unterhaltsmittel anzupassen. Denn solche Hemmnisse werden im allgemeinen nur dort eintreten, wo die Lebenshaltung der Bevölkerung schon zuvor nahe dem Existenzminimum gestanden hat, und sie werden um so weniger zu beobachten sein, je höher die durchschnittliche Lebenshaltung ist. Das läßt sich auch deutlich an der Bevölkerungsbewegung der allerneuesten Zeit beobachten.

Demgegenüber hat Rümelin[1] die Symptome einer Übervölkerung darin erblicken wollen, daß für längere Zeit als Folge eines zu starken Volkswachstums Durchschnittseinkommen und Lebenshaltung zurückgehen. Wir haben es hier mit einem Merkmal zu tun, das auch auf die heutigen Verhältnisse angewandt werden kann. Freilich ergibt sich hierbei die Schwierigkeit, daß man dann für ein Land mit höherer, aber rückläufiger Lebenshaltung von einer Übervölkerung sprechen muß, während davon bei einem Lande mit niedrigerer, aber aufsteigender Lebenshaltung keine Rede sein könnte. Aber diesen Schönheitsfehler muß man mit in Kauf nehmen, wenn man zu Symptomen der Übervölkerung kommen will, die auch den heutigen Zuständen gegenüber einen heuristischen Wert besitzen sollen. In jeder Begriffsbildung liegt notwendig eine gewisse Willkür, man muß die Begriffe aber so bilden, daß sie den Zuständen gegenüber, auf welche sie angewandt werden sollen, ein gewisses Maß von Brauchbarkeit besitzen. Das ist dann der Fall, wenn man, wie es im folgenden geschehen soll, unter Übervölkerung einen länger andauernden Rückgang der Lebenshaltung versteht, der aus Änderungen in den Größenverhältnissen zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum zu erklären ist.

Die so häufig gemachte Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Übervölkerung hat für unsere heutigen Verhältnisse keine größere Bedeutung. Unter absoluter Übervölkerung versteht man dabei den Zustand, bei dem keinerlei Möglichkeit vorhanden ist, durch irgendwelche Fortschritte den Nahrungsspielraum so zu vergrößern, daß damit der vorhandenen Übervölkerung gegenüber erfolgreich entgegengetreten werden kann, während man von einer relativen Übervölkerung dort spricht, wo bei einer besseren Ausnützung der natürlichen Hilfsquellen eines Landes und der Fähigkeiten seiner Bewohner ein solcher Erfolg bestimmt erwartet werden kann. Man wird deshalb heute von der

[1] Zur Übervölkerungsfrage. In: „Reden und Aufsätze." N. F. 1881. S. 569

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Möglichkeit einer absoluten Übervölkerung nicht sprechen können, weil wir ja gar nicht imstande sind, uns ein Bild von den noch möglichen Fortschritten zu machen, also auch gar nicht sagen können, ob eine Übervölkerung im absoluten Sinne vorhanden ist. Auch der Begriff der relativen Übervölkerung — man würde vielleicht besser sagen, temporären Übervölkerung —, der für uns allein brauchbar ist, bedeutet ja in sich nichts Einheitliches. Denn es ist leicht einzusehen, daß auch die darin enthaltene Möglichkeit, den Zustand der Übervölkerung zu überwinden, leichter oder schwerer sein kann. Dort jedoch, wo die Übervölkerung darauf beruht, daß die Volkszahl dem Nahrungsspielraum gegenüber zu sehr zugenommen hat, wird man jedenfalls mit größerer Skepsis der Möglichkeit, einen solchen Zustand zu überwinden, gegenüberstehen, als dort, wo, wie heute, bei etwa gleichbleibender Volkszahl dieser Zustand auf einem Rückgange des Nahrungsspielraumes beruht. Denn hier hat bereits die Erfahrung gezeigt, daß der Nahrungsspielraum so weit ausgeweitet werden kann, um der Volkszahl eine bestimmte, vorher schon vorhandene Lebenshaltung zu gewährleisten. Deshalb wird man im allgemeinen dort eine günstigere Prognose grundsätzlich stellen können, wo die Ursachen der Übervölkerungserscheinungen in einem Rückgange des Nahrungsspielraumes und nicht beim Volkswachstum liegen.

Betrachten wir nun zunächst an der Hand dieser Maßstäbe die derzeitigen Verhältnisse in Westeuropa. Natürlich kann an dieser Stelle im Rahmen eines Vortrages dabei nur das allerwichtigste und auch das nur in den gröbsten Umrissen angedeutet werden. Es ist in diesem Rahmen auch nicht möglich, auf die Verschiedenheiten in den einzelnen Ländern genauer einzugehen. Nur das ihnen in dieser Hinsicht Gemeinsame kann, von wenigen Ausnahmen abgesehen, hier hervorgehoben werden.

Als erstes ist hier auf die Tatsache zu verweisen, daß gegenüber der Vorkriegszeit der internationale Warenaustausch einen Rückgang erfahren hat. Von diesem Rückgang ist Europa besonders stark betroffen worden. Nach den Berechnungen des deutschen Instituts für Konjunkturforschung[1] ist, umgerechnet auf die Vorkriegswerte, ver-

[1] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. 1. Jahrg. 1926. Vgl. dazu auch: H. Levy: Der Weltmarkt 1913 und heute. 1926. — Derf.: Die Enteuropäisierung der Welthandelsbilanz. Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 23. 1926. — W. F. Bruck: Deutschlands weltwirtschaftliche Stellung in der veränderten internationalen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

glichen mit dem Jahre 1913, der Gesamtwert des Außenhandels in der Welt im Jahre 1924 um 9,1 v. H., im Jahre 1925 um 3 v. H. zurückgegangen, der Anteil Europas um 19,6 und 14,9, derjenige des Deutschen Reiches um 51,8 und 35,7 v. H. In der gleichen Zeit, in welcher so der Welthandel allgemein abgenommen hat, ist der Anteil einzelner außereuropäischer Staaten daran, vor allem derjenige der Vereinigten Staaten und Japans, erheblich gestiegen. Demgegenüber hat die Einfuhr der westeuropäischen Staaten lange nicht in dem Maße nachgelassen wie die Ausfuhr, sie ist zum Teil erheblich größer geworden als in der Vorkriegszeit, und damit hat der Passivsaldo der Handelsbilanz für diese Staaten eine starke Zunahme erfahren. Von dieser eben kurz skizzierten Entwicklung machen nur nach gewisser Richtung hin die noch valutaschwachen Staaten Westeuropas aus bekannten Gründen eine Ausnahme. Es liegt auf der Hand, daß sich als Folge dieser Verschiebungen im Außenhandel starke Wirkungen auf den Arbeitsmarkt dieser Staaten ergeben mußten. Für Deutschland hat das Institut für Konjunkturforschung berechnet, daß um die Mitte des Jahres 1925 durch den verringerten Auslandsabsatz etwa ¾ Millionen Arbeitskräfte freigesetzt worden seien.

Neben dieser ungünstigen Gestaltung im Außenhandel haben sich aber in Westeuropa auch Wandlungen auf dem inneren Markt vollzogen, die nach der gleichen Richtung hin wirksam sein mußten. Auch hier handelt es sich um sehr komplexe Erscheinungen, die im Rahmen eines Vortrages nur kurz gestreift werden können. Besonders wichtig scheint mir hierbei die Entwicklung in der Lage der Landwirtschaft zu sein, die in Großbritannien und Deutschland grundsätzlich sich in ziemlich ähnlicher Weise vollzogen hat. In beiden Ländern kann man gegenüber dem Jahre 1913 einen Rückgang in den Erträgnissen der Landwirtschaft feststellen, in Großbritannien sogar einen ziemlichen Rückgang in der landwirtschaftlich genutzten Fläche. In beiden Ländern hat sich ferner unter dem Einfluß einer ungünstigen Preisgestaltung, einer starken steuerlichen Belastung und eines Mangels an Kapital eine Extensivierung im Anbau vollzogen, so daß die Kaufkraft der Landwirtschaft der Vorkriegszeit gegenüber zurückgegangen ist. Daß daneben und unabhängig von dieser Entwicklung der Landwirtschaft

---

Arbeitsteilung. 1926. — Ferner: Neue Grundlagen der Handelspolitik. Herausgegeben von F. Eulenburg. Sch. d. V. f. Sp. Bd. 171. 1925/26.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

noch aus anderen Gründen ebenfalls die Absatzmöglichkeit auf dem inneren Markt in einer Reihe europäischer Staaten erheblich zurückgegangen ist, ist so bekannt, daß ich an dieser Stelle darauf nicht näher einzugehen brauche[1].

Eine besondere Hervorhebung verdienen nur die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt. Die Konkurrenz der weißen Kohle und des Schweröls haben dem Kohlenabsatz allenthalben bedeutenden Abbruch getan. Gegenüber dem Jahre 1913 hat im Jahre 1925 die Kohlenproduktion in Großbritannien um 14, in Deutschland um 20 v. H. abgenommen. So haben sich also auf fremden Märkten ebenso wie auf dem inneren Markt die Absatzverhältnisse für eine Reihe westeuropäischer Staaten sehr ungünstig gestaltet, und das gilt ja nicht allein für die beiden eben genannten. Ihren deutlichsten Ausdruck finden diese Zustände in dem großen Umfang der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern. Im April 1926, spätere Daten sind wegen des englischen Kohlenbergarbeiterstreiks für diesen Zweck nicht brauchbar, gab es in den westeuropäischen Staaten mindestens rund 3½ Millionen Arbeitslose, wozu noch eine ganz erhebliche Anzahl von Kurzarbeitern treten. Von diesen Arbeitslosen entfielen auf Deutschland, Großbritannien und Österreich allein etwa 3 Millionen.

Neben den bereits genannten Faktoren spielt zur Erklärung der großen Arbeitslosigkeit der seit einigen Jahren in diesen Staaten, vor allem auch in Deutschland mit Macht einsetzende Rationalisierungsprozeß eine ganz wesentliche Rolle. Der Einfluß desselben läßt sich recht deutlich erkennen. Man kann nämlich feststellen, daß, gemessen an dem Umfange des Güterumsatzes und an anderen Maßstäben, in Deutschland die Produktion lange nicht in dem Maße gesunken ist, wie die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Man hat auch schon häufig mit Recht darauf hingewiesen, daß in der Nachkriegszeit vielfach die Zahl der Erwerbstätigen eine starke Zunahme erfahren hat, so daß eigentlich die Lage auf dem Arbeitsmarkt keinen brauchbaren Maßstab für den Beschäftigungsgrad abgibt. Diese Tatsache hängt zusammen einmal mit Veränderungen im Altersaufbau als Folge des Krieges, dann aber auch damit, und in dieser Hinsicht liegen die Verhältnisse regional nicht gleichmäßig, daß infolge der eingetretenen Ver-

[1] Für die Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht in Deutschland vollzogen haben, sei auf die ausgezeichnete Schrift von R. Friedländer, „Chronische Arbeitskrise", Berlin 1926, verwiesen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

armung aus den Kreisen der Rentner und aus denjenigen der Angehörigen und vor allem der Frauen, das Heer der Arbeitswilligen erheblich vermehrt worden ist. Speziell für Deutschland und Österreich kommt hier noch die Verminderung des Heeres und die starke Rückwanderung nach dem Kriege hinzu. Für Deutschland hat man neuerdings für das jetzige Reichsgebiet, verglichen mit dem Jahre 1913, die Zunahme der Erwerbstätigen auf 3,7 Millionen veranschlagt[1]. Zum Teil ist also die Zunahme der Erwerbstätigen selbst eine Folge der Erschwerung der Lebensverhältnisse, also ein Symptom der Übervölkerung.

Besonders deutlich läßt sich die zunehmende Rationalisierung der Produktion im Kohlenbergbau erkennen. Bereits heute soll in Deutschland mehr Kohle auf mechanischem Wege als durch Handarbeit gewonnen werden, und damit hängt es dann auch wohl in erster Linie zusammen, daß vom Jahre 1914 bis zum Juli 1926 im Ruhrkohlenbergbau die Förderung pro Kopf um zirka 20% gestiegen ist[2]. Man wird zu diesem Punkte sagen können — und ähnliches gilt ja auch von anderen Staaten Westeuropas —, daß jetzt vielfach mit weit weniger Arbeitskräften als vor dem Kriege die gleiche Gütermenge erzeugt wird.

Um zusammenzufassen, so haben wir also, von weniger wichtigen Momenten abgesehen, es vor allem mit vier Faktoren zu tun, auf denen die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt in einer Reihe westeuropäischer Staaten beruht, mit denen also jene oben erwähnten Übervölkerungserscheinungen im Zusammenhang stehen.

1. Der Rückgang der Ausfuhr;
2. der Rückgang der Kaufkraft auf dem inneren Markte;
3. die Zunahme der Rationalisierung in Industrie und Handel;
4. die Zunahme der Erwerbstätigen[3].

[1] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. 1. Jahrg. 1926. Heft 2, S. 43.

[2] Vgl. dazu: Frankfurter Zeitung, 1. Morgenblatt, 7. August 1926, „Die Mechanisierung im Ruhrbergbau".

[3] Es ist oben bereits hervorgehoben worden, daß es im Rahmen eines Vortrages nicht möglich ist, auf die Verschiedenheiten in den einzelnen Ländern einzugehen. Ich verweise hier nur auf die besonderen Verhältnisse Frankreichs, das heute ausgesprochenes Einwanderungsland ist oder auf die besonderen Ursachen, welche in Großbritannien ausfuhrmindernd gewirkt haben. Es handelt sich hier ja besonders auch um die Maßnahmen der dortigen Währungspolitik. Vgl. dazu J. M. Keynes: The economic consequences of Mr. Churchill. 1925. — Auch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auf dieser Grundlage erheben sich nun verschiedene Fragen, zu denen wir Stellung nehmen müssen: 1. Haben wir es hierbei mit einer Übervölkerung in dem oben dargelegten Sinne zu tun? 2. Gibt es dagegen bestimmte Aushilfsmittel und welche? 3. Wie ist die weitere Entwicklung zu beurteilen?

Wenn auch soeben gesagt worden ist, daß ein Teil der Arbeitslosigkeit mit den Tatsachen der Rationalisierung zusammenhängt, daß also mit weniger Aufwendung von Arbeit heute gegenüber früher die gleiche Arbeitsleistung vollzogen wird, so beruht doch eben auf dieser Tatsache nur ein Teil der Arbeitslosigkeit, und man wird trotzdem, ohne einem Widerspruch zu begegnen, sagen dürfen, daß, wenn sich auch gewisse Ansätze zu einer Besserung zeigen, doch heute in Westeuropa der Nahrungsspielraum noch geringer ist als vor dem Kriege, und daß auch die allgemeine Lebenshaltung hier einen Rückgang erfahren hat. Man wird also gemäß dem oben hierüber Gesagten in diesen Ländern von einer Übervölkerung sprechen müssen. Es ist jedoch oben bereits darauf hingewiesen worden, daß man heute diesen Begriff nur im relativen Sinne gebrauchen darf. Das ist besonders den gegenwärtigen Zuständen gegenüber das allein Angebrachte. Denn da der Nahrungsspielraum vor dem Kriege für eine Volkszahl wie die heutige bei einer höheren Lebenshaltung als der heutigen genügt hat, so wird man die Möglichkeit, daß dies wieder einmal der Fall sein kann, grundsätzlich nicht ableugnen können. Freilich mögen in dieser Hinsicht die Verhältnisse für die einzelnen Länder verschieden liegen. Es ist ja auch schon oben hervorgehoben worden, daß der Begriff der relativen Übervölkerung ebenfalls keineswegs durchaus eindeutig ist. Denn es ist damit nur gesagt, daß die Möglichkeit vorhanden ist, diesen Zustand von der wirtschaftlichen Seite her zu überwinden, während sich ja diese Besserung recht schnell oder sehr langsam, unter geringen oder sehr starken Reibungen, vollziehen kann. Das Gleiche gilt ja auch von dem Ausdruck „Chronische Arbeitskrise", den man ja auch häufig für die heutigen Zustände gebraucht.

---

die verschiedene Verfügungsgewalt über die Rohstoffvorkommen der Erde, die natürlich für das Bevölkerungsproblem eine große Rolle spielt, der Unterschied zwischen weltpolitisch „übernährten" und „unternährten Staaten und Völkern", wie A. Dix es ausgedrückt hat (Geoökonomie, München 1925, S. 83), kann an dieser Stelle nicht eingehender berührt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unter den Mitteln, die man früher in erster Linie gegen eine Übervölkerung empfohlen hat, steht die Auswanderung an erster Stelle. Ganz abgesehen davon, daß heute lange nicht mehr in dem Maße wie früher Auswanderungsmöglichkeiten vorhanden sind, wird man der Auswanderung heute doch nur eine recht geringe Bedeutung als Mittel gegen eine solche Übervölkerung zuerkennen können. Das ist vor allem aus zwei Gründen der Fall:

Es zeigt sich einmal, daß die Auswanderung nicht geeignet ist, den heimischen Arbeitsmarkt in der wünschenswerten Weise zu entlasten. In Großbritannien hat das Reichssiedelungsgesetz vom 31. Mai 1923 die Hoffnungen nicht erfüllt, die man auf es in dieser Hinsicht gesetzt hat, weil die Dominions vor allem ländliche Siedler und nicht die arbeitslose Industriebevölkerung als Einwanderer haben wollten[1]. Für Deutschland hat Berger den Nachweis geführt, daß hier das gleiche gilt. Er hat gezeigt, daß hier vor allem gelernte Arbeiter auswandern, während die Arbeitslosigkeit hauptsächlich ungelernte Arbeiter umfaßt, und hat ferner nachgewiesen, daß in Deutschland kein Zusammenhang, weder in regionaler noch in beruflicher Hinsicht, zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und der Höhe der Auswanderung besteht. Es wandern in Deutschland vor allem gelernte Facharbeiter aus, die eben im Ausland am besten unterkommen können, und ein Mangel an Facharbeitern kann, worauf Berger mit Recht hingewiesen hat, gerade ungünstig auf den Arbeitsmarkt wirken, weil es sich bei diesem um ein organisches Gebilde handelt und ein Mangel an Facharbeitern ungünstig auf die Arbeitsgelegenheit für ungelernte und angelernte Arbeiter wirken kann[2].

Der zweite Gesichtspunkt, der gegen eine Förderung der Auswanderung spricht, betrifft die Tatsache, daß dabei erfahrungsgemäß vorwiegend Leute im arbeitsfähigen Alter auswandern, daß also der Belastungskoeffizient der Volkswirtschaft vergrößert wird. Damit muß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des zurückbleibenden Teiles der Be-

[1] Vgl. dazu: Th. Leubuscher, „Die britische Reichswanderungs- und Siedelungspolitik seit dem Kriege". Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 22, 1925. — H. Wright: „Bevölkerung". Deutsch. Berlin 1924. "Is unemployment inevitable"? London 1925.

[2] „Auswanderung und Arbeitsmarkt". Reichsarbeitsblatt 1925, S. 131/136. Ders. „Auswanderung" in der Zeitschrift „Die Arbeit". 3. Jahrg. 1926. Heft 6. — Vgl. auch dazu H. C. Thalheim: „Das deutsche Auswanderungsproblem der Nachkriegszeit". Crimmitschau 1926. Quellen und Studien, Bd. 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

völkerung abnehmen, und es ist leicht einzusehen, daß darin kein geeigneter Weg liegt, Volkseinkommen und Nahrungsspielraum zu steigern. Dabei soll ganz davon abgesehen werden, worauf man vor allem in England hingewiesen hat, daß mit einer solchen Auswanderung, die ja in hohem Maße Facharbeiter umfaßt, die Konkurrenz der Überseeindustrien gegen das Heimatland gefördert und damit das Übel, das geheilt werden soll, noch verstärkt wird.

Ich kann hier nur das wiederholen, was ich bereits vor sieben Jahren über diesen Gegenstand geschrieben habe: „Die Tatsache des Vorübergehenden eines solchen Zustandes dürfen wir in keinem Stadium desselben außer acht lassen. Die Geschichte zeigt auch, daß sich immer wieder das erforderliche Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Wirtschaft hergestellt hat. Unsere Hauptaufgabe ist jedoch, dafür zu sorgen, daß dieses Gleichgewicht dadurch wieder zustande kommt, daß es uns gelingt, den Nahrungsspielraum der Volkszahl anzupassen und nicht umgekehrt durch eine große Auswanderung diesen Ausgleich herbeizuführen. So wirtschaftlich wertvoll eine solche auch im Augenblick sein kann, so würde sie doch für unser Volk einen gewaltigen Kräfteverlust bedeuten, den dann unser Land vielleicht einmal bitter als Nachteil empfinden wird, wenn die Nachwirkungen des Krieges mehr oder weniger überwunden sein werden und sich unser Wirtschaftsleben wieder in aufsteigender Linie bewegt. Denn bei allem, was wir heute tun, dürfen wir nie auf die Erfordernisse des Augenblicks sehen, sondern müssen auch immer diese kommende bessere Zukunft im Auge behalten“[1]. Dieser Gesichtspunkt ist um so wichtiger, als man nicht nur in Deutschland, sondern in allen am Kriege beteiligten Staaten, etwa vom Jahre 1929 ab als Folge des Geburtenrückganges während der Kriegszeit für eine ganze Reihe von Jahren mit einem wesentlich verringerten Angebot von Arbeitskräften wird rechnen müssen[2].

---

[1] Die Gefahr einer Übervölkerung für Deutschland. Tübingen 1919. S. 75, 76.

[2] Während noch im Jahre 1920 in Deutschland noch 1317309 Kinder eingeschult wurden, betrug deren Zahl im Durchschnitt der Jahre 1923/25 720994. Man wird also nicht nur in Deutschland, sondern auch in den anderen am Kriege beteiligten Staaten in den Jahren 1929/33 mit einem starken Rückgang des Angebots an Arbeitskräften zu rechnen haben und es läßt sich heute noch nicht übersehen, welchen Einfluß diese Tatsache auf die wirtschaftliche Lage in diesen Ländern ausüben wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Von der Bevölkerungsseite her kann also das Problem nicht gelöst werden. Es ist von der wirtschaftlichen Seite her entstanden und kann ganz allein von dieser Seite aus seine Lösung finden.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen dann alle die Maßnahmen an Bedeutung, welche ohne Steigerung der Kosten die Kaufkraft am inneren Markte zu stärken und damit eine Entlastung am Arbeitsmarkte herbeizuführen vermögen. Es handelt sich hier vor allem um die Frage der Siedelung, auf welche ja in dem vorangegangenen Referat bereits hingewiesen worden ist. Es wird schon sehr viel gewonnen sein, wenn es auf diesem Wege gelingt, für eine Reihe von Jahren der Abwanderung vom Lande nach der Stadt und der Industrie mit Erfolg entgegenzutreten. Aber auch über das eigentliche Siedelungsproblem hinaus kommt der Entwicklung der Landwirtschaft für die vorliegenden Zusammenhänge eine besonders große Bedeutung zu, wenngleich die Wege, um die es sich dabei handeln muß, mit Schutzzöllen keineswegs erschöpft sind. Wenn man in Großbritannien durch Subventionen einzelner Industrien in Deutschland durch eine großzügige Arbeitsbeschaffung mit Bereitstellung öffentlicher Mittel der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken sucht, so sind derartige Bestrebungen sozialpolitisch durchaus zu verstehen. Nur darf man sich davon keinen allzu großen und dauernden Erfolg versprechen. Denn es werden damit mittelbar oder unmittelbar durch die öffentliche Hand Kapitalbeträge in Anspruch genommen, die doch in gewissem Sinne die kommende Entwicklung vorweg nehmen und vielleicht die Wirtschaft selbst der Mittel beraubt, welche diese zum Neuaufbau nötig hat. Eine endgültige Hebung dieses Notstandes kann nur in dem Maße erfolgen, in dem es der Wirtschaft selbst gelingt, diese Mengen von Arbeitslosen nach und nach aufzusaugen, und es erhebt sich damit die Frage, wie die Aussichten in dieser Hinsicht zu beurteilen sind.

Auch hier ist die Lage für die verschiedenen Länder keineswegs eine gleichartige. Allgemein wird man nur sagen können, daß wichtige Überlegungen und Anzeichen dafür sprechen, daß diese Chancen zu einer stärkeren Belebung der westeuropäischen Wirtschaft keine ungünstigen sind. Das wird deutlich, wenn wir uns unter diesem Gesichtspunkt noch einmal die wesentlichsten Faktoren, auf denen die Verengerung des Nahrungsspielraumes und die ungünstige Lage am Arbeitsmarkt in diesen Staaten beruht, in die Erinnerung zurückrufen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der erste Faktor, der hierfür in Frage kam, war der rückläufige Anteil dieser Staaten am Welthandel und die Verminderung der Warenausfuhr. Diese Tatsache hängt bekanntlich in besonders hohem Maße mit der Entstehung und dem Wachstum der Industrie in den Überseegebieten zusammen. Damit muß jedoch, darauf ist auch ausdrücklich in der bekannten englischen Enquete über die überseeischen Märkte hingewiesen, die Kaufkraft in diesen Überseegebieten steigen, und damit muß auch unweigerlich über kurz oder lang ein günstiger Einfluß auf die Ausfuhrmöglichkeitten dieser europäischen Staaten entstehen. Freilich wird sich dieser neue Bedarf, der hier kommen wird, zum Teil auf andere Produkte als früher erstrecken, es müssen hier Wandlungen im Warenexport Europas vor sich gehen, die hier zum Teil zu recht schmerzhaften Umstellungsprozessen, in deren Mitte wir uns ja befinden, führen werden. Aber letzten Endes wird die Ausfuhr dieser westeuropäischen Staaten auch wieder zunehmen.

Eine ähnlich günstige Prognose wird man auch den Einwirkungen des Rationalisierungsprozesses auf den Arbeitsmarkt stellen müssen. Denn Rationalisierung der Wirtschaft ist ja dort, wo sie erfolgreich ist, gleichbedeutend mit einer Verbilligung der Güterherstellung, und in dem Maße, in dem dies erreicht wird, wird die Konkurrenzfähigkeit auf fremden Märkten in der Tendenz zunehmen, aber auch die Kaufkraft auf dem inneren Markte selbst wieder steigen. Freilich können sich in den nächsten Jahren, das ist sogar sehr wahrscheinlich, auf dem Gebiete der Wirtschaft weitere Betriebsverbesserungen nach der genannten Seite hin vollziehen, und es mag deshalb auch noch zu einer weiteren Freisetzung von Arbeitern und damit zu gewissen Übervölkerungserscheinungen kommen. Aber diese letzteren müssen dabei immer temporärer Natur sein, da alle wirtschaftlichen Verbesserungen und Fortschritte schließlich zu einer Erweiterung des Nahrungsspielraumes führen müssen.

Es soll auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß zwischen diesen Faktoren, welche als Ursache für die gegenwärtigen Übervölkerungserscheinungen in Frage kommen, recht tiefgehende Unterschiede vorhanden sind. Das Bevölkerungsproblem ist ja im Grunde ein Produktionsproblem, die Ausweitung des Nahrungsspielraumes bleibt hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurück. Diese Tatsache liegt auch heute vor, insoweit die Übervölkerungserscheinungen auf dem Rückgang der Ausfuhr und auf der verminderten Kaufkraft auf dem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

inneren Markte beruhen. Das gilt jedoch nicht, insoweit die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt das Ergebnis des Rationalisierungsprozesses ist oder daher rührt, daß der wirtschaftlich aktiv tätige Teil der Bevölkerung zugenommen hat. Denn insoweit dies der Fall ist, hat weder die Volkszahl eine Zunahme, noch der Nahrungsspielraum eine Abnahme erfahren. Hier handelt es sich dann bei den vorhandenen Übervölkerungserscheinungen um kein ausgesprochenes Produktions-, sondern um ein Verteilungsproblem, wenn auch die Ursachen hiervon auf der Produktionsseite liegen.

Wenn also von diesen Wandlungen in der Produktion ein belebender Einfluß auf den inneren Markt zu erwarten ist, so wird man, wenn auch dies wohl mehr für Deutschland wie für andere Staaten zutreffen mag, auch das gleiche von der Entwicklung der Landwirtschaft sagen dürfen. Wenn wir hier unter den Nachwirkungen des Krieges, der ungünstigen Preisgestaltung, dem Kapitalmangel und dem hohen Zinsfuß eine zunehmende Extensivierung im Anbau beobachten konnten, so sind doch deutliche Anzeichen dafür zu erkennen, daß wir hier einer gewissen Besserung entgegengehen. Wenn man also diese wichtigsten Momente, auf welche sich die gegenwärtigen Übervölkerungserscheinungen zurückführen lassen, zusammenfaßt, so erkennt man doch deutlich, daß wir es hier mit vorübergehenden Momenten, also einen Zustand zu tun haben, der es berechtigt erscheinen läßt, heute in Westeuropa im allgemeinen von einer temporären Übervölkerung zu sprechen[1].

Freilich gilt dieser günstige Ausblick, darauf ist ja schon hingewiesen worden, nicht für alle in Betracht kommenden Länder in der gleichen Weise. Es sei hier nur auf die besonderen Verhältnisse Österreichs hingewiesen, bei dem es sich ja im Gegensatz zu Großbritannien und Deutschland nicht um einen Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als organischer Folge des Krieges, auch nicht allein um die Folgen von Strukturveränderungen im Welthandel, sondern wo es sich um einen Wirtschaftskörper handelt, über den heute die Meinungen noch auseinandergehen, ob er in dieser Form und Beschränkung wirt-

[1] Es handelt sich auch hier in vielerlei Hinsicht um unvermeidliche Nachwirkungen des Krieges. Auch nach den napoleonischen Kriegen hat es ja in Europa Jahrzehnte gedauert, bis sich das wirtschaftliche Leben wieder davon erholt hatte. Vgl. dazu H. A. L. Fisher: Then and Now. Economic Problems after the war a hundred years ago. Oxford 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftlich auf die Dauer lebensfähig ist[1]. Es handelt sich hier natürlich um eine Frage, auf die an dieser Stelle nicht genauer eingegangen werden kann. Es sollte nur hervorgehoben werden, daß vor allem für Österreich ganz besondere Verhältnisse vorliegen, und daß auch hier die Heilung wohl auf anderen Wegen zu erfolgen hat. Es sei nur auf die Vorschläge hingewiesen, die sich auf ein engeres wirtschaftliches Zusammengehen zwischen Österreich und Deutschland beziehen. Auch für diejenigen Staaten, die heute ihre Valuta noch nicht stabilisiert haben, werden sich zum Teil auf dem Arbeitsmarkt für längere Zeit Schwierigkeiten ergeben, wenn diese Stabilisierung vollzogen sein wird. Aber auch hier wird es sich ebenfalls nur um Übergangserscheinungen handeln. Im ganzen genommen wird man aus den eben genannten Gründen heraus sagen können, und es gibt dafür auch bereits bestimmte Anzeichen, daß den augenblicklich vorhandenen Übervölkerungserscheinungen gegenüber die Prognose im allgemeinen keine ungünstige ist.

Freilich ist oben bereits hervorgehoben worden, daß diese günstige Prognose nur gilt, wenn keine besonderen störenden Momente eintreten. Es handelt sich hier um einen Punkt, von dem bis jetzt noch nicht die Rede gewesen ist, dem aber für die Zusammenhänge von Wirtschaft und Bevölkerung eine ganz wesentliche Bedeutung zukommt: der Frage von Kapital und Kapitalbildung.

Schon vor vierzehn Jahren habe ich in meiner Bevölkerungslehre darüber gesagt: „Nun aber ist auf unserer Stufe der Wirtschaft die notwendige Voraussetzung dafür, daß die Bevölkerungskapazität einer Volkswirtschaft nicht hinter der Volkszunahme zurückbleibt, die jährliche Bereitstellung neuer Kapitalgüter in mindestens dem Betrage, der dem durchschnittlichen bisherigen Kapitalvorrat pro Kopf der Bevölkerung berechnet, entspricht[2]."

---

[1] Vgl. dazu genauer: O. Landwehr, „Übervölkertes Land". Wien 1923. — Ferner: Schilder: „Der Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs." 1926. — Daselbst auch noch weitere Literatur. Ferner: Zwiedineck-Südenhorst, Österreich am Scheidewege. Schmollers Jahrbuch, Jahrg. 50. — Ferner: Das österreichische Wirtschaftsproblem. Denkschrift der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft. Wien 1925. — Man hat auch mit einem gewissen Recht die eigenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs mit denjenigen der Schweiz verglichen. Vgl. dazu: J. Wyler, „Das Übervölkerungsproblem der Schweiz". Bern 1923.

[2] Grundriß der Sozialökonomik. Bd. 2. Tübingen 1912. S. 79. — 2. Aufl. 1923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es besteht ja auch zwischen denjenigen Faktoren, die wie Rationalisierung der Wirtschaft, Zunahme der Ausfuhr und Fortschritte der Landwirtschaft, für das Bevölkerungsproblem in Westeuropa oben als wesentlich genannt worden sind, und der Verfügung über Kapital, ein sehr enger innerer Zusammenhang.

Die Gefahr, um die es sich hierbei handelt, hängt nicht so sehr mit den unmittelbaren Kapitalverlusten zusammen, wie sie durch den Krieg entstanden sind, sondern vor allem mit der Verschuldung Europas an die Vereinigten Staaten von Amerika, die ja aus den verschiedensten Quellen herrührt. Es handelt sich um die Schulden und Zinszahlungen, die aus dem Kriege herrühren, um die umfangreichen Kredite, die dann späterhin gewährt worden sind, dann aber auch um die deutschen Reparationsleistungen. Die Beträge, welche zur Verzinsung und zur Tilgung dieser Schulden nötig sind, bedeuten eine Minderung des Volkseinkommens für die betreffenden Staaten. Es muß damit ein Druck auf die Lebenshaltung entstehen, und die Kapitalbildung im eigenen Lande muß verringert werden. Es ist ja möglich, daß im Laufe der Jahre das Volkseinkommen so steigen kann, daß diese Verpflichtungen aus diesem Mehr gedeckt werden können, aber es handelt sich hier um eine Möglichkeit, die man jedenfalls heute nicht als unbedingt sicher in Rechnung stellen kann. Es sind vor allem zwei Gründe, aus denen heraus dieser Punkt besondere Beachtung verdient. Einmal haben die davon betroffenen Staaten ja nicht nur mit der heute vorhandenen Bevölkerung zu rechnen. Der Geburtenüberschuß Europas ohne Rußland beläuft sich in den letzten Jahren jährlich auf etwa 2,5 Millionen. Es muß ferner mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß beträchtliche Teile der an Amerika zu leistenden Beträge in Europa selbst wieder angelegt werden, so daß damit die Verschuldung Europas noch erheblich wachsen wird. Es ist auch kein Zweifel, daß die Kreditgewährung der Vereinigten Staaten an Europa noch auf viele Jahre hinaus fortdauern wird. Hierin liegen also gewisse Gefahren für die Entwicklung der Bevölkerungskapazität dieser westeuropäischen Staaten.

Eine ganz besondere Rolle werden aber unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen von Wirtschaft und Bevölkerung die deutschen Reparationsleistungen spielen. Das gilt nicht nur für Deutschland selbst, sondern auch für eine ganze Reihe anderer Staaten. Es kann natürlich an dieser Stelle die Frage nicht erörtert werden, ob in Deutschland die innere Aufbringung dieser dafür erforderlichen Beträge möglich ist, und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ob die Transferierung gelingen wird. Es wird für das Folgende vorausgesetzt, daß beides der Fall ist.

Wir wissen, daß diese Beträge nur transferiert werden können, wenn die deutsche Handelsbilanz in dem entsprechenden Maße aktiv ist. Moulton und Guire haben z. B. angenommen[1], daß Deutschland nur in dem Maße Reparationen leisten kann, als seine Ausfuhr dem Werte nach 14 Milliarden Reichsmark übersteigt, weil dieser Betrag nötig sei, um die für Deutschland notwendige Einfuhr zu bezahlen. Die deutsche Warenausfuhr müßte sich also gegenüber den Verhältnissen im ersten Halbjahr 1926 etwa verdreifachen, sie müßte gegenüber derjenigen im Jahre 1913 um mehr als 6 Milliarden Reichsmark dem Werte nach zunehmen. Man braucht sich diese Zahlen nur vor Augen zu halten, um zu erkennen, daß sich damit Umschichtungen im internationalen Handel vollziehen müssen, die von neuem eine Störung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts und für viele Staaten erhebliche wirtschaftliche Schädigungen bedeuten, die letzten Endes gleichbedeutend mit einer Einengung des Nahrungsspielraumes sind. Wenn man mit Recht die gegenwärtigen Übervölkerungserscheinungen in Westeuropa auf starke Strukturveränderungen in der Weltwirtschaft als Folge des Krieges zurückführt, so kann es kommen, daß als Folge der deutschen Reparationsleistungen sich neue Strukturveränderungen vollziehen, deren Wirkungen für den vorliegenden Zusammenhang nicht weniger tiefgehend sein werden.

Eine solche Aktivierung der deutschen Handelsbilanz ist ja nur möglich, wenn es der deutschen Industrie gelingt, in dem erforderlichen Maße auf dem Weltmarkt billiger anzubieten, als dies unsere Konkurrenten tun. Ob dabei Agent und Reichsbank durch ihren Einfluß auf den Geldmarkt mitwirken werden oder nicht, sei dahingestellt, aber ohne entsprechende Preissenkung wird sich eine deutsche Ausfuhr in der erforderlichen Höhe nicht erreichen lassen. Damit wird ein Druck auf das deutsche Volkseinkommen, vor allem auf Unternehmergewinn und Löhne entstehen müssen, der Nahrungsspielraum der deutschen Volkswirtschaft und die Lebenshaltung in Deutschland werden zu sinken beginnen. Das hat auch Keynes neuerdings mit Recht hervorgehoben, als er das Reparationsproblem in erster Linie als Lohnproblem bezeichnet hat. An dem oben dafür gegebenen Maßstab be-

[1] Deutschlands Zahlungsfähigkeit. Berlin 1924. S. 116.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

trachtet, werden also dann in Deutschland von neuem Übervölkerungserscheinungen entstehen müssen, so weit es nicht möglich ist, die erforderliche Preissenkung durch besondere technische und wirtschaftliche Fortschritte zu ermöglichen und in dieser Hinsicht einen Vorsprung vor unseren Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu bekommen. Daß dies möglich ist, erscheint mir im Hinblick auf den Mangel an Kapital und die durch die Reparationsleistungen gefährdete Kapitalneubildung nicht sehr wahrscheinlich.

Aber diese Übervölkerungserscheinungen können dabei nicht auf Deutschland beschränkt bleiben[1]. Denn Deutschland ist kein isolierter Staat, sondern gerade durch die Reparationsleistungen wie kein anderes Land in die Weltwirtschaft hineingezwungen. Die Waren, welche Deutschland dann vor allem ausführen wird und kann, werden vor allem Fertigfabrikate sein, d. h. solche Güter, deren Preis auch international in der Tendenz durch die niedersten Kosten bestimmt wird. Damit muß sich aber unweigerlich dieser Preisdruck auch auf andere Länder übertragen. Auch dort werden Unternehmergewinne, Löhne und Lebenshaltung zurückgehen müssen. Ob das letztere sich in Form einer einfachen Lohnsenkung oder einer Zunahme der Arbeitslosigkeit vollzieht, macht für die vorliegende Frage keinen Unterschied. Denn auch die Arbeitslosigkeit ist letzten Endes ein Lohnproblem[2]. Bereits in den letzten Jahren konnte man diese Zusammenhänge an der Entwicklung der deutschen Warenausfuhr nach der arbeitsintensiven Seite deutlich erkennen[3]. Die Entwicklung nach dieser Richtung muß weitergehen, wenn Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllen soll und kann. Je niederer die Löhne in Deutschland relativ sein werden, um so konkurrenzfähiger wird die deutsche Industrie im allgemein sein,

[1] Vgl. dazu ferner: Mombert, „Bevölkerungsproblem und Bevölkerungstheorie im Lichte des Weltkrieges" in „Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege". Festgabe für Lujo Brentano. München 1925. — Derf.: „Weltwirtschaftliche Auswirkungen der deutschen Reparationszahlungen". Archiv für Politik und Geschichte. 1926. Heft 3. — Auch A. von Mühlenfels „Transfer" betont diese Zusammenhänge in durchaus zutreffender Weise.

[2] C. A. Verrijn-Stuart, „Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage". Jena 1922.

[3] Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 310, 1. Teil. „Der auswärtige Handel in den Jahren 1920, 1921, 1922, verglichen mit dem Jahre 1913". Berlin 1924. S. 9. — Ferner „Der deutsche Außenhandel im Dezember und im Jahre 1925". Wirtschaft und Statistik. 6. Jahrg. 1926. S. 77.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

je mehr es sich um arbeitsintensive Produkte dabei handelt, und je mehr die unter solchen Bedingungen hergestellten Waren bei der Ausfuhr zunehmen, um so mehr müssen sich diese Verhältnisse in Deutschland auch auf andere Länder übertragen. Wie sich das im einzelnen vollzieht, welche Länder davon besonders betroffen werden, welche Produktionsumstellungen in diesen notwendig sind, läßt sich heute noch nicht übersehen. Nur das eine läßt sich heute schon mit aller Bestimmtheit sagen, daß Übervölkerungserscheinungen, die dann in Deutschland auftreten, sich auch auf andere Länder übertragen müssen.

Wenn wir oben gesehen haben, daß sich jetzt gewisse Tendenzen feststellen lassen, das in Westeuropa vor allem gestörte Gleichgewicht zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum wieder herbeizuführen, so ist die Gefahr vorhanden, daß mit dem Eintreten der vollen Reparationsleistungen hier neue Störungen entstehen. Keynes hat kürzlich einmal gesagt: „Wie die Dinge heute liegen, ist Deutschland der wirtschaftliche Gefahrenpunkt Europas[1]". Dieses Wort gilt in besonders hohem Maße von den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung. Unter diesem Gesichtspunkt wird die wirtschaftliche Last der Reparationsverpflichtungen nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf einer ganzen Reihe anderer, vor allem auch westeuropäischer Staaten liegen. Wenn man heute schwache Ansätze zu einer Behebung der Übervölkerungserscheinungen in diesen Staaten beobachten kann, so liegt die Gefahr vor, daß mit dem Eintreten dieser gewaltigen internationalen Zahlungsverpflichtungen solche Übervölkerungserscheinungen von neuem aufleben.

(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Wir müssen zum nächsten Referat, dem Referat des Herrn Dr. Winkler, diesen Saal verlassen und uns in den Saal im Erdgeschoß begeben, da dieser Saal hier keine Vorrichtung für Skioptikonbilder besitzt. Um 3 Uhr nachmittags werden dann die Verhandlungen wieder in diesem Saale fortgesetzt werden.

(Im Skioptikonsaal.)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. (Nach einer Pause:) Ich bitte Herrn Dr. Winkler (Wien), seinen Vortrag zu beginnen.

---

[1] „Spectator." Berlin vom 6. Februar 1926. Zitiert nach Sering „Die deutsche Wirtschaftskrisis". Berichte über Landwirtschaft. N. F. 4. Bd. Heft 2, S. 200.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Privatdozent Dr. Winkler (Wien):

Die Bevölkerungsfrage auf deutschem Volksboden.

I. Einleitung.

1. Standpunkt der Betrachtung. Das Bevölkerungsleben spielt sich unmittelbar an den Völkern ab; die Staaten sind davon erst mittelbar berührt; denn die Staatsbevölkerung ist nichts anderes, als die Bevölkerung der in dem Staate lebenden Völker.

Trotzdem hat es seinen guten Grund, wenn bei der Behandlung der Bevölkerungsfrage die Staaten als Betrachtungseinheiten gewählt werden. Denn die Staaten bestimmen durch ihre Rechtsgewalt in hohem Maße das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben, also Tatsachenkreise, die mit der Bevölkerungszahl in innigstem Zusammenhange stehen. Unsere Erkenntnis des Problems würde aber einseitig bleiben, wenn nicht neben die Betrachtungsweise nach Staaten diejenige nach Völkern träte.

2. Plan der Darstellung. Es sollen im folgenden zuerst die wichtigsten Grundbegriffe in der hier gebrauchten Bedeutung dargelegt werden. Dieser Aufgabe müssen wir uns unterziehen, auf die Gefahr hin, bereits Gesagtes zu wiederholen oder wenig Unterhaltendes vorzubringen. Denn gerade auf diesem Gebiete herrscht eine große Vieldeutigkeit der Grundbegriffe, und es hat jeder, der hier arbeitet, die Pflicht zu sagen, welche Bedeutung er mit den verwendeten Begriffen verbindet. Nach dieser Klarlegung soll die Bevölkerungsfrage auf deutschem Volksboden, immer mit Rückblicken wenigstens auf die letzte Vergangenheit, dargestellt werden. Als besondere Betrachtungsgebiete werden hierbei herangezogen: das Deutsche Reich, Österreich, die sudetendeutschen Gebiete, Deutsch-Südtirol, die deutsche Schweiz, Elsaß-Lothringen und die deutschen Ostgebiete. Aus diesen Einzeldarstellungen wird sich ein Gesamtbild der deutschen Volksentwicklung in der jüngeren Zeit ergeben. Diese Entwicklung wird nach den vorliegenden statistischen Anhaltspunkten auf ihren wahrscheinlichen weiteren Verlauf in der näheren und weiteren Zukunft zu untersuchen sein, woraus sich erst das volle Verständnis für die augenblickliche Bevölkerungslage auf deutschem Volksboden ergeben wird.

3. Grundbegriffe. Die zwei Grundtatsachen, von denen wir bei der zahlenmäßigen Bevölkerungsbetrachtung auszugehen haben, sind die Bevölkerung und der Nahrungsspielraum.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Bevölkerung eines Gebietes ist ein mannigfach zusammengesetztes Kollektivum. Sie enthält ebenso Männer wie Frauen, Kinder, Erwachsene und Greise, Menschen verschiedenen Volkstums, verschiedenen Glaubensbekenntnisses, verschiedener Erziehung und Bildung, verschiedener beruflicher und sozialer Schichtung.

Dieses Geschichtetsein ist nicht nur bei allen Eigenschaften der Bevölkerung, wie in unserem Zusammenhang besonders der Arbeitslosigkeit, der Lebenshaltung, sondern auch bei allen Bewegungsvorgängen an ihr wohl zu beachten. Ein Auswanderungs- oder Einwanderungsüberschuß kann das Ergebnis von entgegengesetzten Bewegungen sein, die ganz verschiedene Bevölkerungsschichten berühren. Besonders schwerwiegend ist dieser Unterschied beim natürlichen Zuwachs und Abgang. Ersterer kommt nur den jüngsten Altern zugute, letzterer betrifft alle Alter, besonders auch die höchsten. Indem wir uns mit einem wachsenden oder gleichbleibenden „Geburtenüberschuß" trösten, gehen vielleicht an der Altersschichtung der Bevölkerung Änderungen vor sich, die von verhängnisvollen Folgen in der Zukunft begleitet sind. Wir müssen uns also davor hüten, in eine schematische Betrachtungsweise der Bevölkerung mit Hilfe entkörperter und entseelter Begriffe wie der genannten zu verfallen. —

Der nächste wichtige Begriff ist der des „Nahrungsspielraums" oder — weil der Lebensbedarf mit der Nahrung allein noch nicht befriedigt ist — besser des „Lebensspielraums" der Bevölkerung (bisweilen auch „Bevölkerungskapazität" des Gebietes genannt). Der Begriff des Lebensspielraums enthält die bildmäßige Vorstellung eines Raumes, dessen Volumen bestimmt ist durch die für den Verbrauch zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Werte, der ausgefüllt ist durch die für jedes Mitglied der Bevölkerung darin vorgesehenen Mindest-Versorgungspäckchen. Dieser Lebensspielraum ist nichts anderes als der für den Verbrauch bereitgestellte Teil des Volkseinkommens — nicht das ganze Volkseinkommen, weil von diesem ein Anteil für den Kapitalsersatz und bei wachsender Bevölkerung auch für die verhältnismäßige Kapitalsvermehrung abgezogen werden muß —, und er enthält schon gar nicht Teile des Volksvermögens, weil das einen noch deutlicheren Raubbau am Nahrungsspielraum der Zukunft bedeuten würde. Die Päckchen aber sind der für die Menschen des Gebietes geforderte Mindest-Lebensbedarf, in seinen natürlichen Abstufungen nach Geschlecht und Alter. Dieser Mindestbedarf kann phy-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

siologisch gefaßt sein — als äußerste Grenze physischen Daseins, oder, bei einem Kulturvolke, kulturell, als Mindestmaß kulturmäßigen Daseins, ein Mindestmaß, das natürlich nicht für alle Schichten der Bevölkerung gleich sein muß. Dabei wird die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter auf die mögliche Bevölkerungszahl einen Einfluß haben.

Die bisherige Betrachtung gibt erst zwei negative Abgrenzungen: die kulturmäßig mögliche und die physiologisch mögliche Höchstzahl an Menschen. Über die erstere Grenze kann die Bevölkerung nicht hinaussteigen, ohne in ihrem kulturellen Sein, über die zweite nicht, ohne in ihrem physischen Sein Einbuße zu erleiden. Ein dauerndes Unterschreiten dieser letzteren Grenze ist nicht möglich.

Nun treten zu dieser einen Abgrenzung, die, wie der Name sagt, einen Spielraum umgibt, noch andere Bestimmungsgründe der Bevölkerungszahl einschränkend hinzu, besonders das Erfordernis einer der besten Arbeitsökonomie entsprechenden Arbeiterzahl und das Hemmnis der Einkommensverteilung. Die bestmögliche Arbeiterzahl wird bestimmt durch die gegebene technische und organisatorische Eigenart der Wissenschaft. Sie ist keineswegs gleichbedeutend mit der größtmöglichen Arbeiterzahl. Ist der optimale Arbeitsraum kleiner als der Lebensspielraum, so wächst infolge des Ausdehnungsstrebens und der Ausdehnungsfähigkeit unserer Versorgungspäckchen die Lebenshaltung der Beschäftigten bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit des etwa noch vorhandenen Arbeitsanbotes. Unter dem Einflusse einer sozialen Gesetzgebung kann diese bestmögliche Arbeiterzahl an die größtmögliche angenähert werden, bei gleichzeitiger Verminderung des Beschäftigungsgrades und damit des Einkommens.

Eine zweite ähnliche Einschränkung ergibt sich aus der Einkommensverteilung, die unter den gegebenen natürlichen und den üblichen rechtlichen Voraussetzungen die bekannte typische Verteilungsform annimmt. Die mögliche Menschenzahl ist gewiß stark eingeengt, wenn dem einen das Mehrfache zum Verbrauche zur Verfügung steht als dem anderen. Freilich darf hier nicht übersehen werden, daß eine radikale Änderung der Einkommensverteilung einen Umsturz der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse bedeuten würde, indem die Richtung der Nachfrage vollständig geändert würde, und daß hierdurch auch das Volkseinkommen verringert würde (weshalb streng genommen die obige Fiktion des gegebenen Volkseinkommens in Verbindung mit einer gleichen oder

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Gleichheit angenäherten Einkommensverteilung nur dann korrekt ist, wenn sie diese Verminderung berücksichtigt). Ohne Zweifel ist aber eine Verbreiterung der Lebensmöglichkeiten durch Beeinflussung der Einkommensverteilung, besonders wenn die Abschöpfung von den größeren Einkommen nicht den inländischen Arbeitsmarkt berührt, recht wohl denkbar. Ein Beispiel solch einer Raumerweiterung bietet die heutige Arbeitslosenfürsorge.

Wenn wir nun nach dieser Betrachtung an den Begriff der Übervölkerung herangehen, so wäre nach der strengsten Auffassung Übervölkerung in physiologischer oder kulturmäßiger Beziehung nur dann gegeben, wenn die unter Annahme des betreffenden Mindestbedarfes errechnete Höchstzahl der Bevölkerung überschritten wäre. Eine solche Aufstellung hätte aber nur eine rein theoretische, illustrative Bedeutung, keinen praktischen Wert. Denn sie würde an so wichtigen Tatsachen wie dem gegebenen optimalen Arbeitsfassungsraum der Wirtschaft und der gegebenen Einkommensverteilung achtlos vorübergehen. *Übervölkerung im kulturellen Sinne wird daher schon dann anzunehmen sein, wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung gezwungen ist, unter dem kulturellen Mindestlebensbedarf, Übervölkerung im physiologischen Sinne, wenn ein erheblicher Teil gezwungen ist, unter dem physiologischen Mindestlebensbedarf sein Dasein zu fristen. Dabei stellt sich die Übervölkerung als ein gradmäßiger Zustand dar, dessen Schwere durch das Ausmaß der Herabdrückung der Lebenshaltung unter die geforderte Grenze, durch die Größe der betroffenen Bevölkerungsteile und durch die Ausgiebigkeit der in der Volkswirtschaft vorhandenen sozialpolitischen Reserveräume (im obigen Sinne) bestimmt wird.*

(Über den Gegensatz dieser Begriffsbestimmung zur herrschenden Lehre siehe gleich unten!)

Auf Übervölkerung können wir teils aus unmittelbaren Anzeichen, wie der unter die geforderte Mindestgrenze gesenkten *Lebenshaltung* oder einer dauernden *Arbeitslosigkeit*, teils aus mittelbaren Anzeichen wie einer gesteigerten *Sterbehäufigkeit* oder einer passiven *Wanderungsbilanz* schließen.

Die Senkung der *Lebenshaltung* unter die geforderte Grenze kann aus der Statistik der Reallöhne und Realgehälter, aus Haushaltungsrechnungen, in rohen Umrissen aus dem Gesamtverbrauch der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevölkerung entnommen werden. Die herrschende Lehre, die unter anderen von Mombert[1] und Elster[2] vertreten wird, geht hier weiter, indem sie Übervölkerung im wesentlichen schon dann annimmt, wenn eine Herabdrückung der früheren Lebenshaltung stattgefunden hat. Ich kann mich dieser Auffassung, die die tatsächliche Lebenshaltung ohne Rücksicht auf ihre Höhe als Maß und Grenze annimmt, nicht anschließen. Die „standesmäßige Lebenshaltung" ist wohl eine soziale Tatsache, die im Bewußtsein gewisser Standesgruppen eine Rolle spielt, eine Art Gewohnheitsrecht, das nur mit Bedauern und Mißvergnügen aufgegeben wird. Aber sie ist keine starre Grenze und wird um so lockerer, je höher die Lebenshaltung steigt. Sie ist mehr ein Wunsch als eine Tatsache, wie sich schon daraus ergibt, daß sich der wirkliche Lebenshaltungsdurchschnitt eines Standes aus einer Unzahl von sehr verschiedenen Einzellebenshaltungen ergibt. Jeder Familienvater erfährt die Wandelbarkeit der Lebenshaltung bei Familienzuwachs oder Heranwachsen der Kinder, — ganz abgesehen von dem ausgiebigen Anschauungsunterricht, den wir alle in der jüngsten Zeit durchgemacht haben. Ich kann darum jeder gegebenen tatsächlichen Lebenshaltung noch nicht die Bedeutung einer Grenze für die Bestimmung des Bevölkerungszustandes zuerkennen, also nicht jede Herabdrückung der Lebenshaltung als ein Anzeichen von Übervölkerung ansehen, sondern nur diejenige, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung unter die geforderte kulturelle und natürlich um so mehr physiologische Mindestgrenze bringt.

Ein weiteres unmittelbares Anzeichen der Übervölkerung, dem vorausgehenden nahe verwandt, ist die dauernde Arbeitslosigkeit. Auch bei der besten Arbeitslosenfürsorge steht hierbei eine Anzahl Menschen an der Grenze des physiologischen Mindesteinkommens, vielleicht darunter, es liegt also jedenfalls mindestens Übervölkerung im kulturellen Sinne vor.

Von den mittelbaren Anzeichen der Übervölkerung scheint das eindrucksvollste eine erheblich gesteigerte Sterblichkeit zu sein. Denn

[1] „Bevölkerungslehre" im Grundriß der Sozialökonomik, 2. Aufl. Tübingen 1923. 2. Bd. S. 99 ff. und „Bevölkerungsproblem und Bevölkerungstheorie im Lichte des Weltkrieges" in der Festschrift für L. Brentano, „Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, II. München und Leipzig 1925. S. 398 ff.

[2] Hdwb. d. Staatswissenschaft, Bd. 2, Artikel „Bevölkerungswesen". S. 815.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie legt, soweit nicht formale Ursachen wie Änderungen des Altersaufbaues oder äußere Ursachen wie Krieg oder Epidemien im Spiele sind, die Vermutung nahe, daß ein Teil der Bevölkerung die physiologisch zulässige Grenze des Mindestbedarfes überschritten hat, daß also die härteste Stufe der Übervölkerung vorliegt. Bei der Beurteilung des Verlaufes der Sterbekurve ist zu beachten, daß eine Verschlechterung der Sterbeverhältnisse leicht durch Fortschritte in der ärztlichen Kunst überdeckt werden kann. Ihr Steigen liefert daher ein zweifelloses Zeugnis, noch nicht aber ihr Fallen.

Wanderungen erfolgen aus verschiedenen Rücksichten: aus Abenteuerlust, aus Unzufriedenheit mit dem politischen Regime, meistens allerdings aus wirtschaftlichen Gründen. Hierbei treten zweierlei Erwägungen in den Vergleich: die Abschätzung des bisherigen und diejenige des erhofften neuen wirtschaftlichen Zustandes. Erscheint der erstere verlockend genug, um das Risiko der Unternehmung, die Kosten und Gefahren der Reise auszugleichen und zu überwiegen, so wird gewandert. Es muß also deswegen noch nicht ein Unterschreiten der Grenze des physiologischen oder kulturellen Mindesteinkommens vorliegen, um eine Auswanderung zu bewirken. Es gehen auch Auswanderung und Einwanderung meist gleichzeitig nebeneinander her. Als Argument für die Übervölkerung darf dann natürlich nur der *Auswanderungsüberschuß* verwendet werden.

Ein ganz unsicheres Anzeichen der Übervölkerung ist seit der bewußten Geburtenregelung die *Geburtenhäufigkeit* geworden. Es hat in den Zeiten blühenden Aufschwungs einen Geburtenrückgang gegeben, es gibt ihn auch in der Zeit der heutigen Gedrücktheit. Höchstens im Ausmaße des Rückgangs kann darum unter Umständen ein Symptom der wirtschaftlichen Verschlechterung erblickt werden.

Auch die *Heiratshäufigkeit* hat heute im Zeitalter der erweiterten Frauenarbeit und des abgesagten Kindersegens jede symptomatische Bedeutung für unseren Zweck verloren.

Nun ist noch kurz der wichtige Begriff des *engeren* und des *zusätzlichen Lebensspielraumes* zu erwähnen. Der engere Lebensspielraum beruht auf denjenigen Werten, die vom Inlande bei isolierter Wirtschaft für den Verbrauch bereitgestellt werden könnten, der zusätzliche auf dem Mehr, das durch den Auslandsverkehr erworben wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dementsprechend ist auch die engere und die zusätzliche Bevölkerung zu unterscheiden[1].

Das Gegenstück der Übervölkerung ist die Untervölkerung.

Haben wir bis hierher, wie es bei Behandlung der Übervölkerungsfrage selbstverständlich war, die Forderung der Wirtschaft nach menschlicher Arbeitskraft nur in negativem Sinne — als Grenzwirkung des Arbeitsoptimums — berücksichtigen müssen, so ist jetzt noch der jenseits des Gleichgewichts liegende Zustand zu erwähnen, daß die vorliegenden wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht ausgenützt werden können, weil es allgemein an Arbeitskräften mangelt: Untervölkerung. Starke Nachfrage nach Arbeitskräften, hohe Löhne, hohe Lebenshaltung und das Überwiegen der Einwanderung sind Symptome dieses Zustandes, der sich bis zur Entvölkerung des Landes steigern kann.

Sowohl Übervölkerung als Untervölkerung sind Gleichgewichtsstörungen zwischen Bevölkerung und Wirtschaft. Wenn aber ein vorhandener Vergleich zwischen den beiden — nicht vom individuellen sondern vom gesamtheitlichen Standpunkt — gegeben werden soll, so ist unter normalen (nicht künstlich geschaffenen) Entwicklungsverhältnissen Übervölkerung ein Ausdruck des verschwenderischen Reichtums an Menschen, des Überfließens von Kräften, Untervölkerung ein solcher des Verfalles, ein Zeugnis, daß ein Volk nicht imstande ist, den ihm gegebenen wirtschaftlichen Raum selbst zu verwalten. Wenn Übervölkerung Menschenverluste durch Auswanderung bringt (die eine Organisierung der Auswanderung weniger empfindlich machen kann), so hat Untervölkerung eine Einwanderung von Völkern niederer Kulturstufe zu Folge, eine Überfremdung, die rasse- und volksmäßig sehr bedenklich werden kann. Darum, wenn schon Gleichgewichtsstörung, dann lieber über- als Untervölkerung!

II. Der Bevölkerungszustand auf deutschem Volksboden in der Gegenwart und in der jüngeren Vergangenheit[2].

1. Das Deutsche Reich. Auf dem Boden des Deutschen Reiches im Vorkriegsumfange betrug die Bevölkerung im Jahre 1816 24,8 Millionen, 1865 39,7 Millionen, 1910 64,9 Millionen Menschen. In der

[1] Nach J. Wyler die „äquivalente" und die „Überschußbevölkerung".

[2] Soweit im folgenden Tatsachen ohne näheren Zahlenbeleg angeführt sind, wird auf das demnächst erscheinende „Statistische Handbuch für das gesamte Deutschtum", Berlin, Verlag Deutsche Rundschau, verwiesen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ersten Hälfte dieser Zeit betrug die Zunahme 14,9 Millionen oder 60 v. H., in der zweiten 25,2 Millionen oder 68 v. H. Das verhältnismäßige Wachstum der Bevölkerung des Deutschen Reiches war demnach größer als dasjenige des Durchschnittes von Europa (51 u. 55 v. H.). Vom Jahre 1816 an hatten die Zuwachse der Bevölkerung des Deutschen Reiches folgendes Ausmaß:

Zeitraum	Gesamtzuwachs Mill. Pers.	Jährlicher Zuwachs vom Hundert des durchschnittlichen Standes v. H.
1816/20	1,46	1,42
1820/30	3,23	1,16
1830/40	3,27	1,05
1840/50	2,61	0,79
1850/60	2,35	0,64
1860/70	3,08	0,78
1870/80	4,41	1,02
1880/90	4,19	0,89
1890/1900	6,94	1,31
1900/10	8,56	1,41

Die Bewegung des verhältnismäßigen Zuwachses geht in einer beinahe symmetrischen Kurve von einem sehr hohen Vermehrungsstand am Anfange der Betrachtungszeit zu einem Tiefpunkt zu Mitte des Jahrhunderts über, von da wieder zu einem Höhepunkt am Ausgangspunkt der Betrachtung. In den absoluten Zuwächsen macht sich das unterdessen erfolgte Anwachsen der Bevölkerung bemerkbar, so daß das Steigen der relativen Vermehrungssätze gegen die Jahrhundertwende schon ganz gewaltige absolute Vermehrungen zur Folge hat.

Dieser Bevölkerungsaufschwung ist zwei nebeneinander herlaufenden Erscheinungen zu danken: dem wachsenden Geburtenüberschuß und der zurückgehenden Auswanderung. Das Wachsen des Geburtenüberschusses wurde hauptsächlich durch den starken Rückgang der Sterblichkeit bestimmt, wobei allerdings die Geburtenzahl zuerst in den Verhältnis-, seit Beginn des 19. Jahrhunderts auch in den Grandzahlen zurückging. Diese Entwicklung war von einem Aufschwung in der Erzeugung und im Handel sowie von einer Besserung der Lebenshaltung begleitet[1].

[1] Vgl. hierzu: W. J. Ashley, Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert. Tübingen 1906. — E. v. Tyszka,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Deutsche Reich vor dem Kriege bietet demnach das Bild eines Staates, der sich von einer schwankenden, mäßig starken Übervölkerung

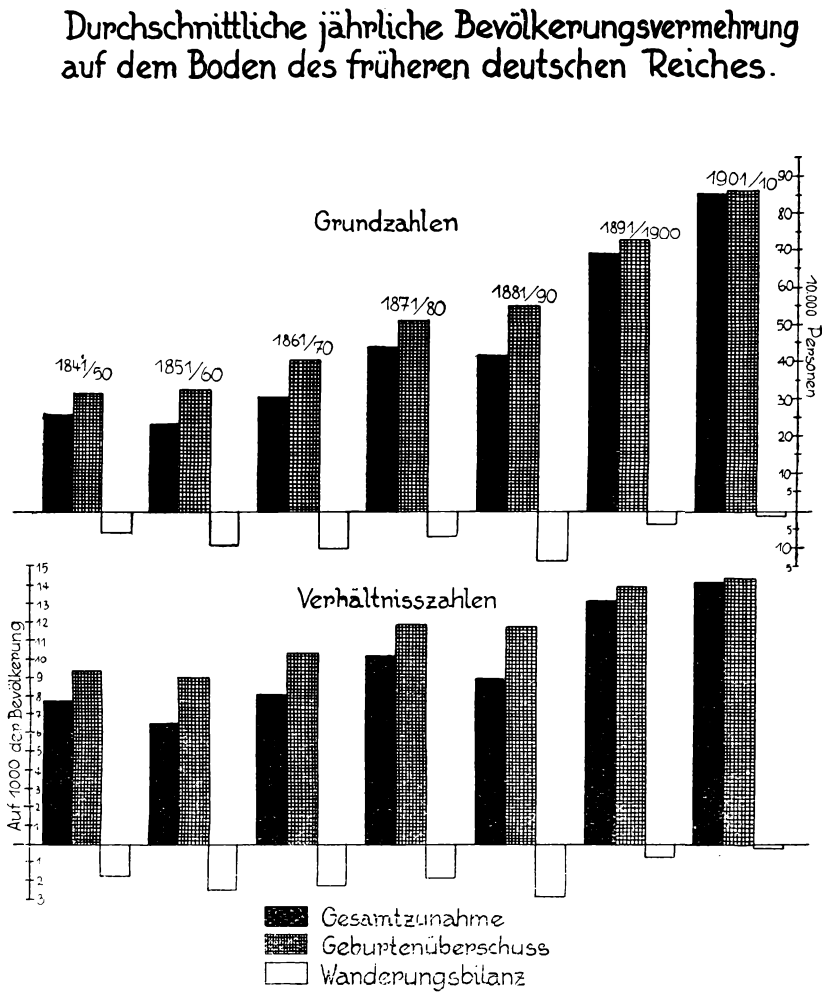


Abb. 1.

trotz sehr starker natürlicher Bewegung zum Gleichgewichtszustand entwickelt. (Abbildung 1.)

Löhne und Lebenskosten in Westeuropa. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 145. — P. Mombert, Bevölkerungspolitik nach dem Kriege. Tübingen 1916. S. 50.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese glänzende Bevölkerungsentwicklung hat sich im Reiche fast ganz durch die Städte vollzogen, während die Landbevölkerung annähernd stehen geblieben ist. Denn die Bevölkerung der Gemeinden unter 10000 Einwohnern ist von 1871 bis 1910 von 34 auf 38 Millionen Personen gewachsen, die der Gemeinden mit 10000 oder mehr Einwohnern von 7 auf 27 Millionen[1].

Parallel mit dem Zuge vom Lande nach der Stadt, vielfach mit ihm zusammenfließend, ist eine ziemlich starke Binnenwanderung mit der Richtung von Osten nach Westen vor sich gegangen, die nicht ohne eine gewisse nationalpolitische Bedeutung war[2].

Mitten in diese Entwicklung ist der Weltkrieg hereingebrochen. Er hat mit seinen 1,9 Millionen Kriegstoten und den 3,6 Millionen ungeborenen Kindern, mit seiner Abtretung von 13% des Bodens und 10% der Bevölkerung des Deutschen Reichs und zwar hauptsächlich von Rohstoffgebieten, mit seinen Reparationen und sonstigen bekannten Kriegsfolgen eine vollständig neue Bevölkerungslage geschaffen. Zwar ist die Bevölkerung des heutigen Reichsgebietes von 1919 auf 1925 um 3,37 Millionen Menschen oder 5,7 v. H., das ist gerade 1 v. H. im Durchschnitte jährlich gewachsen, doch haben an diesem Wachstum die 1,2 Millionen Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten und der Kriegsgefangenenüberschuß von 310000 Personen einen wesentlichen Anteil. (Abb. 2.)

Die Lebenshaltung ist, wie die Abbildung 2 über den durchschnittlichen Lebensverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung erkennen läßt, beim Roggen, Weizen und Bier gegenüber dem Friedensverbrauch stark gesunken, weniger stark beim Fleisch- und Zuckerverbrauch. Indessen ist in der jüngeren Zeit eine allgemeine Aufwärtsbewegung der Lebenshaltung festzustellen.

Die Arbeitslosigkeit (Abb. 3), die während der ganzen Inflationszeit niedrig war, hat sich mit Ende 1923 zu einem Höhepunkt erhoben, ist von da an bis zur zweiten Hälfte 1925 abgeflaut, zu Ende 1925 aber wieder stark angewachsen. Im Januar 1926 ist ein Höhepunkt von 22,6 v. H. der von den Fachverbänden erfaßten Mitglieder, von da

[1] Vgl. Sonderhefte zu Wirtschaft und Statistik. 5. Jahrg. 2. Sonderheft, S. 18.

[2] Vgl. auch L. Maaß, Deutsche Binnenwanderung mit besonderer Berücksichtigung des deutschen Westens in Karl C. v. Loesch, „Staat und Volkstum". Berlin 1926.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein ganz allmähliches Zurückgehen auf 17,7 v. H. im Monat Juli 1926 zu beobachten gewesen.

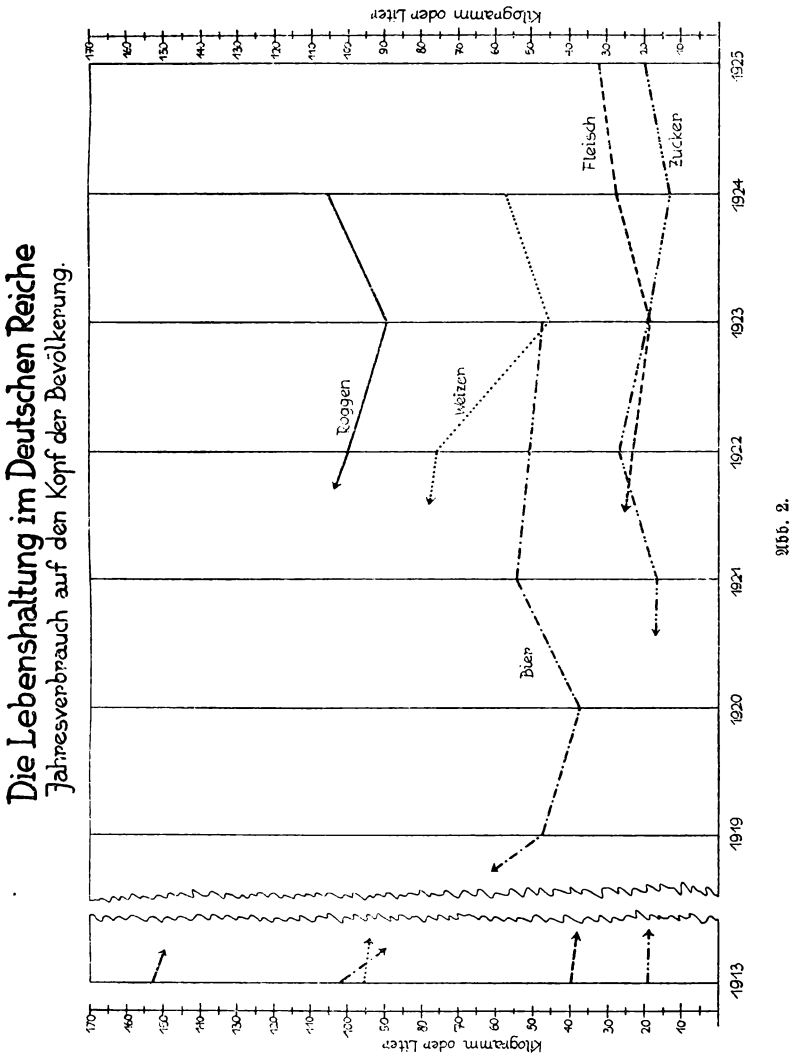


Abb. 2.

Die starke, auf Zwangsverhältnissen beruhende Einwanderung nach dem deutschen Reichsgebiet ist bereits erwähnt worden. Sie kann, als

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein ganz ungleichartiges Element, keineswegs mit der deutschen Auswanderung in eine Reihe gestellt und gegen sie aufgerechnet werden.

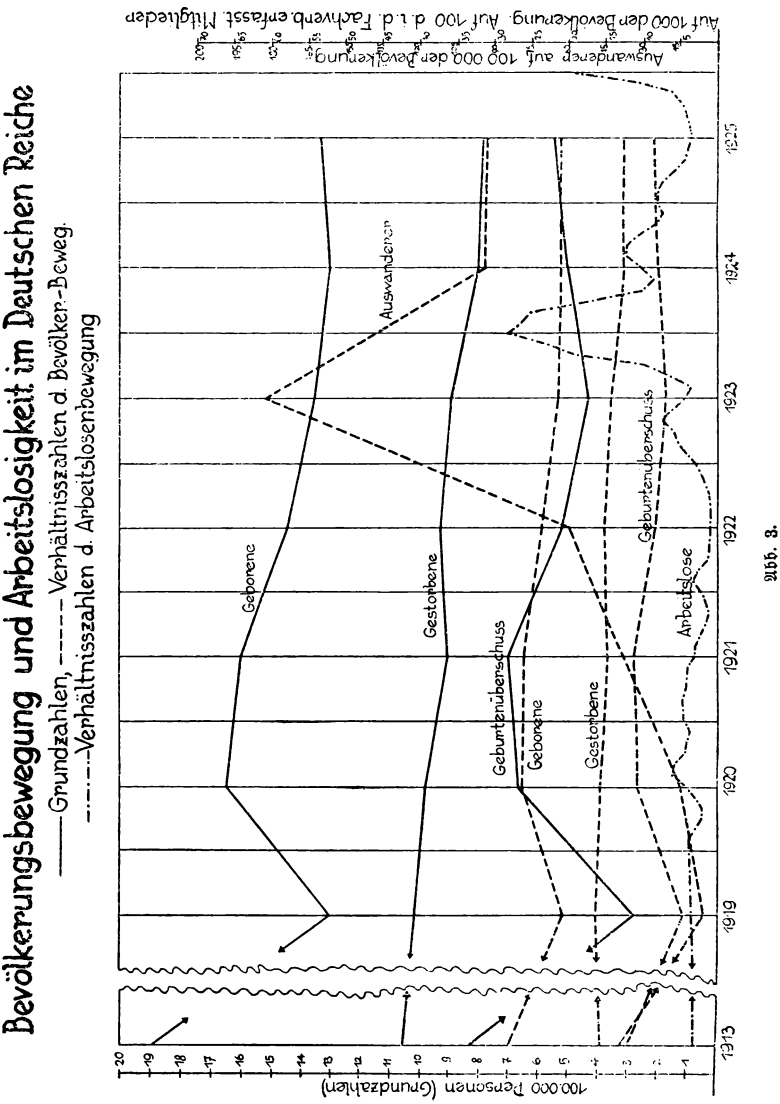


Abb. 3.

So bildet nur die Auswanderung ein Symptom der Bevölkerungslage. Die Zahl der überseeischen Auswanderer ist bis zum Jahre 1923

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stark angestiegen und hielt sich in den Jahren 1924 und 1925, trotz eines Rückganges, noch immer auf einer etwa dreifachen Höhe gegenüber der Friedenszeit.

Die Geburtenzahlen zeigen seit 1924, die Geburtenüberschußzahlen seit 1923 eine leichte Erholung. Allerdings stehen sie auch da noch außerordentlich tief, wenn wir bedenken, daß das europäische Rußland auch heute noch einen natürlichen Zuwachs von 2 Millionen Menschen oder fast 20 auf tausend der Bevölkerung (Preußisch Polen — für ganz Polen liegen noch keine Zahlen vor — 16 auf tausend) hervorbringt[1].

Alles in allem dürfte für das Deutsche Reich das Urteil berechtigt sein, daß es mitten in einer augenfälligen Übervölkerung steht, die im Jahre 1923 am schärfsten zum Ausdrucke kam, daß es sich aber deutlich auf dem Wege der Besserung befindet.

2. Österreich. Die Entwicklung der Volkszahl auf dem Boden der österreichischen Alpenländer[2] ist weniger schnell vor sich gegangen als diejenige des Deutschen Reiches, auch diejenige Europas. Die Bevölkerung stieg von 2,72 Millionen Bewohnern im Jahre 1754 auf 3,66 Millionen im Jahre 1818, 5,18 Millionen im Jahre 1869 und 7,45 Millionen im Jahre 1910. Die Zunahmeprozente während dieser Zeiträume betrugen folgeweise 34,3%, 41,6% und 43,7% des Anfangsstandes.

Trotzdem diese Volkszunahme mäßig war, konnte sie nicht vom deutschen Volke allein bestritten werden. Die Geburtenüberschüsse sind zwar in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts im allgemeinen noch recht hoch (zwischen 6,4% in Oberösterreich und 13,8% in Steiermark); sie sinken in den folgenden Jahren aber rasch und weisen schon in den 30er Jahren kaum nennenswerte Beträge, zum Teil auch Fehlbeträge aus. Dieser Zustand dauert bei Niederösterreich bis in die 60er Jahre, bei den anderen Kronländern bis in die 80er Jahre, von wo an erst eine Steigerung bemerkt wird. (Abb. 4.) Trotzdem war die Verbesserung der natürlichen Vermehrung nicht so stark, daß die österreichischen Alpenländer die ihnen gegebenen und von ihnen geschaffenen wirtschaftlichen Möglichkeiten allein hätten ausnützen

[1] Vgl. auch K. Keller, Der Geburtenüberschuß des deutschen Volkes und der Kampf um den deutschen Volksboden in „Staat und Volkstum". Berlin 1926.

[2] Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark (einschl. des slowenischen Teiles), Tirol (einschl. des welschen Teiles) und Vorarlberg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

können. Es fand ein starkes Hereinströmen fremder Völker statt, besonders von Tschechen nach Wien und Niederösterreich, von Italienern nach Deutschsüdtirol, von Slovenen nach den deutschen Teilen der

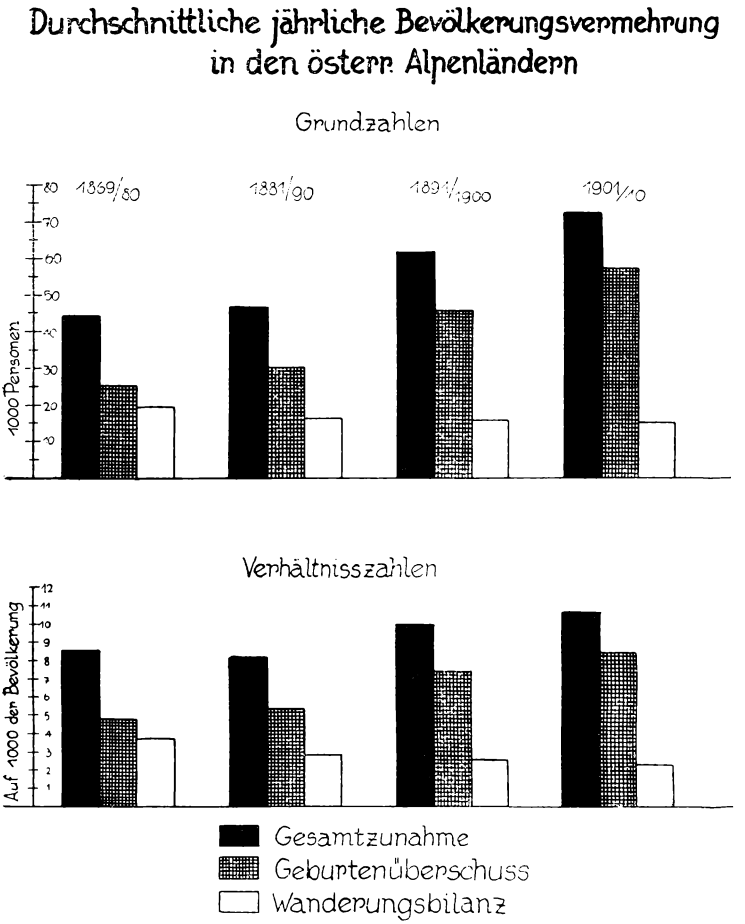


Abb. 4.

Steiermark. Österreich war vor dem Kriege ein ausgesprochenes Zuwanderungsgebiet. Hier konnte also von einer Übervölkerung nicht die Rede sein.

Der Krieg und die Friedensschlüsse haben hier noch größere Änderungen gebracht als im Deutschen Reiche. Ist dort die Rohstoffbasis

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verringert worden, so ist hier das ganze wirtschaftliche Gefüge zertrümmert worden. Das Gebiet des heutigen Österreich, das neben den sudetendeutschen Gebieten die wirtschaftliche Führung in Österreich innehatte, sah sich plötzlich von seinen wichtigsten Rohstoffgebieten und seinen wichtigsten Märkten durch feindliche Grenzlinien abgeschlossen; dazu kamen die bekannten allgemeinen Kriegsfolgeerscheinungen.

Die Lebenshaltung ist stark gesunken. Weite Kreise der Bevölkerung leben tief unter dem Maße ihrer Lebenshaltung vor dem Kriege.

Die Arbeitslosigkeit ist bei Kriegsende mit aller Macht hereingebrochen (Abb. 5), ist dann in der Inflationszeit schnell auf ein verhältnismäßig geringes Maß gesunken, jedoch nach Durchführung der Stabilisierung wieder zu einem bedeutenden Maße angeschwollen und zeigt, von den gewohnten Schwankungen abgesehen, eine steigende Richtung. Dem gegenüber zeigt die Kurve der Auswanderer eher einen Rückgang, was aber mehr auf die vorhandenen Auswanderungsschwierigkeiten als auf den mangelnden Auswanderungswillen zurückzuführen ist.

Die Geborenenzahl steht tiefer als im Jahre 1913 und ist in weiterem Rückgang begriffen. Die Kurve der Gestorbenen zeigte nur im Jahre 1919 eine Steigerung gegenüber 1913, im übrigen, abgesehen von einem kleinen Rückfall im Jahre 1922, ein Sinken. Der Geburtenüberschuß hat allerdings die Höhe des Jahres 1913 erreicht oder schwach überschritten, was allerdings nichts besagen will, da er schon damals mit 5,4 auf tausend der Bevölkerung sehr niedrig stand.

So sehen wir die Übervölkerung Österreichs wohl scharf ausgeprägt vor uns, müssen aber feststellen, daß es der eingeschlagenen Arbeitslosenfürsorge gelungen zu sein scheint, die Bevölkerung vor dem Ärgsten zu bewahreen, was sich sowohl im Verlaufe der Sterbe- als der Auswandererkurve ausdrückt.

3. Die sudetendeutschen Gebiete. Die Bevölkerungsentwicklung in diesen Gebieten vor dem Kriege ist dadurch gekennzeichnet, daß sie — zum Teile im Unterschiede von den tschechischen Gebieten — durch ihre reichen Kohlenschätze und durch den Betriebsfleiß ihrer Bevölkerung schon früh auf Industrie und Handel hingewiesen waren, während die tschechischen Gebiete auch heute noch überwiegend Ackerbaugebiete sind. Es ergab sich dadurch eine bedeutend größere Bevölkerungskapazität der deutschen Gebiete, die aber durch die natürliche Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

völkerungsbewegung der Sudetendeutschen nicht voll befriedigt werden konnte, während die tschechischen Gebiete an Bevölkerungsüberschuß

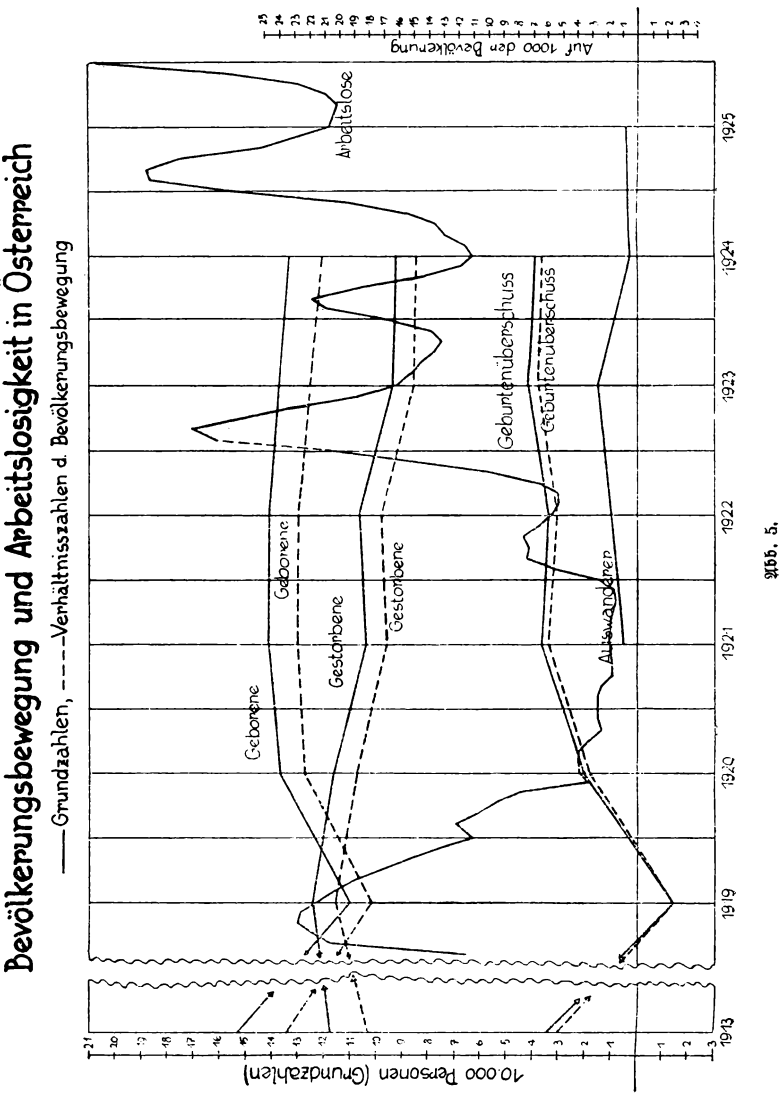


Abb. 5.

litten. Der deutsche Geburtenüberschuß in Böhmen befand sich zwar nahe dem tschechischen in Böhmen, zeitweise stand er sogar über

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihm, in Mähren und Schlesien blieb aber die deutsche natürliche Volksvermehrung weit hinter der tschechischen zurück. So haben sich die Ströme der tschechischen Auswanderer nicht nur in das Ausland, sondern auch in das benachbarte deutsche Sprachgebiet ergossen.

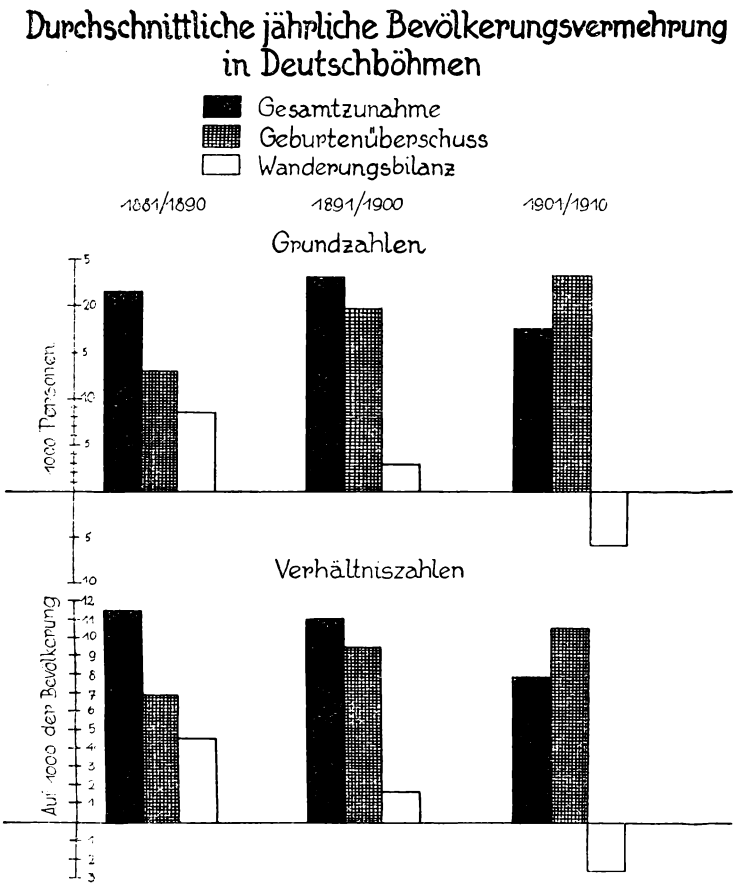


Abb. 6.

Die Abbildung 6 zeigt uns die Bevölkerungsentwicklung in Deutschböhmen, für das allein Zahlen zur Verfügung stehen, während der letzten Jahrzehnte. Darnach hat die größte Zuwanderung im Jahrzehnt 1881/90 stattgefunden, in dem die stärkste Industrialisierung Deutschböhmens stattfand. Im nächsten Jahrzehnt finden wir bei ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

steigertem Geburtenüberschuß einen kleineren Einwanderungsüberschuß, im nächsten Jahrzehnt gar schon einen Auswanderungsüberschuß. Dieser hat aber nicht, wie man erwarten könnte, überwiegend die vorher zugewanderten tschechischen Elemente betroffen, sondern es ist im Gegen-

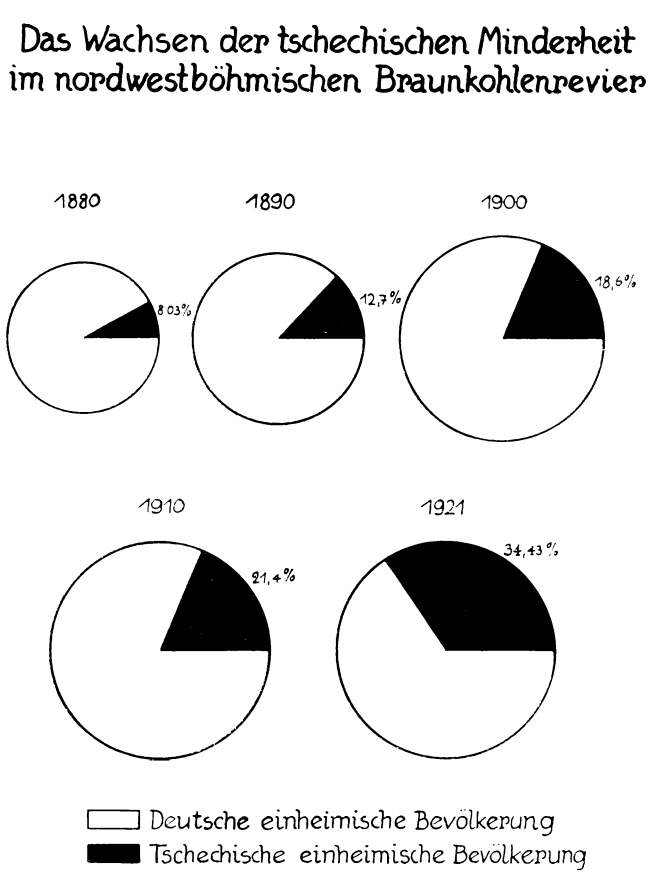


Abb. 7.

teil die tschechische Zuwanderung auch in diesem Jahrzehnt weiter fortgegangen, während die deutsche Bevölkerung — ähnlich wie vielfach im deutschen Osten — ihre Erwerbsplätze verließ und nach dem Deutschen Reiche oder in das weitere Ausland zog. Abbildung 7, in der als ein Beispiel von vielen das folgeweise Wachsen der tschechischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Minderheit im Brüx-Duxer Braunkohlenrevier dargestellt wird, gibt eine Vorstellung von der Stärke der hierdurch bewirkten Umschichtung.

Wir können aus dem Vorausgegangenen schließen, daß Deutschböhmen um die Jahrhundertwende des vorigen Jahrhunderts von einer Untervölkerung zu einer Übervölkerung überging, die allerdings nicht hinderte, daß sich die zugewanderte tschechische Arbeiterschaft in dem Gebiete weiter ausbreitete.

Im Kriege haben die sudetendeutschen Gebiete größere Verluste, auch einen größeren Geburtenausfall erlitten als die Tschechen.

In der Zeit nach dem Kriege müssen in dem industrielleren sudetendeutschen Gebiete die krisenhaften Erscheinungen stärker zum Ausdruck gekommen sein als in dem tschechischen. Indessen weisen die allerdings nur für die Gesamtheit des Gebietes vorliegenden Zahlen vielfach auf eine fortschreitende Besserung der Verhältnisse hin. Der Verbrauch bewegt sich in einer aufsteigenden Richtung (Abb. 8), die Kurve der Arbeitslosigkeit (Abb. 9) ist nach einem plötzlichen Ansteigen in der Stabilisierungskrise in beständigem Rückgang begriffen, an deren Gesamtrichtung auch das zu Ende 1925 und Anfang 1926 zu beobachtende leichte Steigen nichts ändern dürfte, die Auswanderung hält sich innerhalb mäßiger Grenzen und zeigt auch im Jahre 1925 einen Rückgang — die Zahlen für die deutsche Auswanderung gehen mit der Gesamtkurve parallel —, die Kurve der Geborenen geht langsam zurück, die der Gestorbenen gleichfalls, allerdings mit einer Stockung in den letzten beiden Jahren, der Geburtenüberschuß hat dabei bis 1923 eine steigende, dann eine fallende Richtung. Das Verhältnis der Sprachgebiete untereinander ist hier gleich geblieben wie vor dem Kriege: in Böhmen steht der deutsche Geburtenüberschuß auf der Höhe des tschechischen, in Mähren und Schlesien bleibt er weit hinter ihm zurück.

Wenn sich auch die vorliegenden Anzeichen zum Teile widersprechen, so lassen sie doch in ihrer Gänze annehmen, daß eine Übervölkerung schwereren Grades weder in der Tschechoslowakei noch in den sudetendeutschen Gebieten vorliegt, wobei zudem die Entwicklung deutlich auf eine Besserung der Lage hinweist.

4. Deutschsüdtirol. Deutschsüdtirol hat vor dem Kriege die gleiche Bevölkerungsentwicklung gezeigt wie die übrigen österreichischen Alpenländer: es hat eine Aufnahmefähigkeit besessen, der trotz steigenden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geburtenüberschüssen von der bodenständigen Bevölkerung nicht genug getan werden konnte. Darum hatte das Gebiet während der ganzen Zeit

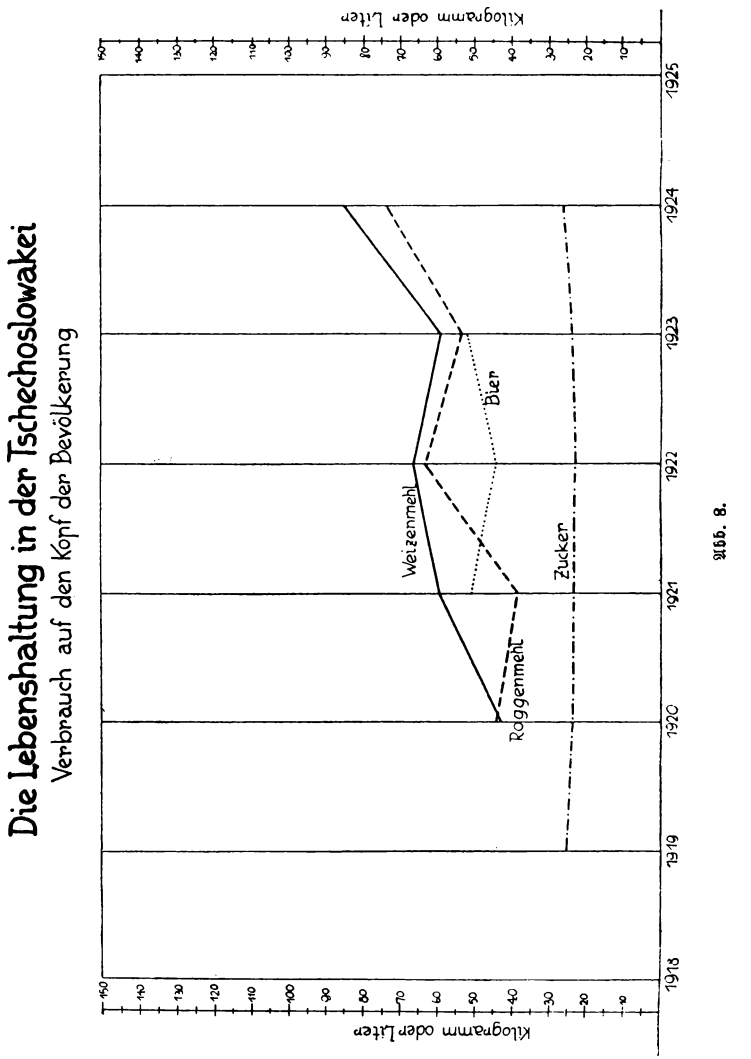


Abb. 8.

eine nicht unbeträchtliche Einwanderung. Eine Übervölkerung war somit nicht vorhanden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Durch den Frieden von St. Germain ist Deutschsüdtirol an Italien abgetreten worden, also mit einem Staate starker Volksvermehrung und Auswanderung verbunden worden. Die erste italienische Volks-

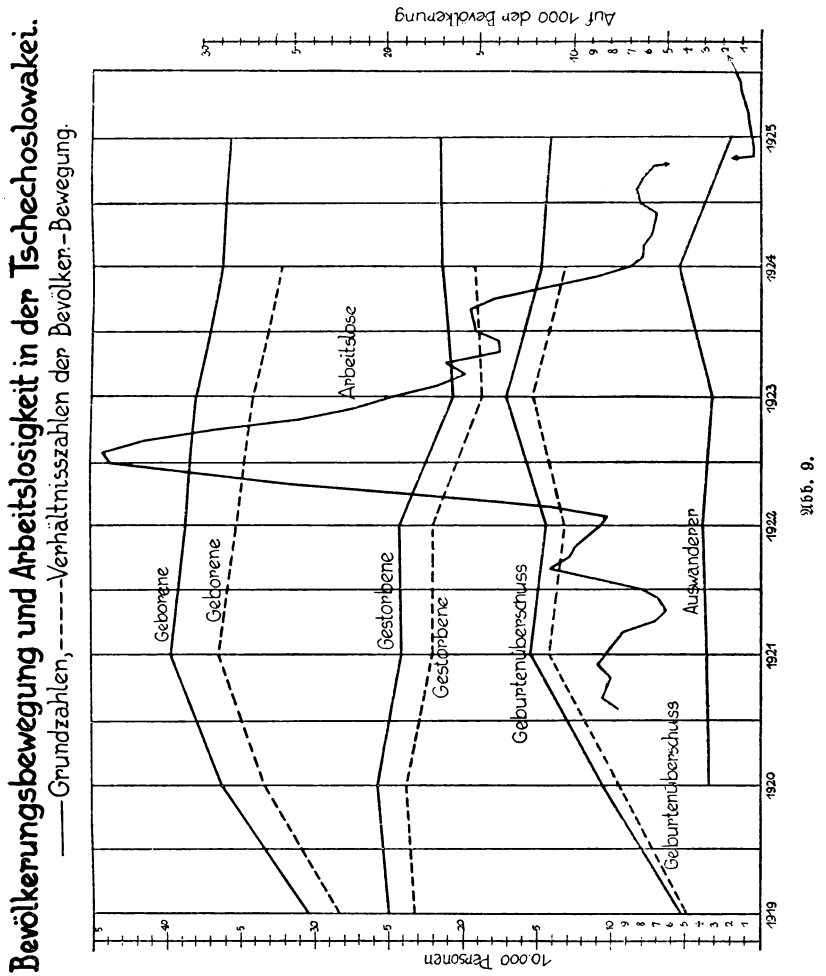


Abb. 9.

zählung im Jahre 1921 hat auch bereits einen starken italienischen Wanderungszuwachs gezeigt. Das Problem Deutschsüdtirols ist also nicht das der Übervölkerung, sondern das, sich durch einen genügenden Nachwuchs in den starken wirtschaftlichen Stellungen zu behaupten, die es innehat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

5. Die deutsche Schweiz. Den Gang der Bevölkerungsentwicklung der Schweiz seit dem Mittelalter kennzeichnet J. Wyler[1] als eine Entwicklung von der Übervölkerung zur zusätzlichen Bevölkerung. Bis 1798 ist diese Entwicklung stetig verlaufen, bildete sich in den nächsten 90 Jahren vom Gleichgewichtszustand der Bevölkerung zur Übervölkerung zurück und schlug dann im Vierteljahrhundert 1888—1913 in eine Unterbölkerung um. Die Folge der letzteren war die bekannte Überfremdung der Schweiz: während im Jahre 1850 die Zahl der in der Schweiz wohnhaften Ausländer 3 v. H. betrug, war sie im Jahre 1910 auf 14,7 v. H. angewachsen, darunter etwa ein Drittel Italiener, etwas über ein Drittel Reichsdeutsche, der Rest Franzosen und andere. Die schweizerische Auswanderung war aber deshalb nicht zur Ruhe gekommen: auf 5 Einwanderungen entfielen zu dieser Zeit 2 Auswanderungen, wieder ein Beispiel für die geschichtete Wanderbewegung auf deutschem Volksboden. Innerhalb der Schweiz ergaben sich allerdings hinsichtlich der natürlichen Vermehrung zwischen den die Schweiz bewohnenden Völkern gewisse Verschiedenheiten, die in manchen Beziehungen eine Umkehrung der sonst beobachteten Verhältnisse bedeuten. Die Geburtenziffer des italienischen Tessin steht ganz zu unterst (im Durchschnitte 1922/24 15,6 auf tausend der Bevölkerung), es folgt die der deutschen Gebiete (19,9‰), dann erst die französische (24,4‰). Im Geburtenüberschuß tritt allerdings durch die hohe französische Sterblichkeit ein annähernder Ausgleich zwischen der deutschen und der französischen Ziffer ein, ja der Geburtenüberschuß auf reindeutschem Gebiete stand vor dem Kriege meist über demjenigen auf rein französischem Gebiete. In den Jahren nach dem Kriege hat sich das Verhältnis allerdings zu Ungunst der Deutschen verschoben. Die Geburtenüberschußziffer auf deutschschweizerischem Gebiet betrug 8,4‰, auf französischem 11,4‰. Das italienische Gebiet besaß mit 3,1‰ einen nur ganz unbedeutenden natürlichen Bevölkerungszuwachs.

Trotz dieser Verhältnisse ist das deutsche Element dasjenige, das viel stärker an der Auswanderung beteiligt ist. Es entfielen z. B. im Jahre 1924 auf je 10000 der Wohnbevölkerung im deutschen Gebiet 11 Auswanderer, im französischen 8. Ein ähnliches Verhältnis zeigen durchwegs die Jahre zuvor und die Jahre vor dem Kriege. Aber auch

[1] J. Wyler, Das Übervölkerungsproblem der Schweiz. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 1923. S. 56.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

innerhalb des Landes zeigt sich das deutsche Element als das weniger seßhafte, indem eine starke Binnenwanderung vom deutschen in das französische und italienische Sprachgebiet stattfindet, die allerdings zum Teil einer Assimilierung im fremden Gebiete unterliegt. Die Wanderung in das französische Gebiet macht an der Grenze nicht halt, sondern geht auch weiter nach Frankreich hinein.

Die Krise der Weltwirtschaft hat die stark industrialisierte Schweiz naturgemäß in Mitleidenschaft gezogen. Ein jähes Anschwellen der Arbeitslosigkeit (Abb. 10) und eine wenn auch leichte Steigerung der Auswanderung mochte für einen Augenblick das Vorhandensein einer Übervölkerung glaubhaft machen, wobei jedoch der im Kriege aufgesammelte Reichtum als „Krisenpolster" die Lage sehr erleichterte. Bald darauf senkte sich aber die Kurve der Arbeitslosigkeit in entschiedener Weise, später auch die der Auswanderung, die Lebenshaltung stieg — so daß wir heute für die Schweiz wohl die Gleichgewichtslage der Bevölkerung annehmen dürfen, die aber voraussichtlich bald wieder der vorherigen Unterbölkerung Platz machen dürfte.

6. Elsaß-Lothringen. Elsaß-Lothringen war vor dem Kriege ein Gebiet starker Zuwanderung, die besonders aus dem deutschen Westen und Süden gespeist wurde. Auch heute ist Elsaß-Lothringen ein Zuzugsgebiet. Nicht weniger als ein Drittel der Zuwanderer nach Frankreich, die in den letzten drei Jahren mindestens eine Million betrugen und zum großen Teil aus Italienern und Polen bestanden[1], hat sich nach den dortigen Industriegebieten gewendet, die infolge der Frankeninflation eine reichliche Beschäftigung haben. Elsaß-Lothringen ist also unterbölkert: es befindet sich aber, da es mit einem kinderarmen Staate zusammengebunden worden ist, keineswegs in einer ähnlichen Gefahrenlage wie Deutschsüdtirol. Es gibt im Gegenteil Bevölkerung an Frankreich ab, die allerdings leicht der Entdeutschung unterliegt.

7. Die deutschen Ostgebiete. Ein Blick auf eine Sprachenkarte Europas zeigt, daß die deutsche Grenze im Osten nicht so scharf gezogen ist wie im Westen. Auf den Mischgürtel folgen zahllose größere und kleinere Sprachinseln, die sich im Südosten bis zum Schwarzen Meer und zum Kaukasus, im Osten über Polen und Rußland hinaus bis nach Sibirien hin erstrecken, Zeugen einer regen deutschen Koloni-

[1] Vgl. M. Paon, L'immigration en France, Paris 1926. — Le problème de population, Semaines sociales de France, XVième session, Grenoble 1923. Paris 1923.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sationstätigkeit in früheren Jahrhunderten. Alle diese Siedlungen tragen überwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Ihr Ertrag an

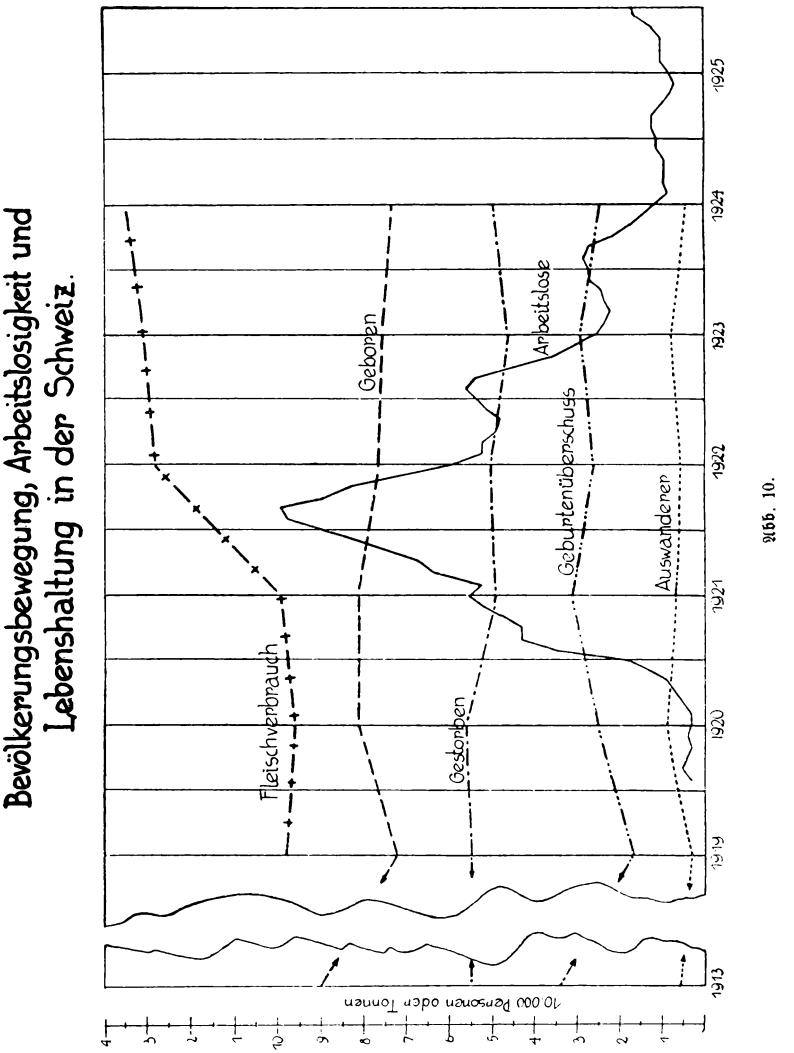


Abb. 10.

Feldfrüchten ist in der Regel niedrig, dagegen ihr Ertrag an Kindern hoch. Daher Übervölkerung und Auswanderung.

Von dieser Auswanderung zu unterscheiden ist die Massenflucht aus politischen Gründen, wie sie sich aus den preußischen Ostgebieten nach

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem Reichsreste abgespielt und wie sie so sehr zu der heutigen drückenden Bevölkerungslage des Deutschen Reiches beigetragen hat. Ähnliche Neigungen beherrschen heute weite Kreise deutscher Kolonisten in Rußland[1]. Daß sie im Deutschen Reiche einen gewissen Widerhall finden, beweist die vollständige Verkennung der deutschen Bevölkerungslage. Diese östlichen deutschen Kolonien können in der Zukunft bei der bevorstehenden wirtschaftlichen Erschließung Rußlands dem Mutterlande die wichtigsten Dienste leisten. Die Rückkehr dieser Kolonisten in die Heimat wäre heute eine unerträgliche Mehrbelastung. Vielleicht wird aber ihr Bevölkerungsüberschuß dem Mutterlande in Zukunft zugute kommen.

Wenn wir das Gesamte kurz zusammenfassen, so erkennen wir, daß die Übervölkerungsfrage nur für das Deutsche Reich, für Deutschösterreich und für die deutschen Ostgebiete eine Rolle spielt. Bei letzteren ist sie eine Folge der dort noch herrschenden primitiven wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse, im Deutschen Reiche und Österreich dagegen nach einer ganz anders laufenden Bevölkerungsentwicklung ein Rückschlag durch den verlorenen Krieg.

III. Ausblicke.

Die Beantwortung der Frage, wie die Übervölkerung im Deutschen Reich und Österreich weiter verlaufen wird, hängt sowohl von der weiteren Entwicklung der Wirtschaft als der Bevölkerung in den beiden Gebieten ab. Es ist nun eine mißliche Sache, in Wirtschafts- und Bevölkerungsfragen Voraussagen zu machen. Immerhin gehen die Entwicklungen nicht sprunghaft vor sich, so daß das Vorhandensein einer ausgesprochenen und länger andauernden Bewegung zu der Annahme berechtigt, daß sie bei umgeänderten Voraussetzungen auch in der Zukunft andauern wird. Dies möchten wir zunächst für die wirtschaftliche Seite der Bevölkerungsentwicklung, für die Entwicklung des Volkseinkommens, annehmen. Wohl haben sich durch die Folgen des verlorenen Krieges viele Voraussetzungen des früheren mächtigen Wirtschaftsaufschwunges geändert; aber eine Voraussetzung konnte dem deutschen Volke nicht genommen werden, das ist seine wirtschaftliche Tüchtigkeit. Sie hat in vielen Teilen des deutschen Volksgebietes

[1] Vgl. Adolf Grabowsky, Das „Problem der deutschen Kolonisten in Rußland" in „Der Auslanddeutsche". Jahrg. 9, Nr. 14.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nahrungsspielraum über ihr eigenes Vermehrungsvermögen hinaus für Fremde geschaffen, sie wird — so dürfen wir hoffen — auch in der heutigen bedrängten Zeit nicht versagen.

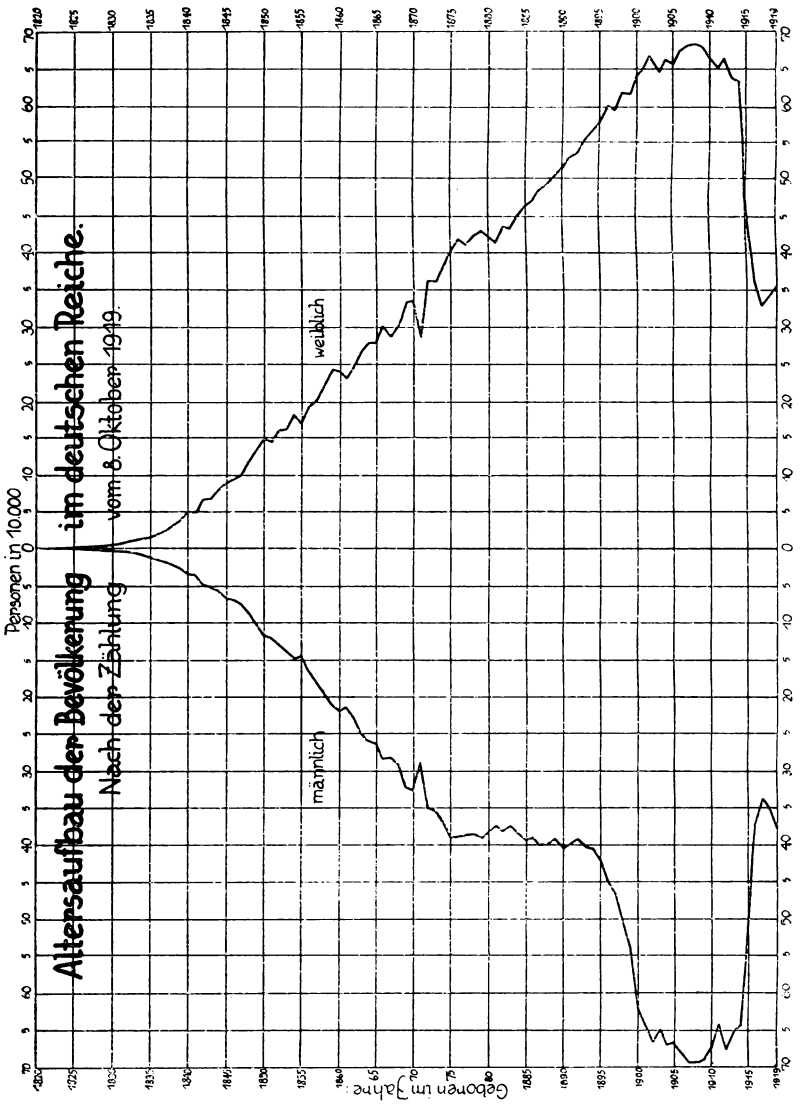
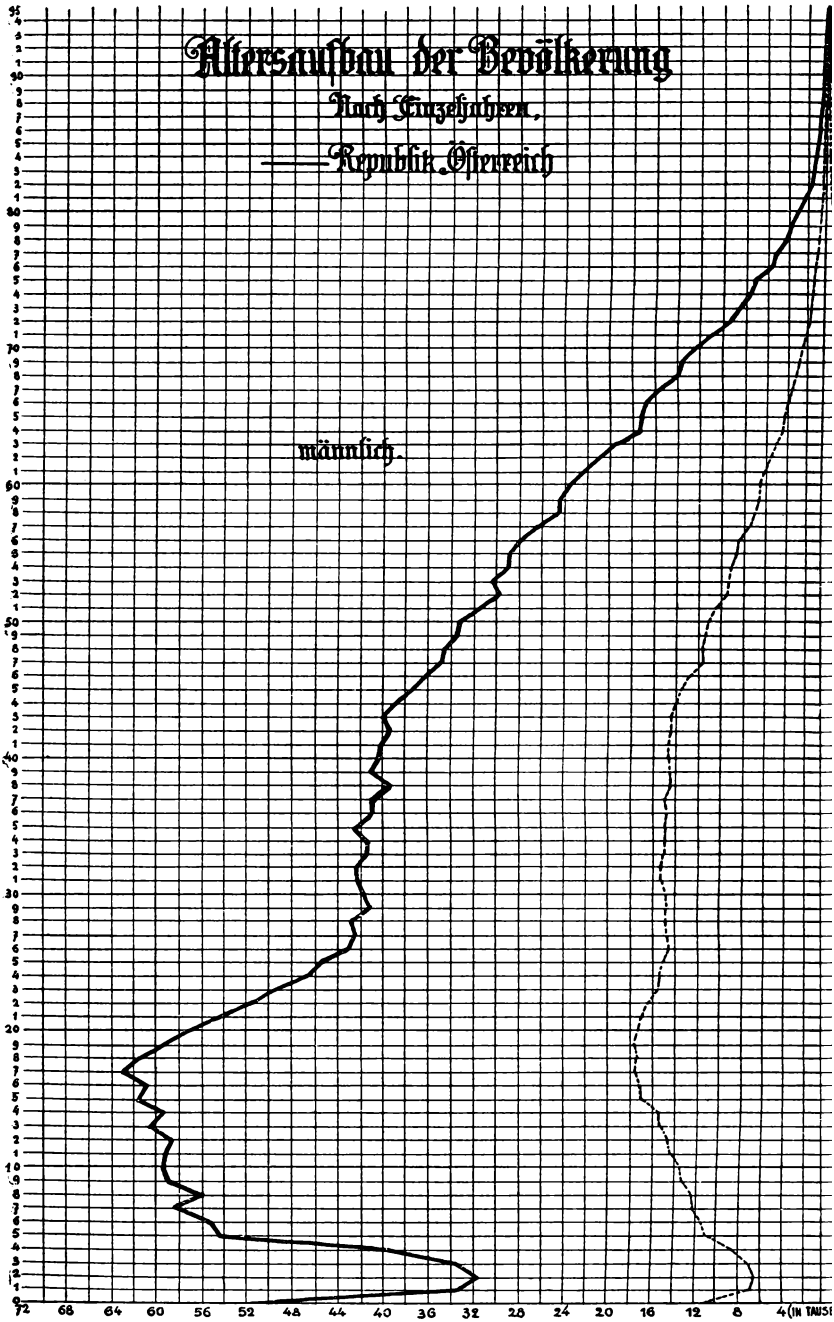


Abb. 11.

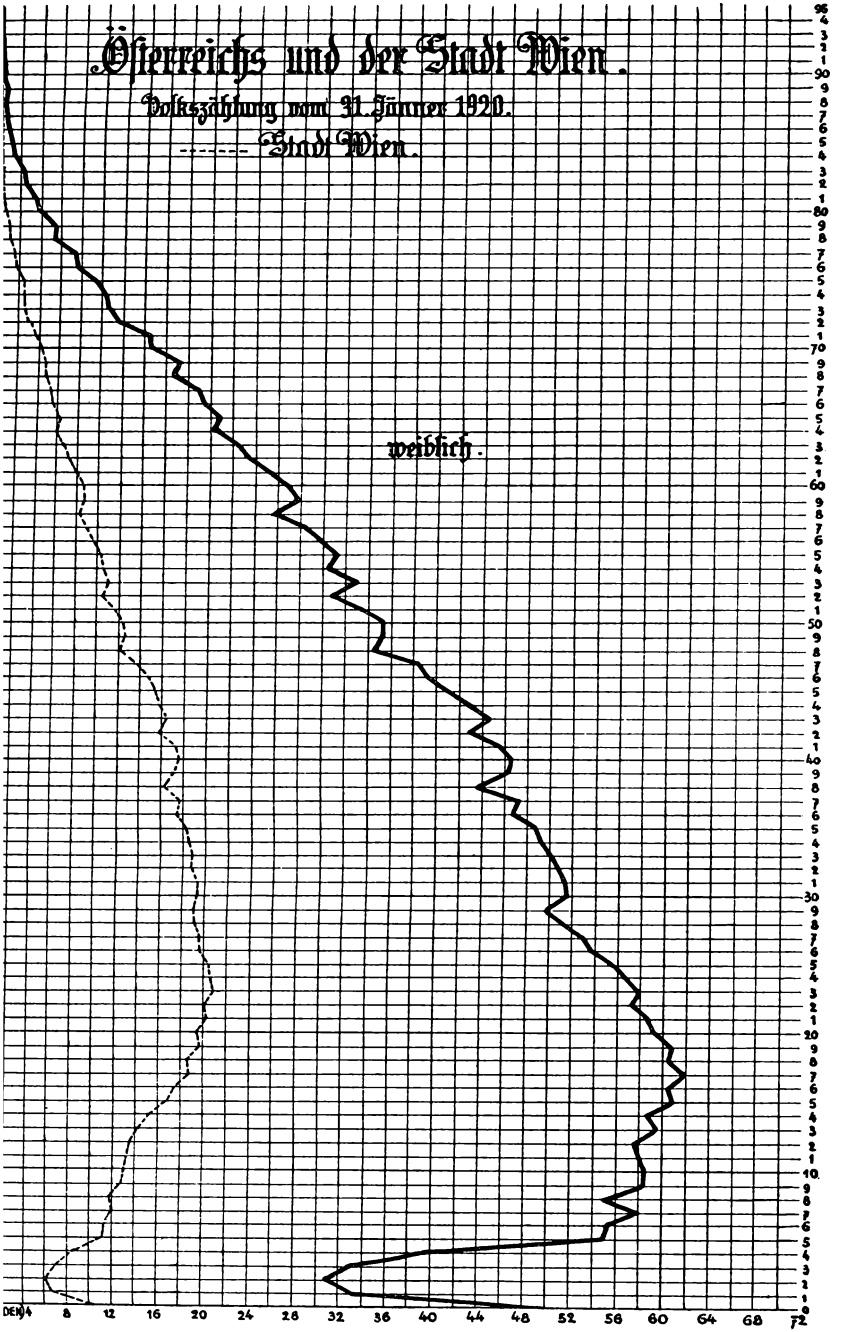
(Auf die politischen Möglichkeiten, aus denen sich eine günstige Rückwirkung auf den Nahrungsspielraum des deutschen Volkes ergeben

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/



12.

(Zu S. 205.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

könnte, wie die fortschreitende Befriedung Europas, die Rückgewinnung verlorengegangener Reichsgebiete und Kolonien oder den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich, wollen wir hier nicht weiter eingehen.)

Müssen wir uns hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Nahrungsspielraumes mit bloßen Hoffnungen begnügen, die allerdings in unserem Selbstvertrauen begründet sind, so können wir hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Bevölkerung zum Teil ganz bestimmte Voraussagen machen. Für einen großen Teil der Bevölkerung ist die nächste Entwicklung im Altersaufbau beinahe zwangsläufig vorgezeichnet.

Die Betrachtung des Altersaufbaues des Deutschen Reiches von 1919 (Abb. 11) — derjenige von 1925 liegt leider noch nicht aufgearbeitet vor — zeigt uns zuerst die auffallende Kriegslücke in den Jahrgängen der wehrfähigen Männer, dann bei beiden Geschlechtern die Wirkungen des Kriegsgeburtenausfalles. Vor dem Eintritt dieses finden wir, vom Geburtsjahrgang 1908 an bis zum Jahrgang 1914 ganz deutlich ausgeprägt, die Wirkungen des Geburtenrückganges, der also nicht, wie oft irrtümlich behauptet wurde, durch die abnehmende Säuglingssterblichkeit ausgeglichen wurde (was ja auch schon in den vom deutschen Statistischen Reichsamt berechneten Aufwuchszahlen zum Ausdrucke kam).

Das gleiche Bild, nur im Rückgang der Geburtsjahrgänge vor Kriegsausbruch noch schärfer ausgeprägt, bietet uns der aus dem Jahre 1920 stammende Altersaufbau Österreichs (Abb. 12).

Welche Voraussagen können wir nun aus diesem Altersaufbau für die Zukunft der ganzen Bevölkerung, welche für die Zukunft der im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerung machen?

Die Optimisten der heutigen Bevölkerungsentwicklung verweisen auf die vor dem Kriege trotz Geburtenrückgang gleichbleibenden oder gar wachsenden Geburtenüberschüsse. Aber was nützt es, daß die alten Leute noch älter werden, wenn sich die Basis der Bevölkerungspyramide fortschreitend verengt? Es muß da unausweichlich der Zeitpunkt kommen, in dem die lebensverlängernde Kraft der ärztlichen Kunst versagt, wo das Wegsterben der überreichlich besetzten alten Jahrgänge den spärlichen Bevölkerungszufluß der Geburten überwiegt, ein Zustand, bei dem die Deutschen des Baltikum heute bereits angelangt sind.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Was nun die Zahl der Erwerbstätigen betrifft, so ist sie gegenwärtig durch die Kriegsverluste herabgedrückt. In dem Maße, als in den nächsten Jahren die Kriegslücke durch Aufrücken in höhere Alter an Bedeutung verliert und die vom Kriege verschonten jüngeren Jahrgänge nachrücken, ist eine Erhöhung der erwerbsfähigen Bevölkerung zu erwarten — bis zu dem Augenblick —, in dem der Aufstieg der Geburtenlücke in das erwerbsfähige Alter beginnt. Dieser Zeitpunkt ist

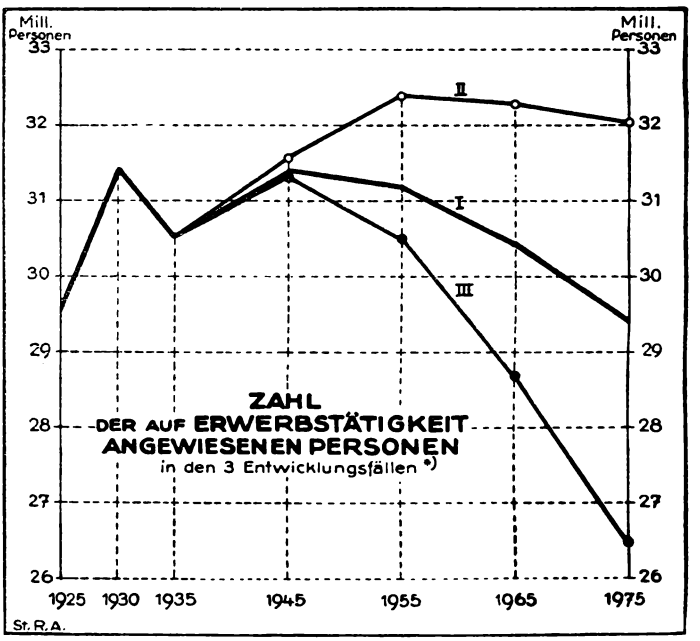


Abb. 13.

nicht weit entfernt; die im Jahre 1915 Geborenen verlassen bereits in drei Jahren die Schule und rücken dann allmählich ins Erwerbsleben ein. Das Statistische Reichsamt hat sich in seiner jüngsten Veröffentlichung (Bd. 316 der Statistik des Deutschen Reichs) der dankenswerten Aufgabe unterzogen, den Einfluß dieses Aufstiegs — und der weiteren vermutlichen Geburtenentwicklung auf die Zahl der Erwerbsfähigen und auf die ganze Bevölkerung überhaupt genau durchzurechnen (Abb. 13). Unter der Annahme gleichbleibender Sterblichkeit — die Sterblichkeit spielt in diesen Altern eine ganz untergeordnete Rolle — ist das Statistische Reichsamt zu der vorliegenden Kurve der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf Erwerbstätigkeit Angewiesenen, das ist der 15 bis unter 65 Jahre alten Männer und 15 bis unter 60 Jahre alten unverheirateten Frauen gelangt. Darnach sehen wir diese auf Erwerbstätigkeit angewiesene Bevölkerung von 29,6 Millionen im Jahre 1925 auf 31,4 im Jahre 1930 steigen, dann aber bis zum Jahre 1935 auf 30,5 Millionen sinken. Bis zu dem Einrücken der Nulljährigen des Altersaufbaues in das Alter der Erwerbsfähigkeit ist die Kurve eindeutig bestimmt. Von hier an müssen über die weitere Bevölkerungsvermehrung Annahmen gemacht werden: die eine legt — immer unter Anrechnung gleichbleibender Sterblichkeit — steigende Geburtenzahlen (entsprechend einer gleichbleibenden Fruchtbarkeit), die andere gleichbleibende Geburtenzahlen, die dritte abnehmenden Geburtenzahlen und zwar bis 1955 um 25% abnehmend, dann gleichbleibend, zugrunde. Die erste Annahme ist unwahrscheinlich; steigende Geburtenzahlen haben wir seit 1906 nicht mehr gehabt. Auch gleichbleibende Geburtenzahlen — hier gleichbedeutend mit Aufwuchszahlen — hat es, wie wir gesehen haben, nicht gegeben. Bleibt die dritte Annahme abnehmender Geburten- (und Aufwuchs-) zahlen. Dabei ist die Annahme des Rückganges der Aufwuchszahlen um 25 v. H. innerhalb 30 Jahren gar nicht einmal hoch. Ist doch die Zahl der das erste Lebensjahr überlebenden von 1908 auf 1913 um 6%, das ist durchschnittlich mehr als 1% jährlich, zurückgegangen, der Geburtenüberschuß von 1913 auf 1925 um 34% oder durchschnittlich mehr als 3% jährlich. In beiden Fällen war der Rückgang größer als in der gemachten Annahme. Wir können daher aller Wahrscheinlichkeit nach im Deutschen Reiche mit einer Entwicklung nach Kurve III rechnen. Ein Sinken um 3,1 Millionen Arbeiter bis zum Jahre 1975 gegenüber 1925 wäre das Ergebnis. Nun bilden wohl noch die verheirateten Frauen eine Arbeitsreserve. Aber deren Verwendung ist bevölkerungspolitisch unerwünscht; es würde sich überdies auch unter Einbeziehung der verheirateten Frauen auf die Dauer eine Abnahme der erwerbsfähigen Bevölkerung ergeben. Daß dabei die Zahl der Greise und Greisinnen sich verdoppelt haben wird, kann diesen Ausfall kaum abschwächen.

Desgleichen würde, wie Abbildung 14 zeigt, in absehbarer Zeit die Bevölkerungszunahme in eine Bevölkerungsabnahme umschlagen.

Für Österreich, die deutschen Sudetenländer, die deutsche Schweiz und Elsaß-Lothringen liegen die Bevölkerungsaussichten ganz ähnlich, die Unterschiede sind nur gradmäßig.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Welche Stellung würde aber ein stationäres oder zurückgehendes deutsches Volk im Rahmen der übrigen Völker einnehmen? Wir können uns davon eine Vorstellung machen, wenn wir die Entwicklung Frankreichs in der europäischen Staatengemeinschaft im Verlaufe der letzten

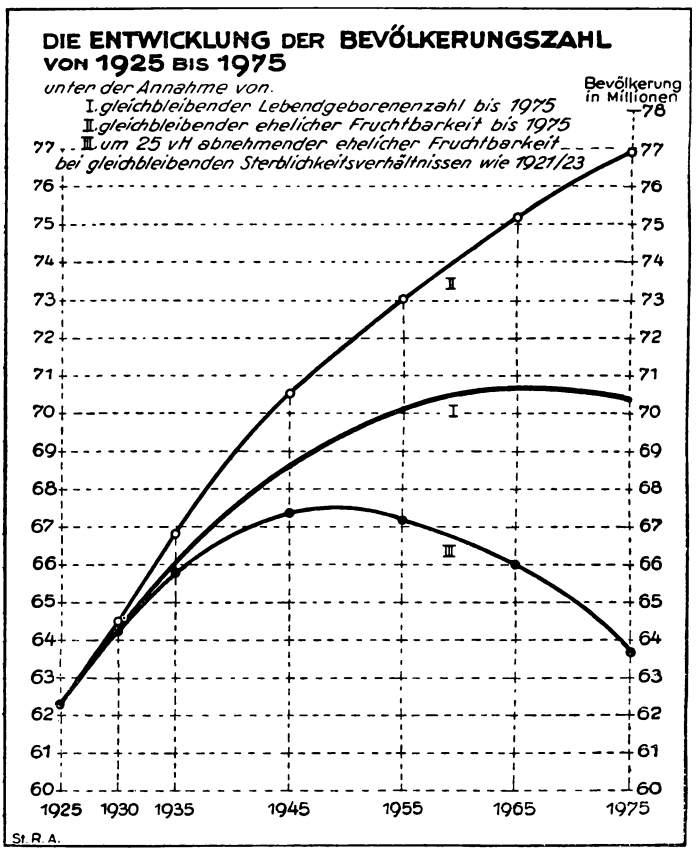


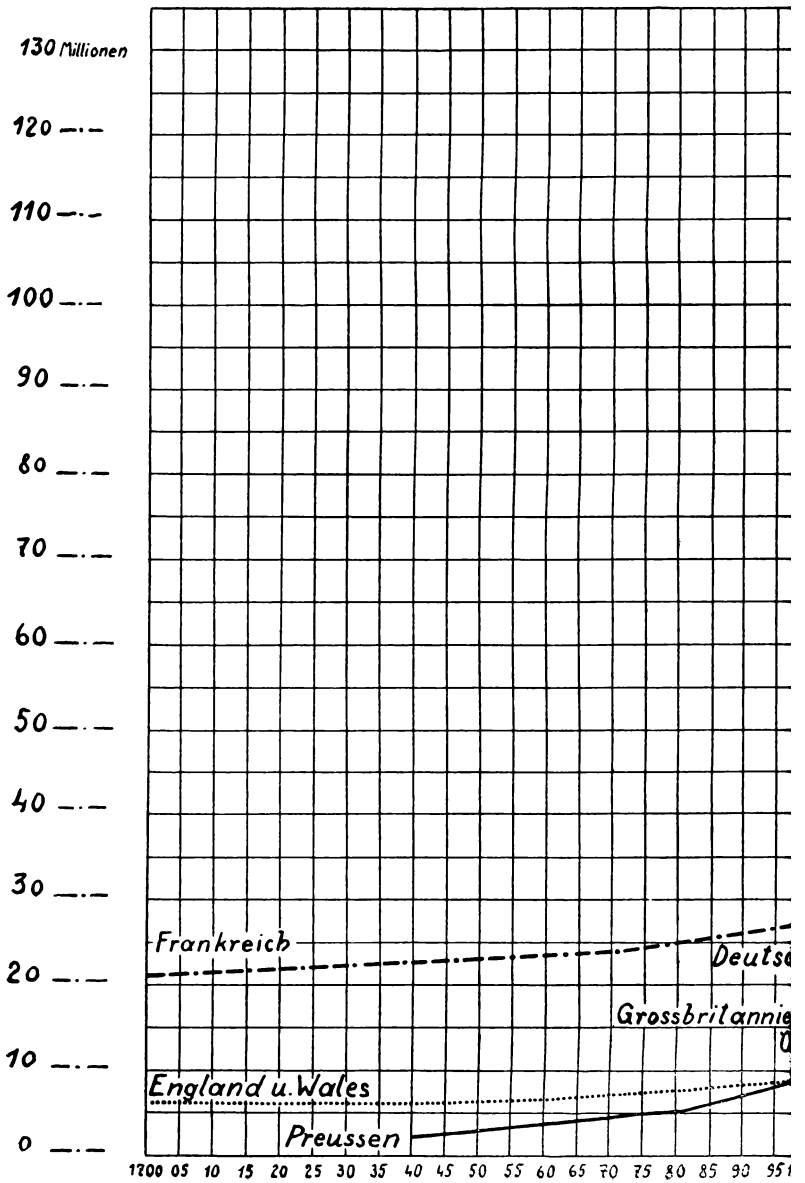
Abb. 14.

Jahrzehnte betrachten (Abb. 15). Die nahezu stillestehende Bevölkerung Frankreichs ist folgeweise von derjenigen des Deutschen Reiches, Englands, Preußens und Italiens überflügelt worden. Das Machtbild Europas hat sich durch diese ungleichen Bewegungen innerhalb eines Jahrhunderts vollkommen verschoben. Das heutige Frankreich ist nicht mehr das Frankreich Napoleons I.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Entwicklung der Bevölkerungsi



DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihlen einiger wichtiger Staaten Europas

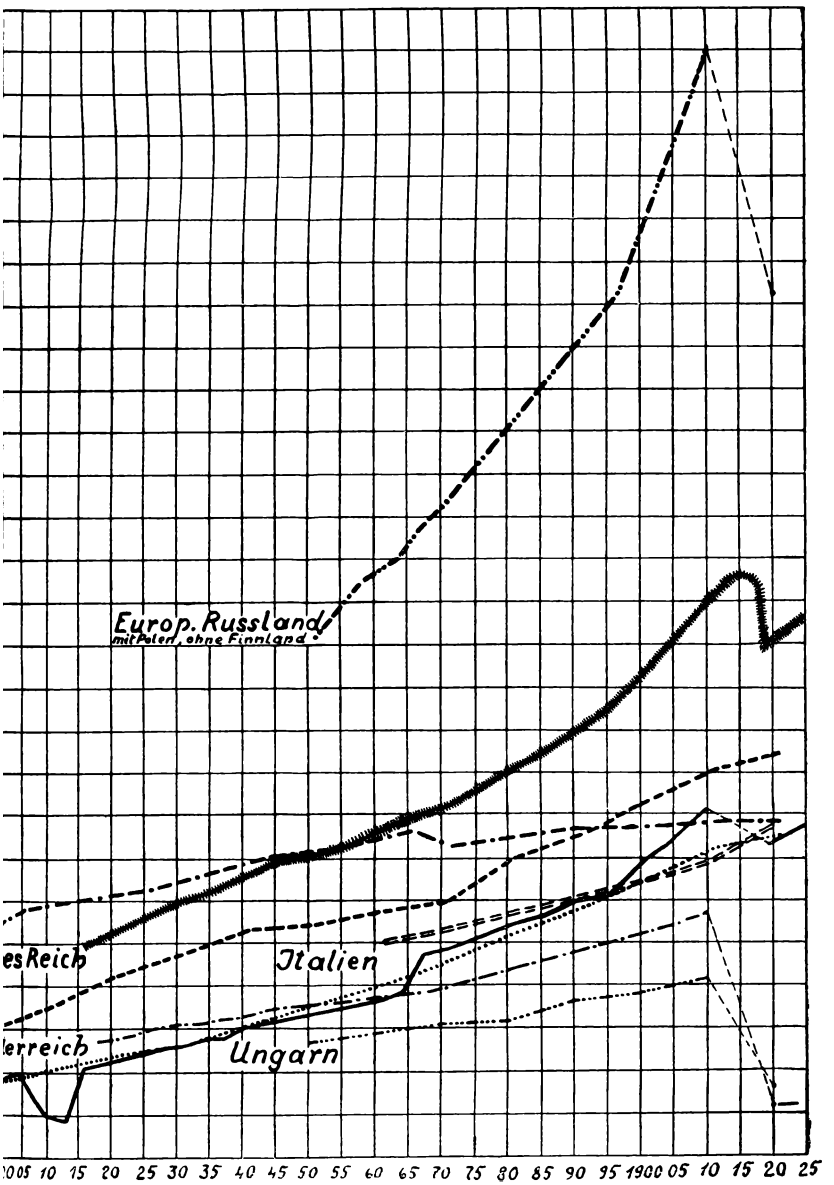


Abb. 15. (Zu S. 208.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nun könnte jemand einwenden, daß solche Verschiebungen bei dem heute erreichten Bevölkerungsstande der Erde nicht mehr wahrscheinlich seien. Er würde vollkommen irren. Die Erdbevölkerung wurde von Süßmilch für 1750 mit 1000 Millionen Menschen angenommen. Heute sind es nahe an die 2000 Millionen. Nun haben sich zahlreiche ernste Gelehrte mit der Frage befaßt, wieviele Menschen nach dem heutigen technischen Stande der Aufschließung auf der Erde Platz finden könnten. Ich nenne die Namen Ravenstein[1], v. Fircks[2], Ballod[3], Losch[4], Penck[5], Fischer[6].

E. G. Ravenstein schätzte, in dem er drei Fruchtbarkeitstypen und demzufolge Volksdichtetypen der Landfläche annahm, die höchstmögliche Zahl der Erdbevölkerung auf 5994 Millionen. V. Fircks gelangte unter Erhöhung der Ravensteinschen Volksdichteannahme zu 9000 Millionen Menschen (eine Berechnung, die von H. Wagner rechnerisch auf 7800 Millionen richtig gestellt wurde). K. Ballod gelangte, indem er die nutzbare Erdoberfläche einmal nach dem Verhältnis der Bevölkerung zur Ackerfläche in Japan, im Deutschen Reiche und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bevölkerte, zu den Rahmenzahlen von 22400, 5600 und 2333 Millionen Menschen, Zahlen, die also die mögliche Erdbevölkerung bei der jeweiligen Zugrundelegung der Lebenshaltung Japans, des Deutschen Reiches oder der Vereinigten Staaten ausdrücken. H. Losch erhöhte die Ravensteinsche Schätzung unter Berücksichtigung der seither (1890—1923) gemachten Fortschritte auf 7000 Millionen Menschen. A. Penck gelangte mit Hilfe einer weitgehenden Verfeinerung der Ravensteinschen Methode — Annahme von 11 Klimagebieten und den ihnen eigentümlichen Höchst-Volksdichten — zu einer wahrscheinlichen größten Einwohnerzahl der Erde von 7689 Millionen. A. Fischer schätzte, indem er die Ballodsche Methode des Kopfbedarfes an Acker und Weideland nach der Lebenshaltungsstufe verfeinerte, die mögliche Erdbevölkerung auf 6200 Millionen Men-

[1] Lands of the Globe still available for European Settlement. Proceedings R. Geographical Society XIII, 1891, S. 27. — [2] Bevölkerungslehre und -politik. Leipzig 1898. S. 295. — [3] Wieviel Menschen kann die Erde ernähren? Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. XXXVI, 2, 1912. S. 81. — [4] Die großen Grenzen der Erdbevölkerung. Württembergsche Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1921/22. Stuttgart 1923. S. 164. — [5] Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie, Sitzungsbericht der preußischen Akademie der Wissenschaft 1924. XXII, S. 242. — [6] Zur Frage der Tragfähigkeit des Lebensraumes, Zeitschrift für Geopolitik. 2. Jahrg. Heft 10, S. 762 und Heft 11 S. 842.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen. Alle diese Schätzungen, mit so verschiedenen wissenschaftlichen Verfahren sie gewonnen sein mögen, gelangen zu dem beinahe übereinstimmenden Ergebnis einer Höchstzahl von sechs bis acht Milliarden Erdbewohner. Die heutige Erdbevölkerung kann sich also schon nach dem heutigen Stande unserer technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten verdrei- bis vervierfachen. Diese Grenze kann allerdings bereits in wenigen Jahrhunderten erreicht sein.

Abbildung 16 stellt, unter Berücksichtigung des engeren Lebensspielraumes der Gebiete, das in diesem Sinne überfüllte Europa den noch weitaus nicht voll ausgenützten Räumen der anderen Kontinente gegenüber. Jedenfalls ist über die letzte Gestalt der Erdverteilung noch nicht entschieden. Bei dieser Verteilung wird ohne Zweifel der vorher erworbene Besitz an Land eine wichtige Rolle spielen. Zwei Drittel der noch verfügbaren Erde liegen in den Händen Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Es wird gewiß die Absicht auftauchen, den Raum für das eigene Volk vorzubehalten; wir erleben das heute schon an der Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten, zu der allerdings der schnelle Geburtenrückgang dieser Staaten in einem Widerspruch steht. Es gibt ernste amerikanische Statistiker, die für eine nahe Zukunft die stationäre Bevölkerung für die Vereinigten Staaten befürchten[1]. Als stationär kann heute bereits die Bevölkerung Frankreichs angenommen werden. Und doch ist Frankreich das Kernland eines riesigen Kolonialreichs, das weder in der Menschen- noch in der Kapitalsexpansion des Mutterlandes seine Begründung hat. Die Weltgeschichte wird solche unnatürliche Schranken hinwegfegen und den Völkern starker Vermehrung den von ihnen benötigten Raum zuweisen. Stillstehende oder rückläufige Völker werden dabei in den Winkel gestellt werden. —

Die Schlußfolgerungen aus den vorausgehenden Betrachtungen sind naheliegend. Ist die heutige Übervölkerung von Teilen des deutschen Volksbodens, besonders des Deutschen Reiches und Österreichs, nur ein vorübergehender Zustand, an dessen Stelle aller Voraussicht nach binnen kurzem Untervölkerung treten wird, dann darf ihr auch nicht mit solchen Mitteln abgeholfen werden, die den heutigen Menschenüberschuß der Heimat dauernd entziehen, wie z. B. Auswanderung. Jeder Auswanderer bedeutet nicht nur den Entgang seines Arbeitswertes, sondern

[1] Vgl. Louis I. Dublin, The statistician and the population problem, Quart.-Journ. of the Amer. Stat. Society. Mai 1925.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

darüber hinaus eine dauernde wirtschaftliche und politische Schädigung der Heimat. Wohl könnten, wie das Beispiel der neueren italienischen Auswanderungspolitik zeigt, diese Nachteile durch eine wohl überlegte Organisierung der Auswanderung abgeschwächt werden. Gewiß dürfte es den Deutschen an der Fähigkeit nicht fehlen, eine ähnliche Organisation zu schaffen, wohl aber an der genügenden Härte der Auswanderer. Die letzte Sprachenzählung der Vereinigten Staaten hat beschämende Beweise für das Verhalten gerade der Auswanderer aus dem Deutschen Reiche und aus der jüngeren Zeit erbracht. Auch die Sprachenstatistik Kanadas, die eine Verbindung des Merkmals der Muttersprache mit dem des Herkunftslandes bringt, zeigt ein außerordentlich hohes Entnationalisierungsprozent der zugewanderten Deutschen. Von je 100 fremdbürtigen Personen bekannten sich zur englischen Muttersprache: aus dem Deutschen Reich gebürtig 46%, aus der Schweiz gebürtig 60%, Juden 3,5%, Ukrainer 0,6%. Auch die Erfahrungen der Auswanderung von Schweizern und Elsässern nach französischen Sprachgebieten zeigen schlechte Erfolge. Hier wäre zuerst eine große und nachhaltige Volkserziehungsarbeit zu leisten, ehe eine organisierte deutsche Auswanderung auf Erfolg rechnen dürfte. Dagegen könnte eine deutsche Wanderungsorganisation, die den Überschuß übervölkerter deutscher Gebiete nach unterbölkerten deutschen Gebieten hin lenkte, schon heute auf Erfolge rechnen.

Aber auch wenn die Aussichten, die deutschen Auslandswanderer geistig und kulturell dem eigenen Volke zu erhalten, besser wären, würde das Vorübergehende des Übervölkerungszustandes dazu mahnen, alle heimischen Arbeitskräfte, auch die derzeit Arbeitslosen, doch unter allen Umständen im Lande zu behalten. Daß solche Bemühungen nicht aussichtslos sind, zeigen z. B. die in Österreich gemachten Erfahrungen. Freilich dauert die Übergangszeit der Übervölkerung zu lange, als daß mit der demoralisierenden gegenwärtigen Form der Arbeitslosenunterstützung das Auslangen gefunden werden könnte. Es muß der Weg der sogenannten produktiven Arbeitslosenfürsorge in allgemeinerer Weise beschritten werden, es muß für Arbeitsbeschaffung in größerem Stile gesorgt werden, worauf ja derzeit im Deutschen Reiche Bestrebungen laufen[1].

Es geht auch nicht an, die letzten unglücklichen Opfer des Weltkrieges, die Arbeitslosen, einem ungewissen Schicksal zu überlassen,

[1] Vgl. hierzu Syrup, Arbeitsmarkt, produktive Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsbeschaffung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur um der Bequemlichkeit der glücklichen anderen willen — so wenig wie bei Unwetter Obdachsuchende aus einer Alpenhütte ausgeschlossen und in Sturm und Not draußengelassen werden dürfen. Da heißt es eben im Rahmen des physiologisch und kulturell noch Erträglichen zusammenrücken und Platz machen. Kein Besucher der Wohnstätten Schillers und Goethes in Weimar wird ohne tiefste Ergriffenheit festgestellt haben, unter wie bescheidenen äußeren Verhältnissen diese beiden die Großtaten ihres Geistes vollbrachten. Kultureller Hochstand ist auch ohne Luxus denkbar. Nicht nur für die Arbeitslosen, auch für die vielen nicht infolge Not, sondern infolge dekadenter Denkweise, ungeborenen Kinder, die in Zukunft fehlen werden, ist Nahrung genug in unserem Vaterlande, wenn wir nur ein bißchen bescheidener sein wollen.

Die Zahlen der Statistik zeigen demjenigen, der sie zu lesen versteht, ein Wetterleuchten am Horizonte des deutschen Volkes. Nicht das Übel, dessen Bekämpfung heute auf der Tagesordnung steht, ist dasjenige, das uns auf die Dauer ernstlich bedroht, sondern das entgegengesetzte: die Untervölkerung. Mittel gegen eine solche lassen sich nicht im Augenblicke hervorzaubern: Man kann ein Volk zwar mit einem Ruck um Tausende seiner Zugehörigen verringern, aber man kann es nicht ebenso plötzlich vergrößern. Besonders kann man nicht die fehlenden Arbeiter plötzlich aus dem Boden stampfen, es sei denn, daß man das dauernde Unvermögen seines Volkes, seinen Raum auszufüllen, nicht als eine unerhörte Schmach ansieht und sich mit der Überfremdung und ihren beklagenswerten Folgen abfindet. Es könnte sonderbar scheinen, daß ich heute, in einem Zeitpunkte akuter Übervölkerung, über die Gefahren künftiger Untervölkerung gesprochen habe. Aber die Arbeiter, die wir in 20, 30 Jahren brauchen werden, müssen heute geboren werden, sonst sind sie nicht zur Stelle. Die Bevölkerungsentwicklung aber, wie sie sich vor unseren Augen abspielt, ist geeignet, die größte Besorgnis für die Zukunft des deutschen Volkes auszulösen. Darum habe ich es für notwendig gehalten, neben die sozialpolitische Betrachtung des Gegenstandes die volkspolitische zu setzen, was aber bei näherem Zusehen gar keinen Gegensatz bedeutet. Denn ohne Zweifel wird diejenige Volkspolitik, die das deutsche Volk groß und stark macht, auf die Dauer auch die wirksamste Sozialpolitik sein.

(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Schluß der Vormittagssitzung: 1 Uhr 35 Minuten nachmittags.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Professor Dr. Mises (Wien): Meine Damen und Herren! Wir wollen uns bei unseren Verhandlungen möglichster Kürze befleißigen. Von der Festlegung einer Redezeit von 15 oder 10 Minuten wird vorläufig abgesehen. Es ist eine ganze Reihe von Rednern vorgemerkt. Ich gebe der Erwartung aller Anwesenden Ausdruck, daß es gelingen wird, daß die Redezeit freiwillig, ohne jeden Zwang von Seite des Vorsitzenden, auf ungefähr 15 Minuten beschränkt wird. Sollte diese Mahnung nicht genügend wirksam sein, so wird es vielleicht zu einer späteren Stunde notwendig sein, zu energischeren Mitteln zu greifen. Vorläufig möchte ich aber bitten, sich aus eigenem auf eine Redezeit von ungefähr 15 Minuten zu beschränken.

Das Wort hat als Erster Herr Professor Dr. Kröll (Wien).

Professor Dr. Kröll (Wien): Geehrte Versammlung! Ich möchte mir erlauben, in der Frage der Ursachen der Arbeitslosigkeit eine Anschauung zu äußern, welche bisher in dieser Versammlung anklangsweise auch vom Herrn Sektionschef Schüller vorgetragen wurde und die ich noch besonders unterstreichen möchte.

Ich bin der Auffassung, daß neben den verschiedenen anderen Ursachen, welche hier vorgetragen wurden, auch die Frage der Lohnüberhöhung eine bedeutende Rolle unter den Ursachen der Arbeitslosigkeit spielt.

Um dies zu begründen und einigermaßen eindrucksfähig zu machen, bedarf es allerdings einer gewissen theoretischen Grundlegung, und ich muß mir erlauben, diese in einigen markanten Sätzen zur Kenntnis zu bringen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch ich gehe dabei stets von der Auffassung aus, daß die für diese Angelegenheit maßgebende Seite der Volkswirtschaft der durch Geld vermittelte Güteraustausch ist. Hierbei haben wir vor allem zu beachten, daß sich dieser Austausch nach bestimmten Mengenverhältnissen vollzieht, die, in Geld ausgedrückt, in den Preisen zum Vorschein kommen.

Bei der Preisbildung haben wir Inhalt und Form auseinanderzuhalten. Es kommt darauf an, in welchem Verhältnis die Preise untereinander stehen, und dies konstituiert den Tauschwert der Güter; dies ist der Inhalt. Es kommt aber auch auf das Preisniveau an. Die Tauschwerte können in höheren oder niedrigeren Durchschnittspreisen zum Ausdruck gelangen, ein Umstand, der bekanntlich vom Geldwert und dessen Komponenten abhängig ist.

Der Austausch der Güter selbst vollzieht sich in der theoretisch richtigen Volkswirtschaft nach dem Gleichgewichtstheorem. Es werden sich jene Preise herausstellen, bei welchen Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht stehen. Entscheidend ist, daß im Grunde genommen nicht Güter schlechthin, sondern *Produkte*, das sind Ansammlungen von Arbeitsleistungen, Vereinigungen von Arbeitselementen, ausgetauscht werden. Dieser Austausch vollzieht sich nun aber nicht so, daß die einzelnen Arbeiter, die an sich ganz unverwertbare Arbeitselemente auf den Markt bringen, einander tauschend gegenübertreten, dies tun vielmehr die Arbeitgeber, deren jeder der Repräsentant einer zusammengehörigen Gruppe von Arbeitselementen ist. Es tauschen sich also in der Volkswirtschaft formell Güter, tatsächlich aber *Arbeitsleistungen* gegenseitig aus, und die Preise, zu denen sie sich austauschen, sind entscheidend für den Lohn der einzelnen Arbeitergruppen.

Nun nimmt aber nicht der Arbeiter direkt, sondern der Unternehmer das Entgelt für die Erzeugnisse in Empfang — das ist der Preis der Produkte —, und er gibt erst diesen Preis, zum größten Teile, kann man sagen, wieder an die Arbeiter in der Form der Löhne weiter.

Da ist es von höchster Wichtigkeit, daß der Lohn der Arbeiter offenbar abhängig ist von dem, was der Unternehmer für das Erzeugnis einzunehmen vermag. Das, was der Arbeiter an Tauschwert produziert, ist die *oberste Grenze* für seine Entlohnung, und es kommt dann nur auf sekundäre Verhältnisse an, in welchem Ausmaße der Arbeiter das, was der Unternehmer für den Tauschwert des Produktes vereinnahmt hat, wieder als Lohn empfängt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich möchte das als die Produktivitätstheorie des Lohnes bezeichnen; ich unterlasse es, sie hier irgendwie in Beziehung zu den übrigen Lohntheorien zu setzen. Jedenfalls ist die Produktivität des Arbeiters entscheidend für den Lohn, den er bekommen kann: wenn er wenig produziert, kann er keinen hohen Lohn bekommen, wenn seine Leistung steigend produktiv ist, kann auch der Lohn gesteigert werden.

Es ist schließlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß natürlich im Volkseinkommen auch Rente und Zins eine Rolle spielen, aber auch diese können, wenn auch nicht als Entgelt für geleistete Arbeit, so doch als Entgelt für ersparte Arbeit betrachtet werden. Schließlich wäre zur Verfeinerung der ganzen Anschauung darauf hinzuweisen, daß die Produktivität des Arbeiters naturgemäß abhängig ist von der Einrichtung des Betriebes, und daß wir in dieser Beziehung modern und billig arbeitende und rückständige und teuer arbeitende Betriebe unterscheiden müssen. Theoretisch ist für den Lohn die Produktivität des Grenzarbeiters, also jenes Arbeiters maßgebend, der in dem rückständigsten der noch beschäftigten Betriebe tätig ist. Das ist eigentlich der Grundgedanke der Theorie von der Grenzproduktivität.

Damit habe ich versucht, einen kurzen Aufbau jener Elemente der Volkswirtschaft zu geben, die für die Behandlung dieses Problems von Wichtigkeit sind. Ich versuche nun festzustellen, wie in einem solchen Aufbau Krisenerscheinungen mit Absatzlosigkeit und Arbeitslosigkeit möglich sind. Die Arbeitslosigkeit ist nur eine andersartige Form der Absatzlosigkeit: die in den Produkten angesammelten Arbeitsmengen können infolge der Absatzstockung nicht abgesetzt werden, und infolgedessen ist der Unternehmer genötigt, seine Arbeiter zu entlassen. Würde sich der Austausch der Güter in der Volkswirtschaft tatsächlich reibungslos zu Gleichgewichtspreisen, das heißt zu Preisen, bei welchen Angebot und Nachfrage von selbst ins Gleichgewicht geraten, vollziehen, so gäbe es keine Konjunkturschwankungen, sondern es würde das Angebot der Nachfrage genau entsprechen, alle Produkte würden abgesetzt werden. Nun ist es aber durch eine Reihe von Umständen in der Volkswirtschaft bedingt, daß die Tauschpartner sehr häufig nicht geneigt sind, ihre Erzeugnisse zu dem Preise anzubieten und abzugeben, der eben nach den Bedingungen von Angebot und Nachfrage notwendig wäre. Finden wir, daß die eine oder andere Produzentengruppe in der Volkswirtschaft, seien es die Arbeitgeber oder die hinter ihnen stehenden Arbeiter in Gestalt ihrer Lohnforderungen, nicht geneigt sind, sich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit diesen Gleichgewichtspreisen zu begnügen, dann tritt eine partielle Krise ein, dann werden eben die Produkte dieses Produktionszweiges nicht abgesetzt. Naturgemäß kann eine solche partielle Krise niemals lange währen, denn mit der Zeit müssen die Unternehmer einsehen, daß sie mit den Preisen heruntergehen müssen. Dann wird der Gleichgewichtspreis erreicht, und die Erzeugnisse finden ausreichend Absatz.

Damit sind aber die eigentlichen Konjunkturschwankungen nicht erklärt, welche sich nicht aus partiellen Krisen zusammensetzen, sondern welche einer generellen Krise gleichkommen. Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt in den Beobachtungen, die wir bei den Inflations- und Deflationsvorgängen gemacht haben und bei welchen wir uns vorstellen müssen, daß sie auch in Zeiten normalen Geldwertes bis zu einem gewissen Grade insoweit wirksam sind, daß sie bald zu Hochkonjunkturen und bald zu Depressionen führen.

Was ist die Folgeerscheinung einer Deflation? Bei einer Deflation sinkt die Geldmenge, und diese sinkende Geldmenge bedeutet sinkendes Durchschnittseinkommen der Konsumenten. Nichtsdestoweniger sind die Produzenten — psychologisch erklärlich — nicht bereit, sofort entsprechend der gesunkenen Geldmenge niedrigere Preise zu fordern, was im Grunde genommen keinen Schaden für sie bedeuten kann, da das Geld mehr wert geworden ist, sondern es verlangen zunächst die Unternehmer die hohen Preise, zu welchen sie die Erzeugnisse seinerzeit hergestellt haben, und die Arbeiter verlangen die alten Löhne. Infolgedessen reicht natürlich bei der vorhandenen Geldmenge das durchschnittliche Einkommen des Konsumenten nicht hin, um die Erzeugnisse vollständig aufzunehmen, und es kommt zu jener Absatzstockung, die für jede Deflation charakteristisch ist, die aber im Laufe der Zeit durch schließliches Nachgeben der Produzenten verschwindet.

Umgekehrt ist es bei einer Inflation, wo die Geldmenge steigt, wo sich infolgedessen das nominelle Durchschnittseinkommen vergrößert und die Arbeitgeber, welche sich mit den alten Preisen, und die Arbeiter, welche sich mit den alten Löhnen begnügen, einer übergroßen Nachfrage begegnen, so daß es hier zur Hochkonjunktur kommt. Auch diese verschwindet schließlich durch Anpassung der Preise und Löhne an den gesunkenen Geldwert.

Wir müssen uns vorstellen, daß es auch in Zeiten gleichbleibender Geldmenge, wo keine staatsfinanziellen Maßnahmen es zu einer In-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

flation kommen lassen, doch durch die wechselnde Gestion der Notenbank, durch die schwankende Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, durch das Hervorkommen verborgener Geldvorräte, durch Veränderung des Gütervolumens usw. immer wieder zu derartigen Schwankungen der in Umlauf befindlichen Geldmenge kommt, so daß Konjunkturen und Krisen sich daraus erklären.

Wichtig ist nun für uns, daß bis zu einem gewissen Grade auch der Durchschnittslohn für die Gestaltung von Konjunktur und Depression entscheidend ist, weil eben zu Zeiten die Arbeiter zu hohe Löhne verlangen und zu Zeiten wiederum ein zu niedriger Lohn besteht. Unter gewissen Umständen sind daher die Arbeiter für die Gestaltung der Konjunktur ausschlaggebend. Insbesondere haben zu hohe Löhne genau die gleiche Wirkung wie zu hohe Preisforderungen der Unternehmer. Die nominelle Kaufkraft des Volkes reicht dann zur Aufnahme der Produkte nicht hin.

Wenn ich nun diese allgemeinen Grundsätze für die heutigen Erscheinungen als entscheidend erachte, so erscheint mir neben den sonst hier genannten Ursachen der Wirtschaftskrise doch auch die rücksichtslose Lohnpolitik der Arbeiterklasse in allen europäischen Ländern, außer in den romanischen, ursächlich zu sein. Wir müssen eben darauf Rücksicht nehmen, daß infolge der politischen Umwälzungen nach dem Weltkriege die Arbeiterklasse ein großes Maß von Macht erlangt hat, die Stärke der Gewerkschaft gesteigert ist und infolgedessen ein Angebotmonopol auf dem Arbeitsmarkte besteht. Da ist es nun mit der relativen Jugendlichkeit der Arbeiterbewegung und mit der ökonomischen Unerfahrenheit der Gewerkschaften durchaus leicht zu erklären, daß die Arbeiter bei ihren Lohnforderungen keine Rücksicht nehmen auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Volkswirtschaft, sondern einfach das Machtprinzip vertreten. In der Antithese „Macht oder ökonomisches Gesetz", die seinerzeit von Böhm-Bawerk aufgestellt worden ist, vertritt die Arbeiterklasse mit allem Nachdruck die Machttheorie des Lohnes; sie steht auf dem Standpunkte, daß der Lohn eine Angelegenheit der Machtverhältnisse sei, und daß die notwendige Folge der Machtsteigerung der Arbeiterklasse die Lohnerhöhung sein müsse.

Wenn ich mich nun hier auf den Standpunkt stelle, daß die Löhne offenbar überhöht seien, so muß ich dem allerdings eine gewisse Auslegung geben, um nicht mißverstanden zu werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zunächst einmal spreche ich natürlich von einer relativen Überhöhung der Löhne. Es kann keine Rede davon sein, daß ich etwa behaupten wollte, die Löhne seien absolut zu hoch. Ich möchte da den Vergleich mit der Einwohnerschaft einer belagerten Stadt ziehen, welche bei geringen Lebensmitteln absolut geringe, physiologisch unzureichende Rationen bekommt; dennoch können diese Rationen wegen Unterschätzung der voraussichtlichen Dauer der Belagerung zu hoch sein. Hier können wir von zu hohen Rationen sprechen, obwohl sie physiologisch zu niedrig sind. Ebenso ist es möglich, daß die Löhne der Arbeiter unter Umständen physiologisch zu niedrig und dennoch wirtschaftlich zu hoch sind.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß für den Lohn der Arbeiter nicht der Taglohn an sich entscheidend ist, sondern das Verhältnis zwischen dem Lohn und dem Produkt der Arbeitsstunde. Da muß ich darauf hinweisen, daß in allen maßgebenden europäischen Wirtschaftsstaaten nach dem Weltkriege an Stelle des Zehn- oder Elfstundentages bei im großen und ganzen gleichbleibendem Reallohne der Achtstundentag getreten ist, genauer gesprochen sogar bei wesentlichen Reallohnsteigerungen der ungelernten Arbeiterschaft. Der Umstand, daß sich für die große Masse der Arbeiterschaft die Herabsetzung des Arbeitstages um ein Fünftel in keiner Weise in entsprechenden Lohnherabsetzungen ausgewirkt hat, bedeutet notwendigerweise, daß heute die Arbeitsstunde, selbst wenn wir voraussetzen, daß der Reallohn auf den Arbeitstag gleichgeblieben ist, um zwanzig Prozent teurer bezahlt wird als vor dem Kriege. Darin sehe ich vor allem die Überhöhung des Arbeitslohnes.

Schließlich wäre darauf hinzuweisen, daß ich den Gewerkschaften gewiß nicht die Naivität zumute, auf die Produktivität der Betriebe usw. gar keine Rücksicht zu nehmen; aber sie nehmen zu wenig Rücksicht auf die Art der Betriebe. Die Gewerkschaften sehen allzusehr die Leistungsfähigkeit der großen Betriebe und kümmern sich nicht um die Ertragsfähigkeit der kleinen und suchen in den Kollektivverträgen Löhne zu vereinbaren, die in der Regel nur der Leistungsfähigkeit der großen Betriebe angepaßt sind. Das führt dazu, daß wohl die großen Betriebe den Lohn bezahlen können, nicht aber die kleinen, und daß infolgedessen jener Teil der Arbeiterschaft, der in den kleinen Betrieben Arbeit gefunden hätte, arbeitslos wird. Der Grenzarbeiter steht nun nicht mehr in den Grenzbetrieben, sondern in Betrieben mittlerer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktivität. Es sei gewiß zugegeben, daß die Folgen der handelspolitischen Verhältnisse und die Rationalisierung in stärkstem Maße die Mitschuld an der Arbeitslosigkeit tragen; doch ist ja heute vormittag von Professor Mombert mit ausreichender Klarheit hervorgehoben worden, daß derartige Ursachen immer nur temporären Charakter tragen können.

Ich sehe mich nun veranlaßt, diese Auffassung von der Überhöhung der Arbeitslöhne auch gegen die möglichen Einwendungen zu verteidigen. Wir lesen sehr häufig die Auffassung, daß die Löhne nicht zu hoch, sondern zu niedrig seien; würde eine Lohnsteigerung stattfinden, dann wäre die Kaufkraft der arbeitenden Massen größer, und infolgedessen würde der Absatz steigen. Dem habe ich entgegenzusetzen, daß eine Lohnsteigerung ohne Rationalisierung selbstverständlich eine entsprechende Steigerung der Verkaufspreise der Erzeugnisse nach sich zieht, so daß wir wieder dasselbe Verhältnis zwischen Lohn und Preis haben.

Im Anschluß an die grundlegenden Ideen Professor Brentanos wird auch sehr oft darauf hingewiesen, daß die Lohnsteigerung einen Ansporn für die Rationalisierung der Betriebe bilden würde. Aber ein Mangel an Arbeitskräften hat keineswegs in allen Ländern eine entsprechende Rationalisierung zur Folge. Denken wir zum Beispiel an die Landwirtschaft, insbesondere an die österreichische Landwirtschaft. Hier besteht Leutemangel. Die Löhne sind für den Bauer nicht erschwinglich. Dennoch sehen wir, daß die Rationalisierung der Betriebe unserer Bauern durch diesen Arbeitermangel nur sehr wenig gefördert wird. Wenn vielfach die Auffassung dahin geht, daß die hohen Löhne und der Mangel an Arbeitskräften in Amerika an der Rationalisierung der Wirtschaft schuld seien, so glaube ich dennoch, daß dies nicht die Hauptursache ist, sondern daß die Ursache vielmehr in dem unerhörten Wirtschaftsgeist begründet ist, der in dieser Auslese willensstarker Kolonisten liegt. Wenn ferner darauf hingewiesen wird, daß jenes Land, das die höchsten Löhne hat, die größte Wirtschaftsblüte zeige, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, so ist in keiner Weise nachgewiesen, daß die Löhne die Ursache seien; sie können ja ebenso gut die Wirkung sein. Ich bin auch überzeugt, daß es so ist. Die Grenzproduktivität, die für den Lohn, den der Arbeiter bekommt, entscheidend ist, ist gerade in den Vereinigten Staaten viel höher als in Europa wegen der Gunst der Natur und des großen Wirtschaftsgebietes.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß in der Diskussion die Ursache der Arbeitslosigkeit vielfach in einer Übersteuerung und in den sozialpolitischen Lasten erblickt wird. Was die Übersteuerung anlangt, so muß man dieses Problem sehr vorsichtig behandeln. Die Besteuerung der Bevölkerung an sich kann unmöglich den Absatz der Güter beeinflussen; denn was dem Steuerträger an Kaufkraft weggenommen wird, wächst dem Staate und den öffentlichen Körperschaften zu, und die gesamte Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wird sich im großen und ganzen nicht geändert haben. Wenn es sich um Steuern handelt, die vor allem Unternehmungen treffen, dann werden gewiß überhöhte Steuern geeignet sein, die Arbeitslosigkeit zu steigern; denn solche Sondersteuern sind eine Spesenpost. Sicherlich spielt diese Art der Besteuerung der Unternehmungen eine nicht unbedeutende Rolle. Die sozialpolitischen Leistungen sind nur indirekte Lohnbestandteile und wirken sicherlich wie Lohnsteigerungen selbst.

Die Nutzanwendung meiner Auffassung ist die, daß die Wirtschaftskrise nicht anders beseitigt werden kann als unter anderem auch durch eine wesentliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen Lohn und Arbeitszeit, sei es nun im Sinne einer Verlängerung des Arbeitstages oder im Sinne einer Herabsetzung der Löhne. Ich bin fest davon überzeugt, daß speziell in Ländern mit rückständigen industriellen Einrichtungen vor allem die Erhöhung der Arbeitszeit — sagen wir auf neun Stunden — eine bedeutende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen müßte. Ich habe es als eine der größten Sünden der Gegenwart empfunden, daß man den Achtstundentag zu einem Zeitpunkte eingeführt hat, wo gerade infolge der Verluste des Weltkrieges der gesamte Volkskörper zu erhöhter Arbeitsleistung hätte kommen sollen. Gerade wenn jemand abbrennt, darf er natürlich die Arbeitszeit nicht verringern, sondern muß sie steigern, womit eben nicht gesagt ist, daß ich gegen die Ermäßigung der Arbeitszeit überhaupt bin. Aber die Arbeitszeit ist zweifellos eine Funktion der wirtschaftlichen Lage. Das würde dann notwendigerweise die Folge haben, daß durch die Hinwegschaffung der Arbeitslosigkeit das Volkseinkommen einen entsprechenden Zuwachs erlangen würde. Eine Erhöhung der Arbeitszeit — und das ist vor allem entscheidend — würde auch den Reallohn des Arbeiters nicht herabsetzen; denn die entsprechende Verbilligung der Produkte würde die Kaufkraft der Arbeiter entsprechend der gesteigerten Arbeitsleistung erhöhen. Mit anderen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Worten: Je mehr die Arbeiter schaffen, um so mehr können sie verbrauchen; denn die Arbeiter, sie sind das wirtschaftende Volk. Die Unternehmer sind im Grunde nur ihre Führer.

Gegenüber den anderen Gründen, die zur Erklärung der Arbeitslosigkeit vorgebracht worden sind, wäre insbesondere darauf hinzuweisen, daß ich glaube, den Zusammenhang zwischen Übervölkerung und Arbeitslosigkeit ablehnen zu sollen. Es wurde insbesondere von Professor Mombert darauf hingewiesen, daß die erhöhte Berufstätigkeit, insbesondere der stärkere Eintritt der Frauen in das Berufsleben eine Ursache der gesteigerten Arbeitslosigkeit ist. Das ist nach meiner Auffassung wohl ganz falsch; denn jeder neue Berufstätige, der in die Volkswirtschaft eintritt, kommt nicht nur auf der Angebotseite des Marktes, sondern auch in der Nachfrage zur Auswirkung, denn er verausgabt das empfangene Arbeitseinkommen wieder und kauft damit Produkte, wodurch die Nachfrage nach Arbeitskräften eben gesteigert wird.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Professor Oppenheimer (Frankfurt).

Professor Dr. Oppenheimer (Frankfurt a. M.): Meine Damen und Herren! Wer heute die Reden der beiden ersten Referenten angehört hat, der wird den Eindruck gehabt haben, daß da über zwei völlig verschiedene Themen gesprochen wurde. In der Tat hatte die Rede des verehrten Kollegen Mombert auf die Rede des ebenso verehrten Kollegen Aereboe nicht die geringste Beziehung. Wie kommt das? Das liegt am Wortlaut des Themas: „Die Übervölkerung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit". Professor Aereboe hat, wie das das Thema eigentlich auch vorschreibt, angenommen, daß hier ein Kausalzusammenhang zwischen der Übervölkerung einerseits und der Arbeitslosigkeit andererseits erörtert werden soll, ein Zusammenhang, wie er im Malthusischen Bevölkerungsgesetz konstatiert oder behauptet wird. Darnach hat die Bevölkerung die Tendenz, immer schneller zu wachsen als ihr Nahrungsspielraum. Daher kommt der Druck auf die Löhne, daher die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, das Elend usw. usw. Diesen Zusammenhang zu widerlegen, hat sich Professor Aereboe bemüht, und zwar nach meiner Meinung — ich komme noch darauf zurück — mit vollem Erfolg. Er hat uns gezeigt, daß von einer Enge des Nahrungs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

spielraums, einem Zurückbleiben der Nahrungsmittelproduktion gar keine Rede sein kann, daß im Gegenteil die Nahrungsmittelproduktion die Tendenz hat, viel stärker zu wachsen als die Bevölkerung usw.

Kollege Mombert hat das Thema ganz anders aufgefaßt. Er sucht gar nicht nach einem Zusammenhang dieser Art. Was hier unter Arbeitslosigkeit verstanden wurde — das ist offenbar mit Übervölkerung glatt identisch, so wie denn auch Herr Kollege Winkler uns erklärt, daß Arbeitslosigkeit gleich Übervölkerung ist. Es wäre vielleicht denkbar, daß noch ein anderer Zusammenhang hinterrücks besteht, daß durch eine qualitas occulta, wie der logische Trugschluß heißt, hier ein Zusammenhang vorgestellt wird. Man hat zuerst die Arbeitslosigkeit auf eine sonst nicht nachzuweisende Übervölkerung zurückgeführt und hat dann wiederum aus dieser Übervölkerung die Arbeitslosigkeit abgeleitet. Das ist ein Gedankenkarussel, auf dem herumzureiten ich persönlich mich entschieden weigern muß.

Nun, meine verehrten Anwesenden, diese Konfusion ist typisch. Sie ist nicht dem Herrn Kollegen Mombert zur Last zu legen, selbst manche von unseren Besten sind ihr zum Opfer gefallen, selbst mein geliebter und verehrter Meister Adolph Wagner. Sie werden mir zwei kurze Worte zur Dogmengeschichte gestatten, sonst können wir die Dinge nicht auseinanderhalten. Der Ausgangspunkt der ganzen Debatte ist eine „Übervölkerung". Was heißt das? Ein Zustand der Bevölkerung, in dem es einer Anzahl von Leuten überaus schlecht geht, indem sie unterhalb des physiologischen, jedenfalls aber sehr weit unterhalb des kulturellen Existenzminimums stehen. Das war der Ausgangspunkt für die Sozialisten einerseits wie für Malthus andererseits. Die Sozialisten gaben die Schuld daran den staatlichen Einrichtungen, der schlechten wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft. Diesen Sozialisten tritt Malthus mit der Behauptung gegenüber, es handele sich um ein Naturgesetz. Ein Naturgesetz wolle es, daß die Bevölkerung schneller zu wachsen tendiere als die für sie jeweils verfügbaren Nahrungsmittel. Diese Tendenz kann natürlich niemals Wirklichkeit werden; denn die Bevölkerung ist an die vorhandenen Nahrungsmittel auf das engste geknüpft, kann also über den Nahrungsspielraum nicht hinauswachsen, sondern „tendiert" nur dazu, preßt nur in jedem gegebenen Augenblick hart gegen diesen Nahrungsmittelspielraum. Das ist der Begriff des Wortes „Tendenz", den manche Theoretiker auf diesem Gebiete nicht verstehen wollen oder können. Tendenz — es

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist ja ein Ausdruck, der von dem großen Naturwissenschaftler Franklin stammt — bedeutet hier das gleiche, wie wenn man etwa von der Tendenz eines Planeten spricht, in der Tangente abzufliegen, was aber in jedem Augenblick paralysiert wird von der Zentripetalkraft, die das nicht erlaubt. Geradeso besteht die Tendenz der Bevölkerung, über den Nahrungsspielraum hinauszuwachsen, aber das kann sie nicht, sondern sie wird immer in ihm zurückgehalten durch die bekannten „checks", durch den Lohndruck auf die unteren Klassen, durch das Elend und die aus ihm folgende Sterblichkeit der Arbeiterklasse.

Dieser Satz ist gewonnen durch Deduktion, wie in der anständigen Theorie alles durch Deduktion gewonnen ist. Eine Deduktion erfolgt regelmäßig so, daß eine gegebene Erscheinung aus bestimmten „Daten" zu erklären ist. Innerhalb dieser Deduktion ist es logisch streng verboten, sich auf die zu erklärende Erscheinung zu berufen. Das geschieht leider Gottes sehr oft, und so behauptet man auch hier, Malthus habe recht, denn es existiere ja doch Übervölkerung. Daß er sie nicht konstatiert hat, sondern zu erklären versucht, wird vergessen. Wir haben also nichts weiter zu tun, als diese Deduktion zu untersuchen. Ihre Prämisse ist das Gesetz vom sinkenden Ertrag. Nach diesem Gesetz wächst die Produktion bei Aufwand von mehr Arbeit und Kapital geringer als der Aufwand, d. h. von einem bestimmten Optimum an ist das Ergebnis pro Kopf ein verhältnismäßig immer kleineres. Das Gesetz gilt aber, was Malthus nicht berücksichtigt hat, nur unter der ausdrücklichen Bedingung, „daß die landwirtschaftliche Technik die gleiche bleibt"; wenn sie nicht die gleiche ist, so ist es sehr wohl möglich, das Fortschritte der Technik das Gesetz überkompensieren. Damit ist die Deduktion widerlegt, der Beweis Malthus' ist hier falsch. Da gibt es kein Abhandeln, kein Gefipse, wie die Sachsen sagen. Eine Deduktion, die aus einer nachweislich falschen Prämisse abgeleitet wird, ist falsch. Es könnte trotzdem noch immer die Behauptung richtig sein, aber der Beweis ist widerlegt. Auf dieses Gesetz haben sich nun die Auseinandersetzungen des verehrten Kollegen Aeroboe bezogen, und er hat zeigen wollen, daß von solcher Einengung des Nahrungsspielraumes, auch induktiv gesehen, keine Rede sein kann, so daß damit auch die Malthussche Behauptung widerlegt ist.

Die Begriffsbildung, von der Kollege Mombert ausgegangen ist, ist eine ganz andere. Es war bei ihm nicht die Rede von einem Naturgesetz, sondern von einem Gesellschaftsgesetz. Es ist nicht die Kargheit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Natur, die dem Menschen nicht genug Nahrung spendet, sondern eine mangelhafte Organisation der Gesellschaft. Es handelt sich ferner nicht um eine immerfort und mit absoluter Notwendigkeit auf jeder Stufe der menschlichen Gesellschaft wirkende Mechanik, sondern in der Regel nur um die Drohung eines solchen Mißverhältnisses; und es handelt sich schließlich im wesentlichen um mangelhafte Organisation des Absatzes; das sind vollständig verschiedene Dinge.

Wenn diese Dinge zusammengeworfen werden und scheinbar eine Einheit bilden, wenn es dahin kommt, daß zwei so bedeutende Leute wie unsere verehrten Herren Referenten vollkommen aneinandervorbeifechten, so liegt das darin, daß der Begriff des Nahrungsspielraums sich vollkommen gewandelt hat. Bei Malthus bedeutet er das Quantum Nahrung, das jeweilig verfügbar ist. Das ist eine vorhandene, jeden Moment berechenbare Menge von Brot und Fleisch. Nahrungsspielraum heißt aber jetzt auf einmal Volkseinkommen. Das kommt davon, wenn man mit nicht ganz geklärten Begriffen arbeitet. Wir bekommen hier ganz verschiedene, weil unklare Begriffe zu hören. Es ist gestern — ich klage niemanden an — von Kapitalismus mit einer Sicherheit gesprochen worden, als handle es sich etwa um das Analagon von kohlensauren Natron. Was kohlensaures Natron ist, wissen wir ganz genau, was Kapitalismus ist, ist außerordentlich bestritten. Ich will nur andeuten, daß, wie wir Kapital im volkswirtschaftlichen und Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne unterscheidet, man auch Kapitalismus im privatwirtschaftlichen und im volkswirtschaftlichen Sinne unterscheiden muß. Die beiden sind augenblicklich gekoppelt; ob sie auf die Dauer gekoppelt sein werden, ist ein Problem. Das verschwindet bei dieser begrifflich nicht ganz reinen Art und Weise zu denken. Es ist auch gestern gesagt worden, die strukturellen Veränderungstendenzen sind an den Staat gebunden, der Staat ist ewig, folglich sind diese strukturellen Veränderungstendenzen ewig. Gewiß: der Staat ist ewig, aber ist dieser Staat ewig, der diese strukturellen Tendenzen hat? Auch das ist ein Problem, das nur auf Grund einer genauen Definition des Begriffes „Staat" zur Lösung gebracht werden könnte.

Ebenso ist es mit dem Nahrungsspielraum. Jeder versteht etwas anderes darunter, der eine das gesamte Volkseinkommen, der zweite eine bestimmte Menge von Nahrungsmitteln; da kann man sich natürlich nicht einigen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn ich hier den Gegensatz auf das schärfste bezeichnen soll, so steht nach Malthus der Lohn tief, weil nicht genug Nahrung da ist, und nach dem zweiten Malthusianismus, den Professor Mombert hier vertreten hat, steht die Nahrungsmittelproduktion tief, weil nicht genug Löhne bezahlt werden; denn würden höhere Löhne bezahlt werden — das hat Professor Aereboe mit voller Klarheit ausgesprochen —, dann könnte das Getreide teuer sein, und dann würde dennoch um sehr viel mehr produziert werden können, mehr, als überhaupt verlangt wird; wir könnten in allen Nahrungsmitteln ersticken und schwimmen, wenn wir sie nur bezahlen könnten. Es wird also ein Problem der Rentabilität des Landbaues ausgegeben für ein Problem der Produktivität, es wird ein Problem der Organisation der Gesellschaft ausgegeben für ein Problem der natürlichen Beschaffung. Mit diesen Konfusionen haben wir hier zu tun.

Geheimrat Aereboe hat den eigentlichen Malthusianismus nach meiner Überzeugung vollkommen widerlegt. Es hat sich eben herausgestellt, daß die landwirtschaftliche Geschicklichkeit mit der Arbeitsteilung und Vereinigung gewachsen ist. Ich bin über diese Auseinandersetzung um so mehr erfreut, als ich von meinem verehrten Nachbarn gehört habe, daß er meine Arbeiten nicht kennt — das sind Dinge, die ich seit dreißig Jahren vortrage —, und als er mithin gern selbständig zu der gleichen Auffassung gekommen ist wie ich. Dadurch, daß die Bevölkerung sich ständig vermehrt, daß die Kooperation sich staffelt, verbessert sich die Arbeitsteilung und Vereinigung, und mit der Arbeitsteilung und Vereinigung verbessern sich die Werkzeuge und die Methoden, und mit den Werkzeugen und mit den Methoden verbessert sich die Ergiebigkeit des Landbaues, so daß das Gesetz der sinkenden Erträge nicht als Gesetz des sinkenden Nahrungsspielraums serviert werden kann.

Es ergeben sich nun zwei Fragen: Liegt die Tendenz zu solchen Störungen, wie die, von denen wir sprechen, in der Organisation jeder menschlichen Gesellschaft überhaupt, sind das immanente Störungen und nicht etwa bloß historische Kategorien? Zweitens, wenn diese Frage verneint werden muß, liegt die Störung im Wesen dessen, was wir hier mit einem etwas verwaschenen Begriff den Kapitalismus nennen? Geheimrat Aereboe vertritt diese letztere Meinung. Damit ist endlich in diesen heiligen Hallen der Saint Simonismus in seiner späteren Entwicklung, die soziologische Auffassung der Ökonomik,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einmal zu Worte gekommen. Diese Auffassung bricht mit dem Grundaxiom aller bisherigen bürgerlichen wie marxistischen Soziologie in Ökonomik, Historik und Rechts- und Staatswissenschaft. Dieses Grundaxiom ist das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation; das ist ein Gesetz von der Entstehung der Klassen: und dieses Gesetz stellt an unsere Gläubigkeit die recht starke Zumutung anzunehmen, daß Geschichte nicht gewesen ist.

Um mich ganz deutlich auszudrücken: es wird natürlich nicht geleugnet, daß Eroberung, Raub, Unterjochung, Sklaverei, Amtsmißbrauch, Wucher usw. alle Blätter der Geschichte füllen, aber wir sollen dennoch glauben, daß das alles auf die Grundstruktur unserer Gesellschaft ohne Einfluß gewesen ist. Diese Gesellschaft, sagt Friedrich Engels einmal mit der Präzision eines Dementis, würde ganz genau so aussehen, wenn Raub, Eroberung usw. niemals gewesen wären, wenn immer aller Tausch nach dem Werte, also ohne Gegenwart von Monopolen, sich vollzogen hätte: dennoch würden wir heute die Gesellschaft vor uns haben, wie wir sie um uns sehen. Nun, die Geschichte ist gewesen, und sie hat in unserer Grundstruktur einige kleine Dinge hinterlassen. Die große Tatsache der Staatenentstehung fällt in das Zeitalter der Wanderung und Eroberung (Wilhelm Wundt). Der Staat entsteht durch die Unterwerfung eines Volkes durch das andere. Ein Volk setzt sich als Adel über das andere Volk, unterwirft es und läßt sich steuern. Das ist die Essenz des Staates. Mit der Entstehung des Staates sind zwei Institutionen gesetzt worden, die eine ist die Ständeverschiedenheit, und die andere ist das große Grundeigentum. „Adel" (odal) heißt Großgrundeigentum und nichts anderes.

Sie haben von Herrn Geheimrat Aereboe gehört, daß er das Großgrundeigentum für den Schädling der Gesellschaft hält. Jetzt kommen wir zu einem ungefähren Verständnis, warum es ein Schädling der Gesellschaft ist. Sie können diese Dinge leicht einordnen in die bekannten Theorien. Der Großgrundbesitz — nicht einzelne Güter, sondern das massenhafte Großgrundeigentum oder die Bodensperre in der Rechtsform des Großgrundeigentums — schafft ein Monopolverhältnis zunächst zwischen dem Grundeigentümer und der landlosen Arbeiterklasse. Wo aber unter einen Monopolverhältnis getauscht wird, entsteht Mehrwert. Wenn die Freizügigkeit erkämpft ist, strömen Landarbeiter ab, wandern in die Stadt und müssen sich dort zu gleichen Löhnen anbieten, da für die gleiche Ware auf gleichem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Markte nur ein gleicher Preis gezahlt werden kann. Das ist die einfache Ableitung des gesellschaftlichen Mehrwerts. Damit ist der Saint Simonismus in seiner reiferen Form zum erstenmal hier zur Debatte gekommen, vielleicht kann er später einmal ausführlicher dargestellt werden, als es mir in den 15 Minuten möglich ist.

Die Frage ist jetzt nun nicht, wie können wir diese kapitalistische Wirtschaftsordnung momentan abschaffen, sondern die Frage ist, was soll und kann, und zwar vom Lande her, in dieser Krise geschehen. Das war wohl eigentlich die Frage, die ich schon an den verehrten Kollegen Aereboe habe richten wollen: Was kann im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft geschehen?

Zunächst haben wir viel von Aufhebung der Zollgrenzen, mindestens von Einführung von Meistbegünstigungsverträgen, Wiederherstellung des total zerfetzten Marktes usw. gehört. Man hat Europa wie eine Kuh zermetzt, man hat fünfzehn neue Zollgrenzen geschaffen, und wir wissen ja alle: je größer der Markt, desto größer der Reichtum, und zwar wächst der Reichtum im Quadrat der Marktgröße. Das ist, wie wir alle ja wissen, der Grund für den ungeheuren Reichtum Amerikas.

Aber nicht davon will ich sprechen. Wir haben eine Krise, die in vieler Beziehung denen gleicht, wie wir sie alle zehn Jahre erleben. Sie ist nur durch den Weltkrieg und seine Nachwirkungen viel schwerer geworden. Wir können Krisen nicht verhüten, so lange der Kapitalismus besteht, aber wir können vielleicht etwas tun, um diese Überkrise einigermaßen zu lindern.

In der Tat ist es möglich — davon bin ich überzeugt —, sie heute bereits durch kraftvolle Inangriffnahme der Innenkolonisation sehr stark zu lindern. Wir zahlen Hunderte von Millionen für Arbeitslosenunterstützung. Es wäre außerordentlich viel besser, so viel wie möglich von diesen Arbeitslosen zur Kolonisation von Ödland heranzuziehen. Wenn wir einen Teil der Arbeitslosen auf Ödland bringen, würde ein anderer Teil für diese Arbeiter auf dem Ödland beschäftigt werden. Wenn Sie bedenken, daß wir noch 3½ Millionen Hektar kolonisationsfähigen Moorboden in Preußen allein haben, daß nach dem preußischen Moorverfahren eine Fläche im Laufe von einem, höchstens von zwei Jahren dazu gebracht wird, Roggen und Kartoffeln zu tragen, dann sehen Sie, daß hier die Möglichkeit besteht, verlorene

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Provinzen zu ersetzen, die Städte zu entlasten und gleichzeitig dem Rest in den Städten Arbeit zu verschaffen. Aber viel wichtiger ist es, das bestehende Großgrundeigentum möglichst schnell und in möglichst großem Umfang derart umzuwandeln, daß kein Monopolverhältnis mehr zwischen dem Eigentümer und den Arbeitern besteht, daß infolgedessen keine massenhafte Abwanderung von hier aus in die Städte mehr stattfindet, so daß der Druck auf die Arbeitslöhne verringert wird, während gleichzeitig die Nachfrage nach industriellen Produkten vom Lande her nach Möglichkeit gesteigert ist: innere Kolonisation!

Theoretisch sind sich alle Parteien Deutschlands darin auch einig. Wenn es dennoch nicht auch nur zu den Anfängen einer umfassenden inneren Kolonisation gekommen ist, so liegt das, wie ich glaube, daran, daß die Parteien des Reichstages diese Aktion so etwa im Lichte der Blindenfürsorge oder der Einrichtung von Kinderspielplätzen sehen, als eine der vielen wünschenswerten sozialpolitischen Verbesserungen. Es ist aber klar, daß es sich hier um eine volkswirtschaftliche Maßnahme allerersten Ranges, nach meiner Meinung, die zu meiner Freude Geheimrat Aereboe vollkommen teilt, um die volkswirtschaftliche Maßnahme κατ' ἐξοχήν handelt.

Ich möchte nun, wenn das Präsidium mir noch fünf Minuten Raum geben kann, eine Methode kurz schildern, die ich seit langer Zeit empfehle, um die Innenkolonisation schnell und leicht und ohne große Kosten zu fördern, eine Methode, die sich mir auch praktisch bewährt hat. (Vorsitzender Professor Dr. Mises: Nicht mehr als fünf Minuten, da wir noch fünfzehn Redner haben.)

Es ist die „Anteilswirtschaft" als Übergang zunächst zur landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft mit dem letzten Ziele der „Siedlungsgenossenschaft". Sie stellt einen unter autoritativer Leitung stehenden Großbetrieb dar, der seinen Arbeitern, in der Erkenntnis, daß sie weder technisch noch finanziell für die ferneren Stadien reif sind, die vollen tarifmäßigen Löhne bezahlt, der ihnen außerdem in der Form der Gewinnbeteiligung pro rata der Leistung den gesamten Gewinn des Unternehmens nach sehr mäßiger Verzinsung des Kapitals zuführt, und der ihnen außerdem das statutarische Recht einräumt, auf dem Grund und Boden des Betriebes selbst Eigenland bis zur Größe einer selbständigen Kleinbauernstelle zu fordern, und zwar einer Rechtsform, die die Spekulation mit diesem Besitz ausschließt, also das Erbbaurecht oder Rentengut und dergleichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dieser Weg ist der Parzellierung eines Großgutes weit vorzuziehen. Bei der Parzellierung geht sehr viel Land für Wege und Raine verloren, werden die vorhandenen Gebäude großen Teils entwertet, kostet die Regelung der Hypotheken viel Geld an Zinsen für Zwischenkredite, leidet schließlich der Gesamtbetrieb jahrelang sehr erheblich. All das fällt hier fort. Der Betrieb geht kaum verändert weiter, die Gebäude behalten ihren vollen Gebrauchswert, die Aussiedelung erfolgt ohne wesentliche Störung, die Hypothekengläubiger haben weder das Recht noch ein Interesse sich einzumischen. Man kann auch von hier aus, wenn man will, zur vollen Aufteilung des Objektes in lauter selbständige Stellen kommen, kann aber auch für längere Zeit oder für immer, wenn es vorteilhaft erscheinen sollte, einen Restbetrieb, eine „Zentrale", als Mustergut und Stätte dauernder Arbeitsgelegenheit für die Siedler bestehen lassen.

Bei den Verhandlungen über das Reichssiedelungsgesetz, das auf meine Anregungen zurückgeht, habe ich vergeblich versucht, auch nur das Wort „Anteilswirtschaft" in das Gesetz hineinzubringen. Die Volksbeauftragten, vor allem Scheidemann, dem meine Vorschläge sehr eingeleuchtet hatten, hatten Geheimrat Sering und dieser seine agrarischen Freunde zur Beratung hinzugezogen. Ich habe mit den Herren Rösicke, von Wangenheim, von Klitzing und Dr. Kapp, der später so kurze Zeit Reichskanzler war, beraten müssen. Ich habe dann die Flöte auf den Tisch gelegt, mir gesagt: der Starke ist am mächtigsten allein und habe auf eigene Faust angefangen. Sering hat mir prophezeit, ich würde mich unglücklich machen; in sechs Wochen, längstens sechs Monaten werde der Versuch zusammenbrechen. Nun, wir stehen jetzt im siebenten Jahre, und er ist völlig geglückt, wie mir die beiden beteiligten Ministerien haben erklären lassen. Von den uns voraus gesagten Disziplinarschwierigkeiten hat sich nichts gezeigt, dagegen hat sich meine Voraussage bestätigt, daß man reichlich siedeln kann, ohne den Betrieb wesentlich zu stören. Im Gegenteil: unser Betrieb ist aus einem sehr verwahrlosten zu einem Mustergute entwickelt worden, obgleich wir nur mit einem außerordentlich geringen Kapital, ganzen 84000 Goldmark, das große Objekt von 2300 Morgen übernommen hatten. Wir fanden 7 Leutekühe vor, keine Gutskuh, heute haben wir 19 Leutekühe und, auf Hauptgroßvieh berechnet, 100 Gutskühe. Wir haben das Gut durchweg mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft versorgt, haben 120 Morgen Dauerweiden angelegt, 17 Morgen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Handelsgärten eingerichtet, 500 Morgen drainiert und auf mehrere Kilometer hin Vorflut geschaffen, haben einen alten Remontestall zu einem musterhaften Kuhstall für 120 Stück umgebaut, haben 14 ausgezeichnete Arbeiterwohnungen und 27 Siedlerstellen geschaffen, und sind im Begriff, 32 Gärtner anzusiedeln. Wir hätten viel schneller siedeln können, wenn wir größere Geldmittel gehabt hätten, aber wir haben unter dem Zusammenbruch des Rentenbankverfahrens zu leiden gehabt; mehr als die Hälfte unseres Kapitals steckt noch in den von uns geschaffenen Stellen fest. Selbstverständlich haben wir in diesem furchtbaren letzten Jahre auch zugesetzt: bei den Preisen für Roggen und Kartoffeln konnte ein intensiv geführter Großbetrieb unmöglich Überschüsse herauswirtschaften. Aber wir haben im ganzen 50000 Mark mehr an Werten in das Gut hineingesteckt, als wir an Eigenkapital und Hypothekenschulden besitzen; da wir diese Werte nicht aus der vierten Dimension genommen haben können, so sind es Betriebsgewinne. Die Genossenschaft unserer Arbeiter und Angestellten, die zuerst einen Konsumverein betrieb und sich dann eine kleine Mühle und Bäckerei angegliedert hat, hat in den drei Jahren ihres Bestehens ein Eigenvermögen von rund 30000 Mark angehäuft.

Damit ist der Beweis erbracht, daß diese Methode zum mindesten als ein vorteilhafter Übergang zu der Schlußform der inneren Kolonisation entschieden empfohlen werden darf. Aber es muß auch noch ein anderes erwogen werden:

Ich möchte darauf aufmerksam machen, welche verhältnismäßig ungeheure Nachfrage nach industriellen Produkten, und das heißt ja, nach industriellen Arbeitern, dieses eine kleine Gut in den sechs Jahren ausgeübt hat, obwohl wir mit unzureichendem Kapital angefangen und jahrelang kein Kapital bekommen haben. Hätte ich normale Kapitalverhältnisse gehabt, hätte das Gut nicht 100, sondern 200 Kühe, wir hätten nicht 14, sondern 25 Arbeiterhäuser, nicht 27, sondern vielleicht 60 Siedlungen, wir hätten nicht 500 Morgen drainiert, sondern 2000 usw. Stellen Sie sich das vergrößert vor, stellen Sie sich das von tausend Gütern, von den zweitausend großen Gütern vor, die Deutschland vor dem Kriege hatte. Stellen Sie sich vor, daß diese Nachfrage in die Stadt geht, daß von diesen Gütern fast keine Auswanderung in die Städte mehr verfolgt, und Sie werden begreifen — was ich immer behauptet habe —, daß die soziale Frage nur vom Lande aus lösbar ist, daß der Lohn der Industriearbeiter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur vom Lande her beeinflußt werden kann. Ich könnte über diesen Gegenstand ein fünfstündiges Winterkolleg lesen, unterwerfe mich aber der Disziplin und schließe, bin jedoch gern bereit, eventuell in der Diskussion an mich gerichtete Fragen näher zu beantworten.

(Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Angesichts der großen Anzahl von Wortmeldungen müssen wir die Redezeit auf eine Viertelstunde kürzen. Das Wort hat Herr Präsident Dr. Saenger.

Präsident Dr. Saenger (Berlin): Ich bin zwar von Natur Optimist, habe aber doch nur mit einer etwas ängstlichen Freude gestern und heute die Referate gehört und komme mir vor wie auf einem verlorenen Posten, wenn ich jetzt gegen die Wogen des Optimismus, die seit zwei Tagen diesen Saal durchfluten, einigen Pessimismus aufzubringen wage. Ich glaube aber, diesem Optimismus gegenüber ist einige Skepsis doch am Platze. Ich will gar nicht bestreiten, daß die Entwicklungslinien der kapitalistischen Wirtschaft, wie sie gestern Herr Professor Harms gezeichnet hat, im großen und ganzen richtig gesehen sind. Ich will auch nicht bezweifeln, daß die landwirtschaftliche Technik die Möglichkeiten, die heute Herr Professor Aereboe uns geschildert hat, bietet. Aber, ob alles das, was Herr Professor Mombert in seinem heutigen Referat als möglich hingestellt hat, so unweigerlich und sicher ist, wie er es glaubt, ist mir doch sehr zweifelhaft. Insbesondere habe ich erhebliche Bedenken — und das gilt auch für die gestrigen Referate —, inwieweit die beiden Länder, die uns hier doch am meisten angehen, nämlich Österreich und Deutschland, an der etwa kommenden künftigen Entwicklung teilnehmen werden. Das heutige Thema lautet: „Die Übervölkerung der westeuropäischen Länder". Es wurde zwar von Herrn Professor Mombert angedeutet, daß die Verhältnisse nicht in allen westeuropäischen Ländern gleich liegen, aber über die sehr großen Verschiedenheiten zwischen ihnen habe ich eigentlich nichts gehört.

Zieht man, wie es auch Herr Professor Mombert in seinem Referat Referat getan hat, die Grenze Westeuropas an der Ostgrenze Deutschlands, und sucht diese Verschiedenheiten nun schlagwortartig zu erfassen, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Spanien und Holland sind Länder, bei denen man von einer eigentlichen Übervölkerung nicht reden kann. England zeigt zwar einige Anzeichen der Übervölkerung,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat aber immer noch — wenn auch auf die Dauer vielleicht nicht mit Sicherheit — die Möglichkeit, sich einstweilen den Folgen derselben durch die Verbindung mit seinen Dominien zu entziehen. Frankreich ist gegenwärtig ein Land mit typischer Unterbevölkerung. Italien zeigt zwar eine Überbevölkerung, kann diese aber sehr wohl mit eigener Kraft überwinden; es hat die Möglichkeit, die überschüssige Bevölkerung in Kolonien abzuleiten und außerdem seine Auswanderung so zu organisieren, daß ihm dadurch die ausgewanderten Volksgenossen nicht auf die Dauer entzogen werden, sondern durch Ersparnis von Mitteln und gelegentlich Rückkehr zur Stärkung der einheimischen Volkswirtschaft beitragen; ich erinnere da an die Möglichkeiten einer Auswanderung nach Südamerika und Frankreich. Die einzigen westeuropäischen Länder, die alle Zeichen der Übervölkerung haben, das sind eigentlich nur Deutschland und Österreich. Ich sehe die Lage dieser beiden Länder um so ernster an, als ihnen alle jene Mittel fehlen, mit denen die Übervölkerung geheilt werden kann: es fehlen ihnen eigene Kolonien, es fehlt ihnen die politische Macht solche zu erlangen, es fehlt ihnen auch das Kapital, um sich mit eigener Kraft zu helfen. Zweifellos, unter dem Gesichtspunkt der reinen Vernunft betrachtet, sieht, wie das gestern Professor Harms mit Recht betonte, die Entwicklung nicht ungünstig aus. Es scheint mir aber, daß gerade diese an sich vernünftige Entwicklung von irrationalen Momenten beeinträchtigt und durchkreuzt wird, die nach meiner Ansicht viel zu wenig gewürdigt werden. Beispielsweise hat man bei der Erörterung des Geburtenrückganges zutreffend von einer „Rationalisierung des Geschlechtstriebes" gesprochen; man übersieht aber dabei, daß diese Rationalisierung irgendeine irrationale Grundlage haben muß. Eine solche Rationalisierung ist von einem Teil der Bauernschaft seit Jahrhunderten geübt worden, von einem anderen aber nicht. Es ist zweifellos ein irrationales Moment, daß bei dem einen der Gedanke der Erhaltung des Hofes in der Familie sein Handeln auf diesem Gebiete beherrscht, bei dem anderen dieser Gedanke vollständig fehlt. Gleichfalls nur durch irrationale Momente läßt sich meines Erachtens die Tatsache erklären, daß in Frankreich der Geburtenrückgang fünfzig, sechzig Jahre früher als anderswo eingetreten ist, zu einer Zeit, wo die Bevölkerung in den anderen Ländern so stark zunahm, wie nie in historisch bekannten Zeiten. Im großen zeigen sich irrationale Momente in dem Einfluß, den heute der nationale Gedanke, wie auf vielen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

anderen Gebieten, so auch auf die Entwicklung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern ausübt. Wie leicht ließe sich zum Beispiel das Problem der Übervölkerung für Deutschland lösen, wenn von hier Menschen in das untervölkerte Frankreich auswanderten — zweifellos ein vernünftiger Gedanke, und doch ein Gedanke, der heute und wohl auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Ähnlich, wenn auch nicht so schroff, ist das Verhältnis zwischen Japan und Nordamerika, und in gewissem Sinn sogar zwischen England und seinen Dominien. Gerade diese irrationalen Stimmungen der Völker sind es, die es unmöglich machen, daß tatsächlich die Momente in Wirksamkeit treten, von denen uns Herr Professor Aereboe ein so begeistertes Bild entworfen hat; damit wird aber der Ausgleich der Übervölkerung verhindert. Dazu kommt ein weiteres. Die hier gegen die Übervölkerung vorgeschlagenen Mittel — Rationalisierung, Siedlung, Wohnungsbau — ich bin durchaus mit ihnen einverstanden — haben den gemeinschaftlichen Nachteil, daß sie ein großes Kapital erfordern und erst allmählich, zum Teil nach Ablauf einer sehr langen Zeit wirken. Ich bin groß geworden in den östlichen Provinzen Preußens und weiß, wie lange es z. B. dauert, bis sich die Folgen von Siedlungen für die Bevölkerung bemerkbar machen, und wie viel Kapital nötig ist, bis es so weit kommt. Inzwischen wirkt sich aber die Übervölkerung in Herabdrückung der Lebenshaltung und weiterem Rückgang der Geburten aus — beides Übelstände, die wiederum erst nach Jahrzehnten günstigenfalls ausgeglichen werden können. Dazu kommt die ständige schwere Belastung Deutschlands und Österreichs durch die Friedensverträge. Aus all diesen Gründen scheint es mir, daß selbst dann, wenn die günstigen Aussichten, die Professor Harms entwickelt hat, Wirklichkeit werden, Deutschland und Österreich Gefahr laufen, daran keinen Anteil zu nehmen. Um bei dem Bild zu bleiben, das Professor Eulenburg in seinem schwungvollen Vortrag gebrauchte: Ich kann mir wohl denken, daß es für die Kapelle, der an der kapitalistischen Wirtschaft beteiligten Völker, nicht nur an einem Kapellmeister fehlt, sondern daß Deutschland und Österreich auch diejenigen Musikanten sind, denen andere ihre Instrumente aus der Hand schlagen, und daß sich dann leider die übrige Kapelle damit abfindet. Gerade darin sehe ich eine sehr große Gefahr.

Ich muß es mir mit Rücksicht auf die schon abgelaufene Redezeit versagen, auf eine Reihe von Einzelheiten einzugehen, will aber nur

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

noch auf einen Punkt aus dem Vortrag des Professor Mombert hinweisen. Er sagt, es sei ganz unweigerlich, daß dann, wenn überseeische Länder zur Errichtung eigener industrieller Anlagen übergehen, Deutschland an der Herstellung des Maschinenbedarfes dieser Länder teilnehmen wird, es müsse sich nur darauf einstellen, d. h. seinen bisher auf Konsumgüter gerichtete Erzeugung auf Maschinen umstellen. Ich möchte doch bitten zu bedenken, was es heißt — wir haben genügend Beispiele in der Wirtschaftsgeschichte dafür —, von einer Produktion zu einer anderen überzugehen, was das für Kämpfe kostet, wie gerade dadurch die Bevölkerung erschüttert wird, Bevölkerungsrückgang und Not entstehen. Ferner ist ja gar nicht gesagt, in welchem Umfange gerade Deutschland an diesem Export teilnehmen muß, und schließlich würde es sich doch im allergünstigsten Fall nur um eine Maschinenausfuhr handeln, die einmal oder in großen Zwischenräumen vorkommt — statt beispielsweise einer regelmäßigen Textilienausfuhr. Das eine glaube ich sagen zu können: es ist gut, wenn man sich klar macht, daß die günstige Entwicklung eintreten kann, daß aber die Aussichten an dieser Entwicklung teilzunehmen für Deutschland und Österreich augenblicklich sehr ungünstig sind. Ich sehe eine Gefahr darin, wenn wir irgendwie diese Fragen erörtern, ohne die ungünstigen Aussichten, die einstweilen weit überwiegen, scharf in den Vordergrund zu stellen.

(Beifall.)

Vorsitzender: Zum Worte gelangt Herr Hofrat Hertz. (Nach einer Pause:) Er ist nicht anwesend.

Das Wort hat der Herr Professor von Dietze (Rostock).

Professor Dr. v. Dietze (Rostock): Die Frage, zu der ich mich in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit ausschließlich äußern will, ist die, inwieweit von der deutschen Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse ein Erfolg in den Bestrebungen zur Bekämpfung oder Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten steht. Die Frage ist ja soeben von Professor Oppenheimer angeschnitten worden, und er hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, als sicheres Heilmittel die innere Kolonisation in der besonderen Form der Produktivgenossenschaft empfohlen. Auf diese besondere Form der Produktivgenossenschaft möchte ich nur mit einigen Worten eingehen. Es ist doch wohl nicht möglich, hier weitgehende Folgerungen aus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einem einzigen Beispiel, aus einem Versuch zu ziehen, der sieben Jahre, von denen vier Inflationsjahre gewesen sind, auf einem Gut vorgenommen wurde, das zu einem verhältnismäßig geringen Kaufpreis erworben worden ist. Ich glaube, wenn normale Verhältnisse und nicht die der Inflation bestanden hätten, wäre es wohl nicht einmal möglich gewesen, auf diesem Gute das zu leisten, was wir vernommen haben. (Ruf: Sehr richtig! — Professor Oppenheimer: Sie haben meine Bilanz gesehen!) Nun aber die Frage der Siedlung überhaupt. Ich bin gewiß nicht einer, der die Frage der ländlichen Siedlung auf einem gleichen Niveau wie die der Anlage von Spielplätzen und dergleichen behandeln will. Aber wenn man glaubt, daß die heutige Arbeitslosigkeit lediglich durch Propagierung der ländlichen Siedlung gemildert werden könnte, so fühle ich mich verpflichtet, in den Wein einer derartigen Überschätzung der Möglichkeiten einiges Wasser hineinzugießen. Es sind außerordentlich große Kapitalien erforderlich, wie wir ja auch aus den Beispielen des Herrn Professor Oppenheimer gehört haben, um etwas zu erreichen, und diese Kapitalien müssen anderen Stellen der Volkswirtschaft weggenommen werden. Es kann auf dem Gebiete der ländlichen Siedlung ein Erfolg in der genannten Richtung nur dann erzielt werden, wenn es gelingt, diese Kapitalien in der Landwirtschaft nutzbringender anzulegen als sie auf anderen Gebieten angelegt werden können. Gewiß ist die Möglichkeit dazu gegeben, vielleicht sogar in ziemlich weitgehendem Maße. Aber es steht doch nicht so, daß nun hier, auf dem Gebiete der ländlichen Siedlung, ein reines Plus geschaffen werde, ohne daß dem an anderen Stellen ein Minus gegenüberstünde. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß gerade die Verhältnisse unserer deutschen Landwirtschaft die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in Deutschland in absehbarer Zeit zu verringern, als nicht ungünstig erscheinen lassen.

Wir haben in dem Referat des Herrn Geheimrat Aereboe in großen Zügen die Möglichkeiten gehört, die für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion auf der Welt bestehen. Es blieb unerörtert die Frage, wie weit gerade die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, von diesen großen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Wir haben von Professor Mombert gehört, daß sowohl in England wie in Deutschland die gegenwärtige Lage zum Teil auf die Schädigungen zurückzuführen ist, die die Landwirtschaft infolge des Krieges und der Nachkriegswirkungen erlitten hat. Ich bin allerdings der Auffassung, daß die Beurteilung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der englischen Landwirtschaft, die Professor Mombert vorgenommen hat, nicht ganz den Verhältnissen gerecht wird. Die englische Landwirtschaft ist, wenn überhaupt, so doch nicht annähernd so stark durch den Krieg geschädigt worden wie die deutsche Landwirtschaft. Sie hat im Jahre 1918 mehr Milchkühe gehabt als im Jahre 1914. Diese eine Zahl mag genügen, um den großen Unterschied aufzuzeigen.

Was soll nun aber von der deutschen Landwirtschaft zur Milderung der Arbeitslosigkeit erwartet werden, von dieser Landwirtschaft, die sich zweifellos — wie nicht nur aus den Äußerungen ihrer eigenen Vertreter hervorgeht, sondern wie allgemein anerkannt wird — zu mindest in erheblichen Teilen in einer recht großen Fülle von Schwierigkeiten befindet, was soll von ihr erwartet werden, um Arbeitskräfte aufzunehmen und zu beschäftigen? Wir haben schon jetzt in der deutschen Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte beschäftigt als vor dem Kriege. Eine Überführung von Menschen in die Landwirtschaft dürfte also auch bei stärkster Förderung der ländlichen Siedlung nicht in großem Maße zu verwirklichen sein.

Aber wir kommen der Frage näher, wenn wir dem Problem nachgehen: worauf beruht denn eigentlich die ungünstige Lage, in der sich unsere Landwirtschaft heute befindet? Sie beruht im wesentlichen darauf, daß die Erträge der Landwirtschaft noch nicht wieder dieselben sind wie vor dem Kriege, obwohl die Aufwendungen fast die gleichen, zum Teil sogar gesteigert sind. Die viel genannte Preisschere ist nicht die entscheidende Ursache dafür, daß es unserer Landwirtschaft heute in weiten Gebieten schlecht geht. Wenn man eine Umrechnung der Bilanzen landwirtschaftlicher Betriebe aus einem der letzten Friedensjahre auf die Preise von Ende 1925 vornimmt, als der Roggen 7 Mark kostete, so wird man immer finden, daß diese Betriebe auch unter jenen Preisen recht nett abgeschlossen hätten, wenn sie nur die Friedenserträge erzielt hätten. Wenn man für den Gesamtertrag der deutschen Landwirtschaft Zahlen zu gewinnen sucht, so wird man ungefähr zu dem Ergebnis kommen, daß der Minderertrag des Jahres 1924/25 gegenüber dem letzten Friedensjahre sich bei den Bodenerzeugnissen auf 1½, bei den tierischen Erzeugnissen auf 2 Milliarden belief, berechnet zu den Preisen von 1913. Dem steht gegenüber eine Ersparnis an Futtermitteln, die auf etwas über 1 Milliarde zu beziffern ist, so daß noch immer mehr als 2 Milliarden Differenz bleiben. Es besteht zweifellos die technische Möglichkeit, den Stand der Friedenserzeugung in der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Landwirtschaft wieder zu erreichen, und wir dürfen nach den heutigen Ausführungen des Herrn Geheimrat Aereboe auch ohne Bedenken sagen: es besteht die technische Möglichkeit, den Stand der Friedenserzeugung noch weit hinter sich zu lassen. Wenn das gelingt, dann wird allerdings eine sehr kräftige Wirkung zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu erwarten sein, sie wird voraussichtlich wohl nicht so stark sein, um damit die Arbeitslosigkeit restlos beseitigen zu können — sonst wären alle die Ursachen, die wir in den gestrigen Referaten gehört haben, überhaupt nicht als Ursachen der Arbeitslosigkeit anzuerkennen —, aber es bedarf wohl keiner näheren Ausführung, wie wichtig hier sich die Wirkungen, die von der Landwirtschaft ausgehen, gestalten können. In diesem Zusammenhang ist allerdings auch die innere Kolonisation von der größten Bedeutung. Sie wird, richtig gehandhabt und mit dem nötigen Nachdruck verfolgt, dazu beitragen, daß die großen Kräfte des kontinentalen Bauern, von denen wir in der Begrüßungsansprache des Herrn Bundespräsidenten gehört haben, für die Steigerung der Produktion nutzbar gemacht werden. Sie wird dazu beitragen, daß Arbeitskräfte, die heute im Nachwuchs der Bauerndörfer nicht genügend ausgenutzt werden, besser ausgenutzt werden, daß Boden, der heute von überschuldeten Gutsbesitzern nicht hinreichend genützt werden kann, dann in die Hände von Leuten kommt, die keine Begrenzung der Arbeitszeit und Arbeitsanspannung kennen und infolgedessen in der Lage sind, hier größere Mengen von Erzeugnissen zu schaffen.

Nun ist allerdings, worauf auch schon in dem Referat des Herrn Professor Mombert verwiesen worden ist, nicht nur zur Siedlung, sondern auch zur Wiedererreichung der Friedenserträge in der deutschen Landwirtschaft ein sehr erhebliches Maß von Kapitalbildung notwendig, und deswegen ist gerade die Reparationsfrage, die heute meiner Auffassung nach mit großer Berechtigung in den Kreis der Erörterung gezogen wurde, in diesem Zusammenhang mitzubehandeln; denn das, was an Kapital der Landwirtschaft in Gestalt von Steuern entzogen wird, das fließt zu einem erheblichen Prozentsatz in die große Reparations- oder Tributkasse, und deswegen ist von dieser Seite her allerdings eine pessimistische Auffassung am Platze. Aber wenn hier keine Störungen unüberwindlicher Art für die Zukunft gemacht werden, wenn die vorhandenen Störungen im Sinne der weltwirtschaftlichen Interessensolidarität gemildert werden, dann kann allerdings von der deutschen Landwirtschaft aus eine sehr erhebliche Milde-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung der Arbeitslosigkeit erwartet werden, und in diesem Rahmen wird der ländlichen Siedlung auch ein erheblicher Anteil beizumessen sein.

Allerdings, eine ausschließliche Heilung oder eine völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland wird weder von der ländlichen Siedlung, noch auch von der Steigerung der Produktivität in der gesamten Landwirtschaft erwartet werden können.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Professor Lederer.

Professor Dr. Lederer (Heidelberg): Es ist natürlich ganz unvermeidlich, daß bei so weitgesteckten Problemen, wie sie gestern und heute erörtert wurden, die Referate und auch die Diskussionsreden im Wesen sämtliche Momente nebeneinander enthalten, wie das sonst in ministeriellen Exposees üblich ist, und daß auf diese Weise eine gewisse Überbestimmung der ganzen Problemstellung eintritt. Daher ist es erfreulich, wenn manchmal eine Konzentration auf ein Problem stattfindet.

Ich fühle mich nur deshalb veranlaßt, das Wort zu ergreifen, weil einer der Vorredner, Professor Kröll, in einer geradezu radikalen und an Schärfe nicht zu überbietenden Weise das Problem der Überbevölkerung als solches aufgefaßt und die Arbeitslosigkeit auf die Frage des Lohnniveaus zugespitzt hat. Wenn wir uns über diese Frage den Kopf zerbrechen, kann man etwa folgendermaßen sagen: Man kann sagen, daß natürlich unter Umständen die Löhne zu hoch sein können. Man muß, wenn man eine Antwort darauf sucht, wann die Löhne zu hoch oder wann sie zu niedrig sein können, zu dem Ergebnis kommen, daß nur unter zwei Bedingungen eine solche relativ zu große Höhe der Löhne festgestellt werden kann, nämlich dann, wenn die Produktion, die physische Produktion, die Menge der Produktion nicht ausreicht, um den Realgehalt des Lohnes zu decken, oder aber wenn die Menge der Produktionsmittel eine deutliche und fühlbare Knappheit aufzeigt, so daß sich eine Umorientierung der Arbeitskräfte hinsichtlich der Erzeugung von Produktionsmitteln und ihre Ablenkung auf die Genußmittel notwendig macht, wie zum Beispiel nach Elementarkatastrophen, Kriegen und ähnlichem.

Wenn wir diese theoretische Feststellung auf die gegenwärtige Situation anwenden, so müssen wir bei aller Reserve, welche einer Verifizierung von theoretischen Tatsachen durch die Wirklichkeit entgegenzubringen ist, sagen, daß zunächst einmal die Gesamtmenge dessen, was

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

produziert wird, was auch vom einzelnen Arbeiter pro Kopf produziert wird, durchaus nicht zu gering ist. Für den Kohlenbergbau ist es hinreichend bekannt, und auch für andere Industriezweige unterliegt es keinem Zweifel, daß die Produktmenge infolge der Rationalisierung steigt und wesentlich höher liegt als vor dem Kriege.

Ebenso verhält es sich mit dem zweiten. In einer Zeit, in der Produktionsmittel zu 30 oder 35% brachliegen, und zwar auch Produktionsmittel der höchsten Leistungsfähigkeit, besteht meiner Ansicht nach kein Grund, davon zu sprechen, daß die Löhne zu hoch seien. Dabei möchte ich übrigens darauf hinweisen, daß der Prozeß, den Schumpeter mit der ganz ausgezeichneten Wendung des erzwungenen Sparens bezeichnet hat, sich immer dann einstellt, wenn die Arbeitslöhne tatsächlich zu hoch sind, das heißt nämlich, wenn die Quote des Sozialprodukts, welche durch die Arbeitslöhne beansprucht wird, tatsächlich zu hoch ist. Dann findet infolge der Elastizität der Volkswirtschaft — das hat, glaube ich, Herr Kröll übersehen — eine solche Nachfrage nach Produktionsmitteln statt, daß die Preise rascher steigen als die Löhne. In diesem Zusammenhang kann man noch darauf hinweisen, daß die Möglichkeit, den Preis der Produktionsmittel steigen zu lassen, auf dem Wege der Kartellorganisation, auch bei starken Gewerkschaften, immer noch vorhanden ist, und zwar in einem überflügelnden Tempo. Endlich: in der Krise ist bekanntlich die gewerkschaftliche Organisation relativ schwach. Wenn diese beiden absoluten Gründe für das angeblich zu hohe Lohnniveau nicht vorhanden sind, dann kann die Arbeitslosigkeit nicht in dem zu hohen Lohne ruhen, sondern sie muß in anderen Gründen liegen, zu denen die Gesamtorganisation, die Gesamtstruktur der Volkswirtschaft in erster Linie gehören.

Nun hat Herr Kröll gemeint, daß die ganze Frage ziemlich kompliziert sei und daß die Frage, ob ein hoher (Real)-Lohn die Ursache einer großen Produktion oder umgekehrt, ob eine große Produktion die Ursache hoher Löhne sei, sehr schwer entschieden werden könne. Doch hat er sich deutlich für die Position entschieden, daß die Produktion zuerst hoch sein müsse, um hohe Löhne zahlen zu können. Ich glaube, daß diese Fragestellung so nicht vorgenommen werden kann. Ich kann nicht sagen, ist der hohe Lohn die Ursache dafür, daß viel produziert wird oder umgekehrt, muß erst viel produziert werden, damit hohe Löhne gezahlt werden können? Sondern: das hängt davon ab, welche volkswirtschaftliche Entwicklung, welche technische Ausgestaltung möglich ist,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ob die Wege der Produktionssteigerung schon vorbereitet sind. Ob aber der Lohn die Bedingung der Produktionsmenge, oder diese die Bedingung des Lohnes sei, kann ich eigentlich nicht fragen, ebensowenig als ich fragen kann, was früher sei, das Ei oder die Henne. Es handelt sich hier nur um korrespondierende Momente eines zusammengehörigen Tatbestandes.

Ich möchte — das war der einzige Zweck meiner Ausführungen, die ich nun beenden will — betonen, daß meines Erachtens von einer relativ zu großen Lohnhöhe doch nur unter ganz bestimmten Bedingungen der Volkswirtschaft gesprochen werden kann, und daß wir heute in Deutschland und in Europa von diesen Bedingungen, das heißt also einer zu geringen Produktionsfähigkeit pro Kopf der Arbeiterschaft oder einer zu geringen Ausstattung mit Kapitalsgütern, weiter entfernt sind als je; denn das ist ja das Erstaunliche, daß sich in den letzten Jahren seit dem Kriege die Ausstattung mit Produktionsmitteln über die Replacierung der vernichteten Produktionsmittel hinaus sehr stark gesteigert hat.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Gewerkschaftssekretär Eggert.

Gewerkschaftssekretär Eggert (Berlin): Mich hat die Frage auf diese Tribüne gelockt, die, wenn ich richtig verstanden habe, gelautet hat, daß die hohen Löhne zwar nicht absolut zu hoch, aber gemessen an den wirtschaftlichen Kräften in Deutschland und Österreich verhältnismäßig hoch seien. Einer der Herren Vorredner hat daran die Bemerkung geknüpft, die Hochhaltung der Löhne durch die Gewerkschaften verlängere die Wirtschaftskrise und halte die Erwerbslosen auf eine übermäßig lange Zeit außerhalb der Betriebe. Wenn eine Erhöhung der Löhne eintreten würde, würde gewissermaßen automatisch auch eine Erhöhung der Preise die Folge sein. Das war wohl der Gedankengang seiner Darlegungen, den schon gestern bei der Erörterung des ersten Themas Herr Professor Dr. Schüller zum Ausdruck gebracht hat.

Darf ich zunächst eine Feststellung machen? Die Theorie, wonach gesteigerte Löhne automatisch Preissteigerungen auslösen, ist nur dann richtig, wenn die Gestehungskosten der Erzeugnisse gleich hoch bleiben oder gar erhöht werden. Meine Damen und Herren! Die Behauptung, die wir auch in Deutschland häufig genug gehört haben, daß, wenn heute die Löhne um 10% erhöht würden, ganz naturgemäß — wie auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den heutigen Tag die Nacht folgt — auch die Preise um 10 % steigen müßten, entbehrt jeder tieferen Einsicht in die Verhältnisse der Wirtschaft und in die Faktoren der Preisbildung. Diese Behauptung ist deshalb nicht richtig, weil es jetzt die Erfahrung lehrt, daß Löhne und Preise, in höherem Maße als bislang von der Nationalökonomie angenommen wurde, von der Höhe der Gestehungskosten der Erzeugnisse und von den Preiskartellen bestimmt werden. Hierüber haben wir nun besonders in Deutschland im Verlauf des letzten Jahres bedeutsame Erfahrungen sammeln können. In Deutschland besteht, wie Sie alle wissen, das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das den Zweck verfolgt, die deutsche Wirtschaft in einem planmäßigen Sinne zu rationalisieren. Wir haben aus dem Munde von Vertretern und Mitarbeitern dieses Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit selbst vernommen, daß in den rationalisierten Betrieben der deutschen Wirtschaft eine Leistungssteigerung von 20 % zu verzeichnen sei. Wir kennen aber Leistungssteigerungen bis zu 200 %. Um es roh auszudrücken: Im deutschen Kohlenbergbau ist trotz des Abbaues von rund 150 000 Bergleuten eine erhöhte Kohlenförderung möglich gewesen; in der deutschen Kaliindustrie ist die Produktion trotz eines Abbaues von etwa 20 000 Arbeitern ganz bedeutend gesteigert worden; in der elektrotechnischen Industrie und in der Maschinenbauindustrie sind vollständige Umwälzungen und demzufolge Leistungssteigerungen in außergewöhnlichem Maße zu verzeichnen.

Mit diesem Rationalisierungsgang der Industrie und Wirtschaft vollzogen sich zweierlei Dinge: Das Lohnniveau und die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger sanken; das Preisniveau aber blieb fast das gleiche. Ich wünschte, es wäre anders, aber der Wahrheit die Ehre! Die Gewerkschaften haben die tatsächlichen Löhne nicht halten können, die gewerkschaftliche Kraft reichte nur aus, die Tariflöhne zu halten. Jeder Praktiker aber weiß, daß über den Tariflohn hinaus — zum Teil bis zu 25 % — höhere Löhne bezahlt werden. In dem Augenblick aber, wo aus der Absatzkrise die Rationalisierung entstand und in ihrer Folge zwei Millionen Erwerbslose und zwei Millionen Kurzarbeiter zu verzeichnen waren, gingen die über den Tariflohn hinaus bestandenen Löhne verloren, die eigentlichen Tariflöhne wurden Wirklichkeit. In guten Geschäftskonjunkturen also ist der Tariflohn der Mindestlohn, in Wirtschaftskrisen bei Millionen von Erwerbslosen und Kurzarbeitern hingegen wird der Tariflohn zum tatsächlichen Lohn. Jene

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arbeitskräfte, die über dem Tariflohn bezahlt gewesen sind, müssen später, wenn sie in die Betriebe zurückkehren, wahrscheinlich ebenfalls zum Tariflohn wieder anfangen und sich nach und nach erst wieder über den Tariflohn hinaufarbeiten. So ist in der Tat auf der einen Seite eine Senkung des Lohnniveaus zweifellos vorhanden, die zwar zahlenmäßig nicht festgestellt werden kann, während wir auf der anderen Seite nur einen Blick auf die Großhandels- und Fertigwarenindexzahlen zu werfen brauchen, um sofort zu erkennen, daß die geringfügige Senkungen der Preise der industriellen Güter — die Preise für agrarische Erzeugisse haben sogar eine wesentliche Erhöhung erfahren — in gar keinem Verhältnis zu der Leistungssteigerung und zu dem Sinken der Gestehungskosten der Erzeugnisse in der rationalisierten Wirtschaft stehen. Das führt mich zu einem Standpunkt, der dem des Herrn Professor Dr. Schüller und dem des anderen Herrn Vorredners ganz entgegengesetzt ist. Ich glaube, diesem meinen Standpunkt kann nicht widersprochen werden, wenn man einmal ins Auge gefaßt hat, daß es in unserer Wirtschaft Preisbildungskartelle gibt, die heute mehr als in der Vorkriegszeit, weil die Wirtschaft kapitalarm ist, den Preis möglichst auf der alten Höhe zu halten suchen, um Kapitalien zu erwerben und dann die Rationalisierung endgültig durchzuführen. Ein ganz natürlicher Vorgang, den wir aber ins Auge fassen müssen, wenn wir das Problem der Erwerbslosigkeit und das der Übervölkerung richtig verstehen wollen. Ich bin der Überzeugung, daß das Problem der Erwerbslosigkeit weder in Deutschland noch in den anderen europäischen Ländern in einer rationalisierten Wirtschaft mit den Mitteln der Sozialpolitik allein nicht mehr gelöst werden kann. Es würde meines Erachtens diesem hohen Verein gut anstehen, von sich heraus diese Erkenntnis in die öffentliche Wirtschaftswelt zu tragen. Eine nach Millionen zählende Erwerbslosenarmee kann nicht auf Jahre hinaus, nicht auf die Dauer außerhalb der Betriebe erhalten werden. Lassen Sie mich das Wort in aller Bescheidenheit sagen: Noch ist in Deutschland alles ruhig — wohl uns! Aber wir gehen mit fast zwei Millionen Erwerbslosen und ebensoviel Kurzarbeitern in den Winter hinein, und man wird, so sehr wir das Arbeitsbeschaffungsprogramm begrüßen, es ist ja vorwiegend mit unser Werk, auf die Dauer diese Erwerbslosen und Kurzarbeiter nicht mit Notstandsarbeiten abspeisen können. Es muß die Aufgabe sein, die Erwerbslosen wieder in die Betriebe zu bringen. Das ist nur möglich, wenn die in der rationalisierten Wirt-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaft erzeugten Massengüter in den Konsum übergehen, und das wiederum ist nur möglich, wenn die Preise gesenkt werden, mit anderen Worten, wenn durch Rationalisierung der Arbeit und Wirtschaft eine allgemeine Wohlstandssteigerung herbeigeführt wird. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen gemeinsam dieses Ziel verfolgen. Hohe Löhne sind nicht Hemmnisse für die Gesundung der Wirtschaft, ich glaube sie sind vielmehr ein Antrieb, gewissermaßen Motor für die Gesundung der Wirtschaft und ein Mittel, die Wirtschaftskrise zu verkürzen.

(Beifall.)

Vorsitzender: Ich bitte die nun folgenden Redner, sich in der Redezeit noch mehr zu beschränken. Ich werde es jetzt mit zehn Minuten versuchen. Das Wort hat Herr Dr. Rüstow.

Dr. Rüstow (Berlin): Ich möchte nur ganz kurz eine Einzelheit berichtigen. Herr Präsident Saenger sagte vorhin in Anknüpfung an eine Äußerung des Herrn Professor Mombert, der Optimismus, der im allgemeinen die gestrige und die heutige Diskussion beherrscht habe, sei auch insofern unberechtigt, als beispielsweise es sehr fraglich sei, in welchem Maße bei der Industrialisierung der bisherigen Rohstoffländer gerade die deutsche Maschinenindustrie beteiligt sein würde, und außerdem, wie weit es gelingen würde, die zu dieser Beteiligung notwendige Umstellung bei den heute bestehenden Schwierigkeiten und in der notwendigen Zeit durchzuführen.

Tatsächlich ist es heute so, daß die deutsche Maschinenausfuhr bereits zu einem erheblichen Teile nach diesen sich neu industrialisierenden Ländern geht. Im vorigen Jahre stand bei der deutschen Maschinenausfuhr Brasilien an dritter Stelle und Argentinien folgte sehr bald. Außerdem ist dazu auch gar keine Umstellung notwendig. Die Sache ist bereits im vollen Gange, und da die deutsche Maschinenindustrie zum Teil nur mit 55% ihrer Produktionsfähigkeit beschäftigt ist, würde natürlich auch in weit größerem Umfange eine Anteilnahme an dieser Industrialisierung ohne Umstellung und ohne Schwierigkeiten möglich sein.

Ich glaube aber, daß sich das, was für die Maschinenindustrie gilt, auch verallgemeinern läßt. Mir ist nicht recht klar geworden, wie die Äußerung gemeint war, die mehrmals fiel, man könne nicht wissen, ob an dem allgemeinen Aufschwung, der für die Weltwirtschaft im großen zu erwarten sei, Deutschland einen entsprechenden Anteil nehmen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würde. Das ist doch nicht Zufall oder von irgendwelchen unübersehbaren Einflüssen abhängig, sondern da Deutschland in dem gesetzmäßigen Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Verknüpfung darinnen steht, so führen die Wirtschaftsgesetze innerhalb des internationalen Austausches von selbst dahin.

Etwas anderes ist es natürlich, daß besondere Umstände da sind, die auf diese Entwicklung einen gewissen hemmenden Einfluß üben, zum Beispiel die Reparationsbelastung, obwohl ich der Meinung bin, daß diese Dinge im Referat des Herrn Professor Mombert weit überschätzt worden sind. Wenn aber im übrigen die Weltwirtschaft einen Aufschwung nimmt, so nimmt automatisch Deutschland daran teil, und wenn dieser Anteil, der Deutschland von selbst zufällt, nicht genügt, so hat Deutschland die Möglichkeit, diesen Anteil zu steigern, und zwar durch das bewährte Mittel einer vernünftigen Handelsvertragspolitik.

Die bisherigen Erfolge unserer Handelsvertragspolitik waren ja nicht gerade berauschend, aber das war nicht daran gelegen, daß die anderen böswilligerweise uns die notwendigen Konzessionen versagt hätten, sondern daran, daß wir in den meisten Fällen nicht bereit waren, die nötigen Gegenzugeständnisse zu machen. Abgesehen von dem Anteil an den Welthandel, der uns automatisch zufallen wird, steht es also bei uns, diesen Anteil noch zu vergrößern. Und soweit man hoffen kann, daß sich auf diesem Gebiete die Vernunft immer mehr durchsetzen wird, glaube ich allerdings, daß zu einem gewissen Optimismus Anlaß ist.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Professor Wilbrandt.

Professor Dr. Wilbrandt (Tübingen): Meine Damen und Herren! Ich möchte wieder auf das Grundthema zurückkommen, nämlich, ob, wie und wieweit Arbeitslose in unserer Landwirtschaft untergebracht werden können. Ich möchte auf die Schwierigkeiten hinweisen, die dem entgegenstehen. Was haben wir im Revolutionswinter, genau gesagt in dem Demobilmachungswinter, im Demobilmachungsamt uns bemüht, Pläne zu entwerfen und Maßnahmen zu finden, um diese Arbeitslosen, die erklärten, in die Sklaverei gingen sie nicht zurück, in Verhältnisse auf dem Lande zu bringen, wo sie sich wohlfühlen. Ich erinnere an den wunderschön ausgedachten Plan des Herrn Geheimrat Rang, der eine Vergenossenschaftung des Großgrundbesitzes ergeben sollte. Zahllose solche Bemühungen haben uns damals vergeb-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich beschäftigt; schließlich kam das Reichssiedlungsgesetz von Sering heraus, und zum Schlusse verlief alles im Sande. Ich glaube aber, daß ich die Anklage, die darin zu liegen scheint, etwas auf die Klage über die Schwierigkeiten, die schließlich doch vorliegen, reduzieren muß.

Ob es nun freilich überhaupt nötig ist, daß wir uns bemühen zu reagrarisieren, daß ist eine Frage von Optimismus und Pessimismus, und da werden wir uns nicht einigen. Die einen werden überzeugt sein, die heutige Krise geht vorüber, wie jede andere, die anderen werden überzeugt sein, es bleibt ein Rest von Arbeitslosen, die wir nie loswerden, und wir müssen infolgedessen mehr zur agrarischen Autarkie zurück. Sicher ist eines: daß nicht nur die Industrie uns zur Verfügung steht, sondern noch sehr, sehr viel Land. Es ist sogar fraglich, ob, auf das ganze Deutsche Reich gesehen, überhaupt der Industrieexport nötig gewesen ist und nötig ist, auf den wir uns jetzt stützen. Für ein Land wie Württemberg ist es nachweisbar, daß die Bevölkerung Mitte des 19. Jahrhunderts so dicht gewesen ist, daß Industrieexport zuhilfe kommen mußte. In ganz Deutschland haben wir den menschenleer zu nennenden Osten; schließlich läuft daher das Ganze auf die Frage des Großgrundbesitzes hinaus. Dort im Osten wäre mit der inneren Kolonisation etwas zu erreichen, aber nicht mit der inneren Kolonisation im gewöhnlichen Sinne, daß man einfach an die Stelle des Großbesitzes Kleinbesitz setzt. Das führt in eine Arbeitsüberlastung der Menschen hinein, denn der Kleinbetrieb pflegt erstens äußerst arbeitfordernde Zweige und außerdem treibt er eine Arbeitsverschwendung, die, wie wir es in Württemberg beobachten können, enorm ist. Bei der Volksverdichtung müssen uns aber zweierlei Gesichtspunkte beherrschen, sowohl Intensivierung, damit mehr Menschen Platz finden, als auch Arbeitsersparnis, damit die Menschen dabei nicht von Arbeit erdrückt werden. Denn die Intensivierung kann leicht in bezug auf den Arbeitsertrag eine Kostensteigerung mit sich führen, sie muß es nicht. Es gibt zweifellos Intensivierungsmöglichkeiten — trotz Thünen —, die anders liegen. Aber je mehr Volksverdichtung, um so mehr sind wir gezwungen, die Bodenproduktivitätssteigerung, das heißt also möglichst viel Ertrag per Hektar voranzustellen, wenn auch auf Kosten der Verminderung des Ertrags pro Arbeitseinheit und nach dem Kapitalaufwand. Dann steht man vor der Notwendigkeit, mit steigenden Kosten zu produzieren, dann bedarf man als Ausgleich möglichster Arbeitsersparnis sowohl in der Landwirtschaft, wie auch in der Industrie, und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

darum bedürfen wir auch des Großbetriebes in der Landwirtschaft, denn nur er ist arbeitsparend.

Darum ist Oppenheimers Versuch, den landwirtschaftlichen Großbetrieb so auszugestalten, daß er die Menschen wieder in sich hineinziehen kann, daß er anziehend wirkt statt abzustoßen, Eifer erweckt statt Gleichgültigkeit, zweifellos eine unendlich fruchtbare Idee, nur daß wir eben abwarten müssen, bis sein Experiment so weit geführt sein wird, daß man wird sagen können, so ist es zu machen.

Nun aber noch eine zweite Schwierigkeit. Der Vergleich mit dem Krebs, der gefährdet ist in dem Augenblicke, wo er seinen Panzer wechselt, ist heute vormittag schon angestellt worden. So ist es auch, wenn ein Volk, das, ob notwendig oder aus Großmannssucht, sich eine enorme Industrie geschaffen hat, sich nun etwa bemüht, sich halb oder dreiviertel oder wie immer zu reagrarisieren. Dieser Übergang ist, wie ich gleich zeigen werde, schwierig und gefährlich. Es muß da mit Vorsicht so umgebaut werden, daß man nicht den Industrieexport, von dem ein großer Teil des Volkes lebt, dabei unmöglich macht; und das geschieht sehr leicht, wenn die Intensivierung auf dem Lande, auf die man sich nun stützen will, jene Produktionskostensteigerung mit sich führt, die dann, damit der Arbeiter das verteuerte Brot kaufen kann, höhere Löhne erfordert als der Industrieexport sie tragen kann. Daher der fortwährende unvermeidliche Gegensatz auch in unseren Reihen: die einen für Intensivierung der Landwirtschaft und Agrarschutz, die anderen für Freihandel und Industrieexport. Beides zu vereinen ist vielleicht die Quadratur des Zirkels.

Es ist vielleicht auch unser bisheriges Bemühen, einen Agrar-Industriestaat aufrecht zu erhalten, auf die Dauer eine Sackgasse, und es ist daher auf die Dauer — bei weiterer Volksverdichtung — vielleicht unvermeidlich, bei der Lage Englands im Jahre 1844 anzukommen und dann eben wählen zu müssen: entweder weitere Intensivierung der Landwirtschaft oder sozusagen deren Aufgeben oder Reduzierung und Einfuhr billiger Agrarprodukte von fernen Ländern, eingetauscht gegen Industrieexporte. Das halte ich für ein bisher ungelöstes Problem. Sollte es jemand lösen, so wäre ich dankbar. Ich möchte, um seine Schwierigkeit zu illustrieren, ein Beispiel anführen. Ich habe untersuchen lassen, wie sich die Hektarerträge in einem Gemüsegartenbau gegenüber den Hektarerträgen der gewöhnlichen durchschnittlichen Landwirtschaft verhalten, wie sie in der Umgebung von Ulm getrieben wird,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wo diese Untersuchung angestellt wurde. Ich habe sie bisher nur für einen Ort, aber es ist dies doch wohl das für Deutschland durchschnittliche Klima und der durchschnittliche Boden, so daß man es wohl verallgemeinern kann. Es ist folgendes herausgekommen: der Hektarertrag im Gärtnereibetrieb ist an Kalorien für die menschliche Ernährung etwa achtmal so groß wie der Hektarertrag in der gewöhnlichen Landwirtschaft. Achtmal soviel Menschen können also auf derselben Fläche leben, wenn man zum Gartengemüsebau übergeht. Aber jede solche für die menschliche Nahrung zu erringende Kalorie mußte mit viermal soviel Arbeitsaufwand errungen werden, als in der gewöhnlichen Landwirtschaft. Da bitte ich Sie, sich auszurechnen, was es für meine vorhin gestellten Erwägungen bedeuten würde, wenn man zu diesem Extrem schreiten würde, ich bitte, sich zu fragen, wie damit ein Industrieexport zu verbinden wäre, wenn der Industrieexport ein dreimal verteuertes Nahrungsmittel zu kaufen hätte, ohne daß die Industrie erliegen sollte. Ich glaube allerdings, es gibt die Möglichkeit, dieses Problem zu umgehen, wenn auch vielleicht nur in eng beschränktem Maße, dann nämlich, wenn der Industriearbeiter selbst im Nebenberufe Landwirt ist, so etwa wie dies in Baden, Württemberg, überhaupt im Südwesten Deutschlands häufig der Fall ist, wo der Arbeiter etwa acht Stunden in der Fabrik arbeitet und dann noch auf seinem Gütle, oder wenn er nur sieben oder sechs Stunden in der Fabrik arbeitet, oder, wie augenblicklich etwa, ein Kurzarbeiter ist, dann um so mehr Zeit für sich zu Hause hat und intensive Landwirtschaft betreibt.

Ich muß schließen und möchte nur noch darauf hingewiesen haben, daß ich dieses Letztere nicht schlechthin empfehlen möchte, daß vielmehr die Warnung des Verbandes der Gutshöfe berechtigt ist, man möge nicht einen leistungsfähigen Großbetrieb in kümmerliche Betriebe zerschlagen. Immerhin — für unser Thema heißt das doch so viel, daß es möglich ist, in gewissen Prozentsätzen die Industriebevölkerung auf ihren eigenen kleinen Schollen sich selbst Nahrungsmittel erzeugen zu lassen, und zwar in jenem Ausmaße, von dem ich gesprochen habe, mit einer ungeheuren Steigerung der Intensität, das heißt hier des Hektarertrages.

Ich schließe mit der Bitte, diesen hier von mir berührten Schwierigkeiten und überhaupt dem Grundthema der Vereinsleitung auch weiterhin in der Diskussion möglichst treu zu bleiben. Ich glaube,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß wir dann am besten dem entsprechen, was eigentlich der Verein gewollt hat.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Professor Budge.

Professor Dr. Budge (Riga): Die Ergebnisse, zu denen heute morgen Professor Aereboe in seinem Referate gekommen ist, haben äußerlich eine entschiedene Ähnlichkeit und starke Übereinstimmung mit den Theorien und praktischen Vorschlägen gezeigt, die Professor Oppenheimer seit langem in seinen Schriften entwickelt, und die er uns vorhin in kurzen Zügen mündlich vorgetragen hat. Aber ich bin mir doch über etwas nicht ganz klar geworden, nämlich darüber, wie Herr Professor Aereboe zu dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrages eigentlich steht, ob er es wirklich leugnet, wie Professor Oppenheimer; denn Professor Aereboe hat zu Beginn seines Vortrages gesagt, der Nahrungsspielraum könnte nach dem heutigen Stande der Technik unendlich gesteigert werden, wenn nicht zwei Hemmnisse vorhanden wären: die Preise und der Kapitalsmangel. Nun ist mit den Worten „Preis" und „Kapitalsmangel" nicht übermäßig viel gesagt. Ich bin mir auch nicht ganz klar darüber, was Aereboe damit gemeint haben will. Möglich ist es — und ich möchte fast sagen, sehr wahrscheinlich —, daß in diesen Worten „Preis" und „Kapitalsmangel" gerade dasjenige steckt, was man unter dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags verstehen muß, d. h. im engeren Sinne, sinkender Ertrag auf gleichem Boden im Verhältnis zum Aufwand, und im weiteren Sinne die Notwendigkeit auf schlechteren Boden überzugehen, die im Verhältnis zum Aufwande geringere Erträge liefern.

Nun hat Professor Aereboe später allerdings so ganz nebenher — für manche vielleicht nicht einmal hörbar — geglaubt, die Ricardosche Differential-Rententheorie damit erledigen zu können, daß er sagte, nach den Erfahrungen, die er gemacht hat, denken die Leute gar nicht daran, sukzessive von besseren Böden auf schlechtere überzugehen. Oft ist für die Bearbeitung der besseren Böden nicht genug Kapital vorhanden, und sie nehmen schlechtere Böden in Anbau. Professor Aereboe hat sich, wenn ich mich recht erinnere, dabei auf die Erfahrung mit polnischen Ansiedlern berufen. Dieser Einwand, den Aereboe gegen die Ricardosche Differential-Rententheorie und gegen die Mehrheit der Nationalökonomen, die dieser Grundrenten-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

theorie wohl anhängen, erhoben hat, ist für uns Nationalökonomen durchaus nicht neu. Wir kennen diesen Einwand bereits aus den Schriften von Carey, und man hat Carey ja immer entgegengehalten, daß mit dieser rein historischen Tatsache — es soll erst schlechter Boden oder wenigstens — sagen wir — absolut unfruchtbarer Boden und später erst absolut fruchtbarer Boden in Angriff genommen werden —, die Ricardosche Differential-Rententheorie durchaus nicht zu widerlegen sei, weil jedenfalls in einem gegebenen Momente Böden verschiedener Güte in Anbau sind. Aber diese letzte Behauptung, so richtig sie ja ist, scheint mir zur Widerlegung Careys und auch zur Widerlegung dessen, was Professor Aereboe da behauptet hat, noch nicht auszureichen. Ricardo hat ja niemals gesagt, daß es auf die absolute technische Fruchtbarkeit ankommt, sondern er hat gesagt, es komme auf die relative Fruchtbarkeit an. Nicht diejenigen Böden sind die besten, die absolut am fruchtbarsten sind, sondern die, die nach dem jeweiligen Stande der Produktionstechnik im Verhältnis zum Aufwand den größten Ertrag liefern. Sind jene Sandböden in Polen, die von den Ansiedlern in Angriff genommen worden sind, tatsächlich diejenigen, die im Verhältnis zum Aufwand den größten Ertrag liefern, dann sind es eben jeweils in dem Moment, wo sie angebaut werden, die besten Böden; dann sind eben jene fruchtbareren Böden, die erst noch der Drainage bedürfen, bevor sie angebaut werden können, die einen größeren Aufwand von Kapital und auch von Arbeit erfordern, eben nicht die besseren Böden. Herr Professor Aereboe meint aber vielleicht, die absolut besseren Böden seien auch die relativ fruchtbareren Böden, das heißt, sie würden im Verhältnis zu dem Aufwand größeren Ertrag liefern, wenn nur das Kapital vorhanden wäre, den Boden zu bearbeiten. Wenn aber die Siedler über das Kapital nicht verfügen, dann bleibt die Frage, warum verfügen sie nicht darüber? Selbstverständlich kann die Antwort nicht sein: weil sie es nicht besitzen, denn es könnte ja im Wege des Kredites beschafft werden. Und wenn es die Ansiedler im Wege des Kredites nicht erhalten, so ist das der Beweis dafür, daß der Kapitalkredit auf anderen Gebieten eben nützlicher angewendet werden kann und infolgedessen wegen Kapitalmangels gewisse Fortschritte in der Landwirtschaft nicht stattfinden können. Wenn sich aber nicht genügend Kapital findet, um einen technischen Fortschritt in der Landwirtschaft durchzuführen — und jeder technische Fortschritt erfordert ein gewisses Maß von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kapital —, dann handelt es sich eben nur um latente Fortschritte, die in Wirklichkeit nicht für die Wirtschaft vorhanden sind. Dann sind wiederum jene Sandböden die relativ besten Böden, die Böden von der relativ größten Fruchtbarkeit.

Nun aber noch einen anderen Punkt. Herr Professor Oppenheimer glaubt auf Grund der Ausführungen von Professor Aereboe — ob mit Recht oder Unrecht, will ich dahingestellt sein lassen — behaupten zu können, das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag sei widerlegt. (Professor Dr. Oppenheimer: Das hat er nie behauptet.) Ich bitte um Verzeihung, ich habe mich nicht präzise ausgedrückt. Sie behaupten, es ist widerlegt als Entwicklungsgesetz der Volkswirtschaft, als Gesetz des auf die Dauer wenigstens sinkenden Nahrungsspielraumes, nicht bei gleichem Stande der Produktionstechnik. Professor Oppenheimer behauptet also, als Entwicklungsgesetz der Volkswirtschaft ist das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages widerlegt, da auf die Dauer die Nahrungsmittel mit immer geringeren Kosten gewonnen werden. Herr Kollege Oppenheimer! Wenn Sie dieser Anschauung sind, so möchte ich doch eine Frage an Sie richten und bediene mich dabei eines Argumentes, mit dem ich schon immer, seit ich mich mit dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag beschäftigt habe, gearbeitet habe, zu dessen Erhärtung ich aber jetzt in der Lage bin, mich auf einen Namen zu berufen, der uns allen teuer ist, und ganz besonders hier an dieser Stelle, in Wien starken Widerhall finden wird, nämlich auf den uns leider zu früh entrissenen Eugen von Böhm-Bawerk. Das Argument, das ich im Auge habe, ist das: Wenn das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag nicht im Laufe der Entwicklung gewirkt hätte und möglicherweise oder wahrscheinlicherweise auch heute noch wirken würde, warum ist es dann notwendig gewesen, immer wieder auf schlechtere Böden überzugehen, warum hat man nicht von einem verhältnismäßig ganz geringen Bodenreal aus die Menschheit dauernd ernähren können? Dieses Argumentes bedient sich Professor Böhm-Bawerk in einem in seinen gesammelten Schriften enthaltenen Aufsatze, der ursprünglich in einer französischen Zeitschrift erschienen war und schließlich anläßlich der Herausgabe der „Gesammelten Schriften" von Professor Weiß, soviel ich mich erinnere, ins Deutsche übertragen worden ist. Dieses Argument ist meiner Meinung nach absolut durchschlagend dafür, daß dieses Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag von jeher Wirksamkeit gehabt hat, denn wenn es nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Fall gewesen wäre, so hätten die Landwirte im ganzen Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung unwirtschaftlich gehandelt.

Vorsitzender: Ich muß die Redezeit auf fünf Minuten beschränken, weil sonst die Referenten mit ihrem Schlußwort zu kurz kommen würden.

Das Wort hat Frau Dr. Leubuscher.

Frau Privatdozent Dr. Charlotte Leubuscher (Berlin): Ich möchte mir erlauben, wenige Worte über ein Problem zu sagen, das erstaunlicherweise heute verhältnismäßig wenig berührt worden ist, nämlich über die Frage der internationalen Wanderungen. Herr Professor Mombert hat gesagt, daß der Auswanderung als Mittel gegen die westeuropäische Arbeitslosigkeit eine minimale Bedeutung zukomme, und ich möchte mich darin ihm anschließen. Etwas anders freilich noch als für Deutschland liegen zurzeit die Dinge für England; immerhin hat die Frage der Auswanderung nach den Dominions in England in viel höherem Maße eine politische als eine wirtschaftliche Bedeutung, in dem Sinne, daß England daran interessiert ist, daß diese großen, dünn besiedelten Räume in Australien, Kanada usw. britisch bleiben, und ich glaube, daß der Empire Settlement Act vom Jahre 1922 auch unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen ist. Aber neben der Frage, inwieweit die Auswanderung als Milderungsmittel für die akute Arbeitslosigkeit in Deutschland oder in England eine Rolle spielen kann, kommt meines Erachtens noch die weitere Frage in Betracht, ob eine vom Standpunkt der Weltwirtschaft falsche Menschenverteilung — um einen Ausdruck von Geheimrat Aereboe zu wiederholen — konstatiert werden kann, bzw. ob ihre Korrektur aufgehalten, behindert wird durch Verhältnisse auf dem Gebiete der internationalen Wanderungen. Und da ist meines Erachtens Nachdruck darauf zu legen, daß hier die Verhältnisse sehr anders aussehen als vor dem Kriege, daß heute von einer Freizügigkeit auf dem Gebiete der internationalen Wanderung gerade in bezug auf die wichtigsten Einwanderungsgebiete, von Europa aus gesehen — und nicht nur von Europa aus —, keine Rede mehr sein kann. Ich denke an die Einwanderungsgesetzgebung der Vereinigten Staaten, wie sie im Jahre 1917 zuerst eingeleitet worden ist und einen gewissen Abschluß in dem amerikanischen Immigration Act von 1924 gefunden hat; aber auch die britischen Dominions, die wegen ihrer dünnen Besiedlung in noch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

viel höherem Grad als Einwanderungsgebiete in Frage kommen sollten, haben heute eine hochprotektionistische Gesetzgebung auf dem Gebiete der Einwanderung durchgeführt, und ihre Wirkung wird noch verschärft durch jenen administrativen Protektionismus, von dem Herr Professor Eulenburg gestern gesprochen hat.

Nun die Frage: Welche Bedeutung hat diese protektionistische Einwanderungsgesetzgebung für das Problem der europäischen Arbeitslosigkeit? Ich meine nicht in erster Linie die unmittelbare Beziehung, daß aus Deutschland nur in geringem Maße Arbeitslose in jene dünn besiedelten Überseegebiete einwandern. Ich bin allerdings der Ansicht, daß die Tatsache, daß Kanada und Australien für die englische Einwanderung Vorzugsbedingungen geschaffen haben, auch für die Frage der Arbeitslosigkeit nicht ganz unbedeutend ist, und zwar nicht in erster Linie deshalb, weil England dadurch seinen eigenen Arbeitsmarkt entlasten kann, als vielmehr deshalb, weil die weitere britische Besiedlung dieser Gebiete geeignet ist, eine fortlaufende Nachfrage nach englischen Fabrikaten in jenen Gebieten sicherzustellen, da eben doch bis zu einem gewissen Grade der Handel der Flagge bzw. der Nationalität folgt. Für das uns heute beschäftigende Problem hat diese Einwanderungsgesetzgebung aber noch eine andere Bedeutung. Sie hat die Bedeutung, daß jene falsche Menschenverteilung aufrechterhalten wird, daß auf weiten Gebieten der Weltwirtschaft tatsächlich Übervölkerung herrscht, für die keine Abflußgebiete da sind — ich möchte Indien, Ostasien, bis zu einem gewissen Grade auch Italien und Südosteuropa nennen. Es ist sehr bedeutsam, daß die neueste Einwanderungsgesetzgebung der Vereinigten Staaten in Australien ein Gesetz ausgelöst hat, das gleichfalls eine Barriere gegen Einwanderer, nicht etwa wie bisher nur aus Indien, China und Japan, sondern auch aus Osteuropa und aus Italien errichtet. Die Tatsache, daß infolge dieser strengen Absperrung kein Abfluß aus jenen tatsächlich übervölkerten Gebieten stattfinden kann, hat meines Erachtens auf das gesamte weltwirtschaftliche Problem die Wirkung, daß eine ungünstige Entwicklung der Kaufkraft weiter Konsumgebiete eintritt, daß die Kaufkraft jener Massen von Indern, Chinesen, Osteuropäern und Italienern auf einer geringeren Stufe gehalten wird, als sie erreichen könnte, wenn der Bevölkerungsüberschuß jener Nationen sich in die der Besiedelung noch offenstehenden Gebiete ergießen, wenn er sich der reichen Naturschätze

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kanadas und Australiens bemächtigen könnte, wo diese Menschen dann einen ganz anderen Faktor als Konsumenten in der Weltwirtschaft darstellen würden als heute. Insofern läßt sich sagen, daß die künstliche Einschnürung der Nachfrage großer Konsumentenschichten durch die bestehenden Wanderungsbeschränkungen eine der Ursachen für die Unterbeschäftigung der europäischen Industriestaaten bildet.

Dazu kommt noch ein weiteres ungünstiges Moment, das auf die Arbeitsmarktverhältnisse in den europäischen Industriestaaten wirkt, und das in den überseeischen Einwanderungsgesetzen insofern begründet ist, als durch diese Gesetze in jenen Ländern, vor allem in Australien und in Nordamerika, eine Arbeiteraristokratie geschaffen wird, die sich besserer Arbeitsbedingungen und höherer Löhne erfreut als die europäische Arbeiterschaft. Die Tatsache, daß die Arbeiterschaft jener Überseegebiete heute in bezug auf Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen so erheblich günstiger gestellt ist, ist die Ursache dafür, daß in jenen Ländern die Arbeiterschaft eine der stärksten Stützen protektionistischer Bestrebungen auf dem Gebiete der Handelspolitik ist. Ich glaube, auch wenn man im Sinne der gestrigen Ausführungen Professor Eulenburgs die Wirkung der Zollgesetzgebung nicht überschätzen darf, so kann man doch nicht leugnen, daß die Abwehrmaßnahmen gegen sogenanntes soziales Dumping in Australien und in den übrigen Gebieten einen ungünstigen Einfluß auf die Kaufkraft und die Nachfrage jener Gebiete nach europäischen Fabrikaten haben. Ich muß mich aus Zeitmangel mit diesen wenigen Andeutungen begnügen.

Es lag mir vor allem daran, zu zeigen, daß zwischen dem Problem das wir gestern behandelt haben, zwischen der Frage, wie weit es es möglich ist, der erstarkenden freihändlerischen Strömung in der Welt zur Realität zu verhelfen, und dem anderen Problem, wie wieder Freizügigkeit auf dem Gebiete der internationalen Wanderung hergestellt werden kann, wichtige Zusammenhänge bestehen.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Dr. Sulzbach.

Dr. Sulzbach (Frankfurt a. M.): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt Probleme, bei denen nicht nur das interessant ist, was über sie gesagt wird, sondern auch das, was allen Ausführungen unbewußt vorausgesetzt wird. Bei dem Bevölkerungsproblem spielen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

philosophische, politische und ethische Voraussetzungen eine ganz entscheidende Rolle. (Zustimmung.) Ich gehe davon aus, daß es allgemein als wünschenswert gilt, daß möglichst viele Menschen da sind. Wir sprechen von Übervölkerung, wenn die Menschen schlecht leben, wir sprechen aber von Untervölkerung nicht, wenn sie zu gut leben, sondern wenn wir das Gefühl haben, es könnten zahlenmäßig mehr Menschen existieren. Als wünschenswert gilt also das Dasein vieler Menschen. Dieses Ideal ist rein national bestimmt. Wir wünschen uns nicht viele Menschen schlechthin, und niemand sagt, es wäre schön, wenn wir 12 Milliarden Menschen irgendwelcher Art hätten, sondern wir wünschen, daß unsere eigene Nation eine möglichst zahlreiche Bevölkerung aufweise, wollen also viele Deutsche, viele Engländer usw., je nach unserem Gemeinschaftsgefühl. Nun besteht der ganze Konflikt darin, daß dieses Ideal zu ein Viertel ein religiöses ist — seid fruchtbar und mehret euch! —, zu drei Viertel jedoch militärisch, was sich erstens darin zeigt, daß man die Bevölkerungsvermehrung nicht als allgemeine wünscht, und zweitens darin, daß es keinen Grund gibt, sich viele Menschen zu wünschen, wenn nicht mit dem Argument, daß sie Macht bringen. Denn Wohlstand bringen sie nicht, und mehr Kultur bringen sie auch nicht. Es wird nicht bestritten, daß Völker, wie die Franzosen, die nicht viele Menschen aufweisen, trotzdem eine hohe Kultur haben.

Der Konflikt entsteht nun dadurch, daß alle Völker das gleiche Ideal haben, jedes Volk also daran interessiert ist, selbst viele Menschen zu haben, dem anderen aber diese vielen Menschen nicht gönnt — Clémenceaus „20 Millionen Deutsche zu viel". Der Konflikt entsteht weiter dadurch, daß wir nicht ökonomisch zu denken gesonnen sind, uns also nicht fragen, ob der Deutsche, der schlecht in Deutschland lebt, besser in Amerika leben könnte, sondern, daß wir von vornherein davon ausgehen: auf deutscher Scholle Deutsche, auf englischer Engländer und auf der amerikanischen Scholle Amerikaner zu wollen. Das zeigt sich erstens darin, daß jeder viele Menschen will, zweitens darin, daß keiner die Menschen des anderen will, und drittens in dem Ideal der Autarkie.

Diese Autarkie, von der gestern so viel die Rede war, ist ein rein militärisches Ideal, was zwar nicht allen, die es predigen, bewußt ist, aber in allen unbewußt schlummert und durch Fragen eruiert werden kann. Welchen Sinn soll es denn sonst haben, daß Deutsch-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

land oder die Tschechoslowakei oder Australien selbst alles herstellen wollen, wenn nicht den kriegerischen? Zwar: Fragt man die Vertreter des Autarkieideals, warum sie es wollen, so antworten sie nicht: darum, weil wir Krieg führen wollen, sondern weil möglicherweise die anderen Krieg führen werden. Mithin handelt es sich aktiv oder passiv um eine rein militärische Zielsetzung. Dieses militärische Ideal verhindert, daß die Bevölkerung auf der Erde so verteilt wird, wie es ökonomisch wäre und wie es nach den Ausführungen Aereboes, der ja nicht bezweifelt, daß die Erde noch genügend Ernährungskapazität hat, offenbar auch geht. Jeder will innerhalb seiner historisch zufällig gegebenen Grenze Menschen mit historisch zufällig gegebenen Gemeinschaftsgefühlen erhalten und vermehren. Ich wollte diese Dinge feststellen, die eine unbewußte Voraussetzung dessen bilden, was heute überhaupt diskutiert worden ist. Da niemand bezweifelt hat, daß die ganze Erde mehr Menschen tragen kann, und jeder mehr oder weniger bezweifelt hat, daß ihre Verteilung über die Erde eine zweckmäßige ist, schien es mir angebracht, auf die Voraussetzungen dieser Argumentation hinzuweisen. Hinfällig kann diese nur werden, wenn die Gemeinschaftsgefühle sich ändern. Ein bloßer Zollverein wird das nicht bewirken. Denn auch Zollvereinsverbundene beobachten, ob sich die eine oder die andere Gruppe stärker vermehrt, und tun, wenn sie sonst kein Gemeinschaftsgefühl haben, Dinge, die unmöglich sind, zwischen Nassau und Westfalen oder Graz und Innsbruck. So wie die Dinge heute liegen, glaube ich nicht, daß die Gemeinschaftsgefühle sich schnell ändern. Solange sie aber so bleiben, wie sie heute sind, gleichen wir, das heißt wir national eingestellten Völker, jenen Menschen, von denen Berkeley gesagt hat, daß es ihre Gewohnheit sei, erst Staub aufzuwirbeln und sich dann zu beschweren, daß sie nichts sehen können.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Bankdirektor Dr. Hahn.

Direktor Dr. Hahn (Frankfurt a. M.): Gestatten Sie mir, an eine Bemerkung in dem Referate Professor Momberts anzuknüpfen, die zwar im Rahmen des Problems, das uns hier beschäftigt, eine nebensächliche war, die aber doch absolut von so starker Bedeutung ist, daß das, was Mombert in dieser Beziehung gesagt hat, nicht aus diesem Kreise hinausgehen darf, ohne daß noch einmal geklärt wird, ob es

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tatsächlich wörtlich zu verstehen ist. Ich denke an die Bemerkung Momberts über das Reparationsproblem.

Wenn ich richtig verstanden habe, so ist ausgeführt worden, daß die Reparationslast, was ja selbstverständlich ist, nur gezahlt werden kann, wenn exportiert wird. Es ist weiter gesagt worden, daß die Erzwingung der Ausfuhr bzw. der Superausfuhr nur durch Preisdruck und dieser wiederum nur durch Lohndruck möglich ist. Es ist weiter bemerkt worden, daß dieser Lohndruck sich höchstwahrscheinlich über die ganze Welt fortsetzen und Störungen krisenhafter Art in der Weltwirtschaft hervorrufen wird.

Diese letztere Bemerkung glaube ich im ganzen nur als sehr bedingt zutreffend bezeichnen zu sollen. Wenn es richtig ist, daß vermehrte Ausfuhr nur durch Deflation und demnächst Lohndruck hervorgerufen werden kann, dann ist es klar, daß dieser Mechanismus nur den Zweck haben kann, eine Preisdifferenz gegenüber dem Ausland herzustellen, daß also die Fortpflanzung dieses Lohndrucks auf das Ausland aus dem Wesen der Sache heraus als sehr unwahrscheinlich zu betrachten ist. Aber dies nur nebenbei.

Wesentlich ist die Frage, ob tatsächlich zur Hervorrufung der Superausfuhr ein Deflationsdruck nötig ist. Diese Frage ist, wie Sie wissen, kontrovers. Sie ist heute morgen im bejahenden Sinne beantwortet worden. Diese Bejahung scheint mir ebenfalls nicht unbedingt haltbar zu sein. Ich gebe zu, daß ein Deflationsdruck einsetzen muß, bis die Umstellung erfolgt und diejenige Preismarge hervorgerufen worden ist, die nötig ist, um beispielsweise die Spesen der Ausfuhr zu überkompensieren und damit das Inlandsprodukt im Ausland konkurrenzfähig zu machen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß, abgesehen von dieser relativ kleinen Preisdifferenz, das Reparationsproblem ein reines Aufbringungsproblem ist. Ist es möglich, im Inland die Reparationssumme aufzubringen, dann wird der Transfer ohne weiteres möglich sein. Dies ist insbesondere auch die theoretische Einstellung, die dem Dawesplan zugrunde liegt.

Nun wäre diese Diskussion mehr oder weniger akademisch, wenn nicht tatsächlich ein Fall denkbar wäre, in dem faktisch ohne einen dauernden, sich vermehrenden und verstärkenden Deflationsdruck die Superausfuhr nicht hervorgerufen werden kann. Es ist dies der Fall, in dem das Ausland sich gegen vermehrte Importe durch Anti-Dumpingzölle schützt. Daß dieser Fall eintritt, ist nicht sicher, aber

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach der ganzen psychischen Einstellung des Auslandes nicht unwahrscheinlich. Tritt dieser Fall ein, dann wird sich zeigen, daß tatsächlich ein dauernder Deflationsdruck notwendig ist, um die Ausfuhr zu erzwingen. Wenn es nun richtig ist, daß normalerweise kein Deflationsdruck notwendig ist, dann würden wir, wenn uns der Deflationsdruck in jenem besonderen Falle zugemutet wird, die Herbeiführung des Deflationsdruckes mit dem Hinweis ablehnen können, daß es nicht im Wesen des Dawesplans liegt, die Superausfuhr durch Deflationsdruck hervorrufen zu müssen. Hierin liegt der praktische Kern der ganzen Frage, und ich glaube, daß es richtig ist, wenn wir nicht selbst in dieser Beziehung unsere Lage durch die immer wieder aufgestellte These von der auch normalerweise vorhandenen Notwendigkeit des dauernden Deflationsdrucks verschlechtern. Wir haben das größte Interesse daran, jener theoretischen Ansicht, die meiner Meinung nach die richtige ist, zum Siege zu verhelfen — der Ansicht nämlich, daß die Notwendigkeit eines Deflationsdrucks nur durch besondere Umstände hervorgerufen werden kann, welche das Ausland und nicht wir zu vertreten hat, und daß wir deshalb die Zumutung, eine Deflation, mit all den bekannten nachteiligen Folgen herbeizuführen, werden ablehnen können.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Dr. Josef Schneider.

Dr. Josef Schneider (Wien): Einer der sehr geschätzten Herren Vorredner hat auf die Möglichkeit hingewiesen, eine halb ländliche Ernährungsbasis für den Industriearbeiter zu schaffen. Ich möchte, daran anknüpfend, von der städtischen Siedlung, das heißt von der halb ländlichen Siedlung am Rande der Großstadt sprechen, die zweifellos eine bedeutende Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Spannung hervorrufen kann, aber unvergleichlich leichter zu bewerkstelligen wäre als die eigentliche Innenkolonisation. Diese städtische Siedlung bedeutet ja eine Abhilfe gegenüber der schweren Verlegenheit, die alle Großstädte heute fühlen und Wien am meisten. Wer hier das Verhältnis zwischen der alten Hauptstadt und dem neuen Staat ins Auge faßt, muß zugeben, daß das Mißverhältnis zwischen der Bevölkerungszahl der Stadt und der des ganzen Landes größer ist als irgendwo. Um diesen Übelstand zu beseitigen, wäre eine Kommunalpolitik notwendig, die von bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten geleitet wird, wie wir

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie leider derzeit in Wien nicht haben. Es ist Ihnen ja nicht unbekannt, daß Wien im Sinne der Vorkriegszeit ausgebaut wird, mit großen Mietkasernen, die zur Lebensfähigkeit der Bevölkerung zweifellos nicht beizutragen vermögen.

Ich darf wohl auf einige Vorzüge jener Siedlung, die ich aus eigenem Augenschein kenne, hinweisen. Die Siedlung soll kein Geschenk sein, sie soll kein Geschenk der Allgemeinheit weder an einzelne noch an Genossenschaften sein, sondern sie muß auf der Spartätigkeit, auf eigener Kraft beruhen, dann ist sie von großem volkswirtschaftlichen Wert. Diese Spartätigkeit kann und muß natürlich unterstützt werden. Ferner darf man nicht vergessen, daß jene Vermehrung der Erzeugung, von der immer gesprochen und die immer gewünscht wird, auf diesem Weg ganz einfach zu erreichen ist, und zwar handelt es sich hier bei dieser Arbeit der Siedler in Haus und Garten um Mehrleistungen, die auf gar keinem anderen Wege hervorgebracht werden können. Die Leistungen, die hier zustande kommen, könnte man wirtschaftliche Fleißaufgaben nennen. Ich möchte dabei hervorheben, daß die Weltwirtschaft eben den Fehler begangen hat, daß sie allzu lange den Menschen vergaß, was nicht zuletzt eine Ursache ihrer Krise ist. Die Siedlung bedeutet nichts anderes als eine Auslese der Besten.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Geheimrat Köbner.

Geheimer Oberregierungsrat Professor Dr. Köbner (Frankfurt): Meine Damen und Herren! Wenn ich mir in allerletzter Stunde vor Sonnenuntergang noch die kurze Redezeit erbitte, so kann ich natürlich nicht wagen, auf die tiefschürfenden prinzipiellen Auseinandersetzungen meiner Kollegen einzugehen. Ich bin lediglich durch die Ausführungen einer verehrten Vorrednerin dazu veranlaßt, Ihre Aufmerksamkeit einen Augenblick in Anspruch zu nehmen. Sie hat das Wort von der „falschen Bevölkerungsverteilung auf der Erde" gebraucht. Ja, wer könnte die falsche Bevölkerungsverteilung, nachdem wir heute die überzeugenden Diagramme des Herrn Professor Winkler gesehen haben, leugnen? Aber was haben solche Erörterungen über die falsche Menschenverteilung für einen Wert? Eine bekannte Wiener Persönlichkeit hat einmal im Verein für Sozialpolitik den Ausspruch geprägt, man könne für oder gegen das Erdbeben sein, aber man solle keine Bücher dagegen schreiben. Das sind Dinge, die von derartigen, heute und für

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

absehbare Zeit noch unsere zweckbewußte Beeinflussung überragenden Gewalten bestimmt werden, daß wir sie schlechthin als Tatsachen hinnehmen müssen. Es sind Momente, die nun einmal stärker wirken als die rein ökonomischen. Das ist der Gesichtspunkt, der mich heute veranlaßt hat, um das Wort zu bitten. Ich habe schon gestern darum gebeten, kam aber durch ein Mißverständnis bei der Meldung nicht mehr dazu, es auszusprechen: Ich habe das Gefühl, daß der Verein für Sozialpolitik — um an einige Worte des letzten Redners anzuknüpfen — das tun sollte, was die Weltwirtschaft in der letzten Zeit so ganz unterlassen haben soll: „sich einmal das Menschliche mehr anzusehen". Aber bei den ausgezeichneten und ideenreichen Referaten, die wir gestern und heute gehört haben, hatte ich doch das leise Gefühl, daß nach wie vor etwas einseitig die rein ökonomischen Faktoren nicht nur in den Vordergrund gestellt, sondern beinahe ausschließlich betrachtet werden. Und doch sollten der Weltkrieg und die Erfahrungen der Nachkriegszeit uns gelehrt haben, daß es letzten Endes, ob wir es wollen oder nicht — es kommt nicht auf die persönliche Einstellung des Einzelnen dazu an, sondern wir haben nur objektiv die Tatsache festzustellen —, doch stärkere Kräfte als die rein ökonomischen gibt.

Wenn Sie es einmal überlegen: Würden Sie es wirklich wünschen, daß zum Beispiel Kanada — das ich aus langem Studium ziemlich gut zu kennen glaube —, daß dieses wundervolle, aufblühende weiße Land von der Masse der Gelben besiedelt würde, wie es der Theorie von der „falschen Bevölkerungsverteilung" entspräche? Ich möchte nicht mit Bestrebungen, die in einer Verschärfung der National- und Rassengegensätze das Heil erblicken, identifiziert werden, aber es gibt — und das ist eine Tatsache für mich, den Lebensarbeit und Neigung dazu geführt haben, diese Dinge auf beiden Seiten des Pazific zu verfolgen — Dinge, über die man schlechthin nicht rein ökonomisch debattieren kann. Es muß bei den Problemen der großen Rassen Grenzen geben, und diese Grenzen sind — für den, der nicht anders überzeugt sein will — letzten Endes auch ökonomische. Professor Harms hat gestern in seinem so überaus ideenreichen Referat jenes, wie er sagte, größte Problem der Zukunft gestreift, das sich dann auftun würde, wenn die 400 Millionen Menschen Chinas anfangen würden, europäische Kleidung zu tragen. Noch viel größer wird sich aber das Problem in dem Augenblick auftun, wo die 400 Millionen Menschen anfangen, diese neue Kleidung anzufertigen, und zwar nicht nur die eigene.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wir sehen in China sehr langsam — die Chinesen sind ja viel zäher und schwerfälliger, aber auch viel wuchtiger, als das leichtbewegliche Inselvolk der Japaner — eine autochthone Industrie heranreifen. Denkbar ist sie ohne weiteres, denn es sind alle Voraussetzungen der Natur dort gegeben. Dort sind die billigsten Arbeitskräfte der Welt, die, wie ich betone, zugleich zu den besten Arbeitskräften der Welt gehören. Wir, die China kennen, wissen diese Arbeit zu schätzen, auch nach der moralischen Seite. Wir wissen auch, was für Schätze dieses Land birgt, und im übrigen geht ja der Wettlauf aller, aber auch aller europäischen Nationen — in diesem Sinne begreift Europa die amerikanische Kultur- und Wirtschaftswelt als eine allerdings weite Streckung in sich — darum, diesen Prozeß möglichst rasch vorwärts zu bringen. Die Gelbe Gefahr ist heute für den ruhigen Beurteiler nicht mehr das naive Problem, daß wieder einmal die Hunnen hereinbrechen könnten. Das haben sie gar nicht mehr nötig. Man hat den viel bequemeren Weg, statt Menschen Waren zu exportieren. Es ist zugleich aber latent — nicht im politischen, aber im rassenmäßigen und auch im ökonomischen Sinne — längst eine ganz außerordentlich starke chinesische Kolonisation im Gange. Ich betone: nicht im politischen Sinn, nicht im Sinn der Machtpolitik, wenigstens vorläufig; aber sie ist viel gefährlicher und großartiger als die japanische. Sie umfaßt die ganze gewaltige Inselwelt des Stillen Ozeans. Die weißen Staaten stehen dieser Tatsache mit äußerster Besorgnis gegenüber und suchen mit Gesetzen — zum Teil wenig aufrichtigen Charakters — das Gespenst zu bannen. Die ganze Südsee und der große Inselkontinent Australien bangt vor dieser Gefahr, und die Politik Australiens, des britischen Weltreiches und Amerikas wird nicht in letzter Linie von dieser Sorge mitbestimmt. Das sind alles Probleme, die wir nicht ausschalten dürfen, wenn wir uns mit den großen Fragen der weißen Rasse beschäftigen wollen, das sind zugleich Fragen, die wir auch nicht ausschalten dürfen, wenn wir uns über die großen Probleme der Weltwirtschaftskrises unterhalten wollen. Der Krieg hat auch hier nichts neues geschaffen, aber er hat eine ganze Reihe von Bewegungen, die viel älteren Datums sind, außerordentlich beschleunigt und intensiviert. Heute stehen uns sämtliche fremden Rassen ganz anders gegenüber als vor dem Kriege; sie haben den Respekt vor der europäischen Kultur auf den Schlachtfeldern, wohin sie zu Hunderttausenden von unseren Feinden geschleppt worden sind, verlernt, und sie haben ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lernt, wie man die Dinge selbst machen muß. Es ist ein gewaltiges Problem, vom entferntesten China in der Mandschurei an bis herüber nach der wieder jungen Türkei, ein Problem, das sich auch über weite Teile Afrikas erstreckt und das von europäischen Interessenten bewußt verschärft wird. Moskau hat sich mit außerordentlichem Eifer für dieses Amt bereit erklärt.

Die Fragen, die sich daraus ergeben, führen unmittelbar in das hinein, was als das moderne Kolonialproblem schlechthin zu bezeichnen ist. Nicht in der scheinbar einfachen Weise, wie es manchmal von alten Kolonialfreunden behandelt wird: es muß alles werden, wie es war. Erstens wird es nicht, wie es war, und zweitens wollen wir es nicht im Sinne eines über den Erdball verstreuten Besitzes. Aber andererseits ist dieses große koloniale Problem im Sinne einer Auseinandersetzung der kulturell fortgeschrittenen Rassen mit anderen Rassen eines, das man nicht mit einem bloßen Nein beantworten kann, eben schon darum nicht, weil, wenn die Weißen — und unter ihnen als unentbehrliche Mitarbeiter am Werke die Deutschen — nicht kolonisieren, es andere machen. Chinesen und auch Inder tun es bereits längst, letztere mit schweren Gefahren für die Eingeborenen weiter Gebiete des Südens und Ostens von Afrika. —

Für Deutsche sind aber auch in den zuerst erwähnten weiten Ländern, die hoffentlich weiß bleiben werden, rein ökonomisch Zukunftsmöglichkeiten ganz zweifellos in großem Maßstab vorhanden. Sie brauchen nicht auf die überschwengliche Propaganda, die die kanadische Regierung stärker als eine europäische Aktiengesellschaft selbst in internationalen Schlafwagen heute wieder entfaltet, hereinzufallen, aber daß in diesem Lande die gewaltigsten Möglichkeiten bestehen, darauf brauche ich die in der Landwirtschaft autoritativen Herren nicht erst zu verweisen. Die Dinge liegen so, daß man uns als Arbeitskräfte in bestimmten Berufen wieder gerne sieht. Der hervorragendste der neuen kanadischen Staatsmänner, der Premierminister Sir Wilfred Laurier, hat mir einmal vor dem Kriege gesagt: „Wir brauchen die teutonische Rasse" — darunter verstand er die Deutschen und die Skandinavier —, „es sind Leute, die fleißig, bedürfnislos, ruhig und ordnungsliebende Bürger sind." „Jawohl," sagte ich ihm, „und außerdem diejenigen Kolonisten, die sich niemals politisch organisieren und unbequem werden, mit denen Sie machen können, was Sie wollen, während die irischen und manchmal auch die osteuropäischen Einwanderer sich organisieren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und dann rasch einen gewissen politischen Machtanspruch erheben." So liegt das Problem, ökonomisch, privatwirtschaftlich betrachtet, für den einzelnen durchaus nicht aussichtslos, volkswirtschaftlich und nationalpolitisch betrachtet, für uns aber ganz außerordentlich gefährlich — das hat Professor Winkler heute überzeugend dargelegt. Wir stehen vor dem geschichtlichen Faktum, daß in angelsächsischen Gebieten der Deutsche in der Erhaltung seines Deutschtums ganz außerordentlich bedroht ist, und wir müssen uns irgendwie mit diesem Problem auseinandersetzen.

Diese Betrachtung führt uns auch zu dem, was Professor Winkler am Schlusse seines Vortrags ausgeführt hat und was ich hier unterstreichen möchte: wir können aus all den überschwänglichen Hoffnungen auf die Auswanderung ein Heilmittel weder für das gestern noch für das heute erörterte Problem herleiten. Eine solche Auffassung ist grundsätzlich abzulehnen. Das ist auch ökonomisch das Falscheste, was wir tun können. Die schlechteste Exportpolitik ist immer die Massenauswanderung.

(Zustimmung.)

Vorsitzender: Damit ist die Rednerliste erschöpft, und wir kommen zu den Schlußworten der Referenten. Zuerst Herr Dr. Winkler.

Privatdozent Dr. Winkler (Wien): Meine Damen und Herren! Die zwei Referate, die meinem Referate vorangingen, haben eine so reiche Problematik vor Ihnen ausgebreitet und meine Ausführungen haben sich nur auf so schlichte statistische Tatsachen und ihre Deutung beschränkt, daß es verständlich ist, wenn der Gang der Wechselrede sich den zwei ersten Referaten zugewendet hat und ich in der glücklichen Lage bin, festzustellen, daß meine Ausführungen im wesentlichen keinen Widerspruch erfahren haben.

Ich will ganz kurz die Ergebnisse meiner Betrachtungen zusammenfassen. Es hat sich gezeigt, daß es vor dem Kriege auf deutschem Volksboden nur eine Art übervölkerter Gebiete gegeben hat, die deutschen Kolonistengebiete im Osten und Südosten, daß dagegen das deutsche Mutterland im Bevölkerungsgleichgewicht, die übrigen Gebiete aber in einem Zustande von Unterbevölkerung standen, was fremde Einwanderung mit ihren unliebsamen, bedenklichen Folgen begünstigt hat. Durch den Krieg ist hierin insofern eine Änderung geschaffen worden, als jene unterbevölkerten Gebiete infolge des Krieges einen Augenblick lang den Anschein der Übervölkerung erwecken konnten, der jetzt wieder ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schwunden ist, während sich das Deutsche Reich und Österreich tatsächlich in einem Zustande der Übervölkerung befinden. Ich habe aber aus den statistischen Zahlen, die uns vorliegen, aus dem Altersaufbau und der Entwicklung der Geburtenkurve, nachweisen können, daß die heutige Übervölkerung ein vorübergehender Zustand ist, und daß wir auch schon bei stationärer Wirtschaft einem Zustande der Untervölkerung entgegengehen. Daraus hat sich zunächst ergeben, daß eine Auswanderung in die Fremde als Abwehr gegen diese Übervölkerung nicht in Frage kommt, eine Abwehr, die auch schon wegen der großen Verluste, die die deutsche Auswanderung in der Fremde durch die Weichheit der Auswanderer erfährt, vom Standpunkte des deutschen Volkstums unerwünscht ist. Nun wäre es eine mögliche Lösung, die durch das Nebeneinanderbestehen von übervölkerten und von untervölkerten deutschen Gebieten nahegelegt wird, einen Ausgleich zu organisieren und der deutschen Wanderung eine solche Richtung zu geben, daß nicht nur keine Auswanderer in die Fremde gehen müßten, sondern daß sie dorthin geleitet würden, wo Arbeiterbedarf ist, wo sonst ein fremdes Einströmen stattfindet und deutscher Volksboden verloren geht. Es wäre dadurch ein doppelter Erfolg erzielt. Ich erlaube mir, an die Anwesenden die Bitte zu richten, über diese Lösung, die zu organisieren wäre, nachzudenken.

Zum Schlusse möchte ich nur ganz kurz auf eine Bemerkung bezug nehmen, die als eine Art Widerspruch gegen die grundsätzliche Einstellung meines Referats gedeutet werden könnte, auf eine Bemerkung, die Herr Sulzbacher über die Bedeutung der Volkszahl gemacht hat. Diese Bemerkungen schienen mir geradezu auf ein Lob der Untervölkerung hinauszulaufen. Ich möchte demgegenüber doch feststellen, daß die Bewertung der Bevölkerungszahl nicht zu einem Viertel religiös und zu drei Vierteln militärisch bedingt ist; die Bevölkerungszahl ist doch eine eminent wirtschaftliche Sache. Wem das nicht bekannt ist, den bitte ich, die Berichte über die Entvölkerung des flachen Landes in Frankreich zu lesen, entsetzliche Zustände, die die millionenstarke volksfremde Einwanderung zur Folge haben, eine Einwanderung, die keine Anstalten zeigt, sich zu assimilieren, die ein Fremdkörper im eigenen Leibe ist, die aber — und das ist der Hohn — geradezu noch als Erlösung begrüßt werden muß.

Wer, wie wir aus dem alten Österreich, erlebt hat, wie sich solche Dinge zur großen Staatspolitik entwickeln, der wird zugeben müssen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß die Volkszahl nicht nur ein Gegenstand gefühlsmäßiger Wünsche, sondern eine sehr praktische Sache ist.

Aber — und das ist das Entscheidende — das Hauptgewicht für die Bewertung der Volkszahl liegt anderswo; die Stütze der Volksvermehrung ist ein Ausdruck für die Kraft und Frische, für die Lebensfähigkeit eines Volkes, die Bevölkerungszahl in gewissem Maße auch ein Zeuge für den Geltungsraum seiner Sprache und Kultur. So berechtigt es nun gerade in diesem Kreise war, die materiellen Gesichtspunkte zu Worte kommen zu lassen, so dürfen wir sie doch keineswegs gerade hier die höheren ideellen Gesichtspunkte überwiegen lassen. So wird unsere Stellung zu allen Bevölkerungsfragen letzten Endes bestimmt durch unsere Stellung zu den höchsten, heiligsten Gütern, die wir besitzen, unsere Kultur, unser Volkstum.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Das Wort erhält Herr Professor Mombert zu seinem Schlußwort.

Professor Dr. Mombert (Gießen): Als ich heute früh meinen Vortrag beendet hatte, sagte mir ein lieber alter Freund, daß er sich darüber freue, daß ich bei Behandlung des Problems nicht in einen seichten Optimismus verfallen sei. Als ich dann durch diese Türe hinausging, kam ein anderer lieber Freund zu mir und erklärte mir, er sei ganz mit mir einverstanden, nur diesen Optimismus, den ich zur Schau getragen habe, könne er nicht teilen, da werde ich wahrscheinlich am Nachmittag auf sehr viele Gegner stoßen.

(Heiterkeit.)

Ich möchte da vor allem gegenüber denjenigen, die eine gewisse Einstellung nach der einen oder anderen Seite hin — ich darf sagen — getadelt haben, folgendes hervorheben: Man kann aus einem Vortrage natürlich das eine oder das andere herausholen. Ich habe wohl gesagt, man kann in der großen Linie eine Prognose nach der günstigen Richtung hin stellen, aber in dem Ausdruck der großen Linie liegt doch nur eine gewisse Tendenz. Der Ausdruck gilt gerade gegenüber Präsident Saenger, der auf gewisse soziale Schwierigkeiten hingewiesen hat, die sich dabei ergeben müßten, während ich selbst ja wörtlich gesagt habe, daß das nicht ohne schmerzhafte Umstellungen vor sich gehen wird. Das zunächst ganz allgemein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich kann und will an dieser Stelle nicht auf die zahlreichen Einzelfragen, die in dankenswerter Weise behandelt worden sind, wie das Lohnproblem, soziale Umschichtung usw., eingehen. Kollege Oppenheimer wird mir es auch nicht übelnehmen, wenn ich mich an dieser Stelle mit ihm nicht über Meliorierungen und das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag auseinandersetze. Ich hoffe dazu an anderer Stelle Gelegenheit zu haben. Nur auf eines möchte ich hinweisen. Wenn er gemeint hat, daß ich Übervölkerung mit Arbeitslosigkeit gleichgesetzt habe, so war das seinerseits ein Mißverständnis. Ich habe das nie gesagt, ich habe vielmehr ausdrücklich gesagt, Arbeitslosigkeit sei letzten Endes auch ein Lohnproblem. Daraus ergibt sich ja schon der Unterschied, auf den es Oppenheimer gegenüber ankommt.

Wenn wir heute in Deutschland eine leichte — sie brauchte gar nicht so groß zu sein — Inflation bekämen, wäre die Arbeitslosigkeit sehr rasch beseitigt, hingegen die Übervölkerungserscheinungen noch nicht; denn hierfür kommt es auf den Reallohn an, und dieser kann bei allgemein niedrigen Löhnen und allgemeiner Beschäftigung im Durchschnitt niedriger sein als bei großer Arbeitslosigkeit und hohen Reallöhnen. Hier hat es sich also um ein Mißverständnis gehandelt.

Der letzte Punkt, den ich noch hervorheben will, betrifft die Bemerkungen, die Herr Dr. Hahn hier gemacht hat. Selbstverständlich dürfen wir uns — so hat er es auch wohl nicht gemeint — nicht davon leiten lassen, was bei dem, was wir hier sagen, als Eindruck im Auslande entsteht. Ich habe aber ausdrücklich hervorgehoben, daß ich an dieser Stelle das Reparationsproblem als solches nicht behandeln kann. Ich konnte nicht darauf eingehen, ob die innere Aufbringung und ob die Übertragung möglich ist, ich habe einfach beides vorausgesetzt. Aber unter dieser Voraussetzung, daß die Übertragung gelingt, ist deren Möglichkeit ein Preisproblem auf dem Weltmarkt. Wenn Dr. Hahn von einem Deflationsdruck gesprochen hat, so sah er die Dinge doch zu sehr unter dem Gesichtspunkte des Geld- und Kapitalmarktes. Es ist durchaus möglich, daß ein Rückgang des Unternehmergewinns und ein solcher der Löhne eine Senkung der Preise ermöglichen, ohne daß eine Deflation dabei mitwirkt. Dazu genügen allein schon die Mittel der Besteuerung. Es handelt sich doch letzten Endes darum, daß wir einen Teil der von uns erzeugten Güter ohne Gegenleistung an das Ausland abgeben. Wir geben einen bestimmten Güterertrag her, ein bestimmter Teil an Arbeitsleistung wird bei uns aufgewendet, wofür

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Arbeitende — im Durchschnitt betrachtet — kein Entgelt bekommt. Das allein muß schon zu einem Rückgang der Lebenshaltung führen. Aber dieser ganze Vorgang ist von einem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und von Preiskämpfen begleitet; diese Entwicklung — und das war der Grund, weshalb ich diesen Zusammenhang hier dargelegt habe — muß sich international fortpflanzen, weil es sich eben dabei um Güter handelt, die dem Gesetze der niedersten Kosten bei der Preisbestimmung unterliegen.

Zum Schlusse will ich noch eines hervorheben. Wir übersehen bei all diesen Fragen und Problemen heute vor allem eines, nämlich, daß, so merkwürdig es vielleicht klingen mag, der Zustand, den wir heute haben, eigentlich gar nicht wunderbar, gar nicht anormal ist. Wenn wir die Zeiten nach den napoleonischen Kriegen, also die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts, in Deutschland betrachten, so sehen wir genau dieselbe Zerrüttung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, nur in anderen Formen, weil eben damals die industrielle Arbeiterschaft als Masse noch nicht in diesem Umfange ausgebildet gewesen ist. Neuere Untersuchungen haben das auch für England auf das allerdeutlichste gezeigt. Darin, daß das Gleichgewicht noch nicht nach jeder Beziehung wieder hergestellt ist, liegt nicht das Problem, liegt nichts Wunderbares; ein solches Problem läge dann vor, wenn die Dinge bei uns bereits in Ordnung und im Gleichgewicht wären.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Ich bitte nun Herrn Geheimrat Aereboe, sein Schlußwort zu sprechen.

Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Aereboe (Berlin): Ich habe heute morgen mit dem Worte angefangen, daß das Bevölkerungsproblem das Problem der Probleme ist. Unsere ganzen Betrachtungen sind ein Beweis dafür, wie vielerlei Fragen in dieses Problem eingreifen, sie sind ein Beweis dafür, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, das Bevölkerungsproblem hier auch nur einigermaßen zu lösen. Es ist aber heute nachmittag ganz besonders interessant gewesen, zu hören, wie dieses Problem hätte eigentlich angefaßt werden müssen, wenn man versuchen wollte, eine wirkliche Einigung über dieses Problem endgültig herbeizuführen. Ganz besonders haben uns Dr. Sulzbacher und auch Geheimrat Köbner dafür den Beweis gegeben. Eigentlich hätten wir uns erst darüber verständigen müssen, welche religions-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

philosophische Auffassung wir haben, was wir über Rasse denken, was über die Berechtigung der Rassenverteilung usw. Ich möchte sagen, daß ich, als ich mich an das Problem machte, naturgemäß auch auf diese Fragen gestoßen bin. Aber ich habe mir gesagt, wenn wir überhaupt hier etwas schaffen wollen, dann bleibt nichts anderes übrig, als das Problem einfach in der Weise aufzufassen, daß ich sagte: Wie hoch ist der Nahrungsspielraum? So allein konnte ich dieses Problem hier behandeln.

Wie diese Nahrungsmittel nachher verteilt werden, wie die Frage des Kopfkonsums und ähnliches hier hineingreift, das sind alles besondere Fragen. Lediglich: Was kann die Landwirtschaft unter den verschiedensten Verhältnissen leisten, wenn man sie einfach nach der Masse der Nahrungsmittel mißt, die unter bestimmten natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht werden — das war die Aufgabe, mit der allein ich mich hier beschäftigen mußte, wenn ich einigermaßen zum Ziele kommen wollte.

Ich habe hier gestern ausgeführt, daß Geheimrat Harms und ich in bezug auf die Auffassungen über die Zukunft des Zuckerrübenbaues nicht einig sind. Hinterher habe ich mit Geheimrat Harms noch darüber unterhandelt und dabei festgestellt, daß wir doch einer Meinung sind, nur daß er in seinem Vortrage die Gegenwart im Auge hatte, während ich die Möglichkeiten, die in Zukunft für den Zuckerrübenbau gegeben sind, erörterte. Geheimrat Harms hat recht damit, daß der Rohrzucker vorläufig den Sieg davon getragen hat, da über 70 % der Weltproduktion auf den Rohrzucker entfallen. Er ist mit mir aber einer Meinung darüber, daß diese Verhältnisse sich wesentlich ändern können und werden, wenn das zutrifft, was ich über die gesteigerte Verwendung des Kunstdüngers hier ausgeführt habe.

In bezug auf die ganze übrige Debatte möchte ich mich darauf beschränken, auf einige Bemerkungen derjenigen Herren zurückzukommen, welche mir direkt widersprochen haben oder aus deren Ausführungen ein Widerspruch zu den meinigen hervorgeht.

Was zunächst die Darlegungen des Herrn Budge betrifft, so bin ich nicht der Meinung, daß sein Argument, daß Böhm-Bawerks und meine Anschauung sich widersprächen, ein durchschlagendes wäre. Ich bin der Meinung, daß die ganze Lehre vom Grenznutzen der Schlußstein unserer Erkenntnis noch nicht sein wird. Weiter möchte ich in bezug auf das Bodengesetz die klar und präzise von einem Herrn gestellte Frage,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

was ich darüber denke, hier nochmals beantworten. Worauf es bei dem Bodengesetz ankommt, ist die Frage, ob wir die Nahrungsmittelproduktion so steigern können, daß die Volksernährung in Zukunft günstiger gestellt sein wird, als sie es bisher gewesen ist. Der springende Punkt des Bodengesetzes ist doch, daß sich die Nahrungsmittelproduktion der Menschheit bisher immer günstiger gestellt hat, je weiter sie auf der Welt getrieben worden ist. Ich glaube in überzeugender Weise erwiesen zu haben, daß das auch in Zukunft so sein kann. Wollen Sie noch weitere Beweise haben, so können Sie gerade aus dem, was namentlich auch Geheimrat Köbner hier ausgeführt hat, noch einiges entnehmen. Auch aus dem, was ich heute morgen nur angedeutet habe, lassen sich weitere Beweise ableiten. Denken Sie, was werden würde, wenn morgen das neue Präparat „Bayer 205", das gegen die Tripanosom- und gegen die Schlafkrankheit erfolgreich wirken soll, von den Engländern übernommen und in vollem Ausmaße zur Anwendung gebracht würde! Zwischen dem Sudan und dem Sambesi ist wegen der Schwierigkeiten der Viehzucht heute von Landwirtschaft noch wenig zu finden. Auch Deutschsüdwestafrika war früher für Viehzucht wenig geeignet, weil die Rinderpest dort herrschte, bis Robert Koch sie erst ausgerottet hat. Was für neue Landstriche sind damals dort erobert worden und welche neuen können noch erobert werden, wenn die Trägerkolonnen durch Zugvieh ersetzt werden können. Ich erinnere an das, was ich heute morgen über die Bewässerungswirtschaft gesagt habe. Wer will behaupten, daß, wenn morgen neue Bewässerungswirtschaften eingerichtet werden, sie schlechter gestellt wären, als die alten. Es handelt sich dabei nur um eine Kapitals- und eine Bedarfsfrage. Wenn der Bedarf da sein wird, wenn er dahin wirken wird, daß die Preise etwas anziehen, und wenn obendrein das Kapital vorhanden ist, um neue Bewässerungswirtschaften einrichten zu können, dann werden sie eingerichtet werden. Dann wird naturgemäß auch das eintreten, was nach großen technischen Verbesserungen und Betriebserweiterungen immer eingetreten ist, es wird der Preis der Agrarprodukte wieder sinken. Ist es wirklich der Lauf der Geschichte gewesen, daß die Agrarprodukte immer teuerer geworden sind, wie es nach dem Bodengesetz Tatsache sein sollte? Im Gegenteil, es ist richtig, daß besonders, wenn man die Agrarprodukte in Relation zu den übrigen Dingen des Lebensaufwandes bringt, sie im Laufe der Zeiten eine Verbilligung erfahren haben, welcher eine Verbesserung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Standard of life der Menschheit gefolgt ist. Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag führt also zu keiner Verschlechterung des menschlichen Daseins. Trotz des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag kann das menschliche Dasein immer wieder reicher werden.

Noch ein paar Worte zu dem, was Kollege Oppenheimer hier ausgeführt hat. Ich muß das dick unterstreichen, was er über die Notwendigkeit der Siedlung gesagt hat. Nach meiner Überzeugung ist es wirklich so, daß es die Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist, ob wir in nächster Zeit eine umfangreiche Bauernsiedlung durchführen können oder nicht. Das ergibt sich auch aus dem, was ich heute morgen hier auseinandergesetzt habe. Worüber wir abweichender Meinung sind, das sind nur der Weg und das Tempo, die zum Ziele führen. Ich habe heute morgen auseinandergesetzt, daß es sich dabei nicht in erster Linie um eine Bodenfrage, sondern in erster Linie um eine Kapitalsfrage und um eine Erziehungsfrage handelt. Wollten wir auch schnell eine Million Bauern ansiedeln, wo wollten wir sie und das erforderliche Kapital dazu herkriegen? Die Landwirtschaft will doch auch erlernt, die Menschen müssen dazu erzogen sein. Wenn die Menschen in der Großstadt erzogen sind, lassen sie sich nicht von heute auf morgen fürs Land umstellen. Das geht nur langsam. Von heute auf morgen läßt sich daher auch der Abbau der Großstädte nicht durchführen. Kollege Oppenheimer meint weiter, wir könnten doch leicht Ödlandsiedlung im großen betreiben. Dem muß ich widersprechen. Wenn Sie im Auge behalten, was ich heute morgen über die Verzinsung des Kapitals in der Landwirtschaft ausgeführt habe, werden Sie mir recht geben. Das Kapital muß sich in Zeiten der Not in erster Linie dorthin wenden, wo es eine hohe Verzinsung finden kann. Und wenn es in der Landwirtschaft an Vieh, an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, an Kunstdünger fehlt, wenn wir noch von allen diesen Dingen — abgesehen vielleicht vom Kunstdünger — kaum so viel haben, daß wir die alte Landwirtschaft damit auf das höchste Maß der Intensität bringen können, dann ist es wirtschaftlich unzulässig, in größerem Umfange auf arme Böden Siedlungen aufzuführen. Wir haben in der Kriegszeit eine Masse von Utopien zu hören bekommen. Ödlandsiedlung ist heute nur zweckmäßig, soweit man es noch mit Bodenarten zu tun hat, die einen hohen Grad von Fruchtbarkeit aufweisen können. Wir haben solche Böden, das müssen wir besonders betonen. Denken Sie nur, was das Deutsche Reich — nicht im Gebirge, sondern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in der Ebene, in Mecklenburg zum Beispiel — an Buchenwäldern, an Eichenwäldern usw. besitzt, die auf Weizenböden stehen! Da muß man in erster Linie anfangen und dafür sorgen, daß die Bewegung des Waldes von den besten Böden zu den schlechtesten Böden nicht aufgehalten wird. Dazu brauchen wir vor allem die Aufhebung der Fideikommisse und nicht ein Neuerstehen dieser Fideikommisse in Form von Waldgütern und dergleichen. Denn das bedeutet nichts weiter, als daß der Wald in dieser Bewegung gehemmt wird. Es ist noch immer so gewesen, daß, wenn kein gutes Land für die Siedlung mehr frei war, die Latifundienbesitzer auf die Ödländereien oder über die Grenze hingewiesen haben. Auf diese Art und Weise kommt man aber in der Volkswirtschaft nicht weiter, sondern wir brauchen eine Aufteilung des Latifundienbesitzes, allerdings in dem Tempo, wie es heute durch Kapitalerneuerung und Menschenerziehung vorgeschrieben ist. Helfen aber müssen dabei eine richtige Besteuerung und eine richtige Preis- und Zollpolitik. Dann können wir allmählich wieder zu einer Gesundung unserer Agrarverhältnisse kommen.

Unser verehrter Herr Vorsitzender hat mich heute darauf aufmerksam gemacht, daß meine Ausführungen eine Lücke gehabt haben — und ich habe ihm recht gegeben —, daß ich nämlich bei der Frage der Behandlung der Betriebsintensität nicht erörtert habe, wie eine verschiedene Betriebsintensität auf die Beschäftigungsmöglichkeit der Menschen wirkt, und daß diese Frage uns besonders im jetzigen Augenblick bei der großen Arbeitslosigkeit interessiert.

Die ganze Lehre von der Betriebsintensität ist eine ganz außerordentlich umfangreiche, und es wäre notwendig, daß wir sie alle studieren. Ich als Landwirt, der seit seiner Jugend mit beiden Beinen in den praktischen Verhältnissen steht, möchte Ihnen hier sagen: Sie glauben gar nicht, was für verschiedene Vorstellungen über Betriebsintensität herrschen. Die Lehre von der Betriebsintensität ist nicht so leicht und einfach, vor allem dann nicht, wenn sie erst einmal so kompliziert gemacht ist, wie es tatsächlich in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft der Fall ist.

Das Hauptsächlichste will ich aber anführen: Das Maß von Arbeit, welches wir in der Landwirtschaft aufwenden, und auch das Maß von Betriebsintensität ist in erster Linie von dem Kulturartenverhältnis abhängig. Das Wort Kulturartenverhältnis ist ein unglückseliges, denn eigentlich hat es mit der Kultur nichts zu tun, sondern man müßte

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sagen: Benutzungsweise. Wiese, Weide, Ackerboden, Garten, Wald nennt man die Kulturarten. Das Verhältnis, in dem diese Kulturarten zueinanderstehen, ist das erste, wovon die Beschäftigungsmöglichkeit abhängig ist. Wir können sagen, je größer der Anteil ist, der auf das Ackerland entfällt, desto größer ist das Maß von Beschäftigungsmöglichkeit — naturgemäß unter der Voraussetzung von gleichem Boden und Klima. Das zweite, wovon das Maß der Beschäftigung abhängig ist, ist das Anbauverhältnis, das heißt das Verhältnis, in dem die einzelnen Ackerfrüchte zueinander angebaut werden, insbesondere der prozentuale Anteil, der auf die Hackfrüchte entfällt. Das sind die großen Indikatoren der landwirtschaftlichen Betriebsintensität. Wenn man nun die Beschäftigungsmöglichkeit in der Landwirtschaft steigern will, dann muß man eben dafür sorgen, daß zuerst der Anteil des Ackerlandes an der Gesamtfläche und nachher auf dem Ackerland der Anteil der Hackfrüchte relativ groß ausfallen. Dann steigert man die Betriebsintensität — immer unter der Voraussetzung gleicher natürlicher Verhältnisse und, was besonders wichtig ist, gleicher Verhältnisse in bezug auf die Betriebsgröße.

Noch ein letztes Moment spielt bei der Betriebsintensität eine Rolle, das ist die Frage, in welchem Ausmaß der Betrieb mechanisiert ist. Ich darf dafür ein praktisches Beispiel anführen. Ich bin Staatskommissar für die höhere landwirtschaftliche Lehranstalt in Landsberg an der Warthe. Dort haben wir ein Versuchsgut „Ollenburg". Auf diesem Gute ist ein außerordentlich tüchtiger Mann, Herr Dr. Ries, Betriebsleiter, der mit mir schon an der landwirtschaftlichen Hochschule auf dem Gebiete der Arbeitsforschung zusammengearbeitet hat. Dr. Ries hat es fertig gebracht, daß er den Zuckerrübenbau mit ganz außerordentlich wenig Arbeitskräften durchführt, weil er einen Rübenheber und einen Abblätterer hat, und auch sonst möglichst alles mit Maschinen macht. Auf solche Weise drückt man wohl die Betriebsintensität im Augenblick, aber die Folge ist auf die Dauer doch die, daß nicht weniger Arbeiter beschäftigt werden, sondern daß man mehr Rüben baut. Es wirkt sich eine derartige Möglichkeit, auf der einen Seite an Arbeit zu sparen, immer dahin aus, daß diejenigen Zweige, welche nunmehr ein besonderes Maß von Rentabilität aufweisen, stark in den Vordergrund geschoben werden. Es ist nur im Augenblick so, daß die Mechanisierung zur Extensivierung führt, wie das ja auch in der Industrie und in der ganzen Volkswirtschaft zutreffend ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zum Schlusse möchte ich betonen, daß es von der größten Wichtigkeit ist, daß wir die Landwirtschaftslehre und namentlich die landwirtschaftliche Betriebslehre als Erkenntnisquelle für die Volkswirtschaftslehre mehr als bisher benützen. Es ist durchaus richtig, daß die landwirtschaftliche Betriebslehre die Aufgabe hat, privatwirtschaftlich betrachtet, die Landbautechnik mit volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu durchdringen. Aber umgekehrt muß man auch sagen, daß die Landwirtschaftslehre eine wichtige Grundwissenschaft der Volkswirtschaft ist.

(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Wir haben heute in einer siebenstündigen Verhandlung nicht weniger als 17 Redner gehört, drei Referenten und 14 Redner. Ich glaube, Sie alle werden festgestellt haben, daß das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag in unseren Beratungen keine Wirkung gezeigt hat (Heiterkeit), da noch die letzten Ausführungen unseres hochverehrten Herrn ersten Referenten von derselben Frische und Kraft getragen waren und dieselbe Ergiebigkeit für uns hatten wie seine erste Rede von heute früh. Ich glaube, im Sinne aller zu sprechen, wenn ich allen Herren, die heute gesprochen haben, insbesondere aber den Herren Referenten, unseren verbindlichsten und besten Dank zum Ausdruck bringe.

Ich schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 45 Minuten abends.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dritter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 25. September 1926.

Vorsitzender Dr. Spitzmüller: Meine hochverehrten Damen und Herren! Das Problem, das uns heute beschäftigt, die Steuerüberwälzung, ist eines der kompliziertesten, aber auch ein solches, welches heute besondere Aktualität beanspruchen darf. Wenn ich das Wort Steuerüberwälzung höre, muß ich immer an Lorenz Stein denken, zu dessen Füßen ich noch gesessen bin, und der bekanntlich ironisierend die ganze Steuerüberwälzung für eine große Begriffsverwirrung erklärte und hinzufügte, jede Steuer werde von jedem auf jeden überwälzt. Er mußte sich dann von Adolph Wagner, der die Steuerüberwälzung sehr gründlich behandelt und insbesondere davor gewarnt hat, an eine ausreichende Wirkung der Steuerüberwälzung in hohem Maße zu glauben, wieder vorwerfen lassen, daß er eine ungeheure Konfusion herbeigeführt habe.

Immerhin muß man sagen, daß die Skepsis, die v. Stein gehabt hat, und die sich darin ausdrückte, daß er alle Steuern für überwälzbar erklärte, heute bis zu einem gewissen Grade wieder Gemeingut geworden ist. Ich finde, daß das etwas Beklemmendes hat. Es hat eine Zeitlang die Meinung bestanden, daß gleichmäßig veranlagte Steuern und allgemeine Steuern, also namentlich die Einkommensteuer, nicht überwälzt werden könne. Aber schon in der „Finanzwissenschaft" von Geheimrat Lotz wird festgestellt, daß auch diese Anschauung von der Nichtüberwälzbarkeit der Einkommensteuer nur eine sehr beschränkte Anwendung habe. In dem neuesten Werk, in dem „Handbuch der Finanzwissenschaft" wird — und ich empfinde das als etwas Tröstendes — doch wieder auf die Anschauung zurückgegriffen, daß Einkommensteuern und allgemeine Steuern nur in einem sehr geringen Grade überwälzbar seien. Es ist nicht erstaunlich, daß unter diesen Umständen die Praktiker, Gesetzgeber und Verwalter, sich kaum darum kümmern, wie die sozialen Wirkungen — und zu den

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sozialen Wirkungen gehört insbesondere die Überwälzung — bei einer Steuer beschaffen seien. In einer Zeit — in der Inflationszeit —, in der der Grundsatz, man müsse sich das Geld dort nehmen, wo man es findet, eine erschreckende Ausdehnung gewonnen hat, sind nicht nur die Rücksichten auf die sozialen Wirkungen, sondern auch auf die Gerechtigkeit und die sittliche Grundlage der Steuern — denn es gibt auch solche, sollte man denken — vollständig in den Hintergrund getreten. Wir in Österreich — und in vielen Ländern liegen die Dinge ähnlich — haben nun gewiß ein großes Bedürfnis, die Frage, die uns heute beschäftigt, etwas geklärt zu sehen, und eine mündliche Diskussion kann ja zu dieser Klärung gerade bei dem Problem der Steuerüberwälzung — lebhafte Anregung ist da notwendig — am ehesten noch beitragen. Wir sind in Österreich mit einer Reihe von Steuern beglückt worden, von der Warenumsatzsteuer über die Fürsorgeabgabe zur Genußmittelabgabe, bei denen nicht einmal die Natur feststeht. Namentlich gilt dies bei der Fürsorgeabgabe, bei der durchaus nicht feststeht, wie sie zu kategorisieren ist. Eine Erörterung der Steuerüberwälzung, speziell bei diesen Abgaben, könnte wohl auch wesentlich zur Klärung der Natur dieser Steuern beitragen und würde dann aktuelle Bedeutung haben. Denn jetzt wird ja leider die Frage nach der Natur, nach der Gerechtigkeit dieser Abgabe, wer eigentlich der Träger dieser Steuer ist, hier ausschließlich nach parteimäßigen Grundsätze erörtert.

Ich möchte jetzt dem ersten Herrn Redner das Wort geben. Es ist das Professor Dr. Mann, der über „Wesen und allgemeinen Verlauf der Steuerüberwälzung" das Referat vortragen wird. Ich möchte gleich bei dieser Gelegenheit bemerken, daß Herr Professor Dr. Mayer, der zweite Redner, gebeten hat, seine Ausführungen in das Gewand einer Einleitung der Diskussion über das erste Referat kleiden zu dürfen.

Ich erteile Herrn Professor Dr. Mann das Wort.

Professor Dr. Mann (Königsberg):

Wesen und allgemeiner Verlauf der Steuerüberwälzung.

I.

Wenige finanzwirtschaftliche Fragen sind seit der Entstehung unserer Wissenschaft bis in die Gegenwart hinein lebhafter umstritten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

worden als die Überwälzung der Steuern. Das Referat, das der Verein für Sozialpolitik mir anvertraut hat, ist nicht so vermessen, sich der Hoffnung hinzugeben, daß es die Kontroversen ausrotten könne; es will nur versuchen, unter Verwertung neuerer Forschungsergebnisse diejenige Auffassung von Wesen und allgemeinem Verlauf der Steuerüberwälzung zu begründen, die meiner Ansicht nach dem Stande heutiger Finanzwissenschaft am meisten entspricht.

Die Umstrittenheit des Überwälzungsproblems entspringt zunächst dem Umstande, daß es bis in die jüngste Vergangenheit kaum einen Sozialökonomen oder Wirtschaftspolitiker gab, der sich nicht schmeichelte, zu einer selbständigen Beurteilung der Überwälzungsvorgänge vorgedrungen zu sein, und daß neben wissenschaftlich fundierten Auffassungen sich eine Schar von Improvisationen breitmachte. Daß hierbei allzuoft längst inventarisierte Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit unberücksichtigt blieben, ist nicht weiter verwunderlich. Schon aus diesem Grunde muß ich es mir versagen, einen theoriegeschichtlichen Rückblick zu bieten. Sogar den Auftrag, nur die in neuerer Zeit vertretenen Überwälzungstheorien in annähernder Vollständigkeit vorzuführen, müßte ich zurückweisen: er könnte nur durch ein zweites, besonderes Referat erfüllt werden.

In einem nicht minderen Grade entspringt die Strittigkeit des Überwälzungsproblems dem Umstande, daß nicht einmal über das zu analysierende Phänomen eine Einigung zu erzielen war. Die Steuerüberwälzung ist nur ein Element mannigfacher Steuerwirkungen und Steuerreaktionen. Daher die Möglichkeit, diesen Vorgang verschieden abzugrenzen; daher aber auch die Gefahr, ihn mit anderen mehr oder weniger verwandten Prozessen zu konfundieren. Bis in die jüngste Diskussion hinein sind solche Vermischungen und Vermengungen immer wieder erfolgt. Aus dem vielgestaltigen Komplex ähnlicher und unähnlicher Tatbestände den Überwälzungsvorgang sauber herauszupräparieren, ist daher die erste Aufgabe, die auf dem Wege zur Klärung des Problems gelöst werden muß.

Ein solcher Versuch verspricht aber nur dann Erfolg, wenn wir — wie es hauptsächlich die italienischen und angelsächsischen Schriftsteller angeregt haben — für die verschiedenartigen Tatbestände Sonderbezeichnungen einführen. Meine Zuhörerschaft bitte ich daher entschuldigen zu wollen, wenn ich mich zuweilen einer noch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht landläufigen Terminologie bedienen muß; nur dadurch können Zweifel und Verwechslungen ausgeschlossen, nur dadurch kann einer fruchtbaren Diskussion der Boden bereitet werden. Im übrigen wird sich mein Vortrag auf einen kurzen allgemeinen Umriß beschränken, so daß den Herren Korreferenten und Diskussionsrednern vielerlei Wichtiges nachzutragen übrigbleibt.

II.

Die Arena, auf der die Überwälzungskämpfe ausgefochten werden, liegt weitab von den gewohnten Schauplätzen der „öffentlichen Entlastungs- und Belastungskämpfe" (Schäffle), von den Versammlungsräumen der Interessenvertretungen, der politischen Körperschaften und der Parlamente. Wird doch keine nachträgliche Änderung bestehender Steuergesetze mehr erstrebt, sondern nur eine dem Geist des Gesetzgebers oft zuwiderlaufende Änderung der Steuerbelastung. Das kann unauffällig, gelegentlich sogar insgeheim geschehen. Allerdings sehe ich von den zahllosen versteckten und unsauberen Mitteln ab, deren sich einzelne Zensiten bedienen, um den Fiskus zu hintergehen: z. B. die Steuerumgehung, die Steuerhinterziehung und den Steuerbetrug, die weniger den Finanzwissenschaftler als den Finanzrechtler und — soweit der Tatbestand eines Deliktes gegeben ist — den Kriminalisten angehen. Aus methodologischen Erwägungen, die ich hier nicht weiter entwickeln kann, beschränke ich mich auf die menschlich und moralisch unbedenklichen, auch vom Standpunkte des Naturrechts aus „legalen" Reaktionen wirtschaftlicher Art. Da sie den Kern der Steuerabwehrvorgänge bilden, fasse ich sie unter dem Namen „Steuerabwehr" zusammen.

Diese Abwehrprozesse zielen zum Teil darauf hin, dem Willen des Gesetzgebers trotzend, die relative oder absolute Höhe der Steuer herabzusetzen. Das kann dadurch gelingen, daß die Zensiten, die den „Steuerstoß" („percussione", „percussion", „the impact of the tax") erhalten haben, mehr oder weniger bewußt ihre Wirtschaftsführung ändern und damit die Voraussetzungen, unter denen die Steuergesetzgebung zustande kam, zum Teil oder ganz aufheben. Im einzelnen bestehen hierbei zwei Hauptmöglichkeiten: entweder paßt der Zensit, der den Steuerstoß erhielt, seine Wirtschaftsführung den Steuergesetzen derart an, daß die Hand des

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fiskus mehr oder weniger ins Leere greift; oder er überläßt dem Steuerfiskus den gewünschten Tribut, schafft aber durch gesteigerte Eigentätigkeit eine von den früheren Verhältnissen abweichende Wirtschaftssituation. Das erste vorwiegend negative Verhalten sei „Steuervermeidung", das zweite vorwiegend positive Verhalten „Steuereinholung" genannt.

Beispiele für diese Vorgänge finden sich auf allen Steuergebieten. Am bekanntesten ist die Reaktion des Zensiten gegenüber Verbrauchs- und Verkehrssteuern; stellen sie ihn doch vor die Wahl, entweder — unter Beibehaltung seiner bisherigen Lebensgewohngewohnheiten und Bedürfnisse — die Steuer zu tragen oder dem Steuerdruck dadurch zu entgehen, daß er auf die Befriedigung eines bisher bedeckten Bedürfnisses verzichtet. Ergreift er diese letztere Möglichkeit der „Selbstentlastung", so liegt eine „Steuervermeidung" vor. Fast ebenso bekannt sind die Fälle der älteren schottischen Branntweinsteuer, der deutschen Zuckersteuer und anderer „Produktivitätssteuern", die zur Verbesserung der technischen Produktionsprozesse oder vermehrter Eigentätigkeit des Zensiten anregten und damit eine „Steuereinholung" ermöglichten.

Im heutigen Referat versage ich es mir, auf diese Vorgänge näher einzugehen; zumal da ich sie in meinem Aufsatz „Grundformen der Steuerabwehr" und meinem demnächst im Handwörterbuch der Staatswissenschaften erscheinenden Artikel: „Überwälzung der Steuern" ausführlicher behandelt habe. Hier sei nur betont, daß beide Vorgänge in den allgemeinen Wirtschaftsprozessen ihre Gegenstücke finden. Ob der Staatsbürger infolge einer neuen Steuer oder infolge gestiegener Löhne und Zinsen seinen Verbrauch beschränkt, kann vom Standpunkte der Konsumtion aus gleichgültig sein. Nur eine verschieden motivierte Konsumtionsbeschränkung liegt vor. Insoweit bildet die Steuervermeidung nur einen Sonderfall der alltäglichen wirtschaftlichen Anpassung an die Preise. Steigende Preise rufen außerdem — wie allgemein bekannt — einen Kampf um Erhöhung der Einkommen, besonders um Erhöhung der Löhne hervor. Der Arbeiter, der durch Überstunden oder Heimarbeit sein Einkommen der Preiserhöhung angepaßt hat, genießt in derselben Weise eine „restitutio in integrum" wie der Zensit, der eine ihn belastende Gebrauchssteuer durch vermehrte und erfolgreiche Arbeit wettgemacht hat. Vom Standpunkte wirtschaftlicher Tätigkeit aus ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sehen, ist daher die Steuereinholung nur ein Unterfall der allgemeinen Anpassung des Einkommens an steigende Preise — eine Erscheinung, die wir wohl am besten als „Preiseinholung" bezeichnen dürfen.

Endlich sei noch bemerkt: sowohl bei der Steuervermeidung als auch bei der Steuereinholung wird eine quantitative Änderung der Steuerbelastung bewirkt: im ersten Fall eine absolute, im zweiten Fall eine relative. Dem öffentlichen Haushalt erwächst daraus dieselbe Aufgabe: Wie soll der Fiskus die der Besteuerung sich entziehenden Einkommen und Vermögen erfassen? Da bei der Steuervermeidung und Steuereinholung die der Gesamtheit aufgebürdete Steuerlast gemindert wird, fasse ich beide Vorgänge auch als „Steuerminderung" zusammen.

Wenn nun aber eine absolute oder relative Verminderung der Steuerlast keinen Erfolg verspricht oder bereits mißlungen ist, bleibt immer noch die Möglichkeit, die individuelle Steuerbürde dadurch zu erleichtern, daß sie ohne wesentliche Änderung ihrer Größe auf andere Personen oder Gruppen „verschoben" wird. Hatte in den früheren Fällen, in denen der Fiskus eine Einbuße erlitt, der Abwehrvorgang eine vorwiegend finanzpolitische Bedeutung, so greift er nunmehr weit tiefer als bisher in die Prozesse der Einkommens- und Vermögensverteilung ein, wird zu einem wesentlichen Bestandteil des allgemeinen Verteilungsproblems.

Auch hierbei eröffnen sich wiederum zwei Möglichkeiten. — Der Steuerzahler kann in einem einmaligen Verkehrsakt die Steuerlast einem anderen Wirtschaftssubjekt zuschieben: mit der Wirkung, daß diese eine Person die Steuerlast trägt, während für ihn, seine Rechtsnachfolger und alle übrigen mit ihm in Verkehr tretenden Individuen die Steuer für alle Zukunft getilgt ist. Es entsteht dann die einzigartige Situation, daß eine Steuer vorhanden ist, die niemand trägt, „a burdenless tax", wie Plehn es ausdrückt. Diesen Vorgang — in der Literatur teils Amortisation der Steuer, teils „capitalization of taxation", „absorption of taxation", „consolidamento dell'imposta" usw. genannt — bezeichne ich als „Steuertilgung".

Die finanzwissenschaftliche Literatur verweist gern auf die Grundsteuer oder die Effektensteuer als Beispiele tilgbarer Steuern. Indem diese den Ertrag von Grundstücken und Wertpapieren vermindern,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hindern sie den Käufer dieser Objekte — jedenfalls solange sich noch unbesteuerte Kapitalsanlagen ähnlicher Art finden —, den bisherigen verkehrsüblichen Preis zu bezahlen. Sein Preisangebot wird vielmehr um diejenige Summe geringer sein, die dem kapitalisierten Steuerbetrag entspricht. Willigt nun der Verkäufer in das Preisangebot ein, so gestaltet sich die wirtschaftliche Lage des Käufers ebenso günstig, als ob er ein unbesteuertes Objekt erworben hätte: er hat z. B. beim Kauf der Aktie nur denjenigen Preis gezahlt, der dem Durchschnittsertrage der übrigen geringer besteuerten oder unbesteuerten Industriepapiere gleicher Art entspricht; spürt mithin die Steuer nicht mehr. Durch den Vermögensverlust des Voreigentümers erlischt die Steuerbelastung des Rechtsnachfolgers; für diesen ist die Steuer getilgt.

Immerhin ist dieser Prozeß nicht so landläufig wie die Steuervermeidung, auch seltener als die Steuereinholung; ist er doch an drei Voraussetzungen geknüpft:

Erstens muß der besteuerte Gegenstand, verglichen mit gleichartigen Steuerobjekten, einer Prägravation unterliegen. „Inequality of taxation", sagt Seligman, „is the corner-stone of capitalization".

Zweitens muß der besteuerte Gegenstand einen Kapitalwert haben (der auch durch Kapitalisierung der Jahreserträge gebildet werden kann). Aus diesem Grunde kann eine Prägravation bei der Kopfsteuer, der Einkommensteuer oder der Lohnsteuer nicht getilgt werden.

Drittens. Im Anschluß an Seligman ist in der neueren Literatur behauptet worden, nur diejenige Steuer wäre tilgbar, die auf eine „relativ dauerhafte Ware" gelegt sei. Von dieser Auffassung werden Steuergegenstand und Steuer verwechselt. Nicht der Steuergegenstand muß (wie Seligman und seine Schüler meinen) relativ dauerhaft sein, sondern die Steuer. Nur wenn sie vom gleichen Objekte mehrfach oder dauernd erhoben wird, kann der Betrag zukünftiger Steuerzahlungen kapitalisiert und vom Kapitalwert des Steuergegenstandes abgezogen werden. Dies ist die dritte Voraussetzung der Steuertilgung.

Demgemäß kommen für diesen Abwehrprozeß eine Reihe von Steuern nicht in Frage: außer der bereits erwähnten Kopfsteuer, Lohnsteuer und Einkommensteuer entziehen sich auch einmalige Vermögenssteuern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Steuertilgung. Wohl aber können Verbrauchs- und Verkehrssteuern, wie Adolph Wagner schon richtig sah, getilgt werden; zum Beispiel eine die Brauereien in ungleichem Maße treffende Biersteuer. Nur ist der Vorgang bei Grundstücken und fixen Kapitalien leichter erkennbar; setzt sich außerdem in diesen Fällen auch leichter durch, weil hier die Ungleichheit der Besteuerung, die eine Voraussetzung der Steuertilgung bildet, vom kaufenden Publikum müheloser ermittelt werden kann.

So ist zwar der Wirkungsradius der Steuertilgung verhältnismäßig klein; dagegen greift sie um so tiefer in die Wirtschaftsverhältnisse ein. Sie wirkt wie eine materielle Vermögenssteuer oder, schärfer ausgedrückt, wie eine Teilkonfiskation des Vermögens.

Auch bei dieser Abwehrform will ich nicht länger verweilen. Nur zur allgemeinen Charakterisierung und zur Einordnung in größere Zusammenhänge sei noch hinzugefügt, daß auch sie in den allgemeinen Wirtschaftsprozessen ihr Gegenstück findet. Wenn bei sinkenden Holzpreisen — wie wir sie während der letzten Jahre in Deutschland erleben — der Waldbesitzer gezwungen ist, wegen mangelnder Rentabilität sein Eigentum gegen einen unter dem bisherigen Verkehrswert liegenden Erlös zu veräußern, so ist der neue Waldbesitzer um die erwähnte Preisdifferenz besser als der Vorbesitzer gestellt. Die Last niedriger Holzpreise drückt ihn nicht mehr; sie ist für ihn getilgt oder geschwunden. So könnten wir auch hier von einer „Lastentilgung" oder einem „Lastenschwund" sprechen. Ähnlich im Falle eines Hypothekengläubigers, der ein in seinen Erträgen nachlassendes Mietshaus im Wege der Subhastation zu einem der gegenwärtigen Verzinsung entsprechenden Preise erwirbt. Das ist der allgemeine Vorgang, dem auf dem Gebiete der Besteuerung die Steuertilgung entspricht.

Ferner haben wir gesehen, daß bei der Steuertilgung der Fiskus keine Einbuße erleidet. Keine Steuerminderung, nur eine Verschiebung oder Umlagerung des Steuergewichtes findet statt, weshalb wir die Steuertilgung auch unter dem Oberbegriff der „Steuerverschiebung" subsumieren können.

Einen ähnlichen Vorgang finden wir noch bei demjenigen Abwehrprozeß, der bisher die Aufmerksamkeit der Wissenschaft vornehmlich auf sich lenkte und dessen Analyse den Hauptgegenstand dieses Refe-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rates bildet: bei der „Steuerüberwälzung". Im Rahmen der bisher beschriebenen Steuerreaktionen wird es verhältnismäßig leicht gelingen, ihr Wesen und ihren allgemeinen Verlauf zu erkennen.

III.

Von vornherein sei betont: die Steuerüberwälzung ist nur dann zu verstehen, wenn wir auch sie als Sonderfall eines allgemeineren Vorganges begreifen. Der Unternehmer, der eine Steigerung seiner Produktionskosten durch Erhöhung der Warenpreise paralysiert, der bei steigenden Zinsen und Löhnen die Preise der von ihm bezogenen Rohstoffe drückt oder bei Preissteigerungen der Rohstoffe die Arbeitslöhne herabsetzt, überwälzt auf verkehrswirtschaftlichem Wege ganz oder teilweise eine Last, die ihn sonst selber getroffen hätte. Ähnlich ein Arbeiter oder Angestellter, der den Rückgang seines Einkommens durch Verkürzung der Wohnungsmiete ausgleicht oder die vermehrten Beitragszahlungen seiner Gewerkschaft oder Krankenkasse durch Erhöhung von Lohn und Gehalt wettmacht. Diesen Vorgang habe ich als „Wirtschaftsüberwälzung" bezeichnet.

Steuerüberwälzung und Wirtschaftsüberwälzung fließen mitunter ineinander. Nehmen wir an: die Beitragszahlungen des Angestellten zur Gewerkschaft oder Sozialversicherung würden in Zukunft in Steuerform eingetrieben, so würde niemand daran zweifeln, daß die auf Grund jener Beitragszahlungen erlangte Gehaltserhöhung eine Steuerüberwälzung wäre. Der wichtigste Unterschied besteht nur in der wissenschaftlichen Behandlung: obwohl die Wirtschaftsüberwälzung die Preisbildung und Einkommensverteilung entscheidend beeinflussen kann, wurde sie von der bisherigen sozialökonomischen Theorie nur wenig beachtet; um so gründlicher untersuchte diese den analogen Fall, daß die einem Zensiten auferlegte Steuer mit oder gegen den Willen des Gesetzgebers anderen Schultern aufgebürdet wird: die Steuerüberwälzung.

Wie bei der Steuertilgung wird auch bei der Steuerüberwälzung ein Verkehrsakt vorausgesetzt. Diesen Anlaß benutzt der Zensit, um die ihn zunächst treffende Steuerlast den am Verkehrsakt beteiligten nächsten Kontrahenten zuzuschieben. Gelingt das Vorhaben, so wird der Zensit, vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, steuerfrei. Obwohl er „Steuerzahler" bleibt, fällt die Bürde der Besteuerung auf eine andere Person, die wir „Steuer-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

träger" nennen. Wir könnten auch mit Pantaleoni einem „contribuente de jure" einen „contribuente de facto" gegenüberstellen.

Allerdings ist noch eine weitere Differenzierung des Überwälzungsprozesses möglich: aus finanztechnischen Gründen wird die Steuer nicht von demjenigen erhoben, der sie zahlen oder gegebenenfalls fortwälzen soll, sondern von einer dritten für die Zahlungszwecke und die Steuereinziehung geeigneten Privatperson. Diese neue, zum Beispiel bei der deutschen Lohnbesteuerung zwischengeschaltete Instanz, welche die Steuer nur vorschießt und ein Rückerstattung fordern kann, habe ich „Steuerverleger" genannt; sie ist im Grunde nichts weiter als eine vom Fiskus geschaffene, einer Privatperson anvertraute Steuereinziehungsstelle, weshalb ihre Aufwendungen zum „versteckten öffentlichen Bedarf" gerechnet werden müssen.

Anders stellt sich der Überwälzungsvorgang vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus dar: die der Volksgesamtheit aufgebürdete Steuerlast wird durch die Überwälzung kaum berührt: ihre Größe bleibt — mit einer noch zu erläuternden, aber nicht entscheidenden Einschränkung — konstant. In der Hauptsache erfolgt nur eine Umlagerung des Steuergewichtes: eine Steuerverschiebung. Weshalb der Steuerfiskus keinen unmittelbaren Schaden erleidet.

Daß die Größe der Steuerlast meist nur annähernd konstant bleibt, erklärt sich vornehmlich daraus, daß auch die Steuerüberwälzung ihre Kosten hat. Je nach der Länge und Dauer des Überwälzungsprozesses gesellt sich ein wechselnder Zinsbetrag für die verauslagte Steuer zur Steuersumme hinzu. Daher kann es für die Überwälzung bedeutsam sein, in welchem Stadium der Produktion und des Vertriebes eine Steuer erhoben wird: ob z. B. als Rohstoff-, Halbfabrikat-, Fabrikat- oder Umsatzsteuer. Der Kostenbetrag und daher die Beanspruchung des Betriebskapitals ist am geringsten, wenn eine überwälzte Steuer erst nach vollzogenem Absatz erhoben wird; am höchsten bei der Erhebung der Steuer im Beginn des Produktionsprozesses. So können wir allgemein sagen, die Kosten der Überwälzung wachsen mit der Zurückverlegung der Steuer im Produktions- und Erwerbsprozeß. Da der Kleinbetrieb nur über ein bescheidenes Betriebskapital verfügt, kann er folglich durch Zurückverlegung der Steuer gegenüber dem Großbetrieb benachteiligt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Konstanz der Steuerlast wird auch aus verkehrstechnischen Gründen nur ungefähr gewahrt. Alle Warenpreise knüpfen mehr oder weniger an die Einheiten des herrschenden Geldsystems an. Der aus der Überwälzung hervorgehende neue Warenpreis kann nicht immer genau der Summe entsprechen, die sich durch den Aufschlag von Steuer und Zinsbetrag auf den alten Preis ergibt. So bietet die Überwälzung einen oft willkommenen Anlaß zur Abrundung des Preises „nach oben“: was mitunter in „Steuerwucher“ ausartet, aber nicht mit ihm zusammenzufallen braucht.

Aus den vorangehenden Betrachtungen ergibt sich, wie ungenau und irreführend die übliche Formulierung ist: die Überwälzung vollziehe sich dadurch, daß der Warenverkäufer eine ihm auferlegte Steuer durch Preiserhöhung auf den Käufer schiebt. Diese Fassung erheischt eine vierfache Korrektur:

1. kann auch umgekehrt der Käufer die Steuer durch Preisherabsetzung auf den Verkäufer überwälzen; z. B. der Unternehmer eine von ihm gezahlte Gewerbesteuer auf die Lieferanten seiner Rohstoffe, indem er die Rohstoffpreise kürzt;

2. kann nicht nur der Warenpreis, sondern auch der Preis der Dienstleistungen erhöht oder herabgesetzt werden;

3. muß berücksichtigt werden, daß auch der Überwälzungsprozeß seine eigenen Kosten hat. Infolgedessen kann die Überwälzung nur dann als geglückt gelten, wenn z. B. der Käufer von Waren und Dienstleistungen deren Preise um den Steuerbetrag und den Kostenbetrag kürzt;

4. liegt der Annahme, der vom Steuerzahler erlegte Betrag werde dem Preise zugeschlagen oder von ihm abgezogen, ein vereinfachter, mit der Wirklichkeit aber nicht immer übereinstimmender Tatbestand zugrunde. Diese Auffassung wurde hauptsächlich von der Verbrauchsbesteuerung entlehnt, bei der sich der Überwälzungsvorgang am leichtesten beobachten ließ. Der Unternehmer, der eine Gewerbesteuer auf seine Rohstofflieferanten oder Konsumenten überwälzt, muß eine viel kompliziertere Rechnung aufmachen, indem er entsprechend der Zahl der von ihm getätigten Verkehrsakte einen aliquoten Teil des ihn belastenden Gesamtbetrages auf jeden Einzelpreis draufschlägt oder von ihm abzieht. Eine Überwälzung setzt also voraus, daß trotz der Steuer das Einkommen und Vermögen des Zensiten unverändert bleibt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Damit haben wir die wesentlichen Kriterien des Überwälzungsbegriffes festgestellt. Wir verstehen unter Steuerüberwälzung einen Steuerabwehrprozeß, durch den — unter der Voraussetzung sonstiger gleichbleibender Wirtschaftsverhältnisse — der Steuerzahler die ihn treffende Steuerlast derartig auf eine oder mehrere andere Personen verschiebt, daß sein Einkommen und Vermögen ungekürzt bleiben.

Um es noch einmal spezifiert zu sagen: Bei Erwerbs-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern muß der Verkäufer von Waren und Dienstleistungen die bisherige Höhe seiner Einnahmen und dadurch mittelbar seines Einkommens, der Käufer von Waren und Dienstleistungen zunächst die bisherige Höhe seiner Ausgaben und dadurch mittelbar seines Einkommens wahren. Bei Besitzsteuern muß die Vermögenslage der Zensiten trotz der Besteuerung unverändert geblieben sein.

Die empirische Beobachtung der Überwälzung wird dadurch erschwert, daß der Prozeß nicht immer in vollem Umfange glückt. Aber daran ist festzuhalten, daß auch in dem Falle, daß nur ein Teil der Steuerlast anderen Schultern aufgebürdet wird, eine Überwälzung vorliegt; wir nennen sie „partikuläre Überwälzung" oder „Teilüberwälzung" im Gegensatz zur „Totalüberwälzung" oder „Vollüberwälzung".

Ferner unterscheiden wir, je nach dem die Überwälzung dem Willen des Gesetzgebers entspricht oder widerspricht, eine gewollte und eine ungewollte Steuerüberwälzung. Bei der gewollten Überwälzung ist der Steuerträger zugleich der „Steuerdestinatar".

von Hock hat gezeigt, daß wir je nach der Richtung des Prozesses eine Fortwälzung und eine Rückwälzung unterscheiden können: eine soweit rezipierte Klassifikation, daß sie in diesem sachkundigen Kreise nicht näher erläutert zu werden braucht. Nur nach einer Richtung sei sie hier kurz ergänzt: daß nämlich die Fortwälzung und Rückwälzung nur das erste Stadium des Überwälzungsvorganges bilden. Der von der Steuer Betroffene sucht den Steuerstoß weiterzugeben: entweder an jemanden, der seine Ware und Dienstleistung nachfragt, oder einen anderen, der ihm Ware und Dienstleistung anbietet. Immerhin ist der Prozeß damit noch nicht abgeschlossen. Auch die fortgewälzte oder rückgewälzte Steuer kann noch auf eine dritte, vierte, fünfte Person usw. verschoben werden. Diese Überwälzung höheren Grades nennen wir Weiterwälzung. Die Weiterwälzung bildet demnach das zweite Stadium des Überwälzungsprozesses.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Soviel an kurzen Erläuterungen über Begriff und Arten der Überwälzung. Wir wenden uns nunmehr dem uns hier aufgegebenen Hauptproblem, dem eigentlichen Kräftespiel, zu:

IV.

Hierbei sei vorangeschickt: die finanzwissenschaftliche Überwälzungstheorie hat nur den Verlauf des Überwälzungsprozesses zu schildern; nicht das Zustandekommen der Preise, das teils in die Preistheorie, teils in die Lehre der Steuerwirkungen und der Steuerverwendung hineingehört. Das erstere betone ich gegenüber Flora, der wie viele andere Fachschriftsteller rundweg erklärt: die Überwälzungstheorie sei nur ein Fall der Werttheorie. Das Zweite hebe ich deshalb hervor, weil das endgültige Preisniveau nicht nur von der Steuerverschiebung, sondern auch von allgemeinen Steuerwirkungen und von der Steuerverwendung abhängt. Insbesondere müßte, wie z. B. Wicksell ausführt, bei der „Inzidenz" auch der Einfluß des Staates als Konsument oder Produzent berücksichtigt werden — ein Gedanke, den noch vor wenigen Tagen unser verehrter Wiener Finanzsoziologe Goldscheid wieder aufnahm, indem er in der Sitzung des finanzwissenschaftlichen Unterausschusses unseres Vereins erklärte: ohne ein Eingehen auf die Steuerverwendung bliebe die Steuerüberwälzung ein unlösbares Problem. Wie Wicksell und Goldscheid lege auch ich auf eine Ausgestaltung der vernachlässigten Lehre von der Steuerverwendung entscheidendes Gewicht; nur — meine ich — muß sie an ihrem Orte, nicht aber im Bezirk der Überwälzungslehre behandelt werden.

Bei der zunächst folgenden Analyse der Steuerüberwälzung müssen wir also absehen:

1. von den übrigen Abwehrprozessen, die das Ergebnis der Überwälzung teils verstärken, teils abschwächen können;

2. von den allgemeinen Steuerwirkungen, die leider allzuoft mit dem Überwälzungsvorgang vermengt worden sind;

3. von der Steuerverwendung, deren offenkundiger Einfluß auf Produktion, Preisbildung, Lage des Arbeitsmarktes usw. die Wirkungen der Überwälzung häufig durchkreuzt;

4. nehmen wir in üblicher Weise an, daß sich außer der Einführung oder Erhöhung einer Steuer vorläufig nichts in den vorhandenen Wirtschaftsverhältnissen und in der Wirtschaftsführung des Zensiten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geändert hat. Auch unsere Untersuchung gilt mit der Klausel „ceteris paribus". —

Der Überwälzungsvorgang ist ein Segment des Preisvorganges: beim Dienstvertrag, Kaufvertrag, Tauschvertrag, Mietsvertrag oder anderen Verträgen über Waren und Dienstleistungen wird die Steuer durch Preiserhöhung auf den Käufer (oder denjenigen, der das Preisgut zahlt) oder durch Preisherabsetzung auf den Verkäufer (oder denjenigen, der das Preisgut empfängt) überwälzt. Erhöht der Verkäufer den Preis, so werden gegebenenfalls die schwächsten Käufer ausgeschaltet oder müssen die bisherigen Käufer auf einen Grenzakt ihrer Bedarfsbefriedigung verzichten. Umgekehrt, wenn der Käufer den Preis herabsetzt: dann werden gegebenenfalls die ihre Ware oder Dienstleistung am höchsten einschätzenden, daher schwächsten Verkäufer ausfallen, oder die bisherigen Verkäufer auf einen Grenzakt ihrer Erwerbstätigkeit verzichten müssen. Ob dieser Prozeß gelingt oder mißlingt, hängt daher unmittelbar von der Relation von Angebot und Nachfrage ab. Angebot und Nachfrage sind die unmittelbaren *Überwälzungsfaktoren*.

Schon aus dieser allgemeinen Charakterisierung folgt, daß *in der Verkehrswirtschaft grundsätzlich alle Steuern überwälzbar sind*. Da jedes Individuum Kaufs- und Verkaufsgeschäfte tätigt, kann es einen ihn treffenden Steuerstoß auf andere Individuen weiterleiten und in entgegengesetzter Richtung von anderen Individuen belastet werden. Keine Person, keine Personengruppe ist dem Überwälzungsprozeß gegenüber *immun*. Im übrigen entscheidet die jeweilige Mischung von Produzenten- und Konsumenteneigenschaften bzw. von Verkäufer- und Käufereigenschaften, die *amphitropische Stellung* (wie Knapp sie nannte), inwieweit ein Individuum im Überwälzungsprozeß aktiv und passiv legitimiert ist.

Dennoch dürfen wir die Häufigkeit der Überwälzungsvorgänge nicht überschätzen. *Virtuelle und faktische Überwälzung sind scharf zu trennen*. Leider muß ich auch diese wichtige Frage hier zurückstellen; sie gehört zur speziellen Steuerlehre, die für die einzelnen Steuerarten und Wirtschaftskonstellationen die Voraussetzungen der Überwälzung untersuchen muß: die Eigenart des Steuergegenstandes, das Preisniveau, die Produktionsverhältnisse, der Grad des Wettbewerbs, die zollpolitischen Einflüsse, der Stand der Konjunktur und viele andere Momente — nicht zuletzt die Wirksamkeit anderer Steuer-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

abwehrprozesse — müssen hierbei berücksichtigt werden. Ich verzichte darauf aber um so leichteren Herzens, als meine beiden verehrten Korreferenten sich „die Praxis der Steuerüberwälzung" als Thema gewählt haben und ich ihren Ausführungen nicht vorgreifen will.

Außerdem ist von vornherein folgender Unterschied festzuhalten:

Eine auf den Produzenten gelegte Gewerbe- oder Gebrauchssteuer wird um so leichter überwälzbar sein, als dem Konsumenten der Kausalzusammenhang zwischen Besteuerung und Preiserhöhung offenkundig ist. Die psychischen Widerstände wachsen, wenn z. B. bei einer allgemeinen Einkommensteuer einige angeblich durch den Tarif überbelastete Gruppen entweder Erhöhung ihrer Gehälter und Löhne oder Herabsetzung ihrer Wohnungsmieten verlangen. Die größere Undurchsichtigkeit des Zusammenhanges und die Schwierigkeit, einen eindeutigen Beweis ungleichmäßiger Belastung zu erbringen, verstärken hier die Abneigung der Gegenseite, einer Preiserhöhung oder Preisherabsetzung zuzustimmen. Hieraus erklärt sich zum Teil die allgemeine Erfahrung, daß Verbrauchssteuern leichter als allgemeine Einkommensteuern überwälzt werden.

Ferner hängt die Überwälzung — wie jede andere Reaktion des Zensiten — von der im konkreten Falle festgesetzten Steuerhöhe ab. Das gilt zunächst vom Verhältnis der Steuerhöhe zu den im Güterverkehr üblichen abgerundeten Geldpreisen. Meist wird eine Überwälzung erst dann versucht, wenn der Steuerbetrag einer verkehrsüblichen Geldeinheit (5 Pfennig, 50 Pfennig, 1 Mark usw.) entspricht oder wenigstens eine „Abrundung nach oben" ermöglicht. Das gilt außerdem von der absoluten Steuerhöhe. Kleinere Steuererhöhungen werden mitunter — wie geringfügige Transportkostenerhöhungen — widerstandslos hingenommen, weil der Überwälzungskampf sich nicht verlohnt: stärkere Mehrbelastungen — besonders wenn sie in der Form neuer Steuern erscheinen — reizen zu heftigen Abwehrbewegungen. So können wir in leichter Abwandlung einer von Flora formulierten Regel sagen: die Höhe und die Neuheit der Steuer erleichtert den Überwälzungsprozeß.

Die ältere Theorie ging vielfach davon aus, daß die Überwälzung nur durch Verminderung des Angebots erreichbar wäre. Aus dieser Auffassung heraus hat de Parieu sein von der neueren Literatur noch gern verwendetes Grundaxiom der Überwälzung entwickelt. Ob der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Überwälzungsvorgang gelingt oder mißlingt — das ist der Hauptinhalt dieser Lehre — hängt von der Beschränkbarkeit des Steuergegenstandes ab.

Ist dieser Gedanke nicht evident?

Können die Verkäufer ihr Angebot vermindern, so ist das bisherige Gleichgewicht zwischen Käufern und Verkäufern gestört. Indem die schwächsten bisher noch zum Kaufe gelangenden Käufer ausfallen, bildet sich ein neuer Preis, der je nach der Intensität des Kaufwillens und je nach der Größe der Kauffähigkeit der übrigbleibenden Kaufbewerber gegenüber dem ursprünglichen Preise erhöht ist. Damit wird der Überwälzung ihr Weg bereitet. Umgekehrt, wenn die Nachfrage vermindert wird und dementsprechend ein Teil der Verkäufer in Gefahr gerät, auf den Absatz ihrer Ware verzichten zu müssen. Durch die Preisherabsetzung, die sich nunmehr die Verkäufer gefallen lassen müssen, wird ihnen die Steuerlast teilweise oder ganz zugeschoben.

Dennoch genügt dieser Kausalzusammenhang nicht zur Erklärung des Phänomens. Mit Ausnahme weniger Grenzfälle, deren noch besonders gedacht werden wird, sind Angebot und Nachfrage aller Güter beschränkbar. Das *eigentliche Problem* beruht also darin, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ein beschränkbares Angebot einer beschränkbaren Nachfrage gegenübersteht. Kommt es dann zu einer Überwälzung? und wie ist ihr Verlauf?

Hierbei ist zu beachten: die Beschränkung erfolgt erst mittelbar in der Produktionssphäre, unmittelbar innerhalb des Güterumlaufs. Die Preiserhöhung setzt eine Kontraktion des Angebots, die Preisherabsetzung eine Kontraktion der Nachfrage voraus. So hängt die Überwälzung von der *Elastizität von Angebot und Nachfrage* ab; wobei wir unter Elastizität die Anpassungsfähigkeit von Angebot und Nachfrage an Preisveränderungen verstehen. Diese Eigenschaft ist in wechselndem Ausmaße gegeben; fehlt in gewissen Fällen ganz. Je schwächer die Einflüsse der Preisveränderungen, desto *starrer* das Angebot und die Nachfrage.

Bei der Formulierung des Problems habe ich schon vorweggenommen, daß es ferner bei der Steuerüberwälzung nicht (wie die ältere Theorie glaubte) auf die absolute, sondern stets nur auf die relative Elastizität von Angebot und Nachfrage ankommen kann. Derjenige Kontrahent, dessen Begehrungen und Anbietungen elastischer sind als die Begehrungen und Anbietungen des Gegenkontrahenten,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist zur Überwälzung befähigt. So können wir formulieren: Die Überwälzung gelingt, wenn das Angebot elastischer ist als die ihm jeweils gegenüberstehende Nachfrage oder wenn die Nachfrage elastischer ist als das ihm jeweils gegenüberstehende Angebot. Dies ist die allgemeine Überwälzungsregel!

Allerdings gibt es — wie bereits Schumpeter hervorhob — zwei Grenzfälle: völlige Unelastizität des Angebots oder der Nachfrage. Stößt eine starre Nachfrage z. B. nach Brot auf ein elastisches Angebot der Bäckereien, so müssen die Käufer die Preiserhöhung und damit die Überwälzung hinnehmen. Umgekehrt, wenn eine elastische Nachfrage einem starren Angebot — etwa am Schlusse einer Auktion oder des allwöchentlichen Blumenmarktes — gegenübersteht. Indessen dürfen diese Grenzfälle hier beiseite bleiben. Regelmäßig dominieren die Zwischenstufen. Deshalb wird die Frage von entscheidender Bedeutung: welche Momente die Elastizität von Nachfrage und Angebot bestimmen. Im Rahmen meines Vortrages ist naturgemäß eine vollständige Inventarisierung unmöglich. Eine Vertiefung in Edgeworths „Curiosa" ist ausgeschlossen. Ich muß mich auf kurze Andeutungen beschränken und für eine ausführlichere Behandlung auf meinen demnächst im Handwörterbuch erscheinenden Artikel „Überwälzung der Steuern" verweisen.

Beginnen wir mit einigen Andeutungen über die Nachfrage:

In vielen Kreisen ist der Glaube verbreitet, alle Verbrauchssteuern würden auf die Konsumenten überwälzt. Eine richtige Beobachtung liegt zugrunde: sowohl Existenzgüter als auch Luxusgüter werden vielfach auch bei steigenden Preisen in unverändertem Umfange gekauft, weil im ersten Falle trotz geringer Kaufkraft ein dringender Bedarf, im zweiten Falle trotz eines entbehrlichen Bedarfs eine hohe Kaufkraft vorliegt. Dennoch darf diese Beobachtung nicht vorschnell generalisiert werden. Nur ein Teil der Verbrauchsgüter ist lebensnotwendig; nur ein Teil wird ausschließlich von den wohlhabendsten Volksschichten gekauft, an deren festgegründeter Kaufkraft auch eine erhebliche Preiserhöhung ihrer Genüsse eindruckslos vorübergeht. Güter, die eines Massenverbrauches fähig sind — etwa Zigaretten und Zigarren, aber auch Wein und Bier —, weisen daher erfahrungsgemäß eine mit dem Preisstand schwankende Nachfrage auf; weshalb — besonders dann, wenn das Angebot dieser Konsumgüter unelastischer ist — eine Steuerüberwälzung auf den Verbraucher mißlingen kann.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anders bei den Kapitalgütern. Die moderne Industriewirtschaft kauft — wie die Ereignisse der Kriegszeit und Nachkriegszeit beweisen — ihre Produktionsmittel auch bei erheblichen Preissteigerungen ein, ohne den Umfang ihrer Bezüge erheblich zu verkleinern. Die Begründung liegt zum Teil darin, daß die Kapitalgüter nicht vom Einkommen, sondern (wie mein verehrter Kollege Eulenburg noch neuerdings betont hat) vom Kapitalfonds gekauft werden, daß außerdem der Kapitalfonds noch durch den Kredit erweitert werden kann. Infolgedessen wird die Nachfrage nach Kapitalgütern meist starrer als die Nachfrage nach Konsumgütern sein, so daß z. B. der Versuch, eine Kohlensteuer zu überwälzen, auf günstigere Voraussetzungen stößt. Im einzelnen wächst die Starrheit der Nachfrage, je bedeutungsvoller das besteuerte Kapitalgut zur Fortführung des Betriebes ist, je weniger rivalisierende Surrogate verfügbar sind und je stärker die Kapitalinvestition den Unternehmer zur Fortführung des Produktionsprozesses drängt. Dem letztgenannten Zusammenhang kommt besondere Bedeutung zu. Je mehr sich innerhalb der organischen Zusammensetzung des Kapitals das Gewicht nach der Seite des fixen Kapitals verschiebt, desto starrer der Bedarf, desto leichter die Überwälzung.

Anders bei den vorwiegend mit beweglichem Erwerbskapital arbeitenden Händlern. Infolge ihrer wesentlich elastischeren Nachfrage werden sie eher befähigt sein, die Fortwälzung einer auf von ihnen bezogene Kapitalgüter gelegten Steuer von sich abzuwehren. Ich gehe darauf nicht näher ein.

Nur eine Nebenbemerkung sei hier bereits eingeschaltet: die alte an Canard und v. Prittwitz anknüpfende Theorie behauptete, daß sich die Steuern letzten Endes über alle Glieder der Wirtschaftsgemeinschaft gleichmäßig verteilten. Wenn die organische Zusammensetzung des Produktiv- und Erwerbskapitals — besonders etwa beim Handel im Vergleich zur Produktion! — wechselt, wenn von dieser Relation aber die Elastizität der Nachfrage abhängt, dürfen wir eher eine ungleiche Endverteilung der Steuer vermuten. Darauf komme ich noch zurück.

Wenn nun aber im Bereich der Produktion die festen Investitionen die Nachfrage immer dringender gestalten, wenn außerdem, wie die Wirtschaftsgeschichte lehrt, das fixe Produktivkapital einer fast unaufhaltsamen Wachstumstendenz unterliegt, erhebt sich die Frage: ob

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht die Überwälzung besteuerter Kapitalgüter in Zukunft immer leichter und selbstverständlicher werden wird?

Daß eine solche Tendenz nicht beobachtet werden kann, hängt mit dem anderen Umstande zusammen, daß die besteuerten Kapitalgüter, wie z. B. die Kohle, vielfach auch einem starren Angebot unterliegen, das sich aus demselben Motiv, der organischen Zusammensetzung des im Bergbau angelegten Produktivkapitals, ergibt und daß z. B. die Kohle beziehende Industrie aus diesem Umstande Nutzen ziehen wird. Erst die Relation in der Elastizität des Angebots der Rohstofflieferanten einerseits und der Elastizität der Nachfrage der weiterverarbeitenden Industrien andererseits wird hier entscheiden, ob überhaupt — und dann in welchem Ausmaße — eine Überwälzung erfolgt.

Damit sind wir bereits zum *Angebot* auf dem Warenmarkte übergegangen.

Mit Ausnahme der vorhin erwähnten Grenzfälle tritt der elastischen Nachfrage ein elastisches Angebot gegenüber. Aber eine vollkommene Elastizität ist doch nur in wenigen Fällen gegeben; sie würde voraussetzen, daß Kapital und Arbeit beliebig aus einem Produktionszweig und Erwerbszweig herausgezogen und einem anderen Produktions- und Erwerbszweig zugeführt werden könnten. Diese Voraussetzung ist eigentlich nur beim Händler gegeben, dessen Kapital zum überwiegenden Teil oder fast ausschließlich *beweglich* ist. Wenn die Lehre unserer Klassiker *Händlererfahrungen* generalisierte, hat sie häufig — ich erwähne nur die Ausgleichung der Gewinne — zu Fehlschlüssen verleitet. Auch im vorliegenden Falle wäre es verfehlt, eine Händlererfahrung ohne weiteres auf das Produktionsgebiet zu übertragen. Hier ist die Elastizität des Angebots infolge der Zusammensetzung des Produktivkapitals, infolge der Einschaltung von Produktionsumwegen, infolge der technischen Arbeitsteilung usw. in der Regel beschränkt.

Sollen wir daraus schließen, daß nicht nur die auf einen Industriebetrieb gelegten Steuern, sondern auch die Grundsteuern nicht oder nur schwer überwälzt werden können? Das wäre — jedenfalls für die Landwirtschaft — eine Überschätzung. Kann doch innerhalb der agrarischen Produktion — allerdings erschwert durch Fruchtfolge, Technik, Begrenztheit des Arbeits- und Absatzmarktes — noch immer eine Verschiebung eintreten, so daß ihr Angebot je nach der Marktlage hier vermehrt, dort vermindert wird. Aus der populären Erfahrung: daß sich auch der Landwirt „*drehen*“ kann — folgt zugleich,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß er gegebenenfalls durch Verminderung seines Angebots die Grundsteuer fortzuwälzen in der Lage ist.

Immerhin können wir sagen, daß mit dem Rückgang alternativer Verwendungszwecke die Starrheit des Angebots wächst. Je eindeutiger der Verwendungszweck bestimmt ist — wie bei den Gütern erster Ordnung, den Konsumgütern —, desto starrer das Angebot. Jedenfalls verstreicht eine längere Frist, bis sich durch Umstellung der Produktion ihr Angebot an die Preise anpassen kann. Die Überwälzung der Verbrauchssteuern — und damit kehre ich zum Ausgangspunkt dieses Abschnittes zurück — setzt daher eine relativ starre Nachfrage voraus. Dies gilt in höchstem Maße dann, wenn es sich um verderbliche Konsumgüter handelt; oder um solche, die — wie die Modeartikel — zwar nicht in ihrer materiellen Beschaffenheit, aber in der Wertschätzung der Menschen einem schnellen Verschleiß unterliegen. Wenn in diesen Fällen keine starre Nachfrage vorliegt, muß die Überwälzung mißlingen.

Die Elastizität des Warenangebots hängt noch von vielen anderen Umständen ab, die vollzählig aufzuführen und deren Bedeutung abzuschätzen, weit über meine heutige Aufgabe hinausgeht. Ich erwähne nur die besonders von Seligman untersuchte Frage, ob die Produzenten unter gleich günstigen oder verschieden günstigen Produktionsbedingungen wirtschaften, ob die besteuerten Waren mithin zu gleichen oder differenzierten Produktionskosten hergestellt werden. Im engen Zusammenhang damit steht die weitere Frage, ob eine Produktionsminderung mit progressiven, konstanten oder degressiven Kosten je Produkteneinheit verbunden ist. Endlich hängt die Intensität des Angebots von der Spezialisierung des wirtschaftenden Menschen ab. Je schwieriger das „Umsatteln" wird, desto schwieriger auch die Verminderung des Angebots und die Steuerüberwälzung.

Eine Sonderdarstellung verdient das Kräftespiel auf dem Arbeitsmarkt. Auch hier müssen wir uns mit wenigen Bemerkungen begnügen.

Fast von jeher war die Überwälzbarkeit der Lohnsteuer lebhaft umstritten. Wer mit unseren Klassikern der Ansicht ist, daß die Lohnhöhe im allgemeinen dem kulturellen Existenzminimum der Arbeiterschaft entspricht, wird notwendig zu der Folgerung weitergeführt, daß auch die Besteuerung an diesem Tatbestand nichts ändern könne. Eine Lohnsteuer wird mithin auf die Unternehmer überwälzt; sie ist,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wie Ricardo formulierte, eine „Steuer auf Profite“. Zum entgegengesetzten Ergebnis muß die Auffassung gelangen, die aus der Mittellosigkeit der modernen Lohnarbeiterschaft schließt, daß unabhängig vom Arbeitslohn stets die gesamte vorhandene Arbeitsmenge angeboten wird. Unter dieser Voraussetzung würde eine Lohnsteuer auf dem Arbeitseinkommen liegen bleiben; d. h. unüberwälzbar sein.

Der von uns aufgestellten allgemeinen Regel entsprechend, muß auch diese Frage von der Relation der Angebots- und Nachfragfunktionen aus gelöst werden. Ich setze dabei als Ergebnis meiner an anderer Stelle veröffentlichten Untersuchungen voraus, daß die angebotene Arbeitsmenge keine naturgegebene konstante Größe ist, sondern von der Lohnhöhe abhängt und mit ihr variiert. Folglich kann das Arbeitsangebot auf eine Lohnherabsetzung reagieren, so daß der Unternehmer eine Lohnsteuer auf sich nehmen muß. Er wird hierzu um so eher geneigt und befähigt sein, als die Löhne — wie die bereits erwähnten Kapitalgüter — nicht vom Einkommen, sondern vom Kapital bezahlt werden, und die etwa fehlende Kapitalstärke durch Kreditfähigkeit ergänzt werden kann. Er wird um so mehr dazu gedrängt, als seine Maschinen und festen Produktionsmittel einen Umschlag des Kapitals gebieterisch verlangen. Auch dynamische Momente können die Fortwälzung der Lohnsteuer auf den Unternehmer begünstigen; etwa eine aufsteigende Konjunktur, die dem Fabrikanten trotz der Verteuerung der Waren den alten Absatz verheißt. Insoweit erhält hier der Überwälzungsprozeß einen spekulativen Beigeschmack.

So können unter Umständen viele Momente zusammenwirken, um eine Starrheit der Nachfrage nach Arbeitskräften zu erzeugen und der Befreiung der Arbeiterschaft von der Lohnsteuer den Weg zu bereiten. Empirische Feststellungen bestätigen dies Ergebnis. Sorgfältige Untersuchungen haben ermittelt, daß der nach der deutschen Revolution eingeführte Lohnabzug zunächst von den Buchdruckern, Bauarbeitern, Eisenbahnarbeitern, Bankangestellten und anderen Arbeitnehmergruppen auf die Unternehmer fortgewälzt worden ist. Das erklärt sich hier zum Teil auch daraus, daß die Lohnkämpfe auf jedem Arbeitsgebiet gesondert und sukzessiv ausgefochten wurden; daher eine Zurückziehung des Arbeitsangebotes aus den ungünstigsten Arbeitsmärkten möglich war. Zum Teil erklärt es sich auch aus der fortgeschrittenen gewerkschaftlichen Durchorganisierung.

Eine Sukzession der Lohnkämpfe, eine Verschiebung der Arbeits-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kräfte von einem zum anderen Arbeitsmarkt und eine gewerkschaftliche Machtentfaltung werden aber nicht immer im gleichen Maße gegeben sein. Wirtschaftliche Notzeiten können einerseits den Unternehmer hindern, auf einen Absatz verteuerter Waren zu rechnen; andererseits die Arbeiterschaft zwingen, auch bei Lohnherabsetzungen ihr altes Angebot aufrechtzuerhalten. Unter solchen Bedingungen muß dann die Lohnsteuer auf dem Arbeiter liegen bleiben. Aber auch hier braucht das unmittelbare Ergebnis *nicht das Endergebnis* zu sein. Eine Rückrevidierung der Belastung der Arbeiterschaft ist immer noch möglich.

Wie schon die Klassiker lehrten, spielen hier *dynamische* Zusammenhänge hinein: so führt der Rückgang des Arbeitslohnes auf dem Umwege über Verschlechterung der Ernährung und Wohnungsweise zu einer verlangsamten Reproduktion der Arbeiterschaft, so daß sich „in the long run" ein vermindertes Arbeitsangebot ergibt, wodurch ein Teil der Arbeitsnachfrage auszufallen droht. Hierdurch können die Unternehmer zu einer Lohnerhöhung, d. h. bald zu einer totalen, bald zu einer partiellen Übernahme der Lohnsteuer gezwungen werden. Wir müssen uns folglich davor hüten, bei der Überwälzung der Lohnsteuer *das zeitliche Moment* zu übersehen. Daß trotzdem auch das geschilderte Endergebnis für die Unternehmer nicht immer günstig zu sein braucht, hat schon der Manchestermann *Prince-Smith* ausführlich dargelegt.

Abermals sei hier eine *Nebenbemerkung* zwischengeschaltet: wie die Lohnsteuer können auch die Verbrauchs- und Verkehrssteuern durch das Medium des Lohnes auf den Unternehmer fortgewälzt werden. Trotzdem würde dadurch keine gleichmäßige Entlastung der Arbeiterschaft bewirkt, da z. B. der Verbrauch von Brot, Salz, Zucker und anderen Genußgütern nach Größe und Zusammensetzung der Familien abgestuft ist. Wird eine durchschnittliche Verbrauchssteuerlast durch Lohnerhöhung auf den Unternehmer verschoben, so liegt für die über den Durchschnitt verbrauchenden, z. B. kinderreichen Familien nur eine Teilüberwälzung vor, während umgekehrt die kleinen, unter dem Durchschnitt verbrauchenden Familien einen regelmäßigen Vorteil, eine „*Steuerdifferentialrente*" genießen. Wiederum ein Symptom dafür, daß die von der älteren Theorie vermutete gleichmäßige Endverteilung aller Steuern nach den Kräften der Individuen nichts weiter als eine *Illusion* ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

V.

Aus der Schilderung des Kräftespiels ist ohne weiteres auch ein Teil der Wirkungen der Überwälzung abzulesen:

Es versteht sich von selbst, daß die Preiserhöhungen, denen der Käufer, und die Preisherabsetzungen, denen der Verkäufer unterliegt, in der Volkswirtschaft keine isolierten Vorgänge bleiben können. Mehr oder weniger berühren sie das Preisniveau anderer Güter. Wie Schumpeter nachdrücklich betont hat, ist der Preis eines Gutes nicht Funktion der Menge dieses Gutes allein, sondern der Menge aller Güter; weshalb z. B. der Kosten- und Nachfragepreis des ersten Gutes sich ändert, wenn die Menge des zweiten sich ändert. Das ist die theoretische Formulierung eines in der Praxis längst bekannten Zusammenhanges: wenn Karl von Moor in Leipzig ein Fasten ausschreiben und alles Fleisch in der Stadt aufkaufen läßt, fangen die Fische an, im Preise zu steigen. So berichtet Spiegelberg. (Die Räuber, 1. Akt, 2. Szene.) Als Theoretiker sagen wir in anspruchsvollerer Redeweise: so wirken Komplementarität und Rivalität der Güter.

Außerdem wird der Konsumtionsstand beeinflußt, da den Preisänderungen nur selten eine parallele Einkommensänderung entspricht. Zum mindesten eilen die Preise der Einkommensänderung voraus. Weshalb z. B. eine durch die Überwälzung herbeigeführte Preiserhöhung einen Rückgang des Konsums und eine Preisherabsetzung in unbesteuerten Waren herbeiführen kann. Eine Steuer, die den Marmeladenfabrikanten auferlegt ist, könnte daher — wie Dalton bemerkt — den Verkäufern der Glaskrausen zugeschoben werden, da diese infolge der Steuer ihre vom Marmeladenfabrikanten geforderten Preise herabsetzen müssen. Die weiteren Preis- und Produktionsverschiebungen deute ich nur an, ohne auf sie einzugehen.

VI.

Unsere bisherigen Erörterungen gingen von dem einfachen Sachverhalt aus, daß derjenige, der an erster Stelle die Steuer gezahlt hat, diese auf ein mit ihm in Marktbeziehungen stehendes Individuum verschiebt. Je nachdem sich dieser Prozeß in der Richtung von Angebot zur Nachfrage oder in entgegengesetzter Richtung vollzieht, liegt eine Fortwälzung oder Rückwälzung vor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dies erste Stadium der Überwälzung führt jedoch nur selten einen definitiven Zustand herbei. Nicht immer wird der nunmehrige Steuerträger, in sein Schicksal ergeben, sich jeder Steuerabwehr enthalten; insbesondere kann er versuchen, das auf ihn fortgewälzte oder rückgewälzte Steuergewicht abermals durch Preiserhöhung oder Preisherabsetzung anderen mit ihm kontrahierenden Personen aufzubürden. In ähnlicher Weise schließen sich zahlreiche weitere Überwälzungsakte an. Dem ersten Stadium der Überwälzung folgt also eine unübersehbare Kette von Vorgängen, die wir als zweites Stadium der Überwälzung oder als Weiterwälzung zusammenfassen (s. o. S. 285).

Auch hierin beruht der Gegensatz zwischen Steuerüberwälzung und Steuertilgung. Während die Steuertilgung immer nur ein zwischen den unmittelbaren Kontrahenten ablaufender Vorgang ist, pflanzt sich die Überwälzung vielfach in weiten Wellenschlägen bis an die fernsten Küsten der Volkswirtschaft fort: ein unendlicher Prozeß.

Die finanzwissenschaftlichen Schriftsteller haben sich bemüht, die Endlosigkeit des Überwältigungsprozesses durch eindrucksvolle Bilder zu veranschaulichen. Thiers, der ihn mit dem physikalischen Ausbreitungsprozeß des Lichtes verglich, hat ihn demgemäß als „diffusion de l'impôt bezeichnet. Leroy-Beaulieu vergleicht den Steuerstoß mit dem eine Wasserfläche berührenden Steinwurf, der zahlreiche, immer schwächer werdende Wellenringe hervorruft. Ähnliche Gedanken schwebten auch Lorenz von Stein vor, wenn er von den „eigentümlichen Kreislauf in der wirklichen Verteilung der Steuer" sprach. Ein trivialeres, aber um so unmißverständlicheres Bild wählt der Amerikaner Carl C. Plehn: eine Steuer sei eine klebrige Masse wie Schusterpech, von der überall etwas hängen bleibt.

Die Schönheit und Anschaulichkeit dieser Vergleiche zu bezweifeln, liegt mir fern! Ihren Fehler sehe ich darin, daß sie die Annahme stützen wollen, im Endergebnis verteile sich die Steuerlast gleichmäßig auf alle Individuen und Haushaltungen. Mitunter verleiteten sie sogar zu dem Schluß: jedes Steuersystem wäre so gut wie ein anderes; denn der Mechanismus der Überwälzung bewirke letzten Endes, daß jeder nach seinen Kräften belastet werde. Allerdings konnte auch aus derselben Prämisse das entgegengesetzte Resultat abgeleitet werden: die gerechte Gestaltung und Verteilung der Steuerlast — so lehrte Proudhon — wäre verlorene Liebesmüh; denn infolge des Zirkulationsprozesses belaste jede Steuer und Steuerart die Masse der Kon-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sumtion; da aber die Größe der Konsumtion der Leistungsfähigkeit widerspreche, müsse jede Besteuerung ungleich und ungerecht wirken. — Wie aus unseren bisherigen Ausführungen hervorgeht, ist weder der Optimismus Canardscher Observanz noch der Pessimismus Proudhons, weder die Annahme einer zwangsläufigen „Veredelung" noch die Annahme einer zwangsläufigen „Entartung" der Steuer berechtigt.

Zwar könnte, vom Steuerstoß aus betrachtet, ein allmähliches Abklingen des Überwälzungsprozesses angenommen werden. Hierfür spricht das schon erwähnte psychologische Moment, daß der Gegenkontrahent um so bereitwilliger eine Überwälzung der Steuer auf sich nehmen wird, je klarer der Kausalzusammenhang zwischen der Besteuerung und der Preisänderung ist. Dieser Zusammenhang wird aber undurchsichtiger, je weiter sich die Preisänderung vom Steuerstoße entfernt und vom „Vordermann" auf immer neue „Hintermänner" übertragen wird. Dementsprechend tritt dem Überwälzungsstreben eine immer stärker werdende Beharrungstendenz entgegen. Aus diesem Grunde muß, wie ich bereits bei früherer Gelegenheit ausführte, zwischen dem ersten und zweiten Stadium der Überwälzung eine schärfere Zäsur gezogen werden, als dies in der bisherigen Literatur geschah.

Hieraus folgt weiter, daß der vielfach vermutete Kreislauf der Besteuerung nicht vorhanden sein kann. Wenn z. B. angenommen wurde: eine von dem Unternehmer gezahlte Gewerbesteuer könnte zunächst auf die Konsumenten überwälzt, von diesen alsdann durch Gehalts- und Lohnerhöhung auf ihre Arbeitgeber, d. h. die Unternehmer weitergewälzt werden, so daß diese endgültig zum Tragen der Steuer gezwungen würden (denn jeder neuen von den Unternehmern bewirkten Überwälzung auf die Konsumenten wäre derselbe circulus vitiosus beschieden!), so unterschätzt dieser Gedankengang (von anderen gegen ihn bestehenden Bedenken sei hier abgesehen) jene Steigerung der Überwälzungswiderstände, die das zweite Stadium der Überwälzung charakterisiert. Diese Widerstände machen es wahrscheinlich, daß im allgemeinen, je länger die Kette der Überwälzungsvorgänge ist, desto schwerer eine Vollüberwälzung gelingt. Anders formuliert: die These, daß alle Konsumenten nach ihren Kräften die Steuer tragen, kann schon deshalb nicht aufrechterhalten werden,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weil die Gruppen der Konsumenten in ungleicher Entfernung vom ersten Steuerzahler stehen.

Die Differenzierung des „Steueranfalls" wird weiter dadurch verstärkt, daß bei den vom Überwälzungsprozeß berührten Wirtschaftssubjekten die Käufer- und Verkäufereigenschaften ungleich gemischt sind. Diese Abstufungen der „amphitropischen Stellung" der Wirtschaftssubjekte und die verschiedene Elastizität ihres Angebots und ihrer Nachfrage wirken abermals auf eine ungleiche Endverteilung der Steuerlast hin. Darum ähnelt die Besteuerung eher einer Geschoßgarbe, die die Zielscheibe ungleichmäßig bedeckt. Um die Annahme einer harmonisch-gleichmäßigen Steuerverteilung auszuschalten, wollen wir daher nur von der Streuung der Überwälzung sprechen.

Die Ungleichheit der Endbelastung wird endlich noch dadurch gesteigert, daß mit fortschreitender Überwälzung andere Prozesse mehr und mehr hineinspielen; vornehmlich dadurch, daß sich die „Weiterwälzung" mit der „Wirtschaftsüberwälzung" vermischt. Aus dieser Einsicht entspringt notwendig die Frage: Wie soll sich der Führer der staatlichen Finanzpolitik zu unseren Ergebnissen stellen?

VII.

Damit berühren wir die aus der Analyse des Überwälzungsproblems sich ergebenden steuerpolitischen Konsequenzen. Am Schlusse meines Vortrages stehend, begnüge ich mich, auf zwei Zusammenhänge hinzuweisen:

a) Der zentralen Bedeutung des Überwälzungsvorganges entspricht es, daß das Verhalten im Überwälzungsprozeß zum Einteilungsprinzip aller Steuern erhoben worden ist. Trotz eines schon von Pantaleoni und von Friedrich Julius Neumann geschürten Widerspruchs wurden immer wieder die unüberwälzbaren Steuern als direkte, die überwälzbaren Steuern als indirekte charakterisiert. Immerhin ging diese Gliederung nur die Steuersystematik an. Zu einer steuerpolitischen Frage wurde sie erst dadurch, daß seit Lassalles berühmter Kammergerichtsrede über „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen" (1863) die populäre, besonders auch die politische Literatur immer wieder den Gedanken aufgewärmt hat: daß die indirekte Steuer ein Schädling im Staate, die direkte Steuer aber „die reine Unschuld" wäre.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aus meinen Ausführungen geht hervor, daß jeder in die Verkehrswirtschaft verstrickte, kaufende oder verkaufende Mensch zur Überwälzung befähigt ist; sogar die Besteuerung der Ricardoschen Grundrente kann, richtig gesehen, keine Ausnahme bilden. Darum sollten die Verfechter der Steuergerechtigkeit ihre Pflicht nicht als erfüllt betrachten, wenn sie ein vorwiegend auf direkten Steuern beruhendes Steuersystem erreicht haben. Wenn wir im Horoskop jeder Steuer lesen, daß Steuerzahler und Steuerträger auseinanderfallen können, wenn wir darüber hinaus feststellen, daß die Streuung der Überwälzung einer ungleichen Endverteilung zustrebt, so müssen wir auch direkten Steuern gegenüber auf das sorgsamste prüfen, inwieweit der Überwälzungsvorgang unerwünschte Belastungen und Entlastungen zeitigt.

b) Und nun ein letztes Ergebnis: Die Verzweigtheit des Überwälzungsprozesses und die Tendenz zur ungleichen Endverteilung sind zugleich eine deutliche Warnung gegen leichtfertige Änderung eines bestehenden Steuersystems. Je mehr die Überwälzungen weiteren Grades in die allgemeinen Wirtschaftsüberwälzungen eingehen und sich mit ihnen verschmelzen, desto untrennbarer wird der von ihnen herbeigeführte Zustand von den Dauerbedingungen der Volkswirtschaft. Nach dem Ablauf des zweiten Stadiums der Überwälzung können wir sagen: der Markt hat sich den Steuern angepaßt. Hieraus folgt zwar nicht — wie Canard glaubte —, daß „jede alte Steuer gut und jede neue Steuer schlecht ist". Wohl aber entnehmen wir daraus, wie feinfühlig alle Zellen des Wirtschaftsorganismus auf eine neue Steuer reagieren können und in welchem Umfange bis zur „Einbürgerung" jeder neuen Steuer Störungen des ökonomischen Gleichgewichtes vorauszusehen sind. Weil, wie unsere Analyse der Überwälzung lehrt, jede Steueränderung ein „Gelegenheitsmacher" für unberechtigte Einkommenserhöhungen und Einkommensverminderungen, für Belastungen und Entlastungen, für Elend und unverdientes Glück ist, müssen wir vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus schließen — hierin sehe ich einen der wichtigsten Grundsätze der Besteuerung! —, daß der historisch-überkommenen Steuerverfassung grundsätzlich der Primat gebührt.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorsitzender: Sie haben durch Ihren Beifall zu erkennen gegeben, wie sehr Sie das Referat des Herrn Vortragenden würdigen. Herr Professor Mann hat in der Tat dem Bedürfnisse, das Problem der Steuerüberwälzung, zunächst, wie er sich ausdrückte, reinlich zu präparieren und es vollständig klarzustellen, in ungewöhnlichem Maße Rechnung getragen, hat aber auch die faktischen Vorgänge bei der Steuerüberwälzung sehr lichtvoll dargestellt. Besonders erfreulich finde ich, daß er dem Wahn entgegengetreten ist, der Mechanismus der Steuerüberwälzung bewirke ohnedies, daß jeder seinen Teil der Steuer trage, oder wie er sich geistreich ausdrückte, daß eine zwangsläufige Steuerveredlung stattfinde. Ich glaube in der Tat, daß, wenn eine zwangsläufige Steuerveredlung stattfindet, wir die Finanzpolitiker noch mehr verleiten, bei der Auswahl der Steuern sehr unbekümmert vorzugehen und daher die wichtigsten Grundsätze einer gerechten Besteuerung beiseite zu lassen. Ebenso gibt sehr zu denken, was Herr Professor Mann über die Lohnsteuer gesagt hat. Er hat die bisherige Meinung, daß sie immer eine Profitsteuer sei, erschüttert und dargelegt, daß das nur mit großen Einschränkungen richtig sei.

Ich erteile nunmehr Herrn Professor Dr. Mayer das Wort[1].

Professor Dr. Mayer (Wien): Meine Damen und Herren! Wenn ich die Ausführungen, die ich vorzubringen habe, lieber in die Form einer Einleitung der Debatte kleide, anstatt anschließend an das Referat des Herrn Vorredners ein Korreferat zu halten, so hat es

[1] Während von allen anderen Referenten der Wiener Tagung je ein für den Druck besonders durchgearbeitetes Manuskript der Referate geliefert wurde, ist es leider trotz weit entgegenkommender Fristerstreckung und sonstiger eifriger Bemühungen nicht gelungen, ein Gleiches von Herrn Prof. Mayer zu erreichen. Eine am 7. November statt am 25. Oktober von Wien abgegangene Manuskriptsendung ging unterwegs verloren. Sollte das Erscheinen des Verhandlungsbandes nicht bis ins völlig Ungewisse verzögert werden, dann blieb nichts übrig, als die Niederschrift des Stenographen in Druck zu geben. Der Herr Referent fand sich mit diesem Verfahren ab. Eine Durchsicht des Stenogramms seitens des Herrn Referenten war nicht erfolgt, es konnten daher in dem hier veröffentlichten Text nur die störendsten Fehler und die schlimmsten sprachlichen Härten beseitigt werden. Auch die Korrektur hat der Herr Referent trotz seiner ausdrücklichen Zusicherung größter Beschleunigung nicht rechtzeitig besorgt. Sie mußte, so gut es ging, von mir erledigt werden. Für das weiter unten abgedruckte Schlußwort des Referenten gilt in allen Punkten das Gleiche. Das Erscheinen des Bandes hat sich durch diese Umstände leider um rund 2—3 Wochen verzögert.
Der Herausgeber.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seinen Grund darin, daß die Ausführungen, die ich für diese Gelegenheit vorbereitet hatte, zum allergrößten Teile sich mit den theoretischen Ausführungen des Referates des Herrn Vorredners, das ich leider erst vor zwei Tagen zur Einsicht bekommen habe, überdecken. Um also nicht für dasselbe Problem ziemlich analoge Lösungen zu bieten, sondern die Sache nach einer anderen Seite hin zu betrachten, will ich noch ergänzende Ausführungen und Fragestellungen in der Form der Einleitung der Debatte geben.

Wenn wir uns den gegenwärtigen Zustand der Überwälzungstheorie vergegenwärtigen, so ist er nach meinem Ermessen dadurch charakterisiert, daß nach den hervorragenden Leistungen der Finanztheoretiker der letzten Jahrzehnte — ich denke hier insbesondere an deutsche, italienische und vor allem die neueste amerikanische Forschungsarbeit, insbesondere den wiederholt hier genannten amerikanischen Autor Professor Seligmann — in den theoretischen Grundfragen, in den abstraktesten Fragen ein Unterschied nicht mehr vorhanden ist. Namentlich die Fragen des Mechanismus der Überwälzung, die Voraussetzungen der Überwälzung haben eine einheitliche Lösung gefunden. Ich möchte sie mit den beiden hier bereits gegebenen Schlagworten charakterisieren. Es kommt an auf die sogenannte Elastizität auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite, auf eine Elastizität, eine Nachgiebigkeit oder Starrheit der Angebots- oder Nachfragekunden. Das ist nichts anderes als ein Instrument, welches uns die ganze moderne Preis- und Werttheorie an die Hand gegeben hat, die ja mit diesen Tatsachen der Elastizität, der größeren oder minderen Dringlichkeit der Bedürfnisse rechnet. Indem dieses Instrument übernommen wurde, Elastizität von Angebot und Nachfrage, wie es auch der erste Herr Referent ausgeführt hat, ist die ganze Überwälzungstheorie zu einer reinen Preistheorie geworden, zu der Frage, in welchem Ausmaße ist es möglich, die einzelnen Preise zu beeinflussen zugunsten desjenigen, dem vom Staate eine Steuerzahlung zunächst auferlegt ist, oder wie es in einer anderen Formulierung heißt: Die Überwälzung ist eine Machtfrage — eine etwas nebelhaftere und unklarere Fassung, die man aber immerhin dadurch präzisieren kann, daß man den Begriff der wirtschaftlichen Macht näher determiniert hat, wonach die wirtschaftliche Macht in der gegenwärtigen Verkehrswirtschaft dadurch zum Ausdruck kommt, daß und in welchem Ausmaße der Ein-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zelne die Preise zu seinen Gunsten beeinflussen kann, sei es als Nachfragender, sei es als Anbieter.

Diese beiden Formeln, es komme auf die wirtschaftliche Macht an für die Frage der Überwälzung, oder die andere Formel, es komme auf die Elastizität der Angebot- und Nachfragekurve an, decken sich ihrem Inhalte nach. Das Resultat dieser neuesten Forschungen ist in den abstraktesten Fragen übereinstimmend. Nachdem einmal das Problem klar formuliert ist, wie es der erste Herr Vortragende getan hat, sind die abstrakten Lösungen, man kann sagen, bei allen Finanztheoretikern die gleichen. Es sind also gesicherte, feste Erkenntnisse bei diesen generellsten Fragen des Vorgangs der Überwälzung, des Mechanismus der Überwälzung, und zum Teil auch bei der Frage der Überwälzbarkeit der Steuer vorhanden. Diesem einheitlichen Bild auf der einen Seite über die allgemeinsten abstraktesten Probleme der Überwälzungslehre steht leider gegenüber ein recht buntes Bild in den konkreten, in den Detailfragen. Der Tatbestand ist ja der: wenn auch in diesen abstraktesten Problemen Einhelligkeit vorhanden ist, so ist damit noch lange nicht die Einhelligkeit gegeben, in bezug auf die Frage der Überwälzbarkeit oder der faktischen Überwälzung aller einzelnen Steuergattungen, aller einzelnen Steuerarten. Aus diesem Tatbestand, daß einerseits Einhelligkeit und feste Erkenntnisse in den abstraktesten Überwälzungsfragen vorhanden ist, andererseits aber für die bunte Mannigfaltigkeit der konkreten Voraussetzungen des praktischen Lebens die verschiedensten Lösungsversuche vorliegen, daraus ergeben sich gerade die Schwierigkeiten für die praktische Durchführung jener abstrakten Erkenntnisse, für ihre Fruktifizierung für die Steuergesetzgebung und für die Steuerverwaltung. Eine ins Unendliche gehende Kasuistik auf der einen Seite, eine Kasuistik, die darin besteht, daß der Gesetzgeber sich fortwährend die Frage vorlegen müßte, wenn die Voraussetzungen in diesem und jenem Falle zutreffen, von denen die abstrakte Theorie mit Hilfe der Instrumente: Elastizität der Nachfrage und des Angebots spricht, dann würde das und das sich ergeben. Die Voraussetzungen sind aber unendlich variabel. Daher fehlt es an einem unmittelbaren Übergang, an einer Möglichkeit der Fruktifizierung der abstrakten Erkenntnisse für die Praxis. Das würde fürs erste eigentlich einen ziemlich hoffnungslosen Aspekt ergeben. Es würde darauf hinauskommen, daß zwar allgemeinste Erkenntnisse vorhanden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind, auch für den Praktiker, der aber mit diesen allgemeinsten Erkenntnissen bei der unendlichen Variabilität der Voraussetzungen nichts anfangen kann, weil es eben an typischen Voraussetzungen fehlt, unter denen typische Steuern im Gesetzgebungswege geschaffen und im Verwaltungswege durchgeführt werden können — und es ist nichts anderes für die Gesetzgebung und für die Steuerverwaltung selbstverständlich möglich, als mit typischen Verhältnissen zu rechnen, typische Steuerveranlagungsmodi auf die Wirklichkeit anzuwenden. Mit der Frage, ob es nicht möglich ist, Zwischenglieder zwischen diesen abstrakten Erkenntnissen und jenen unendlich variablen konkreten Voraussetzungen der Besteuerung, bzw. der Steuerüberwälzung zu finden, überdeckt sich zum Teil jener Unterschied, vielmehr jene Zweiteilung, welche der Referent erwähnt hat, ob es der Finanzwissenschaft nicht möglich ist, über die bloße Beantwortung der Frage der virtuellen Überwälzung oder der Überwälzbarkeit noch hinauszugehen und noch Antworten zu finden auf die Frage nicht nur des „Daß" und der Möglichkeit der Überwälzung, sondern auch auf die Frage des „Ob" und der Notwendigkeit der Überwälzung.

Erst wenn diese zweite Frage beantwortet ist, kann die Überwälzungstheorie auch für die Praxis fruchtbar gemacht werden. Die Untersuchungen nun, die sich diesem zweiten Teile der Überwälzungstheorie zuwenden, sind mannigfaltig, und die Ergebnisse sind nicht in jener Harmonie miteinander wie die, die sich mit den abstrakten Grundsätzen beschäftigen. Wir brauchen nur einen Blick zu werfen auf die verschiedenen Antworten, die wir von den verschiedenen Autoren bekommen auf die Frage schon der Überwälzbarkeit der einzelnen Steuergattungen, der einzelnen Steuerarten und um so mehr auf die Frage der Notwendigkeit, der Zwangsläufigkeit der Überwälzung unter diesen oder jenen typischen Voraussetzungen, wie sie eben den einzelnen Steuerarten zugrunde liegen. Mit Recht hat der Herr Vortragende erwähnt, die Steuerart an sich, die Grundsteuer, die Gebäudesteuer, die Kapitalrentensteuer, die Lohnsteuer usw., gibt noch lange nicht die Voraussetzungen dafür, daß man zu einer klaren Beantwortung kommen könne, diese Steuerart müsse immer überwälzt werden oder sie könne nie überwälzt werden, sondern es ergibt sich in fast allen Fällen, daß, wenn man die Steuern nach diesen herkömmlichen Arten gruppiert, man nur sagen kann, sie seien überwälzbar oder nicht überwälzbar, je nachdem die konkreten Voraussetzungen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die der Herr Vortragende ausgeführt hat, nämlich die Voraussetzungen, die zusammengefaßt sind unter Starrheit oder Elastizität, im konkreten Fall verwirklicht sind, eine Lösung, mit der ja die Praxis sehr wenig anzufangen weiß und anfangen kann.

Es handelt sich also darum, eingehender, wenn auch an dieser Stelle nur in ganz flüchtiger Weise, durch die Betrachtung der Eigenheit der einzelnen Steuern zu untersuchen, ob nicht doch gegenüber der gegenwärtig ziemlich allgemein verbreiteten Meinung, daß grundsätzlich jede Steuer, welcher Art immer sie sein mag, überwälzbar ist, gewiß typische Tatbestände, die für die gesetzgeberische Auswertung geeignet sind, zu konstatieren sind, unter denen gesagt werden kann, die Überwälzung sei ausgeschlossen oder die Überwälzung müsse erfolgen.

Nur andeutungsweise will ich zu diesem Zwecke hier einige der gebräuchlichen Steuerarten vorführen. Der Herr Vortragende hat gesprochen von der Grundsteuer, bzw. der Steuer auf Grundrente, und ich darf als bekannt voraussetzen, daß schon bei dieser relativ einfachen Steuer die größten Gegensätze in den Meinungen vorhanden sind, ob sie überwälzbar ist oder nicht, ob sie überwälzt werden muß oder nicht überwälzt werden kann. Vergegenwärtigen wir uns den Tatbestand, der der Grundsteuer zugrunde liegt. Es ist der, um gleich die empirischen Voraussetzungen zu schaffen, daß in einer Volkswirtschaft eine Unzahl von Grundstücken verschiedener Qualität und verschieden günstiger Lagen vorhanden sind, deren Ertrag durch die Steuer getroffen werden soll. Bekanntlich wird der Preis der Bodenprodukte, wie es die moderne Preistheorie erläutert, bestimmt — so auch der Preis aller anderen Produkte — durch die Kosten der Grenzschichte der Bodenbebauer oder -eigentümer bzw. bei anderen Artikeln der Unternehmer, welche noch zur Mitarbeit in der Produktion herangezogen werden muß, um einen effektiven Bedarf auf dem Markte zu decken.

Die am ungünstigsten arbeitenden Unternehmungen bzw. landwirtschaftlichen Betriebe, die noch herangezogen werden müssen, um den effektiven Bedarf an Bodenprodukten zu decken, bestimmen durch ihre Kosten den Preis der Bodenprodukte oder vorsichtiger ausgedrückt: die Preise der Bodenprodukte stellen sich gleich den Kosten dieser Grenzschichte der Unternehmer. Kraft dieser Grenze — und ich glaube, daran kann bei sorgfältiger Durchforschung der Preisbestimmungsgründe kein Zweifel sein — haben alle Schichten, die unter günstigeren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bedingungen infolge günstigerer Lage des Bodens und natürlicher besserer Fruchtbarkeit arbeiten, eine Differentialrente. Wenn nun eine Steuer auferlegt wird, welche die reine Differentialrente erfaßt, so ist es unzweifelhaft, daß diese Steuer nicht im Überwälzungswege auf die Abnehmer der Produkte, auf die Konsumenten, durch eine Preiserhöhung weitergegeben werden kann. Denn die Perzipienten solcher Differentialrenten sind ja eben nicht die Unternehmer, die der Grenzschichte angehören, und da nur die letzteren für die Preise bestimmend sind, so haben jene Perzipienten von Differentialrenten nicht die Gelegenheit, eine Preiserhöhung herbeizuführen. Daraus ergibt sich: eine Steuer, die auf die reine Differentialrente in der Landwirtschaft gelegt ist, ist nicht überwälzbar, sondern sie muß vom Grundeigentümer getragen werden. Eine andere Frage ist die, ob nicht in einem späteren Zeitpunkte die sogenannte Steueramortisation oder Steuertilgung eintritt, wenn dieses Grundstück verkauft wird und nun der Verkaufspreis, der erzielt wird, vermindert ist um jene Reallast, die die kapitalisierte Steuer darstellt. Aber so lange ein Eigentumswechsel nicht vorkommt, ist die Besteuerung der Differentialrente nicht überwälzbar. Wir haben also hier schon einen Fall, der zeigt, daß die Ansicht von der grundsätzlichen Überwälzbarkeit aller Steuern nicht vollkommen richtig ist.

Wir könnten das analog ausführen für alle Differentialrenten, nicht nur für die landwirtschaftlichen, sondern auch für die Differentialrenten in der Industrie. Bevor es wirklich gelingt, die reine Differentialrente zu erfassen, ist sie aus demselben Grunde, weil der Perzipient der Differentialrente nicht preisbestimmend wirkt, sondern nur die Grenzschichten der betreffenden Branche, unüberwälzbar.

Freilich wird es in diesem letzteren Falle bei der industriellen Rente zugleich, wie der erste Herr Vortragende betont hat, auf die Art der organischen Zusammensetzung des Kapitals ankommen, ob im Kapital der fixe Bestandteil überwiegt und daher das Angebot auch der Grenzproduzenten der betreffenden Branche ein starres ist, oder ob das variable Kapital überwiegt und dann das Angebot der Grenzproduzenten variabel ist, mithin die Preise veränderlich sind und so die Überwälzbarkeit möglich ist. Für die Differentialrente als solche jedoch wird das Resultat bestehen: sie ist grundsätzlich unüberwälzbar.

Blicken wir noch auf einige andere Steuern, zum Beispiel die Erbschaftssteuer, die Nachlaßsteuer, die Schenkungssteuer, so besteht hier

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegenwärtig gleichfalls die Meinung, daß sie grundsätzlich überwälzbar sind, ja, daß sie sogar sehr häufig überwälzt werden. Ich glaube, daß auch diese Meinung nicht vollkommen zutreffend, in den Tatsachen nicht gerechtfertigt ist. Nehmen wir den Fall der Nachlaßsteuer, so wird behauptet, da sie auf den Nachlaß als solchen, auf den unpersönlichen Nachlaß gelegt ist, da aber in Wahrheit dieser Nachlaß sich später in Erbportionen aufteilt, daß die Steuerträger die Perzipienten der betreffenden Erbquote seien, und daß aus diesem Grunde des Nichtzusammenfallens von Steuerträger und Steuerzahler ein typischer Fall der Steuerüberwälzung vorliege. Ebenso wird gesagt, daß die Erbschaftssteuer, die Erbanfallsteuer grundsätzlich überwälzbar sei. Denn es könne ja der Erbe eines landwirtschaftlichen Gutes zum Beispiel die Steuer wieder dadurch hereinbringen, daß er entsprechend auf die Löhne drückt, oder daß er auf die Materialkosten für seinen landwirtschaftlichen Betrieb drückt und so seine Erbportion unbelastet durch die Steuer erhält. Ich glaube, daß gerade hier in diesen Fällen der Vermögensanfallsteuern, wie ich zusammenfassend für die Schenkungssteuer, die Nachlaßsteuer, die Erbanfallsteuer, die Erbschaftssteuer sagen möchte, typische Voraussetzungen vorliegen, und zwar allgemeinester Natur, welche es verhindern, daß diese Steuern tatsächlich in der Regel überwälzt werden. Wenn wir auf die Motive, auf die psychologischen Gründe zurückgreifen, die bei der Überwälzung immer vorhanden sein müssen, dann selbstverständlich genügen nicht die objektiven Voraussetzungen des Marktes, sondern da die Menschen es sind, die die Wirtschaft machen und auch die Überwälzungsvorgänge, müssen auch die entsprechenden Motive vorhanden sein. Nun wäre es ein Irrtum, wenn man annähme, das allgemeinste Motiv nach größtmöglichem Gewinn, nach größtmöglichem Nutzen liege in allen diesen Fällen vor und sei die tatsächliche Triebkraft. Sondern wie uns die fast ausnahmslose Erfahrung lehrt, ist bei Auferlegung einer Steuer das Streben, das treibende Motiv ein etwas modifiziertes, nämlich das, diese Schädigung womöglich abzuwehren oder irgendwie gutzumachen. Wir haben hier also nicht das Streben nach möglichst großem Gewinn, nach möglichster Vergrößerung des Einkommens, des Ertrags, die durch die Steuer getroffen werden, sondern das viel bescheidenere Streben, das bisherige Einkommen, den bisherigen Ertrag, wie er ohne die Steuer gegeben war, zu erhalten. Dieses Motiv hat seine sehr guten Gründe. Es hat seine Gründe darin, daß jede Ent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

behrung von Gewöhntem, jede Verkürzung des gewöhnten Lebensstandards viel stärker empfunden wird als der bloße Entgang eines erhofften und nichtrealisierten Gewinns oder Zuwachses. Wenn wir uns von der Erfahrung leiten lassen, so können wir dieses Motiv in allen Fällen der Steuerüberwälzung als das dominierende ansehen: die Erhaltung der bisherigen Einkommensgröße oder Ertragsgröße und damit des bisherigen Lebensstandards, und nicht darüber hinausgehend das Motiv nach möglichster Vergrößerung, so daß die Steuer gewissermaßen nur der Anlaß wäre, um durch irgendeine Aktion sein Einkommen oder seinen Ertrag über den bisherigen Standard zu vergrößern. Dies zugegeben — und die Beobachtung der Wirklichkeit zwingt uns dazu — spricht sofort viel dafür, daß die Erbschafts-, Schenkungs-, Nachlaßsteuern nicht ohne weiteres überwälzbar sind und überwälzt werden. Denn es liegt vor ein Anfall, eine Vermögensvergrößerung und damit gegeben eventuell eine Einkommensvergrößerung, eine Erweiterung des bisherigen Lebensstandards, die jedenfalls als ein Zuwachs empfunden wird, und bei einem solchen Zuwachs wird dann jener Abgang von dem Gewinn, der durch die Steuer herbeigeführt wird, weitaus weniger empfunden, als wenn dieser Abgang das bereits bestehende Einkommen oder den bereits bestehenden Ertrag betrifft und die Lebenshaltung des Steuersubjekts einzuschränken sucht.

Es folgt daraus, daß diese Vermögensanfallsteuern, Nachlaß-, Erbschafts-, Schenkungssteuer, da man hier mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Nichtüberwälzung rechnen kann, besonders geeignete Steuerobjekte sind. Sie sind es auch aus anderen Gründen, aus sozialpolitischen Gründen, und die moderne Steuergesetzgebung im Deutschen Reich hat ja bekanntlich gerade hier eine ausgiebige Besteuerung in hohen Progressionen durchgeführt.

Nach den bisherigen Ausführungen haben wir doch erzielt, daß wir über die allgemeine Meinung hinaus, es seien grundsätzlich alle Steuern überwälzbar, und man könne über das Ob der Überwälzung nichts sagen, sondern es käme ganz auf die individuellen konkreten Voraussetzungen an, doch einige für die Praxis wichtige Feststellungen gewonnen haben. Die Besteuerung der reinen Differentialrente kann als unüberwälzbar gelten, die Besteuerung der Vermögensanfälle kann gleichfalls als unüberwälzbar gelten; sie wird also nicht zu jenen unbeabsichtigten und vielfach vom sozialen Standpunkt aus ungerechten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirkungen führen, die sich durch die ungewollte Verteilung der Steuerlasten auf dem Wege der Überwälzung ergeben würden.

Betrachten wir nun noch kurz den Fall der Monopolsteuer. Monopolsteuern existieren in unseren Steuergesetzgebungen nicht als eine besondere Steuerart, sondern sie figurieren in aller Regel unter den allgemeinen Gewerbesteuern oder sie gehören unter die Gattung der sogenannten Körperschaftssteuern. Beim Monopolisten liegt folgender Tatbestand vor, den ich hier nur in aller Kürze konstatieren kann. Theoretisch erstrebt der Monopolist selbstverständlich, den ihm günstigsten Preis für seine Produkte oder Leistungen zu erzielen. Das ist derjenige Preis, bei dem das Produkt aus dem Einheitspreis und aus der bei diesem Preis abgesetzter Warenmenge ihm das Maximum an Reingewinn, an Monopolrente liefert.

Das ist die theoretische Preisbildung. Daß die praktische Preisbildung um diesen theoretischen Punkt oszilliert, nach oben und unten, aus verschiedenen Gründen, ist bekannt und braucht unsere Erwägungen, die ja grundsätzlicher Natur sind, nicht zu durchkreuzen. Nun zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß, wenn auf die reine Monopolrente eine Steuer gelegt wird, diese Steuer wieder unüberwälzbar ist. Es ergibt sich, wie die Lehre vom Monopolpreis ja unzweideutig, sogar mit mathematischer Stringenz klarmacht, daß der Monopolist, wenn er einmal diesen ihm günstigsten Preis festgesetzt hat, der ihm den größten Nettogewinn sichert, und wenn nun auf den Nettogewinn eine proportionale oder progressive Steuer gelegt wird, daß er bei Tragung dieser Steuer aus dem Nettogewinn besser wegkommt, als wenn er diese Steuer durch eine Erhöhung des Preises seines Produktes zu überwälzen versuchen würde; denn eine Erhöhung des Produktpreises ergäbe bei der monopolistischen Preisbildung ein Zurückgehen des Absatzes und somit eine Verringerung des Reingewinns, und zwar in stärkerem Maße, als die progressive Steuer bewirken würde. Da also sein Reingewinn auf diese Art beim Versuch der Überwälzung sinken würde gegenüber jenem Reingewinn, der ihm noch übrig bleibt, wenn er die Steuer trägt, so ergibt sich wirtschaftlich zwingend daraus, daß bei der Monopolrente gleichfalls die Steuer unüberwälzbar ist und auf dem Monopolisten liegen bleibt, wenn sie in der Form einer proportionalen oder progressiven Steuer auf die reine Monopolrente erhoben wird. Nicht dagegen, wenn sie in der Form einer Steuer nach dem Bruttoertrag oder nach der Umsatzhöhe in Stücken gerechnet erhoben würde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dieses Beispiel zeigt zugleich, daß es für die Beurteilung, ob die Überwälzung tatsächlich stattfindet oder nicht bzw. stattfinden kann oder muß, sehr viel auf die Veranlagungstechnik ankommt; nicht nur auf die Auswahl des Steuerobjektes, sondern zugleich auch auf die Technik der Veranlagung, in diesem Falle also auf die Erfassung des Nettogewinnes und nicht des Bruttoertrages oder der Umsatzgröße.

Wir haben bisher also folgende Fälle entgegen der verbreiteten Lehrmeinung der Überwälzbarkeit aller Steuern: Die Fälle der reinen Monopolrente, die Fälle der Differentialrenten, die Fälle der Vermögensanfallsteuern, in welchen die Überwälzung zumindest sehr unwahrscheinlich, wenn nicht ganz ausgeschlossen ist. Dabei möchte ich betonen, daß gerade dem ersterwähnten Fall der Besteuerung der Monopolrente eine um so größere Bedeutung zukommt, je mehr monopolistische, monopolartige Organisationen die gegenwärtige Wirtschaft in den verschiedensten Formen beherrschen. Hier also wären gewiß Steuerquellen, aus denen geschöpft werden kann, ohne durch nachfolgende unverhergesehene Überwälzung jene Ungerechtigkeiten zu erzeugen, von denen die ganze Überwälzungsliteratur spricht.

Gehen wir nun schließlich noch zu einem der schwierigsten Fälle über, nämlich der Frage der Überwälzbarkeit einer allgemeinen Einkommensteuer. Es ist bekannt, daß, als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in den europäischen Großstaaten eine allgemeine Einkommensteuer eingeführt wurde, man daran die größten Hoffnungen in bezug auf die Realisierung des Postulats der Steuergerechtigkeit geknüpft hat. Nun endlich sei gewissermaßen der Stein der Weisen gefunden, jene Steuer, welche die Lasten auf das Gerechteste verteile, weil man das Einkommen der Einzelnen, ihre Leistungsfähigkeit am besten, am vollständigsten erfassen, und weil man nun diese Leistungsfähigkeit durch entsprechende Progression, durch Freihaltung eines Existenzminimums usw. berücksichtigen könne. Und in der Tat, wäre die Einkommensteuer nicht überwälzbar, so würde durch sie gewiß eine gerechte, eine sozialpolitisch wünschenswerte Lastenverteilung herbeigeführt werden. Leider trifft diese Voraussetzung nicht zu, wie auch die jüngsten Erfahrungen nicht nur bei uns, sondern insbesondere auch im Deutschen Reich vielfach gezeigt haben.

Nun, nebenbei gesagt, mit der Erfahrung, mit der Konstatierung der wirklichen Vorgänge und Resultate der Überwälzung, steht es aus guten Gründen ziemlich schlecht. Um die wirklich erfolgten Über-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wälzungen feststellen zu können, und zwar nicht nur bei der Frage, ob sie erfolgt sind, sondern auch, in welchem Ausmaße die Lastenverteilung erfolgt ist auf die verschiedenen Personen, Wirtschaftssubjekte, oder Gruppen von Erwerbsunternehmungen und dergleichen, müßte man vor allem diesen Vorgang der Überwälzung isoliert beobachten können, müßte man vor allem den Einfluß isoliert beobachten können, den die Überwälzung auf die Preisänderungen nimmt, ganz unabhängig von den tausenderlei anderen Faktoren, die das Preisniveau niemals zur Ruhe kommen lassen, sondern es in steter Bewegung erhalten. Tausenderlei solche anderen Faktoren auf der Seite der Produktion, des Konsums, der Mode, der Konjunktur, des Außenhandels, der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik wirken in einem fort auf die Preisbildung ein, und zwar besonders stark in unserer krisenhaften Gegenwart. Die Aufgabe, erfahrungsgemäß den Überwälzungserscheinungen beizukommen, zum Beispiel auf Grund eines reichen statistischen Materials, ist also derzeit kaum mit Erfolg in Angriff zu nehmen; vielleicht in sogenannten normalen Zeiten mit stabileren Preisen, wo man bei Konstanz der jetzt überwiegenden Faktoren die Wirkung des einen Faktors der Steuerüberwälzung genauer wird beobachten können, oder vielleicht durch eine internationale große Statistik, wenn man unter den verschiedenartigsten konkreten Voraussetzungen viele Wirtschaftsgebiete, in denen gleichartige Steuern eingeführt wurden, untersuchte, wie diese auf die Preise gewirkt haben. Wir müssen also ein umfassenderes statistisches Material zur Verfügung haben, als es uns gegenwärtig zur Verfügung steht. Das ist wieder ein schwacher Punkt in der ganzen gegenwärtigen Überwälzungslehre, die mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, daß dieses empirische Material fehlt, und daß daher die ganze Überwälzungsliteratur mit ganz wenigen Ausnahmen, die wir in der deutschen Finanzstatistik anführen können, rein deduktiv arbeiten muß, daß wir also rein aus den Deduktionen, die sich aus den gewonnenen allgemeinsten Überwälzungsgrundsätzen ergeben, nun die Resultate ableiten müssen. In besonderem Ausmaße trifft alles Gesagte bei der Einkommensteuer zu. Denn hier ist eine Überwälzung am allerschwierigsten empirisch zu konstatieren. Eher ist sie noch zu konstatieren bei den Ertragssteuern, wo die Preise der Artikel der betreffenden Branchen, der betreffenden Unternehmungen sich ändern. Nun ist die ältere Meinung die, die Einkommensteuer sei, wofern sie gleichmäßig veranlagt ist, unüberwälzbar, und wir finden diese Meinung auch in

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Gegenwart noch als die herrschende. Es sind nur ganz wenige Ausnahmen in der Literatur zu finden, welche von der Skepsis durchdrungen sind, ob nicht auch die allgemeine Einkommensteuer trotz ihrer Vorzüge, die ihr nachgerühmt werden, dem Gerechtigkeitsideal der Besteuerung entspreche, ob auch sie überwälzbar sei. Ich möchte dazu folgendes bemerken: Wenn wir glauben, daß die allgemeine Einkommensteuer nicht überwälzbar sei, weil sie die Einkommen aller einzelnen gleichmäßig belastet, also proportional oder progressiv, je nach dem, was man unter Gleichmäßigkeit versteht, so legen wir damit den Einkommensbegriff zugrunde, der beschlossen ist in der Inbeziehungsetzung eines Güterzuwachses zu einem Wirtschaftssubjekt.

Diese Beziehung zum Wirtschaftssubjekt ist das Wesentliche, was den Einkommensbegriff vom Ertragsbegriff unterscheidet, also gewissermaßen eine Verselbständigung jenes Gütervorrates, sei es in natura oder in Geld, der das Einkommen bildet, als eine Größe für sich ohne Rücksicht auf die objektiven Ertragsquellen, aus denen dieses Einkommen fließt. Unabhängig von den Quellen der Reinerträge wird im Begriffseinkommen jene Gütersumme zusammengefaßt, die periodisch einem Wirtschaftssubjekt als sein Konsumptionsfond oder auch als Fond für Anlegung von Ersparnissen zufließt, und damit nun ist die Möglichkeit jener, wie ich glaube, irrigen Theorie der Unabwälzbarkeit der Einkommensteuer bereits gegeben. Wenn man nicht beachtet, daß der Einkommensträger das Einkommen immer im Zusammenhang mit den Ertragsquellen sieht, aus denen es ihm zufließt — und er tut es natürlich, weil er ja interessiert ist an der Änderung dieser Ertragsquellen, mit denen automatisch eine Änderung seiner Einkommensgröße sich ergibt —, wenn wir diese Verbindungslinie durchschneiden und das Einkommen an sich betrachten, dann könnten wir freilich der Meinung sein, sie wäre unüberwälzbar. Denn wie soll er sie denn überwälzen, auf welchem Wege? Das ist doch sein Konsumptionsfond, sein Einkommen eben. Wenn wir aber die Verbindungslinie betrachten, die tatsächlich zwischen Einkommen und den einzelnen Ertragsquellen besteht, dann sehen wir sofort, daß die Einkommensteuer überwälzbar ist. Der Einkommensträger, mit wenigen Ausnahmen, die ich gleich anführen werde, kann die ihm auferlegte Einkommensteuer auf andere abwälzen, dadurch, daß er auf die Löhne, auf die Materialkosten, auf die sonstigen Produktionskosten in den Betrieben, welche seine Einkommensquelle bilden,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

drückt, oder daß er die Preise für die Artikel, die er mit seinen Ertragsquellen erzeugt, erhöht.

Genau so wie bei den Ertragssteuern ist, wofern nicht hier eine Differenzialrente erfaßt wird, also auch bei der Einkommensteuer grundsätzlich die Überwälzungsmöglichkeit gegeben, die Steuer wird überwälzt auf die Ertragsquelle und von der Ertragsquelle aus wird sie überwälzt auf die Konsumenten in der Form der höheren Preise oder sie wird rückgewälzt von der Ertragsquelle auf die Arbeitslöhne, auf die Materialkosten.

Es ergibt sich daraus, ohne nun meine Betrachtungen — diese Beispiele genügen ja schon — auf die Unzahl der anderen Steuern noch auszudehnen, daß man tatsächlich auch heute noch bei dem skeptischen Stand der Theorie unterscheiden kann zwischen Steuern, die überwälzt werden, und solchen, die nicht überwälzt werden können. Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, wie sollen die Steuersysteme gestaltet sein, welche Steuerarten sollen sie enthalten, um möglichst viel — denn ganz ist es ja unmöglich — von den Ungerechtigkeiten, die die Überwälzung verursacht, auszuschalten, so möchte ich meinen, daß die Ausgestaltung dieser Steuersysteme eben in dem Sinne erfolgen müßte, daß einerseits Steuern auferlegt werden, von denen es sicher ist, daß und wie sie überwälzt werden, so daß also keine unvorhergesehenen Ungerechtigkeiten sich ergeben — und eine Anzahl solcher Steuern haben wir ja, bei denen diese Praxis auch geübt wird, in den Aufwandsteuern, in den Ertragssteuern — und andererseits solche Steuern, bei denen es sicher ist, daß sie nicht überwälzt werden können, unter diesen die Steuern auf eine Monopolrente, auf die reine Differentialrente, auf den Vermögensanfall, und wenn ich vollständig sein sollte, würde sich noch eine Reihe anderer solcher Steuern ergeben. Das heißt aber mit anderen Worten, daß — freilich entgegen der gegenwärtig herrschenden Anschauung — diejenigen Steuersysteme, die wir gegenwärtig im Deutschen Reich sowohl wie bei uns in Österreich haben, nämlich jene, deren Kernpunkt die allgemeine Einkommensteuer ist, und zu welcher dann nur als Nebenglied mehr oder weniger variable, verschiedenartige Ertragssteuern, Aufwandsteuern, Luxussteuern, Verkehrssteuern usw. treten, nicht als die idealsten angesehen werden können, sondern daß vielmehr eine weitere Vereinfachung und Ausbildung der Ertragssteuern, von denen wir gesehen haben, daß sie, wenn die Differentialrenten der Ertragsquellen getroffen werden, nicht überwälzt werden können, zweckmäßiger erscheint als das starre

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Festhalten an der Einkommensteuer als einer Idealsteuer. Das soll durchaus nicht heißen, daß die Einkommensteuer ihre Bedeutung vollkommen verlieren würde, sondern das soll heißen, daß die Einkommensteuer immer mehr umgestaltet werden soll nach dem englischen oder französischen Vorbild; insbesondere nach dem englischen in ein System von partiellen Einkommensteuern, die eigentlich Ertragssteuern sind. Es ist ja bekannt, daß viel darüber gestritten wurde, ob das englische Steuersystem ein Einkommensteuersystem sei, ob die dort sogenannte Einkommensteuer eine wahre, echte Einkommensteuer sei, oder ob sie nicht vielmehr ertragssteuerähnlich sei. In Wahrheit ist diese Einkommensteuer tatsächlich ein System von Ertragssteuern, dem dann noch eine echte Einkommensteuer in unserem Sinne übergebaut ist für Einkommen, die eine gewisse Höhe überschreiten. Ich glaube also, daß eine verfeinerte Ausbildung der Ertragssteuern in dem Sinne, daß durch Verbesserung der Steuertechnik tatsächlich die Reinerträge und nicht die Bruttoerträge erfaßt werden, und darüber noch der Aufbau einer weiteren zusätzlichen Einkommensteuer entsprechend dem englischen Vorbild neben den angeführten Spezialsteuern auf die Renten den Erfordernissen der Steuergerechtigkeit viel mehr genügen würde als die derzeitigen Steuersysteme, die mit dem Tatbestand der Überwälzung nicht genügend rechnen.

Damit hätte ich einen Teil der Ausführungen, die ich ergänzend zu dem theoretischen Referat des ersten Herrn Referenten hinzuzufügen hätte, hier vorgetragen und glaube, daß sich vielleicht in der späteren Debatte Gelegenheit ergeben wird, auf einzelne dieser Fragen noch weiter eingehen zu können.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Herr Professor Mayer hat den Vortrag des Herrn Referenten in ausgezeichneter Weise ergänzt. Insbesondere ist sehr beachtenswert seine Sonderung jener Tatbestände, die eine Steuerüberwälzung nahezu ausschließen, und derjenigen, die sie wahrscheinlich machen. Wenn diese Ausführungen genügend beachtet würden, könnten sie meines Erachtens die wohltätigsten Wirkungen auf die Finanzpolitiker ausüben.

Ich erteile nunmehr Herrn Hofrat Bunzel zu seinem Referate das Wort.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hofrat Dr. Bunzel (Wien):

Die Praxis der Steuerüberwälzung.

Eure Exzellenz! Sehr verehrte Frauen und Herren! Wenn ich versprechen kann, mich erquickend kurz zu fassen, so ist der Grund hierfür nicht so sehr in der Tatsache zu suchen, daß mir die beiden ausführlichen Referate des Herrn Mann und des Herrn Hans Mayer vorher nicht zugänglich waren. Der eigentliche Grund für meine Enthaltsamkeit liegt vielmehr darin, daß es jetzt 12 Uhr 8 Minuten ist, und daß wir heute die Verhandlungen spätestens um ¾5 Uhr schließen müssen, so daß für die Aussprache sehr wenig Zeit bliebe, wenn nun auch ich noch ein langes Referat erstatten würde. Ich bin daher genötigt, meine im wesentlichen kritischen Gedankengänge recht kurz, recht schlagwortartig zu gestalten, hoffe aber, die Erörterung trotzdem in mancher Hinsicht fördern zu können, weil ich glaube, daß meine Ausführungen — gerade weil sie im allgemeinen kritisch gehalten sind — einigermaßen belebend auf die Diskussion einwirken werden.

Unser sehr verehrter Herr Vorsitzender, Exzellenz Spitzmüller, hat ja in seinen einleitenden Worten bereits erwähnt, daß die Praxis sich im allgemeinen um die Steuerüberwälzung nicht kümmere. Das war eine gewiß sehr zutreffende Bemerkung, aber sie ist für die Theorie der Steuerüberwälzung eigentlich nicht besonders schmeichelhaft, namentlich dann nicht, wenn man erwägt, daß Herr Hans Mayer eben gesagt hat, die Theorie sei sich nun endlich — nach vielhundertjährigen Erörterungen — über die wesentlichen Punkte im klaren, was — vom Standpunkte der Praxis aus gesehen — füglich nichts anderes bedeuten kann, als daß die Theorie der Steuerüberwälzung eigentlich auf einen toten Punkt angelangt ist. Denn wenn in der Theorie über alles Wesentliche volle Klarheit und Einmütigkeit besteht und die Praxis sich dann darum nicht kümmert, wird man zugeben müssen, daß, immer vom Standpunkt der Praxis aus gesehen, eine weitere Erörterung eigentlich wertlos ist.

Dieser Zustand, der ja nicht besonders erfreulich genannt werden kann, muß nun irgendeinen Grund haben, und er hat seinen Grund, wenn ich recht sehe, vor allem darin, daß die Praxis und die Theorie ganz andere Ziele haben. Die Praxis — darunter verstehe ich in erster Linie die Gesetzgebung und die Steuerverwaltung — sieht sich vor folgenden Tatsachen: sie ordnet ein Gesetz an, sie verfügt Verwaltungsmaßnahmen. Diese Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen, die Steuer-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

syſteme und die Steuereinhebung ſtoßen aber in der Wirtſchaft auf heftigſten Widerſtand. Die Steuerſyſteme beiſpielsweiſe ſtellen feſt, dieſer oder jener iſt Steuerzahler. Der Steuerzahler aber tut das, was alle Leute, die zahlen müſſen, tun, er ſucht ſich von der Laſt, die ihm auferlegt wurde, zu befreien. Es entſtehen daher Überwälzungskämpfe, von denen ja heute ſchon ausführlich geſprochen worden iſt, und die Praxis intereſſiert es nun ungeheuer, feſtzuſtellen, wie ſich denn eigentlich nach dem Ablauf aller dieſer Überwälzungsvorgänge die Steuerverteilung geſtaltet, ob ſie den Abſichten der Praxis, der Geſetzgebung und Verwaltung, entſpricht. Denn mögen dieſe Abſichten nun ihre Begründung in finanzpolitiſchen Erwägungen oder in volkswirtſchaftlichen Erwägungen oder gar in ſozialen Erwägungen finden, von jedem Geſichtspunkt aus muß doch die Praxis wiſſen: wie verteilt ſich eigentlich die Steuerlaſt nach Ablauf dieſer Überwälzungsvorgänge?

Darauf gibt aber die Theorie der Steuerüberwälzung grundſätzlich keine Antwort. Denn der Theorie handelt es ſich, wie wir auch heute wieder von Herrn Mann gehört haben, ja nur darum, das Wie, den Verlauf der Überwälzungsvorgänge darzuſtellen; ſchon das Ob fällt außer ihren Rahmen. Von dem Wohin der Steuerüberwälzung aber, eine Frage, die die Praxis vor allem und eigentlich allein intereſſiert, iſt bei der Theorie überhaupt nicht mehr die Rede.

Wir können daher von der Theorie der Steuerüberwälzung gar nicht verlangen und gar nicht erwarten, daß ſie den Zwecken der Praxis irgendwie dienlich ſei. Sie könnte es ja auch gar nicht auf den Wegen, die ſie bisher im allgemeinen gewandelt iſt, und die auch heute Herr Mann in ſeinem Vortrage beſchritt, indem er wieder die einzelnen Steuerarten zur Grundlage der Unterſuchungen machte. Denn den einzelnen Steuerträger intereſſiert es durchaus nicht, wie die Steuer heißt, die er zahlt. Nehmen wir z. B. an, ein Fabrikant hätte Einkommenſteuer, Erwerbſteuer, Umſatzſteuer und wie die ſchönen Steuern alle heißen, zu zahlen, ſo überlegt er ſelbſtverſtändlich nicht: kann ich und wie kann ich die Einkommenſteuer, die Erwerbſteuer, die Umſatzſteuer überwälzen, ſondern er ſagt einfach: ich habe eine Steuerlaſt in dieſem und dieſem Betrage zu tragen; kann ich und wie kann ich dieſen Geſamtbetrag überwälzen?

Wenn wir alſo von den einzelnen Steuerarten ausgehen, ſo kann die Praxis überhaupt zu einem Ergebnis nicht gelangen. Es iſt ja auch die Theorie eigentlich nur zu rein negativen Ergebniſſen gelangt, denn, wie wir heute gehört haben, hält ſie alle Steuern für überwälz-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bar. Vom Standpunkt der Praxis aus gesehen, stehen wir daher dort, wo wir früher gestanden haben. Denn wenn wir feststellen, daß jede Steuer überwälzbar ist — die Ausnahmen, die Herr Hans Mayer heute angeführt hat, treffen durchaus nicht immer zu —, so müssen wir sagen, daß der Praxis mit der Feststellung dieser Tatsache keineswegs gedient ist; sie weiß vielmehr erst recht nicht, wie sie die Steuersysteme, wie sie die Steuerverwaltung einzurichten hat.

Ich muß nun, obwohl ich ja sehr kurz sein will, wenigstens auf die Tatsache der Allgemeinheit der Steuerüberwälzung doch mit einigen Worten zu sprechen kommen. Herr Hans Mayer hat beispielsweise unter die nicht überwälzbaren Steuern auch die Anfallssteuern gerechnet. Nun ist aber einem sehr interessanten Aufsatze des Herrn Mann zu entnehmen, daß beispielsweise auch die Erbschaftssteuer sehr wohl überwälzt werden kann. Das Beispiel, das Herr Mann angeführt hat, erscheint mir zwingend. Er meint nämlich etwa folgendes: wenn sich in der Erbschaft ein Gut oder ein industrieller Betrieb finden und dieses Gut oder dieser industrielle Betrieb infolge der Erbschaftssteuer erträgnislos oder im Ertrag erheblich gemindert werden, so daß der Erbe nicht mehr sein „standesgemäßes" Auskommen zu finden glaubt, so wird er jene Maßnahmen treffen, die er treffen würde, wenn er das Gut nicht im Erbschaftswege erstanden hätte, sondern die er getroffen hätte, wenn er von allem Anfang im Besitz eines solchen Gutes oder eines solchen industriellen Betriebes gewesen wäre. Er wird vielleicht sämtliche Gehälter und Löhne kürzen, jedenfalls aber alles das tun, was er eben auch getan hätte, wenn das Gut oder der industrielle Betrieb schon vorher in jener wirtschaftlichen Lage gewesen wäre, in die es durch die Zahlung der Anfallsteuer kam. Es würde also doch eine Überwälzung, sei es auf das Lohnkonto, sei es nach einer anderen Richtung hin, eintreten.

Nun könnte allerdings noch die Frage entstehen, ob bei allen Steuerzahlern überhaupt der Wille besteht, die Steuer zu überwälzen, und Herr Hans Mayer hat diese Frage ja gerade bei der eben erwähnten Erörterung der Überwälzbarkeit der Schenkungs- und Erbschaftssteuern aufgeworfen. Für den Praktiker aber ist diese Frage in Wahrheit keine Frage, wenngleich auch Herr von Mehring in einer interessanten Schrift bemerkt hat, daß es sehr wohl möglich sei, daß die Steuerüberwälzung bei den Steuerzahlern selbst auf gewisse innere Widerstände stoßen würde, wenn die Steuer von ihnen als gerecht empfunden wird. Allein in der Praxis hat man eine derartige gerechte

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Steuer bisher nicht entdeckt. (Heiterkeit.) Vom Standpunkt der Steuerzahler aus gesehen, ist vielmehr jede Steuer ungerecht, und wenn wir uns etwa auf den Standpunkte der österreichischen Schule stellen und vom Bedürfnis ausgehen und uns fragen, welchen Grad hat das Bedürfnis, das die Zahlung einer Steuer befriedigt, dann werden wir doch wohl sagen müssen, daß dieser Grad der Bedürfnisbefriedigung ein sehr unwesentlicher ist, daß man ihn mit Null bezeichnen kann. Man darf also doch wohl mit gutem Recht die Ansicht vertreten, daß erstens jede Steuer überwälzbar ist, und daß zweitens auch jeder Steuerzahler das Bestreben hat, diese Steuer tatsächlich zu überwälzen.

Es ergibt sich daher, vom Standpunkt der Praxis aus gesehen, immer nur die eine Frage: Ist es dem Steuerzahler möglich, kann er kraft seiner wirtschaftlichen Stellung und seiner wirtschaftlichen Machtmittel die Steuer überwälzen oder nicht? Das ist die einzige Frage, die vom Standpunkt der Praxis in Betracht kommt. Infolgedessen beginnt die Praxis mit der Fragestellung dort, wo die Theorie der Steuerüberwälzung mit der Fragestellung endet, und infolgedessen mußte man auch zu den Ergebnissen kommen, die Exzellenz Dr. Spitzmüller in die richtigen Worte faßte, daß sich die Praxis um die Steuerüberwälzung überhaupt nicht kümmert.

Es finden sich ja in einigen Gesetzen Bestimmungen über die Steuerüberwälzung, zum Beispiel die Bestimmung, daß die Warenumsatzsteuer überwälzt werden darf. Oder es findet sich die Bestimmung, daß die Tantiemenabgabe nicht überwälzt werden darf. Allein die Praxis kümmert sich auch um diese gesetzlichen Bestimmungen, die wohl, wie man in Österreich zu sagen pflegt, im wesentlichen auf optische Wirkungen abzielen, nicht, sondern sie überwälzt, wenn sie überwälzen kann, und überwälzt nicht, wenn sie nicht überwälzen kann.

Das ist also im allgemeinen der Standpunkt der Praxis, und ich könnte mich ja damit begnügen, hier nur diese allgemeinen Gesichtspunkte anzudeuten. Allein wir haben noch ein bißchen Zeit, und so möchte ich doch wenigstens noch flüchtig skizzieren, wie sich die Praxis eigentlich die Untersuchungen über die Steuerüberwälzung vorstellen würde.

Da dürfen wir jedenfalls nicht von den einzelnen Steuerarten, sondern wir müssen von den einzelnen Wirtschaftsgruppen ausgehen. Wir können da vielleicht drei Gruppen unterscheiden: Wir können jene Wirtschaftsgruppen unterscheiden, die auf Erwerbseinkommen beruhen, jene die auf Renteneinkommen und jene die auf Lohneinkommen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beruhen und uns dann die Frage vorlegen: Wie vollzieht sich die Steuerüberwälzung und wieweit ist sie bei diesen drei Gruppen möglich.

Da werden wir nun zum Ergebnis kommen, daß bei jenen Wirtschaftsgruppen, die auf Erwerbseinkommen beruhen, die Steuerüberwälzung am leichtesten, vielleicht sogar immer möglich ist. Denn diese Wirtschaftsgruppen stehen mitten im Verkehr, sie können sowohl auf ihre Vordermänner, also auf die Lieferanten der Rohprodukte, auf ihre Arbeiter, sie können aber durch Erhöhung der Preise ihrer Erzeugnisse die Steuer auch auf ihre Nachmänner überwälzen.

Anders liegt die Sache bei der Gruppe der auf Renteneinkommen Angewiesenen. Da wird es eine große Gruppe geben, bei der eine Überwälzung überhaupt nicht möglich ist. Das sind jene Gruppen, die Pensionen oder sonstige Unterhaltsbeiträge beziehen. Diese können natürlich an der Höhe ihrer Rente in keiner Weise etwas ändern. Jetzt gäbe es ja vielleicht auch dazu eine Möglichkeit. Man könnte einen Streik machen. (Heiterkeit.) Aber im allgemeinen muß man doch wohl sagen, daß eine Steuererhöhung auch heute in solchen Fällen als Streikursache noch nicht angesehen werden kann. Von dieser Gruppe der Rentenbezieher kann man daher im allgemeinen gewiß behaupten, daß sie die Steuern nicht überwälzen können. Allein auch die andere Gruppe, die Gruppe der Kapitalrentenbezieher kann eine Überwälzung sehr schwer durchsetzen. Sie müßte ihre Kapitalsanlage ändern, und diese Änderung hätte viel höhere Kapitalsverluste zur Folge, als sich durch eine Änderung der Kapitalsanlage an Steuern ersparen ließe.

Wieder anders steht es bei der Gruppe der Lohnempfänger. Die Gruppe der Lohnempfänger kann durch eine Lohnerhöhung die Steuer überwälzen, wenn ihre Organisation stark genug ist, diese Lohnerhöhung durchzusetzen.

Wie wir also die Dinge auch drehen und wenden, wir kommen immer zu demselben Ergebnis, zu dem Ergebnis, daß die Überwälzung der Steuern abhängig ist von der Stellung der betreffenden Wirtschaftsgruppen im Verkehr einerseits und von ihrer wirtschaftlichen Macht andererseits, wobei wir bemerken müssen, daß die wirtschaftliche Macht begründet werden kann entweder durch den Besitz oder, was heute vielleicht mindestens ebenso wichtig ist, durch die Kraft der Organisation.

Dazu möchte ich noch einige Worte sagen. Ich weiß zwar, daß ich damit außerhalb des Rahmens der Finanzwissenschaft komme. Ich bin mir dieser Untat durchaus bewußt. Ich weiß, ich überschreite jetzt die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grenze der Finanzwissenschaft, und es wird mir das vielleicht in der Erörterung bitter vorgeworfen werden. Indessen habe ich schon vor zwanzig Jahren in der Besprechung eines Buches von Rava, die ich bei Conrad veröffentlichte, die ketzerische Ansicht geäußert, daß die Grenzen der einzelnen Wissenschaften nicht dort liegen, wo sie die Feder der Philosophen eingezeichnet hat, sondern dort, wo das Können der ihr dienenden Gelehrten endet. Conrad schrieb mir damals, er würde ja niemals dergleichen äußern, es freue ihn aber, wenn ein anderer dies täte. Jedenfalls aber kann sich die Praxis um solche Grenzen nicht kümmern. Wenn ich daher jetzt einen Schritt in eine mir unbekannte Wissenschaft machen sollte, so müßte ich eben etwaige Vorwürfe geduldig tragen. Schließlich hat ja Herr Mann sogar die Gerechtigkeit aus dem Gebiet der Finanzwissenschaft verwiesen, obwohl eigentlich die ganze Steuerpolitik — wenigstens, wenn man den Gesetzgebern glauben darf — auf dem Gedanken der Gerechtigkeit beruht. Ich fände also meine Schandtat verhältnismäßig klein, wenn ich nun auch in der Frage der Steuerüberwälzung die Grenzen unserer Wissenschaft überschreiten sollte. Ich begebe mich meinethalben sogar auf das Gebiet der Soziologie, obzwar ich das nicht gern tue, weil sich dorthin gewöhnlich jeder flüchtet, der anderwärts keinen Unterschlupf findet. (Heiterkeit.)

Ich möchte also zunächst kurz die Frage untersuchen: wie verhalten sich Besitz und Organisation zueinander bei der Durchsetzung der Überwälzung? Wir sehen da zunächst einmal, daß sich die Organisation durchaus öffentlich betätigt. Wenn eine Überwälzung durch die Kraft der Organisation vollzogen werden soll, so geschieht das meist durch Lohnkämpfe, jedenfalls in voller Öffentlichkeit. Wirkt aber die Macht des Besitzes, so vollzieht sich die Überwälzung innerhalb des Wirtschaftslebens, wenn ich so sagen darf, mehr unterirdisch. Das ist die eine Unterscheidung, die man vielleicht machen kann.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, ist, daß dort, wo die eine Kraft stärker ist, die andere schwächer sein oder auch ganz fehlen kann. Bei Wirtschaften, die auf Lohneinkommen beruhen, wo also der Besitz meist völlig fehlt, muß die Organisation um so stärker sein, bei Renteneinkommen, wo die Organisation so gut wie nicht vorhanden ist, muß der Besitz um so größer sein. Am leichtesten ist natürlich die Steuerüberwälzung dort durchzusetzen, wo beides vorhanden ist: Besitz und Organisation, also bei gewissen großindustriellen Betrieben und bei gewissen großen Finanzorganisationen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn ich nun die Erfahrungen, die wir bei den einzelnen Wirtschaftsgruppen gemacht haben, zusammenfassen darf, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß im allgemeinen die Steuern, wenn wir sie vom Standpunkt der Belastung der Einkommen aus betrachten, auf den besitzlosen oder unorganisierten Wirtschaften liegen bleiben. Ich glaube, das ist eine Erfahrungstatsache, die sich nicht gut wird leugnen lassen. Nun kommt da allerdings dazu, daß ja im allgemeinen die Steuern nicht das Einkommen, sondern in der Regel den Verbrauch belasten, da der Verbrauch leichter besteuert werden kann als das Einkommen. Aber auch, wenn wir das in Erwägung ziehen, müssen wir sagen, daß ja das Luxuseinkommen verhältnismäßig gering besteuert wird, weil es sehr schwer erfaßbar ist, und weil auch die Einhebung sehr kompliziert ist, und daß daher die Hauptbelastung stets auf dem Massenkonsum liegt, bestenfalls auf dem entbehrlichen Massenkonsum Alkohol, Tabak usw., so daß wir, auch wenn wir die Belastung des Verbrauchs betrachten, sagen müssen, daß auch da die besitzlosen Massen in stärkerem Maße herangezogen werden als die Besitzenden.

Wir können also als Ergebnis dieser Untersuchungen doch wohl festhalten, daß die Steuern, wenn wir sie nach den einzelnen Wirtschaftsgruppen betrachten, im wesentlichen von den besitzlosen oder unorganisierten Wirtschaftsgruppen getragen werden. Das ist nun ein Ergebnis, das vom Standpunkt einer gerechten Besteuerung nicht gerade erfreulich ist, und es hat auch dazu geführt, daß man überhaupt von einer „Krise des Steuerstaates" spricht, daß man auf die Steuern überhaupt sehr schlecht zu sprechen ist, daß man sagt, die ganze Steuerwirtschaft ist nichts wert, wir müssen sie abschaffen. Man meint damit nicht etwa, daß der Staat gar nichts bekommen soll, sondern man will im Gegenteil — diese Ansichten hat Goldscheid ausführlich vertreten — dem Staat durch eine Vermögensabgabe in natura oder auf anderen Wegen Vermögen, Kapital verschaffen und ihn so in die Lage versetzen, aus den Erträgnissen dieses Vermögens seine Bedürfnisse zu befriedigen. Dieser Gedanke ist nicht so furchtbar neu wie man glauben sollte. Er findet sich schon bei Adolph Wagner, über den, wie ich glaube, die Lehre von der Steuerüberwälzung, trotzdem sie sich gelegentlich ein kokettes Mäntelchen umhängt und sich in oppositionelle Posen wirft, nicht weit hinausgekommen ist. Denn Adolph Wagner hat schon in seinen Ausführungen über die „Auswege der Besteuerung", wie er es nennt, festgestellt, daß, wo die Besteuerung aus politischen, sozialen, recht-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichen Gründen nicht vermehrt werden kann und der Bedarf wächst, die Finanzgeschichte den Ausweg zeigt, daß man dem Staate mehr Eigentum an sachlichen Produktionsmitteln und damit Gelegenheit zu neuem Privaterwerb verschafft. Und sein Schüler v. Falk hat 1882 in seiner Doktordissertation über die Steuerüberwälzung rund herausgesagt, daß das teilweise übergehen nationaler Produktionsmittel in die Hände des Staates, überhaupt die Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates durch die Entwicklung unseres staatlichen Lebens bedingt ist.

Diese staatskapitalistischen Ideen also, wie ich sie nach einem modernen Schlagwort vielleicht nennen kann, sind durchaus nicht neu, durchaus nicht überraschend, aber sie sind leider nicht durchführbar, sie sind jedenfalls viel weniger durchführbar als eine soziale Ausgestaltung unseres Steuerwesens, denn es ist selbstverständlich weit schwieriger, der Privatwirtschaft Vermögenswerte zu entreißen, als ihr Einkommen zu entziehen. Die öffentlichen Körperschaften, vor allem der Staat, dürfen nicht hoffen, in den Besitz von Kapitalien aus der Privatwirtschaft zu gelangen, wenn es ihnen nicht einmal möglich ist, das Einkommen der Privatwirtschaften in einer den Bedürfnissen der öffentlichen Körperschaften entsprechenden Höhe zu besteuern.

Wir haben ja diesbezüglich in Österreich schon Erfahrungen gemacht, und Herr Lederer, den ich allerdings augenblicklich hier nicht mehr sehe, könnte mir es sogar bestätigen; denn er hat in § 38 unseres Gesetzes über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen die schöne Bestimmung hineingenommen, daß die öffentlichen Körperschaften ermächtigt werden, bei jeder Neueinführung von Aktien oder bei jeder Kapitalsvermehrung von Aktiengesellschaften die Hälfte des Aktienkapitals oder der Kapitalsvermehrung zu den dem Privatkapital gewährten Bedingungen für sich in Anspruch zu nehmen. Von dieser Ermächtigung hat aber der Staat in kaum einem Falle jemals Gebrauch gemacht. Er hat davon keinen Gebrauch machen können, weil eben die wirtschaftlichen Machtmittel nicht derart verteilt sind, daß er sich an die privatwirtschaftlichen Unternehmungen hätte herantrauen können. Wenn eine gewisse Progression der Einkommensteuer schon auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, so ist es doch selbstverständlich, daß eine Maßnahme, wie sie in einer teilweisen Vermögenskonfiskation gelegen wäre, erst recht auf ganz unüberwindliche Widerstände stoßen muß.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

So schön also dieser Gedanke auch sein mag, durchführbar ist er, solange die gegenwärtigen wirtschaftlichen Machtverhältnisse bestehen, jedenfalls nicht, und ich möchte da Tönnies anführen, der in einer Schrift über „Wege zum dauernden Frieden" (die soeben bei Hirschfeld in Leipzig in unseren „Zeitfragen aus dem Gebiete der Soziologie" erschienen ist) ganz richtig darauf hingewiesen hat, daß alle diese Entwicklungen abhängig sind von einem ökonomischen Erstarken der gesamten Lohnarbeiterklasse, die mehr und mehr auch den größeren Teil der Gehaltsempfänger in sich einschließt und schon darum ökonomisch erstarken wird. Diesen Zeitpunkt wird man aber wohl abwarten müssen, bevor man zu derartig kühnen Konzeptionen greifen kann.

So kann denn die Praxis aus der Lehre von der Steuerüberwälzung nur die Erkenntnis gewinnen, daß eben die Steuern auch künftig überwiegend von den besitzlosen oder unorganisierten Gruppen, und zwar vornehmlich durch die Besteuerung des Massenverbrauchs, getragen werden. Sie kann daher von ihrem Standpunkte aus nichts anderes tun, als sich nun sagen: wenn die Dinge so liegen und ihr sie nicht von unserem Standpunkte aus, nämlich vom Standpunkte der Praxis, abändern könnt, dann ist es am allergescheitesten, ihr richtet die Steuersysteme nach finanzpolitischen Gesichtspunkten, nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit und Ergiebigkeit ein.

Herr Herkner hat ja allerdings in einer sehr lesenswerten kleinen Schrift über Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich ganz richtig darauf hingewiesen, daß immerhin für höhere Steuersätze auf größere Einkommen gewisse Momente massenpsychologischer Art maßgebend sind. Das sind dieselben Momente, die ich hier nach österreichischer Fasson als optische Wirkungen bezeichnen zu können glaubte. Man wird also vielleicht, wenn die Einhebung nicht gar zu kostspielig ist, trotz allem doch bei gewissen Formen der direkten Besteuerung bleiben, im übrigen aber die Steuern ganz rücksichtslos dort holen, wo sie ergiebig, wo sie leicht einhebbar sind, wo man am allerschnellsten, einfachsten und sichersten den finanziellen Bedarf decken kann.

Als Trost bleibt immerhin die eine Tatsache, oder wenn man will, zwei Tatsachen. Die eine Tatsache, daß die Steuern doch nur einen verhältnismäßig geringen Teil des Volkseinkommens ausmachen, und dann die andere Tatsache, daß ja die Steuern eigentlich auf Umwegen wieder der Privatwirtschaft zugute kommen. Wir in Österreich haben die Erfahrung gemacht — es hat wenigstens in den Zeitungen ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ſtanden —, daß etwa 80% aller Steuern wieder für Gehälter, Penſionen uſw. verwendet werden. Sie werden daher wieder den Privatwirtſchaften zugeführt und, wie man mit beſonderer Freude feſtſtellen kann, gerade jenen Privatwirtſchaften, die die wirtſchaftlich ſchwachen ſind und die auch durch die Steuern verhältnismäßig am meiſten geſchwächt worden ſind. So zeigt ſich denn die ausgleichende Steuergerechtigkeit wenigſtens auf dieſem Umwege doch wieder als letztes Ergebnis der Steuerüberwälzung.

Mehr aber, glaube ich, wird auch nicht zu erreichen ſein, ſo lange wenigſtens nicht, bis ſich nicht, wie erwähnt, die wirtſchaftlichen Machtverhältniſſe gründlich geändert haben.

(Lebhafter Beifall und Händeklatſchen.)

Vorſitzender: Herr Hofrat Dr. Bunzel hat in geiſtreicher Weiſe, aber im Gegenſatz zu den beiden Herren, die früher geſprochen haben, das Recht des Skeptikers in der Frage der Steuerüberwälzung zur Geltung gebracht und iſt darin ſehr weit gegangen. Die Unterſuchung hat ihn ſogar dahin geführt zu fragen, inwieweit ein Bedürfnis nach Steuerzahlung beſteht, ein wirklich echt öſterreichiſcher Gedanke. Ich erinnere mich bei dieſer Gelegenheit: ich habe unlängſt den Artikel eines Gelehrten geleſen — ich weiß nicht mehr den Namen —, der zu dem Reſultat gekommen iſt, daß es nur ein Volk in der Weltgeſchichte gegeben habe, das das Bedürfnis gehabt hat, für öffentliche Zwecke zu zahlen, und das war das griechiſche Volk. Ich glaube, daß das griechiſche Volk in der Begeiſterung allein bleiben wird, geradeſo wie der heilige Franziskus als Schätzer der Armut, und die modernen Steuermethoden ſind kaum geeignet, das Bedürfnis nach Steuerzahlung rege zu machen.

Wir werden jetzt ſchließen, weil wir nachmittags ſchon um ½3 Uhr beginnen müſſen, um noch vor 5 Uhr fertig ſein zu können.

Ich unterbreche die Sitzung bis nachmittag 2½ Uhr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender: Ich eröffne die Diskussion und erteile Herrn Professor Haensel das Wort.

Professor Dr. Haensel (Moskau): Meine Damen und Herren! Die großen und schweren Fragen der Steuerüberwälzung lassen sich eigentlich von meinem Standpunkte aus in einer praktisch verwendbaren Form nur dann lösen, wenn wir zu der Erkenntnis kommen, was genau unter dem Begriff der Steuerüberwälzung zu verstehen ist. Wenn die Theorie einem praktischem Ziel dienen soll, das hat auch besonders Herr Hofrat Bunzel betont, möchte ich, ohne viel zu improvisieren, und um nicht trivial zu werden, unterscheiden: erstens, die eigentliche Steuerüberwälzung und, zweitens, die temporären Begleiterscheinungen bei einer Steuereinsetzung, das heißt diejenigen Begleiterscheinungen, die darauf zurückführen, daß im wirtschaftlichen Leben eine wirtschaftliche Friktion existiert. Ich will damit sagen, daß unter der eigentlichen Steuerüberwälzung nur das natürliche Endergebnis einer Steuereinsetzung zu verstehen ist, und dieses Endergebnis sollten wir eigentlich von den zufälligen Begleiterscheinungen unterscheiden. Nehmen wir zum Beispiel die einfachste Form einer indirekten Steuer, die Überwälzung einer Akzise, so müssen wir behaupten, daß letzten Endes diese Steuer unbedingt überwälzbar ist, denn sie muß ja unwillkürlich in die Produktionskosten fallen. Wenn wir aber in der Wirklichkeit Härten für den Produzenten sehen, zum Beispiel die Minderung eines Absatzes der besteuerten Produkte, so möchte ich diese Erscheinung nicht als eine Überwälzung oder Rückwälzung bezeichnen oder wie sie auch sonst zu benennen ist, sondern möchte sie in eine besondere Wirtschaftskategorie einreihen; denn ein derartiges Ergebnis ist eigentlich vom Standpunkte der Überwälzung ein unnatürliches Ergebnis. Es ist eben eine zufällige Erscheinung, die nur

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dadurch entsteht, daß es eine wirtschaftliche Friktion gibt, mit anderen Worten, es hängt dies damit zusammen, daß das Wirtschaftsleben oder der konkrete Zahler nicht versteht, sich sofort den neuen Verhältnissen anzupassen. Diese Unterscheidung ist von großem, praktischem Interesse. Wir müssen eben dem praktischen Staatsmann gerade die eigentliche Tendenz jeder einzelnen Steuerart angeben, das heißt die übliche endgültige Folge einer Steuereinführung beziehungsweise einer Steuererhöhung. Dabei müssen wir uns in unseren theoretischen Darstellungen folgendes vorstellen: welche Folgen würde die konkrete Steuerform haben, wenn von deren Einführung jeder Zahler lange Zeit vorher gewußt hätte? Das ist es, was man praktisch braucht. Gewiß müssen wir Theoretiker den praktischen Staatsmann warnen, daß das wirtschaftliche Leben es nicht immer versteht, sich dieser oder jener Steuerform sofort anzupassen, so daß derartige ungünstige Begleiterscheinungen vorkommen können, wobei die einzelnen Gruppen oder Schichten der Bevölkerung mehr oder weniger oder zeitweise in Mitleidenschaft gezogen werden. Gewiß dürfen wir Theoretiker mit einer derartigen Vereinfachung des ganzen Problems nicht zufrieden sein, uns nicht damit begnügen. Aber in unserer Forschung nach all den möglichen, konkreten, zufälligen oder temporären Begleiterscheinungen gehen wir oft zu weit und geben dem praktischen Staatsmann leider keine deutliche oder praktisch genügend verwendbare Lösung.

Ist es nicht bezeichnend, daß wir in der heutigen Tagung des Vereins für Sozialpolitik einen vortrefflichen, einen ganz außerordentlich gründlichen theoretischen Vortrag vom Kollegen Mann gehört haben, der alles, was die Wissenschaft in dieser Hinsicht bisher gegeben hat, uns dargestellt hat, und wir uns nicht damit begnügen? Wir sagen, wir müssen noch etwas von der Praxis wissen, wir müssen auch fragen, was die Praxis dazu sagt. Da sehen wir, daß die Praxis und die Theorie nicht ganz im Einklange sind. Der Praktiker, wenigstens nach den Worten von Hofrat Bunzel zu urteilen, ist noch nicht mit dem ganz zufrieden, was ihm die glänzende Theorie gibt. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß wir Theoretiker das schwerste Problem der Steuerüberwälzung möglichst den Fragen alltäglicher Praxis anpassen müssen. Der Staatsmann will gewöhnlich die endgültige Tendenz, den endgültigen Verlauf der einzelnen Steuerquellen wissen, und die temporären Begleiterscheinungen stehen für ihn doch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fast stets nur in zweiter Linie. Der praktische Staatsmann im wirklichen Leben kann gewöhnlich nicht mit der Einführung der meisten Steuern warten, selbst wenn er ganz genau weiß, daß es zu temporär ungünstigen Folgen oder Härten führen würde. Und Kollege Mayer hat es sehr richtig aufgefaßt, als er die allgemeinen Tendenzen in großen Zügen anzugeben suchte.

Kurz gefaßt, meine Beobachtung in den verschiedensten Ländern und langjährige Untersuchung der Theorie der Steuerüberwälzung führt mich zu meinem Bedauern zur Überzeugung, daß gewöhnlich die praktischen Arbeiter, die Staatsmänner, die geltenden Lehren der Überwälzung als graue Theorie ansehen und sich mit der einfachen Formel begnügen: „Jede alte Steuer ist gut."

Daher müssen wir Theoretiker uns den Forderungen des praktischen Staatsmannes anpassen und möglichst klar die Grundtendenzen der Steuerüberwälzung im eigentlichen Sinne, wie ich es geschildert habe, angeben. Denn ich betrachte es als einen Mißstand, daß in dieser großen Frage der Finanzwissenschaft Theorie und Praxis ganz verschiedene Wege gehen und die Theorie dem praktischen Staatsmann gewöhnlich wenig hilft. Das dürfen wir eben nicht unberücksichtigt lassen, wenn wir auf dem Gebiete der praktischen Finanzpolitik nützlich sein wollen.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Dr. Ritschl.

Privatdozent Dr. Ritschl (Göttingen): Meine Damen und Herren! Darf ich vielleicht unmittelbar an den Vortrag anschließen, den heute morgen der erste Herr Referent, Herr Professor Mann, gehalten hat und noch einige Worte zu dem Problem der allgemeinen Überwälzungsbedingungen hinzufügen, indem ich hoffe, daß damit vielleicht noch eine Erleichterung für die Behandlung unseres schwierigen Gebietes möglich ist!

Herr Professor Mann hat ausgehend von seinen Untersuchungen über die Steuerabwehr das Problem der Steuerabwälzung in seinem unmittelbaren Vorgange untersucht, und zwar von dem Steuerstoß bis zu der Reaktion, die darauf erfolgt. Er hat dabei überwiegend an die Steuerabwehr gedacht. Vielleicht könnte man dagegen sagen, daß es auch eine Steuerhinnahme gibt, die ebenfalls in die Überwälzungsbetrachtung hineinzuziehen ist, obwohl wir sie schon in die allgemeinen Steuerwirkungen hineinrechnen können, die Herr Professor Dr. Mann

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aus der Überwälzungsfrage ausschließt, wie er auch die Frage der Steuerverwendung abtrennte. Dennoch scheint mir wichtig für die Frage der Steuerüberwälzung, ob der Staat die Mittel, die er der Wirtschaft entzieht, in gleicher Weise verwendet, wie sie in der Privatwirtschaft verwendet worden wären. Es ist ein großer Unterschied, ob die Nachfrage, die auf Seite der Privaten geübt worden wäre, jetzt anders getätigt wird oder gleichartig, und zwar haben wir es im Falle der Neueinführung einer Steuer oder der Erhöhung einer alten Steuer damit zu tun, daß eine Nachfrageverschiebung eintritt. Der Staat fragt jetzt andere Güter nach als die Privatwirtschaft. Ein Anwachsen der Nachfrage des Staates bedingt eine Einschränkung der Nachfrage bei den Verbrauchern. Es ist also eine Verbrauchseinschränkung im Individualbedarf festzustellen und auf der anderen Seite eine Ausdehnung des Bedarfs der Gesamtheit. Dieser Wechsel zeigt gleichzeitig an, daß irgendwo ein Steueropfer hingenommen wird. Jedes hingenommene Steueropfer muß eine Einschränkung im Verbrauche zur Folge haben, und zwar entweder im unmittelbar persönlichen Verbrauche oder im mittelbaren Verbrauche, der durch die Kapitalbildung getätigt wird. Auf der anderen Seite ergibt sich eine Ausdehnung des Bedarfs durch den Verbrauch, den die Staatswirtschaft hat. Dieser Verschiebung der Nachfrage entspricht die Notwendigkeit einer Verschiebung in der Produktion. Das hat bedeutsame Wirkungen, und ich glaube, daß wir nur dann zu einem klaren Bild kommen, wenn wir die allgemeinen Wirkungen der Steuern mit in die Frage der Überwälzung einbeziehen, die, im engeren Sinne behandelt, nur einen Ausschnitt der gesamten Steuerwirkungen erfaßt.

Die Steuerwirkung äußert sich volkswirtschaftlich in der Notwendigkeit, daß sich die Produktion umstellt von einer Produktion für den Individualbedarf auf eine Produktion für den Gesamtbedarf. Die volkswirtschaftliche Wirkung der Steuer besteht also darin, daß sich die Produktion verschieben muß. Die soziale Wirkung besteht darin, daß der Verbrauch des Einzelnen eingeschränkt wird. Jede Steuer hat diese Wirkungen, und die Steuerüberwälzung ist innerhalb dieses großen Zusammenhanges ein Vorgang, bei dem die Hinnahme des Steueropfers zunächst noch geweigert wird. Man versucht, das Steueropfer auf andere abzuschieben. Die Verbrauchswirtschaft der einzelnen Person oder die Einkommenswirtschaft, wenn wir auch das kapitalisierte Einkommen berücksichtigen wollen, wird das Steueropfer nicht immer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleich hinnehmen wollen, sondern versuchen, es weiterzuschieben. Das ist der Vorgang der Steuerüberwälzung, der sich in diesem großen Rahmen abspielt; und zwar hängt die Überwälzbarkeit der Steuer, wie Professor Mann es formuliert hat, ab von der Elastizität des Angebotes auf der einen, der Nachfrage auf der anderen Seite. Die Einschränkung des Angebotes wie der Nachfrage bedeutet einen Vorgang, der sich, ebenso wie dies Herr Professor Mann von der Steuerüberwälzung betonte, nur auf die Dauer vollzieht — es ist nicht ein einmaliger Prozeß. Setzen wir eine stationäre Wirtschaft voraus, so wird die Einschränkung auch auf die Dauer vorgenommen werden müssen, denn sonst könnte man den Preis nicht dauernd der Steuerlast entsprechend hochhalten, wenn eine Steuer auf die Erzeugungswirtschaft gelegt ist. Nehmen wir eine Steuer an, die der Rübenerzeuger entrichten muß. Der Rübenerzeuger wird die Erzeugung einschränken müssen, um noch den Absatz zu dem bisherigen Gewinne finden zu können. Die Folge ist ein Rückgang des Absatzes, eine Verbrauchs- und Nachfrageeinschränkung infolge der gestiegenen Preise. So wird eine Einschränkung der Erzeugung, in den Zweigen des Individualbedarfes bewirkt. So kommt es zu Produktionsverschiebungen, die infolge der Umstellungskosten und -verluste mit einer Kapitalverminderung verbunden sind. Die Steuerüberwälzung ist eben bei einer Produktionswirtschaft nicht möglich, ohne daß die Erzeugung eingeschränkt wird, und die Erzeugungseinschränkung bedeutet, wenn sie auf die Dauer durchgeführt wird, eine Minderung des Wertes der Erzeugungsanlagen. Die Steuertilgung, die Herr Professor Mann als Fall der Steuerabwehr auffaßt, stellt sich von hier gesehen vielmehr als eine Hinnahme des Steueropfers dar, als eine Art Liquidation, sofern sie nicht erst im Verkaufe der Vermögensobjekte durch den Käufer erzwungen wird. Man nimmt endgültig das Steueropfer hin.

Nun wollte ich daran anknüpfend sagen, daß der Produktionseinschränkung auf der einen Seite eine Produktionsausdehnung auf der anderen Seite entspricht.

Die volkswirtschaftliche Wirkung der Steuer erschöpft sich, wie die Überwälzung seitens der Produktionswirtschaft gelingt, in der einmaligen Produktionseinschränkung der für den Individualbedarf arbeitenden Gewerbe und in der entsprechenden Ausdehnung der für den Staatsbedarf produzierenden Gewerbe. Die volkswirtschaftliche Wirkung der Steuer ist so einmalig, die soziale Wirkung ist das Bleibende

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Dauernde. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen treten ganz vehement bei jeder Steuer in Erscheinung. Die sozialen Wirkungen werden ganz langsam fühlbar. Die volkswirtschaftliche Steuerwirkung stellt, soweit sie die Erzeugungswirtschaft mit einem Opfer belastet, nur die Kosten der Verluste der notwendig gewordenen Umstellung dar. Die soziale Steuerwirkung ist bestimmt, sobald die Steuerlast als laufend eingehobenes Opfer sich in den Bahnen der Überwälzung endgültig und zwar auf die Verbrauchs- oder Einkommenwirtschaften verteilt hat. Wer also ein altes Steuersystem für gut, ein neues für schlecht hält, scheut die einmaligen volkswirtschaftlichen Folgen einer Änderung der Besteuerung und sucht sie zu vermeiden, indem er die fortdauernden sozialen Wirkungen der Besteuerung in ihrer bestehenden Form beibehalten wissen will.

Die volkswirtschaftlichen Wirkungen einer Steuereinführung können sich unter Umständen geradezu katastrophal äußern. Wird heute eine Verdoppelung der Zigarettensteuer beschlossen, dann sind morgen die Zigarettenfabriken bereits in der allergrößten Not, weil bei den gestiegenen Preisen der Absatz sehr stark zurückgeht. Die Zigarettenindustrie wird sich einschränken müssen, es werden einige Betriebe ausgeschaltet werden, Arbeitslosigkeit usw. wird die Folge sein. Der ganze Mechanismus der Hinnahme der Steuerlast ist auf die bestehenden Steuern eingestellt. Alles scheint in Ordnung zu sein, die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Einführung der Steuer sind längst erschöpft, die Produktion hat sich den geänderten Verhältnissen der Nachfrage und des Absatzes angepaßt. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen sind eben einmalig. Es gibt zwar ein langes Sträuben dagegen, aber dann wird endgültig die Einschränkung hingenommen, wenn nicht etwa bei einer nicht stationären Wirtschaft inzwischen ein Aufschwung und eine Verbreiterung des allgemeinen Erzeugungsumfanges die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Steuer paralysiert.

Während die volkswirtschaftliche Wirkung auf die Produktion einmalig und katastrophal ist und zu Umstellungen, zu Krisen und Verlusten führt, setzt die soziale Wirkung langsam ein, am Ende einer Steuerüberwälzungskette. Die soziale Wirkung der Steuer ist drückend und bleibt, die volkswirtschaftliche Belastung der Produktion ist einmalig. Deshalb glaube ich doch, daß man sich bei einer sehr genauen Durchdenkung des Steuersystems auch zu Reformen wird entschließen müssen, indem man nicht nur das Produktionsinteresse, sondern auch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Interesse der gleichmäßigen Verteilung der Steuerlast berücksichtigt. Es scheint, daß die Erzeugungswirtschaft auf die Dauer als das stärkere Element gegenüber den Konsum- und Verbrauchswirtschaften jede Steuer wieder aus sich herauswirft, den eingedrungenen Fremdkörper wieder ausstößt dadurch, daß entweder die Erzeugung mit Opfern eingeschränkt wird, oder daß man sich auf eine Ersatzerzeugung wirft. Die Steuer wird auf die Preise geschlagen. Wenn das nicht sofort gelingt, wird das Kapital vermindert, werden die Unternehmungen umgestellt, wird die Erzeugung eingeschränkt, bis man wieder seinen alten Gewinn vom Kapital zieht. So wird die Steuerlast auf die Dauer immer den Verbrauchswirtschaften zufallen müssen. Das heißt ganz einfach, daß der landesübliche Gewinn des Kapitals auf die Dauer gezogen wird, Monopolrenten natürlich ausgenommen, und daß auf der anderen Seite die sozialen Wirkungen dauernd sind, daß die Einzelwirtschaften, die Verbrauchswirtschaften der Einzelnen das Steueropfer tragen müssen.

Ich möchte nun bloß noch ganz kurz eingehen auf die Frage der Überwälzbarkeit der Einkommensteuer und mich überhaupt gegen den allzu scharfen Pessimismus, wie er vor allem von Herrn Hofrat Bunzel geäußert wurde, wenden. Ich glaube nicht, daß jede Steuer so beliebig weitergewälzt werden kann. Zum Beispiel bei der Einkommensteuer ist es doch so, daß der Kaufmann sie nicht in seine Preise einkalkuliert. Selbst wenn er das wollte, könnte der Kaufmann nur den Mindestsatz einrechnen, alles, was darüber ist, nicht. Denn sonst würde ihm der Mann mit dem Kleinbetrieb überlegen sein.

Geheimrat Professor Dr. Herkner: Bei freier Konkurrenz!

Dr. Ritschl: Natürlich freie Konkurrenz vorausgesetzt, denn ohne sie kommt es ja zu gar keiner Überwälzung, da der Monopolist schon zuvor den höchsten erzielbaren Preis forderte. Wenn der Mindestsatz aber überwälzt wird, dann kehren sie ja in den gestiegenen Preisen aller Produkte zu den Käufern wieder zurück.

Was die Überwälzung der Lohnsteuer betrifft, so ist sie natürlich denkbar. Aber in der Form, wie es Dietzel in Bonn einmal gesagt hat, in der Form der Ausbeutung von Arbeitern durch Arbeitergruppen, daß bestimmte Arbeitergruppen die Steuer weiterwälzen und daß sie andere Volksgruppen zahlen. Wir müssen nach dem ersten Akt der Überwälzung der Steuer vom Lohnempfänger auf den Unternehmer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fragen, was weiter geschieht. Der Unternehmer kalkuliert ja sämtliche Löhne in die Preise ein; es werden also sämtliche Preise um die 10% steigen. Nun fragt es sich: ist der Arbeiter entsprechend getroffen? Die Überwälzung der Lohnsteuer gelingt ja nur in den gut organisierten Arbeiterschichten, und zu ihnen kehrt daher nur in einem Teile der von ihnen gekauften Produkte der Steuerbetrag in voller Höhe zurück, das heißt, gewisse Produkte, zum Beispiel die der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind nicht um die 10% gestiegen, und der Arbeiter kauft nun einen Teil der Produkte billiger. Es kehren vielleicht nur 5% zu ihm zurück.

Es fragt sich nun, ob es abermals zu einer Fortwälzung der Steuer kommt. Theoretisch ist es durchaus denkbar, daß der Arbeiter jedesmal, wenn die Preiswelle zu ihm zurückschlägt, seinen Lohn entsprechend erhöht, bis die Steuerlast gewissermaßen seitlich hinausgeschoben ist auf die unbemittelten Schichten und auf alle, die nicht Lohnarbeiter oder Gehaltsempfänger sind. Dieses Hinausschieben auf die Schultern anderer wird kein Gesetzgeber auf die Dauer ganz verhindern können. Ich glaube aber, daß die Überwälzbarkeit der Steuer nicht so allgemein angenommen werden kann. Die Gewerkschaften können das Angebot an Händen nicht dauernd und gradweise einschränken — und besitzen sie eine Monopolstellung, so haben wir wieder den Monopolisten, der nicht fortwälzen kann. Wenn wir andererseits eine Fortwälzung ersten Grades haben, von der Erzeugungswirtschaft, die einer Besteuerung unterliegt, ist es sehr fraglich, ob diese Erhöhung des Preises wirklich zu einer Fortwälzung auf den Lohn führen kann, wie es die Klassiker annehmen. Eine so starre Größe ist der Lohn nicht, daß von ihm jeder Druck wieder abprallt. Gerade diese langsam hereinbrechenden, diese schleichenden Verbrauchssteuern wird die Arbeiterschaft und die breitere Bevölkerungsmasse in größerem Ausmaße hinnehmen als man glaubt. Vor dem Kriege haben bei der starken Ausbildung des Verbrauchssteuersystems zweifellos die breiten Massen vor allem die Steuern getragen. Wenn eine Zuckersteuererhöhung eine Mehrbelastung des Arbeiterhaushaltes etwa von 50 Pfennigen bewirkt, ist es sehr fraglich, ob das den Anlaß zu einer Lohnerhöhung bieten kann. Wird sie aber durchgedrückt und fallen nachher auf den Arbeiter 25 Pfennige durch die Steigerung aller übrigen Produkte zurück, so ist es nicht wahrscheinlich, daß eine weitere Lohnsteigerung erreicht werden kann. Wir dürfen nicht zu pessimistisch sein in der Annahme, daß die Steuern in der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scharfen Weise immer weitergewälzt werden können. Auch bei der Lohnsteuer ist das nur selten möglich und auch da findet nur eine seitliche Hinausschiebung der Besteuerung statt, und zwar gerade auch auf die ärmsten Schichten und nicht nur, wie man es früher angenommen hat, ausgesprochen auf die besitzenden. Gegen jene Annahme haben sich früher schon führende Finanzwissenschaftler gewendet, wie zum Beispiel Constantin Frantz. Die Steuer ist prozentual ein zu kleiner Anteil, als daß sie einen solchen fortwährenden Prozeß auslösen könnte. Sie bleibt irgendwo hängen. Das ist schon rein logisch eine Notwendigkeit.

Die Frage der Steuerüberwälzung ist eine Frage der Steuerwirkungen. Sie kann nur im Gesamtzusammenhang dieser Wirkungen verstanden werden. Energische Untersuchungen über die Überwälzungsvorgänge sind ebenso notwendig wie schwierig. Die Lehre von den Steuerwirkungen und allgemeinen Überwälzungsbedingungen wird ihnen die fruchtbare Fragestellung geben müssen. Die Steuerwirkungen und die Überwälzungsvorgänge sind unserer Erkenntnis nicht in dem Maße verschlossen, daß eine gute Besteuerungssystematik ausgeschlossen wäre.

(Beifall.)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Professor Weyermann.

Professor Dr. Weyermann (Bern): Herr Präsident! Verehrte Anwesende! Daß eine Steuer schlechthin wegen ihrer Art überwälzt oder nicht überwälzt werden kann, haben uns die Ausführungen des Herrn Mann heute morgen überzeugend dargetan. Daß wir aber andererseits unbedingt das Gefühl haben, daß bestimmte Steuern, sagen wir der Vermutung nach, nicht in dem Maße überwälzt werden wie andere, das haben wir den feinen Darlegungen von Hans Mayer entnehmen können. Scheinbar liegt hierin ein Auseinanderweichen in den Ergebnissen. Das hat mir den Anlaß gegeben, auf theoretischer Grundlage eine kleine Synthese dieser beiden scheinbar auseinanderstrebenden Ergebnisse herbeizuführen.

Die Steuerüberwälzung ist nichts anderes als eine Unterart der allgemeinen Kostenüberwälzung — darüber dürften wir einig sein —, ebenso wie die Zollüberwälzung. Und diese Kostenüberwälzung ihrerseits — auch darüber sind wir, glaube ich, einig — bedeutet für den Diagnostiker nichts anderes als ein Stück Theorie der Preisbildung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wir wissen, wie die Preise sich bilden, wie die Wagschale von Angebot und Nachfrage hin und her geht, das heißt das Niveau des Preises nach oben und unten oszilliert. Stellen wir uns das Bild einer Börse vor. Da werde eine solche Auflage — sei es eine Steuerauflage oder eine andere — in die Preisbildung hineingeworfen. Es findet sofort ein Anziehen und ein Abstoßen dieser Auflage nach den beteiligten Seiten statt. Nun fragt es sich, was für dieses Annehmen bzw. Abweisen typisch maßgebend ist. Das ist das Problem, das wir vor allem klar sehen müssen.

Herr Professor Mann zog heute Morgen für die Klärung dieser Grundfrage den Ihnen bekannten Unterschied zwischen starrer und elastischer Nachfrage heran. Eine starre Nachfrage verhält sich einem Überwälzungsfalle gegenüber ganz anders als eine elastische. Und doch, ich muß demgegenüber einwenden: eine Nachfrage, die *an sich* starr wäre und eine andere Nachfrage, die *an sich* elastisch wäre, gibt es nicht. Ebenso wenig wie es an sich ein elastisches oder starres Angebot gibt. Die Elastizität bzw. die Starrheit sowohl des Angebotes wie der Nachfrage sind *ihrerseits Funktionen der Preisbildung*. Die Preise schwingen bei ihrer Bildung hin und her, sich wie ein Pendel bewegend. Unsere Frage lautet daher: *Wann* wird in einem bestimmten Fall das Angebot bzw. die Nachfrage starr, und *wann* wird sie elastisch. Und da können wir nun auf den Preisbildungsvorgang eingehend sagen: derjenige Kontrahent ist geneigter, mit sich reden zu lassen, das heißt „elastischer", auch willfähriger, eine Belastung auf sich überwälzen zu lassen, *der im Vergleich zu seinen allgemeinen Profitmöglichkeiten im vorliegenden Fall am höchsten verdient*. Lassen Sie mich das an einem Beispiele darstellen.

Nehmen wir an, amerikanisches Getreide wird in der Schweiz oder in Österreich mit einem Zoll belegt. Diese Zollauflage ist gleichsam wie ein Spielball in die Preisbildung hingeworfen. Wer trägt ihn, der Amerikaner oder der Schweizer bzw. der Österreicher? Wird er vom ersteren fort- oder vom letzteren zurückgewälzt? Der Schweizer bzw. Österreicher zahlt den Zoll auf amerikanisches Getreide, weil er bei den heutigen Getreidepreisen als Konsument weit höher an der Lieferung hängt als der Südamerikaner, der von einer stärkeren Angebotkonkurrenz im Preise bereits gedrückt ist. Es könnte eintreten, daß bei einem weiteren Preisdruck der Amerikaner erklären würde, er liefere kein Getreide mehr. Wir schweizerischen oder österreichischen Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

braucher hingegen würden — das dürfen wir ruhig sagen — den vielfachen Preis abverlangt bekommen, ehe wir auf den Bezug verzichten.

Diesen Fall wollen wir auf das hinüberziehen, was unser Korreferent heute morgen sagte. In dem Vortrag von Hans Mayer wurde außerordentlich plastisch und einleuchtend dargestellt, daß die auf die verschiedenen Arten der Differenzialrente gelegten Steuern nicht überwälzbar seien. Das heißt der Vermutung nach nicht, wohl im einzelnen Falle. Ferner wurde von dem gleichen Sprecher in seiner Begründung darauf hingewiesen, daß eine Schenkung oder Erbschaftssteuer der Wahrscheinlichkeit nach nicht überwälzt werde, und Herr Bunzel hat dann ebenso hübsch in seinem Vortrag darauf hingewiesen, wie der Rentner offenbar sehr viel schwerer in der Lage sei, die Steuer, die auf sein Renteneinkommen fällt, abzuwälzen, als der unternehmermäßige Wirtschafter.

Was bedeuten diese Dinge; wie können wir sie in unsere Formel hineinziehen?

Bei der Steuer auf Geschenke befindet sich der Nehmende dadurch, daß er unverhofft etwas zu nehmen in der Lage ist, in einer „Geberlaune", wie man es psychologisch ausdrücken könnte. Er ist geneigt, etwas abzugeben, weil er in diesem Falle weit über seinen Durchschnitt profitiert. Dieser Mann läßt sicher mit sich reden, ist in der Lage und bereit, die Steuer auf den Tisch zu legen. Bei der Erbschaftssteuer ist es ebenso; für die Steuer auf die Differentialgrundrente brauche ich kaum etwas hinzuzufügen. Was den erwähnten Beispielsfall in den Ausführungen von Herrn Bunzel betrifft, so fällt er ebenfalls unter diese theoretische Formel. Der Rentenbezieher weiß eben: ich muß froh sein, wenn ich die Rente bekomme, ich selbst verdiene sie mir ja nicht. Der unternehmermäßige Wirtschafter sagt sich in solchen Fällen dagegen vielfach, er werde ohnedies seiner Leistung und im Vergleich zu seinen anderen Verdienstmöglichkeiten entsprechend nicht übermäßig bezahlt, wie solle er da noch eine Steuer auf sich nehmen.

Fügen wir dem, was ich hier in ein paar Strichen anzudeuten versuchte, den Satz hinzu: Es gibt kein Gut, das nicht bei einer bestimmten Preisspannung durch ein anderes Gut vorteilhafter ersetzt würde. Das letztere bedeutet: eine Überwälzung der Auflage auf den Nehmer findet nicht statt.

Ich glaube, dadurch ist die eingangs erwähnte Synthese hergestellt: Wir können einerseits mit Herrn Mann sagen: es gibt keine Steuer,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die als solche, das heißt als ein bestimmter Steuertyp, nicht überwälzbar wäre bzw. überwälzt werden müßte, und mit Hans Mayer dürfen wir gleichzeitig sagen: es gibt aber Steuertypen, bei denen die Lage so ist, daß die Vermutung für oder gegen eine Überwälzung spricht, nicht wegen des Steuertyps als solchem, sondern wegen der im konkreten Falle bei Auflage dieser Steuer zugrundeliegenden preistheoretischen Situation.

(Beifall.)

Vorsitzender: Der nächste Redner, Herr Dr. Manuel, ist nicht da. Das Wort hat also Herr Geheimrat Lotz.

Geheimer Hofrat Professor Dr. Lotz (München): Sehr verehrte Anwesende! Wir haben, wenn wir die Literatur und wenn wir die heutigen Ausführungen, von den Referaten angefangen bis in die Diskussion, ein wenig zusammenfassen, Proben außerordentlichen Scharfsinns in der Bewältigung eines schwierigen Problems beobachten können. Es ist ja schon hervorgehoben worden, daß das gar nicht bloß deduktiv versucht worden ist. Selbstverständlich finden wir Bestrebungen, welche das Verhalten des wirtschaftlichen Menschen unter dem Gesichtspunkt würdigten: Was tut er, wenn ihm eine Steuer auferlegt wird.

So hat ja Herr Kollege Mayer die Dinge bezüglich der nichtüberwälzbaren und der überwälzbaren Steuern nach seiner Meinung entschieden. Aber wir fanden auch den Versuch, eine ganze Anzahl von empirischen Ergebnissen zu verwerten. Denn ein großer Teil von dem, was Herr Mann in seinem Referate vorführte, beruhte darauf, daß er die Schanzschen, die Neumannschen, die Gerloffschen, die Seligmannschen Untersuchungen verwertete und daraus die Synthese zog. Es ist ja ganz klar, daß, wenn man sich bemüht, mit dem, was man Hirngymnastik genannt hat, und mit anderen Mitteln in dieser schwierigen Sache vorwärts zu kommen, die Sache nur glaubhaft ist, wenn sie mit der Erfahrung übereinstimmt. Das, woran wir laborieren, ist zunächst die Schwierigkeit der Prüfung der Erfahrung, das Versagen einer Anzahl von bewährten Hilfsmitteln, die wir sonst haben. Und da möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eines lenken: die sehr interessanten Betrachtungen der Vorredner und der Herren Referenten, ob jemand eine Steuer trägt, oder ob er sie weiterwälzt, sind eigentlich hauptsächlich auf die Frage eingestellt, ob sich infolge der Steuer eine Änderung der Preise, durch die der Steuerzahler entschädigt wird, herausstellt oder ob

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie ausbleibt. Nun ist es die Tücke des Objekts, daß die Fernwirkungen der Steuer, leider Gottes, mit Preisstatistiken nicht zu erschöpfen sind. Ich will Ihnen zwei Fälle nennen. Ich glaube, daß man ziemlich genau, wo Biersteuererhöhungen vorkommen, verfolgen kann, wie weit sich das im Preise ausdrückt. Schanz hat ja die musterhaften Untersuchungen gemacht, und ich habe beobachtet, als wir in Deutschland die Weinsteuer bekamen — vielleicht ist es auch in Österreich beim Bestehen der Weinsteuer ähnlich gewesen —, daß da dem Konsumenten allgemein um die Steuer mehr abgenommen worden ist. Aber damit ist die Fernwirkung der Steuer noch lange nicht erschöpft. Wenn nämlich weniger Wein getrunken wird, wenn die Steuervermeidung eintritt, von der Herr Professor Mann sprach, wird nicht bloß der Fiskus etwa der Leidtragende sein, und eine Steuerersparung für den eintreten, der auf den Weingenuß verzichtet, sondern die Weinproduzenten werden eine Minderung des Absatzes beklagen, auch wenn ziffernmäßig die Steuerüberwälzung perfekt gelungen ist. Ich habe kürzlich hier in Zeitungen gelesen, daß die Besitzer der Nachtlokale in Wien sich über die Vergnügungssteuer lebhaft beschweren und daß sie geltend machen, wenn sie soundso viel auf den Sekt und auf andere Sachen daraufschlagen, sei für sie das Geschäft verschlechtert. Ich bin ein Freund der Erfahrung, aber ich habe hier in den Nachtlokalen nicht solche Erfahrungen, (Heiterkeit), um zu prüfen, ob die Behauptungen der Interessenten stimmen. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß, wenn eine Steuer hereinzubringen ist, der Champagner nicht billiger abgegeben wird, sondern teuerer. Es ist ganz begreiflich, daß der Verbrauch sich dann einschränkt. Wie immer das ist, wir haben es hier zu tun mit einer Sache, bei der wir auf andere als preisstatistische Hilfsmittel bei der Fragestellung angewiesen sind. Und bei der Frage, ob die Steuerüberwälzung überhaupt ein Preisänderungsphänomen ist, sind wir noch nicht am Ende unserer Betrachtungen.

Betrachten wir nun die Frage vom Standpunkte des besten Hilfsmittels, das wir haben, der empirischen Nachprüfung. Wenn uns das hier nicht so vollkommen zu Gebote steht, wie sonst, so scheint dies tiefere Gründe zu haben. Ich kann Ihnen hier als Illustration ein anderes verwandtes Problem vorlegen. Ich gestehe, ich kann Ihnen dessen Lösung nicht sagen. Wenn wir vom Standpunkte der Vernunft, ich will gar nicht sagen, der Deduktion aus einer historischen Erfahrung, wenn wir da Wirkungen der Besteuerung verfolgen, so leuchtet uns

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein, daß in einem Lande, das überwiegend Landwirtschaft betreibt, schließlich die Hauptlast der Steuer von der Landwirtschaft getragen wird, und daß andererseits in einem Industrielande die Steuerlast wieder auf die industriellen Unternehmer und industriellen Arbeiter entfällt. Aber wie schwierig da die Lösung dieses Problems ist, dafür ein Beispiel. Ich nehme meinen Heimatstaat Bayern. Der hat ein Ertragssteuersystem. Und nun ist bei uns einer der Sätze, die eigentlich so als Glaubenssätze gelten, jener, daß das Wohl und Wehe Bayerns von der Landwirtschaft abhängt. Jedermann, der daran Zweifel zu äußern wagt, gilt für einen sehr schlechten Menschen. Daraus würde jemand, der diese Dinge sonst historisch verfolgt, folgern, daß vermutlich auch die Landwirte die Hauptträger der Steuerlast sein müssen. Wie sieht das praktisch aus? Wenn Sie das Budget ansehen, so bemerken Sie wohl, daß Bayern ein Agrarstaat ist, wenn es sich um die Fürsorge für die Landwirtschaft handelt, und wenn Sie die Länge der Diskussionen im Landtage verfolgen, dann sehen Sie, daß den landwirtschaftlichen Dingen das größte Interesse entgegengebracht wird. Wenn Sie die Steuern ansehen, dann sind speziell landwirtschaftliche Steuern, die Grundsteuer und die Arealhaussteuer im Gesamtergebnis für den Staat nicht imponierend. Würde man das Steuerbild ins Auge fassen, wäre Bayern kein Agrarstaat, sondern es würden die Gewerbetreibenden und die Stadtbewohner in der Hauptsache Träger der Steuern sein. Sieht man die Dinge so, so könnte der Laie ohne weiteres glauben, nach dem offiziellen Programm, nach dem, was Herr Hofrat Bunzel sagte, daß in politischer Hinsicht sich Bayern als Agrarstaat darstellt, während es, was die Steuern betrifft, ein Industriestaat ist.

Ich würde sehr zurückhaltend sein, die Folgerung zu ziehen. Denn die Gewerbetreibenden, die enorme Summen von Gewerbesteuer aufzubringen haben und sich auch mit Recht heftig beklagen, suchen natürlich in einem Lande, in dem die Kauffähigkeit der Landwirte ein sehr wesentliches Moment für eine Menge von Gewerben im Absatz bildet, sich in den Preisen, soweit es irgend geht, bei den heimischen Abnehmern zu entschädigen. Sie würden das nicht können, wenn wir die Exportindustrien nehmen, also Nürnberg, und die Maschinenindustrie, soweit sie auf den Weltmarkt exportiert. Aber sonst ist das Bestreben der Überwälzung der Gewerbsteuer auf die Bauern sehr

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lebhaft gewesen, und was da nicht gelingt, wird vielleicht den Bauern beim Oktoberfest in München noch abgenommen. (Heiterkeit.)

Aber das alles, das sind doch keine wirtschaftlich bewiesenen Dinge, das kann ich gar nicht behaupten. Da komme ich nun auf die große Schwierigkeit. Namentlich mit den Hilfsmitteln, die wir bisher haben, gelingt es bei dem großen Scharfsinn, der verwendet wird, Möglichkeiten der Fernwirkung der Steuer vielleicht einigermaßen erschöpfend aufzuzählen. Möglichkeiten, mehr hat auch Herr Mann nicht behauptet, denn er hat die Fälle unterschieden, wenn eine elastische Nachfrage oder wenn eine starre Nachfrage ist. Jeder wird zugeben, daß das natürlich erst nachgeprüft werden muß an der Erfahrung, und da haben wir bei diesem Problem methodische Schwierigkeiten, wie, glaube ich, vielleicht bei keinem anderen, höchstens beim Krisenproblem. Wenn beim Steuerwirkungsproblem diese Schwierigkeiten vorhanden sind, daß die Hilfsmittel, die wir sonst bei Verwertung der Erfahrung anwenden, die Hilfsmittel der Preisstatistik und der ziffernmäßigen Erfassung, eine eindeutige Antwort nicht geben, müssen wir hier vielleicht in anderer Weise als bisher deskriptive Methoden anwenden. Ich behaupte, daß sogar die Klagen von Interessenten auf diesem Gebiete wertvolles Material sind, das aber mit viel Kritik verwendet werden muß. Denn dann sind die Interessenten sehr beredt, wenn eine Steuer auf sie wirkt, während sie sonst sehr wenig mitteilsam sind. Doch wir müssen nachprüfen.

Aber wenn ich Ihnen sagen will, was eigentlich, nachdem ich mich doch einige Jahre mit Finanzwissenschaft beschäftigt habe, meine Stellungnahme ist, und wie ich der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden, seitens der Wissenschaft praktische Ergebnisse für die Praxis zu formulieren, entsprechen wollte, dann müßte ich sagen: Mein Eindruck ist der einer großen Unwissenheit von mir selbst über diese Dinge, und daß wir mit Hilfsmitteln, die bisher vielleicht noch nicht verwertet worden sind, versuchen müssen, mehr darüber zu forschen, ehe wir mit wissenschaftlicher Verantwortung etwas aussprechen können, was über die Möglichkeiten hinausgeht. Für Formulierung von Möglichkeiten ist sehr viel geleistet. Aber für Feststellung der Wirklichkeit wissen wir noch sehr wenig. Möge das der neuen Generation gelingen, auf diesem Gebiete bessere Hilfsmittel der Forschung nach der Wahrheit zu finden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Denn wenn mir jemand sagt: Ich glaube, daß die Steuer so und so wirkt, oder ich nehme an, sie wird so wirken oder unzweifelhaft wirkt sie so — das ist das Verdächtigste (Heiterkeit) —, dann ist immer etwas nicht bewiesen. Wenn mir jemand das sagt, schätze ich das als sehr nettes Glaubensbekenntnis, und zwar mitunter verbunden mit sehr tugendhaften Vorsätzen, Steuern zu finden, die nicht überwälzt werden können. Aber die Wissenschaft kann hier nicht ganz befriedigt sein, wenn sie kritisch ist. Und leider Gottes ist es unsere Aufgabe, bei jedem Beweis die Schwächen zu finden und uns nicht eher überzeugt zu geben, bis ein zwingender Beweis erbracht ist, und der ist auf diesem Gebiete noch nicht erbracht. Das ignoramus geht bei mir persönlich auf diesem Gebiete sehr weit. Hoffen wir, daß es nicht ein ignorabimus ist.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender: Es ist noch eine Zahl von Rednern vorgemerkt, die meisten sind aber nicht im Saale. Ich werde einen Namensaufruf vornehmen, um das festzustellen. Herr Minister Kienböck! Ist nicht hier. Herr Ministerialrat Pfaundler! Ist nicht hier. Exzellenz Pistorius! Ist nicht hier. Herr Dr. Goldscheid! Ist nicht hier. Herr Direktor Dr. Kittner! Ist nicht hier. Herr Dr. Benedikt Kautsky! Ist nicht hier. Bleibt noch Herr Bankdirektor Dr. Hahn.

Ich erteile Herrn Direktor Dr. Hahn das Wort.

Direktor Dr. Hahn (Frankfurt a. M.): Meine Damen und Herren! Erlauben Sie, daß ich Ihre Aufmerksamkeit für ganz kurze Zeit von den hier behandelten großen prinzipiellen Fragen ab- und einer Einzelfrage zuwende, die um dessentwillen von Interesse ist, weil sie einerseits das, was heute morgen gesagt worden ist, meines Erachtens treffend illustriert, und weil sie andererseits einen Punkt betrifft, der insofern aktuell ist, als eine legislative oder wenigstens verwaltungsseitige Entschließung in unmittelbarer Zukunft entweder getroffen wird oder getroffen werden sollte.

Es handelt sich um den deutschen Steuerabzug vom Kapitalertrag.

Meine Damen und Herren! Der deutsche Steuerabzug vom Kapitalertrag war, genau wie die Kapitalertragssteuer, an deren Stelle er getreten ist, gedacht als eine reine Einkommensteuer, die sich nur dadurch von sonstigen Einkommensteuern unterscheidet, daß sie nach englischem Muster das Einkommen zwecks Vermeidung der Defrau-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dation an der Quelle faßt. Es ergibt sich dies schon daraus, daß, wie Ihnen bekannt, der Steuerabzug vom Kapitalertrag auf die Einkommensteuer angerechnet wird. (Geheimrat Professor Lotz: Entschuldigen Sie! Wir haben nicht verstanden. Es handelt sich um die Kapitalertragssteuer als Teil der Einkommensteuer?) Es handelt sich um den Steuerabzug vom Kapitalertrag, und ich habe ausgeführt, daß diese Steuer als Einkommensteuer gedacht war.

Entgegen der Absicht des Gesetzes gibt es aber merkwürdigerweise zwei Fälle, in welchen die als Einkommensteuer gedachte Steuer in eine Kapitalertragssteuer verwandelt wird. Der eine Fall ist der Fall des Ausländers, der die Kapitalerträge abgezogen bekommt, aber keine Möglichkeit hat, sie auf seine ausländische Einkommensteuer anzurechnen. Der andere Fall ist der Fall, in dem das betreffende Einkommen bei der Einkommensteuererklärung verschwiegen wird. Es ist dies gerade der Fall, den der Steuerabzug in erster Linie treffen soll. Denn bei ordnungsmäßiger Deklaration ist eine Erfassung an der Quelle überflüssig.

Nun sind diese zwei Fälle bei der augenblicklichen Lage des deutschen Kapitalmarktes von großer praktischer Bedeutung. Besonders trifft dies zu für den Fall des Ausländers, denn wir sind infolge unserer passiven Kapitalbilanz auf die Plazierung von Anleihen im Ausland angewiesen.

Was die Einkommensteuer im allgemeinen anlangt, so ist sie — das wurde schon im Laufe des Tages wiederholt gesagt — unter Umständen abwälzbar. Soweit das Einkommen jedoch aus Kapitalvermögen fließt, ist die Einkommensteuer nicht nur schwer, sondern überhaupt nicht abwälzbar, weil ja die Abwälzung in letzter Linie dadurch ermöglicht wird, daß der Inhaber eines Einkommens die Leistung, gegen die er das Einkommen bezieht, verweigern kann. Der reine Kapitalist kann aber keine Leistung verweigern, wenn ihm eine Steuer nicht paßt. Verweigert er die Anlage seines Geldkapitals, so bezieht er auch kein Einkommen aus ihm. Er muß das Kapital anlegen, er hat keine andere Wahl. Denn wenn er das Geld im Auslande anlegt, so ist er ebenfalls einkommensteuerpflichtig — es sei denn, daß er die Steuer hinterzieht. Dann liegt aber nicht der Fall der Steuerüberwälzung vor, sondern der Fall der Steuerdefraudation, der hier nicht in Betracht kommt.

Angesichts der Unabwälzbarkeit des Steuerabzugs vom Kapitalertrag ist zu erkennen, daß der Steuerabzug in gewissen Fällen eine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ertragssteuer darstellt. Kapitalertragssteuern sind aber — im Gegensatz zu Kapitaleinkommensteuern — unter Umständen abwälzbar.

Daß diese Steuer überwälzt wird, läßt sich nun daraus nachweisen, daß deutsche, dem Steuerabzug vom Kapitalertrag unterworfene Werte von den vom Steuerabzug befreiten Werten im Kurs genau um denjenigen Betrag abweichen, der der Kapitalisierung des zehnprozentigen Steuerabzugs entspricht. Diese Abweichung ist die Folge der Erscheinung, die heute morgen als „Steuertilgung" bezeichnet worden ist. Sie ist zum Beispiel bei deutschen Städteanleihen daraus ersichtlich, daß 7%ige deutsche, vom Steuerabzug befreite Werte (etwa Dollarwerte) zirka 97% notieren, während 7%ige innere abzugspflichtige Werte um die 90% herum notieren — ein Unterschied, der, wie ich hier nicht weiter ausführen möchte, sicher nichts zu tun hat mit einem etwaigen Mißtrauen gegen die deutsche Währung, sondern lediglich die Folge dieser Steuerabzugspflicht vom Kapitalertrag ist. Denn man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß bei Verkleinerung der Marge Inländer sofort beginnen würden, die Auslandswerte zu kaufen, und außerdem Ausländer beginnen würden, weiter davon abzugehen, sich für deutsche, dem Abzug unterworfene Werte zu interessieren.

Was folgt hieraus? Es folgt hieraus nicht nur, daß der deutsche Steuerabzug vom Kapitalertrag abgewälzt wird, sondern es folgt auch daraus, daß er auf ein ganz bestimmtes Subjekt abgewälzt wird — und zwar auf den Schuldner, auf den Vorbesitzer des Papiers, wenn ich mich der Terminologie von Professor Mann bedienen darf. Der deutsche Schuldner muß, wenn er Geld gegen Anleihen im Inlande aufnimmt, entweder zirka 0,7—0,8% mehr bezahlen oder sein sogenannter „Auszahlungskurs" ist um die Kapitalisation dieses Prozentsatzes niedriger.

Die Dinge haben sich also eigenartiger Weise so entwickelt, daß der deutsche Steuerabzug vom Kapitalertrag nichts weiter ist als eine Strafe für denjenigen Schuldner, der das Geld im Inland aufnimmt. Das ist ein meines Erachtens auf die Dauer unhaltbarer Zustand, aus dem es drei Auswege gibt. Entweder man muß mit dem System der Befreiung vom Steuerabzug für Auslandsanleihen brechen. Denn es ist, das weiß man aus der Praxis, durchaus nichts weiter als eine Privilegierung der großen Schuldner — derjenigen, die die Möglichkeit haben, ihre Anleihen im Auslande zu plazieren —, wenn diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

großen Schuldner infolge der Steuerverhältnisse eine bessere Geldbeschaffungsmöglichkeit haben als diejenigen, relativ kleineren Unternehmungen, die auf die Geldaufnahme im Inlande angewiesen sind.

Der andere Ausweg ist der, daß man daran denkt, den Steuerabzug vom Kapitalertrag vollständig zu beseitigen. Wenn man einmal erkannt hat, daß der Steuerabzug infolge der Freizügigkeit des Kapitals nichts weiter ist als eine Steuer, die der Schuldner zu tragen hat, dann muß man sich fragen, ob diese Steuer aufrechterhalten werden kann. Ich glaube, es sprechen keinerlei Gründe steuerlicher oder wirtschaftlicher Logik dafür, diese Steuer weiter aufrechtzuerhalten.

Soweit aus fiskalischen Gründen oder aus Gründen politischer Sentiments und Ressentiments die Beseitigung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag nicht möglich sein sollte, kommt als dritte Möglichkeit in Betracht, daß — ähnlich wie dies in manchen ausländischen Steuergesetzen vorgesehen ist — die Rückerstattung der dem Ausländer abgezogenen Beträge vorgesehen wird. Diese Rückerstattung ist an sich in ihrer Wirkung der heute bei Auslandsanleihen geübten Steuerabzugsbefreiung ähnlich, ist aber insofern von ihr verschieden, als sie Inlands- und Auslandsanleihen — soweit sie in Ausländerbesitz sind — gleichmäßig zugute kommt. Infolge dieses Umstandes würde es, wenn nicht alles trügt, möglich sein, auch deutsche Inlandsanleihen zu den bevorzugten Kursen der Auslandsanleihen im Auslande zu plazieren. Infolge der hierdurch veränderten Marktlage würde die Abwälzbarkeit des Steuerabzugs vom Kapitalertrag auf den Schuldner jedenfalls nicht mehr voll gelingen, und es würde die Absicht des Gesetzes, wonach die im Wege des Abzugs erhobene Steuer den Gläubiger der Anleihe treffen soll, wieder einigermaßen verwirklicht werden.

(Beifall.)

Vorsitzender: Die Aussprache ist geschlossen. Ich werde jetzt den Herren Referenten das Schlußwort geben, und zwar in folgender Reihenfolge: zuerst Professor Mayer, dann Hofrat Bunzel, dann Professor Mann.

Das Wort hat Herr Professor Hans Mayer.

Professor Dr. Mayer (Wien): Von den zahlreichen und sehr dankenswerten Ausführungen und Ergänzungen, aber auch Kritiken, die von dieser Stelle aus durch die Herren Diskussionsredner gegeben wurden,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

habe ich für meine Person sehr viel Nutzen gezogen. Ich möchte aber doch mit einigen Worten darauf erwidern. Ich danke insbesondere dem Herrn Professor Weyermann für die verständnisvolle Wiedergabe und Weiterbildung der Gedanken, welche ich versucht habe, hier anzuspinnen und möchte nun auf die Einwendungen oder gewisse wie Einwendungen klingende Bemerkungen des Herrn Geheimrates Lotz noch eingehen. Ich möchte in meinen früheren Ausführungen nicht mißverstanden worden sein, als ich sagte, bei dem heutigen Stande der Überwälzungslehre, bei dem Mangel an genügendem empirischen und besonders statistischen Material seien wir heute nicht etwa Nichtwisser, sondern, wenn wir die Literatur betrachten, nur in die Notwendigkeit versetzt, in unseren weiteren Forschungen, soweit sie von der Höhe der generellsten Abstraktionen der Überwälzungstheorie auf die Betrachtung der konkreten Vorgänge herabsteigen und aus diesem Herabsteigen Nutzen schöpfen wollen für die Beeinflussung der Gesetzgebung bzw. der Steuerverwaltung, deduktiv vorzugehen. Ich glaube, es ist dies wohl kaum zu bestreiten. Herr Geheimrat Lotz hat es ja selbst hier zugegeben.

Nur fürchte ich, daß meine Äußerung, die eine Konstatierung war, vielleicht als ein Postulat aufgefaßt wurde. Es ist natürlich nicht meine Meinung zu postulieren, wir sollen rein deduktiv vorgehen, sondern es ist eine Konstatierung, die bei dem gegenwärtigen Stand zu machen war, daß wir mangels des empirischen Materials gezwungen seien, deduktiv vorzugehen. Das wäre kein Unglück. Denn auch die deduktive Forschung hat viel geleistet, sofern nur die Ausgangspunkte richtig und sofern die Tatbestände, aus denen wir deduzieren, der Wirklichkeit entnommen sind. Da sind wir — das glänzende Referat des Herren Professor Mann hat das dargetan — heute in einer schwierigen Situation, weil wir eingestellt sind auf herkömmliche Steuerbegriffe und Steuerarten, auf die Grundsteuer, die Einkommensteuer, die Gewerbesteuer, die Hauszinssteuer, die Körperschaftssteuer usw., und weil das nicht die Tatbestände sind, aus denen wir unsere Deduktion ableiten können. Denn alle diese Steuern enthalten in sich verschiedenartige wirtschaftliche Tatbestände, wie zum Beispiel von der Grundsteuer sowohl derjenige getroffen werden kann, der eine hohe, wie derjenige, der eine kleine Differentialrente bezieht, wie auch der Grenzproduzent. Das sind Tatbestände, die unter dem Namen Grundsteuer erfaßt werden, die aber wirtschaftlich toto coelo ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schieden sind. Denn der eine ist ein Differentialrentenperzipient, der andere deckt kaum seine Kosten. Auf die Art kommen wir nicht weiter. Wenn wir behaupten, die Grundsteuer sei überwälzbar oder nicht, so ist beides falsch, wenn wir von der Grundsteuer als solcher reden. Wir müssen vielmehr sagen: Sie ist überwälzbar, wenn sie die Grenzproduzentenschichten trifft, und wenn die entsprechende Elastizität von Angebot nach Nachfrage vorliegt; sie ist aber nicht überwälzbar, wenn sie den Differentialrentenperzipienten trifft, weil er nicht den Einfluß hat, den Marktpreis der Bodenprodukte zu ändern, der sich dem Preise des Grenzproduzenten angleicht. Dasselbe Phänomen kehrt bei jeder einzelnen Steuer wieder. Es kehrt wieder bei der Gewerbesteuer, bei der Körperschaftssteuer. Es wird wenige Steuern geben, wo nicht innerhalb eines einheitlichen Namens, einer einheitlichen Marke wie zum Beispiel Grundsteuer, Gewerbesteuer usw. die verschiedensten wirtschaftlichen Tatbestände eingeschlossen sind, die eine ganz verschiedene Steuerbehandlung verlangen, und für welche die Voraussetzungen der Überwälzung ganz verschieden sind. Ich verweise noch einmal auf die Gewerbesteuer, auf die Körperschaftssteuer. In beiden Fällen werden durch die Steuer getroffen sowohl Bezieher von industriellen Differentialrenten als auch Grenzproduzentenschichten. Die Tatbestände sind wirtschaftlich und für die Überwälzung gänzlich verschieden, aber der Name der Steuer ist der gleiche, und leider ist — und das müßte die kommende Gesetzgebung berücksichtigen — nicht nur der Name gemeinsam, auch die Veranlagungsgrundsätze sind gemeinsam, ein einheitlicher Tarif ist aufgebaut, der auf so verschiedenartige Tatbestände nicht passen kann, wenn nicht hervorgerufen werden soll die Steuerüberwälzung, die Tragung der Steuer durch unbekannte Personen, denen sie zur Tragung von der Gesetzgebung nicht zugemutet wurde.

Noch einmal zurück zur Frage der Methode des empirischen Materials! Da glaube ich, in dem Punkte mit Herrn Geheimrat Lotz in vollster Übereinstimmung zu sein, indem wir beide beklagen, daß derartiges Material nicht existiert. Vielleicht bin ich — wenn Herr Geheimrat Lotz mit dem „ignoramus" geendet und die Hoffnung ausgesprochen hat, daß daraus nicht ein „ignorabimus" werde — also in dem Punkte doch etwas optimistischer, indem ich doch erwarte, daß die zukünftige Entwicklung der statistischen Technik, und ganz besonders die Miteinbeziehung der ausländischen Statistik uns ein weiteres

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Material bieten wird, das uns instand setzen kann, diese Forschungen nicht bloß auf deduktiver, sondern auch auf empirischer Basis zu führen.

Ich möchte in dem Zusammenhange an ein Wort erinnern, welches vor ungefähr zwanzig Jahren Professor Marshall gesprochen hat. Er hat damals gesagt, das 19. Jahrhundert gehöre in der wissenschaftlichen Forschung der qualitativen Analyse, die Zukunft, das 20. Jahrhundert muß und wird gehören der quantitativen Analyse. Ein tiefes Wort, das treffend die Bedürfnisse der weiteren Entwicklung unserer Wissenschaft zum Ausdruck bringt. Denn es drückt gerade den Punkt aus, wo wir am rückständigsten gegenüber der Entwicklung anderer Wissensgebiete sind, insbesondere der modernen Naturwissenschaft. Die quantitative Analyse ist in der modernen Naturwissenschaft das Um und Auf. Bei uns steht es so, daß wir nur in der qualitativen Analyse außerordentlich weit gekommen sind, in der qualitativen Sonderung der Tatbestände, der Faktoren, die zusammenwirken bei der Preisbildung, der Einkommensbildung, in der Besteuerung, in der Überwälzung usw.

Was die Ausführungen Professor Manns betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß bezüglich der Starrheit oder Elastizität, was die Konsumenten betrifft, folgendes wichtig ist. Man muß hier auseinander halten die lebensnotwendigen Artikel von den Luxusartikeln. Die Nachfrage, die auf Luxusartikeln ausgeht, wäre zwar nach dem Namen eine elastische Nachfrage, ist aber, wie wir aus der Besteuerung wissen, de facto sehr häufig eine starre Nachfrage. Zu diesen Luxusartikeln zählen auch unter anderem Tabak, alkoholische Getränke, Schwefel, Reitpferde und Automobile. Wir wissen ganz genau, daß bestimmte Schichten der Bevölkerung, auch wenn die Preise dieser Artikel infolge einer Besteuerung erhöht werden, ihre Nachfrage nicht einschränken. Es ist also auf Grund einer empirischen Beobachtung zu konstatieren, daß Teile dieser Schichten, die auf eine derartige Preiserhöhung bei Luxusartikel nicht reagieren, gern die Steuer auf sich überwälzen lassen. Es wäre für die praktische Handhabung der Steuergesetze nicht ganz gegenstandslos, derartige Momente miteinzubeziehen. Das wird von Land zu Land anders sein. Es wird in dieser oder jener Volkswirtschaft nicht nur die Nachfrage nach Brot und Salz eine starre sein, gegenüber der dann die Überwälzung durchgeführt werden kann, sondern auch die Nachfrage breiter Schichten nach diesen Luxusartikeln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die quantitative Analyse, von der Professor Marshall gesprochen hat, ist jene Analyse, die uns darüber Klarheit geben soll: in welchem Ausmaße wirken die einzelnen Faktoren ein? Das allein kann uns Klarheit geben über die Frage, inwieweit die Steuer überwälzt wird. In den seltensten Fällen können wir davon sprechen, daß die Steuer zur Gänze überwälzt wird. In den meisten Fällen ist es so, daß der eine einen Teil trägt und der andere einen Teil, und es zersplittert sich das oft noch auf viele andere.

In dieser Frage der quantitativen Analyse kann die Deduktion allein absolut nichts leisten. Hier müssen wir unbedingt auf das Erfahrungsmaterial zurückgreifen, und ich bin mir vollkommen einig mit den Anschauungen des Herrn Geheimrates Lotz, daß wir hier das statistische Material ausbauen oder uns verschaffen müssen. Ich glaube, wenn man nach der Methode der Variation die Beobachtung anstellt, und zwar sowohl die Preisstatistik nach Erhöhung einer Steuer als auch zugleich die Konsumptions- bzw. die Absatzstatistik, wenn man nun die beiden nebeneinander hält, dann kann man daraus bereits zwingende Schlüsse ziehen, was man nicht kann, wenn man bloß, wie Lotz hier an einem sehr illustrativen Beispiel ausgeführt hat, die Preisstatistik für sich allein nimmt. Es ist das Beispiel in betreff der schematischen Besteuerung. Nun ist das kein Ding der Unmöglichkeit, wenn es sich um eine sehr wichtige Frage von so großer praktischer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung handelt, daß hier durch ein gegenseitiges Einvernehmen mit den statistischen Organisationen oder Anstalten anderer Staaten die Beobachtungen derart angestellt werden können, daß man die Wirkung einer Steuer unter Annahme oder unter Konstatierung der in dem einen oder anderen oder in einem dritten Lande gerade vorhandenen Preisverhältnisse oder Einkommensverhältnisse untersucht und darauf hin, wenn man genügend solches Material hat und aus dem großen Material nun mit einigem Recht schließen kann, daß die sonstigen, die Preise durchkreuzenden Maßnahmen einander ganz und gar die Wage halten, den Faktor Überwälzung in seiner preissteigernden Wirkung isoliert betrachten kann. Aus dieser Art der Forschung erhoffe ich mir allein die weitere Entwicklung in dieser Frage. Natürlich muß das paralell gehen mit der weiteren gewissenhaften deduktiven Arbeit.

Auch möchte ich noch bitten, auf eine kleine Bemerkung eingehen zu dürfen. Auch das „glaube", „zweifelsohne meine ich", und wie alle diese

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bekenntnisworte heißen, von denen Geheimrat Lotz gesprochen hat, diese Surrogate der Erkenntnis müssen auch nach meiner Meinung durch echte Erkenntnisse ersetzt werden. Es handelt sich aber nicht nur darum, daß wir die äußeren Tatsachen, die uns zugänglich sind, durch unsere Erfahrung — bei den Produktionsverhältnissen zum Beispiel das Gesetz des abnehmenden und zunehmenden Ertrages — in der einen oder anderen Produktionsrichtung konstatieren und ihren Einfluß auf die Überwälzung, die Menge des festen und variablen Kapitals in der volkswirtschaftlich produktiven Kapitalszusammensetzung untersuchen — das sind alles unserer Erfahrung zugängliche Dinge —, sondern es handelt sich darum, nicht ganz die psychischen Motive zu vernachlässigen, die unleugbar eine Triebkraft im Wirtschaftsleben darstellen und daher auch in diesen Fragen der Überwälzung wirken. Es ist ja nicht zu umgehen — und weder der erste Herr Referent noch Geheimrat Lotz haben diese psychischen Motive in ihren Ausführungen übergangen, sondern im Gegenteil, sie sind deutlich zum Vorschein gekommen. Wie soll man aber daraus ein System machen, und bewußt auch am besten den objektiven Tatbestand dieser psychischen, treibenden Motive herausarbeiten und in ihrer Wirkung auf die Überwälzung festlegen? Ich habe mir erlaubt, bei einer Steuergruppe, bei den Anfallsteuern, ein derartiges psychisches Motiv im Gegensatz zu dem Irrtum, daß auch in dieser Überwälzungsfrage der allgemeine Gesichtspunkt des möglichen Gewinnes, des Nutzens eine Rolle spielt, nämlich das Prinzip der Erhaltung des gewohnheitsmäßigen Lebensfußes, der durch die Besteuerung beeinträchtigt wird, für einige Steuergattungen zu verwerten. Es wäre natürlich zu diesen Fragen noch außerordentlich viel hinzuzusetzen. Unsere Zeit ist aber, wie ich annehme, sehr beschränkt, zumal ja wieder andere Veralstaltungen bevorstehen. Ich erlaube mir also, mit diesen Ausführungen zu schließen, indem ich ausdrücklich noch darauf hinweise, daß es mir eine ganz besondere Befriedigung ist, mit einigen der heute in meiner Diskussionseinleitung vorgebrachten Resultate, insbesondere was die Forschung betrifft, für die zweckmäßige weitere Ausgestaltung der Steuersysteme, mit dem verehrten Herrn Vorsitzenden, Geheimrat Professor Herkner, übereinzustimmen, der in manchen Punkten ähnliche Gedanken in seinem als bekannt vorauszusetzenden Kieler Vortrag über Steuernotwirtschaft zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorsitzender: Ich bitte nun Herrn Hofrat Bunzel, zu einem Schlußwort das Wort zu ergreifen.

(Herr Hofrat Dr. Bunzel war durch Geschäfte des Ortsausschusses verhindert, ein Schlußwort zu sprechen. Die Ausführungen, die er vorzubringen beabsichtigte, finden sich im Anhange.)

Vorsitzender: Dann hat das Wort Herr Professor Mann.

Schlußwort von Professor Dr. Mann: Meine verehrten Damen und Herren! Als ich heute morgen mein Referat begann, war ich von einer gewissen Skepsis beseelt: darum erklärte ich, mich wohl kaum der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die alte Kontroverse über die Überwälzung nun allmählich verstummen werde. Überraschenderweise hat sich diese Prognose nicht bewahrheitet. Denn aus den vorzüglichen Korreferaten und aus den überaus anregenden Diskussionsreden ist hervorgegangen, daß heute bereits eine weitgehende und in der Literatur bisher unbekannte Einstimmigkeit über wesentliche Punkte des Problems erzielt ist. Gerade deshalb liegt es mir am Herzen, den beiden Herren Korreferenten und den Herren Diskussionsrednern an dieser Stelle dafür zu danken, daß sie sich im wesentlichen auf die Grundlagen meiner Auffassung stellten, und daß sie die Vielheit der Gesichte, die uns in der Literatur störend entgegentritt, einer einheitlichen Problembehandlung weichen ließen. Zu meinem Bedauern kann ich nicht auf die überaus anregenden Einzelheiten der Diskussion eingehen. Ich behalte mir aber vor, wenn die Verhandlungen gedruckt sind, zu den einzelnen Argumenten Stellung zu nehmen. Heute möchte ich nur wenige Punkte herausgreifen.

In erster Reihe möchte ich des Pessimismus gedenken, zu dem sich Herr Geheimrat Lotz hier bekannt hat, indem er sagte, daß er zwar diese Untersuchungen lebhaft begrüße, aber dennoch eigentlich keine großen wissenschaftlichen Erträge in naher Zukunft erwarte. Ich glaube: die Schwierigkeiten statistischer Erfassung erscheinen Herrn Geheimrat Lotz nur deshalb so groß, weil er zwei Tatbestände gleichzeitig erfassen will, nämlich einmal die Überwälzung und andererseits das, was ich Steuerwirkungen oder allgemeine Steuerwirkungen nannte. Herr Geheimrat Lotz hat bekanntlich für beide Phänomene den Ausdruck „Fernwirkungen der Steuer" geprägt. Ich stimme Herrn Geheimrat Lotz insoweit zu, daß, wenn wir — wie er — diese Tatbestände zusammennehmen, das heißt wenn wir bei der Einführung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einer Steuer nicht nur die Preiserhöungen und Preiserabsetzungen, sondern darüber hinaus auch zum Beispiel die Absatzverminderung verfolgen wollen, eine weit schwieriger zu meisternde Aufgabe vorliegt. Aber ich glaube, daß, wenn wir, wie dies regelmäßig der Gang der Wissenschaft sein muß, zuerst mit bescheidenen Aufgaben beginnen, wenn wir uns hier zunächst darauf beschränken, nur die Überwälzungsvorgänge in dem hier beschriebenen Sinne zu erfassen, es doch Wege gibt — und hierin stimme ich mit Herrn Professor Mayer vollkommen überein — quantitativen Analysen näherzukommen. Ich möchte, weil in der Diskussion darauf hingewiesen wurde, noch mitteilen: die Angaben, die ich hier über die Überwälzung des Lohnabzuges von seiten der Buchdrucker, der Bauarbeiter, der Eisenbahnarbeiter usw. in Deutschland nach der Revolution machte, beruhen auf solchen statistischen Erhebungen, die einer meiner Schüler seit mehreren Jahren angestellt hat und deren Ergebnisse wir im kurzen zu veröffentlichen gedenken. Natürlich sind nicht zufällige Vergleichungen, sondern sorgsame Verfahren anzuwenden. So hoffe ich, wird die Prognose hier nicht „ignorabimus" lauten! Im Sinne meiner Ausführungen, daß die Steuerwirkungen zunächst getrennt behandelt werden müssen, hat auch Professor Haensel gesprochen. Zu meiner Freude hat auch er erklärt: er lege Wert darauf zu betonen, daß die Überwälzung und die „wirtschaftlichen Funktionen", wie er sie nannte, sorgsam unterschieden würden.

Und nun möchte ich mit wenigen Worten auf die Korreferenten übergehen; mir vorbehaltend, auf das vorzügliche Material, das Herr Direktor Hahn vorgetragen hat, noch bei einer späteren Gelegenheit einzugehen.

Besonders möchte ich begrüßen — was auch Herr Kollege Weyermann richtig bemerkt hat —, daß im Grunde genommen die Differenz zwischen Herrn Kollegen Mayer und mir nur eine geringe ist. Denn, wenn ich hier erklärt habe, alle Steuern sind in der Verkehrswirtschaft grundsätzlich überwälzbar und Mayer Ausnahmen genannt hat, so liegt der Unterschied in der Typenbildung der Steuerarten. Wenn ich sage, die Grundsteuer ist überwälzbar, so verstehe ich darunter den Komplex von Grundsteuern: wohl bewußt, daß eine „Grundrentensteuer" nicht überwälzt werden kann, das heißt eine Grundsteuer, die unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen auferlegt wird. So ist das, was ich hier sagte, letzten Endes eigentlich in sachlicher Über-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einstimmung mit dem, was Kollege Mayer vorbrachte; nur daß ich formulieren würde: es sind nicht die Steuerarten, die unüberwälzbar sind; es gibt keine unüberwälzbare Steuer; sondern es gibt gewisse Wirtschaftskombinationen, unter denen die Überwälzung der Steuer gehemmt oder gelegentlich sogar ausgeschlossen wird.

Herr Hofrat Bunzel hat in seinem Korreferat einige gewichtige soziologische Tatbestände hervorgehoben, auf die ich leider hier nicht näher eingehen kann. Wenn er trotzdem von einem negativen Ergebnis der Theorie gesprochen hat, so möchte ich ihm entgegenhalten: gibt es wohl ein positiveres Ergebnis als die Einsicht, daß alle Steuern in der Verkehrswirtschaft grundsätzlich überwälzt werden? Schon diese Tatsache kann meines Erachtens seine Zweifel widerlegen.

Ferner möchte ich gegenüber Herrn Hofrat Bunzel noch bemerken, daß in einem wichtigen Punkt unsere Auffassungen auseinandergehen: Ich habe, als ich von der Lohnsteuer sprach, hervorgehoben, daß in vielen Fällen die Lohnsteuer auf der Arbeiterschaft liegen bleiben wird; habe Ähnliches auch von den Verbrauchssteuern gesagt. Aber der Generalisierung, der Herr Hofrat Bunzel Ausdruck verlieh, daß letzten Endes alle Steuern von der Masse getragen würden, kann ich aus den in meinem Referat erwähnten Gründen nicht zustimmen. —

Das, meine verehrten Damen und Herren, sind einige der Punkte, die ich hier herausgreifen wollte. Ich glaube, daß das Überwälzungsproblem ein besonders fruchtbares Problem der Finanzwissenschaft überhaupt ist, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die neuere Finanzwissenschaft leicht Gefahr läuft, in Steuerrecht und Steuertechnik zu versinken, und die engen Beziehungen zur Volkswirtschaftslehre, die einst von den Klassikern angesponnen worden sind, heute aufzugeben. Nur diese engen Beziehungen zur theoretischen Sozialökonomik scheinen mir zu verbürgen, daß eine wirkliche Steuerlehre und Steuerpolitik entsteht, oder — anders ausgedrückt — daß wir uns nicht mit einer Formenlehre der Finanz- und Steuerwissenschaft begnügen, sondern zu einer finanzwissenschaftlichen Funktionenlehre gelangen.

So glaube ich, war es ein glücklicher Gedanke unseres Hauptausschusses, dieses Thema auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Denn wie einer der deutschen Schriftsteller aus der Mitte des 19. Jahrhunderts es gesagt hat, glaube auch ich, daß in der Überwälzung sich die Grundgesetze volkswirtschaftlicher Statik offenbaren. „Was die Schwerkraft für die Lagerung der Massen unserer Erdkruste,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für die geologische Schichtung ist, eben dasselbe ist für die volkswirtschaftliche Verteilung und Schichtung das Überwälzungsbestreben."

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Hiermit, meine Damen und Herren, sind unsere heutigen Verhandlungen beendet. Ich persönlich, wenn mir das zu sagen erlaubt ist, schätze das Ergebnis der Diskussion über das Überwälzungsproblem heute ziemlich hoch ein, und ich freue mich wirklich, auch persönlich so viel Belehrung speziell von den Herren Referenten gefunden zu haben. Ich bin auch angenehm davon berührt, daß gegenüber dem ignoramus des Herrn Geheimrates Lotz doch die Herren Referenten ihre Hoffnungsfreudigkeit, daß auf diesem Gebiete konkrete Resultate zu erzielen sind, aufrechterhalten haben. Zu einem weiteren Resumé liegt auf Seite des Vorsitzenden kein Anlaß vor, und ich erlaube mir daher, die Diskussion als geschlossen zu erklären.

Zu einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung erteile ich Herrn Geheimrat Lotz das Wort.

Geheimrat Professor Dr. Lotz: Hochverehrte Anwesende! Ich möchte Sie bitten, nach alter Sitte zum Schluß unserer Tagung mit mir den Herren den Dank auszusprechen, die in einer bewundernswerten Kombination von Nachsicht und Energie, von Feinhörigkeit und Schwerhörigkeit unsere Verhandlungen geleitet haben, und zugleich den Herren, die unsere Vorsitzenden dabei unterstützt haben.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich nehme das mit herzlichstem Dank entgegen und schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 4½ Uhr nachmittags.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anhang.

I.

Nachwort zur Aussprache über Steuerüberwälzung.

Von Rechtsanwalt Hofrat Dr. Julius Bunzel (Wien).

In einem Punkte, der mir wesentlich erschien, hat die Erörterung die Ansichten, die ich mir in meinem Referat vorzubringen erlaubte, durchaus bestätigt. Fast von allen Seiten wurde zugegeben, daß die bisherigen Ergebnisse der Theorie der Steuerüberwälzung für die Praxis so gut wie unverwertbar sind. Schon der erste Redner, Herr Haensel, gestand: „Wir geben dem praktischen Staatsmann keine deutliche oder praktisch verwertbare Lösung." Der Staatsmann wolle eben gewöhnlich die endgültigen Tendenzen, den endgültigen Verlauf der einzelnen Steuerüberwälzungsvorgänge kennen, und darüber gäbe die Theorie keine Auskunft. Auch Herr Lotz gab unumwunden zu, daß zwar für die Beurteilung der Überwälzungsmöglichkeiten sehr viel geleistet wurde, daß man aber über die Wirklichkeiten noch sehr wenig wisse. Hier gehe das Ignoramus bei ihm persönlich sehr weit, und man könne nur hoffen, daß es nicht zu einem Ignorabimus werde.

Nur die Herren Referenten blieben hoffnungsfroh. Herr Mann meint, es gäbe doch wohl kein positiveres Ergebnis als die Feststellung, daß alle Steuern in der Verkehrswirtschaft grundsätzlich überwälzt werden können, und Herr Hans Mayer erwartet von der gleichzeitigen Einführung von Steuern, die sicher überwälzbar sind (Aufwandsteuern, Ertragsteuern), und von solchen, die sicher unüberwälzbar sind (Besteuerung der Monopolrente, der reinen Differentialrente, der Vermögensanfälle), eine Beseitigung oder wenigstens eine Minderung der Ungerechtigkeiten, die zu den unvermeidlichen Folgen der Steuerüberwälzung gehören.

Man soll nun Hoffende — wenn es irgend angeht — gewiß nicht ihrer Hoffnung berauben. Allein hier wird Grausamkeit zur Pflicht. Denn wenn es der Theorie in Jahrhunderten — Herr Mann verfolgte

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sie bis zu Aristoteles und Tacitus zurück — nicht gelang, zu Ergebnissen zu kommen, die der Praxis dienlich sein können, dann darf man nicht erwarten, daß sie dies Ziel auf den Wegen, die sie bisher beschritt, je wird erreichen können. Die bloße Feststellung der Tatsache, daß alle Steuern überwälzbar sind, wird jedenfalls nicht genügen. Die hat — wie Herr Spitzmüller zutreffend bemerkte — eher „etwas Beklemmendes". Auch Herr Hans Mayer meinte ja, der Praktiker könne mit solchen allgemeinen Erkenntnissen nichts anfangen. Allein von der nach seinen Vorschlägen einzuführenden Verbindung von Steuern gilt leider das gleiche. Denn die Praxis kann schließlich nur bestimmte Steuerarten einführen. Steuerarten, die unüberwälzbar sind, gibt es aber — wie Herr Hans Mayer selbst eingestehen mußte — nicht. Es gibt vielmehr — wie in seinem Schlußworte ganz richtig ausgeführt wurde — nur „gewisse Wirtschaftskombinationen, unter denen die Überwälzung der Steuern gehemmt oder gelegentlich ausgeschlossen wird."

Damit aber ist ein zweiter wichtiger Punkt meiner Ausführungen bestätigt: daß nämlich nicht die Verschiedenheit der Steuern, sondern die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Stellung der Steuerzahler und ihre wirtschaftliche Macht entscheidend für die Möglichkeit der Steuerüberwälzung sind. Herr Hans Mayer hat zwar noch in seinem Referate auch psychologische Momente bei der Steuerüberwälzung mitsprechen lassen wollen und erklärt, daß die Anfallsteuer leichter getragen würde, weil die Erhaltung der bisherigen Einkommens- und Ertragsgröße das entscheidende Motiv der Steuerüberwälzung sei, dieses Motiv aber bei Anfällen — bei Erbschaften und Schenkungen — nicht mitspräche. Allein, wer jemals bei einer Verlaßabhandlung eingeschritten ist und gesehen hat, wie vom Abhandlungspfleger angefangen bis zum Vermächtnisnehmer alle Beteiligten keine größere Sorge kennen, als wie sie die Erbschaftssteuer möglichst gering gestalten können, der weiß, daß ebenso wie es keine Steuer gibt, die einem Steuerzahler gerecht erscheint, es auch keine Lage im Leben eines Steuerzahlers gibt, in der ihm die Entrichtung der Steuer willkommen wäre.

Wie man daher die Dinge auch dreht und wendet, ob man von der Elastizität auf der Angebot- und Nachfrageseite, ob man von der Möglichkeit die Preise zu beeinflussen spricht, oder ob man von anderen anscheinend rein wirtschaftstheoretischen Erwägungen ausgeht, hinter all

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

diesen Dingen steht die Tatsache, daß die Möglichkeit der Steuerüberwälzung von der Stellung der steuerzahlenden Wirtschaft im Verkehr und von ihrer wirtschaftlichen Macht abhängt, daß daher die Theorie der Steuerüberwälzung — wenn sie zu praktisch verwertbaren Ergebnissen kommen will — nicht länger von den einzelnen Steuerarten ausgehen und die Überwälzbarkeit dieser einzelnen Steuerarten untersuchen darf, sondern von den steuerzahlenden Wirtschaften ausgehen und festzustellen suchen muß, unter welchen Voraussetzungen diese die Steuer zu überwälzen vermögen. Auch die Hoffnung, durch Sammlung von umfangreichem statistischen Material auf den bisherigen Wegen zu besseren Ergebnissen zu kommen, wird sich gewiß als trügerisch erweisen. Denn darin hat Herr Hans Mayer sicherlich recht: Es wird nicht leicht gelingen, den Einfluß der Steuern isoliert, unabhängig von den tausenderlei anderen Faktoren, die das Preisniveau außerdem bestimmen, zu betrachten.

Es wäre daher ein sehr erfreuliches Ergebnis dieser Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik, wenn die Erörterungen, die hier gepflogen wurden, die Forschung dazu bewegen würden, entschlossen neue Wege zu beschreiten und zu versuchen, die für die Praxis vor allen bedeutungsvolle Frage: wie sich die Steuern nach Durchführung aller Überwälzungsvorgänge endgültig verteilen, nun von dieser Seite, von der Seite der steuerzahlenden Wirtschaften zu lösen. Ich habe zu diesem Zwecke die Wirtschaften zunächst — je nach der Art ihres Einkommens — in drei Gruppen, in die Gruppe der Erwerbs-, der Renten- und der Lohneinkommen geteilt, dann aber bemerkt, daß die Steuern in der Regel nicht vom Einkommen, sondern vom Verbrauch der Wirtschaften getragen werden. In der Erörterung hat dann Herr Weyermann — wenngleich von anderen Gedankengängen ausgehend — meine Ansichten über die Einkommenswirtschaften (wenigstens bezüglich der Rentenwirtschaften) bestätigt und Herr Ritschl — durchaus in Übereinstimmung mit mir — ausgeführt, daß die Erzeugungswirtschaften auf die Dauer als das stärkere Element gegenüber den Verbrauchswirtschaften jede Steuer wieder aus sich herauswerfen, so daß die Steuer auf die Dauer immer den Verbrauchswirtschaften zufällt. Ist dies aber richtig, trifft die Steuer tatsächlich in der Regel den Verbrauch, und können zum mindesten jene Einkommenswirtschaften, deren Stellung durch Besitz oder Organisation gefestigt ist, die Steuern von sich abwehren, dann wäre auch die dritte Ansicht, die hier von mir

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vertreten wurde, bekräftigt, daß die Steuern in der Regel auf den besitzlosen und unorganisierten Wirtschaftsgruppen liegen bleiben. Ich darf ja gewiß nicht erwarten, daß ich mit dieser meiner Art der Betrachtung der Steuerüberwälzungsfragen — sozusagen gleich auf den ersten Anlauf — in allen Einzelheiten das Richtige getroffen habe. Wenn die Ergebnisse aber auch nur im großen und ganzen zutreffen, dann ergibt sich für die Praxis zwingend die Folgerung, daß sie die Besteuerung — ohne Rücksicht auf etwaige Steuerüberwälzungsmöglichkeiten — nur nach Gründen der finanzpolitischen Zweckmäßigkeit einzurichten hat.

Man darf eben von den Steuern nichts anderes erwarten als die Deckung des Finanzbedarfes. Wer mit ihnen sozialpolitische Zwecke verfolgen oder gar die Einkommensverteilung beeinflussen will, wird seine Ziele schwerlich erreichen. Das sozialdemokratisch verwaltete Wien versucht ja durch Luxusbesteuerung auf der einen und durch Verwendung der Erträgnisse dieser Besteuerung für die Bedürfnisse der Massen auf der anderen Seite in diesem Sinne zu wirken. Allein selbst wenn dies hier gelänge, würde dies noch nicht beweisen, daß es auch in größeren Gebieten, in Ländern oder Staaten, wo die Einhebung solcher Steuern schwieriger und kostspieliger ist, gelingen kann. Überdies sind aber die Erfolge auch in Wien sehr zweifelhaft. Es steht nämlich gar nicht fest, daß die Luxussteuern tatsächlich immer von jenen getragen werden, denen sie zugedacht sind. Die Tatsache beispielsweise, daß am 15. September dieses Jahres — also schon während der Saison — rund 1850 Hausgehilfinnen und 850 in Musik-, Theater- und Kinobetrieben Beschäftigte arbeitslos waren, kann die Hausgehilfinnenabgabe und die Lustbarkeitssteuer auch in anderem Lichte erscheinen lassen.

Jedenfalls wird sich die Wirtschaft auf die Dauer stets stärker erweisen als die Steuergesetzgebung, und wenn wir hier gehört haben, daß der kapitalistische Geist nicht im Abnehmen sei, wir vielmehr dem eigentlichen Zeitalter des Hochkapitalismus erst entgegengehen, dann darf man nicht hoffen, dieser Entwicklung mit den schwachen Mitteln der Steuergesetzgebung entgegenwirken zu können. Man wird vielmehr damit rechnen müssen, daß die Steuern — wie immer sie heißen und wie immer sie veranlagt sein mögen — schließlich von jenen Wirtschaftsgruppen getragen werden müssen, deren Stellung im Verkehr und deren wirtschaftliche Macht es ihnen nicht möglich macht, sie von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich abzuwälzen. Das lehrt — ganz eindeutig — die Praxis der Steuerüberwälzung. Und auch die Theorie wird sich dieser Erkenntnis auf die Dauer nicht verschließen können.

II.

Die Übervölkerung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit.

Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Julius Wolf (Berlin)[1].

Im gesamten Abendland schien das Zweikindersystem auf dem Marsche zu sein. Während des Krieges und noch mehr nach dem Kriege fand es immer neue begeisterte Anhänger. Diesem Umschwung gegenüber fällt es schwer, daran zu glauben, daß die Bevölkerungsbewegung es sei, die die Arbeitslosigkeit ins Monströse wachsen ließ. Doppelt schwer, sobald man sich der Kriegsopfer erinnert, der Millionen, die a) im Bewegungskriege und Schützengrabenkampf fielen und b) der vielen, allzu vielen, die minder ruhmvoll daheim an Entbehrungen starben. Indes diese Tatsachen bezeichnen oder entscheiden die Entwicklung in keiner Weise. Noch immer wächst die Bevölkerung des Abendlands und nicht um Bagatellenziffern. Bewirkt hat das ein Rückgang der Sterblichkeit, wie man ihn vor dem Kriege für ganz unmöglich gehalten hätte. Vor dem Kriege betrug die Sterblichkeitsziffer in Deutschland 17,2, jetzt ist sie bis unter 12 zurückgegangen. Die Statistiker schreiben diesen Rückgang im wesentlichen den Fortschritten der ärztlichen Kunst und der allgemeinen Gesundheitspflege zu. Nicht weniger wichtig ist aber wohl der impulsive Kultus des Körpers, die Sportbegeisterung, der Wandertrieb zumal der großstädtischen Bevölkerung, ihr unstillbares Verlangen nach Wasser, Luft und Licht. Dazu kommt, daß in der letzten Zeit, prozentual noch stärker als die Bevölkerungszahl, die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen ist. In den ersten fünf Jahren nach dem Kriege traten in das Alter der Erwerbstätigkeit diejenigen, die in dem Lustrum 1905/09 geboren worden waren. Dieses Lustrum ist aber gerade dasjenige, in

[1] Herr Geheimrat Wolf war von dem Vereinsvorstande gebeten worden, die Aussprache über das Übervölkerungsproblem einzuleiten. Er hatte die Freundlichkeit gehabt zuzusagen, wurde aber durch Krankheit leider verhindert, seine Absicht auszuführen. Auf Wunsch der Vereinsleitung hat er die hier anhangsweise beigefügten Gesichtspunkte für das gedruckte Protokoll zur Verfügung gestellt. H. Herkner.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem in Deutschland die Geburtenzahl absolut kulminierte. Es wurden damals pro Jahr ca. 150000 Menschen mehr geboren als im Durchschnitt der letzten Zeit vor dem Kriege. Außerdem erlebte noch ein weit größerer Prozentsatz der 1905—1909 Geborenen das Alter der Erwerbstätigkeit, dank des inzwischen erfolgten sehr starken Rückgangs der Säuglings- und Kindersterblichkeit. Es dürften infolgedessen in den ersten fünf Jahren nach dem Kriege annähernd 120000 Menschen mehr pro Jahr neu erwerbstätig geworden sein als im Durchschnitt der Zeit von 1900—1914. Dazu ist dann noch die Sterblichkeit der erwerbstätigen Altersklassen außerordentlich stark gesunken. Insbesondere durch Eindämmung der Volksseuche der Lungentuberkulose. Verstärkt wurde der „Berufsandrang" noch durch andere als populationistische Kräfte. Genannt seien nur die Rückkehr der Auslandsdeutschen, der Wegfall der Wehrpflicht bei einem Zwergheer von Berufssoldaten, die Zunahme der Frauenarbeit, der Zwang für viele, in den Sielen zu sterben u. a. Geschätzt wird für Deutschland das Mehr an Erwerbstätigen im Vergleich zur Vorkriegszeit auf 4½ Millionen. Die bisher vorliegenden Teilergebnisse der letzten Berufszählung geben dieser Schätzung, wenn auch nicht ganz, so doch annähernd Recht. Bei Berücksichtigung der ausländischen Erwerbstätigen in Deutschland, deren es zur Zeit nur ca. 200000 gibt, müßte sich der Überschuß freilich um nahezu eine Million ermäßigen. Man käme dann auf etwas über drei Millionen, so daß auch dann noch das äußere Bild ein solches der Übervölkerung wäre. Das Reich würde sich in diesem Falle, wenn die drei Millionen — bei ihnen handelt es sich selbstverständlich nicht bloß um Arbeiter, mitgezählt sind dabei auch die überzähligen Gewerbetreibenden und Händler — eine geraume Zeitlang von der Volkswirtschaft als Ballast zu schleppen wäre, zu spät von der traditionsgebundenen Art der Zeugung abgekehrt haben. Letzten Endes also größere Zahl von Arbeitern als Endwirkung jetzt überwundener Zeugungssitten?

Das Unvermögen der Wirtschaft, allen Arbeit zu geben, die arbeiten wollen, wurde aber in der Hauptsache durch etwas ganz anderes verschuldet. Dieses andere ist der Zusammenbruch des europäischen Kredits, der in einer Zeit vorübergehender Kapitalnot zu verstärkter Funktion aufgerufen war, in Wirklichkeit aber im Gegenteil weniger leistete als vordem.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Was machte es denn vor dem Kriege der Wirtschaft möglich, jahraus, jahrein den zusätzlichen Erwerbstätigen Arbeit zu geben? Doch nichts anderes als die Steigerung der Kaufkraft. Vermehrt wurde das Geld diese ganze Zeit über nur zum geringsten Teil durch Goldzuflüsse aus dem Ausland. Für das erforderliche zusätzliche Geld sorgte vornehmlich die Geldschöpfung der Banken als Vortruppe der Kapitalschöpfung. Ohne Folgen für die Kaufkraft des Landes kann es sonach nicht sein, wenn dieses Kreditgeschäft zusammenschrumpft. Und wie ist es gegen früher zusammengeschrumpft! Der Wechsel- und Kontokorrentkredit der deutschen Banken ist nicht weniger als um je zwei Fünftel bei einer Entwertung des Geldes um zirka ein Drittel zurückgegangen. Zur Zeit ist der deutsche Bankkredit nicht einmal halb so groß wie vor dem Kriege. Das ist eine in weiten Kreisen viel zu wenig gewürdigte Tatsache.

Unterversorgung der Volkswirtschaft also mit Geld und Kapital! Nicht läßt sich der Kapitalmangel von heute auf den Schwund der Geldkapitalien in der Inflationszeit zurückführen. Dieser Schwund hat im wesentlichen nur die Eigner depossediert, nicht aber die Kapitalien selbst vernichtet. Auch an der unzulänglichen Neubildung des Geldkapitals ist diese Depossedierung nur unbeträchtlich beteiligt. Der Hauptgrund dafür ist vielmehr, daß das Gesamteinkommen zu gering ist, um den erforderlichen Betrag akkumulieren zu lassen. Was ist aber daran schuld, daß die Bankkredite von heute um so viel kleiner sind als in der Vorkriegszeit?

Darauf ist zu antworten: Die Volkswirtschaft ist immer noch aus den Angeln. Es ist nicht genügend bedacht und auf die sich daraus ergebenden Folgerungen durchgearbeitet, daß Kaufkraft nur geschaffen werden kann durch Produktion. Produktion der einen Seite der Volkswirtschaft ist nötig, damit die in ihr beschäftigten Arbeiter Kaufkraft erlangen für die Produkte der anderen Seite der Volkswirtschaft. In der auf das Geld basierten Volkswirtschaft schafft aber die Tatsache, daß das Produkt der einen Seite verkauft sein muß, damit die andere kaufen kann, darum, weil das für beide Seiten gilt, einen vitiosen Zirkel, der in der Vorkriegswirtschaft immer neu durch reichliche Kreditgewährung — à conto der Kapitalschöpfung — zerschnitten, überwunden wurde. Jetzt hat das darum seine Schwierigkeiten, weil mehr Geld Befürchtungen in Bezug auf den Geldwert weckt. Dazu kommt noch, daß die noch nicht recht einregulierte Volks-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wirtschaft den Kredit vielfach in falsche Kanäle leitet, wie jetzt an die Börse. Für die Produktion und den Warenabsatz ist der Kredit viel zu teuer.

Als Kreditgeber ungestüm umworben, erlagen die Kreditbanken der Versuchung, sich ihre „Gunst" gehörig bezahlen zu lassen. Dazu gehörten nicht bloß angemessene Provisionen, es gehörte dazu auch die Methode stärkster Sicherung. Um schnell die alte Finanzmacht wieder zu erlangen, mußte risikofrei so viel wie möglich verdient werden. Besonders die Forderung überstarker Sicherung hat die Tendenz, dem Bankkredit noch engere Grenzen zu ziehen, als ihm durch die Geldpolitik der Notenbanken gezogen ist. Neben ihr tritt die Kreditverteuerung als etwas noch verhältnismäßig Harmloses zurück. Als Sicherheit wird der Sicherungsübereignungsvertrag bevorzugt. Durch ihn wird dem Kreditgeber *bewegliches* Eigentum des Kreditnehmers, insbesondere Bestände des Warenlagers, Außenstände, Inventar, mit der Maßgabe übereignet, daß der Kreditnehmer im unmittelbaren Besitze des Übereigneten bleibe. Um ganz sicher zu gehen, heischt der Kreditgeber vielfach eine Übereignung in mehrfacher Höhe des Kredits. Dem Kreditnehmer wird dadurch die Möglichkeit der Aufnahme zusätzlichen Kredits überaus erschwert, oft ganz unmöglich gemacht. Einmal Übung geworden, mußte der Mobiliarkredit schnell den Personalkredit zurückdrängen, ohne den verdrängten dabei in der Ausdehnung je zu erreichen. Dem Mobiliarkredit sind sehr viel engere Grenzen gezogen als dem Personalkredit. Noch immer ist aber der Mobiliarkredit im Vordringen begriffen. Von einer Zweimonatsbilanz zur anderen nehmen die gedeckten Debitoren auf Kosten der ungedeckten zu. Das starke Anwachsen des Wechselgeschäfts der Kreditbanken bis vor kurzer Zeit beweist nichts dagegen. Dieses Wachstum erfolgte gleichzeitig mit einer doppelt so großen Abnahme des Wechselgeschäfts der Reichsbank und der unter ihrem Kommando befindlichen öffentlichen Kassen.

Nach alledem kann es gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es der Rückgang der Bankkredite ist, was der Arbeitslosigkeit von heute besonders Vorschub leistet.

Für den wissenschaftlichen Volkswirt ist nicht zuletzt bemerkenswert an dieser Lage, daß sie seitens der Praktiker im Kern nicht erkannt worden ist. Das liegt an der höchst mangelhaften Beherrschung der Krisentheorie durch die Praktiker der Volkswirtschaft, aber auch am Darniederliegen der Krisentheorie selbst. Das war mit ein Grund

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für mich, bei dem Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik für theoretische Arbeit neuerliche Beschäftigung mit der Krisentheorie zu beantragen.

Wenn ich die Kreditkrise in den Vordergrund stelle, so verkenne ich übrigens nicht, daß gegenwärtig eine ganze Anzahl anderer in ihrem Wesen viel offener zutage liegender Krisen neben sie getreten sind und für einzelne Staaten (Kleinstaaten) sogar noch größere Bedeutung gewonnen haben. Die Aufsplitterung zweier früherer Großstaaten, zugleich das Ausscheiden Rußlands aus der kapitalistischen Weltwirtschaft sind sichtbar für jedermann. Für ein Land wie Österreich ist die Einschrumpfung des innern Markts gegen früher das ausschlaggebende Moment. Noch einfacher liegen die Dinge bei den Partialkrisen für einzelne Warengruppen, so bei der Kohlenkrise, die nicht zuletzt dem Ersatz der Kohle durch andere Brennstoffe zu danken ist. Wenn aber auch in Staaten wie der amerikanischen Union solche Partialkrisen sich melden, wie beispielsweise für Baumwolle, so ist das wohl nur Fernwirkung der europäischen Krisen und des ihnen zugrunde liegenden Minderkonsums. Daneben gilt auch für hier und wird sich über kurz oder lang wieder geltend machen, daß auch in zunächst krisenfreien Staaten die kapitalistische Volkswirtschaft immer neu an jenen toten Punkt gelangt, der durch die Verwendung des Geldes bzw. durch die Tatsache gegeben ist, daß jede Mehrproduktion der einen Seite der Volkswirtschaft, um Kaufkraft zu schaffen, gegen Geld verkauft sein muß, was aber auch für die andere Seite gilt und was dann eben jenen Zirkel schafft, über den auch Kreditgewährung und Kapitalneuschöpfung immer nur allmählich hinweg helfen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geschäftliche Beschlüsse der Generalversammlung.

Am 24. September 1926 nahm die Generalversammlung die Ergänzungswahlen zum Ausschusse vor. Es wurden gewählt die Herren: Albrecht, Boese, Bücher, Fuchs, Geibel, Herkner, Exz. v. d. Leyen, Rauchberg, Schumacher, Sering, Tönnies, Wirminghaus.

Hinzugefügt sei, daß die (Rumpf)-Ausschußsitzung vom gleichen Tage zum Vorsitzenden des Ausschusses Herrn Herkner, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Fuchs, Exz. v. d. Leyen, Sering und Sombart, zu Schriftführern die Herren Boese und Geibel, zum Schatzmeister Herrn Saenger wählte. Das Weitere, besonders über die Kooptationen zum Ausschusse, ergibt sich aus dem Protokoll der Wiener Ausschußsitzungen.

Als Vorsitzender: Herkner.

Als Schriftführer: Boese.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verzeichnis der Redner.

Aereboe 123, 267.
Budge 249.
Bunzel
v. Dietze 235.
Eckert 6, 21, 27, 65, 86, 93, 99, 105, 122.
Eggert 241.
Emmerling 23.
Eulenburg 65, 99.
Gleispach 24.
Hahn 256, 341.
Haenfel 325.
Hainiſch 7.
Harms 28, 115.
Herkner 1.
Hilferding 110.
Köbner 259.
Kröll 214.
Mann 274, 349.
Mayer 301, 343.
Miſes 123, 178, 214, 232, 244, 273.
Mombert 161, 265.
Lederer 239.
Leubuſcher 252.
Lotz 336, 352.
Oppenheimer 222.
Palla 26.
Redlich 23.
Ritſchl 327.
Rüſtow 244.
Saenger 232.
Schneider 258.
v. Schoenebeck 93.
Schüller 87, 106.
Spitzmüller 274, 301, 314, 324, 352.
Sulzbach 255.
Waber 21.
Weigert 22.
Weyermann 333.
Wilbrandt 245.
Winkler 179, 263.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57505-3 | Generated on 2025-07-27 15:18:28
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/